L 70000
4
1914-1916
13.I./IX.-31.I./III.
Hilfsaktionen
H.
Wiederaufbau
1.

Die Zeit
13./9. 1914.

20
1

Die Flüchtlinge aus Galizien.

Ihre Unterkunft in Wien.

Die Ereignisse im Osten unserer Monarchie haben dazu geführt, daß viele Tausende von Galizianern, hauptsächlich jüdischer Konfession, sich seit Kriegsausbruch aus Galizien nach Wien flüchteten. Besonders gewaltig wurde der Zustrom, als aus strategischen Gründen Lemberg von unseren Truppen geräumt wurde. Man wird nicht fehlgehen, wenn man die Zahl der Flüchtlinge, die gegenwärtig in Wien weilen, auf 50.000 bis 60.000 beziffert.

Die Flüchtlinge jüdischer Konfession lenken ihre Schritte naturgemäß zuerst zur hiesigen israelitischen Kultusgemeinde, die sich infolgedessen ungeheueren Anforderungen gegenübergestellt sieht. Zuerst waren es jüdische Flüchtlinge aus Belgien und Frankreich, die unmittelbar nach Kriegsausbruch nach Wien kamen und hier an die Kultusgemeinde appellierten. Damals setzte unter Aegide der Kultusgemeinde eine Aktion ein, deren Zweck es war, die Leute über Wasser zu halten. Da kam nun als weitere Folge der unerwartete Ansturm der galizischen Flüchtlinge. Die Kultusgemeinde trat mit den staatlichen und kommunalen Organen in Verbindung und es ist gegenwärtig eine Aktion im Zuge. Es hat bereits eine Sitzung eines besonderen Komitees der Kultusgemeinde stattgefunden, in der über die jetzt zu ergreifenden Maßnahmen beratschlagt worden ist.

Was nun die galizischen Flüchtlinge betrifft, so kann man sie in vier Kategorien einteilen, und zwar zunächst in die Kategorie der gänzlich Mittellosen, die etwa ein Viertel der Gesamtheit betragen. Die zweite Kategorie besteht aus dem Mittelstand, dessen Angehörige zwar über ein gewisses kleines Vermögen verfügen, die aber ohne flüssige Mittel hierhergekommen sind. Eine dritte Kategorie bilden jene aus dem Mittelstand, die bei ihrer überstürzten Flucht aus Galizien um Hab und Gut gekommen sind und nun in Wien sich eine neue Existenz gründen wollen. Die vierte Kategorie besteht aus einer größeren Zahl meist jüngerer Aerzte, die bisher noch nicht in der Lage waren, sich eine Existenz zu schaffen.

Einen verschwindend geringen Teil der Emigranten endlich bilden die sehr reichen Leute, die hier in den vornehmsten Hotels wohnen. Es sei hier gleich erwähnt, daß auch einige galizische Abgeordnete, wie Dr. v. Löwenstein und Reitzes, sich der Sache der Emigranten bereits nachdrücklichst angenommen und für sie auch schon bei der Regierung interveniert haben.

Zu erwähnen ist ferner, daß aus Lemberg das gesamte Rabbinat mit Oberrabbiner Dr. Caro an der Spitze und allen Funktionären der dortigen Kultusgemeinde hier eingetroffen ist. Der hiesige Kultusvorstand hat dafür gesorgt, daß ihnen während der bevorstehenden hohen jüdischen Feiertage die Abhaltung ihres (modernen) Gottesdienstes in zwei großen Sälen ermöglich wird, und auch für die orthodoxen Juden ist in dieser Weise vorgesorgt worden.

Was die Unterbringung der Flüchtlinge betrifft, so bot sie naturgemäß große Schwierigkeiten, besonders was die Unterbringung der armen Schichten anlangte. Man hatte zunächst die Flüchtlinge aus Belgien in der Talmud Tora-Schule in der Malzgasse Nr. 16 im 2. Bezirk einlogiert. Dann gelang es, für die allermeisten Privatwohnungen im 2. Bezirk ausfindig zu machen. Die Bessersituierten logieren teils in den verschiedenen Hotels im 2. Bezirk, teils haben sie Privatwohnungen in verschiedenen Bezirken gemietet.

Die Frage der Unterrichtserteilung für die noch im schulpflichtigen Alter stehenden Kinder der Flüchtlinge ist noch nicht gelöst. Sie wird im Zusammenhang mit allen anderen Fragen in den Verhandlungen zwischen Kultusgemeinde, Regierung und Kommune ihre endgültige Erledigung finden.

Was endlich die Ausspeisung der ärmeren Flüchtlinge betrifft, so ist diese Frage in glänzender Weise gelöst durch die unter der Leitung des Herrn Adolf Fischer stehende jüdische Volksspeiseanstalt „Einheit" in der Malzgasse. Es werden dort in normalen Zeiten täglich 1100 bis 1200 Mittagsportionen verabreicht. Gegenwärtig ist die Zahl der Mittagsgäste auf 2500 bis 3000 gestiegen. Die Kultusgemeinde opfert Tausende von Kronen für die unentgeltliche Speisung der Armen in dieser Anstalt und auch die spanische Botschaft hat für die ihrem Schutz unterstellten armen russischen Juden bisher schon 2000 Speisemarken gelöst.

So wirken gegenwärtig alle berufenen Faktoren zusammen, um die durch die unerwartete galizische Masseneinwanderung an die Privatwohltätigkeit, an den Staat und die Gemeinde gestellten Aufgaben einer allseitig befriedigenden Lösung zuzuführen, und schon die nächsten Tage werden in dieser Beziehung weitere konkrete Ergebnisse zeitigen.

Die Zeit
16./9. 1914.

die Flüchtlinge aus Galizien und der Bukowina.

Ein Aufruf.

Wir erhalten folgenden Aufruf:

Der Lauf des Krieges hat es mit sich gebracht, daß ein Teil Galiziens und der Bukowina, wenn auch nur vorübergehend, vom Feinde besetzt ist. Die beiden Grenzländer mußten den ersten Sturm aushalten. Die Rückwirkung dieser kriegerischen Ereignisse tritt bereits in Oesterreichs Hauptstadt in schmerzliche Erscheinung. Wien ist überfüllt von Flüchtlingen aus Galizien und der Bukowina, die ihr Heim verlassen mußten. Die einen weil ihnen Feindesgewalt Haus und Hof zerstört hatte, die anderen, dem natürlichen Drange folgend, sich der Herrschaft des Feindes zu entziehen, ihre Familien in Sicherheit zu bringen vor den Greueln des Krieges.

Unter Zurücklassung von Hab und Gut kommen die Unglücklichen, vielfach aller Mittel entblößt, auch nur das dürftigste Dasein zu fristen, hier im Zentrum des Staates Schutz suchend, von ihm Hilfe hoffend.

Diese Hoffnung darf nicht getäuscht werden. Wer flüchten mußte in des Krieges Not, der leidet im Interesse der Gesamtheit, und Pflicht der Gesamtheit ist es, ihm zu helfen.

Unbeschadet der von den staatlichen Organen zu treffenden Maßnahmen ergeht an die Bürger Oesterreich-Ungarns der Ruf: Lasset in werktätiger Hilfe für eure Mitbürger, die, vom Feinde bedrängt, westwärts geflüchtet sind, dieselbe Solidarität aller Völker, aller Glaubensbekenntnisse, aller Stände zum Ausdruck kommen, der in dieser schweren Zeit die herrliche, kriegerische Begeisterung von Volk und Heer entsprang.

Tausende von Flüchtlingen sind obdachlos, unsere Pflicht ist es, zu beweisen, daß sie hier nicht heimatslos sind. Alle Bürger Oesterreich-Ungarns haben überall ihre Heimat, wo Habsburgs Zepter herrscht.

Geldsendungen per Post sind zu adressieren an die Präsidialkanzlei des gemeinsamen Finanzministeriums, 1. Bezirk, Johannesgasse Nr. 5.

Persönlich überbrachte Spenden werden im Ministerium für Galizien, 3. Bezirk, Rennweg Nr. 1/A, entgegengenommen.

Der Aufruf ist von einem Komitee gefertigt, dem alle aktiven Minister, zahlreiche Herrenhausmitglieder und Persönlichkeiten aus allen Kreisen der Gesellschaft angehören.

Eine Konferenz im Rathaus.

Gestern fand im Rathaus unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner eine Besprechung wegen Maßnahmen hinsichtlich der polnischen Flüchtlinge statt, bei der insbesondere auch die Frage der öffentlichen Ausspeisung geordnet wurde.

Zentralstelle für Flüchtlinge.

Die Bezirksvertretung Leopoldstadt wurde vom Bürgermeister im Einvernehmen mit den Behörden als Zentralstelle für die in Wien einlangenden Flüchtlinge aus Galizien und der Bukowina ohne Unterschied der Nation und Konfession bestellt. Das Amtslokal befindet sich im 2. Bezirk, Kleine Sperlgasse Nr. 2; Amtsstunden sind von 8 bis 12 und von 2 bis 5 Uhr. Die Oberleitung der Aktion hat der Bezirksvorsteherstellvertreter Redakteur Ernst Klebinder inne. Die Leitung der Agenden der Flüchtlingsfürsorge hat Gemeinderat Dr. Schwarz-Hiller übernommen. Sämtliche Zuschriften in Flüchtlingsangelegenheiten sind an die Bezirksvertretung Leopoldstadt, 2. Bezirk, Karmelitergasse Nr. 9, zu richten.

Nach einer vorigen Sonntag im Ministerium des Innern abgehaltenen Besprechung, an der namens der Gemeinde Wien Bürgermeister Dr. Weiskirchner, die Gemeinderäte Leopold Steiner und Dr. Schwarz-Hiller sowie Bezirksvorsteherstellvertreter Klebinder teilnahmen, wurden Maßnahmen getroffen, die die Zuwanderung galizischer Flüchtlinge nach Wien tunlichst einschränken und eine Verteilung der Auswanderer in Mähren und Böhmen bezwecken sollen.

Die Zeit
17/9. 1914.

71
3

Die galizischen Flüchtlinge.

Die Hilfsaktion.

Die im magistratischen Bezirksamt Leopoldstadt unter Leitung des Bezirksvorsteherstellvertreters Klebinder und des Gemeinderates Dr. Schwarz-Hiller befindliche Zentralfürsorgestelle für die galizischen Flüchtlinge arbeitet angespannt, um den vielfachen und fortgesetzt sich steigernden Anforderungen gerecht zu werden. Der Zustrom der Einwanderer aus Galizien dauert unvermindert an, und erst in der Nacht zum Donnerstag ist wiederum ein großer Transport hier eingetroffen.

Es ist nun die nächste Aufgabe der Fürsorgestelle, die mittellosen Einwanderer allmählich von hier nach den bereits bestehenden Sammelstellen in der Provinz, von denen die in Nikolsburg in Mähren die bedeutendste ist, abzuschieben. Die Beförderung erfolgt in eigenen Sammelzügen. Eine weitere Sorge ist die Unterbringung der Massen in Wien. Diese Frage ist glücklich gelöst, wenn es dabei auch namentlich bei der Unterbringung der Leute in den sogenannten „Stundenhotels", die für einfache Kabinette exorbitante Forderungen stellten, wiederholt zu heftigen Auftritten mit der Fürsorgekommission kam.

Weiter hat die Kommission sich mit dem Ministerium für Galizien in Verbindung gesetzt, behufs Schaffung einer zentralen Fahrkartenausgabe für jene Einwanderer, die in der Provinz bemittelte Verwandte haben und denen nun die Möglichkeit gegeben werden soll, sich dahin zu begeben. Es sind für diesen Zweck von privater Seite bereits Mittel zur Verfügung gestellt worden.

Ferner hat die Fürsorgestelle alle hierher geflüchteten Staats- und Kommunalbeamten, darunter auch Lehrer, registriert und eine Aktion eingeleitet, damit ihnen ihr Gehalt voll ausbezahlt wird.

Endlich hat die Fürsorgestelle Verhandlungen mit dem Finanzministerium eingeleitet, damit jenen, die zwar mittellos hierher kamen, aber im Besitz von Einlagebücheln bei galizischen Sparkassen sind, ihre Einlagen sichergestellt, beziehungsweise ausgezahlt werden.

* * *

Die Zeit
17/9. 1914.

17. 4

Polnische Klassen in den Wiener Gymnasien.

Zurzeit befinden sich bekanntlich mehr als 70.000 galizische Flüchtlinge aller Gesellschaftsklassen in Wien, darunter viele Tausende, die, aller Mittel entblößt, nach wochenlanger, mühseliger Wanderung ankamen. Die zuständigen Behörden haben in Gemeinschaft mit verschiedenen sozialpolitischen und humanitären Korporationen die Initiative zu einer vorläufigen Versorgung der Ankömmlinge ergriffen. Aus staatlichen Mitteln wurde eine halbe Million zur Linderung der Not ausgeworfen, und auf privatem Wege wurden einige hunderttausend Kronen aufgebracht. Nunmehr hat sich ein neues Problem ergeben. Mit den Flüchtlingen sind auch mehrere hundert galizische Gymnasiasten eingetroffen. Mit dem Beginn des neuen Schuljahres tauchte auch die Frage auf, wie es denn mit dem Unterricht dieser Gymnasiasten bestellt sein sollte. Die Einreihung in die hiesigen Gymnasien ist schon deshalb undurchführbar, weil in Galizien die Unterrichtssprache die polnische ist und die deutsche Sprache nur nebenher gelehrt wird. So kommt es, daß die Schüler der Unterklassen Deutsch fast gar nicht, die der Oberklassen nur mangelhaft verstehen. Andererseits kann es nicht angehen, daß die Gymnasiasten auf unbestimmte Zeit ohne Unterricht bleiben, da dies für die meisten den Verlust eines Schuljahres bedeuten würde. In dieser Erwägung wurde, wie wir von kompetenter Seite erfahren, im Unterrichtsministerium der Beschluß gefaßt, polnische Klassen in den Gymnasien der von den Flüchtlingen frequentierten Bezirke zu errichten. Der Unterricht wird von ebenfalls hierher geflüchteten polnischen Professoren erteilt werden und am Nachmittag stattfinden. Es wurde bereits vom Landesschulinspektorat eine größere Anzahl von Anmeldungen entgegengenommen. Es wird in den nächsten Tagen ein Communiqué des Unterrichtsministers erscheinen, in dem Bestimmungen enthalten sein werden, die für den Unterricht der galizischen Gymnasiasten Geltung haben werden. Der Unterricht dürfte in kurzer Zeit einsetzen.

Arbeiterzeitung
18/9. 1914.

Galizische Flüchtlinge in Wien.

In Wien befinden sich gegenwärtig etwa 70.000 Flüchtlinge aus Ostgalizien und der Bukowina. Die ersten kamen bereits vor Wochen, den Charakter einer Massenbewegung, die der sozialen Fürsorge besondere Aufgaben stellt, nahm die Zuwanderung erst in den letzten Tagen an. Bis dahin hatten sich der Flüchtlinge (vier Fünftel von ihnen sind Juden) hauptsächlich die jüdischen Wohltätigkeitsvereine angenommen; nun aber machte man den Versuch, die Fürsorgetätigkeit für die Flüchtlinge zu zentralisieren und vor allem auf eine breitere Grundlage zu stellen. Leider zeigte es sich auch bei dieser Gelegenheit wieder, daß man bei uns in gewissen Kreisen nicht von der wunderlichen Auffassung loskommen kann, daß organisieren so viel bedeutet wie zersplittern. Es haben sich — bisher — nicht weniger als drei Ausschüsse gebildet, die sich mit der Unterbringung und Verköstigung der Flüchtlinge beschäftigen: die Zentralstelle für die Fürsorge für Flüchtlinge aus Galizien und der Bukowina (die Leitung hat die Bezirksvertretung Leopoldstadt, die Geschäfte führt der Gemeinderat Dr. Schwarz-Hiller), dann eine Gruppe, die mit Hilfe der Regierung wirkt und im Ministerium für Galizien ihren Sitz hat, und endlich ein Comité, das nur die ukrainischen Flüchtlinge unter seinen Schutz nehmen will. Wäre es nicht zweckmäßiger gewesen, wenn sich diese drei Gruppen vereinigt und das eine Comité sich nach sachlichen Gesichtspunkten in Abteilungen gegliedert hätte?

Die Zentralstelle, deren Tätigkeit, wie wir hören, der Bürgermeister nach Kräften fördert, ist in den Räumlichkeiten der städtischen Arbeitsvermittlung in der Kleinen Sperlgasse einquartiert. Sie sorgt für die Flüchtlinge, die sich an sie wenden, ohne Rücksicht auf Nationalität und Konfession. Ihre wichtigste Aufgabe ist natürlich die Beschaffung von Wohnungen. Die Zentralstelle gibt Anweisungen auf Massenquartiere aus, nimmt Wohnungen auf, die sie selber möbliert, richtet Schlafsäle ein und vermittelt auch Aftervermietungen. Für die Beköstigung der Flüchtlinge wird durch Verteilung von Speisemarken gesorgt. Bares Geld gibt die Zentralstelle ihren Schützlingen nicht, diese erhalten nur Naturalzuwendungen.

Die Zentralstelle sorgt nicht nur für die Unbemittelten, sondern auch für jene, die sich augenblicklich in einer Notlage befinden: Beamte in festen Stellungen, die jetzt ihre Gehalte nicht bekommen, Leute, die ein Sparkassenbuch besitzen, aber gegenwärtig nicht die Möglichkeit haben, ihre Ersparnisse zu beheben u. s. w. Die Zentralstelle ist bemüht, diesen nur vorübergehend Notleidenden zu ihrem Gelde zu verhelfen oder ihnen Kredit zu verschaffen.

Aus der Mitteilung einer Korrespondenz wie auch aus einem gestern veröffentlichten Aufruf geht hervor, daß das von der Regierung unterstützte Comité genau dieselben Ziele verfolgt wie die Zentralstelle. Es ist das wirklich ein Rätsel, zu welchem auch die Fürsorgetätigkeit für die Flüchtlinge nicht zentralisiert worden ist. Die großzügige Aktion, von deren Einleitung die Korrespondenz berichtet, würde jedenfalls noch großzügiger ausfallen, wenn alle, die den Flüchtlingen helfen wollen, nach einem gemeinsamen Plan und unter einer einheitlichen Leitung arbeiteten.

Arbeiterzeitung
20./9. 1914.

Die Flüchtlingsfürsorge.

Eine plötzliche Zuwanderung von nahezu hunderttausend Menschen, von denen obendrein die meisten vollständig mittellos sind, würde selbst unter gewöhnlichen Verhältnissen im Leben einer Stadt, auch einer Millionenstadt wie Wien, Störungen hervorrufen, die zu beseitigen keine kleine Aufgabe wäre. Um wie viel schwieriger ist eine halbwegs erträgliche Lösung dieser Aufgabe heute! Sie ist überhaupt nur unter einer Voraussetzung denkbar: daß sich alle, die an ihr arbeiten wollen, zusammentun und mit vereinten Kräften nach einem einheitlichen Plan arbeiten. Nicht nur können bloß so die vorhandenen Mittel zweckmäßig verwendet, die verfügbaren Kräfte voll ausgenützt werden, auch die Größe der zu vollbringenden Leistung, die besondere Art der zu lösenden Aufgabe kann nur festgestellt werden, wenn planmäßig, das heißt nach einem einzigen Plan, gearbeitet wird.

Leider ist dies, wir haben bereits am Freitag darauf hingewiesen, bei der Behandlung der Flüchtlingsfürsorge nicht der Fall. Es haben sich mehrere Gruppen gebildet, die, ohne auch nur miteinander in Fühlung zu stehen, den Flüchtlingen helfen wollen. Es ist klar, daß eine solche Zersplitterung der Kräfte nachteilige Folgen haben muß. Eine solche läßt sich heute bereits feststellen: während die Zentralstelle, die in den Räumen der städtischen Arbeitsvermittlung in der Kleinen Sperlgasse untergebracht ist, von früh bis abends von Hilfesuchenden förmlich belagert wird, scheint das Zentralcomité, das die Unterstützung der Regierung genießt, viel weniger beschäftigt zu sein. Wenigstens spricht dafür das folgende Geschichtchen, das sich dieser Tage zugetragen hat: Ein Genosse ging um 4 Uhr nachmittags ins Gemeinsame Ministerium, um von dem Zentralcomité einige Mitteilungen zu erlangen. Der Portier sagte ihm aber: „Ja, der Herr Graf ist noch nicht da. Sie können aber alles, was Sie wissen wollen, im Ministerium für Galizien erfahren." Der Genosse ging sofort ins Ministerium traf aber nur einen Diener an und der gab ihm die Auskunft: „Die Herren sind nicht mehr da!" Das läßt wohl den Schluß zu, daß die Flüchtlinge gerade das Comité, dem die Regierung ihre besondere Hilfe angedeihen lassen will, am allerwenigsten in Anspruch nehmen. Wäre es unter solchen Umständen nicht noch jetzt das Vernünftigste, die Fürsorge für die Flüchtlinge zu zentralisieren? Unseres Wissens ist dieser Vorschlag von einer Seite bereits gemacht, aber vom Zentralcomité keiner Beachtung wert gefunden worden. Wie wär's, wenn sich die Regierung von der Sachlage genau unterrichten ließe? Wir sind überzeugt, daß sie uns recht geben und die Zentralisierung der Flüchtlingsfürsorge betreiben würde.

Weiter. Wie die Dinge heute liegen, ist die Flüchtlingsfürsorge vor allem eine Wiener Sache. Was aus Galizien flüchtet, drängt nach Wien. Das ist sehr begreiflich, aber auch sehr unzweckmäßig. Wie soll Wien alle die Flüchtlinge, die schon hergekommen sind und die noch kommen werden, beherbergen? Es ist ganz klar, daß sie nur untergebracht werden können, wenn viele tausend Wohnungen überfüllt werden. Das wäre weder für die Flüchtlinge noch für die Wiener wünschenswert, und man muß darum hoffen, daß die bereits in Angriff genommene Entlastung Wiens möglichst rasch und in ausgiebiger Weise fortgesetzt wird. Damit wäre aber die Wohnungssache noch immer nicht gelöst. Es muß dafür gesorgt werden, daß die Hausherren die Flüchtlingsfürsorge nicht bloß vom Hausherrenstandpunkt betrachten. Wie uns mitgeteilt wird, werden viele Mieter, die galizische Flüchtlinge als Aftermieter aufgenommen haben, von ihren Hausherren schikaniert; andere Hausherren suchen die Zunahme der Aftermieter wirtschaftlich auszunützen. Das bedeutet natürlich eine Erschwerung der Flüchtlingsfürsorge, gegen die nachdrücklich Verwahrung eingelegt werden muß. Wir zweifeln nicht daran, daß die zuständigen Persönlichkeiten das ihrige in dieser Hinsicht tun werden.

Noch ein Uebelstand sei aufgezeigt. Die Flüchtlinge bekommen nicht bares Geld, sondern Anweisungen auf Mahlzeiten. Das hat für jene jüdischen Flüchtlinge, die in einem Vorort wohnen und, um „koscher" essen zu können, eine von den jüdischen Volksküchen aufsuchen, die Folge, daß sie mehrere Stunden herumlaufen und herumstehen müssen, bevor sie etwas zu essen bekommen. Gäbe man ihnen statt der Anweisungen Geld, so wäre, ohne daß deswegen Mehrauslagen gemacht werden müßten, ein Uebelstand behoben, unter dem namentlich Kinder, Greise, Kranke empfindlich leiden müssen. Die Gefahr, daß ein Flüchtling die paar Kreuzer, die er bekommt, verjubelt, statt sich und den Seinigen ein Mittagessen zu kaufen, ist ja nicht sehr groß; unser Vorschlag könnte also wohl durchgeführt werden, und zwar um so eher, als ja dadurch auch eine Menge Arbeit erspart und eine raschere Abwicklung der Fürsorgetätigkeit erzielt werden würde.

Die Zeit
20/9. 1914.

Die galizischen Flüchtlinge.

Die Quartierfrage der galizischen Flüchtlinge.

Fortgesetzt treffen Züge mit neuen Scharen von Einwanderern aus Galizien und der Bukowina hier ein, und es ist noch nicht abzusehen, wann dieser Zuzug beendet sein wird. Wenn auch, wie wir schon mitgeteilt haben, für den allergrößten Teil der bis Mitte dieser Woche hier eingetroffenen Flüchtlinge Quartiere beschafft worden sind, so bereitet die Quartierfrage der Fürsorgezentralstelle doch einige Sorge. Die Aktion zur ausreichenden Beschaffung von Quartieren würde aber wesentlich erleichtert werden, wenn jene Flüchtlinge, die dazu in der Lage sind, sich ihre Quartiere selbst suchen würden. Sie brauchten, sofern sie Unterkunft gefunden haben, dann nur mit dem Vermieter bei der Fürsorgezentralstelle zu erscheinen, wo der Mietvertrag abgeschlossen wird und wo Bezahlung erfolgt. (Drei Kronen per Woche und Bett.) Es gibt jedoch eine große Zahl unter den Flüchtlingen, die nicht in der Lage sind, sich selbst ein Quartier zu suchen. Es wäre deshalb erwünscht, wenn alle jene, die möblierte Räume mit Betten zu vermieten haben, dies unter Angabe der Bettenzahl der Fürsorgezentralstelle für die galizischen Flüchtlinge (im Bezirksamt des 2. Bezirkes) mitteilen würden. Bevorzugt werden Wohnungen im 2. und 20. Bezirk. Endlich kommt es vor, daß galizische Fremde in den Abendstunden Quartiere aufsuchen, daß man ihnen die Vermietung aber aus Furcht, daß keine Bezahlung erfolgt, verweigert. Da in den Abendstunden die Bureaus der Fürsorgezentralstelle geschlossen sind, so wird darauf verwiesen, daß es genügt, wenn die Flüchtlinge erklären, daß die Bezahlung am anderen Tage durch die Zentralstelle erfolgt.

Die Zeit
22./9. 1914.

Eine Versammlung Lemberger Flüchtlinge.

In einem Klubsaal des Wiener Arkadencafés fand gestern nachmittags eine von den 150 nach Wien geflüchteten Lemberger Kommunalbeamten, Lehrern und Lehrerinnen besuchte Versammlung statt, in der über die durch den Krieg für die Lemberger Beamtenschaft geschaffene Lage gesprochen wurde. Der Referent Magistratsrat Kwiatkowski verwies darauf, die Flucht aus der Stadt Lemberg sei so überraschend gekommen, daß die Beamten und Lehrpersonen, die im Dienst der Stadt Lemberg stehen, ihre Gehalte pro September nicht mehr erhalten konnten und jetzt in Wien mittellos dastehen. Viele Lehrpersonen, die sich auf Ferialreisen befanden, hatten nicht einmal ihren Gehalt pro August erhalten. Die Staats- und Bankbeamten Lembergs seien weit besser daran als die Kommunalbeamten. Die ersteren wurden beurlaubt, erhalten in dem betreffenden Ministerium in Wien ihre Gehalte weiter ausbezahlt. Anders sei es bei den Kommunalangestellten, denn diese haben in Wien keine Behörde, die ihnen zu ihrem Recht verhelfen könnte. Die Kommunalbeamtenschaft und die städtischen Lehrpersonen Lembergs stehen auf dem Standpunkt, daß der in Wien mit den Gemeindevertretern weilende Bürgermeister von Lemberg Landtagsabgeordneter kais. Rat Neumann nach wie vor ihr Oberhaupt ist. Kais. Rat Neumann habe wohl privat zugesichert, daß im Einvernehmen mit den betreffenden Ressortministerien den Beamten und Lehrpersonen Lembergs ein Vorschuß auf ihre Gehalte ausbezahlt werde, doch wäre er dafür, daß dies in Wochenraten geschehen möge. Diese Ansicht können die Lemberger Beamten nicht gut teilen. Man soll diese vielmehr mit den Staats- und Bankbeamten, die ebenfalls aus Lemberg flüchten mußten, gleichstellen, das heißt sie beurlauben und ihnen die Gehalte monatlich auszahlen. Dadurch wäre auch die Beamtenschaft in die Lage versetzt, in die Provinz zu übersiedeln. In diesem Sinne wurde auch ein Beschluß gefaßt und ein aus den Herren Kwiatowski, Ingenieur Blaustein, den Lehrern Baral und Golab sowie der Frau Direktorin Oberhardt gebildetes Komitee zusammengesetzt, das beim Bürgermeister kais. Rat Neumann und den Lemberger Gemeindevertretern vorzusprechen und deren Intervention zu erbitten habe.

Die Zeit
23./9. 1914.

Die Hilfsaktion für die galizischen Flüchtlinge.

Die Auszahlungsstelle im Industriehause.

Im Marmorgebäude des ersten Stockes im Hause der Industrie auf dem Schwarzenbergplatz entfaltet gegenwärtig ein Komitee täglich angestrengteste Tätigkeit, das unter der Aegide des gemeinsamen Finanzministers Dr. v. Bilinski gebildet worden ist, und das aus Beamten dieses sowie des Ministeriums für Galizien und anderen Ministerien besteht. Es gilt dort, die vorschußweisen Beträge und größeren Unterstützungen an die galizischen Flüchtlinge auszuzahlen. Der tägliche Andrang ist so stark, daß die Petenten nur schichtweise zugelassen werden und bis auf die Straße hinaus sich paarweise anstellen müssen.

Die Flüchtlinge erhalten dort zunächst auf Grund ihrer polizeilichen oder bezirkshauptmannschaftlichen Reiselegitimation Vorschüsse für zwei Tage in der Höhe von einer Krone bis zu drei Kronen. Beanspruchen sie auf Grund ihrer Verhältnisse größere Unterstützungen, so haben sie ein Formular auszufüllen, das dem unter Leitung der Herren Klebinder und Gemeinderat Dr. Schwarz-Hiller stehenden Komitee der Fürsorgezentralstelle, das aus Vertrauensmännern verschiedener galizischer Städte besteht, zur Begutachtung zugesendet wird. Nach der dort erteilten Auskunft bemißt sich die Höhe der im Industriehause auszuzahlenden Unterstützung. Die Gelder für diese Unterstützungen werden durch Sammlungen aufgebracht. Das Komitee im Industriehause steht unter Leitung des Hofrates Twardowski und des Ministerialsekretärs Dr. Kotzubski.

Was die Frage des Schulunterrichtes für die polnischen Gymnasiasten betrifft, so hat sich auch hier ein Komitee unter Vorsitz des Reichsratsabgeordneten und Professors Dr. Halban gebildet, das alle erforderlichen Schritte zur baldigen Inbetriebsetzung solcher sogenannter „Beschäftigungsschulen" bereits eingeleitet hat. In einem staatlichen Gymnasialgebäude in der Leopoldstadt wird spätestens am 1. Oktober der Unterricht für die 700 bis 800 Schüler beginnen. Die Schulbücher werden einstweilen kommissionsweise von hiesigen Buchhandlungen entnommen. Die Aufrufe zu Anmeldungen für den Unterricht werden in den nächsten Tagen ergehen.

Arbeiterzeitung
26. 7. 1914.

* **Speisung galizischer Flüchtlinge.** Ein interkonfessionelles Hilfscomité gibt seit einigen Tagen galizischen Flüchtlingen, unter denen sich auch viele Frauen mit Säuglingen und vielen Kindern befinden, am Morgen und zur Jause Kaffee oder Thee mit zwei Semmeln. Es hat die Auslagen bisher aus Eigenem bestritten, kann aber nicht das leisten, was notwendig wäre. Es erläßt daher einen Aufruf um Spenden und wendet sich darin insbesondere auch an die Kaffeehausbesitzer um Freifrühstücke. Das Comité speist Flüchtlinge aus Galizien und der Bukowina ohne Rücksicht auf ihre Konfession. Spenden sind an Sam. K ö r n e r, II. Haidgasse Nr. 7, zu senden. — Auch das Zionistische Zentralbureau, II. Zirkusgasse Nr. 33 ersucht um F r e i t i s c h e zu Mittag oder Abend für die Flüchtlinge aus Galizien und der Bukowina.

Die Zeit
27./9. 1914.

Die Hilfsaktion für die galizischen Flüchtlinge.

Wie wir erfahren, ist die Lage der galizischen Flüchtlinge dank der umfassenden Maßnahmen der Bezirksvorstehung der 2. Bezirks gegenwärtig derartig günstig geregelt, daß keiner der Flüchtlinge zur Zeit ohne Quartier und Beköstigung ist. Bei der Ausspeisung der Flüchtlinge haben indessen in der letzten Zeit sich verschiedene Schwierigkeiten ergeben. Die vorhandenen Speisehallen reichten nicht mehr aus, da die Speisehallen dem Andrang der Tausende auf die Dauer nicht Stand halten konnten. Die Zentralfürsorgestelle (Bezirksvorstehung) verfiel daher zunächst auf den Ausweg, Geld statt Speisemarken auszugeben, damit die Leute sich nach Belieben verköstigen können. Um nun aber der Kalamität gründlich zu begegnen und möglichst dauernde Abhilfe zu schaffen, wird auf Initiative der Bezirksvorstehung in günstiger Lage eine Riesenspeisehalle errichtet werden, wo mehrere tausend Personen zugleich ausgespeist werden können. Die Verhandlungen darüber mit der israelitischen Kultusgemeinde, die die Mittel für die innere Einrichtung der Halle gewährt, sind noch im Zuge. Man ist nun übereingekommen, den Flüchtlingen fortan dieselben Bezüge zu gewähren, wie sie die Familien der ins Feld gerückten Reservisten erhalten. Dadurch ist eine sichere Basis für die Berechnung der Unterstützungen gewonnen. Es ist ferner im Einvernehmen mit der Polizeibehörde auf Grund des Kriegsleistungsgesetzes mit den hiesigen sogenannten Stundenhotels ein Abkommen getroffen worden, durch das diese verpflichtet werden, Betten für die Flüchtlinge zum Preis von einer Krone pro Nacht zur Verfügung zu stellen. Die Zimmer werden durch Kommissionen der Fürsorgestelle requiriert, und es ist auf diese Weise möglich geworden, ein Reservoir für alle in Wien einlangenden Flüchtlinge zu schaffen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß später an den Bau von besonderen Baracken gegangen werden wird. Dieser Gedanke wird gegenwärtig im Schoße des großen, unter Vorsitz des Ministers v. Bilinski stehenden Hilfskomitees erwogen. Zu Tausenden laufen unausgesetzt Gesuche von Flüchtlingen um Gewährung von Darlehen ein, darunter auch von sehr gut situierten und angesehenen Persönlichkeiten, die derzeit aller Mittel bar sind. Diese Gesuche, mögen sie an welche Stelle immer gelangen, werden der Bezirksvorstehung des 2. Bezirkes überwiesen, die für die Prüfung und Begutachtung der Gesuche ein eigenes Komitee unter Vorsitz des Konsuls Spielmann gebildet hat. Bis zur Erledigung der erforderlichen Recherchen erhalten die Gesuchsteller Vorschüsse, um sich über Wasser zu halten. Die Entscheidung über die Gesuche erfolgt dann durch das Bilinskische Hilfskomitee. Die Unterstützungen werden in ausreichendem Maße gewährt. Inzwischen ist durch die Ueberfüllung der Volksschulen im 2. Bezirk, von denen ein Teil auch für Militär- und Spitalszwecke requiriert wurde, ein empfindlicher Platzmangel für die galizischen Volksschüler entstanden. Diese Frage wie eine Reihe anderer wichtiger Organisationsfragen wird in einer heute unter Leitung des Hofrates Twardowski stattfindenden Konferenz erörtert werden. Interessant ist schließlich die Tatsache, daß die flüchtigen Galizianer aus Ungarn ausgewiesen werden. Es wird ihnen zum Beispiel in Budapest der Aufenthalt nicht gestattet, wenn sie nicht ein Vermögen von 10.000 Kronen nachweisen können. Am letzten Freitag ist nun hier ein Extrazug mit 150 aus Ungarn verwiesenen galizischen Familien eingetroffen. Die Flüchtlinge wurden am Ostbahnhof von den Funktionären der Zentralfürsorgestelle erwartet. In bereitwilligster Weise hatte die Gemeinde Wien Sonderwagen der Straßenbahn zur Verfügung gestellt, mit denen die Flüchtlinge zum Nordbahnhof gebracht und von dort nach Mähren befördert wurden.

Die Zeit
1/X. 1914.

Die Ausspeiseaktion der Fürsorgezentrale.

In den verschiedenen Bezirken.

Die Fürsorgezentrale im Rathaus hat eine große Ausspeiseaktion eingeleitet, die in den nächsten Tagen zur Durchführung gelangen soll. Die armen Leute, die von den Armenämtern in den einzelnen Bezirken Speisemarken erhalten haben, werden gegen deren Ausfolgung von den verschiedenen Ausspeisevereinen und Bezirkskomitees die entsprechenden Portionen erhalten. Die Ausspeisung erfolgt zunächst bloß in acht Bezirken, wird aber später je nach Bedarf auch auf die anderen Bezirke ausgedehnt werden. Im 2. Bezirk erfolgt die Ausspeisung in erster Linie durch die Suppen- und Teeanstalt (2. Bezirk, Darwinstraße Nr. 21) und durch den Verein zur Errichtung von Volksküchen; im 3. Bezirk durch die Suppen- und Teeanstalt Erdbergerstraße Nr. 115; im 10. Bezirk durch die Suppen- und Teeanstalt Eugenplatz Nr. 23 (1000 Portionen), ferner in der Puchsbaumgasse Nr. 13 und durch das Kuratorium zur Ausspeisung hungernder Schulkinder in einer Reihe von Schulen, in der Quellenstraße, Laaerstraße, Triesterstraße usw.; im 12. Bezirk in der Schallergasse Nr. 23 sowie durch das Speisekomitee in der Meidlinger Hauptstraße Nr. 63; im 14. Bezirk Johnstraße Nr. 40; im 16. Bezirk Gablenzgasse Nr. 4, Seeböckgasse Nr. 10, ferner in großen Mengen (2000 Portionen) in der Friedrich Kaiserstraße Nr. 51 und am Koflerpark Nr. 7; im 18. Bezirk, Semperstraße Nr. 45; im 20. Bezirk, Leystraße Nr. 129 und Webergasse Nr. 25. In der Burghardtgasse Nr. 3 sollen 2000 Portionen verabreicht werden. Auch in der Treustraße Nr. 54 werden arme Leute Speiseportionen erhalten.

Die größten Portionenzahlen sind im 16. Bezirk vorgesehen (5000), dann folgt der 20. Bezirk (4000), der 10. Bezirk (2500) und der 2. Bezirk (1900).

Wie wir aus dem Rathaus erfahren, soll am Montag mit der Ausspeisung in einzelnen Bezirken begonnen werden. Die Aktion ist keine leichte, da nicht nur große Vorarbeiten der Komitees durchgeführt werden, sondern auch die entsprechenden Verständigungen mit dem Küchenpersonal der Ausspeisestellen, die Sicherungen der Bezugsquellen für die Nahrungsmittel usw. erfolgen müssen.

Die Zeit
1./X. 1914.

Die Hilfsaktion für Galizien.

Die Unterstützung der Notleidenden.

Das durch die Initiative des gemeinsamen Finanzministers Dr. v. Bilinski geschaffene Hilfskomitee für Galizien und die Bukowina entfaltet in Wien eine überaus segensreiche Tätigkeit. Ministerialvizesekretär Wladimir Ritter v. Kozubski vom Ministerium für Galizien, der die Hilfsaktion im Haus der Industrie beaufsichtigt, hatte die Liebenswürdigkeit einem unserer Redakteure die Organisation dieser Hilfstätigkeit zu erklären.

Es besteht in der Schauflergasse ein Komitee für Beamte, denen dort ihre Gehalte angewiesen werden, ferner im galizischen Ministerium ein Komitee für Lehrer, dann in der Advokatenkammer ein Komitee für Graduierte (Advokaten, Aerzte, Apotheker usw.), dann im Haus der Industrie auf dem Schwarzenbergplatz die allgemeine Zahlstelle für Flüchtlinge aus Galizien, und schließlich beim Hof- und Gerichtsadvokaten Dr. Stiglitz die Zahlstelle für die Flüchtlinge aus der Bukowina.

Im Haus der Industrie wird die Hilfsaktion in folgender Weise durchgeführt: Die Leute werden bereits auf der Straße beim „Anstellen" in Gruppen geteilt. Frauen, Kinder und Greise sind in einer Gruppe, bereits angemeldete Notleidende in einer zweiten und Leute, die eine sofortige kleine Hilfe benötigen, also Neuankömmlinge in einer dritten Gruppe.

Die Flüchtlinge erhalten ein Einreichungsformular, das sie auszufüllen haben. Diese Formulare werden an einem zweiten Schalter konsigniert und sodann zum Magistratischen Bezirksamt für den zweiten Bezirk geschickt, wo geprüft wird, ob die Einreicher nicht schon von anderen Komitees Unterstützungen erhalten und ob sie wirklich hilfsbedürftig sind. Die Parteien werden sodann mittelst Postkarten eingeladen, im Haus der Industrie zur Entgegennahme der Unterstützungen zu erscheinen. Dort finden dann die Auszahlungen der wöchentlichen Unterstützungsbeträge statt.

Neuankömmlinge erhalten gegen entsprechende Legitimationen (Passierscheine, Meldezettel usw.) an einem separaten Schalter sofort eine provisorische Unterstützung für zwei Tage, damit sie während der Behandlung ihrer sofort vorzunehmenden Einreichung nicht ohne Mittel dastehen. Um Mißbräuchen vorzubeugen, wird jedes vorgewiesene Dokument sofort mit einer großen Stampiglie versehen: „Bezieht bereits Unterstützung ... usw."

Die Agenten des Komitees werden von Beamten des galizischen Ministeriums und der Statthalterei aus Lemberg mit einer beispiellosen Geduld versehen. Die Herren haben seit den zwei Wochen ihrer Tätigkeit etwa 15.000 bis 20.000 Leute abgefertigt, die durchschnittlich 8 bis 10 Kronen pro Woche und Person erhielten. Die Gemeinde Wien bezahlt auch im Einvernehmen mit dem Landesverteidigungsministerium hier sogar vorschußweise den galizischen Reservistenfamilien die staatlichen Unterhaltsbeiträge aus, zu deren Leistung sonst nur die Heimatsgemeinden verhalten sind.

In Organisation befindet sich beim galizischer Hilfskomitee schließlich eine Arbeitsvermittlungsstelle.

Die Zeit
8./X. 1914.

Flüchtlingsfürsorge.

Die Unterstützung der Kaufleute.

Seinerzeit berichteten wir, daß bei den Ministern Dr. v. Bilinski und Baron Heinold unter Führung des Abg. Reitzes eine Deputation jüdischer Kaufleute aus Galizien erschien, die die Minister um Einleitung einer Aktion ersuchte, die vermögenden Kaufleuten, die Warenvorräte in Galizien zurückgelassen hatten und nur infolge ihrer patriotischen Gefühle die Heimat verlassen haben, die Erlangung von kleinen Darlehen ermöglichen sollte.

Infolge dieser Aktion wurde inzwischen ein Bankkonsortium unter der Aegide der Kreditanstalt gegründet; damit war den Wünschen der galizischen Kaufleute entsprochen. Gestern erschien nun Abg. Reitzes neuerdings bei Dr. v. Bilinski und stattete ihm den Dank der galizischen Kaufmannschaft für seine erfolgreiche Intervention ab. Dr. v. Bilinski erklärte, daß er auch weiterhin bereit sei, alles für die galizischen Flüchtlinge Notwendige zu unterstützen.

Aufruf des Hilfskomitees.

Wir erhalten vom Interkonfessionellen Hilfskomitee zur Frühstück- und Jausenausspeisung der Flüchtlinge aus Galizien und der Bukowina einen Aufruf, in dem es heißt:

Das Hilfskomitee hat sich bisher die denkbar größte Mühe gegeben, den Anforderungen der Flüchtlinge zu entsprechen. Mit Eintritt der rauhen Jahreszeit ist aber die Zahl der auf diese Hilfe Angewiesenen rapid angewachsen. Auch steigt die Zahl dadurch, daß die Not unter den armen Flüchtlingen täglich empfindlicher wird, weil selbst die den besseren und besten Bürgerkreisen angehörigen ihre mitgebrachten paar Notgroschen bereits aufgezehrt haben.

Es ist geradezu herzzerreißend, zu sehen, wie alte Männer, des Morgens aus ihren Massenquartieren gejagt, des warmen Frühstücks entbehren müssen. Und es ist einfach unbeschreiblich, was geschehen würde, wenn man den tausenden Frauen mit kleinen Kindern und Säuglingen dieses Frühstück entziehen und die Jause, die auch das Nachtmahl vertritt, vorenthalten müßte.

Alles das wird aber leider unvermeidlich sein, wenn nicht aus allen Kreisen der Bevölkerung ergiebige und rasche Hilfe kommen sollte. Das Hilfskomitee ist am Ende seiner Mittel angelangt und appelliert an jedes wahre Menschenherz, den lebenerhaltenden Zweck durch Spenden zu fördern und die Fortführung dieser Labeaktion zu ermöglichen.

An die Herren Kaffeehausbesitzer ergeht der separate Ruf, für die Zeit bis zur hoffentlich bald erfolgenden Repatriierung unserer armen Flüchtlinge, je eine Anzahl Frühstück- und Jausenverabfolgungen auf sich zu nehmen und sofort gütigst anzumelden.

Spenden und Anmeldungen wolle man nur an die Adresse des Frühstück- und Jausenkomitees, Wien, 2. Bezirk, Taborstraße Nr. 18, Grand Café National, oder an die Unterfertigten richten.

Für das Hilfskomitee:

Der Obmann Bezirksrat Dr. Leopold Brady, 2. Bezirk, Praterstraße Nr. 24; kais. Rat M. Hirth aus Przemysl, 2. Bezirk, Taborstraße Nr. 18; Bezirksrat Philipp Bak, 2. Bezirk, Praterstraße Nr. 66.

Sitz des Hilfskomitees: 2. Bezirk, Taborstraße Nr. 18, Grand Café National.

Neues Wiener Tagblatt
11./X. 1914.

Flüchtlingsfürsorge.

Vor kurzem haben sich opfervolle Bürger unter der Aegide städtischer Mandatare, der Gemeinderäte Ferd. Eder, A. D. Goltz, Siegmund Kodicek, Gustav Schäffer, der Bezirksräte Philipp Bak, Medizinalrat Dr. B. Glattauer, Franz Günther, Ed. Hofmann und Anton Prinz, zusammengetan und ein interkonfessionelles Hilfskomitee zur Frühstücks- und Jausenausspeisung unsrer Flüchtlinge aus Galizien und der Bukowina gebildet. Unter großen Opfern an Zeit, Geld und Mühe ist es diesen Männern gelungen, ihre überaus wohltätige und nützliche Aktion bis zur Stunde fortzuführen. Um diese im Hinblick auf die rauhe Jahreszeit geradezu lebensrettende Hilfe für Tausende fortsetzen zu können, appelliert das Hilfskomitee an die edle Menschenfreundlichkeit aller, und so empfehlen wir nachfolgenden Aufruf desselben aufs wärmste.

„Vor beiläufig drei Wochen wurde unter der Aegide einer Anzahl städtischer Mandatare von opferwilligen Bürgern das gefertigte Hilfskomitee gegründet, welches sich zur Aufgabe gemacht hat, unsern armen kaiser- und reichstreuen Flüchtlingen aus Galizien und der Bukowina ohne Unterschied der Konfession das in gegenwärtiger rauher Jahreszeit unentbehrliche Frühstück (Kaffee, Tee oder Milch mit Brot) und die gleiche Jause zu verabfolgen.

Das Hilfskomitee hat sich bisher die denkbar größte Mühe gegeben, den Anforderungen dieser Tausende zu entsprechen. Mit Eintritt der rauhen Jahreszeit ist aber die Zahl der auf diese Hilfe Angewiesenen rapid angewachsen. Auch steigt die Zahl dadurch, daß die Not unter den armen Flüchtlingen täglich empfindlicher wird, weil selbst die den besseren und besten Bürgerskreisen Angehörigen ihre mitgebrachten paar Notgroschen bereits aufgezehrt haben.

Es ist geradezu herzzerreißend zu sehen, wie alte Männer, des Morgens aus ihren Massenquartieren gejagt, auf dieses warme Frühstück verzichten müssen, ohne dem sie gar nicht existieren können.

Alles das wird aber unvermeidlich sein, wenn nicht aus allen Kreisen der edelmütigen Bevölkerung ergiebige und rasche Hilfe kommen sollte. Das Hilfskomitee ist am Ende seiner Mittel angelangt und appelliert an jedes wahre Menschenherz, den lebenserhaltenden Zweck durch Spenden zu fördern und die Fortführung dieser nicht nur hungerstillenden, sondern erquickenden Labeaktion zu ermöglichen.

Mitbürger! Gedenket dieser Unglücklichen, die Haus und Hof, Hab und Gut, Beruf und Stellung, Heim und Heimat arm und blank verlassen mußten, und deren Letztes — das nackte Leben — nun von eurer Gnade und Barmherzigkeit abhängt! An die Herren Kaffeehausbesitzer ergeht der separate Ruf, für die Zeit bis zur hoffentlich bald erfolgenden Repartierung unsrer armen Flüchtlinge je eine Anzahl Frühstück- und Jausenverabreichungen auf sich zu nehmen und sofort gütigst anzumelden.

Mitbürger, helfet rasch!

Spenden und Anmeldungen wolle man nur an die Adresse des Frühstück- und Jausenkomitee, Wien, 2. Bezirk, Taborstraße Nr. 18, Grand Cafe National, an die Unterfertigten oder an die Administration dieses Blattes richten.

Wien, im Oktober 1914.

Interkonfessionelles Hilfskomitee zur Frühstück- und Jausenausspeisung unsrer Flüchtlinge aus Galizien und der Bukowina.

Der Obmann Bezirksrat Dr. Leopold Bradh,
2. Bezirk, Praterstraße Nr. 24.
Bezirksrat Philipp Bak, Praterstraße Nr. 66.
Kaiserl. Rat M. Hirth aus Przemysl,
Taborstraße Nr. 18.
Sitz des Hilfskomitees: 2. Bezirk, Taborstraße Nr. 18, Grand Cafe National."

Die Zeit
16./X. 1914.

Die Barackenstädte.

Wohnstätten für die Flüchtlinge.

Die Zahl der in Oesterreich bisher untergebrachten Flüchtlinge beträgt rund 120.000, wovon etwa 60.000 auf Wien entfallen. Die unbemittelten Flüchtlinge werden bekanntlich, nach Nationalitäten gesondert, direkt in die Provinz instradiert. Die Polen werden nach den gegenwärtigen Dispositionen in Böhmen und Krain untergebracht, und zwar vorerst in größeren Gemeinden, vom Ende dieser Woche an jedoch in einer Barackenstadt in Chotzen in Böhmen. Diese Barackenstadt, die vom Staate gebaut wurde, hat einen Fassungsraum für 20.000 Personen, mit eigener Schule, Kirche und anderen Bauten. Die polnischen Flüchtlinge werden dort ihre eigene Verwaltung haben.

Die Ruthenen befinden sich in Wolfsberg und St. Andrä in Kärnten. Die Barackenkolonie Wolfsberg ist bereits fertiggestellt, während sich jene von St. Andrä noch im Bau befindet.

Die Juden werden nach Nikolsburg, Gaya und Pohrlitz in Mähren gebracht. Die Baracken in Nikolsburg sind bereits gebrauchsfertig. Bei den Juden haben sich Schwierigkeiten wegen der Verpflegung ergeben. Die Leute hungern nämlich trotz der anormalen Verhältnisse lieber, ehe sie auf die rituelle Kost verzichten. Es wurde indessen ein Ausweg gefunden, indem man die Kultusgemeinden der in Betracht kommenden Kommunen mit der Leitung der Verpflegung betraut hat.

Etwa 2000 Flüchtlinge aus den Küstengebieten Dalmatiens wurden in Krain untergebracht.

Eine sehr große Anzahl unbemittelter galizischer Flüchtlinge befindet sich in Prag, Brünn und Graz, wo sie auf Kosten des Staates untergebracht und verpflegt werden.

Es herrscht das Bestreben, im Hinblick auf die Fertigstellung von Barackenlagern in der Provinz, die unbemittelten Flüchtlinge von hier zu evakuieren, zumal sich anläßlich vorgenommener Revisionen ergeben hat, daß sich in einigen Fällen 25 Flüchtlinge in einem Zimmer befinden und buchstäblich Seuchenherde bilden.

In den letzten Tagen war kein nennenswerter Zuzug aus Galizien mehr zu verzeichnen. Nur aus der Bukowina treffen noch fortwährend Flüchtlinge über Ungarn ein, da die ungarischen Behörden die Leute sofort weiter nach Oesterreich instradieren.

Die amtliche Lemberger Zeitung hatte bekanntlich eine Verlautbarung veröffentlicht, mit der die galizischen Flüchtlinge zur Rückkehr in die von den Russen evakuierten Ortschaften aufgefordert werden. Wie verlautet, ist es jedoch nicht ausgeschlossen, daß diese Verlautbarung demnächst eine Korrektur erfahren wird. Der Minister des Innern Freih. v. Heinold, der zurzeit in Biala weilt, untersucht an Ort und Stelle, ob es nicht unangezeigt wäre, die unbemittelten Flüchtlinge in Gebiete zurückzurufen, in denen das Land durch den Durchzug sowohl österreichisch-ungarischer als auch russischer Truppen von Nahrungsmitteln entblößt ist, während doch die Zufuhren in erster Linie für die Bedürfnisse der Armee in Betracht zu kommen haben. Hierzu kommt noch, daß durch die Kriegsereignisse viele Ortschaften zerstört wurden, für deren Wiederaufbau der Zeitpunkt wohl noch nicht gegeben ist.

Neues Wiener Tagblatt
16./X. 1914.

(Zentralstelle für die Flüchtlingsfürsorge.) Die vom Bürgermeister der Stadt Wien errichtete Zentralstelle für die Flüchtlingsfürsorge arbeitet in ihren Bureaux im 2. Bezirk, Zirkusgasse Nr. 5, Telephon 48377. Der Zentralstelle obliegt die Vorsorge für Bequartierung und Ausspeisung der mittellosen Flüchtlinge, sie übernimmt Geld- und Naturalspenden zur Aufbesserung der den mittellosen Flüchtlingen gewährten staatlichen Hilfe, sie gewährt unentgeltlichen Rechtsschutz, erteilt Auskunft über Vermißte und folgt Anweisungen für ärztliche Behandlung aus. Die Zentralstelle versieht weiter einen organisierten Bahnhofdienst und veranlaßt die unentgeltliche Weiterbeförderung von Flüchtlingen, welche in Wien nicht mehr untergebracht werden können, nach andern Aufenthaltsstädten. Die Zentralstelle unterhält schließlich einen Kataster freier Wohnungen, auch für bemittelte Flüchtlinge, und erteilt Auskünfte aller Art. Die Vermittlung von Arbeit wird durch die Zentralstelle nicht besorgt.

Neue Freie Presse
21./X. 1914.

von Grashofgasse und Hause an Flüchtlinge aus Galizien und der Bukowina.

Im Hinblicke darauf, als die Ueberzahl unserer Flüchtlinge aus öffentlichen Mitteln außer dem ihnen zugewiesenen Quartier nur noch 30 H. per Tag und per Kopf zur Deckung ihrer Lebensbedürfnisse erhalten, hat sich das obige Komitee unter der Aegide der Bezirksvertretung Leopoldstadt gebildet, um den Flüchtlingen ein, wenn auch nur bescheidenes Frühstück und eine solche Jause, bestehend aus einem Kaffee und je zwei Semmeln zu bieten. Es ist dies allerdings nicht viel, aber trotzdem empfinden es die bedachten Flüchtlinge als sehr wohltuend, daß ihnen, insbesondere bei der jetzt oft herrschenden naßkalten Witterung ein warmes Frühstück verabreicht wird. Jeder, der in der glücklichen Lage ist, seinen Morgenkaffee in seinem Heime schlürfen zu können, wird hiemit gebeten, an die von Haus und Hof vertriebenen, um ihre letzte Habe gebrachten Flüchtlinge zu denken und es uns zu ermöglichen, daß wir ihnen für die noch hoffentlich kurze Zeit, bis zu welcher ihnen die Rückkehr in ihre Heimat ermöglicht sein wird, das Frühstück weiter zu verabreichen in der Lage sind. Tausendfälliger, heißer Dank aus dem Innersten des Herzens all der vielen, von denen sich manche vor kurzer Zeit noch in mehr oder minder guten wirtschaftlichen Verhältnissen befanden, sei allen Gönnern dieser Aktion hiemit öffentlich zum Ausdrucke gebracht. Gütige Spenden sende man gefälligst an die Administration dieses Blattes oder an den Sitz des Komitees, Wien, 2. Bezirk, Taborstraße 18, Café National, oder endlich an den Obmann des Komitees Bezirksrat Dr. Leopold Brady, Wien, 2. Bezirk, Praterstraße 24.

Eine Spielmarke für die galizischen Flüchtlinge.

Das Komitee für die Flüchtlinge aller Nationalitäten und Konfessionen aus Galizien und der Bukowina wird demnächst eine Spielmarke herausgeben, durch deren Abnahme alle jene, die in öffentlichen Lokalen oder auch in Klubs und Gesellschaften beim Spiel Erholung suchen, zur Linderung der Lage der Flüchtlinge beitragen können.

Die Marke wurde von Heinrich Rauchinger entworfen. Ihr Mittelfeld vereinigt den Stephansturm mit dem Wawelschloß in Krakau. Die Marke kann als Verschlußmarke für Briefe Anwendung finden. Die Spieler werden einen freiwilligen Aufschlag von 10 H. auf das Spielgeld wohl gern leisten und dadurch an ihrer Zerstreuung die hilfsbedürftigen Mitbürger partizipieren lassen. Die Marke soll in Kaffeehäusern und allen Lokalen, in denen gespielt wird, von den Zahlkellnern ausgegeben werden; sie möge daher — wo sie etwa fehlen sollte — verlangt werden.

* **(Hilfskomitee für die Flüchtlinge aus Galizien.)** Eine Deputation der galizischen Ingenieurkammer, bestehend aus den Zivil-Ingenieuren Scheininger und R. v. Krobicki, hat beim Obmann des Wiener Hilfskomitees für Flüchtlinge aus Galizien und der Bukowina, Gemeinsamen Finanzminister v. Bilinski vorgesprochen, wobei Oberbaurat Dr. Ing. v. Emperger und R. v. Thomka namens der hiesigen Ingenieurkammer verschiedenen Wünsche des Ingenieurstandes Ausdruck verliehen. Von nun ab amtiert als Funktionär des Wiener Hilfskomitees für Flüchtlinge aus Galizien und der Bukowina Ministerialsekretär Dr. Bernaczek in den Lokalitäten der Niederösterreichischen Ingenieurkammer, Mariahilferstaße 92, Ecke Zieglergasse, von halb 5 bis 6 Uhr und nimmt die Unterstützungsgesuche der hierher geflüchteten Mitglieder der östlichen Ingenieurkammern sowie auch sonst aller Privatingenieure entgegen. — Aus Anlaß verschiedener Vorkommnisse hat sich das Wiener Hilfskomitee für Flüchtlinge aus Galizien und der Bukowina genötigt gesehen, seinen Recherchendienst zu erweitern und über die angemeldeten Unterstützungsgesuche noch eingehendere Erhebungen als bisher zu pflegen, da es lediglich auf diese Weise möglich ist, die Mittel des Hilfskomitees nur wirklich würdigen Bewerbern zukommen zu lassen. Aus technischen Gründen wurde die Verfügung getroffen, daß Neuanmeldungen von Gesuchen in der Geschäftsstelle des Hilfskomitees im Industriehaus, Schwarzenbergplatz 4, von nun ab nur an Dienstagen und Freitagen entgegengenommen werden. Die Komiteesektion für Advokaten, Notare und sonstige freie Berufe (früher Rotenturmstraße 13) befindet sich nunmehr 9. Bezirk, Währingerstraße 15.

Reichspost
26./X. 1914.

Die galizischen Flüchtlinge.

Bekanntlich hat die galizische Statthalterei die Flüchtlinge aus den westlich der Sanlinie gelegenen Gebieten Galiziens aufgefordert, „im eigenen Interesse" in ihre Heimat zurückzukehren. Wie nun in der letzten Beratung polnischer Abgeordneter R. v. Abrahamovics mitteilte, mache das Ministerium des Innern kein Hehl daraus, daß eine Massenrückkehr der Flüchtlinge in die Heimat momentan ihm nicht zweckmäßig erscheine, da in einigen Punkten Galiziens Ansteckungskrankheiten aufgetreten seien und in einzelnen Gegenden auch ein Mangel an Lebensmitteln sich fühlbar mache. Aus diesem Grunde hätten auch die Zentralbehörden Verfügungen ausgegeben, die die Rückreise der Flüchtlinge in ihrer Masse aufhalten (!) sollen, bis in ihrer Heimat wieder normale Verhältnisse herrschen. Zur Abhilfe des in Galizien herrschenden Elends werde zunächst veranlaßt, daß demnächst größere Vorräte an Mehl, Reis und Feldfrüchten dorthin geschickt werden.

Die Richtigkeit dieser Mitteilung vorausgesetzt, wird das Ministerium des Innern mit seinen Erklärungen in den Kreisen der Bevölkerung die größte Verblüffung erregen.

Neues Wiener Journal
27. IX. 1914.

(Flüchtlingsfürsorge.) Der Leiter der Zentralstelle für die Fürsorge für die Flüchtlinge aus Galizien und aus der Bukowina, Gemeinderat Dr Rudolf Schwarz-Hiller, ersucht uns um die Veröffentlichung folgenden Aufrufes: Zur Vermeidung jedweder Dezentralisation der Flüchtlingsfürsorge und jeder Schädigung oder ungerechten Bevorzugung einzelner, insbesondere zur Vermeidung von Doppelbeteilungen, welche bei unsystematischem Vorgehen Regel sind, wird dringendst gebeten, Geldspenden und Kleider- und Wäschespenden an die Zentralstelle für die Flüchtlinge aus Galizien und aus der Bukowina, Wien, II., Zirkusgasse 5, abzuliefern. Die kalte Jahreszeit steht vor der Tür. Möge jeder entbehrliche Kleider- und Wäschestücke dem wohltätigen Zwecke zuführen Es gibt Tausende in unserer Stadt, die an diesen unentbehrlichen Gebrauchsgegenständen empfindlichsten Mangel leiden. Auch Geldspenden zur Ausbesserung der den Flüchtlingen gewährten staatlichen Gebühren sind dringendst erbeten. Die Zentralstelle nimmt sich aller mittellosen Flüchtlinge an, ohne Rücksicht auf Konfession oder Nationalität. — Wir erhalten folgenden Aufruf: Den Flüchtlingen wird es bald gegönnt sein, den heimatlichen Boden aufzusuchen und ihrem Beruf und ihrer Beschäftigung nachzugehen. Inzwischen muß bis Eintritt geordneter Verhältnisse in Galizien und der Bukowina hier für dieselben noch gesorgt werden. Die Kommune Wien stellt in anerkennenswerter und humaner Weise allen durch die Kriegsereignisse betroffenen Opfern, die sich an das Zentralfürsorgekomitee wenden, 30 Heller per Kopf täglich zur Verfügung. Dieser Betrag reicht jedoch kaum zur Anschaffung des Notwendigsten hin. Der gefertigte Verband hat es daher als Pflicht der Menschlichkeit erachtet, durch Gewährung warmer, nahrhafter Speisen, durch Geldunterstützungen usw. ergänzend und helfend beizuspringen. Diese ergänzende Hilfe erweist sich jetzt um so notwendiger, als zur Erhaltung des nackten Lebens der bedauernswerten Flüchtlinge mit Rücksicht auf die eingetretene rauhe Witterung außer der ohnehin sehr kargen Kost warme Kleidung und Kohle ihnen verabreicht werden sollen. Zur Ermöglichung dieses Zweckes sehen wir uns neuerlich genötigt, an den Wohltätigkeitssinn unserer Mitbürger zu appellieren. Verband der humanitären Vereine der galizischen Juden in Wien, I., Biberstraße 11.

Neues Wiener Tagblatt
29./X. 1914.

Die Rückkehr der Flüchtlinge nach Galizien.

Offiziell wird verlautbart: Die Frage der Rückkehr der Flüchtlinge hat in letzter Zeit vielfach die Oeffentlichkeit beschäftigt, so daß es wohl angezeigt erscheint, jene Gesichtspunkte darzulegen, die bei Abwägung der verschiedenen in dieser Frage zur Geltung kommenden Interessen maßgebenden Ortes vorwalten.

Eine Reihe von Bezirken, die nach dem gegenwärtigen Stande der militärischen Operationen für die Wiederkehr der teilweise geflohenen Bevölkerung offenstehen, wurde bereits von der Statthalterei in Galizien kundgemacht, und zwar ist dies ein erheblicher Teil Mittelgaliziens sowie Westgaliziens mit Ausnahme von Krakau, wo gewisse festungstechnische Rücksichten eine allzu rasche Rückkehr der Flüchtlinge nicht angezeigt erscheinen lassen.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß eine rasche Wiederbesiedlung der vorgenannten Gebiete wünschenswert und notwendig ist, um die Wiederaufnahme des wirtschaftlichen Lebens sicherzustellen und das allzu starke Anwachsen jener Verluste zu vermeiden, die sich aus dem Brachliegen der verschiedensten Produktionszweige unfehlbar ergeben müssen. Demgegenüber begegnet aber eine unvermittelte massenhafte Rückkehr aller Flüchtlinge in ihre Heimat gewissen Schwierigkeiten.

Die bemittelten Flüchtlinge, die leicht in der Lage sein werden, sich in der Heimat die erforderlichen Existenzbedingungen zu schaffen, ferner jene unbemittelten Flüchtlinge, die sich zerstreut in einzelnen großen Städten aufhalten und dort ohne Erwerb in meist sehr beschränkten Unterkünften auf die Möglichkeit der Rückkehr in die Heimat unter Entbehrungen harren und die bei längerem Aufenthalte zur Erhöhung der Arbeitslosigkeit in den in Frage kommenden Städten beitragen können, ohne selbst befriedigenden Erwerb zu finden, werden — insbesondere soweit es sich um Westgalizien handelt — besser daran tun, so bald als möglich in die Heimat zurückzukehren und dort durch Wiedereinrichtung des wirtschaftlichen Apparats die Vorbedingungen für die Wiederkehr normaler Zustände zu schaffen. Sie werden sich aber vorher bezüglich der Modalitäten der Rückkehr bei den bestehenden Fürsorgestellen (Hilfskomitee für Flüchtlinge, 3. Bezirk, Schwarzenbergplatz, Industriehaus; Zentralstelle für Flüchtlingsfürsorge, 2. Bezirk, Zirkusgasse Nr. 5) zweckmäßigerweise informieren.

Die in den staatlichen, zur Verfügung gestellten Niederlassungen befindlichen Flüchtlinge werden allmählich in Etappen heimkehren, und der hiedurch in den Sammelniederlassungen freiwerdende Raum wird dann jenen Flüchtlingen zugänglich gemacht werden, die noch zerstreut in größeren Städten zurückgeblieben sind.

* * *

Bürgermeister Dr. Weiskirchner hat, wie die „Rathauskorr." mitteilt, in den letzten Tagen neuerlich beim Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh und beim Minister des Innern Freiherrn v. Heinold in Angelegenheit der galizischen Flüchtlinge vorgesprochen und die bestimmte Erklärung entgegengenommen, daß die Regierung zeitgemäß die entsprechenden Maßnahmen veranlassen werde, um die Rückwanderung der Flüchtlinge in ihr Heimatland durchzuführen.

Der Bürgermeister besuchte gestern auch die Zentralstelle im 2. Bezirk, Zirkusgasse, und hatte mit ihrem Leiter, Gemeinderat Dr. Schwarz-Hiller, eine längere Besprechung.

Neues Wiener Tagblatt
13./XI. 1914.

Ein neues Heim für die Flüchtlinge.

Die Depositenbank, die das Haus Hernalser Hauptstraße Nr. 73 für Umbauzwecke angekauft hatte, überließ das gesamte Gebäude zur Errichtung eines Heims für Flüchtlinge aus Galizien und der Bukowina ohne Unterschied der Konfession. Außerdem hat sie 1200 K. zur Verfügung gestellt, um die Adaptierung für diesen Zweck zu ermöglichen, so daß es an die Hilfsaktion der Gemeinde Wien angeschlossen werden konnte. In rascher Folge fanden sich Private, welche Möbel, Einrichtungsstücke, Wäsche, Kleider lieferten; auch Naturalien kamen herein. Die Baumeisterfirma Rous u. Stiegler, Architekt Postelberg, dann die Verglasungsfirma Pschierer lieferten Arbeit und Material in großherzigster Weise. Etwa 150 Flüchtlinge der besseren Stände leben hier in eigenen kleinen Wohnungen und werden vorläufig so unterstützt, daß sie ein menschenwürdiges Dasein führen können. Weitere Gaben, um das kleine Werk fortzuführen und um ähnliche Asyle gründen zu können, werden in der Kanzlei des Asyls selbst dankbarst entgegengenommen, eventuell nach vorheriger Verständigung abgeholt. Geldspenden werden an die Gründerin des Asyls Frau Irma Weißenberg, 8. Bezirk, Albertgasse Nr. 55, oder an Bezirksrat Josef Haslinger, 2. Bezirk, Stephaniestraße Nr. 11, dem Kassier des Jüdischen Asyls, erbeten.

Neue Freie Presse

14./XII. 1914.

27

Ein neues Heim für die Flüchtlinge. Die Depositenbank, die das Haus Hernalser Hauptstraße 73 für Umbauzwecke angekauft hatte, überließ das gesamte Gebäude zur Errichtung eines Heimes für Flüchtlinge aus Galizien und der Bukowina ohne Unterschied der Konfession. Außerdem hat sie 1200 K. zur Verfügung gestellt, um die Adaptierung für diesen Zweck zu ermöglichen, so daß es an die Hilfsaktion der Gemeinde Wien angeschlossen werden konnte. In rascher Folge fanden sich Private, welche Möbel, Einrichtungsstücke, Wäsche, Kleider lieferten; auch Naturalien kamen herein. Die Baumeisterfirma Rous & Stiegler, Herr Architekt Postelberg, dann die bekannte Verglasungsfirma Pschierer lieferten Arbeit und Material in großherzigster Weise. Etwa 150 Flüchtlinge der besseren Stände leben hier in eigenen kleinen Wohnungen und werden vorläufig so unterhalten, daß sie ein menschenwürdiges Dasein führen können. Weitere Gaben, um das Werk fortzuführen und um ähnliche Asyle gründen zu können, werden in der Kanzlei des Asyls selbst dankbarst entgegengenommen, eventuell nach vorheriger Verständigung abgeholt. Geldspenden werden an die Gründerin des Asyls Frau Irma Weißenberg, 8. Bezirk, Albertgasse 55, oder an Herrn Bezirksrat Josef Haslinger, 2. Bezirk, Stephaniestraße 11, den Kassier des jüdischen Asyls, erbeten.

Neues Wiener Tagblatt
16./XI. 1914.

Die städtische Zentralstelle für Flüchtlingsfürsorge.

Diese Zentralstelle, welche für die Flüchtlinge aus Galizien und der Bukowina errichtet wurde, versorgte bis jetzt mehr als 70,000 Personen mit Kost und Quartier. Der Staat stellt zu diesem Zweck 70 H. für die Person täglich zur Verfügung, die für Wohnung und Essen ausreichen müssen. Die Flucht wurde in den meisten Fällen so rasch vorgenommen, daß die Flüchtlinge ihre Gesamthabe zurücklassen mußten und nicht einmal das allernotwendigste mitnehmen konnten. Da die Flucht übrigens zu einer Zeit erfolgte, in der das Wetter noch sehr milde war, sehen sie in ihren Sommerkleidern mit Sorge der rauhen Witterung entgegen. Die Zentralstelle hat daher ihrem Betriebe als Sektion VIII die Kleidersammelstelle angegliedert, die bis jetzt schon mehr als 3000 Personen mit Winterkleidung versehen hat. Da die der Zentralstelle zur Verfügung stehenden Mittel jedoch nicht ausreichen, noch weiterhin warme Wäsche und Kleider zu kaufen, und der durch Spenden aufgebrachte Vorrat verbraucht ist, so sieht sie sich genötigt, an die Oeffentlichkeit zu appellieren und Wohltäter zu bitten, alles Entbehrliche an Kleidern, Wäsche, Schuhen usw., das sich wohl in jedem Haushalt vorfindet, den armen Flüchtlingen zu überweisen.

Spenden oder Zuschriften wegen Abholung von Spenden sind an die Zentralstelle der Fürsorge für die Flüchtlinge aus Galizien und der Bukowina, Wien, 2. Bezirk, Zirkusgasse Nr. 5 (Telephon Nr. 48377), zu richten.

Neue Freie Presse
18./XI. 1914.

29

Zentralstelle der Fürsorge für die Flüchtlinge aus Galizien und der Bukowina. Die städtische Zentralstelle für Flüchtlingsfürsorge, Wien, 2. Bezirk, Zirkusgasse 5, welche für die durch den Krieg von Haus und Hof vertriebenen Bewohner Galiziens und der Bukowina errichtet wurde, versorgt bis jetzt mehr als 70.000 Menschen mit Kost und Quartier. Der Staat stellt zu diesem Zweck 70 H. per Kopf täglich zur Verfügung, welche für Wohnung und Essen ausreichen müssen. Die Flucht aus den einzelnen Orten wurde in den meisten Fällen so rasch vorgenommen, daß die Flüchtlinge ihre gesamte Habe zurücklassen mußten und nicht einmal das Allernotwendigste mitnehmen konnten. Da die Flucht zu einer Zeit erfolgte, in der das Wetter noch sehr milde war und die Flüchtlinge hofften, in kürzester Zeit in ihre Heimat zurückkehren zu können, sehen sie in ihren dünnen Sommerkleidern mit Sorge dem rauhen Winter entgegen. Die Zentralstelle hat daher ihrem Betriebe als Sektion VIII die Kleidersammelstelle angegliedert, welche bis jetzt schon mehr als 3000 Personen mit Winterkleidung versehen hat. Da die der Zentrale zur Verfügung stehenden Mittel jedoch nicht ausreichen, noch weiter warme Wäsche und Kleider zu kaufen und der durch Spenden aufgebrachte Vorrat verbraucht ist, sieht sich dieselbe genötigt, an die Oeffentlichkeit zu appellieren und alle Wohltäter zu bitten, alles Entbehrliche an Kleidern, Wäsche, Schuhen usw., das sich wohl in jedem Haushalt vorfindet, für die armen Flüchtlinge zur Verfügung zu stellen. Spenden oder Zuschriften wegen Abholung von Spenden sind zu richten an die Zentralstelle der Fürsorge für die Flüchtlinge aus Galizien und der Bukowina, Wien, 2. Bezirk, Zirkusgasse 5, Telephon 48377.

Fremdenblatt
22./XII. 1914.

* **(Winterkleider für die galizischen Flüchtlinge.)** Der Eintritt winterlichen Wetters hat die Leiden der galizischen Flüchtlinge noch verschärft. Die wenigsten von ihnen konnten beim Verlassen ihrer Heimat mehr als die notdürftigste Bekleidung mitnehmen; in der großen Masse sind jene Glücklicheren, die hier über wärmere Kleider verfügen, buchstäblich an den Fingern abzuzählen. Vor dem Lokal des großen, vom Gemeinsamen Finanzminister Dr. v. Bilinski geleiteten Hilfskomitees wie vor den Sitzen aller anderen Behörden und Komitees, die sich mit dem Schicksal der Flüchtlinge befassen, kann man jetzt Greise, Frauen, Kinder sehen, die stundenlang, vor Kälte erschauernd, ausharren. Die öffentliche und private Wohltätigkeit Wiens, die sich in so anerkennenswerter Weise dieser Armen angenommen hat, sieht sich jetzt vor eine neue Aufgabe gestellt, soweit es geht, die Winterleiden der Flüchtlinge zu lindern. Bei der großen Menge von Hilfsbedürftigen findet auch die geringste Gabe an warmer Unterwäsche und Winterkleidern ihre sofortige Verwendung, und sie wird von den Empfängern dankbarst begrüßt. Gaben dieser Art werden im galizischen Ministerium, Landstraße, Rennweg Nr. 1a, übernommen und sofort ihrer Bestimmung zugeführt.

Neues Wiener Tagblatt
23./XII. 1914.

Ein Krankenambulatorium für galizische Flüchtlinge.

Die Statthalterei hat dem Zionistischen Zentralkomitee für Westösterreich die Errichtung eines Krankenambulatoriums für arme Flüchtlinge aus Galizien und der Bukowina bewilligt. Das Ambulatorium, in dem arme Kranke ohne Unterschied der Konfession und Nationalität Aufnahme finden, erstreckt sich über die zu diesem Zweck nach den Weisungen des Stadtphysikats und Stadtbauamtes adaptierten Parterreräume des Hauses 2. Bezirk, Taborstraße Nr. 20 a. Die Anstalt umfaßt neun Abteilungen, und zwar für Interne, Chirurgie, Gynäkologie, Haut- und Geschlechtskrankheiten, Augen-, Nasen-, Kehlkopf- und Ohrenkrankheiten, Nerven- und Kinderkrankheiten und eine zahnärztliche Ambulanz. Aufgenommen werden nur solche Kranke, welche von der Zentralstelle für Flüchtlingsfürsorge als arm legitimiert werden. Zur Hintanhaltung eines Mißbrauches der Anstalt durch Bemittelte wird die Aufnahmskanzlei unter die Kontrolle des ärztlichen Vereines für den 2. Bezirk gestellt; der Präsident dieser Körperschaft Dr. Ignaz Weiß fungiert als Anstaltsinspektor. Mit der Organisation und verantwortlichen Leitung des Instituts wurde das Vorstandsmitglied der Wiener Aerztekammer Doktor Ludwig Stricker betraut. Die Besetzung der Ordinariate und der administrativen Stellen erfolgt noch im Laufe der nächsten Tage.

Neue Freie Presse
26./XI. 1914.

Die Hilfsaktion für die galizischen Advokaten.

In den Räumen der niederösterreichischen Advokatenkammer fand heute nachmittag eine neuerliche Delegiertensitzung der in Wien sich aufhaltenden galizischen Advokaten statt. Außer den Präsidenten und Ausschußmitgliedern der Kammern Krakau, Lemberg und Przemysl hatten sich auch die Reichsratsabgeordneten Dr. Adolf Groß, Dr. Kolischer, Dr. v. Löwenstein, Rauch und Dr. Steinhaus, dann die Mitglieder des Fürsorgeausschusses für die Advokaten Galiziens und der Bukowina eingefunden. In dem Berichte wurde festgestellt, daß eine große Anzahl von Advokaten und Advokaturskandidaten mit ihren Familien hier der bittersten Not preisgegeben seien, weil ihnen jegliche Möglichkeit zu Erwerb fehlt und eine ausreichende Unterstützung nicht erzielt werden konnte. Die Regierung hatte sich ursprünglich bereit erklärt, den Advokaten 15 K., für ihre Frauen 7 K. und für jedes Kind 5 K. als Unterstützungsdarlehen wöchentlich zu bewilligen. Die Kammern hatten sich bereit erklärt, bis zur Hälfte dieser Darlehen die Bürgschaft zu übernehmen, den Unterstützungsbeitrag aber in folgender Weise beantragt: Für einen Advokaten 20 K., für einen Konzipienten 15 K., für die Frauen 10 K. für Kinder über 15 Jahren je 10 K. für Kinder unter 15 Jahre je 5 K. wöchentlich. Die Regierung zeigte sich anfangs nicht abgeneigt, auf diesen Vorschlag einzugehen, doch wurde er bisher nicht durchgeführt. Nun geriet aber die Auszahlung wiederholt ins Stocken; einzelne sehr bedürftige Advokaten erhielten wochenlang überhaupt nichts, trotzdem die Regierung bereits einen Betrag von fast 200.000 K. für diesen Zweck verausgabt hat. Die Regierung beanstandete auch, daß sich Advokaten um das Unterstützungsdarlehen beworben haben, die nicht unbedingt darauf angewiesen seien, worauf entgegengehalten wurde, daß es sich nach Auffassung dieser um ein rückzahlbares Darlehen handle, dessen Erlangung den ferne vom Berufe befindlichen Advokaten ein längeres Auskommen mit den eigenen Geldmitteln ermögliche. Einzelne besonders krasse Fälle von Notlage galizischer Advokatenfamilien in Wien führten auch zu einer Debatte über eine Verbesserungsmöglichkeit der Auszahlungsart. Die anwesenden Abgeordneten beteiligten sich lebhaft an den Erörterungen und übernahmen es schließlich, morgen beim Finanzminister Freiherrn v. Engel, allenfalls auch beim Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh behufs schleuniger Erzielung einer Besserung vorstellig zu werden.

Neue Freie Presse
2./XII. 1914.

[Flüchtlingsjause.] Vor dem Hause Zirkusgasse Nr. 8 in der Leopoldstadt spielt sich jetzt an jedem Nachmittag dieselbe Szene ab. Hunderte von galizischen Flüchtlingen drängen sich still und ruhig in der Kälte eng zusammen, um zu warten, bis sie Einlaß zu ihrer Jause finden. Ist es so weit, so werden zuerst die Kinder und die Frauen und dann die Männer eingelassen, die sich nun in dem Raume, den Direktor Lechner von der Budapester Orpheumgesellschaft zur Verfügung gestellt hat, in Ruhe und Ordnung zu den Tischen begeben, um ihren Kaffee oder Tee und das Stück Brot in Empfang zu nehmen. Und während gegen tausend Menschen, die vorübergehend die Heimat verloren haben und nun in der großen Stadt ohne fremde Hilfe nicht existieren könnten, ihre Jause zu sich nehmen, gehen unter ihnen unaufdringlich, mit stiller Güte jene Frauen umher, die diese Flüchtlingsjause ermöglicht haben, um da und dort mit Trost oder werktätiger Hilfe beizuspringen. Da wird eine Frau, die ihrer schweren, jetzt doppelt schweren Stunde entgegensieht, in der „Lucina" untergebracht, einem mageren jungen Burschen eine Speiseanweisung gegeben, dort einem Mann Arbeit verschafft, Kindern warme Kleidchen oder Schuhe geschenkt. Sicher ist der Anblick dieses Bildes aus dem Flüchtlingsleben schmerzlich, aber er wird gemildert, wenn man sieht, wie viel Güte und Menschlichkeit auch hier unter Wiener Frauen und Mädchen geweckt wird. Frau Anna und Frau Berta Dornreich waren es, die vor mehr als zwei Monaten aus eigener Initiative die Jausenverabreichung an Flüchtlinge ins Leben gerufen haben, heute, wo daraus eine wichtige, große Aktion geworden ist, beteiligen sich auch viele andere Damen an diesem Werk der Nächstenliebe, unter ihnen Frau Dr. Jenny Weiß, Fräulein Jenny Betielheim, die Frauen Eiseler, Beck, Stein, Kraft, Messing, Abt usw. Frau Abt zum Beispiel hat der Vereinigung die Spende von 25 Laib Brot per Tag vermittelt. Aber nun geht es auf diese Weise kaum noch weiter. Die bisher im privaten Kreise aufgebrauchten Mittel sind erschöpft und die größere Oeffentlichkeit muß beispringen, wenn tausend arme Flüchtlinge nicht der Wohltat dieser Jause verlustig werden sollen. Jede Spende, ob sie nun in Geldbeträgen besteht oder in Zucker, Tee, Kaffee usw., wird mit vielem Dank von den Damen des Vereins täglich Wien, 2. Bezirk, Zirkusgasse 8, zwischen ½4 Uhr und ¾5 Uhr entgegengenommen.

Neues Wiener Tagblatt
3./XII. 1914.

Eine Bitte der Kleidersammelstelle für die frierenden Flüchtlinge.

Wir erhalten folgende, bei all ihrer Kürze nur zu beredte und jeden fühlenden Menschen tiefbewegende Zeilen mit der Bitte um Veröffentlichung:

„Vor Kälte zitternd, drängen sich täglich alte Männer, Frauen und bleiche Kinder in unsrer Kleidersammelstelle. Arme Flüchtlinge, schuldlos vom eigenen Heim, von Hab und Gut vertrieben, heben bittend die Hände — viele darunter, die das Bitten nie gelernt haben und erst schonend ermuntert werden müssen, ehe sie ihr Elend bekennen.

Vor kurzem noch waren auch sie so glücklich, andern geben zu können, und haben selbst auch mit vollen Händen für unsre Truppen, für arme Flüchtlinge gesorgt. Jetzt sehen sie wehrlos dem Winter entgegen ohne warme Kleidung und preisgegeben allen Unbilden der Kälte.

Die Sammelstelle müht sich seit Wochen, den ungeheuren Anforderungen gerecht zu werden. Seit Anfang September hat sie ungefähr 4000 bedürftige Personen mit Kleidern, Wäsche und Schuhen versehen. Doch jetzt sind die Mittel erschöpft, und obwohl noch viele, viele Hunderte der Hilfe harren, sieht sich das Komitee vor die Notwendigkeit gestellt, die Sammelstelle in einigen Tagen zu sperren, wenn nicht neue rasche Hilfe kommt.

Darum bitten wir euch alle, die ihr nicht zusehen wollt, wie Menschen, die so großes Leid fürs Vaterland auf sich genommen haben, elend zugrundegehen: Schicket Geldspenden, Kleider, Wäsche, Wirkwaren und Schuhe für die Kleidersammelstelle, 1. Bezirk, Franz Josef-Kai Nr. 47.

Geldspenden sind zu adressieren an Frau kaiserlicher Rat Sophie Lieben, 1. Bezirk, Franz Josef-Kai Nr. 47.

* * *

Die Zeit
16./XII. 1914.

38

Polnische Kinder in den Wiener Schulen.

Wir erhalten folgende Zuschrift: Der Umstand, daß viele Tausende von Familien infolge des Krieges Galizien verlassen mußten und sich hilfesuchend nach Wien gewendet haben, macht sich auch in unseren öffentlichen Volks- und Bürgerschulen bemerkbar. Im 2. und 20. Bezirk, aber auch in anderen Bezirken weisen die Klassen einen beträchtlichen Prozentsatz von polnischen Flüchtlingen auf. Die meisten besitzen einige, wenn auch mangelhafte Kenntnisse in der deutschen Sprache und werden gewöhnlich nur um eine Klasse tiefer eingereiht. Nach den Aussagen der Lehrkräfte ist ihr Fleiß und ihr Bestreben, dem Unterricht zu folgen, bewundernswert. Sie scheinen hier in der Schule endlich die Zuflucht gefunden zu haben, die sie ihre ausgestandenen Leiden vergessen läßt, und über ihre versorgter Gesichter fliegt manchmal ein heiteres Lächeln, wenn sie die Wiener Kinder, die trotz der harten Zeit ihren Humor nicht verloren haben, scherzen hören. Der Unterricht dieser fremdsprachigen Kinder, der sich dem allgemeinen Unterricht einfügen muß, bietet natürlich erhöhte Schwierigkeiten und stellt an die Geschicklichkeit der Lehrenden besondere Anforderungen, doch ermöglicht es eben der Lerneifer der polnischen Kinder, sie im Rahmen des Massenunterrichtes entsprechend zu beschäftigen und zu fördern, ohne daß die Wiener Kinder, die die kleinen Fremdlinge mit Interesse betrachten und sich auch bemühen, ihnen gefällig zu sein, im Unterricht irgendwie verkürzt werden. Das schwierigere Problem, polnische Kinder, die der Schule bereits entwachsen sind, für einen Beruf vorzubereiten, haben in dankenswerter Weise der humanitäre Mädchenunterstützungsverein und einige private Handelsschulen gelöst, indem sie eigene Handelslehrkurse, ersterer auch Schneiderinnenkurse, für die polnische Schuljugend eröffnet haben.

Neues Wiener Tagblatt
10./XII. 1914.

Die Kriegsfürsorge.

Ambulatorium für Flüchtlinge.

Die Fürsorgetätigkeit für die Flüchtlinge aus Galizien und der Bukowina ist durch eine neue Einrichtung vermehrt worden, durch ein Ambulatorium für bedürftige Kranke, das von heute an im 2. Bezirk Taborstraße Nr. 20 A, seine Arbeit aufnimmt. Durch die Anwesenheit einer großen Zahl von Flüchtlingen ist auch der Andrang zu den ambulatorischen Behandlungen sehr groß geworden. Das zionistische Zentralkomitee in Wien hat nun Vorsorge getroffen, um eine Entlastung für die Patienten und auch für die behandelnden Spitalsärzte durchzuführen. Zu diesem Behufe wurden Dr. L. Stricker und Dr. Karl Pollak mit der Aufgabe betraut, ein Armenambulatorium im 2. Bezirk zu schaffen. Im Einvernehmen mit der Aerztekammer und der Organisation der Aerzte Wiens sowie mit werktätiger Unterstützung der Kommune wurdet in dem genannen Hause in der Taborstraße in kürzester Zeit das Ambulatorium adaptiert und mit modernen ärztlichen Behelfen auf dem Gebiete der Chirurgie und der internen Medizin ausgestattet. Der ärztliche Dienst wird von den frühesten Morgenstunden bis zum Abend ununterbrochen andauern, doch wird, um der voraussichtlich großen Inanspruchnahme nachkommen zu können, für die einzelnen Abteilungen eine genaue Stundeneinteilung getroffen werden. Alle Gebiete der Behandlung sind in dem Betriebe des Ambulatoriums aufgenommen, namentlich Erkrankungen der Augen, der Nase, Hals- und Ohrenkrankheiten, ferner für interne Krankheiten, auch für chirurgische und gynäkologische Eingriffe, Hautkrankheiten sowie für Nervenleiden sind Abteilungen eingerichtet. Diese Abteilungen werden von hervorragenden Aerzten geleitet, welchen Assistenten und geschulte weibliche Pflegerinnen zur Seite stehen. Die ärztliche Hilfe in diesem Ambulatorium steht ausnahmslos allen Flüchtlingen unentgeltlich zur Verfügung gegen Vorweisung der Wohnungs- oder Kostanweisung der Zentralfürsorgestelle für Flüchtlinge. Die Verabreichung der Medikamente wird im Wege der Armenrezeptur gleichfalls ohne Bezahlung erfolgen. Allerdings mußte auch Vorsorge getroffen werden, daß eine Ausnützung der Hilfsmittel des Armenambulatoriums durch andre als unbemittelte Personen nach Möglichkeit verhindert werde.

Aerzte und Pflegepersonale haben sich ohne Entschädigung in den Dienst des guten Werkes gestellt, die durch Sammlungen aufgebrachten Beträge reichten bisher nur hin, um die Säle zweckentsprechend einzurichten und die ärztlichen Instrumente anzuschaffen. Die Leitung des Armenambulatoriums hofft jedoch zuversichtlich, daß durch Zuwendungen ihm neue Mittel für das neue Wohlfahrtsinstitut zur Verfügung gestellt werden würden.

Der gestern abend stattgefundenen Eröffnung der Anstalt wohnten viele Gäste bei, darunter als Vertreter der Regierung Hofrat Dr. Twardowsky vom Ministerium für Galizien, Delegierte der Gesellschaft vom Roten Kreuz und zahlreicher humanitärer Vereine.

Die Zeit
11-/XII. 1914.

40

Kurse für polnische Mittelschülerinnen.

Aus hier weilenden pädagogischen Kreisen Galiziens wird uns mitgeteilt: Für polnische Mittelschülerinnen (Gymnasium, Lyzeum, Lehrerinnenseminar), die ihre heimischen Lehranstalten verlassen haben und wegen ungenügender Kenntnis der deutschen Sprache Wiener Schulen mit Nutzen nicht besuchen können, wurden von einem Komitee polnischer k. k. Mittelschulprofessoren Unterrichtskurse eröffnet. Diese sind in einer mit allen Lehrbehelfen in mustergültiger Weise ausgestatteten Privatschule etabliert. Sie sind vom Unterrichtsministerium und dem niederösterreichischen Landesschulrat genehmigt worden und sind zur Ausstellung von den Besuch derselben bescheinigenden Zeugnissen berechtigt. Mit den Seminarkursen wird auf vielfaches Verlangen aus Elternkreisen auch die Gründung einer Volksschule beabsichtigt. Auskünfte erteilt die Leitung zwischen 2 bis 5 Uhr nachmittags 8. Bezirk, Albertgasse Nr. 23.

Arbeiterzeitung
12./XII. 1914

Flüchtlinge ohne Brot.

Unter den galizischen Flüchtlingen, die jetzt in Wien leben, gibt es viele, sehr viele, die allerbitterste Not leiden müssen. Groß ist die Zahl der Bilder des Elends, die diese durch das Wüten des Krieges aus Heimat und Heim und aus ihren Berufen vertriebenen Menschen bieten. Ein solches Bild des Elends tritt jenen vor das Auge, die der Weg durch die Große Mohrengasse in der Leopoldstadt führt. Viermal in der Woche, Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag, wird dort von einem Hilfsausschuß, der sich schon gebildet hat, als die ersten Flüchtlingszüge in Wien eintrafen, an viele der Vertriebenen Brot verteilt. Nur viermal. Trotzdem die Verteilung täglich notwendig wäre und trotz der vielsagenden Wahrnehmung, daß es viel mehr Hungrige gibt, als beteilt werden können, denn nur langsam und spärlich fließen die Spenden, die der Hilfsausschuß zur Beschaffung des Brotes braucht; die Mittel reichen nicht, um alle zu befriedigen, die sich an den für die Verteilung bestimmten Tagen einfinden und nach Brot, trockenem Brot verlangen.

Die Brotverteilung beginnt um 8 Uhr früh. Aber schon lange vorher sammeln sich die notleidenden Flüchtlinge vor dem kahlen, unvermieteten Geschäftslokal im Hause Nr. 2, wo das Brot verabfolgt wird. Die Zeit für die Verteilung des Brotes ist bis 11 Uhr vormittags angesetzt. Diese Stunde ist jedoch immer noch fern, wenn der Brotvorrat schon zu Ende ist.

Ein Wachmann muß für Ordnung sorgen, denn das Gedränge der Hungernden ist groß, und es wird verstärkt durch die Befürchtung, nicht früh genug dranzukommen und ohne Brot weggehen zu müssen; dann gibt es unter den Drängenden auch viele, denen wegen der kärglichen Mittel des Comités noch keine Brotanweisungen eingehändigt werden konnten, die jedoch immer wieder kommen, vom Hunger getrieben, von der Sucht, ein Stück duftenden Brotes zu erringen, die sich aber wieder entfernen müssen, ohne die erhoffte Spende erhalten zu haben. Die anderen, die Glücklicheren, reichen ihre Anweisung hin und bekommen je nach der Größe ihrer Familie einen halben Laib bis zwei Laib Brot.

Alle, die sich da drängen, zeigen auch in ihrem Aeußern den Jammer, den sie zu überwinden haben. Die Männer sind zumeist in die typischen langen, rückwärts geteilten Röcke gekleidet, die die ganze Gestalt umhüllen; die schmierigen Plüschhüte decken in der Mehrzahl grauhaarige Köpfe, wölben sich über blassen, von Entbehrung erzählenden Gesichtern. Noch elender schauen die Frauen aus. Alle sind sie sehr ärmlich gekleidet, viele nur sehr notdürftig. Von Kälte und Nässe bedrängt, hin und her trippelnd auf zerrissenen, schiefgetretenen, wie in Kot getauchten Schuhen, harren sie geduldig, die Brotanweisung, die sie aus schmutzigen, vielgebrauchten Papieren hervorgesucht haben, in der Hand. Mancher schaut aus dem bunten, schadhaften Umhängtuch auch ein schmalwangiger Säugling, andere führen größere, mit Tüchern vermummte Kinder mit sich.

Wer diese Darbenden um ihre Schicksale fragt, hört nur deren Kummer und Not, sieht die schwarzen Schatten, die in ihr Leben fielen. Da ist unter denjenigen, die noch keine Brotanweisung bekommen konnten, eine alte, von ihren Jahren, von Jammer und Kummer völlig zusammengeschrumpfte Frau. Der Hörer kann aus den Worten, die sie aus dem fast zahnlosen Munde sprudelt, nur schwer klug werden. Aber er begreift doch, daß sie in Wien ganz allein stehe, daß sie irgendwo auf der Flucht ihren Schwiegersohn verloren habe, der für sie, wenn er da wäre, wohl sorgen würde. Mit Beharrlichkeit kommt sie immer wieder auf ihre verlassene Wirtschaft zu sprechen, auf ihr schönes Bettzeug, einen kleinen Hausgarten, eine Kuh.

Ein alter Mann mit grauen Schläfenlocken spricht, indem er seine Erzählung mit lebhaften Armbewegungen begleitet, von der netten Wohnung, die er gehabt, ist aber doch froh, gleich nach seiner Ankunft in Wien ein Obdach gefunden zu haben, ein Kabinett, das er allerdings mit fünf anderen Flüchtlingen teilen müsse.

Er eilt mit seinem Laib Brot im Arm durch den Straßenschlamm hindurch, auf Schuhen ohne Absätzen, die Schöße seines langen Rockes aufraffend wie eine Frau.

Von Not und Elend erzählt auch eine junge Frau, die ein Kind an der Hand führt, das schon von dem gespendeten frischen Brote ißt, von ihrer Trübsal erzählen auch zwei Arbeiter, ein Uhrmacher und ein Schneidergehilfe.

Der Brotvorrat ist inzwischen zu Ende gegangen, aber vor dem Laden, in dem die Verteilung vor sich ging, sammeln sich immer wieder neue Gruppen von Flüchtlingen, hungernden Männern und Frauen, die verlangend durch die Glasscheiben starren, die sich, durch ihren Hunger hartnäckig geworden, nicht fortschicken lassen wollen, mitten unter ihnen auch ein kleines Mädchen, das ihre Nase am Fenster plattpreßt und die schwarzen Augen in dem mageren Gesichtel nicht von dem Innern des Ladens trennen will.

Aber die Brotlaibe, die der Laden barg, sind verschwunden. Nur an ungefähr 750 Familien kann der Hilfsausschuß Brot verteilen, was etwa 2200 Portionen gleichkommt; der Hungrigen aber, die Brot wollen, sind viel, viel mehr.

Fremdenblatt
13./XII. 1914.

Ausspeisung galizischer Flüchtlinge.

In den Parterreräumen, welche die Unionbank in ihrem neuen Gebäude im 1. Bezirk, Tiefer Graben 11, in munifizenter Weise zur Ausspeisung galizischer Flüchtlinge zur Verfügung gestellt hat, herrscht um die Mittagsstunde reges Leben. Ein Komitee von Damen der polnischen Aristokratie hat diese Schöpfung ins Werk gesetzt, welche es sich zur Aufgabe macht, ihren Schützlingen um den bescheidenen Betrag von 54 Heller eine kräftige Mahlzeit, bestehend aus Suppe, Fleisch, Gemüse, Mehlspeise und Brot zu bieten. Hauptsächlich faßte man dabei die Bedürfnisse der, wohl besser situierten, durch die gegenwärtigen Verhältnisse aber doch auf ein bestimmtes Maximum ihrer Ausgaben verwiesenen Stände ins Auge. Und so sind es denn auch vorwiegend Beamte, Lehrer, Gutspächter ꝛc. mit ihren Frauen und Kindern, aus denen sich die Besucherzahl rekrutiert. Was dieses Werk vor allem kennzeichnet, ist der Zug vom „Behagen des häuslichen Herdes", der über dieser gastlichen Stätte liegt. Junge Damen der polnischen Adelskreise walten hier ihres Amtes; hantieren an den Anrichtetischen, indem sie die reichlichen Portionen zumessen und eilen, lieblich anzusehen in ihren weißen Häubchen und Schürzen, geschäftig bedienend von Tisch zu Tisch, welch jeder appetitlich gedeckt ist; und sie alle wetteifern in dem Bemühen, es ihren Gästen behaglich zu machen. Rührend ist es, die menschenfreundliche Liebe zu beobachten, die aus allen diesen jungen Antlitzen spricht. Eine Anzahl opferbereiter Menschenfreunde haben sich mit monatlichen Beiträgen dem edlen Zwecke verpflichtet, der viele von diesen jäh Entwurzelten davor bewahren mag, durch allzu große Inanspruchnahme ihrer Mittel schließlich doch der Verelendung anheimzufallen. Möchten sich doch noch viele, viele finden, die ihr Scherflein beitragen wollen zu dem wohltätigen Werke! So manche Lücken wären noch auszufüllen und freundliche Opfergaben an Streuzucker, Kompotten ꝛc. würden dankbarst entgegengenommen werden.

Neue Freie Presse
15./XII. 1914.

43

Eröffnung eines Armenambulatoriums.

Am 12. d. wurde das vom Zionistischen Zentralkomitee für Westösterreich ins Leben gerufene Armenambulatorium im 2. Bezirk, Taborstraße 20 A, eröffnet. Dasselbe wird nur Flüchtlinge aus Galizien und der Bukowina ohne Unterschied der Nationalität und der Konfession unentgeltlich behandeln, woferne dieselben einen Nachweis erbringen, daß sie im Genuß der Regierungsunterstützung stehen. Das einfach, aber höchst sauber und hygienisch eingerichtete, mit allen notwendigen medizinischen Behelfen ausgestattete Institut umfaßt fünf Räume und Nebenräume. Es wird in denselben von einer Reihe angesehener Wiener Spezialisten, die sich nach getroffenen Vereinbarungen mit der Aerztekammer und der wirtschaftlichen Organisation der Aerzte im Interesse der ebenso humanen als patriotischen Sache unentgeltlich zur Verfügung gestellt haben, unter Assistenz einer Oberin und zwölf freiwilligen Pflegerinnen zu verschiedenen Zeiten des Tages für Augenkranke, Chirurgie, Gynäkologie, Hautkranke, Interne, Kinderheilkunde, Hals-, Nasen-, Ohren- und Zahnleidende ordiniert werden.

Zur Eröffnung erschienen als Vertreter des Ministeriums für Galizien Hofrat v. Twardowski und Hofsekretär Dr. v. Kniaziolucki, als Vertreter der israelitischen Kultusgemeinde in Wien kaiserlicher Rat Jonas Weil, von der Zentralfürsorge für die Flüchtlinge aus Galizien und der Bukowina Frau Anitta Müller und Fräulein Enni Kohn, für die weibliche Fürsorge Frau Waltuch, für den Ersten Frauenverein die Leiterin des Ersten zionistischen Kinderhortes Frau Erna Patak, für das Flüchtlingsmädchenasyl Fräulein K. Gußmann, für das galizische zionistische Zentralkomitee Herr Adolf Stand, Herr Doktor Richard Beer-Hofmann und Frau und viele andere. Die Gäste besichtigten unter Führung des Präsidenten des Zionistischen Zentralkomitees Dr. Karl Pollak die ganze Anstalt und deren Einrichtung und sprachen ihre ungeteilte Anerkennung über das in erstaunlich kurzer Zeit geleistete Werk aus.

Der Anstalt steht ein Kuratorium zur Seite, welches aus folgenden Herren besteht: Börserat Adolf Brecher, kaiserlicher Rat Karl Hirsch, Fabrikant Horowitz, Dr. Erich Ritter v. Kahler, Fabrikant Heinrich Mandl, Dr. Karl Pollak, Oberingenieur Robert Stricker, k. k. Revisor des Reichsrats-Stenographenbureaus, Rudolf Taussig, kaiserlicher Rat Jonas Weil und Med.-Dr. Ignaz Weiß. Es ist zu hoffen, daß die Anstalt, welche bald ein hervorragender Faktor in der Sanitätspflege der Aermsten sein wird, eine Sache, welche gerade jetzt im Interesse der Allgemeinheit dringender ist als je, von der Allgemeinheit der Wiener Bürger jene tatkräftige Unterstützung und Förderung erfahren wird, welche dieses mit vieler Aufopferung ins Leben gerufene Werk in vollstem Maße verdient.

Neue Freie Presse
17./XII. 1914.

[Die Nähstube der polnischen Flüchtlinge.] Ein Komitee polnischer Damen hat sich gebudet, um den galizischen Flüchtlingen und ihren hier befindlichen Angehörigen zu Hilfe zu kommen. Einen segensreichen Erfolg hat bereits die von den hochherzigen Damen der polnischen Aristokratie getroffene Einrichtung einer Nähstube zu verzeichnen, in der junge Mädchen und Frauen Gelegenheit und die Mittel erhalten, Näharbeiten zu verrichten und die Erzeugnisse ihres Fleißes zu verwerten. Auf diese Weise erlangen sie nützliche Arbeit und auch Erwerb. Diese Nähstube ist in dem durch den Hausadministrator des Markgrafen Pallavicini, Dr. Selzberg, kostenfrei im Interesse des wohltätigen Zweckes zur Verfügung gestellten Hause Habsburgergasse 8 untergebracht. Es finden dort 40 junge Mädchen und Frauen Aufnahme und sie arbeiten hier an Wäsche für Spitäler, Soldaten oder auch für den Verkauf. Die jungen Damen finden eine angemessene Verpflegung durch die Sorgfalt des Komitees, an dessen Arbeiten Gräfin Betka Potocka-Radziwill mit edelmütigem Eifer hervorragend teilnimmt. Der Nachmittagstee, den das Komitee bietet, wird durch die Wohltätigkeit der Frau Anna Sacher und des Herrn Demel bereichert, welche zu der Jause zweimal in der Woche Imbiß spenden. Dem Komitee der Nähstube gehören an: Gräfin Betka Potocka-Radziwill, Baronin Lago deren Gatte im Felde steht, Frau v. Niezabitowska, Gattin des Landmarschalls von Galizien, Frau v. Skrzynska, Frau Löwenfeld, die Gattin des Bankiers Löwenfeld in Lemberg, Frau Laba, Fräulein Konarska, Komtesse Pininska. Das Komitee der Nähstube steht in enger Verbindung mit dem Ausspeisungskomitee, welches in dem leerstehenden Hause der Unionbank am Tiefen Graben, das dank der Hochherzigkeit des Präsidenten Minkus dem segensreichen Wirken des Ausspeisungskomitees überlassen wurde, bereits seit einiger Zeit am Werke ist. Gegen fünfhundert Personen finden da täglich einen guten und billigen Mittagstisch. Als Samariterinnen ihrer bedauernswerten Landsleute fungieren hier: Gräfin Betka Potocka-Radziwill, Frau Gabriele v. Jendrzejowicz-Mier, die Gräfinnen Marie Mycielska-Debinska, Wanda Zamoyska-Badeni, Marie und Helene Komorowska, die Prinzessinnen Hadwiga, Hanka und Zula Lubomirska, Elisabeth Sapieha, Komtessen Tyszkiewicz, Katharina Potocka, Marie und Sophie Mycielska, Fräulein v. Jablonowska, v. Stavonichyska, v. Kozlowska u. a. m.

22-/XII 1914. 45

Die Wohnungsfürsorge für die galizischen Flüchtlinge.

Die seit Anfang Dezember ins Leben gerufene Wohnungsfürsorge für die Flüchtlinge aus Galizien und der Bukowina funktioniert bereits in ausgedehntestem Maße und erweist sich als eine sehr wertvolle Hilfe für jene Flüchtlinge, die sich auf eigene Kosten ein, wenn auch bescheidenes provisorisches Heim hier schaffen wollen. Die Wohnungsaktion, deren Sitz 8. Bezirk, Pfeilgasse 23, ist, konzentriert einerseits die Angebote verfügbarer Wohnungen, möbliert oder unmöbliert, seitens der Hausbesitzer und Mieter und anderseits die Nachfragen nach derartigen Wohnungen, dient somit als Vermittlungs- und Zahlungsstelle für beide Teile. In der Regel wird von den Wohnungsuchenden eine monatliche Miete von 12 K. per Bett gefordert, wobei jedoch ausdrücklich bemerkt werden muß, daß es sich nur um Mieter von Wohnungen und Zimmern, aber keineswegs um Bettgeher handelt. Die Bemühungen der Sektion sind in erster Linie darauf gerichtet, den flüchtigen Familien den Aufenthalt in Wien zu erleichtern, wobei noch besonders berücksichtigt werden muß, daß es sich durchwegs um Leute handelt, die in normalen Zeiten sich in einer guten Situation befanden und jetzt gezwungen sind, sparsamer hauszuhalten.

Alle Anfragen und Angebote von verfügbaren Wohnungen sind mit genauen Angaben an die obige Adresse zu richten.

Neues Wiener Tagblatt
23./XII. 1914.

Gymnasialunterricht für Kinder von Flüchtlingen.

Ueber Ansuchen der Herren Dr. R. von Mencinski und Sigmund Turteltaub hat der Landesschulrat die Bewilligung erteilt, daß Kinder von hier weilenden galizischen Flüchtlingen ihre unterbrochenen Gymnasialstudien unter der Leitung der beiden Herren fortsetzen können. Der Unterricht wird im Staatsgymnasium im 3. Bezirk (Sophienbrückengasse Nr. 22) in den Nachmittagsstunden von 2 bis 6 Uhr erteilt werden. Die Einschreibungen fanden vom 21. bis 23. d. im Schulzimmer der Klasse I a statt. Für den gleichen Zweck ist auch die Benützung des Gebäudes des Erzherzog Rainer-Gymnasiums in Aussicht genommen, natürlich im Falle der Bewilligung seitens des Stadtrates.

Neue Freie Presse 1/I. 1915.

47

Wohlfahrtseinrichtungen für Flüchtlinge aus Galizien und der Bukowina.

Das Wiener Hilfskomitee für die Flüchtlinge aus Galizien und der Bukowina ohne Unterschied der Nationalität und der Konfession, welches unter dem Präsidium des gemeinsamen Finanzministers Ritter v. Bilinski seit Kriegsbeginn tätig ist, geht nunmehr daran, eine Reihe von Wohlfahrtseinrichtungen ins Leben zu rufen, welche den Zweck verfolgen, in geistiger und materieller Beziehung den Flüchtlingen und ihren Kindern in ihrer schweren Lage beizustehen. Erzherzogin Zita hat die große Bedeutung dieses Werkes durch die Uebernahme des Protektorats gewürdigt.

Geplant sind zweierlei Maßnahmen: Für die Angehörigen des Mittelstandes und der Intelligenz und für vollkommen mittellose Flüchtlinge, welche von der Fürsorgezentrale im 2. Bezirk unterstützt werden.

Für die Flüchtlinge der ersteren Kategorie soll, wenn nicht eine eigene Heimstätte, so doch wenigstens ein teilweiser Ersatz dafür geschaffen werden. Zu diesem Zwecke errichtet das Komitee in dem Häuserkomplex Wallnerstraße 1 und 1a, welchen der bekannte Wiener Bauunternehmer kaiserlicher Rat Albert Frankl unentgeltlich zur Verfügung gestellt und der sich damit um die Schaffung der Anstalt ein großes Verdienst erworben hat, ein Flüchtlingsheim, welches folgende Abteilungen umfassen wird:

Eine Beschäftigungsanstalt für Kinder im vorschulpflichtigen Alter und für schulpflichtige Kinder. Erstere sollen unter die fachmännische Aufsicht und Obhut geschulter Kindergärtnerinnen gestellt werden, letztere unter der Leitung erprobter Lehrkräfte daselbst einen Ersatz für den regulären Schulunterricht nebst Beschäftigungsspielen, Spaziergängen usw. finden. Die Kinder beider Kategorien sollen auch Sonntags daselbst beaufsichtigt werden. Für beide Anstalten sind Aerzte bestellt, welche Aufsicht über Hygiene und Verpflegung der Kinder führen werden. Als Gebühr für den Besuch des Kindergartens und der Beschäftigungsanstalt für schulpflichtige Kinder, dann die Verpflegung der Kinder wurde der Betrag von 12 K. per Monat festgesetzt; die Verpflegung der Kinder besteht aus einem zweiten Frühstück, Mittagessen und einer Jause. Den älteren Kindern werden die notwendigen Schulmittel unentgeltlich zur Verfügung gestellt.

Eine weitere Abteilung soll die Speiseanstalt bilden, woselbst für den Betrag von 80 H. für die Mahlzeit, beziehungsweise für ein Wochenabonnement von 5 K. 60 H. ein reichliches, gesundes und schmackhaft zubereitetes Mittagessen, bestehend aus Suppe, Fleisch, Gemüse und Mehlspeise samt Brot, verabreicht werden wird.

Ein Teil der für die Ausspeisung bestimmten Räumlichkeiten wird in den Nachmittagsstunden als Lesehallen, woselbst deutsche und polnische Zeitungen aufliegen werden, verwendet werden; ein anderer Teil dieser Räumlichkeiten soll als Strick- und Nähstube dienen, wo Frauen und Mädchen der polnischen Gesellschaft für Kriegsfürsorgezwecke Stickerei- und Näharbeiten unentgeltlich werden besorgen können. Die Leitung der Nähstube hat die Gemahlin des gemeinsamen Finanzministers Frau v. Bilinska übernommen. Hier und dort werden zu mäßigen Preisen Kaffee, Tee oder Milch zur Verabreichung gelangen.

Im Parterre des Hauses werden vor- und nachmittags Lese- und Schreibzimmer zur Verfügung stehen. Hier wird in den Morgenstunden bis 10 Uhr vormittags zu mäßigen Preisen auch ein Frühstück erhältlich sein. Die Leitung der Frühstück- und Jausensektion hat die Gemahlin des Landmarschalls von Galizien, Frau von Niezabitowska, übernommen.

Das Heim ist ungefähr für 800 bis 1000 Personen berechnet, doch besteht die Möglichkeit, bei eintretendem Bedarf alle Abteilungen des Heims bedeutend zu erweitern.

Die Anmeldungen für all diese Anstalten werden ab 5. Januar 1915 im Hause Wallnerstraße 1, Ecke Kohlmarkt, entgegengenommen. Alle, welche für sich oder für ihre Kinder an den Wohlfahrtseinrichtungen teilnehmen wollen, haben sich als Flüchtlinge daselbst zu legitimieren.

Die für den 2. und 20. Bezirk geplanten Wohlfahrtseinrichtungen des Komitees umfassen die Errichtung von Ausspeiseteeanstalten und Wärmstuben. Die erste dieser Speiseanstalten wird demnächst im 20. Bezirk, Wallensteinstraße 72, unter Leitung der bekannten Philanthropin Frau Sophie Grünfeld errichtet werden. Daselbst werden täglich zirka 2000 Flüchtlinge für geringes Entgelt Mittagskost erhalten. Die notwendigen Lokalitäten wurden vom Hauseigentümer Herrn Freund, der auch sonst seine Erfahrungen auf dem Gebiete der Approvisionierung und der Wirtschaftsführung in den Dienst der Flüchtlingsfürsorge gestellt hat, unentgeltlich überlassen. Die Speisen in dieser Anstalt werden rituell zubereitet sein.

All diese Einrichtungen stehen unter der Obsorge eines besonderen Wohlfahrtskomitees, dem folgende Mitglieder angehören: der gemeinsame Finanzminister Dr. Ritter v. Bilinski und seine Gemahlin, Fürstin Marie Adam Lubomirska, Sektionschef Ritter v. Madeyski, Hofrat v. Twardowski, Herr v. Offenheim, Gemeinderat Stadtbaumeister Melcher, kaiserlicher Rat Albert Frankl und Preßchef Flandrak. Als technischer Konsulent gehört dem Komitee Herr Oberingenieur Fischer an, der die Einrichtung des Hauses leitet. Das Komitee hofft, mit diesen Einrichtungen ein großes sozialpolitisches Werk zu tun. Es ist selbstverständlich, daß es bei Erfüllung der gestellten Aufgaben der bewährten Opferwilligkeit der Wiener Bevölkerung nicht entbehren kann.

Spenden für diesen Zweck sind an das gemeinsame Finanzministerium, Wien, 1. Bezirk, Johannesgasse Nr. 5, zu richten.

Auch die „Neue Freie Presse" ist bereit, Spenden für diese Fürsorgezwecke entgegenzunehmen.

Österr. Volks-Zeitung
1./I. 1915

92
48

*** Erzherzogin Zita und die Wohlfahrtseinrichtungen für Flüchtlinge.** Das Wiener Hilfskomitee für die Flüchtlinge aus Galizien und der Bukowina ohne Unterschied der Nationalität und der Konfession, das unter dem Präsidium des Gemeinsamen Finanzministers R. v. Bilinski seit Kriegsbeginn tätig ist, das Los jener unserer unglücklichen Mitbürger zu lindern, die infolge der Kriegsereignisse ihre Heimat und ihre Erwerbstätten verlassen mußten, geht nunmehr daran, eine Reihe von Wohlfahrtseinrichtungen ins Leben zu rufen, die den Zweck verfolgen, in geistiger und materieller Beziehung den Flüchtlingen und ihren Kindern beizustehen. Erzherzogin Zita hat die große Bedeutung dieses Werkes durch die Uebernahme des Protektorats gewürdigt. Geplant sind Maßnahmen für die Angehörigen des Mittelstandes und der Intelligenz und für vollkommen mittellose Flüchtlinge, die von der Fürsorgezentrale im 2. Bezirk unterstützt werden. Für die Flüchtlinge der ersten Kategorie, die soll, wenn nicht eine eigene Heimstätte, so doch wenigstens ein teilweiser Ersatz dafür geschafft werden. Zu diesem Zwecke errichtet das Komitee in dem Häuserkomplex I., Wallnerstraße 1 und 1a, ein Flüchtlingsheim. Dieses wird eine Beschäftungsanstalt für Kinder im vorschulpflichtigen Alter und für schulpflichtige Kinder, ferner eine Speiseanstalt enthalten. Ein Teil der für die Ausspeisung bestimmten Räumlichkeiten wird in den Nachmittagsstunden als Lesehallen, ein anderer als Strick- und Nähstube dienen. Das Heim, das Bauunternehmer kais. Rat Adolf Frankl unentgeltlich zur Verfügung stellt, ist ungefähr für 800 bis 1000 Personen berechnet. Anmeldungen werden ab 5. d. im Hause I., Wallnerstraße 1, entgegengenommen. — Die für den 2. und 20. Bezirk geplanten Wohlfahrtseinrichtungen des Komitees umfassen die Errichtung von Ausspeise-, Teeanstalten und Wärmestuben. Die erste dieser Speiseanstalten wird demnächst XX., Wallensteinstraße 72, unter der Leitung der Philanthropin Frau Sophie Grünfeld errichtet werden. Alle Einrichtungen stehen unter der Obsorge eines besonderen Wohlfahrtskomitees, dem angehören: Der Gemeinsame Finanzminister Dr. R. v. Bilinski und seine Gemahlin, Fürstin Marie Adam Lubomirska, Sektionschef R. v. Madeyski, Hofrat v. Twardowski, Herr v. Offenheim, Gemeinderat Stadtbaumeister Melcher, kais. Rat Albert Frankl und Preßchef Flandrak. Als technischer Konsulent gehört dem Komitee Oberingenieur Fischer an. Spenden für die Zwecke des Komitees sind an das gemeinsame Finanzministerium, Wien, I., Johannesgasse 5, zu richten.

Die Zustände in den Baracken für polnische Flüchtlinge.

Eine amtliche Berichtigung.

Die k. k. steiermärkische Statthalterei ersucht auf Grund des § 19 des Preßgesetzes um Aufnahme folgender Berichtigung bezüglich des am 5. d. erschienenen Artikels „Die Zustände in den Baracken für polnische Flüchtlinge, große Kindersterblichkeit":

Es ist unrichtig, daß die Leute hungern, Frauen und Kinder ohne Nahrung sind. Ebenso unrichtig ist es, daß kaum die Hälfte der Flüchtlinge morgens einen schwarzen Kaffee ohne Milch erhält, mittags irgend eine abscheuliche Brühe und abends wieder eine Brühe.

Die Flüchtlinge erhalten auf Grund eines von der Statthalterei genehmigten Speiseplanes, in welchem unter anderem mit Ausnahme des Freitags täglich Fleisch im Gewicht von 80 Gramm für die Person vorgesehen ist, ausreichende und nahrhafte Kost, wie schon aus dem geringen Krankenstand hervorgeht. Die ganze Verköstigung wird fortgesetzt von der Barackenverwaltung überwacht und ist überdies für eine geregelte Verteilung der Speisen an die Flüchtlinge in der Weise vorgesorgt, daß schon für je fünfundzwanzig Flüchtlinge ein eigener, diesen entnommener Zugführer aufgestellt ist, der die Speisen durch das ihm beigegebene Personal aus den Küchen abholt und den ihm zugewiesenen Flüchtlingen übergibt. Die Zahl dieser Zugführer, denen zusammen eine Küche zugewiesen ist, beträgt in der Regel nur 64. Es ist daher schon aus diesem Grunde nicht zutreffend, daß nur diejenigen die Mahlzeiten erhalten, welche kräftige Ellbögen und Fäuste haben und die es daher vermögen, sich zum Fenster der Küche durchzudrängen.

Bei den in größerer Menge neu eintreffenden Flüchtlingen müssen diese, da sie noch nicht organisiert sind, die ersten Mahlzeiten allerdings selbst bei den Küchen abholen; aber auch hier ist durch entsprechende Einteilung Vorsorge getroffen, daß jeder seine Mahlzeit erhält.

Wenn für einen Soldaten im Felde 350 Gramm Brot genügen muß, so erscheinen gewiß für die Flüchtlinge, die nicht arbeiten, 300 Gramm Brot ausreichend und sind daher die hieraus gezogenen Schlußfolgerungen bezüglich ungenügender Verköstigung nicht zutreffend.

Daß der Arzt Dr. Neumann gegenüber diesen Zuständen selbst wehrlos ist, ist ganz unrichtig. Der Genannte ist vielmehr sowohl in ärztlicher als auch in organisatorischer Beziehung nach einem wohlüberlegten Plane vorgegangen, der sich durchaus bewährt hat und die Eindämmung der paar eingeschleppten infektiösen Krankheiten mit Erfolg ermöglichte.

Wenn es in dem Artikel heißt, daß sich die Leute monatelang nicht waschen, so liegt hieran zweifellos ein Verschulden der Barackenverwaltung schon aus dem Grunde nicht vor, weil sich die Flüchtlinge zur Zeit des Erscheinens des Artikels überhaupt noch nicht monatelang im Barackenlager aufgehalten haben. Im Barackenlager ist übrigens in jeder Baracke ein eigener Waschraum vorhanden und wenn die im Bau begriffene Wasserleitung auch noch nicht fertiggestellt werden konnte, so ist doch den Flüchtlingen im Lager zur Beschaffung des Trinkwassers vier Brunnen zur Verfügung und in der Richtung befinden sich die Flüchtlinge in ihrer Mehrheit in dieser Beziehung gewiß nicht schlechter gestellt als zu Hause, da den wenigsten ihrer Heimatsorte Wasserleitungen besitzen werden.

Es ist unrichtig, daß die Flüchtlinge auf nackten Brettern schlafen. Jeder Flüchtling erhält einen Strohsack und eine Decke. Ungeziefer haben nur jene Flüchtlinge, die dieses mitgebracht haben. Aber auch für die Entfernung dieses Ungeziefers ist Vorsorge getroffen.

In jedem Orte mit Tausenden von Menschen kommen zweifelhafte Elemente und damit in Verbindung Diebstähle vor. Gegenüber diesen überall gegebenen Verhältnissen ist die Lage im Barackenlager keineswegs schlecht. Die allgemeine Fassung im Artikel, daß den Mädchen und Männern, die aus Preußen, Sachsen, Dänemark mit Ersparnissen kamen und ebenfalls hingebracht wurden, ihre ganzen Ersparnisse gestohlen wurden, ist daher nicht zutreffend. Zu den Angaben über die ungünstigen sanitären Verhältnisse ist noch folgendes zu bemerken:

Bei einem Stande von rund 14.000 Flüchtlingen sind an Typhus erkrankt 2, gestorben niemand; an Ruhr erkrankt 16, gestorben 3; an Tuberkulose 1 gestorben. Kinder wurden 32 geboren. Gestorben sind drei Kinder, eines gleich nach der Geburt an Schwäche, eines neun Tage nach der Geburt infolge Vernachlässigung seitens der Mutter, und das dritte ist, auf der Reise ins Barackenlager geboren, ebenfalls an Schwäche gestorben.

Außer diesen und den an infektiösen Krankheiten Gestorbenen sind bisher nur sechzehn Personen verschieden, davon die Mehrzahl an Altersschwäche in einem Alter zwischen 68 und 96 Jahren.

Es entspricht daher der Artikel auch in Bezug auf den Gesundheitszustand in den Baracken nicht den Tatsachen.

Für den k. k. Statthalter:
(Unterschrift unleserlich.)

Neue Freie Presse
14./I. 1915.

Das Flüchtlingsheim in der Wallnerstraße.

Das Heim, welches für Flüchtlinge besserer Stände in der Wallnerstraße als erste Wohlfahrtseinrichtung des Wiener Flüchtlingskomitees unter dem Protektorat der Erzherzogin Zita geschaffen wurde, wird Montag den 18. d. eröffnet werden. Das Ergebnis der Anmeldungen in die Beschäftigungsanstalten für Kinder, in die Speiseanstalten und in die übrigen Einrichtungen des Hauses ist ein durchaus günstiges. Nunmehr geht auch das Komitee daran, für die Kinder und für die Klienten des Hauses ein medizinisches und ein zahnärztliches Ambulatorium zu schaffen. Die Einrichtungen der beiden Ambulatorien hat der Eigentümer des medizinischen Warenhauses Herr Taust vollkommen unentgeltlich übernommen. Die Leitung des medizinischen Ambulatoriums hat der Dekan der Lemberger Universität Professor Dr. Ritter v. Halban übernommen. Das zahnärztliche Ambulatorium hat der hervorragende Spezialist und Leiter des zahnärztlichen Instituts in Lemberg Professor Cieszynski einzurichten zugesagt. Für das Kinderheim und für die Beschäftigungsanstalt für schulpflichtige Kinder wurde im Rahmen des Hauses eine eigene Badeanstalt geschaffen. Die Anmeldungen sowohl für Kinder als auch für Erwachsene werden in der Aufnahmskanzlei, 1. Bezirk, Wallnerstraße 1, weiterhin entgegengenommen, wobei sich der Aufnahmswerber als Flüchtling zu legitimieren hat.

In den Speiseräumlichkeiten wird ein Mittagessen, bestehend aus Suppe, Fleisch, mehreremal in der Woche Braten, Gemüse, Mehlspeise und Brot, für den Betrag von 80 H. als Table d'hote serviert, doch ist dieses Mittagessen nur im Wochenabonnement, welches ausschließlich mit Wochenanfang begonnen werden kann, erhältlich. In den Leseräumlichkeiten erhalten Flüchtlinge morgens und nachmittags Kaffee oder Tee mit Brot für 14, beziehungsweise 12 H.

Neues Wiener Tagblatt
17. I. 1915.

51

Eröffnung des galizischen Flüchtlingsheimes in der Wallnerstraße.

Das Heim, welches für Flüchtlinge besserer Stände im Hause Wallnerstraße Nr. 1 und 1a als erste Wohlfahrtseinrichtung des Wiener Flüchtlingskomitees unter dem Protektorat der Erzherzogin Zita geschaffen wurde, wurde gestern um 11 Uhr vormittags in feierlicher Weise eröffnet. Zu der Feier hatten sich eingefunden: Gemeinsamer Finanzminister Dr. Ritter v. Bilinski, Ministerpräsident Graf Stürgkh, Minister des Innern Dr. Freiherr v. Heinold, Finanzminister Dr. Freiherr v. Engel, Statthalter Dr. Freiherr v. Bienerth, der Obmann des Polenklubs Dr. Leo und der Vizepräsident Ritter v. Czakowski. Der Leiter des galizischen Ministeriums Dr. Ritter von Morawski hatte sein Fernbleiben mit Krankheit entschuldigen müssen. Außerdem waren anwesend die Sektionschefs Dr. Ritter v. Madeyski und Dr. v. Kuh-Chrobak, Polizeipräsident Freiherr v. Goruy, Ministerialrat Dr. Twardowski, Landesschulinspektor Hofrat Dr. Rieger, in Vertretung des Vizepräsidenten des niederösterreichischen Landesschulrates Khoß v. Sternegg, Sektionsrat Dr. Graf Attems, Bezirkshauptmann Ritter v. Tarnoczy, kaiserlicher Rat Albert Frankl der das Heim zu dem wohltätigen Zwecke zur Verfügung gestellt hat, der Preßleiter im Gemeinsamen Finanzministerium Flandrak, der Präsident der Zentraldirektion der k. k. Schulbücherverläge Doktor Heinz, Gemeinderat Melcher sowie eine Anzahl geladener Gäste.

Der Minister für Kultus und Unterricht Dr. Ritter v. Hussarek hatte seine Abwesenheit mit wichtigen Amtsgeschäften entschuldigen lassen, ebenso Bürgermeister Dr. Weiskirchner, der in einem Brief an den Obmann des Komitees der Erwartung Ausdruck gab, daß in den neuen Räumen gemäß den edlen Intentionen der Schöpfer den armen Flüchtlingen möglichst viele Wohltaten erwiesen werden würden.

Die Mitglieder der Regierung hatten sich auf Einladung des gemeinsamen Finanzministers Dr. Ritter v. Bilinski zur Besichtigung des Heimes eingefunden. Die Erschienenen wurden von Dr. Ritter v. Bilinski als Obmann des Komitees, von Fürstin Lubomirska und den Mitgliedern des Komitees kaiserlichem Rat Frankl, Gemeinderat Melcher und Ritter von Ofenheim empfangen und von den beiden Leitern der Wohlfahrtseinrichtungen, Hofrat Ritter v. Twardowski und Herrn Flandrak, in die einzelnen Abteilungen des Heimes geführt, wobei die beiden Leiter Aufklärungen über die Bestimmung der einzelnen Räume gaben. Die Besichtigung währte zwei Stunden. Ministerpräsident Graf Stürgkh und die Minister gaben ihrer lebhaften Genugtuung über die großzügigen, mustergültigen Einrichtungen des Hauses Ausdruck, welche unter den Wohlfahrtseinrichtungen der Monarchie einzig in ihrer Art dastehen. Ministerpräsident Graf Stürgkh nahm hiebei Gelegenheit, die großen Verdienste des kaiserlichen Rates Frankl hervorzuheben, welcher durch die Ueberlassung der beiden großen Häuser in der Wallnerstraße die Schöpfung des Werkes ermöglichte. Besondere Worte des Dankes und der Anerkennung fand Oberingenieur Ludwig Fischer, welcher die gesamte technische Einrichtung des Hauses in kürzester Frist selbstlos besorgte, ebenso Herr Freund, welcher uneigennützig die Leitung der Küche übernommen und überdies in seinem Hause in der Wallensteinstraße sehr große Lokalitäten zur Errichtung einer Speisehalle für ganz arme Flüchtlinge überlassen hat, die demnächst eröffnet werden wird.

Tägliche Rundschau
20/I. 1915.

52

Der Ausschuß für die hilfsbedürftigen Deutschen Galiziens und der Bukowina.

erläßt folgenden „Aufruf": Der Einbruch der Russen in Galizien und der Bukowina hat unsägliches Elend über die dort angesiedelten Deutschen gebracht. Fast 130 Jahre haben 170 000 Deutsche inmitten von Polen und Ruthenen treue Wacht im Osten gehalten, trotz mancher Bedrängnis ihr Volkstum hochgehalten und in voller Eintracht, Katholiken und Protestanten, ihre deutsche Eigenart gepflegt und bewahrt. Das kernige und gesunde, gerade in den letzten Jahren mächtig aufblühende Leben in den deutschen Siedlungen Galiziens und der Bukowina hat der Krieg mit einem Schlage vernichtet. Hunderte von Familien konnten sich durch die Flucht nach dem Süden und Westen der Donaumonarchie retten; aber sie sind, der eigenen Hilfsmittel entblößt, auf fremde Unterstützung angewiesen. Tausende irren in den von den Russen besetzten, schwer heimgesuchten und vielfach in eine Wüste verwandelten Gebieten umher, von Haus und Hof vertrieben, der Kälte und dem Hunger preisgegeben. Sobald es gelungen ist, die Russen zurückzutreiben, muß die Not der Volksgenossen gelindert werden. Wie die großen militärischen Unternehmungen im Osten gemeinsam von Deutschland und Oesterreich-Ungarn vorgenommen werden, so müssen auch wir Reichsdeutschen die dort ausgebrochene Not unserer Brüder zu heben suchen. Ja es ist unsere nationale Pflicht, den Deutschen dieser Gebiete zu helfen und den Fortbestand des deutschen Lebens auf dem wichtigen Vorposten im Osten zu ermöglichen. Alle Deutschen fordern wir auf, Herz und Hand zu öffnen und an einem großzügigen Hilfswerk teilzunehmen. Sendungen an Geld und an Kleidungsstücken sind gleich willkommen. Geldsendungen sind erbeten an die Unterzeichneten oder die Allgemeine Deutsche Kredit-Anstalt in Leipzig, Kuponkasse, Brühl 75, alle Sendungen anderer Art an unsere Geschäftsstelle, Leipzig, Leibnizstraße 21. Mit dem in Wien gegründeten Fürsorgeausschusse des „Bundes der christlichen Deutschen in Galizien" und des „Vereines der christlichen Deutschen in der Bukowina" arbeitet unser Ausschuß Hand in Hand.

20/I. 1915.

53

(Beschäftigungskurs für galizische Flüchtlinge.) Nachdem im 4. Bezirk, Matzerhofgasse Nr. 11, im Lokale der polnischen Bibliothek für schulpflichtige Knaben und Mädchen Beschäftigungskurse mit polnischer Unterrichtssprache eingerichtet wurden, hat auch das Kuratorium der Baron Hirsch-Stiftung zur Beförderung des Volksschulunterrichtes im Königreiche Galizien und Lodomerien mit Großherzogtum Krakau und im Herzogtum Bukowina, welches dort 37 Schulen mit 5347 Schülern erhält, beschlossen, in Wien solche Kurse zu errichten. Dank dem Entgegenkommen des Kuratoriums der israelitisch-theologischen Lehranstalt, welches zwei Lehrzimmer in der Tempelgasse Nr. 3 zur Verfügung stellte, konnten am 4. d. M. vier Abteilungen eröffnet werden, in welchen in der Zeit von 1 bis 5 Uhr 161 Schüler nach den in den Stiftungsschulen eingeführten, behördlich genehmigten Lehrplänen mit dem Unterrichte im Lesen, Schreiben und Rechnen beschäftigt werden. Ueberdies werden mit den Kindern am Vormittag Rundgänge in der Stadt und in der Umgebung unternommen, wo sie Gelegenheit finden, die Sehenswürdigkeiten und Denkmäler, verbunden mit der vaterländischen Geschichte kennen zu lernen. Da in dem Kurse wegen Raummangels weitere Schüler nicht mehr aufgenommen werden können, beabsichtigt das Kuratorium der Baron Hirsch-Stiftung, wenn möglich, solche Beschäftigungskurse auch im 20. Bezirk zu errichten. Auch für die mährischen Konzentrationslager ist eine gleiche Aktion der israelitischen Allianz in Wien gemeinsam mit dem Kuratorium der Baron Hirsch-Stiftung im Zuge.

Neue Freie Presse
21./I. 1915.
54

Ein offener Brief in Angelegenheit der galizischen Flüchtlinge.

Wien, 20. Januar.

Beim Neujahrsempfang im Rathause hatte Oberkurator Steiner in seiner Ansprache an den Bürgermeister erklärt, es sollte durch eine Notverordnung Vorsorge getroffen werden, daß alle nach dem 1. August v. J. aus Galizien und der Bukowina eingewanderten Flüchtlinge nach ihrem früheren Aufenthalt befördert oder anderwärts angesiedelt werden. Bürgermeister Dr. Weiskirchner hatte in seiner Antwort bemerkt, der Stadtrat werde der Regierung die entsprechenden Vorschläge erstatten. In dem in Wien erscheinenden polnischen Blatte „Wiedenski Kuryer Polski" richtete deshalb Universitätsprofessor Hofrat Dr. Ernest Till einen offenen Brief an den Bürgermeister, in dem er als österreichischer Staatsbürger gegen die Bemerkung des Bürgermeisters Protest erhebt. In dem offenen Briefe führt Hofrat Till aus, daß die nach Wien geflüchteten Bewohner Galiziens nicht freiwillig, sondern durch die brutale Gewalt des Feindes gezwungen, die Reichshauptstadt aufsuchten, in der Hoffnung, sich hier sammeln zu können und freundlich aufgenommen zu werden. Man habe in Wien nicht den richtigen Begriff von der Verwüstung, der Galizien im Interesse der Gesamtmonarchie auf viele Jahre hinaus zum Opfer gefallen ist. Die galizischen Flüchtlinge wünschen nichts sehnlicher, als so bald wie möglich ihre Heimat aufsuchen zu können. Die Auffassung, die an manchen Stellen Raum gewonnen habe, daß die Anwesenheit der galizischen Flüchtlinge die Ursache der Teuerung mancher Artikel ist, sei irrig. Die aus Galizien Geflüchteten haben bloß die Lücken ausgefüllt, die das Ausbleiben des Fremdenverkehrs und die Einberufung eines Teiles der stabilen männlichen Einwohner Wiens gelassen hat. Die Ursachen der Teuerung liegen in der Unterbindung der Einfuhr. Anderseits dürfe man nicht außer Acht lassen, daß die Flüchtlinge nicht ausschließlich mittellose Individuen sind. Eine Umfrage in den Hotels, Gast- und Kaffeehäusern und bei Kaufleuten würde ergeben, daß die Gewerbsleute in dieser Zeit die Flüchtlinge nur ungern missen würden, abgesehen davon, daß diese durch Inanspruchnahme der Gemeindeunternehmungen sowie durch Miete vieler sonst leerstehender Wohnungen Geld in der Stadt lassen. Der Brief schließt, daß eine Aufklärung der öffentlichen Meinung in der angeregten Richtung am besten dem kaiserlichen Handschreiben entsprechen würde, mit dem die durch den Krieg betroffenen Landstriche der besonderen Obhut der Regierung empfohlen werden

Neues Wiener Tagblatt
22/I. 1915.

Die Kriegsfürsorge.

Der Winter und die Flüchtlinge.

Wir erhalten von dem Sammelkomitee der Kleidersammelstelle am Franz Josef-Kai Nr. 47 folgende Zuschrift:

„Hochverehrter Herr Redakteur!

Nehmen Sie den allerwärmsten Dank für die gütige Förderung entgegen, die Sie unsrer Stelle bisher haben angedeihen lassen, und gestatten Sie uns noch einmal, im Interesse unsrer Flüchtlinge unsre Bitte zu erneuern. Denn jetzt, wo die Kälte erst recht beginnt, können wir uns nicht entschließen, unsre Kleidersammelstelle, wie wir es vorhatten, zu sperren. Die Spenden aus dem Publikum sind reichlich geflossen und die Zahl der Pakette, die uns übersendet wurden, wollte zu Zeiten gar kein Ende nehmen. Wir arbeiteten und arbeiten auch täglich unverdrossen bis in die Nacht hinein; aber wenn wir früh morgens unsre Kästen noch so gefüllt hatten, so waren sie des Abends immer wieder unbarmherzig leer. Man muß nur denken, was es heißt, täglich 200 bis 300 Personen vollständig zu bekleiden, die alle buchstäblich alles brauchen. In der letzten Woche haben wir bei dem nassen Wetter 150 K. nur für Kinderschuhe ausgegeben. Wir brauchen täglich 80 bis 100 Paar Männer- und Frauenschuhe — und nun erst die unzähligen Kindersachen! Da erfahren wir denn, daß man eben gar kein Unternehmen ohne Geld vor sich bringen kann. Wenn ein Haus noch so vollständig eingerichtet ist, so kann man ohne Geld doch nicht wirtschaften. Wir müssen schadhafte Schuhe zu Hunderten reparieren lassen, Wäschestücke neu anschaffen, Kinderkleider aus Stoffen, die wir bekommen, nähen lassen, aus großen Mänteln kleine machen usw. Kurzum, wir brauchen Geld! Eine wahre Wohltat wäre es, wenn uns vielleicht auch große Kleidergeschäfte unmodern gewordene oder beschädigte Männer- und Knabenkleider schenken würden. Denn von jenen Flüchtlingen, die noch mit guter Ausstattung hier angekommen sind, sind heute viele ebenfalls schon gezwungen, zu uns als Bittende zu kommen, da die Kleider inzwischen schlecht und schadhaft geworden sind. Wie bitter weh tut uns die Wahrnehmung, daß gerade in letzter Zeit sich immer häufiger Doktoren, Ingenieure, kurz Angehörige der verschiedenen Intelligenzberufe an uns mit der Bitte um Kleider wenden müssen! So lang es ging, haben sie den schmerzlichen Gang verschoben; nun zwingt die Not. . . . Und es muß uns ins Herz schneiden, wenn wir Männer, Frauen von solcher Lebensstufe bitten hören müssen, und nicht einmal in der Lage sind, ihnen ordentlich mit dem zu dienen, was irgendwie ihrer früheren Stellung entsprechen würde. Darum bitten wir noch einmal, sich unsrer Stelle zu erinnern, damit wir unser Werk noch wenigstens über die paar Wintermonate hinaus fortführen können. Allen, allen, deren Verhältnisse es gestatten, möchten wir sagen: Geben wir den armen Flüchtlingen das Bewußtsein, daß wir mit ihnen, die alles für uns opferten, geteilt haben und daß sie in ihrer Not nicht verlassen waren. Sie alle haben mit ihrem schweren Leiden das, was man unsre Güte nennt, im vorhinein reichlich bezahlt, und wir bemühen uns ja nur, nicht zu tief in der Schuld dieser armen Menschen zu bleiben. Genehmigen Sie, hochverehrter Herr Redakteur, den herzlichsten Dank für die Aufnahme dieser Zeilen, mit dem wir zeichnen

hochachtungsvoll ergebenst

Für das Damenkomitee der Kleidersammelstelle,
1. Bezirk, Franz Josef-Kai Nr. 47,
Frau kaiserl. Rat Sophie Lieben, Frau
Therese Gelber, Frau Direktor Eugenie
Singer, Stella Münz."

Neues Wiener Tagblatt
27./I. 1915.

56

(Die Czernowitzer Feuerwehr in Wien.) Vizebürgermeister Hofrat Barleon hat namens der in Wien weilenden Gemeindevertretung von Czernowitz an den Bürgermeister von Wien das Ersuchen gestellt, den Feuerwehrkommandanten Jenner, neun Feuerwehrleute und sechs Kutscher sowie elf Feuerwehrpferde vorübergehend im Wiener Gemeindedienste zu verwenden. Die Gemeinde Wien hat sich hierauf bereit erklärt, den Feuerwehrkommandanten, die Feuerwehrmänner und vier Kutscher sowie sieben Pferde vorläufig bei der städtischen Feuerwehr, die übrigen zwei Kutscher und vier Pferde bei der städtischen Leichenbestattung zu beschäftigen. Die genannten Personen erhalten eine Zulage, die Pferde werden auf Kosten der Gemeinde entsprechend gefüttert und gewartet.

Neue Freie Presse
28/I. 1915.

Ein zweiter offener Brief in Angelegenheit der galizischen Flüchtlinge.

Bei dem Neujahrsempfang im Rathause hatte, wie bereits berichtet, Oberkurator Steiner in seiner Ansprache an den Bürgermeister sich dahin geäußert, es sei angezeigt, durch eine Notverordnung Vorsorge zu treffen, daß alle nach dem 1. August v. J. aus Galizien und der Bukowina eingewanderten Flüchtlinge nach ihrem früheren Aufenthaltsorte zurückbefördert oder anderwärts angesiedelt werden. Bürgermeister Dr. Weiskirchner hatte hierauf erwidert, der Stadtrat werde der Regierung die entsprechenden Vorschläge erstatten. In dem in Wien erscheinenden „Wiedenski Kuryer Polski" richtet nun heute der auch außerhalb der polnischen Kreise bekannte Graf August Dzieduszycki aus Abbazia vom 25. d. einen offenen Brief an den Bürgermeister, in welchem er, der früheren Protestkundgebung des Lemberger Universitätsprofessors Hofrat Dr. Ernst Till zustimmend, mitteilt, daß er mit seiner Familie nach mehrmonatigem Aufenthalte Wien verlassen habe. Graf Dzieduszycki fügt noch hinzu, daß Wien nicht bloß die Hauptstadt Niederösterreichs, sondern auch die Reichshauptstadt Oesterreichs sei und daß deshalb die Polen, die als Nation einen integrierenden Teil der österreichisch-ungarischen Monarchie bilden, nicht ausgewiesen werden dürfen.

Reichspost 29. I. 1915

58 132

Das Wirken des Polnischen Hilfskomitees.

Eine Volksspeisehalle. — Kälteschutzmittelerzeugung. — Nähstube für das „Rote Kreuz". — Speiseräume für bessere Stände. — Das Kinderheim. — Frühstück- und Jausenstube.

Unter dem Protektorate der Gemahlin des Thronfolgers der Frau Erzherzogin Zita entstand vor einiger Zeit unter der Präsidentschaft der Frau Fürstin Lubomirska ein Polnisches Hilfskomitee, das wirksam die Bekämpfung der Not unter den zahlreichen Flüchtlingen aus den vom Feinde besetzten Gebieten in Angriff genommen hat. So wurde vor einem Monat, um den armen Flüchtlingen um wenig Geld gutes Essen zur Verfügung stellen zu können, am Tiefen Graben Nr. 11 eine Ausspeisestelle errichtet. Zwei große, lichte Säle stellte die Länderbank zur Verfügung, während die Besitzerin des Dritten Kaffeehauses im Prater, Frau Marie Pertl, das nötige Mobiliar vollständig kostenlos herschaffen ließ und die Firma Wallis den größten Teil des Geschirres unentgeltlich lieferte. Fünfhundert Personen werden dort gegen das geringe Entgelt von 54 Hellern gespeist. Es wird eine gute, kräftige und reichliche Kost geboten. Außerdem aber wird noch eine große Anzahl von ganz Armen unentgeltlich bewirtet. Es ist nicht das Treiben einer Volksküche, die Gäste sind nicht angewiesen, ihr Essen selbst zu holen, sie bekommen es auf ihren Platz gestellt. Reizende junge Mädchen der besten polnischen Gesellschaft amtieren hier in weißen schlichten Kleidern und weißen Häubchen als flotte, appetitliche Kellnerinnen mit viel Geschick und Anmut. Prinzessinnen und Komtessen wetteifern im Werk der Nächstenliebe und nehmen so den Stachel der Bitterkeit, der solchen Unternehmungen so leicht den Wert nimmt. Am Tage, da ich die Ausspeisestelle besuchte, gab es Rindsuppe, Rindfleisch, Linsen und als Nachspeise Apfelreis, ein ganz ansehnlicher Speisezettel, den man sonst ziemlich teuer bezahlen müßte. Ich kostete von allem, alle Ehre — in einem bürgerlichen Gasthaus bekommt man es wirklich auch nicht besser! Dazu die reinen, mit Wachstuch gedeckten Tische, blinkendes Eßbesteck und sogar Papierservietten, ein Körbchen mit geschnittenem Brot und Wasserflaschen und Gläser auf den Tischen. Es ist wie ein Bild vom Familientische. Nach dem Essen kommt dann das Geschirrwaschen, und oft erkennt man in der Trägerin einer Lederschürze, die beim Abwaschfaß steht oder Eßzeug putzt, eine Dame, die einen der vornehmsten Namen der Monarchie trägt. So sah ich in einem Hause, das später noch erwähnt werden soll, Gräfin Roman Potocka eifrig den Glanz auf Messern hervorzaubern und wacker mit Schmirgelpulver und Kork hantieren. Dank denen, die da mithelfen — um Gotteslohn! Ich sah bei fünfzig Damen des polnischen Adels, alle in schlichter Einfachheit und in rührender Hilfsbereitschaft an diesem evangelischen Werke beschäftigt.

Nach der Besichtigung der Ausspeisestelle folgte ich einer Einladung zum Besuche der Räumlichkeiten, in denen von polnischen Damen für das „Rote Kreuz" Kälteschutzmittel angefertigt werden. In einem dem Markgrafen Pallavicini gehörigen Hause im 1. Bezirk, Habsburgergasse, Ecke Graben, wurde dem Zwecke ein großer Saal gewidmet. Große Vorräte von Wolle harren hier ihrer Verarbeitung und Hunderte von Händen lassen fleißig die Stricknadeln klappern, um die unseren Soldaten so erwünschten wärmenden Kleidungsstücke zu liefern. Aber noch eine andere Art Kälteschutzmittel wird hier erzeugt: dänische Decken. Beim Saaleingang hocken so ein paar kleine Knirpse. Die „Papierjungen" werden sie von der Fürstin genannt. Beinahe verschwinden sie in einem Berg von Zeitungspapier, das sie mit ihren Händchen zusammenknittern auf ganz kleine Ballen — scheinbar ein Zerstörungswerk. Gleich daneben, an einer langen Tafel, sind zarte Frauenhände jedoch bemüht, diese Papierbällchen wieder zu plätten. Wozu das? Das Papier muß nämlich weich gemacht werden, um zu der Decke verwendet werden zu können. Das geplättete Papier wird mit groben Stichen zusammengenäht und kommt in einen Stoffüberzug und — die Decke ist fertig, sie ist sehr warm und leicht. Die Leitung dieser Arbeiten liegt in den Händen der Prinzessin Hanka Lubomirska.

Einen Stock höher im selben Hause gelangt man zur Wäscheanfertigung für das „Rote Kreuz". Ungefähr vierzig bis fünfzig Nähmaschinen entwickeln einen Lärm, der einem die Ohren sausen macht. Dafür aber zeugen ganze Berge fertiger Arbeit von dem Fleiß, der hier herrscht und der es nötig macht, daß mindestens zweimal wöchentlich geliefert werden muß. Mit weiser Umsicht schaltet hier Gräfin Roman Potocka. Sie hat eine Fertigkeit, die einer Lagerhalterin in einem Wäsche-Großhaus alle Ehre machen würde. Die Arbeiterinnen, die hier beschäftigt werden, sind Dank der rührigen Fürsorge vor Obdachlosigkeit und Hunger geschützt.

Schließlich führte mich der gute Stern des Tages noch in das Haus in der Wallnerstraße, Ecke Kohlmarkt. Im obersten Stock befindet sich die Kanzlei, in der alle laufenden Arbeiten aller Aktionen des Polnischen Hilfskomitees erledigt werden. Einen Stock tiefer gelangt man zu einem großen, lichten Lesesaal. Deutsche und polnische Zeitungen ernsten und heiteren Inhalts hängen an den Wänden und eine große Anzahl der Flüchtlinge macht sich auch diesen Segen zunutze. Es ist ein fortwährendes Kommen und Gehen über den ganzen Tag. Wir kommen nun in die Kinderschule und treffen die Kleinen gerade beim „Speisen". Kartoffelsuppe und Schokoladereis lautete heute der Speiszettel. Man sah es. Die drei-, vier- und fünfjährigen Buben und Mädeln hatten sich mit diesem leckeren, braunen Stoff das Gesicht gezeichnet wie Indianer, die auf dem Kriegspfade sind. Da kamen aber schon die aufsichtführenden Damen, um eine gründliche Wäsche an den Gesichterln vorzunehmen. Aber auch erzieherisch wird hier gewirkt und es bemühen sich die Damen des Adels, den Kindern auch die deutsche Sprache zu eigen zu machen. Nach dem Essen geht es in die Beschäftigungsschule, wo mit Spiel und nützlichem Tun der Tag verbracht wird. Im Stockwerk darunter befinden sich die Speiseräume für jene Flüchtlinge, die etwas mehr für sich aufwenden können. Sie bekommen für den Preis von achtzig Hellern ein vollständiges Mittagessen mit Brot. Jede der dort bedienenden Damen hat einen weißgedeckten Tisch zugewiesen und übereinstimmende Nummern an Schürzen und Tischen lassen den Gast sofort erkennen, wo er sich hinzuwenden hat. Es ist ein ziemlich gewähltes Publikum, das hier zusammentrifft, sogar einige Exzellenzen sind darunter. In diesen Räumen wird in den Morgenstunden auch ein Frühstück und in den Nachmittagsstunden eine Jause gegen sehr mäßiges Geld verabreicht.

In diesem Hause wird in den nächsten Tagen auch ein ärztliches und ein zahnärztliches Ambulatorium errichtet werden.

Bei all diesen Unternehmungen fällt musterhafte Ordnung ins Auge. Fürstin Lubomirska sieht bei all ihrer Liebenswürdigkeit strenge darauf, daß Disziplin gehalten wird. Es ist eine Freude, durch diese musterhaften Stätten der Kriegscharitas zu schreiten.

Der Fürstin haben sich bei ihrem wundersamen Liebeswerk angeschlossen: Fürstin Sapieha, Prinzessin Hanka Lubomirska, die Gräfinnen Dzieduszycka, Konarska, Miechieli, Mycielska, Roman Potocka, Rey, Sieminska, Stürgkh, Tarnowska, und die Zamoyska Exzellenzen v. Jedrzejowicz, Golaszenska, Rozowska und Stojowska, viele andere Damen des österreichischen und galizischen Hochadels, sowie eine große Anzahl bürgerlicher Damen.

S.

Neue Freie Presse
5./II. 1915.

Kommerzieller Beschäftigungskurs für weibliche Flüchtlinge.

Die unter dem Protektorat der Erzherzogin Zita stehenden Wohlfahrtseinrichtungen des Wiener Hilfskomitees für Flüchtlinge aus Galizien und der Bukowina eröffnen mit Genehmigung des niederösterreichischen Landesschulrates im 1. Bezirk, im Hause Wallnerstraße 1 A, 2. Stock, einen kaufmännischen Beschäftigungskurs mit polnischer Unterrichtssprache für weibliche Flüchtlinge. Der Kurs steht unter der Leitung des Direktors der Lemberger Handelsakademie Regierungsrates Anton Pawlowski und umfaßt nachstehende obligate Unterrichtsgegenstände: Buchhaltung, kaufmännisches Rechnen, Handelskorrespondenz, Handels- und Wechselkunde sowie als nichtobligaten Gegenstand die deutsche Handelskorrespondenz. Der Unterricht wird täglich von 9 bis 11, beziehungsweise bis 12 Uhr vormittags erteilt. Das Unterrichtshonorar beträgt 12 K. monatlich für die obligaten, 3 K. monatlich für die nichtobligaten Gegenstände. Die Dauer des Kurses ist für die Zeit der durch den Krieg bedingten außerordentlichen Verhältnisse, längstens aber bis Ende Juni festgesetzt. Frequentantinnen, die den Kurs fleißig besuchen werden, erhalten am Schlusse des Kurses eine Bescheinigung über dessen Absolvierung. Die Einschreibungen finden täglich von 10 bis 11 Uhr vormittags im Unterrichtslokal statt.

Neue Freie Presse
6./II. 1915

Eine Denkschrift der galizischen Bürgermeister in der Flüchtlingsfrage.

Die in Wien befindlichen Bürgermeister der größeren Städte Galiziens mit dem Lemberger Stadtpräsidenten Josef Neumann an der Spitze beschlossen, in einer eingehend motivierten Eingabe das Präsidium des reichsrätlichen Polenklubs aufzufordern, dasselbe möge zu den Aeußerungen des Oberkurators Steiner und des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner über die galizischen Flüchtlinge in Wien Stellung nehmen. In dieser Denkschrift wird darauf verwiesen, daß die übereinstimmenden Mitteilungen über die haarsträubende Drangsalierung der Landbevölkerung in Galizien durch die Russen die Flucht eines großen Teiles der Landesbewohner wohl gerechtfertigt erscheinen lassen. Eine Ausweisung der Flüchtlinge aus Wien würde mit den Grundsätzen der Humanität und auch mit den die bürgerlichen Freiheiten und Rechte gewährleistenden Bestimmungen der Staatsgrundgesetze schwerlich im Einklange stehen.

Fremdenblatt
13./II. 1915.

* (**Kostenlose Ausfolgung des Eisenbahngepäckes an Flüchtlinge.**) Das Eisenbahnministerium hat die Staatsbahndirektionen (mit Ausnahme Lemberg und Stanislau und der Betriebsleitung Czernowitz) ermächtigt, den unbemittelten, derzeit in staatlicher Versorgung stehenden Flüchtlingen aus Galizien und der Bukowina ihre anläßlich der Flucht der Eisenbahn zur Beförderung übergebenen, jedoch bisher nicht ausgelösten Effekten ohne Einhebung der darauf haftenden Gebühren, die vom Gesichtspunkte der Flüchtlingsfürsorge auf den Etat des Ministeriums des Innern übernommen werden, gegen Einziehung des unterfertigten Bezugsscheines, beziehungsweise Gepäcksscheines auszufolgen, wenn der Bezugsberechtigte eine von der politischen Bezirksbehörde, in Wien von der Zentralstelle für die Fürsorge der Flüchtlinge aus Galizien und der Bukowina ausgestellte Bestätigung beibringt und auf dem Frachtbriefe oder dem Abfertigungsdokumente die Uebernahme des Gutes ohne Bezahlung der darauf haftenden Beträge bestätigt. Zur Erlangung der Effekten ist folgender Vorgang zu beobachten: 1. Diejenigen in staatlicher Versorgung stehenden Flüchtlinge, deren Gepäcksstücke bereits in der Bahnstation ihres derzeitigen Aufenthaltsortes lagern, haben vorerst bei der politischen Bezirksbehörde ihres Aufenthaltsortes, beziehungsweise der Zentralstelle für die Fürsorge für die Flüchtlinge aus Galizien und der Bukowina (Wien, 2. Bezirk, Zirkusgasse 5) um die Ausstellung der Bestätigung vorzusprechen und mit derselben und dem Frachtdokument sodann auf dem Bahnstationsamte um die Ausfolgung der Effekten anzusuchen. 2. Sind die Effekten in einer anderen, dem Eigentümer bekannten Bahnstation zurückgeblieben, hat dieser vorerst die Zusendung der Effekten an seinen gegenwärtigen Aufenthaltsort gegen Nachnahme der Gebühren zu veranlassen und sodann nach Eintreffen des Avisos über das Einlangen der Gepäcksstücke in seinem gegenwärtigen Aufenthaltsorte wie sub 1. vorzugehen. 3. Soferne die Effekten unterwegs in einer unbekannten Stadt zurückgeblieben sind, ist vorerst im Wege des Bahnstationsamtes die Nachforschung nach ihrem Verbleibe durchzuführen und nach Auffindung derselben in gleicher Weise wie im Falle 2. vorzugehen.

Neues Wiener Tagblatt
16. II. 1915.

62

Aufruf des polnischen Hilfskomitees in der Schweiz zugunsten der Kriegsopfer in Polen.

Lausanne, 14. Februar.

Von dem auf dem neutralen Boden der Schweiz aus hervorragenden Polen ohne Unterschied der Staatsangehörigkeit gebildeten und ausschließlich philantropische Zwecke verfolgenden Generalhilfskomitee für die Kriegsleidenden in Polen wird der nachstehende ergreifende Aufruf seines Präsidenten, des großen polnischen Dichters Henryk Sienkiewicz, veröffentlicht:

„An die gesitteten Nationen!

Der größte Krieg, den die Geschichte je gekannt, und eine furchtbare Vernichtung, das sind die beiden bösen Geister, die jetzt die Welt beherrschen.

Hunderttausende Soldaten erliegen der Kugel und dem Bajonett, und Millionen unschuldiger Menschen gehen durch Hunger und Elend zugrunde.

Zwei Länder sind es ganz besonders, deren Geschick es wurde, als blutige Wahlstatt zu dienen, bislang Stätten des Wohlstandes einer zahlreichen Bevölkerung, nunmehr großenteils in Wüsteneien verwandelt: Polen und Belgien. Aber zur Linderung von Belgiens Kriegsnot ist mit Recht allerseits und reichlich menschenfreundliche Unterstützung herbeigeeilt. Jetzt ist es an meinem Vaterland, eine solche Unterstützung anzurufen.

Eine Bodenfläche, siebenmal so groß wie das ganze belgische Reich, ist in Polen vom ehernen Tritt des Krieges unbarmherzig zerstampft. Ströme von Blut sind durch das Schwert diesem unglücklichen Land entzogen worden, dessen Söhne in drei feindlichen Heeren zugleich kämpfen müssen. Die Kriegsglut hat Städte und Dörfer verzehrt, Menschenarbeit ruht allerorts und über den ungeheuren Strecken von Niemen bis zu den Karpathen breitet das Gespenst des Hungers seine Fittige aus.

Der Arbeiter hat die Hände in den Schoß gelegt, denn es gibt keine Werkstätten mehr in Polen; den Pflug frißt der Rost, denn dem Bauer ist das Korn zur Aussaat weggenommen; der Händler verkauft seine Waare nicht mehr, da sie niemand bezahlen kann; Greise und Frauen irren im strengen Winter ohne Dach über ihren Häuptern umher. Epidemische Krankheiten mehren sich, erloschen ist der häusliche Herd, und wenn die Kinder ihre abgezehrten Hände zu den Müttern erheben mit der Bitte um ein Stück Brot, da antworten ihnen die Mütter nur mit Tränen.

Und solcher Darbenden, nach Hilfe Dürstenden — höret es, ihr christlichen Nationen — sind hier in Polen Millionen und abermal Millionen.

Aber hat denn Polen ein Recht auf eure Hilfe?

Ein solches Recht dient im Namen der Menschenliebe einem jeden Volk und um so mehr dem polnischen, welches selbst nach der Teilung seines Vaterlandes sich vom Unglück nicht hat beugen lassen, seinen Namen nie verleugnet und durch einen mächtig hervorquellenden Lebenswillen sich seine Existenz für immerdar gesichert hat.

Es besitzt ein solches Recht kraft seiner historischen Vergangenheit als Schützer der Bedrängten, als Schild der europäischen Gesittung im Osten. Die Namen Sobieskis und Kosciuskos haben sich der dankbaren Erinnerung der Menschheit eingeprägt bis auf die spätesten Zeiten. Den Opfern jeglicher ungerechten Bedrückung und Verfolgung standen die Pforten unsres Vaterlandes stets weit offen. Wo es nur irgend galt, für Freiheit zu kämpfen, da floß auch unser Blut; wo nur irgend Menschen unter Naturereignissen litten, da floß auch unsre Spende. Im Chor der Nationen fehlte unsre Stimme nicht und mischte sich darein mit einem edlen Klang. Zu dem allgemeinen zivilisatorischen Erwerb haben unsre besten Geister das Ihrige beigesteuert, unsre Gedankenarbeit, unsre Schaffenskraft.

Also im Namen dieses unsres Anteiles am Leben der Menschheit, im Namen der aus solcher Teilnahme entspringenden Rechte, im Namen der Lehre Christi, im Namen unsrer alten und frischen Leiden, wende ich mich an euch, gesittete Nationen, und rufe eure Hilfe an für mein Volk. Mögen die polnischen Städte und Dörfer aus ihren Ruinen wieder auferstehen. Möge es dem polnischen Bauer nicht an Kraft mangeln zur Pflugschar zu greifen und nicht an Korn zur Aussaat in seine Scholle; möge das polnische Herz auch andre als Leidensgefühle bewegen, möge die Stimme Polens nicht immer als Schmerzenslaut ertönen.

Mögen die polnischen Mütter ihren Kindern etwas mehr als Tränen bieten können.

Brot und Obdach für das polnische Volk, auf daß es den Frühling der Auferstehung erleben kann.

Das Generalhilfskomitee für die Kriegsnotleidenden in Polen:

Der Präsident Henryk Sienkiewicz, der Vizepräsident Ignacy Paderewski, der Präsident der Exekutivkommission Anton Zuschowski, die Vizepräsidenten Graf Plater, Professor Kowalski, der Generalsekretär Pilz, der Schatzmeister Masconi;

die Mitglieder:

Professor Laskowski, Genf; Professor Askenazy, Lemberg; Mikiewicz, Paris; Frau Curie-Sklodowska, Paris; Graf Nicolas Potocki, Fürst Poniatowski; Galenzowski; Baron Taube, Paris; Bischof Ruszkiewicz, Warschau; Fürst Wladimir Czwetwertynski senior, Präsident der Bodenkreditgesellschaft; Josef Potocki, Präsident der Gesellschaft der Wissenschaften; Majoratsherr Graf Zamoyski; Kronenberg, Präsident der Warschauer Kreditgesellschaft; Graf Sobanski; Bergson, Präsident der Warschauer Israelitischen Kultusgemeinde; Geisler, Präsident der Evangelischen Gemeinde; Fürst Lubomirski, Präsident des Warschauer Bürgerhilfskomitees; Wojciechowski, Präsident der Kooperativgesellschaften; Drzewiecki, Präsident der Technikerverbindung, Warschau; Fürstbischof Sapieha, Krakau; Graf Stanislaus Tarnowski, Präsident der Krakauer Akademie der Wissenschaften; Kostanecki, Rektor der Jagellonischen Universität, Krakau; Fürst Czartoryski; Steczkowski, Direktor der Galizischen Landesbank; Londzin, Abgeordneter; Fruchtmann, Vorstand der Israelitischen Gemeinde; Fürst Radziwill, Präsident der polnischen Fraktion des Deutschen Reichstages; Chlapowski, Herrenhausmitglied; Adamski, Vorsitzender der Kooperativgesellschaften, Posen; Trompczynski, Reichstagsabgeordneter; Suldrzynski, Präsident der Posener Ackerbaugesellschaft; Bischof Rhode, New-York; Karabasz, Vorsitzender, und Smulski, Schatzmeister des Polnischen Zentralverbandes, Chicago."

Gesetzlich registrierter Sitz des Polnischen Generalhilfskomitees ist in Lausanne. Die Schweizer Nationalbank ist ermächtigt, Geldspenden entgegenzunehmen.

Die Zeit
18./II. 1915

63

Erzherzoginnen bei den galizischen Flüchtlingen.

Wie bereits kurz berichtet, haben am 13. d. die Erzherzoginnen Isabelle und Maria Theresia, Gemahlin des Erzherzogs Karl Stephan, die am Tiefen Graben Nr. 11 befindliche Ausspeisung der galizischen Flüchtlinge aus den besseren Ständen besichtigt. Die Erzherzoginnen wurden von den Damen des Komitees: Fürstin Maria Lubomirska, Gräfin Marie Mycielska, Gräfin Wanda Zamoyska, den Gräfinnen Helene und Marie Komorowska und der Gräfin Siemienska sowie der Gattin des Prof. Pochwalski begrüßt. Dann wurden ihnen die Damen des Komitees, Frau v. Bernacka, eine Tochter des Prof. Pochwalski, Frau v. Skrzynska, Frau v. Wysocka-Lange, Frau v. Szymanowska, Frau Giani, Fräulein v. Teodorowicz, Frau v. Wlodek-Götz u. v. a., vorgestellt. Die Erzherzoginnen ließen sich auch alle reizenden jungen Mädchen vorstellen, die als schmucke Kellnerinnen mit Häubchen und Schürze hier täglich Dienst machen, darunter die beiden Komtessen Mycielska, Fräulein v. Lamich, Fräulein v. Selzer, Fräulein v. Kozlowska, Komtesse Dzieduszycka, Fräulein v. Hensel, Frau v. Gorczynska, Fräulein v. Jordan, Fräulein v. Viktor, Fräulein v. Blaczewska, Fräulein v. Stonowska usw. Die jüngste der liebenswürdigen Kellnerinnen, Komtesse Sophie Mycielska, überreichte der Erzherzogin Isabelle und Prinzessin Sophie Lubomirska der Erzherzogin Maria Theresia einen Blumenstrauß. Nun wurde die Ausspeisungshalle eingehend besichtigt. Die Erzherzoginnen äußerten sich sehr lobend über das ganze Liebeswerk, seine Anlage, seine glänzende Organisation und die außerordentliche Genauigkeit, mit der trotz des riesigen Andranges der Gäste bei jeder Mahlzeit — wohl an die 550 bis 600 — die Ausspeisung Tag für Tag vor sich geht. Die Erzherzoginnen verweilten mitten in dem dichtesten Gedränge der Gäste länger als eine Stunde und sahen den jungen Damen beim Aufteilen der Speisen, bei Bedienung der Gäste, beim raschen Reinemachen, Tischdecken und Abräumen zu. Unter anderen wurde die Wirtschafterin, der die Aufsicht über den ganzen Raum anvertraut ist, Frau Johanna Koch, eine Wienerin, den Erzherzoginnen vorgestellt und von ihnen, da ihr Mann, der im Landsturm ebenfalls in den Krieg gezogen ist, mit der Hoffnung getröstet, daß er hoffentlich bald aus der Gefangenschaft, in die er geraten ist, zurückkehren werde. Ferner sprachen die Erzherzoginnen viele Flüchtlinge an und erkundigten sich in herzlicher und teilnehmender Weise nach ihrem Schicksal. Unter Worten des Lobes und der Danksagung an die Damen, die das schöne Werk ins Leben gerufen, schieden die Erzherzoginnen aus dem Hause.

Neues Wiener Tagblatt
26./II. 1915.

64

Flüchtlingsausspeisehalle.

Am 7. Jänner eröffnete der Wiener Verband der galizischen humanitären Vereine in den geräumigen Gasthauslokalitäten, 2. Bezirk, Schiffamtsgasse Nr. 20, eine eigene Ausspeisung für die Flüchtlinge aus Galizien und der Bukowina. Daselbst werden täglich ungefähr 800 bis 900 Flüchtlinge gegen Entrichtung von 12 Heller pro Mahlzeit ausgespeist. Für diesen Preis wird den Flüchtlingen eine warme, kräftige Suppe, eine ausgiebige Portion Gemüse und Brot geboten. Am 23. d., 8 Uhr abends, fand die feierliche Besichtigung dieser Ausspeisehalle statt. Bei derselben waren zahlreiche Gäste, darunter viele offizielle Persönlichkeiten, wie der Leiter der Zentralfürsorge Gemeinderat Dr. Schwarz-Hiller, seine bekannten emsigen Mitarbeiter Bezirksrat S. M. Rübner, Armenrat Lemberger, Bezirksrat Haslinger, ferner der Reichsratsabgeordnete Dr. Ofner, der Bezirksrabbiner der Leopoldstadt Dr. Grunwald, ein Vertreter des Wiener Rabbinats Rabbiner Meyersohn, kaiserlicher Rat Kläger und viele andre, anwesend. Der Präsident des Verbandes Dr. Max Jacobsohn begrüßte in einer herzlichen Ansprache die erschienenen Gäste und erstattete Bericht über die bisherige Tätigkeit, bestehend in der Brotverteilung, Gewährung von Geldunterstützungen, von Kleidern, Schuhen und Wäsche an zirka 12,000 Familien, der Ausspeisung bei der „Einheit" und in andern Gastwirtschaften, und besprach schließlich die neugeschaffene, in eigener Regie geführte Ausspeiseaktion. Es sprachen dann Dr. Schwarz-Hiller, Doktor Grunwald und Reichsratsabgeordneter Doktor Ofner, der dem Verbande wünschte, nicht bloß für die Flüchtlinge, sondern auch für die heimischen Hilfsbedürftigen eine dauernde Hilfsstätte zu bleiben. Nachdem der Vizepräsident des Verbandes Herr Platz den erschienenen Gästen für ihr Erscheinen gedankt und die Opferwilligkeit der bei der Ausspeisung mitwirkenden Frauen und des Obmannes des Wirtschaftskomitees Herrn Beer hervorgehoben hatte, verließen die Gäste in vorgerückter Stunde das Ausspeiselokal.

Arbeiterzeitung 28/II. 1915.

Das Flüchtlingsheim in der Wallnerstraße.

Der Einbruch der Russen in Galizien und in der Bukowina hat viele Zehntausende Flüchtlinge nach Wien getrieben. Unter ihnen sind auch Tausende, die in ihrer Heimat in angenehmen Verhältnissen lebten und nun in Wien mittellos oder fast mittellos dastehen. Es sind viele Gutsbesitzer, Pächter, Beamte, Notare, Advokaten, Kaufleute und gegen 3000 Lehrer und Lehrerinnen aus den beiden Ländern, die in Wien hilflos dastanden. Insbesondere für diese Schicht der Flüchtlinge hat ein Hilfscomité, dessen Obmann Dr. Ritter v. Bilinski ist, ein Heim geschaffen, das ihnen über die schwere Zeit leichter hinüberhelfen will. Herr Albert Frankl hat seine beiden Häuser in der Wallnerstraße Nr. 1 und 1A zu diesem Zwecke unentgeltlich zur Verfügung gestellt und das Hilfscomité hat unter der Leitung des Hofrates Dr. Ritter v. Twardowski und des Preßchefs Dr. Flandrak darin ein recht anheimelndes nettes Flüchtlingsheim organisiert.

In den Häusern sind schöne Restaurationsräume mit einer großen Küche, zwei Lesesäle, in denen man auch Kaffee erhält, sechs Klassen einer Beschäftigungsschule und ein ärztliches Laboratorium. Alles ist modern eingerichtet und alle Einrichtungsgegenstände, von den Schulbänken und Anschauungsbildern, den Sesseln und Tischen bis zu den ärztlichen Instrumenten, wurden von verschiedenen Seiten gespendet. Nur das Küchenpersonal wird entlohnt. Die Bedienung in den Speisesälen besorgen polnische und auch Wiener Frauen und Mädchen unentgeltlich; die Schule leitet der Landesschulinspektor Erasmus Starzynski, dem staatliche Lehrkräfte aus Galizien zur Seite stehen; in dem unter der Leitung des Professors Heinrich Halban, Dekan und Professor an der Krakauer Universität, stehenden Ambulatorium arbeiten für Zahnheilkunde der Professor Cieszynski, Frau Dr. Wegrzynowska und Dr. Baranowski, für die Augenheilkunde Professor Bednarski, für interne Krankheiten Dr. Serbenski, für Frauenkrankheiten Dr. Wolski, für Kinderkrankheiten Frau Dr. Popielska, für Ohrenkrankheiten Dr. Berlstein. Als Assistenten wirken die Hörer der Medizin Stephan Trzeciecki und Jan Wojno.

Die Flüchtlinge, die das Heim benützen wollen, haben einen monatlichen Beitrag von 1 Krone zu bezahlen. Dafür können sie die Lesesäle benützen, erhalten für 80 Heller ein gutes Mittagessen, das aus Suppe, Fleisch und Gemüse und einer Mehlspeise besteht, und können sich im ärztlichen Laboratorium behandeln lassen, wofür sie für jede ärztliche Inanspruchnahme eine Krone zu entrichten haben und die Arzneien unentgeltlich erhalten. Die Arzneien stellt die Apotheke Bayer in der Wollzeile umsonst zur Verfügung. Für Kinder, die im Heim Aufnahme finden, sind im Monat 12 Kronen 50 Heller zu bezahlen. Dafür werden sie den ganzen Tag zur Aufsicht übernommen, erhalten den Unterricht in der Schule, werden, wenn notwendig, ärztlich behandelt und bekommen Frühstück, Mittagmahl und Jause. Im Hause sind schon mehrere hundert Kinder untergebracht und ihr gutes Aussehen und ihre Heiterkeit beweisen, daß sie sich dort sehr wohl fühlen. Auch die Restauration des Heims hat Hunderte ständiger Gäste, die dort ein gutes Mittagessen zu billigem Preise bekommen, wie sie es in Wien sonst nirgends erhalten könnten. Die Frauen und Mädchen, die dort die Bedienung besorgen, tun das mit Liebe und freudigem Eifer, und die allgemeine Herzlichkeit, die in den Räumen waltet, macht den Flüchtlingen das Heim auch zu einer Stätte der Aufmunterung und seelischen Stärkung.

Natürlich genügen die beiden Häuser lange nicht für die große Zahl der Flüchtlinge, die einer solchen Stätte bedürften, und vor allem jener nicht, die nicht 80 Heller für ein Mittagessen ausgeben können. Das Comité hat daher auf dem Tiefen Graben Nr. 11 eine billigere Ausspeisestelle für Flüchtlinge aus Galizien geschaffen, in der Mittagessen für 54 Heller abgegeben werden. Das Essen wird aus den Volksküchen bezogen und besteht ebenfalls aus Suppe, Fleisch, Gemüse und Mehlspeise. Das Brot wird umsonst gegeben. Es werden dort täglich 600 Personen gespeist, ein Drittel davon unentgeltlich. In der Zeit seit 1. Februar wurden dort 30.700 Mittagessen abgegeben, bei denen 35.000 Stück Brote unentgeltlich verteilt wurden. Die Ausspeisestelle, die aus den Mitteln privater Wohltäter erhalten wird, hatte am 1. d. ein Defizit von 6105 Kronen aufzuweisen. Die Ausspeisestelle wird von der Fürstin Lubomirska geleitet, die von einer Reihe hilfsbereiter polnischer und Wiener Frauen und Mädchen unterstützt wird. Leider sind die Hilfsmittel nicht genügend, um noch eine größere Anzahl zu verköstigen, wie es dringend notwendig wäre. Das Comité hofft, daß es so viel Spenden erhalten werde, um in absehbarer Zeit noch zwei weitere Ausspeisungshallen eröffnen zu können. Es wäre zu wünschen, daß sich seine Hoffnung erfüllte.

Fremdenblatt 28/II 1915.

Bei den Heimatlosen.

Im Reich der Flüchtlinge.

Die Riesenpranke der Kriegsfurie hat mit schwerer Wucht ein ganzes Heer schuldloser, tief beklagenswerter Opfer getroffen. Niemand bleibt von den Leiden und Sorgen dieser schweren Zeit verschont. Aber sie trifft jene doch am härtesten, die, aus der Heimat vertrieben, als Schiffbrüchige gerade nur ihr nacktes Dasein gerettet haben, keineswegs aber die Kraft, es in den brausenden Stürmen der Gegenwart auch zu behaupten. Wir meinen die Flüchtlinge, denen der Krieg die Bitterkeit auflastete, in fremden Mauern um das Mitleid guter, warmfühlender Menschen zu werben. Die Flüchtlinge müssen das Ungeheure des gegenwärtigen Geschehens in seiner ganzen, drückenden Schwere miterleben und sind vor ein Schicksal gestellt, das zweifelos ergreifend zu nennen ist. Nur wer die aufgewühlten Lebensschicksale dieser Unglücklichen wirklich kennt, kann die volle Bitterkeit ihres Loses ermessen.

Segensreich rettend hat sich nun für diese Armen die unter dem Protektorat Ihrer k. u. k. Hoheit der Frau Erzherzogin Zita sowie unter der Obmannschaft des gewesenen Gemeinsamen Finanzministers Dr. R. v. Bilinski stehende Aktion des „Hilfskomitees für die Flüchtlinge aus Galizien und der Bukowina" erwiesen. In den Gebäuden 1. Bezirk, Wallnerstraße 1 und 1a wurden Stätten edelster Nächstenliebe geschaffen, in denen den Heimatlosen allerlei Erleichterungen ihres unverdienten, harten Schicksals geboten werden. Der Eigentümer dieser Häuser, Albert Frankl, stellte sie dem Fürsorgezweck ohne jedes Entgelt zur Verfügung und Hofrat Dr. R. v. Twardowski übernahm den methodischen Ausbau der ganzen Aktion.

Vielen Hunderten von Flüchtlingen werden hier für eine ganz geringe geldliche Entschädigung wertvolle Erleichterungen geboten. Man sieht da modernst eingerichtete ärztliche Ambulatorien, freundliche Restaurationsräume, Lesesäle, Schulzimmer einer sechsklassigen Beschäftigungsschule usw. In der Küche des Hauses werden Mittagessen vorzüglicher Qualität bereitet und von Damen der Wiener und polnischen Gesellschaft serviert. Besonders für die Welt der Kleinen bedeutet dieses Haus der Barmherzigkeit reich enSegen. Hier weilen sie den ganzen Tag über und ihr Aufenthalt, der ihnen nebst ärztlicher Aufsicht den Unterricht in der vom Landesschulinspektor Starczinsky geleiteten Schule, ferner Frühstück, Mittagmahl und Jause gewährt, erheischt lediglich den Monatsbeitrag von Kr. 12,50. Schon ein flüchtiger Besuch der luftigen, sonnenhellen Schulräume zeigt, daß den Kleinen hier tatsächlich ein trautes, liebes Asyl errichtet wurde.

In dem der Leitung des Universitätsprofessors Dr. Heinrich v. Halban unterstellten Ambulatorium betätigt sich für Zahnheilkunde Professor Cieszynsky, Frau Dr. Wegrzynowska und Dr. Baranowski, für Okulistik Professor Bednarski, für interne Erkrankungen Dr. Serbenski, für Frauenkrankheiten Dr. Wolski, für Kinderkrankheiten Frau Dr. Popielska und für Erkrankungen des Ohres Dr. Berlstein. Als Assistenten fungieren die Hörer der Medizin Stephan Trzeciecki und Jan Wojno.

Einen vielsagenden, unvergeßlichen Ausschnitt aus dem Notbild der Flüchtlinge gewinnt man aber erst bei einem Besuch der „Ausspeisung für polnische Flüchtlinge", Tiefer Graben Nr. 11. Hier wird unter Aufsicht der Gräfinnen Mycielska und Zamoyska, sowie Frau Professor Pochwalska von halb 11 bis halb 2 Uhr mittags täglich an sechshundert Personen, die sich aus den besseren Gesellschaftsschichten zusammensetzen, der Mittagstisch teils unentgeltlich, teils für 54 Heller per Person abgegeben. In der Zeit vom 12. November bis 1. Februar wurden 30.700 Mittagessen verabreicht und 35.000 Brotportionen unentgeltlich verteilt. Die nur aus unzulänglichen Mitteln privater Wohltätigkeit unterhaltene Ausspeisung ergab am 1. Februar ein Defizit von 6105 Kronen. Und dabei ging eine große Zahl Besuche leider ungesättigt von dannen.

Hier ist so recht eigentlich die Domäne der Fürstin Maria Adam Lubomirska, die mit dem Lächeln der wohlwollenden Güte schaffensfroh durch den gewaltigen, menschenerfüllten Raum schreitet. Eine kühle, klare, unvergleichliche Ruhe ist in ihrem Blicke. Wenn alles um sie her Tempo, Hast, Unruhe ist, übt sie gelassen ihr Tagewerk der Liebe. Sie kennt das Leid und mit ihrem ganzen Wollen und Können ist sie bemüht, es zu lindern. So prächtig die Initiative und das bisher Erreichte auch ist, es bleibt doch noch ungemein viel zu tun übrig. Denn groß ist der Troß der Flüchtlinge, groß ihre Not. Und immer wieder muß der Ruf ergehen: Helfet, helfet, im Namen der Menschenliebe und Barmherzigkeit, und aus dem bösen Fluch des Krieges wird tausendfältig Segen sprießen!

G. e.

Neues Wiener Tagblatt
1./III. 1915.

67

Am Tiefen Graben und in der Wallnerstraße.

Zwei Musterstätten der Flüchtlingsfürsorge.

Bekanntlich wurde von dem Hilfskomitee für die Flüchtlinge aus Galizien und der Bukowina unter dem Protektorat der Erzherzogin Zita und unter der Obmannschaft des gewesen Reichsfinanzministers Dr. Ritter v. Bilinski in den Gebäuden 1. Bezirk, Wallnerstraße Nr. 1 und 1a eine Stätte ins Leben gerufen, wo den Flüchtlingen aus den besseren und besten Ständen in der oft peinvollschwierigen Lage, in der sie sich hier befinden, für die Zeit des Krieges doch in verschiedenen Beziehungen wesentliche Erleichterungen ihres Schicksals geboten werden sollen. Die beiden Häuser wurden von ihrem Eigentümer Herrn Albert Frankl in munifizentester Weise für den edlen Zweck vollkommen kostenlos zur Verfügung gestellt und die Anstalt dann von dem Hilfskomitee unter der kraftvollen und zielbewußten Führung der beiden Herren Hofrat Dr. Ritter v. Twardowski und Regierungsvizesekretär J. Paul Flandrak, die als Direktoren fungieren und von denen auch der Plan und die organisatorische Ausgestaltung herrührt, in ganz ungewöhnlich umfassender, ja beispielgebender Weise eingerichtet.

Unter der Führung der Fürstin Maria A. Lubomirska wurde nun in den letzten Tagen von einer Anzahl von Vertretern der Wiener Presse ein Rundgang durch diese Häuser unternommen, der den Eindruck bestätigte, daß hier einer bereits auf viele hunderte sich belaufenden Anzahl von Flüchtlingen bei nur geringen Auslagen Benefizien zu Gebote stehen, wie sie in solcher Weise in Wien vielleicht an keiner ähnlichen Stätte mehr geboten werden. Da sind auf das modernste eingerichtete ärztliche Ambulatorien, dann Restaurationsräume, ferner zwei Lesesäle, sowie Schulzimmer, in denen eine aus sechs Klassen bestehende Beschäftigungsschule untergebracht ist. Durch den Erlag einer Grundtaxe von monatlich bloß einer Krone, erhält man den Anspruch auf die Benützung der Lesesäle, ferner auf die Behandlung in den Ambulatorien zum Einheitspreis von bloß einer Krone für die ärztliche Inanspruchnahme (bei völlig unentgeltlichem Bezuge der von der Firma Bayer in der Wollzeile gelieferten Arzneien!) weiter den Anspruch auf die Teilnahme am Mittagessen zum Preise von bloß 80 H., wobei zu konstatieren ist, daß das unter der umsichtigen Leitung des Herrn Freund in der Küche des Hauses mustergültig hergestellte Mittagsessen von vorzüglicher Qualität ist und von Damen der Wiener und der polnischen Gesellschaft serviert wird. Namentlich für die Kinder aber hat sich der Bestand des schönen Hauses bereits als wahrer Segen dokumentiert. Die Kleinen werden für den ganzen Tag übernommen und ihr Aufenthalt, der ihnen neben der ärztlichen Aufsicht den Unterricht in der Beschäftigungsschule, ferner Frühstück, Mittagmahl und Jause gewährt, wird mit dem minimalen Preise von nur 12 K. 50 H. monatlich berechnet. Die Leitung dieser sechsklassigen Beschäftigungsschule ruht in den Händen des Landesschulinspektors Erasmus Starzynski, welchem ausgezeichnete und vielfach bewährte staatliche Lehrkräfte zur Seite stehen. Neben dem Unterricht werden auch die körperlichen Uebungen nicht außer acht gelassen. Ein kurzer Besuch in den lichten und luftigen Schulräumen des Hauses zeigt auf das sinnfälligste, wie wohl die Kinder hier aufgehoben sind.

Ganz hervorragend wurden die bereits erwähnten ärztlichen Ambulatorien ausgestattet, deren Einrichtung von den beiden Wiener Firmen Tauß und Asch vollkommen unentgeltlich beigestellt wurden. In dem unter der Leitung des Professors Heinrich Halban, Dekan und Professor an der Lemberger Universität, stehenden Ambulatorium betätigen sich für Zahnheilkunde der Professor Cieszynski, Frau Dr. Wegrzynowska und Dr. Baranowski, für die Augenheilkunde Professor Bednarski, für interne Krankheiten Dr. Serbenski, für Frauenkrankheiten Dr. Wolski, für Kinderkrankheiten Frau Dr. Popielska, für Ohrenkrankheiten Dr. Berlstein. Als Assistenten fungieren die Hörer der Medizin Stephan Trzeciecki und Jan Wojno. Mit wirklichem Vergnügen kann man schließlich nur konstatieren, daß alle die zahlreichen Persönlichkeiten aus den Wiener offiziellen und gesellschaftlichen Kreisen, die das Haus in der Wallnerstraße besucht haben, voll des Lobes waren über die Art seiner Führung durch die beiden Direktoren Hofrat Dr. Ritter v. Twardowski und Sekretär Flandrak sowie nicht minder durch die ihnen zur Seite stehenden Mitglieder des engeren Komitees: Frau Geheimer Rat Josefine v. Bilinska, Sektionschef Ritter v. Madeyski, Herr Albert Frankl, Oberingenieur Fischer und namentlich durch Herrn Wilhelm Ritter v. Ofenheim, der sich der Sache dieses Flüchtlingsheims mit einer ganz außerordentlichen und nicht genug zu rühmenden edelmütigen Wärme gewidmet hat.

Wie groß die Not unter den Flüchtlingen ist, das wird noch deutlicher bei einem Besuche der Ausspeisung für polnische Flüchtlinge aus Galizien und der Bukowina am Tiefen Graben Nr. 11. Hier wird, wie wir bereits vor kurzem in einer lebendig geschriebenen Darstellung ausgeführt haben, in der Zeit von 11 bis ½2 Uhr mittags täglich an 600 Personen, die sich ebenfalls aus den bessern und besten Gesellschaftskreisen rekrutieren, der Mittagtisch teils umsonst, teils um 54 H. pro Person abgegeben. In der Zeit vom 12. November bis 1. Februar wurden 30,700 Mittagessen serviert, bei denen 35,000 Stück Brot unentgeltlich zur Verteilung gelangten. Die Ausspeisung, die aus den Mitteln privater Wohltäter erhalten wird, hatte am 1. Februar ein Defizit von 6105 K. aufzuweisen. In ganz besonderer Weise sind hier seit Monaten neben der Fürstin Lubomirska die Gräfinnen Mycielska und Zamojska sowie Frau Professor Pochwalska tätig, die von einer Reihe hilfsbereiter junger Damen der Wiener und der polnischen Gesellschaft unterstützt werden. Mit wahrhafter Hingebung versehen die Damen hier ihren Dienst. Leider sind die Hilfsmittel nicht genügend, um einer noch größeren Anzahl hier Verköstigung zu gewähren. Das Komitee hofft jedoch, daß der Edelsinn weitester Kreise seinen Plan der Erfüllung näherbringen wird, in absehbarer Zeit noch zwei weitere Ausspeisungshallen zu eröffnen.

Fremdenblatt
3./III. 1915.

68

Ein Kinderhort für Flüchtlingskinder.

In außerordentlich feierlicher Weise fand gestern mittags die Eröffnung des auf Auftrag des Ministeriums des Innern errichteten Kinderhortes für Flüchtlingskinder im 20. Bezirk, Jägerstraße 30, statt. Der Kinderhort erstreckt sich durch drei Häuser, und zwar Jägerstraße 30, Karl Meißlstraße 2 und 4. Die gesamten Parterrelokalitäten dieser Gebäude sowie der größere Teil des ersten Stockwerkes sind für den Kindergarten in Anspruch genommen. Im Parterre ist eine Aufnahmskanzlei mit daranstoßendem Aerztezimmer und einem Isolierzimmer hergestellt. In den einzelnen Stockwerken sind sieben Säle errichtet, in welchen 1000 Flüchtlingskinder Platz finden. Jedes Kind hat seinen Sitz- und seinen Tischplatz. Für jedes Kind ist in der Garderobe ein Platz zur Aufbewahrung der Kleider vorgesehen. In dem Kindergarten selbst ist allen modernen hygienischen Anforderungen im vollsten Maße Rechnung getragen, es sind Leitungen für warmes und kaltes Wasser, Badezimmer und zahlreiche Nebenräume vorhanden. Die Küche enthält drei große Kessel sowie Gasherde und ein Speiseaufzug vermittelt den Transport der Speisen vom Parterre zum 1. Stock. Ein eigener Spielraum für die Kinder ist hergestellt, im rückwärtigen Teile desselben befinden sich eine Anzahl Liegebetten, damit die kleineren Kinder nachmittags ausruhen können.

Der ganze Kindergarten ist auf das allermodernste, jedoch einfach eingerichtet und sind alle hygienischen und feuerpolizeilichen Vorschriften erfüllt.

In einem großen ebenerdigen Saale, in dem die Büste Seiner Majestät des Kaisers und die Bilder Kaiser Wilhelms und Sr. k. u. k. Hoheit des Herrn Erzherzogs Karl Franz Josef aufgestellt waren, begrüßte der Leiter der Zentralstelle der Fürsorge für die Flüchtlinge aus Galizien und der Bukowina Gemeinderat Dr. Schwarz-Hiller die erschienenen Gäste, unter welchen sich Minister des Innern Freiherr v. Heinold, Unterrichtsminister Dr. R. v. Hussarek, Finanzminister Dr. Freiherr v. Engel, Minister für Galizien Dr. Ritter v. Morawski, Bürgermeister Dr. Weiskirchner, der Obmann des Polenklubs Dr. v. Bilinski, Herrenhausmitglied Fürst Lubomirski, Weihbischof von Lemberg Dr. Bandurski, Fürstin Zamoyska, Baronin Bienerth, Gräfin Potocka, Baronin Charlotte Königswarter, die Sektionschefs Dr. Schreyer und Dr. Ritter von Madeyski, der Vizepräsident der Statthalterei Wagner v. Kremsthal, Polizeipräsident Freiherr v. Gorup u. v. a. befanden, gab dann in längerer Rede ein Bild der Tätigkeit der Anstalt, ihrer Ziele und Bestrebungen, an die der Dank für alle an dem Zustandekommen beteiligten Behörden und Persönlichkeiten folgte.

Minister des Innern Freiherr v. Heinold nahm dann die Eröffnung der Anstalt mit einer Ansprache vor, in der er u. a. sagte: Die Fürsorge für die durch die kriegerischen Ereignisse von Haus und Hof vertriebenen Flüchtlinge hat vom Beginne an eine ernste schwierige Aufgabe der Staatsverwaltung gebildet. Es ist begreiflich, daß bei der großen, auf Hunderttausende sich erstreckenden Fürsorgeaktion des Staates sich anfangs manche Schwierigkeiten und Unzukömmlichkeiten ergaben und es ist gewiß anfänglich mancher Grund zur Klage gewesen. Dank dem Zusammenwirken aller berufenen Faktoren wurde aber im großen und ganzen mit der Zeit alles in die richtigen Bahnen gelenkt und damit Zeit und Raum gewonnen für eine weitere Ausgestaltung, für eine Vertiefung der Fürsorgeaktion. Diese intensivere Aktion wendet sich jetzt der Fürsorge für die religiösen, sozialen und kulturellen Bedürfnisse der Flüchtlinge zu. Nachdem wir in den größeren Flüchtlingsniederlassungen in den einzelnen Ländern Kindergärten errichtet haben, die den Kindern Beschäftigung und Belehrung geben, die Schäden der Flucht beheben und für deren wichtigste kulturelle Entwicklung sorgen sollen, sind wir nun daran geschritten, auch in Wien, der größten Flüchtlingsniederlassung, einen für die Flüchtlingskinder bestimmten Kinderhort zu gründen. Wenn dieses Werk geschaffen werden konnte, so ist dies nur durch die Unterstützung der Gemeinde Wien und durch die zielbewußte Arbeit des Leiters unserer Zentralstelle, Dr. Schwarz-Hiller, möglich gewesen. Redner dankt dem Bürgermeister und Dr. Schwarz-Hiller für ihre Bemühungen, die mit Geschick und selbstloser Hingebung und warmem Herzen für das Los der Flüchtlinge tätig waren und begrüßt schließlich namens der Staatsverwaltung die Errichtung dieses Kinderhortes mit dem Wunsche, daß die Mühe aller jener, die sich in den Dienst der kleinst[en] Flüchtlinge gestellt haben, ihre reichen Früchte auch für die fernere Zukunft tragen möge.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner hob hervor, das große Werk sei zustandegekommen durch die Vereinigung der autonomen Verwaltung mit zahlreichen edlen Frauen und Herren, die sich in den Dienst der Charitas gestellt haben. Möge Gottes Segen auf diese Anstalt sich ergießen, auf alle, die hier ein- und ausgehen, möge in die Herzen der kleinen Schutzbefohlenen der Keim für alles Gute, Schöne und Edle gelegt werden. Möge diese Stätte dazu beitragen, daß Kinder herangebildet werden in der Liebe zum Vaterland Oesterreich, in der Treue zum Kaiser. (Lebhafter Beifall.) Möge diese Anstalt auch mit dazu beitragen, daß die Kinder eine dauernde Erinnerung an Wien mitnehmen und daß sie, in ihre Heimat zurückgekehrt, noch weiterhin den Segen einer alten Kulturstätte empfinden. (Lebhafter Beifall.)

Die Gäste traten sodann einen Rundgang durch die weitläufigen Räume an und waren voll des Lobes über die praktische Einrichtung und die zweckmäßige Adaptierung. Nach der Besichtigung gedachte Gemeinderat Dr. Schwarz-Hiller Seiner Majestät des Kaisers, der sein warmes Herz auch bei der Fürsorge für die Flüchtlinge bekundete und brachte ein begeistert aufgenommenes Hoch aus, worauf ein Huldigungstelegramm an den Kaiser abgesendet wurde.

Die Feier hatte fast eineinhalb Stunden gedauert, während derselben hatte sich ein nach Tausenden zählendes Publikum in den Straßen nächst dem Horte angesammelt.

Fremdenblatt
6./III. 1915.

(**Die Fürsorge für die polnischen Flüchtlinge.**) Fürstin Lubomirska, die sich so große Verdienste um das polnische Flüchtlingsheim in der Wallnerstraße und die Ausspeisung der Flüchtlinge auf dem Tiefen Graben erworben hat, richtet an uns ein Schreiben, in dem es u. a. heißt: „Unter den polnischen Flüchtlingen ist ein Teil, welcher etwas gerettet, da ist aber auch eine ungeheure Mehrzahl, die alles verloren hat und welche alle das eine gemeinsam haben, daß sie nicht frivol und zum Vergnügen Haus und Hof verlassen haben, um etwa den bescheidenen galizischen Aufenthalt mit dem herrlich schönen Wien zu vertauschen. Sie mußten fort als ihre Heimstätten geräumt wurden, Tausende und Tausende flohen zu Fuß, und zwar wie oft unter Mitnahme nur des Wenigsten oder gar ganz ohne Gepäck. Und als sie nach oft wochenlanger jammervollen Pilgerfahrt endlich hier in Wien anlangten, war das Wenige, das sie mitgenommen hatten, oft verausgabt. Daher kommt es, daß wir jetzt hier in Wien die hunderttausend Menschen sehen, die zu Hause wohl bemittelt sind, in sicheren Stellungen waren und jetzt darauf angewiesen sind, in einer Zeit so schwerer Teuerung hier in Wien arbeitslos, von eventuell 70 Heller täglich Unterstützung pro Kopf zu leben, und daher kommt es auch, daß wir jetzt in Wien auf einmal das traurige Schauspiel sehen, daß Tausende und Tausende, die dem guten erwerbenden Mittelstande angehörten und selbst im reichsten Maße Pflichten der Menschenfreundlichkeit übten, dem Versinken ins Elend nahegebracht sind, wenn man ihnen nicht in einer ihr Ehrgefühl nicht kränkenden, ihr Schamgefühl nicht antastender Weise zu Hilfe kommt. Wenn es ein bitteres Unrecht wäre, Unterschiede unter den Unglücklichen zu machen und die einen vor den anderen zu bevorzugen, so wäre es nicht minder Unrecht, diejenigen, die noch die Erinnerung an bessere Tage in sich haben, rettungslos versinken zu lassen hier in Wien, in der Stadt, die zu allen Zeiten doch so viel Menschlichkeit und so viel Verständnis für Bildung, Wissen, Erziehung, Fleiß, Arbeit und Tugend gezeigt hat. Ich glaube aus diesem Gesichtspunkte heraus sollte man unser Bemühen beurteilen, die Stätten zu erhalten, wo wir den schwer geprüften Angehörigen der gebildeten Stände aus Galizien wenigstens ein billiges Mittagessen, wenigstens die Möglichkeit einer billigen ärztlichen Konsultation, wenigstens billige Zufluchtsstätten zum Unterricht sowie für Erziehung, Wohnung und Ernährung ihrer Kleinen zu geben. Wir sind uns bewußt, ein gutes und nützliches, noch mehr: notwendiges Werk zu tun, wenn wir noch andere solche Stätten ins Leben rufen. Denn wie wenig ist mit den beiden schon vorhandenen getan, da in ihnen kaum für den Mittagstisch von 1400 Personen gesorgt ist, während die Zahl der Bedürftigen viel größer ist. Die Unterstützung durch die Presse gibt uns die Zuversicht, daß wir in diesem guten, stets warm und menschlich fühlenden Wien nicht verlassen bleiben werden, wenn wir daran gehen werden, unsere Arbeit noch auszubreiten."

Neues Wiener Tagblatt
1./IV. 1915.

70

Hilfsaktion für die von unsern Truppen besetzten Gebiete Russisch-Polens.

In Deutschland hat die Frage betreffend die Unterstützung der notleidenden Bevölkerung in der von den deutschen Truppen besetzten Gebieten Russisch-Polens bereits eine befriedigende Lösung gefunden. Die Hauptschwierigkeit hiebei bestand darin, dem bäuerlichen Teil dieser Bevölkerung Saatgut, das natürlich nicht den Getreidevorräten Deutschlands entnommen werden kann, zu verschaffen. Das deutsche Hilfskomitee hat diese Schwierigkeit dadurch überwunden, daß es mit dem amerikanischen Rockefellerkomitee in Verbindung trat, das mit den ihm vom deutschen Hilfskomitee übermittelten Beträgen in neutralen Staaten Getreide kauft und unter neutraler Flagge den von den deutschen Truppen besetzten Gebieten Russisch-Polens zuführt. Die Verteilung des Saatgutes, das durch eine von der deutschen Regierung übernommene Verpflichtung von jeder Requisition verschont ist, erfolgt durch das deutsche Hilfskomitee, das die notleidende Bevölkerung aber auch durch Geldmittel unterstützt.

Zu dem gleichen Zweck hat sich nun auch bei uns ein Komitee gebildet, das unter den gleichen Bedingungen wie das deutsche Hilfskomitee und in Verbindung mit dem Rockefellerkomitee eine Hilfsaktion für die von unsern Truppen besetzten Gebiete einleitet. Dieses Komitee hat nachstehenden Aufruf erlassen:

Aufruf!

Große Gebiete des Königreiches Polen sind von den k. u. k. Truppen nach siegreichen Kämpfen besetzt worden. Gleich Galizien wurde dieses schöne Land zum Hauptschauplatz des gewaltigen Ringens zweier Welten. Mehrmalige Durchmärsche von Riesenheeren, heftige und langwierige, auf ausgedehnten Gebieten geführte Schlachten haben zahllose menschliche Wohnstätten zerstört, zahlreiche Ortschaften dem Erdboden gleichgemacht, Hab und Gut vieler Tausende vernichtet. Weitgehende Unterbindung der Erwerbsmöglichkeit und erschwerte Zufuhr der notwendigsten Lebensmittel vergrößern das Elend; der Schrecken bitterer Hungersnot, das Gespenst schlimmer Krankheiten und Seuchen, welche die Einwohnerschaft mancher Gegenden zu dezimieren begonnen haben, lähmen ihre Kraft und Tätigkeit, rauben dem Volk die Fähigkeit zur Selbsthilfe.

Die k. u. k. Verwaltung in diesen Gebieten ist nach Kräften bestrebt, durch augenblickliche Maßnahmen das bitterste Elend zu bekämpfen. Aber unabsehbar ist die Not, die trotzdem Hunderttausende erfaßt hat!

Zur Linderung dieser Not hat sich eine internationale Kommission gebildet, die es sich zur Aufgabe setzt, die erforderlichen Lebensmittel aus neutralen Gebieten zu beschaffen und nach dem Königreich Polen einzuführen. Der Kommission hat sich ein österreichisch-ungarisches Hilfskomitee zur Seite gestellt, dessen Bemühungen darauf gerichtet sind, Geldmittel für diesen Zweck auch in Oesterreich und Ungarn zu sammeln.

Das Komitee wendet sich nun an alle Völker der Monarchie mit der wärmsten und inständigsten Bitte um möglichst ausgiebige Geldbeiträge für den bezeichneten Zweck. Die erprobte Opferwilligkeit der Bevölkerung wird dieser Bitte gegenüber gewiß nicht versagen: diejenigen, die die unvergleichliche Tapferkeit unsrer Truppen vor unmittelbarer Kriegsnot bewahrt und in ihrem Besitz geschützt hat, werden mit vollen Händen dem Elend und der Not zu steuern suchen, die der Krieg auf dem Kampfplatz selbst unvermeidlich heraufbeschworen hat.

Das ursprünglichste menschliche Gefühl der Teilnahme an dem Nächsten, der unverschuldet dem Elend preisgegeben ist, legt dieses Liebeswerk dem Herzen aller nahe.

Es gilt, Angehörigen einer Nation zu helfen, die einen ansehnlichen Teil der Bevölkerung unsres Staates bildet, deren Söhne nicht nur in den Truppenkörpern der k. u. k. Armee, sondern auch weit über das Maß ihrer Pflicht in besonderen militärischen Organisationen an dem heroischen Kampf für das Wohl und die Zukunft der Monarchie rühmlichen Anteil nehmen.

Geldspenden werden im Bankhaus S. M. v. Rothschild, Wien, 1. Bezirk, Renngasse Nr. 3, und in den Bureaux des Komitees, Wien, 1. Bezirk, Wallnerstraße Nr. 1a, entgegengenommen.

Oesterreichisch-ungarisches Hilfskomitee für die von den k. u. k. Truppen besetzten Gebiete Russisch-Polens.

Präsident:

Prinz Alois von und zu Liechtenstein, Landmarschall von Oesterreich unter der Enns, Mitglied des Herrenhauses.

Vizepräsidenten:

Dr. Leon Ritter v. Bilinski, Geheimer Rat, k. u. k. gemeinsamer Finanzminister a. D., Obmann des reichsrätlichen Polenklubs;

Graf August Zichy, Geheimer Rat, Oberstthofmarschall von Ungarn, Mitglied des Magnatenhauses.

Präsidium des Exekutivkomitees.

Präsident:

Fürst Andreas Lubomirski, Geheimer Rat, erbliches Mitglied des Herrenhauses, Reichsratsabgeordneter.

Vizepräsidenten:

Graf Lajos Szechenyi, k. u. k. Gesandter und bevollmächtigter Minister;

Professor Dr. Josef Redlich, Reichs- und Landtagsabgeordneter.

Spenden werden auch vom „Neuen Wiener Tagblatt" entgegengenommen und in unserm Blatte zum Ausweis gelangen.

Neues Wiener Tagblatt
10./IV. 1915.

71

* **(Die Kollegiengeldbefreiung der Flüchtlinge an der Wiener Universität.)** Der akademische Senat hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, für die Gewährung von Kollegiengeldbefreiungen an Studierende aus den der feindlichen Invasion unterliegenden Gebieten, die im abgelaufenen Wintersemester an einer österreichischen Universität inskribiert waren, den Grundsatz aufzustellen, daß für sie bei der Vorlage der Gesuche in bezug auf den Nachweis der Frequenz und des Studienfortganges, die Ablegung von Prüfungen und Kollegien, die gleichen Bedingungen gelten wie für andre Bewerber. Bezüglich des Nachweises der Dürftigkeit wird von solchen Studenten, ohne auf die Einhaltung der gewöhnlichen Form zu bestehen, eine ausführliche Darlegung der für die Dürftigkeit sprechenden Gründe verlangt werden. Eine besondere Verfügung wurde für die Krakauer Universitätshörer getroffen. Sie können nach einem Erlaß des Unterrichtsministeriums, wenn sie ihre Krakauer Abgangszeugnisse für ungültig erklären lassen, ihre Immatrikulation an der Wiener Universität löschen lassen, wobei ihnen auch die Matrikeltaxe rückerstattet wird. Ihre Inskription kann dabei aufrecht bleiben. Damit soll die Fortsetzung der Studien an ihrer heimischen Hochschule ihnen erleichtert werden.

Neue Freie Presse
16./IV. 1915.

F
72

Ein Erlaß des Ministers des Innern für die galizischen Flüchtlinge.

Wien, 15. April.

Die schwerste Kriegslast, die weit über alles hinausgeht, was alle Bewohner der Monarchie in freudiger Pflichterfüllung auf sich genommen haben, dulden jene Bedauernswerten unter unseren Mitbürgern, welche der Einbruch der Russen nach Galizien von Haus und Hof getrieben hat. Hunderttausende von Menschen haben ihr mühselig aufgebautes Heim grausamen Horden überlassen müssen und tragen die schwerste Bitternis, die der an Seßhaftigkeit gewohnte Kulturmensch erleiden kann, daß sie ferne von ihrer Heimat, losgerissen aus der Erwerbstätigkeit, viele ganz ohne Mittel in fremder Umgebung leben müssen. Die Oeffentlichkeit im ganzen Reiche hat in richtiger Empfindung für die Pflichten, welche das ganze Reich gegenüber den Bewohnern Galiziens hat, die sich gleichsam mit Leib und Leben, Hab' und Gut für die inneren Länder der Monarchie opferten, die Flüchtlinge mit warmer Sympathie aufgenommen und ihre Hilfsbereitschaft durch reiche Gaben bewiesen, zu denen alle Teile der Bevölkerung mit offener Hand beitrugen. Von allem Anfang an herrschte jedoch die Ueberzeugung vor, daß die oberste Pflicht der Fürsorge für die bellagenswertesten Opfer des Krieges den öffentlichen Organen zufällt. Die Flüchtlinge leiden für den Staat, als Bürger des Reiches, an dem sie mit allen ihren Fasern hängen. Die Regierung und die Behörden des Staates trifft daher das Gebot, das Los der aus ihrem Heim Gerissenen mit allen Mitteln zu erleichtern. Die Aufgabe, vor die die Flucht so vieler Tausender aus den vom Feinde besetzten Gebieten Galiziens in das Innere des Reiches die Behörden stellte, war gewiß eine ungewöhnliche. Die Größe und Neuheit der hier erwachsenen Verwaltungsaufgaben mag es vielleicht verursacht haben, daß nicht überall gleich das Richtige getroffen wurde. Die Leser der „Neuen Freien Presse" erinnern sich, daß in diesem Blatte eingehend über mancherlei Uebelstände berichtet wurde, die sich in den südmährischen Barackenlagern eingenistet hatten, in denen mehrere tausend der Aermsten unter den galizischen Flüchtlingen untergebracht waren. Wir hatten die Befriedigung, daß unsere in Erfüllung journalistischer Wahrheitspflicht veröffentlichten Darstellungen unmittelbar zu einer Verfügung des Ministeriums des Innern führten, welche eine Verbesserung der Lage der in den Baracken wohnenden Flüchtlinge durch die Organe der lokalen Verwaltung einleitete. Heute wird nun ein umfassenderer Erlaß des Ministers des Innern veröffentlicht, welcher allen Landesverwaltungen und den untergeordneten politischen Behörden allgemeine Verhaltungsmaßregeln darüber gibt, wie die Verwaltung ihre Aufgaben gegenüber Flüchtlingen aufzufassen habe.

Der Erlaß ist offenbar bestimmt, mancherlei Reibungen, die sich in der Verwaltung bei der Behandlung der Flüchtlingsfrage ergeben haben dürften, zu beseitigen. Der Minister des Innern erwähnt selbst, daß sich bei der Verteilung der Flüchtlinge über die Kronländer Härten für die einzelnen Flüchtlinge ergeben haben. Er trägt besonders den Behörden erster Instanz auf, zur Besserung des Loses der Flüchtlinge initiativ vorzugehen, er empfiehlt größere Raschheit im administrativen Geschäftsgang, wenn es sich um die Gäste aus Galizien handelt, die Zurückstellung formaler Bedenken gegenüber dem Zwange der Sache. Deutlicher als diese auf das Einzelne eingehenden Mahnungen des Ministers des Innern zeigen die allgemeinen Bemerkungen des Erlasses den Weg, den in Zukunft die Tätigkeit der Staatsverwaltung in der Flüchtlingsfrage gehen will. Die Aufgabe einer das Staatsinteresse sorgfältig erwägenden Verwaltung in dieser Frage ist ja umso heikler, als es sich nicht allein um die nackte Existenz zahlloser ohne ihr Verschulden aus der Heimat gerissener Bürger handelt, sondern um die höchsten Notwendigkeiten des Staates, der in allen seinen Mitgliedern das Gefühl der Sicherheit erhalten muß, daß jeder Angehörige der Monarchie überall in diesem Reiche geborgen ist, wenn das Schicksal des Krieges ihn zwingt, vorübergehend die Gastfreundschaft in anderen Kronländern aufzusuchen. Der Minister stellt in seinem Erlaß diesen politischen Gesichtspunkt in den Vordergrund, indem er wiederholt hervorhebt, die Behörden sollen „Schutz- und Fürsorgestellen" für die Flüchtlinge sein und als deren „schützende Anwälte" handeln. Die Flüchtlinge sollen nach den Worten des Erlasses umsomehr auf die Fürsorge der Behörden rechnen können, als die Opfer, die sie tragen, ihnen „durch die Notwendigkeit der Wahrung heiliger Rechte des Gesamtstaates" auferlegt wurden und als sie die Opfer „in diesem Gefühle auf sich genommen haben". Der Erlaß trägt den Landesverwaltungen weiter auf, dahin zu wirken, daß die Grundsätze der Flüchtlingsfürsorge auch den Organen der Selbstverwaltung zur Richtschnur dienen. Der Minister erkennt die werktätige Teilnahme der Bevölkerung für das Schicksal der zu ihnen geflüchteten Mitbürger aus Galizien an. Hier haben die Behörden nicht erst wüsten Boden neu zu bebauen. Die Bevölkerung hat überall aus eigenem guten Herzen und aus dem Gefühl der Staatsbürgerpflicht heraus den vom Feinde vertriebenen Bewohnern Galiziens Mitgefühl und Hilfe angedeihen lassen. Der Erlaß braucht den Behörden daher nur nahezulegen, diese in der Bevölkerung von selbst entstandenen Gefühle rege zu halten und zu vertiefen, und wenn der Minister bemerkt, daß die Behörden hier im Einvernehmen mit den autonomen Organen wirken mögen und daß er die „restlose Erfüllung" dieser Aufgabe erwartet, so soll diese nachdrückliche Aufforderung wohl die Meinung zum Ausdruck bringen, daß die Vertreter der autonomen Verwaltungen bei der Behandlung der Flüchtlingsfrage nicht vermeintliche lokale Interessen stärker berücksichtigen sollen als das große Interesse des Staates. Auf dieses kommt der Erlaß am Schlusse noch einmal zurück, indem er sagt, die Fürsorge für die Flüchtlinge müsse derart durchgeführt werden, daß in diesen das Bewußtsein wach erhalten werde, daß die von ihnen unmittelbar gebrachten schweren Opfer allseits gewürdigt werden.

Der Erlaß über die Flüchtlingsfürsorge.

Der Minister des Innern hat unterm 13. d., Z. 16119, an die in Betracht kommenden Landeschefs nachstehenden Erlaß gerichtet:

Die kriegerischen Operationen haben Hunderttausende von österreichischen Staatsangehörigen zur Flucht in die westlichen Länder gezwungen, wo sie seither des Augenblicks der Rückkehr in die Heimat harren. Den Bemühungen aller mit der Flüchtlingsfrage befaßten staatlichen Behörden im Vereine mit jenen der autonomen Körperschaften ist es gelungen, die Flüchtlinge in den einzelnen Ländern, die für ihre Aufnahme bestimmt wurden, provisorisch unterzubringen. Die Staatsverwaltung hat die Kosten der Unterbringung, Verpflegung und Bekleidung auf sich genommen und ist nunmehr damit beschäftigt, ebenfalls aus staatlichen Mitteln, unter moralischer und materieller Mitwirkung selbstloser, hilfsbereiter privater Kreise die Erfüllung der religiösen, kulturellen und sozialen sowie sanitären Bedürfnisse der Flüchtlinge im Rahmen der Möglichkeit sicherzustellen. Alle diese Maßnahmen, die in zahlreichen, den politischen Landesstellen zugekommenen Erlässen in ihren Einzelheiten erörtert wurden, können nur dann durchgreifend wirksam werden, wenn die mit ihrer unmittelbaren Durchführung befaßten staatlichen und autonomen Behörden und Organe ihre hieraus erwachsenden Aufgaben richtig erfassen und wenn die ortsansässige Bevölkerung, deren patriotische Hilfsbereitschaft und Gemeinsinn sich in den Monaten des Krieges bei den verschiedensten Anlässen in überwältigender Weise dokumentiert hat, auch auf diesem Gebiete der Kriegsfürsorge werktätig mitarbeitet.

Neue Freie Presse
16/IV. 1915

II

Ein Erlaß des Ministeriums des Innern für Flüchtlinge.

Die Staatsverwaltung hat bei Dirigierung des ganzen Flüchtlingszuges aus militärischen, politischen und wirtschaftlichen Erwägungen, insbesondere auch vom Standpunkte der Approvisionierung der ortsansässigen Bevölkerung wie der Flüchtlinge selbst, an dem Grundsatze festgehalten, daß eine Ueberlastung einzelner Gebiete mit Flüchtlingen im allgemeinen Staatsinteresse vermieden werden muß, und hat dementsprechend für die Unterbringung der Flüchtlinge der Entwicklung der Wanderung fortlaufend angepaßte Direktiven erlassen, deren Befolgung allerdings mitunter gewisse Härten für den einzelnen Flüchtling mit sich bringen kann, jedoch im Interesse des Gesamtwohles verlangt werden muß.

Insoweit aber diesen allgemein staatlichen Desideraten Rechnung getragen ist, sollen die Behörden auch darüber hinaus Schutz- und Fürsorgestellen für die Flüchtlinge sein. Der ganze Komplex der mit der Flüchtlingsfürsorge zusammenhängenden Fragen stellt eben die Behörden sachlich und formell vor ein neues Problem, dessen befriedigende Lösung bei allen damit befaßten Organen besonderes Verständnis und Gefühl voraussetzt.

Die Flüchtlinge, ob es ihnen nun gelungen ist, noch rechtzeitig die Mittel für den Unterhalt zu sichern oder nicht, leiden durch die Trennung von der Heimat, sind von ihrer Wirkungsstätte, die ihnen, wenn auch mitunter noch so bescheiden, teuer ist, entfernt, sie sind im ungewissen über das Schicksal von Haus und Hof, oft auch der nächsten Angehörigen, die sie zu Beginn der Flucht verloren haben oder zurücklassen mußten.

Die Lebensverhältnisse des provisorischen Aufenthaltsortes, die Lebensgewohnheiten und die Sprache der Bevölkerung sind ihnen oft fremd und unvertraut, sie bedürfen daher in besonderem Maße des Schutzes und der Fürsorge der Behörden, und sie können um so mehr darauf rechnen, als die Notwendigkeit der Wahrung heiliger Rechte des Gesamtstaates ihnen all diese Opfer auferlegt und sie dieselben in diesem Gefühl auf sich nehmen.

Es ist darum eine ernste Pflicht der Verwaltungsbehörden, den Flüchtlingen in allen den Angelegenheiten und Fragen, die sich aus der für sie durch die Notlage geschaffenen ungewohnten Situation ergeben, beratend zur Seite zu stehen und über den Rahmen der rein administrierenden Tätigkeit hinaus als schützender Anwalt der Flüchtlinge zu handeln.

Diese Auffassung muß auch bei der Durchführung jener Maßnahmen vorwalten, die seitens des Ministeriums des Innern für das physische und geistige Wohl der Flüchtlinge generell getroffen werden, und muß die Behörden, insbesondere jene der ersten Instanz, dazu veranlassen, zur Besserung des Loses der Flüchtlinge initiativ vorzugehen und im Rahmen der erlassenen Instruktionen entweder selbst die erforderlichen Anträge bei der politischen Landesstelle zu stellen oder die bestehenden Hilfskomitees zum Eingreifen, beziehungsweise zur Vorlage der erforderlichen Vorschläge zu ermuntern.

Auch in formaler Hinsicht erheischt die Frage der Flüchtlingsfürsorge wie alle anderen mit dem Kriege zusammenhängenden Fragen eine besondere Behandlung. Größte Raschheit der Erledigung, Vermeidung jeder aktenmäßigen Weitwendigkeit, Zurückstellung etwaiger formaler Bedenken gegenüber den zwingenden sachlichen Notwendigkeiten und Wünschen wären als oberste Grundsätze anzusehen und wäre demgemäß vorzugehen.

Wie ich mit Befriedigung feststelle, haben sich die Organe der Staatsverwaltung und Hand in Hand mit ihnen jene der Selbstverwaltungskörper im allgemeinen bereits bisher von diesen Gesichtspunkten leiten lassen. Aufgabe der politischen Landesstellen ist es, darüber zu wachen und immer und bei jedem sich bietenden Anlasse dahin zu wirken, daß diese meritorischen und formalen Prinzipien bei allen in Frage kommenden Stellen und Organen auch weiterhin und in tunlichst noch intensiverer Weise beobachtet und durchgeführt werden.

Die bodenständige Bevölkerung hat seit Kriegsbeginn durch werktätige Teilnahme an so vielen unter staatlicher Patronanz wirkenden Flüchtlingskomitees Beweise ernsten Mitfühlens für das Schicksal der Flüchtlinge gegeben und sich überall von der Erkenntnis erfüllt gezeigt, daß freundliches Entgegenkommen gegenüber ihren vertrauensvoll in die vom Kriege nicht bedrohten Gebiete geflohenen Mitbürgern ohne Unterschied der Nationalität und Konfession in den Kreis jener Pflichten gehört, deren sich die nicht unter den Waffen Stehenden im Interesse des Vaterlandes freudig unterziehen. Dieses Bewußtsein rege zu halten und auf dessen Vertiefung durch die Unterbehörden im Einvernehmen mit den autonomen Organen stetig hinzuwirken, muß die zweite Aufgabe der politischen Landesbehörden bilden, deren restlose Erfüllung ich erwarte.

Eine in dieser Weise bis in die feinsten Verästelungen des Verwaltungsapparats durchgeführte Flüchtlingsfürsorge im Vereine mit der verständnisvollen Mitwirkung der Bevölkerung wird in den Flüchtlingen das Bewußtsein wacherhalten, daß die von ihnen unmittelbar gebrachten schweren Opfer allseits gewürdigt werden, und das Gefühl der Zusammengehörigkeit stärken, das die einzelnen Nationen in so schwerer Zeit enger aneinander schmiedet und allein die Gewähr für ein einträchtiges Zusammenarbeiten an der Wiederaufrichtung des wirtschaftlichen Lebens nach Ende des Krieges bietet.

Von den Flüchtlingen aber muß mit Recht erwartet werden, daß sie sich den Anordnungen der Behörden ruhig, willig und verständnisvoll fügen und durch eine völlig einwandfreie Haltung in staatsbürgerlicher und jeder anderen Richtung es den Behörden und der Bevölkerung erleichtern, jenen Intentionen voll zu entsprechen, die den vorstehenden Verfügungen zugrunde liegen.

Ich lade Hochdieselben ein, in dieser Richtung alle geeignet erscheinenden Maßnahmen zu treffen und durch weitestgehende Veröffentlichung dieses Erlasses dafür Sorge zu tragen, daß die in demselben dargelegten Gesichtspunkte der Oeffentlichkeit im dortigen Verwaltungsgebiete kundgemacht werden.

Die Zeit
23./IV. 1915

74

Die Ausspeisung der Flüchtlinge.

Das interkonfessionelle Hilfskomitee zur Frühstück- und Jausenausspeisung an Flüchtlinge aus Galizien und der Bukowina sendet uns folgenden Aufruf:

Trotz der Ungunst der Zeiten, trotz der schweren materiellen Opfer, die der gigantische Krieg auch uns Oesterreichern auferlegt hat, tritt das gefertigte Komitee wieder einmal an die Oeffentlichkeit mit der ebenso innigen als herzlichen Bitte, desselben auch weiterhin zu gedenken, damit das Komitee nicht gezwungen ist, seine Tätigkeit einzustellen. Es wäre dies gerade jetzt ein um so härterer Schlag für die so bedauernswerten Flüchtlinge, als zwei andere Gratisfrühstückstuben in den letzten Tagen ihre Pforten zu schließen gezwungen waren, weil die beiden in Betracht kommenden Lokale seitens der bezüglichen Hausbesitzer für andere Zwecke in Verwendung gebracht wurden. Wir wollen uns bemühen, den Flüchtlingen so lange das ohnehin karge Frühstück zu verabreichen, bis es ihnen ermöglicht sein wird, in ihre Heimat zurückzukehren; sollten die Mittel — was auf das tiefste zu beklagen wäre — nicht bis zu diesem hoffentlich recht nahen Zeitpunkt ausreichen, so wollen wir wenigstens so lange durchhalten, bis die warme Jahreszeit eingetreten ist, wo der Mangel eines warmen Frühstücks für die Flüchtlinge nicht so empfindlich sein wird, wie dies jetzt der Fall wäre. Zur Erreichung dieses ohnehin sehr bescheidenen Zieles bitten wir um weitere Spenden, die an den Obmann des Komitees Bezirksrat Dr. Leopold Brady, Hof- und Gerichtsadvokat in Wien, 2. Bezirk, Praterstraße Nr. 24, gesendet werden mögen.

Reichspost
28./IV. 1915.

75

Für die christlichen Heimatlosen.

Der polnische katholische Damenausschuß bittet, sich der christlichen Unglücklichen zu erinnern.

Das Komitee der katholischen Damen der polnischen Emigration überreicht uns einen Bericht über die Tätigkeit ihrer Organisation in den letzten Wochen. Dank der Großmut und Opferwilligkeit einiger Persönlichkeiten, welche Geldspenden und Kleidungsstücke zukommen ließen, war das katholische Damenkomitee imstande, abermals 200 Personen zu bekleiden; von Anfang unserer Tätigkeit beläuft sich die Ziffer bis auf 500 Personen, darunter sind zahlreiche Schulkinder, die sonst ihrer Schulpflicht nicht entsprechen könnten wegen Mangels an Schuhen, Wäsche und Kleidung. Außerdem haben sie in den letzten Tagen einige hunderte Kleidungsstücke, Material zur Verfertigung von Wäsche und Kleidern, Nähmaschinen, Handarbeiten für Kinder in die Barackenlager nach Leibnitz weggeschickt.

Könnten wir, sagt der Bericht, hier vielleicht etwas von dem Barackenelend erwähnen, nein — lieber nicht, denn das Bild dieses ungeheuren Unglückes ist zu grausam, als daß man es mit Worten schildern könnte. Je größer aber dieses Elend, desto gewaltigere Anstrengung wäre am Platze, um die dringendste Not zu lindern. Unser weiterer Wirkungskreis entfaltet sich in unserer Ausspeiseanstalt, die gemeinsam mit den Damen der Marianischen Kongregation geleitet wird (8. Bezirk, Langegasse Nr. 50). Eine Jause in den Nachmittagsstunden und billiges, aber gesundes Abendessen vereinigt hier unsere Akademiker und Studenten bei einem gemeinsamen Tische und bietet ihnen Erholung.

Unsere Aufgabe, die Linderung der Not Tausender christlicher Mitmenschen, welche ihr Hab und Gut, Freund und Heimat hinter sich ließen und schuldlos und erbarmungswürdig in fremden Straßen irren, kann nur dann erfolgreich erfüllt werden, wenn wir auch weiterhin Unterstützung in den weitesten Schichten der christlichen Bevölkerung der Monarchie finden. Im voraus rufen wir: Dank euch edlen Herzen für euer Mitleid, für euere Betätigung an dem Trocknen der Tränen so vieler verzweifelter, existenzloser christlicher Menschenkinder der Monarchie.

Die Zeit
4/V. 1915.

76

Hygienische Flüchtlingsfürsorge.

Das Ministerium des Innern hat soeben an die politischen Landesstellen nachstehenden Erlaß gerichtet: Neben den Fürsorgemaßnahmen, die rücksichtlich der Unterbringung und Verpflegung der Flüchtlinge aus Galizien und der Bukowina und zu deren Gunsten in sozialpolitischer, religiöser und kulturell-humanitärer Hinsicht bereits angeordnet und größtenteils auch schon durchgeführt wurden, erscheinen auch auf dem Gebiete der Hygiene im Interesse der Flüchtlinge selbst wie nicht minder in jenem der ansässigen Bevölkerung, in deren Mitte sie Aufnahme gefunden haben, systematische Vorsorgen unerläßlich, mit deren Durchführung die Landesstellen die in Betracht kommenden Unterbehörden zu beauftragen haben.

In den Sammelniederlassungen, Barackenlagern, der Flüchtlinge haben naturgemäß die allgemeinen Weisungen hinsichtlich der Impfung und Entlausung der Flüchtlinge, der Schaffung von Badegelegenheiten, die Hilfeleistung in Erkrankungs- und Entbindungsfällen, der Verhütung von Ueberfüllungen, Heizung, Lüftung und Beleuchtung der Unterkünfte raschestens zur Durchführung zu gelangen, und überdies ist für die leichte Zugänglichkeit und die Reinhaltung der Abortanlagen sowie für die entsprechende Abfuhr der Fäkalien und sonstigen Abfallstoffe Sorge zu tragen. Doch werden in diesen Niederlassungen, die bekanntlich aus militärischen und staatspolizeilichen Erwägungen errichtet wurden, die aber wegen der Anhäufung großer Menschenmengen in einem relativ engen Raum nicht die sanitär günstigste Lösung der Unterbringungsfrage darstellen, ungesäumt noch weitere Vorkehrungen zu treffen sein, um für den Fall des Auftretens epidemischer Erkrankungen zur Abwehr ihrer Vorbereitung gerüstet zu sein. Zu diesem Zwecke wird angeordnet, daß, soweit dies noch nicht geschehen ist, in Verbindung mit den Barackenniederlassungen, aber immerhin auf einem isolierten, aber leicht absperrbaren Platze zwei oder drei Isolierwohnbaracken errichtet werden, die unter normalen Verhältnissen keineswegs belegt werden dürfen und nur im Falle des Auftretens von Infektionskrankheiten, und zwar zur isolierten Unterbringung Infektionsverdächtiger oder zur Verdünnung des Belages von wegen Infektionsverdachtes abgesperrten Baracken, zu verwenden sind. Ueberdies ist ganz unabhängig davon, welche sonstigen Spitalseinrichtungen in den Barackenniederlassungen bereits bestehen, auf Grund dieses Erlasses in jeder Barackenniederlassung sofort mit dem Bau von zwei, gegen jedweden Zutritt Unberufener gesicherten Isolierspitalsbaracken mit einem Gesamtbelag von 100 Betten zu beginnen, von denen eine als Exspektanzbaracke (Beobachtungsbaracke) auszugestalten sein wird, und für die notwendige Einrichtung vorzusorgen. Weiter ist unter Angabe der Zahl der derzeit in den Barackenniederlassungen für Flüchtlinge ständig tätigen Aerzte dem Ministerium zu berichten, ob mit diesen das Auslangen gefunden werden kann, eventuell wie viele noch behufs klagloser Besorgung des ärztlichen Dienstes erforderlich sind.

Bei Auftreten von Infektionskrankheiten sind die Tilgungsmaßnahmen mit größter Genauigkeit durchzuführen und Kranke, Krankheitsverdächtige und Ansteckungsverdächtige unverzüglich, und zwar getrennt voneinander, abzusondern. Ueber Zahl und Art der Erkrankungsfälle sowie über die Zahl der Todesfälle und die Todesursache ist dem Ministerium allwöchentlich ein Ausweis einzusenden; ebenso sind von den zuständigen Amtsärzten, beziehungsweise von den Landessanitätsinspektoren, die den sanitären Verhältnissen unter den Flüchtlingen erhöhtes Augenmerk zuzuwenden haben werden, über ihre Wahrnehmungen dem Ministerium eingehende Berichte vorzulegen.

Neues Wiener Tagblatt
4/V. 1915.

77

(Die Trafikanten und Kollektanten Galiziens an Bürgermeister Dr. Weiskirchner.) Der Landesverein der Trafikanten und Kollektanten Galiziens hat an Bürgermeister Dr. Weiskirchner folgende Kundgebung gerichtet: „Die Monopolverschleißer und Lottokollektanten des Königreiches Galiziens, die infolge der russischen Invasion sich zu flüchten gezwungen waren und dank dem Edelmute und der Menschenfreundlichkeit Euer Exzellenz ihre mißliche Lage gelindert sahen, zumal ihnen, um der moralischen Qual vorzubeugen, eine gesonderte Unterstützungssektion gnädigst zuerkannt wurde, erlauben sich, ehrfurchtsvoll dem rege gewordenen Dankgefühle Ausdruck zu verleihen und anläßlich der Versammlung des Landesverbandes Galiziens bei dem Reichsverbande der Landesvereine Oesterreichs den tiefstgefühlten Dank Euer Exzellenz auszusprechen mit der feierlichsten Versicherung, daß das edle, herzenserzieherische Werk für ewige Zeiten in unserm Gedächtnisse eingeprägt und der Nachkommenschaft überliefert werden wird. O. Wittlin, Präsident. E. Katz, Sekretär."

Neue Freie Presse
7./V. 1915

[Arbeitsbücher für Flüchtlinge.] Am 6. d. vormittags erschien der Bezirksvorsteherstellvertreter des zweiten Wiener Gemeindebezirkes Ernst Klebinder beim Bürgermeister Dr. Richard Weiskirchner, um ihm die Bitte vorzutragen, daß den Flüchtlingen, denen bisher die Ausstellung von Arbeitsbüchern versagt wurde, in Hinkunft die Möglichkeit zur Arbeit geboten werde. Da gerade im zweiten Wiener Gemeindebezirk die Hauptmasse der Flüchtlinge ihre Wohnstätte gefunden hat, so sei es für den Vertreter dieses Bezirkes besonders dringend, die Intervention des Bürgermeisters anzurufen, damit ehestens mit der Ausstellung von Arbeitsbüchern an Flüchtlinge begonnen werde. Es werde dies auch im Interesse vieler Leopoldstädter Firmen gelegen sein, die ständig über Arbeitermangel klagen; aber auch zahlreichen Menschen wäre damit geholfen, die gern arbeiten wollten und könnten, aber wegen des Mangels an Arbeitsbüchern nicht arbeiten dürfen. Der Bürgermeister nahm die Mitteilung des Bezirksvorsteherstellvertreters Klebinder zur Kenntnis und erklärte, er werde von dem vorgebachten Wunsch unverzüglich die Regierung in Kenntnis setzen.

Neues Wiener Tagblatt
7. 10. 1915

74

(**Arbeitsbücher für Flüchtlinge.**) Gestern erschien der Bezirksvorsteherstellvertreter des zweiten Wiener Gemeindebezirkes beim Bürgermeister Doktor Richard Weiskirchner, um ihm die Bitte vorzutragen, daß den Flüchtlingen, denen bisher die Ausstellung von Arbeitsbüchern versagt wurde, in Hinkunft die Möglichkeit zur Arbeit geboten werde. Die ursprüngliche Annahme — führte Bezirksvorsteherstellvertreter Klebinder aus —, daß die Zulassung der Flüchtlinge zur Arbeit ein plötzliches Zuströmen von Arbeitskräften bedeute und als eine bedenkliche Erhöhung des Anbotes von Arbeitskräften auf dem Arbeitsmarkte die Arbeitslöhne und die Einkommensverhältnisse der bodenständigen Bevölkerung empfindlich beeinträchtigen müsse, habe sich als unrichtig erwiesen. Es werde im Gegenteil allgemein über den Mangel an Arbeitern Klage geführt. Trotz der zunehmenden Nachfrage nach Arbeitern sei jedoch den Flüchtlingen, die zum großen Teil selbst von dem lebhaften Wunsche nach Arbeit beseelt sind, keine Möglichkeit geboten, sich selbst ihr Brot zu verdienen, sondern sie seien auf Almosen und auf die staatlichen Unterhaltsbeiträge angewiesen. Die Behörden verweigern die Ausstellung von Arbeitsbüchern selbst an jene, die in der Lage sind, Bestätigungen von Arbeitgebern vorzuweisen, daß sie bereit wären, ihnen Verdienst zu geben. So sehen sich also zahlreiche Flüchtlinge zum Müßiggang gezwungen, der demoralisierend wirken müsse und keine guten Folgen zeitigen könne. Und doch seien auch die Flüchtlinge österreichische Staatsbürger, die als Opfer des Krieges besondere Rücksicht verdienen. Auch gehe es schwer an, diesen bedauernswerten Heimatlosen das vitalste Recht der Menschen, das Recht auf Arbeit, zu schmälern. Und da gerade im zweiten Wiener Gemeindebezirke die Hauptmasse der Flüchtlinge ihre Wohnstätte gefunden hat, so sei es gerade für den Vertreter dieses Bezirkes besonders dringend, die Intervention des Bürgermeisters anzurufen, damit ehestens mit der Ausstellung von Arbeitsbüchern an Flüchtlinge begonnen werde. Es werde dies auch im Interesse vieler Leopoldstädter Firmen gelegen sein, die ständig über Arbeitermangel klagen; aber auch zahlreichen Menschen wäre damit geholfen, die gerne arbeiten wollten und könnten, aber wegen des Mangels an Arbeitsbüchern nicht arbeiten dürfen. Der Bürgermeister nahm die Mitteilung des Bezirksvorsteherstellvertreters Klebinder zur Kenntnis und erklärte, er werde von dem vorgebachten Wunsche unverzüglich die Regierung in Kenntnis setzen.

Die Zeit
7./V. 1915.

80

Ausstellung der Arbeiten der Flüchtlingsfrauen.

Unter der Patronanz des Bischofs Ladislaus Bandurski und der Frau Anton v. Abrahamowicz findet am 8. und 9. d. zwischen 8 und 6 Uhr eine Ausstellung der Arbeiten statt, die die aus Galizien geflüchteten Frauen in Wiener gewerblichen Privatlehranstalten ausgeführt hatten. Die dreimonatigen Schnellkurse umfaßten: Kleidermachen, Modistenarbeiten, Weißnähen, Spitzen, Kunstblumenerzeugung, Zeichnen und Malen, Buchhaltung, Stenographie, Maschinschreiben. Das Gremium der vereinigten Privatlehranstalten für Schnittzeichnen und Kleidermachen hat auf das Ansuchen des Leiters der Kurse, Prof. Adam Wilusz, seine Lokalitäten 1. Bezirk, Postgasse Nr. 6, bereitwilligst zur Verfügung gestellt. Die feierliche Eröffnung der Ausstellung findet morgen Samstag um 12 Uhr statt. Eintritt frei.

Fremdenblatt
8/V. 1915.

81

* **(Der Bürgermeister an die galizischen Monopolverschleißer und Lottokollektanten.)** Auf das an Bürgermeister Dr. Weiskirchner vom Präsidium des galizischen Landesverbandes der Monopolverschleißer und Lottokollektanten, derzeit 2. Bezirk, Ybbsstraße 16, gerichtete Danktelegramm erhielt der Verband folgende Antwort: „Für die freundliche, telegraphisch zum Ausdruck gebrachte Kundgebung des Landesverbandes der Trafikanten und Kollektanten für Galizien bitte ich meinen verbindlichsten Dank entgegenzunehmen. Möge es Ihnen vergönnt sein, bald im wiedererrungenen Frieden Ihre alte Tätigkeit aufnehmen zu können. Mit dem Ausdrucke vorzüglichster Hochachtung Weiskirchner m. p."

Neue Freie Presse
14./V. 1915.

8

Reise der Kommission des österreichisch-ungarischen Hilfskomitees in die von den k. u. k. Truppen besetzten Gebiete Russisch-Polens.

Eine Kommission des österreichisch-ungarischen Hilfskomitees für die von den k. u. k. Truppen besetzten Gebiete Russisch-Polens, bestehend aus dem Präsidenten des Arbeitskomitees Fürsten Andreas Lubomirski, dem Vizepräsidenten, k. u. k. Gesandten Graf Louis Szechenyi und dem Geschäftsführer des Komitees Regierungsvizesekretär Paul Flandrak, hat in der Zeit vom 16. bis einschließlich 28. April d. J. sämtliche unter österreichisch-ungarischer Verwaltung stehenden Gebiete Polens bereist. Der Zweck der Reise bestand darin, sich an Ort und Stelle über die wirtschaftliche Lage der Zivilbevölkerung zu unterrichten und festzustellen, in welchen Distrikten die vorhandenen Nahrungsmittel zur Ernährung der Bevölkerung bis zur neuen Ernte nicht ausreichen, damit rechtzeitig alle Schritte eingeleitet werden können, um mit Hilfe des Rockefeller-Komitees Lebensmittel aus dem neutralen Auslande dorthin zu schaffen und zur Verteilung zu bringen.

Die Kommission begab sich zunächst in das Hauptquartier, wo sie vom Feldmarschall Erzherzog Friedrich sowie von dem Thronfolger Erzherzog Karl Franz Josef empfangen wurde; beide Erzherzoge zeigten sich über die wirtschaftliche Lage der Zivilbevölkerung Polens ausgezeichnet unterrichtet und brachten der Aktion des Komitees wärmstes Interesse entgegen. Im Verlaufe der Bereisung sämtlicher sieben unter k. u. k. Verwaltung stehenden Kreise Polens hat die Kommission allerorten mit den Organen der Militärverwaltung und mit den angesehenen Vertretern der Bevölkerung aller Berufsstände und Konfessionen Fühlung genommen. Dank dem Entgegenkommen aller militärischen Kommanden hatte die Kommission Gelegenheit, sich davon zu überzeugen, daß die k. u. k. Militärverwaltung in jeder Beziehung, sei es auf dem Gebiete des Anbaues oder der Lebensmittelversorgung des Armenwesens, sich der Bevölkerung aufs wärmste annimmt und überall ihr Interesse im Auge hat.

Es liegt nahe, daß die wiederholten Durchmärsche großer Armeen und die damit verbundenen Requirierungen auch auf den Stand der Lebensmittelvorräte in den sonst reichen Kreisen nicht ohne Wirkung geblieben sind; insbesondere in jenen Gebieten, wo industrielle Tätigkeit und Bergbau vorherrschen, macht sich bereits eine arge Notlage der Bevölkerung geltend. Wiewohl die Militärverwaltung ihr möglichstes tut, um durch Ausgleich der in den einzelnen Kreisen vorhandenen Lebensmittel die Notlage zu lindern, muß doch damit gerechnet werden, daß die Vorräte, je weiter die Zeit bis zur neuen Ernte fortschreitet, schwinden und damit die Notlage an Ausdehnung zunimmt. Da es unmöglich ist, der österreichisch-ungarischen Bevölkerung die Lebensmittel zu entziehen, so ist es unbedingt geboten, mit Hilfe des amerikanischen Komitees ehebaldigst Lebensmittel aus dem Auslande nach Polen zu bringen, welche natürlicherweise nur der Zivilbevölkerung zugewendet werden. In dieser Beziehung sind Verhandlungen im Zuge, die hoffentlich bald zu einer günstigen Entscheidung führen werden. Zur Linderung der momentanen Notlage hat die Kommission des Komitees im Sinne einer ihr erteilten Ermächtigung über 100 Waggons Kartoffel in Polen zur unentgeltlichen Verteilung angekauft.

Die zahlreichen, sowohl beim Bankhause S. M. Rothschild als auch beim Komitee selbst für die humanitäre Aktion einlaufenden Spenden aus Oesterreich und Ungarn beweisen, welch lebhaftes Interesse der Hilfsaktion entgegengebracht wird.

Neue Freie Presse
15./V. 1915.

Neue Wohlfahrtseinrichtungen für Flüchtlinge.

Nachdem die beiden bestandenen Teestuben für Flüchtlinge aus Galizien und der Bukowina aufgelassen werden mußten, wurde dieser Tage eine Suppen- und Teeanstalt in vergrößertem Maßstabe eröffnet, die allen hygienischen Anforderungen durch ihre Ausstattung entspricht und die auf den geringeren Bedarf in heißen Getränken Rücksicht nimmt und hauptsächlich Suppe und Kaffee verabreicht. Die Lokalitäten befinden sich in dem neuerbauten Hause, 2. Bezirk, Große Mohrengasse 3 b, und erforderten eine weitgreifende Aenderung, da Küche, Ausgaberaum und Vorratskammer neu geschaffen werden mußten. Die schnelle und einwandfreie Durchführung ist Herrn Gemeinderat Stadtbaumeister Melcher zu danken. Am Mittwoch den 12. d. fand eine Sitzung der mitarbeitenden Damen statt, die Frau Anitta Müller mit herzlichen Worten begrüßte. Dann erstattete Frau Müller Bericht über ihre Institution, wobei sie auf die unerläßliche Pflicht der Frau, sozial zu wirken, hinwies. Nach der Sitzung besichtigten die Anwesenden die neu eingerichtete Arbeitsschule für erwachsene Mädchen und Frauen, die im gleichen Hause im 1. Stock untergebracht ist und die es sich zur Aufgabe gemacht hat, nicht nur einer großen Zahl weiblicher Flüchtlinge einen Erwerb in der Fremde zu ermöglichen, mehr noch, ihnen nach ihrer Rückkehr in die Heimat Erwerbsmöglichkeit für die Zukunft zu schaffen. In hellen, lustigen Räumen werden die Arbeitenden von bewährten Kräften im Sticken, Häkeln, Filetarbeiten und Nähen unterrichtet. Außerdem befinden sich in der Schule eine Korbflechtstätte und eine Werkstätte für Kartonagearbeiten. Schon in der kurzen Zeit des Bestandes wurde eine große Menge schöner Arbeiten fertiggestellt, die in einem Saale zur Ausstellung gelangen und verkäuflich sind. (Besichtigung täglich von 3 bis 5 Uhr nachmittags.) Wieder hat Frau Anitta Müller eine segensreiche Institution geschaffen, die sich würdig den früheren anschließt.

Neues Wiener Tagblatt
19.IV.1915

Die Unterstützung der galizischen Flüchtlinge.

Vor uns liegt wieder einer jener Aufrufe, wie sie in dieser harten Zeit leider lange nicht mehr zu den Seltenheiten gehören. „Der Einbruch des Feindes in Galizien — so heißt es darin — hat über einen großen Teil der dortigen Bevölkerung namenloses Unglück gebracht. Viele, ohne Unterschied der Konfession und Nation, flüchteten vor den unmenschlichen Horden unsres Gegners, und ein großer Teil wendete sich nach Wien, wo sie gütige Aufnahme fanden. Von allen Seiten wurde den armen Bedrängten Hilfe zuteil, allen voran waren es die Regierungs- und die städtischen Behörden, die den Flüchtlingen Hilfe gegen die ärgste Not boten. An der Hilfeleistung beteiligt sich auch die Wiener Bevölkerung in werktätiger Weise, und der Ruf des goldenen Wiener Herzens hat sich im vollsten Sinne bewährt." Und nun schildert der Aufruf insbesondere das Leid, dessen Abhilfe es diesmal gilt. Unter den jüdischen Flüchtlingen aus Galizien und der Bukowina gibt es eine große Zahl, die in bezug auf Speisen strengste religiöse Observanz beobachten. Unter der Leitung des Herrn J. März, eines Mannes, der sich in humanitärer Beziehung bereits die größten Verdienste erworben hat und auch weiter unermüdlich für die armen Flüchtlinge tätig ist, besteht in Wien ein Verein „Machsike Hadath", Verein zur unentgeltlichen Ausspeisung armer Zugereister, dessen Leistungen wirklich große sind und der schon in früheren Jahren an Samstagen und Feiertagen jedesmal oft über hundert Personen in seinen Räumen unentgeltlich ausspeiste. Ununterbrochen betätigt sich nun in der aufopferndsten Weise für diese armen Flüchtlinge im Rahmen des Vereines ein Damenkomitee, dem die nachstehenden Damen angehören: Frau Ernestine März, Frau Dianette Sternberg, Fräulein Agnes Blum, Frau kaiserlicher Rat Rosenfeld, Frau Splitter, Frau Spohrer, Frau Dachinger, Frau Fiul, Frau Babad, Frau Schönblum, Frau Dr. Dobschütz, Frau Feldstein, Frau Rabbiner Mayersohn, Fräulein Dobstein, Frau Rosa Grünberg, Frau Dr. Bernstein, Frau Diebster, Frau Kleinmann, Frau Laura Goldschmidt, Frau kaiserlicher Rat Lewin, Frau Schapira, Frau Wortsmann, Frau Edelstein, Frau Frommer, Frau Kurzer, Frau Thumin, Frau Schäfer, Frau Schwarz, Frau Wiener, Frau Abend, Frau Uri und Fräulein Uri. Diesem Komitee sowie zahlreichen andern wohltätigen Personen war nun auch jetzt die Herbeischaffung von Mitteln zu verdanken, mit Hilfe derer jetzt während der Kriegszeit täglich und auch an Freitagabenden sowie am Samstag vormittag etwa fünfhundert Personen eine reichliche Mahlzeit verabreicht werden konnte. Darüber hinaus wurden aber auch Unterrichtskurse für die Kinder der Flüchtlinge errichtet. Ein Komitee unter dem Vorsitz des Rabbiners Herrn M. Mayersohn, das es sich zur Aufgabe gemacht hat, zusammen mit dem Vorstand und dem Damenkomitee des Vereines diese Wohltätigkeitsaktion zu erweitern und fortzusetzen, richtet nun an edelfühlende Menschen die herzliche Bitte, dem Verein Spenden in Barem und Naturalien zukommen zu lassen. Dem Komitee gehören zahlreiche Rabbiner aus Galizien und der Bukowina, ferner Großgrundbesitzer, Advokaten, Kultusvorsteher und mehrere Wiener Herren an. Die erbetenen Spenden wollen an den Kassier des Vereines „Machsike Hadath" Herrn Simon Sternberg, Wien, 2. Bezirk, Rembrandtstraße Nr. 39, oder an den Obmann des Vereines Herrn Jakob März, Wien, 1. Bezirk, Augustengasse Nr. 1, überwiesen werden.

Amtsblatt der Stadt Wien
25./V. 1915

85

Zentralstelle der Fürsorge für Kriegsflüchtlinge.

Der Name der amtlichen „Zentralstelle der Fürsorge für die Flüchtlinge aus Galizien und der Bukowina“ wurde abgeändert in „Zentralstelle der Fürsorge für Kriegsflüchtlinge“. Auf dem Ost-, Süd- und Westbahnhofe wird von den Organen der Zentralstelle ein permanenter Bahnhofdienst geleistet; insbesondere ist für Labung von Ankömmlingen und Unterbringung von solchen in Quartieren Vorsorge getroffen. Die Organe der Zentralstelle sind an einer am linken Arme getragenen weiß-rot-weißen Armbinde kenntlich, überdies sind dieselben mit einer amtlichen Legitimation ausgestattet. Auskünfte aller Art werden im Hauptbüro der Zentralstelle, II., Zirkusgasse 5, an Werktagen von 9 bis 1 und 3 bis 7, an Samstagen von 8 bis 4 und an Sonn- und Feiertagen von 9 bis 1 Uhr erteilt.

Fremdenblatt
28/V. 1915

86

Der Kaiser für die Flüchtlinge in den Barackenlagern.

Die Polnische Zentralkorrespondenz meldet:

In den letzten Beratungen der parlamentarischen Kommission des Polenklubs nahm einen breiten Raum der Bericht des Obmannes des Polenklubs über jene Verfügungen der Regierung ein, welche infolge des hochherzigen Eingreifens Sr. Majestät des Kaisers auf dem Gebiete der Flüchtlingsfürsorge in Barackenlagern in allerletzter Zeit getroffen worden sind. Die großmütige Intervention des erhabenen Monarchen in dieser so oft zwischen dem Polenklub und der Regierung erörterten Frage hat selbstverständlich den erwünschten Erfolg gezeitigt und den Polenklub mit den Gefühlen wärmster Dankbarkeit erfüllt.

Hiezu wird von derselben Korrespondenz weiter berichtet: „Am traurigsten war das Schicksal derjenigen Flüchtlinge, die in die Barackenlager verwiesen wurden. Der Barackenbau erforderte eine geraume Zeit, die Baracken mußten aber bezogen werden, ehe für die allernotwendigsten Bedürfnisse der Einwohner Vorsorge getroffen werden konnte. Obgleich mit der Zeit die ärgsten Mißstände abgeschafft wurden und auch gegenwärtig daran weiter gearbeitet wird, war doch der Aufenthalt in den Baracken während des Spätherbstes, des Winters und des Vorfrühlings zu einer wahren Marter geworden: Krankheiten infolge ungenügender, für Kinder ganz ungeeigneter Verpflegung, infolge ungenügender Beheizung und mangels ärztlicher Pflege, dezimierten die dort Einquartierten, so daß der Aufenthalt in den Baracken zu bitteren Klagen Anlaß geben mußte. Schon der Umstand, daß in den Baracken Menschen verschiedenen Standes, verschiedener Bildung, verschiedenen Geschlechtes und Alters neben einander gedrängt zusammengepfercht wurden, gab Veranlassung zu schweren Mißständen in sittlicher und gesundheitlicher Beziehung; die an sich sehr karge Verpflegung wurde nicht immer ganz zuverlässigen und pflichttreuen Personen anvertraut; die Behandlung war oft unnötigerweise schroff, die Verständigung mit den der Sprache der Flüchtlinge nicht kundigen Verwaltungsbeamten ungemein erschwert.

Angesichts dieser beinahe verzweifelten Lage der Flüchtlinge namentlich in den Baracken von Chotzen und Leibnitz — denn jene von Nikolsburg, Pohrlitz und Gaya sind erfreulicherweise bereits einer gewissen Verbesserung zugeführt worden — schien selbst für den Polenklub, welcher sich pflichtgemäß seiner unglücklichen Mitbürger bei der Regierung energisch und wiederholt annahm, fast jede Hoffnung auf Erfolg verschwunden zu sein.

Im letzten Augenblick jedoch griff jene erhabene Person ein, bei der die Polen seit vielen Jahrzehnten immer und in jeder Lage Schutz und Hilfe zu suchen und zu finden gewohnt waren.

Von gütigen und dem Polentum wohlwollend gesinnten Mitgliedern der Allerhöchsten Dynastie auf die verzweifelte Lage der Barackenflüchtlinge aufmerksam gemacht, entschloß sich unser großmütiger Monarch, zugunsten derselben einzugreifen. Der Erfolg ist, wie nicht zu bezweifeln war, ein entscheidender. In dem Barackenlager von Chotzen ist binnen wenigen Tagen beinahe alles durchgeführt worden, was der Polenklub für unentbehrlich bezeichnete und im Barackenlager von Leibnitz wird das gleiche in jenem, hoffentlich nicht fernen Zeitpunkte erfolgen, in welchem der durch unerhörte Versäumnisse der Barackenverwaltung ausgebrochene Flecktyphus erloschen sein wird. So ist dank der edlen Intervention unseres Kaisers begründete Aussicht vorhanden, daß die flüchtige Bevölkerung Galiziens bei ihrer, so heiß ersehnten Rückkehr in die Heimat sich des Gefühles der Erbitterung wird entledigen können."

Neues Wiener Tagblatt
30./IV. 1915

87

Wäsche und Kleider für die Flüchtlinge.

Wir erhalten folgenden Aufruf:

„Noch einmal wollen wir unsre Stimme ertönen lassen und noch einmal unsre Hausfrauen anflehen, uns zu helfen, unsre schwere Aufgabe zu Ende zu führen. Noch immer kommen die armen Flüchtlinge zu Hunderten zu uns und bitten um Wäsche und Kleider. Groß ist die Not der Armen, und gerade jetzt in der heißen Zeit groß die Notwendigkeit, Wäsche und Kleider zu wechseln. Mehr als 30,000 Personen hat unser kleines Komitee bisnun bekleiden können. Leider ist dies alles viel, viel zu wenig. Was die Armen im Winter bekommen haben, ist verbraucht und muß erneuert werden, und jene, die bis jetzt mit ihren mitgebrachten Kleidern ausgekommen sind, sind jetzt auch am Ende und bitten in ihren schweren Winterkleidern um Erlösung von der Qual. Und wir wollen ihnen so gern helfen, sie sollen durchhalten, und wir müssen sie unterstützen, und wir haben den festen Willen dazu.

Der Flüchtlinge Aussehen ist unser Ansehen! Darum bitten wir noch einmal alle Frauen Wiens und Oesterreichs: Nehmt euch noch einmal der armen, von der Heimat vertriebenen Menschen an und schenkt uns, was Ihr entbehren könnt! Wenn wieder bessere Zeiten kommen, dann werden wir unsre Kasten aufs neue füllen und dabei das Bewußtsein haben, daß wir in der schwersten Zeit unsres Lebens tapfer ausgehalten und treulich unsre Pflicht erfüllt haben.

Wir bitten innigst, uns Wäsche, Schuhe, Kleider und Geldspenden zukommen zu lassen.

Kleidersammelstelle für Kriegsflüchtlinge, jetzt 2. Bezirk, Schüttelstraße Nr. 73.
Sophie Liehen. Therese Gelber."

* * *

Neue Freie Presse
1./VI. 1915

88

Fürsorge für die Flüchtlinge aus dem italienischen Kriegsgebiete.

Eine Erklärung des Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh über den Krieg mit Italien.

Wien, 31. Mai.

Halbamtlich wird gemeldet:

„Heute vormittag erschienen beim Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh die Reichsrats- und Landtagsabgeordneten Landeshauptmann Monsignore Dr. Faidutti, Dr. Bugatto und Spadaro, um über die Organisierung der Flüchtlingsfürsorge für die Bevölkerung der evakuierten Gebiete an der Grenze gegen Italien Rücksprache zu pflegen und verschiedene Anliegen vorzubringen. Bei diesem Anlasse wurden die durch den Krieg mit Italien geschaffenen Verhältnisse in den Grenzgebieten eingehend erörtert. Hiebei gab der Ministerpräsident dem tiefsten Mitgefühl und der wärmsten fürsorglichen Teilnahme der Regierung für das Schicksal der durch den Krieg zunächst berührten Landesteile und ihrer Bewohner Ausdruck und versicherte nachdrücklich, daß die Regierung alles, was in ihren Kräften steht, vorkehren werde, um nach Tunlichkeit die Lage der durch den Krieg von der heimatlichen Scholle Vertriebenen zu erleichtern. Die kaiser- und reichstreue Bevölkerung unserer südlichen Grenzgebiete, bemerkte der Ministerpräsident, bedarf gewiß in der schweren Heimsuchung, von der sie betroffen worden, des Trostes und der Ermutigung, sie hat vollen Anspruch auf die Gewährung moralischen und materiellen Beistandes. Diese Bevölkerung mit ihrem oft erprobten patriotischen Sinn und dynastischen Empfinden hat es zweifellos schwer bedrückt, als in den dem Kriegsausbruch vorangegangenen Verhandlungen die Frage der Verzichtleistung auf gewisse Grenzgebiete auftauchte. Alle verantwortlichen Faktoren der Monarchie haben dieses Opfer als eines der allerschwersten empfunden, das sie widerstrebenden Herzens, doch mit ernster Fassung im äußersten Falle zu bringen bereit waren, um von dem Reiche und insbesondere von der Grenzbevölkerung das Unglück und die Verwüstungen fernzuhalten, die ein neuer Krieg mit einem wohlgerüsteten Gegner im Gefolge haben mußte. Die Bevölkerung unserer Grenzgebiete hat denn auch die Größe des schmerzlichen Opfers zu würdigen verstanden wie nicht minder die reinen Beweggründe, die diesen Gedanken eingegeben hatten. Heute gehört diese Phase der Vergangenheit an, sie ist erledigt und abgetan.

Italien hat die hochherzig zum Frieden gebotene Hand zurückgestoßen, seine Staatslenker haben in Mißachtung des ewigen Sittengesetzes, das die Beziehungen der einzelnen wie der Völker untereinander beherrschen soll, ihr Volk in einen Krieg getrieben, den sie vor ihrem Gewissen nicht verantworten können. Unter Verletzung klarer Vertragspflicht hat sich Italien, das dem Bündnisse mit uns und mit dem Deutschen Reiche drei Jahrzehnte der Blüte und des Machtzuwachses verdankt, den Feinden seiner bisherigen Verbündeten zugesellt, um die Monarchie heimtückisch zu überfallen und gewalttätig zu berauben. Damit ist eine völlige neue Lage geschaffen, und Italien selbst hat alle Anerbietungen zunichte gemacht, die für den Fall friedlicher Verständigung gedacht waren. Von diesem Zeitpunkt an bleibt der Monarchie nur mehr die Pflicht, ihre ganze Kraft aufzubieten, ihre territoriale Integrität und jeden Zollbreit angestammten Bodens an ihrer südlichen Grenze, die Felsmauern Tirols und Kärntens ebenso wie das Küstengebiet, mit eiserner Faust zu verteidigen. Diese Pflicht werden alle Völker des Reiches in opfermutiger, hingebungsvoller Begeisterung erfüllen, unterstützt von der treuen Waffenbrüderschaft der verbündeten deutschen Heere. Die Völker unseres Reiches, deren Kraft und Einigkeit sich in einem zehnmonatigen unerhört gewaltigen ruhmreichen Ringen zur Bewunderung der ganzen Welt bewährt hat, werden sich noch inniger zusammenschließen im Bewußtsein ihrer unbezwinglichen Kraft, im Vertrauen auf den unausbleiblichen Sieg der guten und gerechten Sache.

In bewegten Worten dankte Landeshauptmann Monsignore Dr. Faidutti für die von der Regierung zugesicherte Unterstützung und Hilfeleistung; gleichzeitig bat er den Ministerpräsidenten im Namen der Erschienenen und der durch sie vertretenen Bevölkerung, den Ausdruck unerschütterlicher patriotischer Gesinnung sowie treuester Anhänglichkeit an die erhabene Person Sr. Majestät des Kaisers und das Reich an die Stufen des Allerhöchsten Thrones gelangen zu lassen. Der Ministerpräsident erwiderte, daß es ihm eine hohe Genugtuung gewähre, diesem Wunsche zu entsprechen."

Neue Freie Presse
6./11. 1915

8

Für unsere Kriegsflüchtlinge!

Die Zentralstelle der Fürsorge für Kriegsflüchtlinge, ehemals Zentralstelle der Fürsorge für die Flüchtlinge aus Galizien und der Bukowina, hat seit sechzehn Tagen auch die Fürsorge für die aus den südlichen Provinzen der Monarchie stammenden Kriegsflüchtlinge übernommen und dadurch ihren Wirkungskreis wesentlich erweitert. Die vom Staate zur Verfügung gestellten Mittel reichen aber begreiflicherweise in allen Fällen nicht hin, besondere Bedürfnisse und Wünsche von Flüchtlingen zu berücksichtigen, weshalb das Eingreifen der im Krieg nun schon so oft bewährten Privatwohltätigkeit von allergrößter Wichtigkeit und Bedeutung ist. Der Fonds, welcher der Zentralstelle für besondere Wohltätigkeitsakte für Kriegsflüchtlinge zur Verfügung steht, ist bereits der Erschöpfung nahe. Insbesondere haben sich viele Hunderte von Mittelschülern an die Zentralstelle wegen Bezahlung des Schulgeldes gewendet; für den größten Teil der Bittsteller konnte das Schulgeld entrichtet werden, ein großer Teil harrt aber noch der Entscheidung. Es ist eine furchtbar harte Sache, eifrigen, lernbegierigen, jungen Menschen die Möglichkeit für ihr ferneres Studium versagen zu müssen, weshalb ich mich neuerlich an alle guten Menschen in Wien wende und um Zuwendungen für die privaten Fonds der Zentralstelle ergebenst bitte.

Dr. Rudolf Schwarz-Hiller,
Gemeinderat der Stadt Wien und Leiter der Zentralstelle der Fürsorge für Kriegsflüchtlinge.

Neue Freie Presse
6./VI. 1915

90

Aufruf!

Neues Unheil hat die Kriegserklärung Italiens über unser kostbares Küstenland gebracht.

Das eiserne Gebot des Krieges hat Frauen, Kinder und Greise aus unseren schönen südwestlichen Grenzländern der angestammten Scholle entrissen. Haus und Hof, Hab und Gut mußten diese bedauernswerten Opfer des Verrates verlassen; nur das nackte Leben haben sie in sicherere Gegenden des geliebten gemeinsamen Vaterlandes gerettet.

Diese Frauen und Kinder und Greise haben im Schweiße ihres Angesichtes für ihre Männer gearbeitet, die in Galizien und Bosnien und auf den anderen Schlachtfeldern für des Reiches Grenzen kämpfen und fallen; sie haben für die engere Heimat und für das ganze Reich der Gunst ihres sonnigen Himmels, dem Schoße ihrer heimatlichen Erde reichliche Frucht abringen wollen, die nun ihre Bestimmung nicht erreicht.

Schmerz und Entbehrungen begleiten sie auf der beschwerlichen Fahrt in unbekanntes Land. Zerstreut in fern voneinander liegenden Bezirken und Komitaten haben sie nicht einmal den Trost gemeinsamen Leidens.

Mitbürger aller Sprachen und Länder Oesterreichs! Bietet eure helfende Hand auch diesen bangenden und leidenden Flüchtlingen aus dem Süden! Sie wollen und werden, was immer kommen möge, treue Bürger Oesterreichs, treue Kinder unseres Kaisers bis zum letzten Hauch ihres Lebens bleiben.

Eure Spenden mögen reichlich fließen zur Linderung von so viel Kummer und Not; die Gabe der Besitzenden, denen Gott ein gleiches Schicksal erspart, ist eine Dankesschuld, die niemand reuen soll!

Beiträge werden vom Landesausschusse von Görz und Gradiska, Abteilung für Flüchtlingsfürsorge, Wien, 1. Bezirk, Herrengasse 13, Zimmer 306, entgenommen.

Wien, den 5. Juni 1915.

Die Zeit
8./VII. 1915

Für die Flüchtlinge aus dem Küstenlande.

Vom Landesausschuß von Görz und Gradiska wird uns mitgeteilt: Der Landesausschuß von Görz und Gradiska ist seit Beginn seiner Amtstätigkeit in Wien bemüht, eine Hilfsaktion für die Flüchtlinge aus dem Süden einzuleiten.

Zahlreiche hervorragende Persönlichkeiten, die Land und Leute kennen und ihnen auch bisher in ihren amtlichen Stellungen oder als Privatpersonen ihr Wohlwollen bekundet haben, erklärten sich bereit, die Hilfsaktion zu fördern. Demnächst wird das in Bildung begriffene Hilfskomitee einen diesbezüglichen Aufruf an die Oeffentlichkeit erlassen. Der Hilfsfürsorgeausschuß des Görzer Landesausschusses amtiert, wie wir bereits bekanntgegeben, in Wien, 1. Bezirk, Landhaus, Herrengasse Nr. 13.

Vossische Zeitung
8/VI. 1915

92

Der Wiederaufbau Ostpreußens.

Geheimer Oberbaurat Fischer, der den Wiederaufbau Ostpreußens leitet, hat die bisherigen Maßnahmen der Regierung und den Plan des gesamten Werkes in einem großzügigen und sehr eingehenden Aufsatz dargelegt. Wir entnehmen dieser Arbeit, die demnächst in der „Bauwelt" erscheint, die folgende, kurze Zusammenfassung:

Es war zunächst dringend notwendig, für die ostpreußischen Ortschaften eine einheitliche Regelung der Baupolizeiordnungen zu erzielen. Es wurden zu diesem Zweck drei städtische Bauordnungen neu geschaffen, die den neuzeitlichen Erfahrungen und den städtebaulichen Anforderungen entsprechen. Die wichtigste Maßnahme der Staatsregierung besteht in der Einrichtung der Bauberatungsämter. Ueber alle von der Zerstörung betroffenen Gebiete ist ein Netz solcher Bauberatungsämter ausgebreitet worden, die unter die Leitung von besonders befähigten und erfahrenen Architekten gestellt sind.

Da sich die Errichtung fester Wohnstätten in kürzester Zeit nicht überall ermöglichen ließ, so wurde zunächst mit dem Bau von Baracken begonnen, besonders auf dem Lande, wo die Bestellung der Felder drängte. Eine weitere wichtige Frage war die Beschaffung von Baustoffen. Für diesen Zweck wurde eine G. m. b. H., die „Baustoffgesellschaft für Ostpreußen" gegründet, deren Betriebsmittel in der Hauptsache vom Staate zur Verfügung gestellt wurden. Da in Ostpreußen auch durch die Zerstörung von Mobiliar ungeheurer Schaden angerichtet worden ist, so wird es die Aufgabe des ostpreußischen Handwerks und der Möbelindustrie ganz Deutschlands sein, rechtzeitig vorzusorgen und Wege zu finden, um der Bevölkerung, die an einfache Bedürfnisse gewöhnt ist, zweckmäßige und geschmackvolle Möbel zu liefern.

Schließlich gibt Geheimer Oberbaurat Fischer in seinem fesselnden Aufsatz eine Berechnung des im ganzen wieder gutzumachenden Schadens und kommt dabei, unter Zugrundelegung einer Durchschnittskostenbetrages von 8500 M. für die Wiedererrichtung je eines zerstörten Gebäudes und unter Schätzung der Anzahl sämtlicher zerstörten Gebäude auf 33 553, zu dem Gesamtbetrage von 285 oder höchstens 300 Millionen M. Der Wert des vernichteten Mobiliars wird von Geheimrat Fischer auf etwa 25 Millionen M. angegeben.

Fremdenblatt
10./VI. 1915

93

Flüchtlingsfürsorge.

Der Minister des Innern hat an die in Betracht kommenden Landeschefs nachstehenden Erlaß gerichtet:

„Mit dem Erlasse vom 13. April d. J. sind den politischen Landesbehörden jene Gesichtspunkte dargelegt worden, von welchen sich die Behörden wie die Bevölkerung im gesamtstaatlichen Interesse gegenüber den Kriegsflüchtlingen leiten lassen sollen. Seither ist dem Vaterland ein neuer Gegner erstanden; die Operationen am südlichen Kriegsschauplatze drängen viele Tausende von Staatsangehörigen aus diesen Gebieten zur Flucht in die nördlichen Länder. Für ihre Dirigierung und Unterbringung, für ihre fortlaufende Unterstützung, Ernährung und Bekleidung aus staatlichen Mitteln ist durch besondere hierortliche Erlässe bereits vorgesorgt. Ebenso werden den Kriegsflüchtlingen aus dem Süden gleichartige Einrichtungen religiöser, kultureller, sanitärer und sozialer Natur zur Verfügung gestellt, wie sie zu Gunsten der Flüchtlinge aus den nördlichen Gebieten ins Leben gerufen wurden.

Damit ist aber der Fürsorge für die neuen Flüchtlinge nicht Genüge getan. Zu all dem Ungemach, das die Flucht für die betroffene Bevölkerung mit sich bringt, gesellt sich hier — wenigstens bei einem Teile der Flüchtlinge — noch das Moment der sprachlichen und kulturellen Verwandtschaft mit dem neuen Feinde, dessen Treubruch sie daher doppelt bedrückt und in ihnen die Befürchtung erwecken könnte, daß sie im Hinterlande einen unfreundlichen Empfang gewärtigen müssen.

Dies ist nicht der Fall; im Gegenteile, die Flüchtlinge aus den südlichen Grenzgebieten jeder Nationalität können darauf rechnen, daß sie in gleicher Weise wie die Flüchtlinge aus dem Norden den besonderen Schutz und die spezielle Fürsorge der Behörde genießen werden. Sie können erwarten, daß die Bevölkerung der Gebiete, in welchen sie bis zur Rückkehr in die wieder gesicherte Heimat von Staats wegen untergebracht werden, sie als treue Staatsbürger mit offenem Herzen und hilfsbereitem Entgegenkommen empfängt und durch die Bildung von Hilfskomitees, wo solche noch nicht bestehen, wie durch tatkräftige Zusammenarbeit mit den Behörden ihre schwere Lage nach Tunlichkeit erleichtert.

Ich erwarte von den Verwaltungsbehörden, daß sie, wie auf allen anderen Gebieten der Kriegsfürsorge, auch hiebei unermüdlich beispielgebend, im Sinne der vorstehenden Darlegungen tätig sein und Hand in Hand mit den autonomen Organen in gleicher Richtung auch ständig auf die Bevölkerung einwirken werden."

Reichspost
10./VI. 1915

94

Das gastliche Wien.

Für unsere armen Heimatlosen aus dem Süden.

Der Stadtrat beschloß nach einem Berichte des Bgm. Dr. Weiskirchner, dem unter der Leitung des Landeshauptmannes Faidutti stehenden Ausschuß 25.000 Kronen für die Flüchtlinge aus Görz, Gradiska und Istrien zu überweisen.

In der Wiener Bevölkerung wird diese Widmung warm begrüßt werden. Man weiß bei uns, was für ein kreuzbraves, fleißiges, kaisertreues und liebenswürdiges Volk an den Ufern des Isonzo wohnt; uns Wienern sind diese Gegenden und ihre Bewohner von unseren häufigen Besuchen in Görz, Monfalcone, Grado ans Herz gewachsen und allgemein ist der Wunsch, daß den bedauernswerten Heimatvertriebenen, die vor einem im Namen der Befreiung mit Handschellen anrückendem Feinde flüchteten, bald mit vereinter Kraft die eigene Scholle zurückgegeben werde und sie sich indessen bei uns recht wohl befinden.

Reichspost
11./VI. 1915

95

Die Heimatslosen aus unserem Süden.

Der Minister des Innern hat an die in Betracht kommenden Landeschefs nachstehenden Erlaß gerichtet: Mit dem Erlasse vom 13. April d. J., Z. 16119, sind den politischen Landesbehörden jene Gesichtspunkte dargelegt worden, von welchen sich die Behörden wie die Bevölkerung im gesamtstaatlichen Interesse gegenüber den Kriegsflüchtlingen leiten lassen sollen. Seither ist dem Vaterland ein neuer Gegner erstanden; die Operationen auf dem südlichen Kriegsschauplatze drängen viele Tausende von Staatsangehörigen aus diesen Gebieten zur Flucht in die nördlichen Länder. Für ihre Dirigierung und Unterbringung, für ihre fortlaufende Unterstützung, Ernährung und Bekleidung aus staatlichen Mitteln ist durch besondere hierortliche Erlässe bereits vorgesorgt. Ebenso werden den Kriegsflüchtlingen aus dem Süden gleichartige Einrichtungen religiöser, kultureller, sanitärer und sozialer Natur zur Verfügung gestellt, wie sie zugunsten der Flüchtlinge aus den nördlichen Gebieten ins Leben gerufen wurden. Damit ist aber der Fürsorge für die neuen Flüchtlinge nicht Genüge getan. Zu all dem Ungemach, das die Flucht für die betroffene Bevölkerung mit sich bringt, gesellt sich hier — wenigstens bei einem Teil der Flüchtlinge — noch das Moment der sprachlichen und kulturellen Verwandtschaft mit dem neuen Feinde, dessen Treubruch sie daher doppelt bedrückt und in ihnen die Befürchtung erwecken könnte, daß sie im Hinterlande einen unfreundlichen Empfang gewärtigen müssen. Dies ist nicht der Fall: im Gegenteil, die Flüchtlinge aus den südlichen Grenzgebieten jeder Nationalität können darauf rechnen, daß sie in gleicher Weise wie die Flüchtlinge aus dem Norden den besonderen Schutz und die spezielle Fürsorge der Behörde genießen werden. Sie können erwarten, daß die Bevölkerung der Gebiete, in welchen sie bis zur Rückkehr in die wieder gesicherte Heimat von Staats wegen untergebracht werden, sie als treue Staatsbürger mit offenem Herzen und hilfsbereitem Entgegenkommen empfängt und durch die Bildung von Hilfskomitees, wo solche noch nicht bestehen, wie durch tatkräftige Zusammenarbeit mit den Behörden ihre schwere Lage nach Tunlichkeit erleichtert. Ich erwarte von den Verwaltungsbehörden, daß sie, wie auf allen anderen Gebieten der Kriegsfürsorge auch hiebei unermüdlich beispielgebend, im Sinne der vorstehenden Darlegungen tätig sein und Hand in Hand mit den autonomen Organen in gleicher Richtung auch ständig auf die Bevölkerung einwirken werden.

Fremdenblatt
12./VI. 1915

96

* (**Ueberfüllung von Wien mit Flüchtlingen.**) Die Statthalterei in Triest teilt amtlich mit: „Laut einer telegraphischen Mitteilung des Ministeriums des Innern ist Wien bereits mit Flüchtlingen überfüllt, weshalb ein weiterer Zuzug auch der auf eigene Kosten mit fahrplanmäßigen Zügen reisenden Flüchtlinge nach Wien nach Möglichkeit hintanzuhalten ist."

Neues Wiener Tagblatt
13./VI. 1915

97

Die Kriegsfürsorge.

Aufruf!

Schweres Unheil hat die Kriegserklärung Italiens über weite Kreise der loyalen kaisertreuen Bevölkerung unsres gottgesegneten Küstenlandes gebracht.

Das eiserne Gebot des Krieges hat Frauen, Kinder und Greise aus unsern schönen südwestlichen Grenzländern der angestammten Scholle entrissen. Haus und Hof, Hab und Gut mußten diese bedauernswerten Opfer eines unerhörten Treubruches verlassen; nur das nackte Leben haben sie in sichere Gegenden des geliebten gemeinsamen Vaterlandes gerettet.

Diese Frauen, Kinder und Greise haben im Schweiße ihres Angesichtes statt ihrer Männer gearbeitet, die auf fernen Schlachtfeldern für den Bestand und die ungeschmälerte Erhaltung des Reiches kämpfen und fallen; sie haben für die engere Heimat und für das ganze Reich der Gunst ihres sonnigen Himmels, dem Schoße ihrer heimatlichen Erde die nährende Frucht abringen wollen, die nun ihre Bestimmung nicht erreicht.

Schmerz und Entbehrungen begleiten sie auf der beschwerlichen Fahrt in unbekanntes Land. Zerstreut in fern voneinander liegenden Bezirken und Komitaten, haben sie nur in beschränktem Maße den Trost gemeinsamen Leidens.

Der Staat gewährt den Flüchtlingen Wohnung und Kleidung und eine bescheidene Staatsunterstützung für den Lebensunterhalt. Dies ist aber bei weitem nicht genug, um dem Unglück zu steuern, das die Flucht mit sich bringt.

Mitbürger aller Länder und Sprachen Oesterreichs!

Bietet eure helfende Hand auch diesen bangenden und leidenden Flüchtlingen aus dem Süden! Sie wollen und werden treue Bürger Oesterreichs, treue Untertanen unsres geliebten Kaisers bis zum letzten Hauch ihres Lebens bleiben.

Eure Spenden mögen reichlich fließen zur Linderung von so viel Kummer und Not; die Gabe der Besitzenden, denen Gott ein gleiches Schicksal erspart, ist eine Dankschuld, der sich niemand entziehen sollte.

Beiträge werden vom Landesausschusse von Görz und Gradiska, derzeit in Wien, 1. Bezirk, Franzensring, Reichsratsgebäude, entgegengenommen.

Wien, den 8. Juni 1915.

Leopold Freiherr v. Andrian-Wehrburg, k. u. k. Botschaftsrat.

Dr. Josef v. Baechlé, Reichsratsabgeordneter.

Dr. Max Wladimir Freiherr v. Beck, Geheimer Rat, Ministerpräsident a. D., Mitglied des Herrenhauses, Vizepräsident der Oesterreichischen Gesellschaft vom Roten Kreuz.

Dr. Moritz Benedikt, Herausgeber der „Neuen Freien Presse".

Dr. Richard Freiherr v. Bienerth, Geheimer Rat, Statthalter von Niederösterreich.

Dr. Isidor Bing, Regierungsrat, Vizepräsident der k. k. priv. Frianler Eisenbahn.

Dr. Philipp Brunner, Großindustrieller.

Dr. Josef Bugatto, Reichsratsabgeordneter.

Johann Freiherr v. Chlumecky, Geheimer Rat, Minister a. D., Mitglied des Herrenhauses.

Leopold Freiherr v. Chlumecky, mährischer Landtagsabgeordneter.

Dr. Julius Derschatta Edler v. Standhalt, Geheimer Rat, k. k. Minister a. D., Präsident des Oesterreichischen Lloyd.

Dr. Moritz Ritter v. Ertl, Sektionschef im Ackerbauministerium.

Angelo Ritter v. Eisner-Eisenhof, Herausgeber der Korrespondenz „Information".

Dr. Alois Faidutti, Dompropst, Reichsratsabgeordneter und Landeshauptmann von Görz und Gradiska.

Milosch v. Fesch, Geheimer Rat, Sektionschef im Ministerium für Kultus und Unterricht.

Dr. Pietro v. Flego, Beisitzer des Landesausschusses von Görz und Gradiska.

Dr. Alois Franko, Landeshauptmannstellvertreter von Görz und Gradiska.

Dr. Alfred Freiherr v. Fries-Skene, Geheimer Rat, Statthalter in Triest und im Küstenlande.

Dr. Viktor Freiherr v. Fuchs, Reichsrats- und Landtagsabgeordneter.

Dr. Friedrich Funder, Herausgeber der „Reichspost".

Dr. Albert Geßmann, Geheimer Rat, Minister a. D.

Dr. Wladimir Globocnik Edler v. Sorodolski, Sektionschef und Generaldirektor des Grundsteuerkatasters.

Dr. Anton Gregorcic, Reichsratsabgeordneter und Beisitzer des Landesausschusses von Görz und Gradiska.

Dr. Gustav Groß, Universitätsprofessor und Reichsratsabgeordneter.

Konrad Prinz zu Hohenlohe-Schillingsfürst, Geheimer Rat, Präsident des Obersten Rechnungshofes.

Leopold Kunschak, Mitglied des Landesausschusses in Wien.

Ingenieur Ernst Lauda, Sektionschef im Ministerium für öffentliche Arbeiten.

Dr. Karl Ritter v. Leth, Gouverneur des Postsparkassenamtes.

Alois Prinz von und zu Liechtenstein, Landmarschall des Erzherzogtums Oesterreich unter der Enns.

Georg Freiherr v. Locatelli, Geheimer Rat, Mitglied des Herrenhauses.

Ludwig August Lohnstein, Generaldirektor der Länderbank.

Eduard Markus, Hofrat im Ackerbauministerium.

Dr. Alois Edler v. Marquet, Sektionsrat im Ministerium des Innern.

Rudolf Graf Pace, Großgrundbesitzer.

Dr. Pietro Pinausig, Beisitzer des Landesausschusses von Görz und Gradiska,

Dr. Friedrich Piffl, Kardinal und Fürsterzbischof in Wien, Geheimer Rat.

Dr. Alois Pontoni, Medizinalrat.

Dr. Angelo Freiherr v. Rinaldini, Ministerialrat im Ackerbauministerium.

Max Ripper, Oberinspektor und Leiter der k. k. Landwirtschaftlich-chemischen Versuchsstation in Görz.

Dr. Ignaz Freiherr v. Ruber, Geheimer Rat, Präsident des Obersten Gerichts- und Kassationshofes.

Edmund Freiherr v. Sacken, Ministerialrat im Ackerbauministerium.

Dr. Hermann Ritter v. Schullern zu Schattenhofen, Hofrat und Professor.

Dr. Franz Borgia Sedej, Fürsterzbischof in Görz, Geheimer Rat.

Wilhelm Singer, Herausgeber des „Neuen Wiener Tagblatt".

Dr. Julius Sylvester, Präsident des Abgeordnetenhauses des Reichsrates.

Dr. Heinrich Freiherr v. Slatin, Sektionschef und Kanzleidirektor im Oberststallmeisteramt Sr. Majestät.

Pietro Spadaro, Reichsratsabgeordneter.

Dr. Otto Steinwender, Reichratsabgeordneter.

Dr. Paul Freiherr v. Störck, Generalanwalt des Allgemeinen Verbandes landwirtschaftlicher Genossenschaften in Oesterreich.

Josef Sturm, Regierunsrat, Mitglied des Landesausschusses von Niederösterreich.

Anton Edler v. Tschoyp-Sanmaurello, Ministerialrat a. D.

Dr. August Ritter v. Weeber, Sektionschef, Generaldirektor der k. k. priv. Südbahn.

Dr. Richard Weiskirchner, Geheimer Rat, k. k. Minister a. D., Bürgermeister der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Dr. Moritz Ritter Wimmer v. Walpurg, Ministerialrat im Handelsministerium.

Dr. Heinrich Ritter v. Wittek, Geheimer Rat Minister a. D., Mitglied des Herrenhauses.

* * *

Neues Wiener Tagblatt
19./VII. 1915

98

Die Rückkehr der Flüchtlinge nach Galizien und der Bukowina.

Mit Rücksicht darauf, daß Gesuche der Flüchtlinge um Bewilligung der Rückkehr nach Galizien und der Bukowina unrichtigerweise vielfach auch an das Kriegsministerium, beziehungsweise das Kriegsüberwachungsamt, gerichtet werden, wird darauf aufmerksam gemacht, daß zur Erledigung derartiger Gesuche das k. k. Ministerium des Innern kompetent ist.

Amtsblatt der Stadt Wien
22./VI. 1915

99

Allgemeine Nachrichten.

Frachtfreiheit für Spenden zugunsten der notleidenden Bevölkerung in Galizien und der Bukowina.

Mit sofortiger Gültigkeit bis auf Widerruf, vorläufig jedoch bis längstens 31. Juli 1915, wurde auf sämtlichen im Betriebe der k. k. österreichischen Staatsbahnen stehenden normal- und schmalspurigen Linien für Spenden zugunsten der notleidenden Bevölkerung in Galizien und der Bukowina bei Auflieferung als Eil- oder Frachtgut die gebührenfreie Beförderung unter nachstehenden Bedingungen zugestanden:

1. Die Begünstigung bezieht sich auf Sendungen von Gegenständen aller Art, die für Zwecke des Lebensunterhaltes und der laufenden Wirtschaftsführung der Bevölkerung Galiziens und der Bukowina bestimmt sind und zu diesem Behufe von Privaten im Sinne des Punktes 2 einer politischen Behörde oder einem Lokal-Komitee unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden.

2. Als Empfänger muß in den Frachtbriefen bezeichnet sein:
a) Eine politische (staatliche oder autonome) Behörde oder
b) ein Lokal-Komitee, das sich mit der unentgeltlichen Beteilung der notleidenden Bevölkerung in Galizien und der Bukowina mit Gegenständen der im Punkt 1 bezeichneten Art befaßt.

Bei Einlangen der ersten, an ein derartiges Lokal-Komitee adressierten Sendung haben die Abgabsstationen bei der vorgesetzten k. k. Direktion (Betriebsleitung) die Genehmigung zur gebührenfreien Ausfolgung dieser Sendung einzuholen. Ist diese Genehmigung in einem einzelnen Falle bereits erteilt worden, so bedarf es bei weiteren an das gleiche Lokal-Komitee adressierten Spendensendungen keiner neuerlichen Anfrage bei der vorgesetzten Direktion, beziehungsweise Betriebsleitung.

3. Der Inhaltsbezeichnung in den Frachtbriefen muß schon bei der Auflieferung der Zusatz beigefügt sein: „Freiwillige Gaben zur unentgeltlichen Verteilung an die notleidende Bevölkerung in Galizien und der Bukowina."

Spenden aus dem Auslande sind auch beim Fehlen dieses frachtbrieflichen Zusatzes frachtfrei zu befördern, wenn sie sich unzweifelhaft als Spenden darstellen, was insbesondere dann angenommen werden kann, wenn sie schon im Auslande frachtfrei befördert worden sind.

4. Barvorschüsse und Nachnahmen nach Eingang sind bei Inanspruchnahme der Begünstigung ausgeschlossen.

Ergeben sich in einer Abgabsstation Zweifel, ob es sich bei einer frachtfrei einlangenden Sendung um freiwillige Gaben oder aber um bestellte Lieferungen handelt oder ob die Sendung nicht etwa zu anderen als den oben bezeichneten Zwecken bestimmt ist, so ist die Sendung nur dann frachtfrei auszufolgen, wenn von der als Empfänger bezeichneten Stelle glaubhaft gemacht wird, daß es sich wirklich um Spenden der bezeichneten Art handelt.

In den Frachtbriefen und in den Güterkarten über die gebührenfrei abgefertigten Sendungen sind Nummer und Jahrgang dieser Tarifvorschrift ersichtlich zu machen. (M. D. 6131.)

Neues Wiener Tagblatt
26./III. 1915

101

Konstituierung des großen Hilfskomitees.

Vorgestern fand im Sitzungssaale des Ministeriums des Innern unter dem Vorsitze des Landeshauptmannes von Görz und Gradiska Monsignore Dr. Faidutti und in Anwesenheit des Ministerialreferenten für Flüchtlingsfürsorge Sektionsrates Edlen v. Marquet eine Sitzung des vorbereitenden Komitees zur Bildung eines großen, alle südländischen Grenzgebiete umfassenden Hilfskomitees für die Flüchtlingsfürsorge statt, in welcher der Vorsitzende die Mitteilung machte, daß Erzherzogin Maria Josefa die Bereitwilligkeit ausgesprochen hat, das Protektorat über die eingeleitete Hilfsaktion zu übernehmen. Die Versammlung beschloß einmütig, der Erzherzogin hiefür den Dank zu unterbreiten. Das vorbereitende Komitee führt seine Aufgabe vorläufig in zwei Sektionen: die eine für das Küstenland, die andre für Südtirol. Der ersterwähnten Sektion steht Landeshauptmann Monsignore Dr. Faidutti vor, welchem Abg. Dr. Bugatto als Stellvertreter zur Seite steht; für Südtirol wurde Freiherr Max v. Mersi zum geschäftsführenden Präsidenten und Graf Sizzo-Noris zu dessen Stellvertreter gewählt.

Die Schriftführerarbeiten übernahmen für das Damenkomitee Baronin Tea Lavenna, für das Herrenkomitee Ingenieur Karl Gasser aus Görz. Die konstituierende Generalversammlung des großen Hilfskomitees und die Wahl des definitiven Exekutiv- und Arbeitsausschusses wird in der allernächsten Zeit erfolgen.

* * *

Neues Wiener Tagblatt
26./VI. 1915

102

Die Kriegsfürsorge.

Für die Flüchtlinge aus dem Süden.

Die „Korr. Wilh." versendet die folgende Mitteilung: Dem Vaterland ist ein neuer Gegner erstanden; die Operationen auf dem südlichen Kriegsschauplatz drängen viele Tausende von Staatsangehörigen aus diesen Gebieten zur Flucht in die nördlichen Länder. Für ihre Dirigierung und Unterbringung, für ihre fortlaufende Unterstützung, Ernährung und Bekleidung aus staatlichen Mitteln ist durch besondere Erlässe bereits vorgesorgt. Ebenso werden den Kriegsflüchtlingen aus dem Süden gleichartige Einrichtungen religiöser, kultureller, sanitärer und sozialer Natur zur Verfügung gestellt, wie sie zugunsten der Flüchtlinge aus den nördlichen Gebieten ins Leben gerufen wurden.

Damit ist aber der Fürsorge für die neuen Flüchtlinge nicht Genüge getan! Zu all dem Ungemach, das die Flucht für die betroffene Bevölkerung mit sich bringt, gesellt sich hier — wenigstens bei einem Teil der Flüchtlinge — noch das Moment der sprachlichen und kulturellen Verwandtschaft mit dem neuen Feinde, dessen Treubruch sie daher doppelt bedrückt und in ihnen die Befürchtung erwecken könnte, daß sie im Hinterland einen unfreundlichen Empfang gewärtigen müssen. Dies ist nicht der Fall; im Gegenteil, die Flüchtlinge aus den südlichen Grenzgebieten jeder Nationalität können darauf rechnen, daß sie in gleicher Weise wie die Flüchtlinge aus dem Norden den besonderen Schutz und die spezielle Fürsorge der Behörde genießen werden. Sie können erwarten, daß die Bevölkerung der Gebiete, in welchen sie bis zur Rückkehr in die wieder gesicherte Heimat von Staats wegen untergebracht werden, sie als treue Staatsbürger mit offenem Herzen und hilfsbereitem Entgegenkommen empfängt und durch die Bildung von Hilfskomitees, wo solche noch nicht bestehen, wie durch tatkräftige Zusammenarbeit mit den Behörden ihre schwere Lage nach Tunlichkeit erleichtert. Von den Verwaltungsbehörden wird erwartet, daß sie, wie auf allen andern Gebieten der Kriegsfürsorge, auch hiebei unermüdlich beispielgebend im Sinne der vorstehenden Darlegung tätig sein und Hand in Hand mit den autonomen Organen in gleicher Richtung auch ständig auf die Bevölkerung einwirken werden.

Neue Freie Presse
27./VI. 1915

103

[Eine ukrainische Stadt in Niederösterreich.] Seit Anfang des Jahres ist Gmünd die zweitgrößte Stadt Niederösterreichs. Dank der Fürsorge der Regierung wurde, wie das „Ukrainische Korrespondenzblatt" meldet, in unmittelbarer Nähe der Stadt ein Barackenlager für etwa 30.000 ukrainische Flüchtlinge errichtet. Die Wahl dieser Gegend war sehr glücklich getroffen, da die gebirgige Gegend und unmittelbare Nähe eines Waldes gute Gesundheitsverhältnisse im Lager verbürgen. Am Rande eines Waldes, bloß einige hundert Schritte von einem großen Bach entfernt, bietet das Lager mit seinen über 140 Baracken einen interessanten Anblick. Das ganze Lager bildet einen großen Kreis, in dessen Mitte eine für 3000 Personen bestimmte, mit dem Aufwande von 60.000 K. erbaute Kirche steht. Um die Kirche ist ein großer Freiplatz. Einige hundert Schritte links von der Kirche entfernt befindet sich die Zierde des Lagers, eine Volksschule, umgeben von einem Schulgarten. Eine Volksschule, wie wir ihresgleichen in Galizien nicht besessen haben, erbaut nach allen hygienischen Regeln, mit Kanalisation, Wasserleitung, hohen und geräumigen Klassen, mit hohen Fenstern, hygienischen Bänken, breiten und lichten Gängen, Spucknäpfen usw., mit einem Wort ein entzückendes Muster einer Volksschule. Sicher waren ukrainische Kinder in einer solchen Schule noch nie untergebracht. Diese Volksschule, offiziell Beschäftigungskurse genannt, umfaßt fünf Klassen mit 34 Abteilungen und 1700 Kindern, fünf Analphabetenkurse mit 250 und zwei Kurse für deutsche Sprache mit 120 Besuchern. Zu den Beschäftigungskursen gehören auch die Gewerbeschule mit 150 Schülern (drei Abteilungen) und die Unterrichtskurse im Weißnähen mit 300 Schülerinnen (drei Abteilungen). Die Leitung der Beschäftigungskurse sowie der Unterricht in denselben ruht in den Händen erprobter, erstklassiger ukrainischer Lehrer, die, 25 an Zahl, ihre nicht leichte Aufgabe zur vollständigen Zufriedenheit der Verwaltung sowie der Bevölkerung verrichten. Wie in der Schule, so sind überhaupt die sanitären Verhältnisse als voll befriedigend zu betrachten. Kanäle und Wasserleitungen, Gräben zum Abfließen des Waschwassers sowie Badegräben für Kinder im Freien sind in genügender Menge vorhanden. Das Wichtigste in dieser Hinsicht sind jedoch 14 Barackenspitäler und 2 Ambulatorien, wie man solche in Galizien mit Ausnahme von Krakau und Lemberg nicht zu sehen bekommt. Damit die vorhandenen Arbeitskräfte nicht arbeitslos im Lager herumwandern, wurde ein Arbeitsvermittlungsamt errichtet, das einen Teil der Verwaltung bildet. Täglich werden Hunderte kräftige — besonders weibliche — Arbeitskräfte nach allen Gegenden Oesterreichs, ja sogar nach Deutschland, überführt. Es ist eine Freude, das gesunde und vergnügte Gesicht der nach ihren Arbeitsbestimmungsorten Abgehenden zu sehen.

Vossische Zeitung
29./VI. 1915

104

Süd-Tirol!

Infolge beispiellosen italienischen Vertrags- und Treubruches ist der uralt geheiligte Volksboden Südtirols von der Verwüstung des Krieges schwer heimgesucht. Gerade die deutschen Sprachinseln Südtirols, in denen kerndeutsches Volkstum nicht nur seine Wesensart, sondern auch seine deutsche Muttersprache vor der Verwelschung bewahrt hat, sind zuerst von den Schrecken des Kampfes betroffen worden. Das treue deutsche Dorf Lusern, unmittelbar an der italienisch-tirolischen Grenze gelegen, wurde schon am Tage des Kriegsausbruches von einem italienischen Grenzfort in Trümmer geschossen. Zahlreiche Menschenleben wurden dabei vernichtet, die übrigen retteten in eiliger Flucht kaum das nackte Leben. Das gleiche Los traf das Lusern benachbarte Casotto. Lafraun, St. Sebastian, Vielgereut und andere Stätten alten Deutschtums an der Tiroler Landesgrenze mußten unter dem Geschützdonner der Feinde eiligst geräumt werden und liegen heute gleichfalls zum Teil in Schutt und Asche. Nachbarorte der deutschen Burg Persen im Suganer Tal hatten das gleiche Schicksal.

Das Elend unter den Tausenden von Flüchtigen ist riesengroß. Gewiß bemüht sich die Fürsorge der österreichischen Behörden um Abhilfe der schreiendsten Not. Aber die freiwillige Mitwirkung des deutschen Volkes scheint unerläßlich, um den nach Mitteilung unserer Vertrauensmänner herzerschütternden Jammer der zu heimatlosen Bettlern Gewordenen zu mildern.

Unsere langjährige und erfolgreiche Arbeit zur Erhaltung des deutschen Volkstums in diesen Marken hat im Deutschen Reich Jahr für Jahr werktätige und warmherzige Förderung erfahren.

So vertrauen wir denn auch, daß unsere heutige Bitte um Geldgaben für die armen treutirolerischen und treudeutschen Opfer italienischer Niedertracht offene Herzen und Hände im Reiche finden wird. Vor allem wenden wir uns an alle die, denen das schöne Land Tirol mit dem Firnenglanz seiner Alpenberge und seiner kernigen deutschen urwüchsigen Bevölkerung lieb und vertraut ist, denen es Wanderfreuden und Gesundheitsstärkung geschenkt hat, mit der Bitte:

> Helft uns die Not der Vertriebenen in Südtirol lindern, helft uns dafür sorgen, daß die Jungburschen, Männer und Greise, die heute mit der Büchse in der Hand als Standschützen für sich und für uns des Tiroler Landes Grenze verteidigen, ohne Sorge für Weib und Kind im Kampfe stehen können.

Die langjährigen Beziehungen unseres Vereins zu den Tiroler Grenzlanden bürgen für eine sachgemäße Verwendung der Spenden.

Gaben sind zu richten unter der Bezeichnung „Kriegshilfe für Südtirol“ an unsere Zahlstelle, die Direktion der Discontogesellschaft, Depositenkasse, Berlin W., Kleiststraße 23.

Verein für Deutschtum im Ausland.
Hauptvorstand.
v. Hentig.

Wir erklären uns hiermit auch unsererseits gern bereit, die bei unsern Geschäftsstellen eingehenden, ausdrücklich für die „Kriegshilfe in Südtirol“ bestimmten Beiträge an die zuständigen Stellen weiterzugeben.

Verlag und Redaktion.

Frankfurter Zeitung
30./VI. 1915

105

Der Deutsche Handelstag über den Ersatz von Kriegsschäden.

N Berlin, 26. Juni. (Priv.-Tel.) Der Deutsche Handelstag hat in einer am 21. Juni abgehaltenen Sitzung seines Ausschusses folgende Erklärung abgegeben: Angesichts der großen Schäden, die durch den Krieg entstanden sind, und noch entstehen werden, ist die Frage des Ersatzes dieser Schäden von weittragender Bedeutung. Zu einer Regelung ist nach dem Gesetz über die Kriegsleistungen vom 13. Juni 1873 ein besonderes Gesetz erforderlich. Nachdem der deutsche Handelstag bereits am 22. August 1914 die Aufstellung von Richtlinien von der Reichsverwaltung erbeten hat, sind erst am 18. und 27. April 1915 in der „Nordd. Allg. Zeitung" Veröffentlichungen erschienen, die als Kundgebungen der Reichsverwaltung betrachtet werden können, ohne daß ersichtlich ist, wer die Verantwortung dafür trägt und die darin bekanntgemachten Bestimmungen erlassen hat. Diese Bestimmungen beziehen sich zunächst darauf, bei wem die verschiedenen Arten von Kriegsschäden anzumelden sind. Darüber hinaus wollen sie aber diejenigen Schäden ausscheiden, die nicht anmeldefähig sind, nicht anerkannt und nicht berücksichtigt werden können. Eine so wichtige Entscheidung greift dem zu erlassenden Gesetz vor und kann durch Pressenotizen nicht getroffen werden. Nach der „Nordd. Allg. Zeitung" sollen die Schäden im Reichsgebiet durch die Landesbehörden, die Schäden in den Schutzgebieten durch das Reichskolonialamt und das Reichsmarineamt, die Schäden der Seeschiffahrt durch das Reichsamt des Innern, Abt. 3, andere Schäden durch den Reichskommissar zur Erörterung von Gewalttätigkeiten gegen deutsche Zivilpersonen in Feindesland behandelt werden.

Hierdurch ist der vom deutschen Handelstag auf Veranlassung der Reichsregierung und des preußischen Ministeriums für Handel und Gewerbe und im Einverständnis mit ihnen ausgearbeitete Plan einer Feststellung der Kriegsschäden durch die Handelskammern und den deutschen Handelstag beiseite geschoben worden, obwohl der Reichskanzler (Reichsamt des Innern) erklärt hatte, daß die Aufgabe von keiner anderen Seite gleich gut wie vom deutschen Handelstag zu lösen wäre. Der Ausschuß des deutschen Handelstages nimmt hiervon Kenntnis und ist der Ansicht, daß nunmehr auch eine vermittelnde Tätigkeit der Handelskammern bei der Feststellung der Kriegsschäden nicht mehr in Betracht komme. Hinsichtlich der Abschätzung der anmeldungsfähigen Schäden läßt die Veröffentlichung der „Nordd. Allg. Zeitung" vom 18. April viel zu wünschen übrig. Nach ihrem Wortlaut würden alle Schäden, die durch den Einfall feindlicher Truppen in das Reichsgebiet verursacht sind, in deutschen Schutzgebieten, durch kriegerische Maßnahmen in Feindesland entstanden sind, oder sich auf die Wegnahme, Zurückhaltung oder Festlegung deutscher Seeschiffe beziehen, anmeldungsfähig sein, mag es sich um Sachschäden oder um andere Schäden handeln. Ob dies so gemeint ist, muß dahingestellt bleiben. Bei den Seeschiffen ist der wichtige Fall der Zerstörung unerwähnt geblieben. Bei den Schäden im Feindesland fehlt der wichtige Fall der Schädigung durch die feindliche oder die eigene Kriegsmacht; soweit jene Schäden das Eigentum betreffen, ist übersehen worden, daß das Eigentum nicht nur von Zivilpersonen, sondern auch von Militärpersonen in Betracht kommen kann. Es ist nur von gesetzgeberischen Anordnungen der feindlichen Regierungen die Rede, während wohl von ihren Maßregeln schlechthin gesprochen werden müßte. Während Eigentumsschäden, die Deutschen in Feindesland durch gesetzgeberische Anordnungen der feindlichen Regierungen zugefügt worden sind, für anmeldungsfähig erklärt werden, sollen Verluste an deutschen Privatforderungen im feindlichen Ausland, die durch gesetzgeberische Maßnahmen der feindlichen Regierungen entstanden sind, nicht angemeldet werden. Diese beiden Bestimmungen sind nur dann mit einander vereinbar, wenn unter Eigentumsschäden nur Sachschäden zu verstehen sind. Der Reichskommissar hat aber in einer Kommissionssitzung des Deutschen Handelstages am 10. Mai 1915 erklärt, daß auch Schäden an Forderungen darunter fallen können. Das würde einen Widerspruch ergeben, wie auch die Erklärung des Reichskommissars zu einem Schreiben des Staatssekretärs des Innern v. 23. April 1915 in Widerspruch steht, in dem es heißt, daß die Anmeldung von Ersatzansprüchen, abgesehen von Schäden an Leib und Leben, auf die im Ausland entstandenen Sachschäden, die auf völkerrechtswidrige Handlungen zurückzuführen sind, beschränkt bleiben müsse. In diesem Schreiben ist wiederum die Voraussetzung der Völkerrechtswidrigkeit zu beanstanden, da sie auf Handlungen von Privatpersonen und gewöhnliche Handlungen der Kriegsmacht nicht paßt, ganz abgesehen von der Unsicherheit über den Inhalt des Völkerrechts. Der Ausschuß des Deutschen Handelstages macht auf diese Punkte beispielsweise aufmerksam, um den Wunsch zu begründen, daß die Angelegenheit noch sorgfältiger durchgearbeitet werde.

Zu der Hauptfrage, ob die anmeldungsfähigen Schäden auf die Folgen an Leib und Leben und die Sachschäden zu beschränken seien, nimmt der Ausschuß des Deutschen Handelstages die Stellung ein, daß hierfür nur die Unmöglichkeit, alle Schäden zu ersetzen, spricht, daß aber im übrigen jene Beschränkung der inneren Berechtigung entbehrt. Wenn 1871 der Seeschiffahrt auch andere Schäden ersetzt worden sind, und die auch jetzt in Aussicht genommen wird, dürfen die Interessen anderer Kreise nicht völlig dahinter zurückgesetzt werden. Wenigstens darf nicht von vornherein die Anmeldung anderer als der bezeichneten Schäden ausgeschlossen sein. 1871 sind Sachschäden in vollem Umfange, andere Schäden, abgesehen von der Seeschiffahrt, gar nicht ersetzt worden. Statt dessen müßte man den Kreis der zu ersetzenden Schäden erweitern und andere als Sachschäden nach Maßgabe der verfügbaren Mittel entweder ganz oder nur bis zu einer gewissen Höhe ersetzen.

Neues Wiener Tagblatt
4./III. 1915

106

Das Flüchtlingskomitee für den Süden.

Das unter dem Protektorat der Erzherzogin Maria Josefa stehende Hilfskomitee für die Flüchtlinge aus dem südlichen Grenzgebiete der Monarchie hielt am 1. d. in seinen Amtsräumen 4. Bezirk, Favoritenstraße Nr. 5, eine Sitzung ab in welcher die allgemeinen Richtlinien für die Tätigkeit des Komitees und die innere Organisation besprochen und festgelegt wurden. Aufgabe des Komitees ist es, mit Zustimmung und im Einvernehmen mit der Regierung, den Flüchtlingen aus dem Süden in Ergänzung der staatlichen Fürsorge materiellen und moralischen Beistand zu leisten. Es wurden zwei Unterausschüsse gebildet der eine für die Flüchtlinge, die in Zisleithanien untergebracht sind, der andre für die Flüchtlinge in Ungarn.

Das Bureau ist täglich von 9 Uhr bis 1 Uhr für den Parteienverkehr offen. Die Generalversammlung wird Montag, den 12. d., um 5 Uhr nachmittags in den Räumen des Wissenschaftlichen Klubs, 6. Bezirk, Dreihufeisengasse Nr. 1, stattfinden.

Die Zeit
5./VII. 1915

107

Das Flüchtlingskomitee für den Süden.

Das unter dem Protektorat der Erzherzogin Maria Josefa stehende Hilfskomitee für die Flüchtlinge aus dem südlichen Grenzgebiet der Monarchie hielt am 1. d. in seinen Amtsräumen, 4. Bezirk, Favoritenstraße Nr. 5, eine Sitzung ab, in der die allgemeinen Richtlinien für die Tätigkeit des Komitees und die innere Organisation besprochen und festgelegt wurden. Aufgabe des Komitees ist es, mit Zustimmung und im Einvernehmen mit der Regierung den Flüchtlingen aus dem Süden in Ergänzung der staatlichen Fürsorge materiellen und moralischen Beistand zu leisten. Es wurden zwei Unterausschüsse gebildet, der eine für die Flüchtlinge, die in Zisleithanien untergebracht sind, der andere für die Flüchtlinge in Ungarn. Das Bureau ist täglich von 9 bis 1 Uhr für den Parteienverkehr offen. Die Generalversammlung wird Montag den 12. d. um 5 Uhr nachmittags in den Räumen des Wissenschaftlichen Klubs, 6. Bezirk, Dreihufeisengasse Nr. 1, stattfinden.

Neues Wiener Tagblatt
8/VIII. 1915

108

Wirtschaftliche Kriegsschäden und ihre Vergütung.

Von besonderer Seite.

Die großen Ereignisse in Galizien und der Bukowina rücken die Frage der Vergütung der Kriegsschäden in den Vordergrund. Soweit bisher bekanntgeworden ist, haben vor allem die kleinen bäuerlichen Orte schwer gelitten, von denen manche überhaupt nicht mehr bestehen, wie etwa Turka im Süden oder Rawaruska im Norden Galiziens, andre sind zum Teil durch Brand oder Geschützfeuer zugrundegegangen oder als Hindernisse für den freien Ausschuß gesprengt worden. Auch ländliche Gutsbesitze, Schlösser und zugehörige Parkanlagen wurden ganz oder zum Teil vernichtet. Die Schätzungen der im Laufe des Krieges verursachten Schäden gehen so weit auseinander, und bewegen sich in so riesigen Summen, daß wir uns vorläufig nicht darauf einlassen wollen, Zahlen zu nennen, und es vorziehen, das Ergebnis der amtlichen Erhebungen abzuwarten. Für die beteiligten Kreise der Bevölkerung des Kriegsgebietes lag es allerdings nahe, darauf hinzuweisen, daß Preußen zur vorläufigen Unterstützung seiner von den Russen schwer heimgesuchten Gebietsteile einen Betrag von 400 Millionen Mark gewidmet und zum Teil schon verausgabt hat. Wenn wir auch beiweitem nicht über die gleichen wirtschaftlichen Mittel verfügen wie Deutschland, werden wir voraussichtlich doch in bescheidenerem Umfang jenen Ausgleich herbeizuführen trachten, der den Bewohnern des Kriegsgebietes nach allgemeinem Empfinden und den geltenden gesetzlichen Bestimmungen zukommt. Hier stoßen wir schon auf die Schwierigkeiten der Frage. Die Gesetzgebung regelt dieses gegenwärtig höchst bedeutsame Rechtsgebiet bisher nur zum kleinen Teil.

I. Die staatliche Ersatzpflicht nach dem Kriegsleistungsgesetz 1912.

Durch das Kriegsleistungsgesetz aus dem Jahre 1912 wird der Staat zum Ersatz des Schadens verpflichtet, der durch die letzten kriegerischen Vorbereitungen unmittelbar vor Beginn der Feindseligkeiten von den eigenen Militärkommanden verursacht wurde, beispielsweise durch die Beschlagnahme von Baumaterialien für Befestigungsanlagen, von Wagen und Automobilen zur Beförderung der Truppen u. dgl. Auch die Niederlegung von Gebäuden als Vorbereitung für den noch nicht begonnenen Kampf fällt unter das Kriegsleistungsgesetz; dieses bestimmt auch, in welcher Weise der Wert der von der eigenen Militärbehörde beschlagnahmten Fahrnisse oder Gebäude zu erheben und wie er zu vergüten ist. Mit diesen Bestimmungen endigen die bisher bestehenden gesetzlichen Vorschriften über den Ersatz von Kriegsschäden. Wenn also der Schaden etwa dadurch entstanden ist, daß der Feind die gleichen Kriegsleistungen erzwungen hat, steht dem Beschädigten kein gesetzlicher Ersatzanspruch zu; ebensowenig dann, wenn der Schaden während eines bereits begonnenen Kampfes, sei es von den eigenen Truppen oder vom Feinde, verursacht wurde. Die Kriegsrechtslehrer drücken dies dahin aus, daß „der Krieg ein Unglück, nicht ein Schaden sei".

Es bedarf kaum eines Beweises, daß die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen unvollständig sind und daß sie auch dem allgemeinen Rechtsempfinden nicht ensprechen. Aus der großen Menge der Kriegsschäden, die vor Beginn oder während des Kampfes von eigenen oder feindlichen Truppen verübt wurden, wird ziemlich wahllos eine einzelne Gruppe, nämlich die Kriegsleistungen nach dem Gesetz aus dem Jahre 1912, herausgegriffen und vom Gesetz ein Schadenersatzanspruch gewährt. Die Gesetzgebung mag sich im Jahre 1912 zur Anerkennung einer staatlichen Ersatzpflicht entschlossen haben, um eine Gegenleistung für die Lasten zu bieten, die das Kriegsdienstleistungsgesetz mit sich brachte. Ein zwingender Anlaß, das Kriegsschadenrecht noch weiter gesetzlich auszugestalten, lag damals nicht vor, und so ist es bei der mehr oder weniger rein zufälligen teilweisen Ausgestaltung geblieben. Schon bei den ersten Versuchen einer Anwendung des Kriegsleistungsgesetzes dürfte sich zeigen, daß mit den bestehenden Bestimmungen das Auslangen nicht gefunden werden kann. Vor allem ist die Abgrenzung zwischen Kriegsleistung und Kriegsschaden im wirklichen Leben oft unmöglich. Die Grenze zwischen der Vorbereitung des bevorstehenden Kampfes und dem Kampfe selbst kann vielleicht theoretisch konstruiert werden, aber praktisch wird es oft nicht einmal im Augenblick, wo der Schaden zugefügt wurde, möglich sein, diese Grenze festzustellen, ganz unmöglich in späterer Zeit, etwa erst nach vielen Monaten, wenn amtliche Verhandlungen über den Schaden eingeleitet werden. Wie soll der geflüchtete Bauer, der nach Monaten bei der Rückkehr in die Heimat sein Haus zerstört findet, bescheinigen, daß die Zerstörung von den eigenen Truppen vor Beginn des Kampfes erfolgte? Und wenn er diese Bescheinigung nicht zu erbringen vermag, steht ihm kein gesetzlicher Anspruch aus dem Kriegsleistungsgesetz zu. Die vom Gesetz aufgestellte Grenze zwischen ersatzpflichtigem und nicht ersatzpflichtigem Kriegsschaden erscheint dem Laien auch unbegreiflich, ein Zustand, der manchen gelehrten Juristen vielleicht nicht stört, dem Wert einer gesetzlichen Vorschrift aber immer ein bedenkliches Zeugnis ausstellt.

Der Bauer, dessen Wirtschaft niedergebrannt wurde, wird immer nur sagen, daß er durch den Krieg um Haus und Hof gekommen sei. Die juristischen Feinheiten zwischen Kriegsleistung und Kriegsschaden wird er nie begreifen, und das mit Recht. Die Unterscheidung ist eine künstliche und widerstrebt dem natürlichen Rechtsempfinden; auch würde sie bei ihrer praktischen Anwendung in vielen Fällen zu unerträglichen Folgen führen. Wir brauchen uns nur vorzustellen, daß der mit den gesetzlichen Vorschriften besser vertraute Schloßherr den Ersatz des vor dem Kampfe niedergelegten Gutshofes ansprechen kann, weil er die Formalitäten des Kriegsdienstleistungsgesetzes gekannt und rechtzeitig gewahrt hat, daß dagegen der Bauer, der vielleicht die Sprache des Militärkommandanten nicht verstanden hat, daher mit ihm nicht sprechen konnte, übrigens auch gar nicht wußte, welche Ersatzansprüche ihm zustehen, oder dessen Haus nicht vor dem Kampfe, sondern während des Kampfes vernichtet wurde, einen Schadenersatz nicht ansprechen kann.

(Ein Schlußartikel folgt.)

Neues Wiener Tagblatt 9/VIII. 1915

109

Der Volkswirt.

Wirtschaftliche Kriegsschäden und ihre Vergütung.

Von besonderer Seite.

II. Die wirtschaftliche Existenz und die Schadenvergütung.*)

Es bedarf keiner besonderen Sehergabe, um schon jetzt vorauszusagen, daß die Gesetzgebung oder Verordnungsgewalt des Staates, zwei Begriffe, deren Grenzen während des Krieges ineinanderfließen, voraussichtlich helfend eingreifen werden, um die Mängel des geltenden Kriegsschadensrechtes abzustellen. Eine ausgezeichnete Abhandlung von Doktor Koropatnicki schließt mit den Worten: „Wenn man die Grundsätze, nach welchen die Vergütung der Kriegsschäden in Oesterreich erfolgte, überblickt, muß man zur Ueberzeugung gelangen, daß der Stand unsrer Gesetzgebung den Anforderungen der gegenwärtigen Verhältnisse nicht entspricht." Diese Ansicht kann der allgemeinen Zustimmung sicher sein. Schwieriger ist es allerdings, eine allseits befriedigende Lösung für die Frage des Kriegsschadensrechtes zu finden. In den bisher veröffentlichten rechtswissenschaftlichen Besprechungen finden wir zumeist Erörterungen darüber, inwieweit die Bestimmung des bürgerlichen Rechtes auf Kriegsschäden anwendbar sind. Auch herrscht Streit darüber, ob die alten Hofkanzleidekrete über die Vergütung von Kriegsschäden, die gelegentlich der Kriege mit Frankreich und Italien erlassen worden sind, gegenwärtig noch gelten. Diese im vergangenen Jahrhundert entstandenen Vorschriften auf die Gegenwart anzuwenden, dürfte ebensowenig angehen, als wenn man das alte Exerzierreglement auf moderne Schlachten anwenden wollte. Die Verhältnisse haben sich so gründlich geändert, die Kriege sind soviel werkzerstörender geworden, daß wir mit alten Hofkanzleidekreten kaum das Auslangen finden werden. Wir werden uns also entschließen müssen, neues, für die Gegenwart passendes Recht zu schaffen, eine Arbeit, die nicht so sehr von den juristischen Grundsätzen des Schadenersatzrechtes als von volkswirtschaftlichen Gedanken zu leiten sein wird. Entscheidend ist hier, wie so oft im Leben, vor allem, welche Mittel wir zur Vergütung des Schadens aufzubringen vermögen.

Das Deutsche Reich konnte im Jahre 1871 aus der französischen Kriegsentschädigung von fünf Milliarden alle Kriegsschäden im weitesten Sinne vergüten, und je mehr wir uns an dieses erfreuliche Vorbild zu halten vermögen, um so leichter wird die Frage des Schadenersatzes zu lösen sein. Wir müssen aber immerhin auch mit der Möglichkeit rechnen, daß wir die Kriegsschäden nur in beschränkten Grenzen decken können, und werden uns darüber klar werden müssen, nach welchen Grundsätzen wir bei einer solchen teilweisen Deckung vorzugehen haben. Entscheidend wird sein, welche Lösung der Kriegsschadensfrage dem Staats- und Volkswohl am weitestgehenden entspricht. Die wichtigsten Grundsätze des Kriegsschadenrechtes ergeben sich auf dieser Grundlage von selbst. Der Staat hat das größte Interesse daran, der Bevölkerung im Kriegsgebiet die notwendigsten Grundlagen einer neuen, einfachen wirtschaftlichen Existenz zu schaffen. Er muß dafür sorgen, daß die verödeten Gebiete wieder besiedelt, die Felder bestellt und geerntet werden, die vernichtete Viehzucht neu belebt wird, kurz, er muß einen wirtschaftlich kräftigen und widerstandsfähigen Bauernstand schaffen, der die Volkswirtschaft vom Auslande unabhängig macht und zugleich den Grundstock des Volksheeres bildet. Wir können es daher rund heraussagen, es ist ganz gleichgültig, zu welchem Zweck, wann und von welchen Truppen die Dörfer während des Krieges vernichtet wurden. Wichtig ist nur, daß sie rasch und zweckmäßig wieder aufgebaut und besiedelt werden. Aehnlich sind die Verhältnisse auch in der Industrie. Es ist gleichgültig, von wem eine Mühle, ein Sägewerk, eine Lederfabrik usw. im Kriege vernichtet wurde. Der Staat hat ein wirtschaftliches Interesse daran, der vernichteten Industrie die Möglichkeit zu schaffen, sich gesund und lebensfähig neu zu entwickeln, eine Quelle der Wohlhabenheit für die Bevölkerung und zugleich für den Staat zu werden. Allerdings werden zur Unterstützung der Industrie oft auch staatliche Notstandsdarlehen mit niedriger Verzinsung und mäßigen Rückzahlungsbedingungen genügen, die den Staat nicht übermäßig belasten. Die Neubelebung der durch den Krieg vernichteten Landwirtschaft und Industrie ist also die erste Aufgabe des Kriegsschadenrechtes. Wenn dem Staat nach Lösung dieser Aufgabe noch weitere Mittel zur Verfügung stehen, wird er daran gehen können, kostspieligere Gebäude, Villen, städtische Miethäuser usw. neu aufbauen zu lassen, Ersatz für vernichtete Wohnungseinrichtung zu gewähren, endlich für die Herstellung der im Kriege zugrunde gegangenen Schlösser, Parkanlagen, städtischen Luxusgebäude, zu sorgen und Ersatz für vernichtete Kunstwerke und Sammlungen zu bieten, also vollen Ersatz für allen durch den Krieg verursachten Sachschaden zu gewähren.

Aehnlich werden auch die Grundsätze für die Vergütung des Schadens zu bilden sein, den Personen im Kriege an ihrem Leibe und Leben erlitten haben. Für die Versorgung invalider Militärpersonen und ihrer Angehörigen bestehen bereits Vorschriften, deren weiterer gesetzlicher Ausbau nach den jüngst veröffentlichten Mitteilungen im Zuge ist. Aber auch die Versorgung oder Unterstützung der im Kriege verletzten Zivilpersonen und ihrer Angehörigen ist eine wichtige Aufgabe des Kriegsschadenrechtes. Da Deutschland den Krieg im Jahre 1870 fast durchweg auf französischem Boden geführt hatte, daher nur geringe Sachschäden zu vergüten waren, konnte es bedeutende Beträge zur Vergütung des Personenschadens aufwenden, ja fast vollen Kriegsschadenersatz gewähren. Für uns kommt vor allem die Versorgung der Waisen nach den im Kriege zugrunde gegangenen Zivilpersonen, den in Gefangenschaft verstorbenen Geiseln und die Unterstützung der durch Kriegsverletzungen erwerbsunfähig gewordenen Zivilpersonen in Betracht. Die dem Völkerrecht widersprechende grausame Form der Kriegführung hat zur Folge, daß dieser Teil der Kriegsschäden weit größer ist, als man im allgemeinen anzunehmen geneigt wäre.

Den erörterten Grundsätzen für die Vergütung des Sach- und Personenschadens ist das eine gemeinsam, daß sie sich als eine Notstandsmaßnahme darstellen. Der Staat muß den vom Kriege Heimgesuchten vor allem eine wirtschaftliche Existenz in bescheidenen Grenzen ermöglichen. Reichen die Mittel, dann kann er allmählich weitergehen, bis zum vollen Schadenersatz. Es wird vorsichtig sein, wenn wir uns nach dieser Richtung nicht übertriebenen Hoffnungen hingeben. Die Vergütung der Kriegsschäden ist nur eine der vielen Aufgaben, die nach dem Kriege an die wirtschaftliche Kraft des Staates die denkbar größten Anforderungen stellen werden. Es genügt, auf die Beschaffung des Zinsenerfordernisses für die Kriegsanleihe und die Neuausrüstung der durch den Krieg bis zur Neige erschöpften Heeresmagazine hinzuweisen. In der großen Zeit nach dem großen Krieg wird daher eine in unsrer Staatswirtschaft recht vernachlässigte Tugend wieder zu Ehren kommen, die Sparsamkeit.

*) Ersten Artikel siehe „Neues Wiener Tagblatt" vom 8. Juli.

Neues Wiener Tagblatt
13./III. 1915.

I

110

Das Hilfskomitee für die Flüchtlinge aus dem Süden.

Während unsre heldenhaft kämpfenden Truppen eben daran sind, in unaufhaltsamem Vorschreiten den Flüchtlingen aus dem Norden und Osten der Monarchie ihre Heimat zurückzuerobern, tut sich durch den Treubruch und Verrat Italiens der öffentlichen Fürsorge ein neues Gebiet auf: die Sorge für die Landeskinder, die der welsche Feind von Haus und Hof vertrieben hat. „Erlösen" wollte er den Süden der Monarchie, dem es unter Habsburgs Szepter immer besser ging, als es ihm jemals unter italienischer Herrschaft hätte gehen können; und statt „Erlösung" hat er unsagbares Leid über die reichstreuen Bewohner der Grenzgebiete gebracht und bewirkt, daß sie flüchten mußten aus jenen herrlichen Gegenden, die durch ihre Naturschönheiten uns allen so unendlich teuer sind und die nun Zeugen sind, wie felsenfest unsre heldenhaften Soldaten des Reiches Grenzen wahren.

Der Fürsorge für die Flüchtlinge aus dem Süden gilt die Arbeit des Hilfskomitees, das sich unter dem Präsidium des Ministerpräsidenten a. D. Dr. Max Vladimir Freiherrn von Beck und mit Zustimmung der Regierung kürzlich gebildet und über das Erzherzogin Maria Josefa das Protektorat übernommen hat. Das Komitee will in Ergänzung der staatlichen Fürsorge den Flüchtlingen aus dem Süden materiellen und moralischen Schutz bieten. Es will den zurzeit ihrer engeren südlichen Heimat beraubten Landeskindern die Gewißheit geben, daß ihnen in ihrer Bedrängnis das große Vaterland eine sichere und nachhaltige Stütze ist.

In einer glänzend verlaufenen Versammlung, in der echt österreichische Worte fielen, hat sich gestern nachmittag im Saal des Wissenschaftlichen Klubs das Komitee gebildet. Es hatten sich eingefunden: die Minister a. D. Dr. Ritter von Wittek und Dr. Geßmann, die Statthalter Dr. Freiherr v. Fries-Skene (Triest) und Graf Toggenburg (Tirol), der zweite Präsident des Verwaltungsgerichtshofes Freiherr von Schwarzenau, die Sektionschefs v. Fesch, Dr. Lauda und Ertl, Dr. Freiherr v. Slatin, Graf Marenzi und Gemahlin, Statthaltereivizepräsident Dr. Ritter Wagner v. Kremsthal, Vizegouverneur Dr. Ritter v. Leth, die Ministerialräte Ritter v. Pantz, Dr. Deutsch und Dr. Luzardo, Hofrat Frankfurter, die Sektionsräte Marquet und Culic, Chefredakteur Wilhelm Singer, der Redakteur der „Neuen Freien Presse" Schriftsteller Dr. Julian Sternberg, Schriftsteller Dr. Hans Müller, Gräfin Thun-Buquoy, Baronin Flotow, der Direktor der Kreditanstalt Dr. Spitzmüller, Gemeinderat Dr. Schwarz-Hiller, August Ritter Miller v. Aichholz, Angelo Eisner von Eisenhof, Präfekt der Minoritenkirche Vinzenzo Vinciguerra, der Vizepräsident des Kriegervereines „Tegetthoff" Ludwig Riedel, kaiserlicher Rat Sandor Jaray, Gemeinderat Herold, zahlreiche Damen der Gesellschaft und andre Persönlichkeiten.

Kurz vor 5 Uhr nachmittags erschien die Protektorin Erzherzogin Maria Josefa in Begleitung des Obersthofmeisters Altgrafen August Salm-Reifferscheid und der Hofdame Gräfin Thun. Die Erzherzogin wurde vom Präsidenten des Hilfskomitees, Ministerpräsident a. D. Dr. Freiherrn v. Beck, dem Landeshauptmann von Görz und Gradiska Dr. Alois Faidutti, dem Reichsratsabgeordneten Dr. Josef Bugatto, dem Präsidenten der Sektion Trient des Landeskulturrates von Tirol Dr. Max Freiherrn v. Mersi, dem k. u. k. Konsul Gustav Grafen Sizzo-Noris und dem Generalsekretär des Wissenschaftlichen Klubs Professor Dr. Spatenka empfangen und begrüßt. Freiherr v. Beck geleitete die hohe Frau in den Versammlungssaal. Dann ergriff Ministerpräsident a. D. Freiherr v. Beck das Wort zu einer großzügigen Rede.

Die Rede des Ministerpräsidenten a. D. Freiherrn v. Beck.

Zu Anfang seiner Rede dankte Ministerpräsident a. D. Dr. Freiherr v. Beck der Erzherzogin für die Uebernahme des Protektorats sowie für ihr Erscheinen in der Versammlung. Er betrachte diese beiden Umstände als ein günstiges Vorzeichen für die Aktion; es liege auch ein Trost für die Flüchtlinge in der Anteilnahme der hohen Frau. Allseits werde der Ruf nach Mitarbeit an dem Werke laut. Wir folgen — fuhr Freiherr v. Beck fort — mit Stolz und mit Bewunderung dem siegreichen Fortschreiten unsrer heldenhaften Truppen, wir dürfen uns aber bei aller Siegeszuversicht nicht vor der Erkenntnis verschließen, daß der Krieg viel Jammer und Elend über jüngst noch fruchtbare Gebiete gebracht hat. Die altehrwürdige, glorreiche Monarchie hat durch nahezu ein volles Jahr all die schweren Prüfungen des Krieges mit bewundernswürdiger, jajugendfrischer Kraft ertragen. Im Augenblick, als sich der Sieg an die Fahnen der Verbündeten knüpfte, hat das Königreich Italien unser Land ebenso frevelhaft wie verräterisch mit einem neuen Krieg überzogen, aus dem Hinterhalt eines dreißigjährigen Bündnisses hervorbrechend! Bisher hat noch immer die Sache der Gerechtigkeit triumphiert, und an den eisenharten Heldenherzen unsrer Truppen sind alle Angriffe übermächtiger Gegner abgeprallt. Mit ruhiger Zuversicht können wir auch weiterhin erwarten, daß der Größe des Verrates die Größe der Strafe ebenbürtig sein wird. Schmerzerfüllt gedenken wir der Opfer, die auf dem Schlachtfeld gefallen sind; aber nicht bloß jene sind die Opfer, denen wir die Palmen des Sieges, die Lorbeeren des Helden reichen; auch die Märtyrer, die die Schrecken des Krieges über sich ergehen lassen mußten, sind zu den schwergeprüften Opfern zu zählen.

Tausende und Tausende haben, der gebieterischen Notwendigkeit gehorchend, Haus und Hof, ihre Heimat verlassen und Zuflucht in fernen Gegenden suchen müssen! Auch das sind wahrhaft beklagenswerte Opfer, die wahren Märtyrer des Krieges; denn nur Leiden, nicht aber die Gloriole des Heldenmutes sind ihr beklagenswertes Los! Mit elementarer Plötzlichkeit von der heimatlichen Scholle weggerissen, in Frachtwaggons zusammengepfercht, wurden Gattinnen von Gatten, Kinder von den Eltern getrennt, Familien zerrissen — und so sind sie nach tagelanger Fahrt unter bitteren Entbehrungen an das der geliebten Heimat ferne Ziel gelangt! In fremden Ländern, unter fremden Menschen, wo kein heimatliches Wort an ihr Ohr tönt, müssen sie hausen! Auch eine kühne Phantasie kann sich nicht leicht den Sturm der Gefühle in der Brust dieser Unglücklichen vorstellen, die, losgerissen von allem, was ihnen teuer ist, einem ungewissen Schicksal entgegengehen! Diese Leute wissen, was der Krieg ist! Wir im Hinterlande haben gewiß unsre Pflicht getan und werden sie auch in Hinkunft tun. Aber, was der Krieg ist, wissen wir nicht, so lange wir über die Ringstraße gehen oder die Sommerfrische aufsuchen und nur kleine Unbequemlichkeiten zu ertragen haben! Daß wir nicht wissen, was der Krieg ist, das danken wir dem Heldenmut unsrer Truppen, danken wir aber auch den Leiden der Flüchtlinge, die sie auch für uns erdulden! Der Staat sorgt großzügig und verständnisvoll für die Flüchtlinge; aber er kann nicht alles leisten. Darob kann ihn kein Tadel treffen, so sehr der „wohltemperierte Staatsbürger" auch daran gewöhnt ist, die Regierung allein für alles verantwortlich zu machen! Was der Staat, weil er einer Massenerscheinung gegenübersteht, nicht leisten kann, muß die Privatfürsorge ergänzend leisten! Dies zu tun, ist patriotische Pflicht, weil die von ihrer Heimat Vertriebenen erfahren müssen, daß nicht ihre Scholle allein ihre Heimat ist, sondern daß die wahre Heimat sich ihnen in der großen, weiten Monarchie darbietet!

Neues Wiener Tagblatt
13./III. 1915

II
III

Das Hilfskomitee für die Flüchtlinge aus dem Süden.

Und noch eines — fuhr der Redner fort —, auch die Dankbarkeit verpflichtet uns, für die Flüchtlinge aus Tirol, aus dem Küstenlande, aus Kärnten, aus Dalmatien, für Deutsche, Italiener, Slowenen und Kroaten, zu sorgen. In ihrer Heimat, in den schönen Fluren unsres Südens haben wir Genuß und Erholung gesucht und gefunden, und jetzt müssen wir den unglücklichen Opfern dieses Krieges unsre Dankbarkeit erweisen und ihnen mitfühlende Herzen und hilfsbereite Hand bieten. Zur Durchführung der Hilfsaktion bedarf es freiwillig arbeitender Kräfte und reichlicher Geldmittel! Wem es schwer fallen sollte, uns das zu widmen, der möge dessen eingedenk sein, daß die Väter, Brüder und Söhne im Felde alltäglich, ja allstündlich ihr Leben in die Schanze schlagen. Und wir? Wir sollten nicht unsre materiellen Mittel in die Schanze schlagen?! Wir müssen dasjenige dem edlen Werk opfern, was wir entbehren können! Die Mitglieder des großen Komitees werden als Bindeglieder zwischen der Hilfsaktion und der großen Oeffentlichkeit zu wirken haben; ihre Aufgabe wird es sein, uns Sympathien zu erwerben und uns materielle Unterstützung zuzuführen. Lassen Sie die Hoffnung nicht vergeblich sein, daß Sie im Dienst einer edlen Sache Großes leisten werden!

Diese echt patriotische Rede, die den in der großen Zeit allein wahren Standpunkt so glücklich vertrat, fand an vielen Stellen einmütigen Beifall und wurde auch am Schlusse mit einem Beifallssturm aufgenommen. Waren doch die Worte allen aus der Seele gesprochen.

Die weiteren Reden.

Nach Baron Beck sprach Landeshauptmann Monsignore Faidutti, der sein Bedauern aussprach, daß der Bischof in Görz der Einladung nicht Folge leisten konnte. Er betonte, daß die Bevölkerung von Görz und Gradiska mit großer Zuversicht und in treuer Anhänglichkeit und Liebe zu Seiner Majestät dem Kaiser emporblicke. Redner brachte ein Hoch auf den Monarchen aus, das einen Sturm der Begeisterung auslöste.

Dann sprach Präsident Dr. Freiherr v. Mersi, der das grenzenlose Elend der Flüchtlinge schilderte. Er erzählte, wie sie Hab und Gut verlassen mußten, und betonte, daß die Treulosigkeit Italiens wohl nirgends solche Empörung hervorgerufen habe, wie in Tirol.

Nach Dr. Faidutti sprach Reichsratsabgeordneter Dr. Bugatto, der zunächst dem Schriftsteller Dr. Hans Müller für seinen Artikel „Dank an den Süden" und die großen Verdienste, die er sich mit ihm erworben, dankte. Er gab sodann eine Darstellung des Wesens der Flüchtlingsaktion und des Verhältnisses der Aktion der privaten Fürsorge zur staatlichen Fürsorge.

Redner hob dankend hervor, daß munifizente Spenden für die Aktion schon eingelaufen seien. An der Spitze stehe die hochbeglückende Spende Seiner Majestät des Kaisers, dann die des Thronfolgers Erzherzog Karl Franz Josef. Auch die Regierung habe an der Hilfsaktion schon teilgenommen. Dr. Bugatto gedachte der großen Spende der 94. Infanterietruppendivision und erwähnte, daß auch auf Anregung des Statthalters von Triest Dr. Freiherrn v. Fries-Skene ansehnliche Spenden eingelaufen seien, so aus dem Stadtgebiet Triest allein mehr als 80,000 K. Dann gedachte Redner dankend auch der Gemeinde Wien, vieler Korporationen und einzelner Persönlichkeiten. Die Spenden sollen öffentlich ausgewiesen werden. Schließlich dankte Redner auch dem Gemeinderat Schwarz-Hiller für seine erfolgreichen und mühevollen Leistungen auf dem Gebiete der Flüchtlingsfürsorge.

Nach der Rede schloß Ministerpräsident a. D. Freiherr v. Beck um 6 Uhr die Versammlung mit den Worten: „Der Himmel segne, der Himmel beschütze die ehrwürdige Gestalt unsres erhabenen Kaisers! Seine Majestät der Kaiser lebe hoch, hoch, hoch!" Begeistert stimmten die Anwesenden in den Hochruf ein. Dann brachte Baron Beck noch ein jubelnd aufgenommenes Hoch auf die glorreiche Armee und die ihr treu verbündeten Truppen: „Sieg und Ruhm begleite sie! Sie leben hoch!" In gehobener Stimmung verließen die Teilnehmer den Saal.

Nach der Versammlung zeichnete Erzherzogin Maria Josefa Statthalter Dr. Freiherrn von Fries und Statthalter Grafen Toggenburg durch kurze Ansprachen aus. Sie verabschiedete sich von Freiherrn v. Beck und den Herren des Präsidiums und verließ das Gebäude.

Neues Wiener Tagblatt
13./VII. 1915

112

* (**Eine Danksagung galizischer Lehrer an Wiener Persönlichkeiten.**) Wie man weiß, wurden im Dezember in den Lokalitäten des k. k. Erzherzog Rainer-Realgymnasiums, 2. Bezirk, Sperlgasse Nr. 2, und des Gymnasiums, 3. Bezirk, Sophienbrückengasse Nr. 22, die Beschäftigungskurse für Mittelschüler aus Galizien und der Bukowina eröffnet. Es war bei den Einschreibungen in der Sophienbrückengasse, wo sich allein 550 Schüler meldeten, ein solcher Andrang, daß die Hinzuziehung der zweiten Anstalt im 3. Bezirk nötig wurde, so daß die Gesamtzahl der Schüler auf 1500 wuchs. Außerdem wurde dann aber auch noch ein eigener Kurs für Mädchen errichtet, der 250 Frequentantinnen zählte. Der Leiter dieser Beschäftigungskurse, Professor Sigismund Turteltaub, macht uns nun im eigenen Namen des Lehrkörpers die Mitteilung, daß die meisten Lehrkräfte nach der Wiedereroberung des weitaus größten Teils von Galizien von ihren vorgesetzten Behörden aufgefordert wurden, in die befreiten Gebiete zurückzukehren und ihre Berufspflicht wieder aufzunehmen, weshalb die meisten der zurückberufenen Herren bereits morgen die Rückreise antreten. Gleichzeitig übermittelt uns Professor Turteltaub eine Zuschrift, in welcher er in ihrer aller Namen sowie im Namen der Eltern ihrer 1700 Schüler und Schülerinnen den magistratischen Behörden unsrer Stadt für die tiefe und stets aufs regste bewiesene Sorglichkeit, die man den Leitern und Lehrern diesen Schülern auf Schritt und Tritt entgegenbrachte, den wärmsten Dank ausspricht. In ganz besonders hervorragender Weise danken Eltern und Lehrer dem Vizepräsidenten des k. k. Landesschulrates Herrn Koß von Sternegg und Herrn Statthaltereirat Schlager, die die Gründung der Beschäftigungskurse und die Unterbringung in den beiden Lokalitäten ermöglichten. Diese beiden, um ihrer ausgezeichneten Wirksamkeit willen weitbekannten Funktionäre haben namentlich auch die Eröffnung des Mädchenkurses in wohltuendster Gesinnung gefördert und den Kursleitern das wichtige Recht der Zeugnisausfolgung erwirkt, so daß für die Schüler das Schuljahr nicht verloren gegangen ist. Ferner stattet der Lehrkörper, der Fürstin Lubomirska, die das Protektorat der Kurse übernommen hatte und sie in munifizentester Weise förderte, sowie dem Gemeinderat Dr. Rudolf Schwarz-Hiller, ihren Dank ab, der für die Schüler ermäßigte Straßenbahnfahrten erwirkte, über 400 arme Schüler mit Kleidungsstücken versah, und in so manchem Falle auch aus eigenen Mitteln das Schulgeld entrichtete. Finanzielle Unterstützungen ließen den Schülern auch Professor Dr. Siegmund Feilbogen und die Kultusgemeinde zuteil werden. In überaus wohltätiger Weise nahmen sich weiter der Vizepräsident des galizischen Landesschulrates Doktor Ignaz v. Debowski, der Delegierte des galizischen Landesschulrates Hofrat Dworski und dessen Vertreter Professor Sternbeck der Sache an. Schließlich ist zu erwähnen, daß ungefähr hundert Studenten durch den Bezirksvorsteherstellvertreter der Leopoldstadt Klebinder nebst den erforderlichen Studiengeldern auch weitere Subventionen erhalten hatte, die ihnen den Aufenthalt in Wien ermöglichten. Gelegentlich des Hinscheidens des Vaters eines der Studenten wurden durch die Bezirksvorstehung die Begräbniskosten gedeckt und den Hinterbliebenen auch ein Betrag zur Verfügung gestellt, der sie in Stand setzte, die schwere Zeit ohne jede Sorge zu überdauern.

Frankfurter Zeitung
14./VII. 1915

113

An die deutschen Flüchtlinge aus Großbritanien, Irland und den britischen Kolonien.

In immer größeren Scharen treffen aus Großbritannien ausgewiesene Reichsdeutsche, vornehmlich Frauen und Kinder, in der Heimat ein. Während die britische Regierung die Männer, teilweise weit über das militärpflichtige Alter hinaus, in ihre Gefangenenlager abführt oder im Lande festhält, schiebt sie andere Deutsche ab. Es scheint, als ob sie sich nicht mehr die Kraft zutraue, sie vor erneuten Ausbrüchen der Wut des Pöbels zu schützen. Unter dem Eindruck dieser Notstände hat sich kürzlich in Berlin ein Ausschuß für deutsche Flüchtlinge aus Großbritannien, Irland und den britischen Kolonien gebildet.

Dieser Ausschuß will die Flüchtlinge sammeln. In verschiedenen Städten will er Zusammenkünfte einrichten, auf denen die Flüchtlinge, die sonst ohne Fühlung miteinander sind, ihre Erfahrungen austauschen und Anschluß finden können. Neben dieser Sammelarbeit steht die Arbeit des Aufklärens. In engster Fühlung mit den Reichsbehörden und dem Verein für das Deutschtum im Ausland will er jedem einzelnen, soweit es irgend möglich ist, mit Rat und Tat zur Seite stehen, die notwendigen Schritte zur Sicherstellung seines Eigentums in Feindesland zu tun. Er will auch unterstützen. Unbemittelte sollen durch die zuständigen Stellen vor der dringendsten Not bewahrt werden. Denen, welche im Auslande Vermögenswerte besitzen, von denen sie keine Einkünfte beziehen können, sollen Darlehen vermittelt werden, soweit es nötig und möglich ist. Endlich will der Ausschuß die wirtschaftlichen Interessen der Auslandsdeutschen aus Großbritannien vertreten. Mag der einzelne nach ehrenvoll erkämpftem Frieden nun dauernd in der Heimat bleiben oder wieder in die Fremde gehen als Pionier deutscher Arbeit und deutschen Wesens, es ist nubedingt nötig, daß bei den Friedensverhandlungen die besonderen Interessen der deutschen Flüchtlinge nicht nur einzeln vorgebracht, sondern, daß diese Einzelwünsche von einem Gesamtausschuß vorher bearbeitet und dann mit größerem Nachdruck in ihrer Gesamtheit vertreten werden.

So ergeht hiermit an sämtliche deutschen Flüchtlinge aus Großbritannien, Irland und den britischen Kolonien die dringende Bitte, sich sofort auf diesen Aufruf hin beim unterzeichneten Ausschuß zu melden und dabei den bisherigen Wohnort nebst Beruf und den jetzigen Aufenthalt anzugeben. Erst wenn eine vollständige Adressenliste vorliegt, kann die Arbeit des neuen Ausschusses erfolgreich sein. Allen, die sich melden, werden nähere Mitteilungen zugehen.

Der Ausschuß für vertriebene Reichsdeutsche aus Großbritannien, Irland und den britischen Kolonien.
Berlin SW. 11.
Prinz-Albrechtstraße 5, Abgeordnetenhaus (Obergeschoß).

Neues Wiener Tagblatt ·
14./III. 1915

114

Heimkehr der Flüchtlinge.

Die Neuorganisation des Dienstes der Reiselegitimationen für Galizien, die Bukowina und nach dem Süden.

Vor der Staatsrealschule Schottenbastei Nr. 7 herrscht seit einigen Tagen ein ungewohntes Treiben. Männer, Knaben, Frauen und Mädchen, Priester verschiedentlicher Konfession, elegant und ärmlich gekleidete Leute verlassen das Schulgebäude, während andre unablässig in die Anstalt strömen, vor deren Eingang zwei Wachleute postiert sind. Es ist ein ewiges Kommen und Gehen, ein Gewimmel wie in einem Bienenstock. Die Anstalt scheint ihren Charakter gewandelt zu haben, was auch der Fall ist, indem sie, allerdings nur zeitweilig, ein Annex der Polizeidirektion geworden ist. Wie das gekommen? Die Agenden der Wiener Polizeidirektion haben sich seit Ausbruch des Krieges bedeutend erhöht und seit zirka sechs Wochen infolge des Zurückflutens der Flüchtlinge aus Galizien und der Bukowina in ihre Heimat noch eine weitere außerordentliche Steigerung erfahren. Der Andrang behufs Erhalts von Reiselegitimationen schwoll von Tag zu Tag derart an, daß er, trotzdem der große Hof und der große Sitzungssaal der Polizeidirektion für die Behandlung der betreffenden Gesuche zur Verfügung standen, nicht mehr bewältigt werden konnte. Da hieß es denn Rat schaffen!

Es handelte sich ja darum, den Tausenden und aber Tausenden von Flüchtlingen, denen nach langen, bangen Monaten der aus tiefster Seele ersehnte Moment der Heimkehr winkt, mit der gebotenen Raschheit und in der nötigen humanen Weise entgegenzukommen; und das erheischte eine sofortige Neuorganisation des Dienstes für Reiselegitimationen, und Polizeipräsident Baron Gorup hat sie förmlich im Handwenden musterhaft vollzogen. Er setzte sich mit dem Bürgermeister Dr. Weiskirchner und dem Landesschulrat in Verbindung und erwirkte, daß ihm die Räumlichkeiten der Staatsrealschule, Schottenbastei Nr. 7, zur Verfügung gestellt wurden für Zwecke der Auskunftsstelle, in welchem Amte die Reiselegitimationen für alle in den Etappengebieten gelegenen Orte Oesterreich-Ungarns ausgestellt werden. Das gilt natürlich in erster Linie für die nach Galizien und der Bukowina heimkehrenden Flüchtlinge, aber auch für diejenigen, die nach den südlichen Provinzen reisen. Und nun einen Blick auf den Dienst, der in folgender Weise organisiert wurde. An der Haupttreppe stehen zwei Wachleute, die die eintretenden Parteien höflich um ihr Reiseziel befragen, nach dessen Angabe jeder Legitimationswerber eine Nummer erhält, rot oder blau — und zwar rot für diejenigen, die nach Galizien, der Bukowina oder Ungarn reisen; nach den ersteren Ländern ist im allgemeinen die Rückkehr gestattet: nach West- oder Südostgalizien, einschließlich der Bezirke Mielec, Kolbusznowa, Rzeszow, Borszow, Dobromil, Stary-Sambor, Turka, Skole, und nach der Bukowina überallhin mit Ausschluß der politischen Bezirke Kozman, Zastawna sowie des Gerichtsbezirkes Sadagora. In die weiter östlich gelegenen Bezirke Galiziens ist die Rückkehr aber nur dann gestattet, wenn die Reise entweder im militärischen oder öffentlichen Interesse, oder für Zwecke des wirtschaftlichen Verkehres, oder aus schwerwiegenden Familienrücksichten unternommen wird. Blaue Nummern werden jenen Legitimationswerbern eingehändigt, deren Reiseziel im Etappengebiet des südwestlichen Kriegsschauplatzes liegt, also in allen Orten südlich von Innsbruck exklusive, Schwarzach-St. Veit exklusive, Zeltweg exklusive, Pragerhof inklusive, Csakathurn inklusive, Murakeresztur exklusive, Gyekenyes inklusive und Barcs inklusive.

Nach Empfangnahme der entsprechenden Nummer werden die Legitimationswerber in die verschiedenen Warteräume geleitet; die Galizianer und die Bukowinaer in den großen Turnsaal, in dem bei zweihundert Stühle aufgestellt sind, und die nach dem Süden Reisenden in den andern kleineren Wartsaal. Von Zeit zu Zeit erscheint ein Wachmann, der zirka 15 Legitimationswerber in ein im Hochparterre gelegenes Schulzimmer führt, wo derzeit drei Konzeptsbeamte, und zwar Oberkommissär Tomaier, Kommissär Dr. Gans und Konzeptspraktikant Hantsch, amtieren. Auf Grund der oben erwähnten Demarkationen beurteilen sie, ob dem Legitimationswerber die Rückkehr gestattet werden kann oder nicht. Wird sie ihm gestattet, so wird ihm noch an demselben Tag die für die Rückkehr berechtigende Legitimation ausgefolgt.

Um bei dem großen Andrang eine raschere Abfertigung zu ermöglichen, ist für die Ausfertigung dieser Legitimationen ein separates Lokal bestimmt. Diese neue Organisation des Dienstes, dessen Leitung dem Vorstand des Paßamtes der Polizeidirektion Wien, Polizeirat Schohay untersteht, funktioniert seit Montag, den 12. d., im genannten Schulgebäude. Gleich am ersten Tage wurden bei einem Parteienverkehr von zirka 3000 Personen 962 Legitimationen und ungefähr 350 Freifahrtanweisungen ausgefertigt! Diese Zahlen, die stetig wachsen, geben einen Begriff von dem gewaltigen Arbeitspensum, das dieser Dienst in einem Tag erledigt. All das vollzieht sich trotz des beschleunigten Verfahrens ohne jede Nervosität und mit der Präzision eines Uhrwerkes. Die Beamten und Wachleute verkehren mit den Parteien in den urbansten Formen, hören freundlich alle Wünsche an und erteilen bereitwillig Auskünfte und Belehrungen. Man hat die wohltuende Empfindung, daß in diesem polizeilichen Organismus, der mit sparsamen Mitteln eine solche Arbeitslast bewältigt, auch ein mitfühlendes Herz für die Tausenden schlägt, die von der Kriegsnot in so herber Weise betroffen worden sind. Dem Polizeipräsidenten Baron Gorup darf man zu dieser in jeder Hinsicht musterhaften und von humanem Geist beseelten Organisation herzlich gratulieren.

Neues Wiener Tagblatt
22./VII. 1915

115

Die Heimkehr der galizischen Flüchtlinge.

Abreise von ungefähr 40,000 Menschen.

Ein Aufruf des Ministers des Innern Baron Heinold, den wir vorgestern veröffentlicht haben, fordert die Flüchtlinge aus West- und Mittelgalizien zur Heimkehr auf. Es handelt sich um 23 galizische Bezirke, die etwa 1500 Gemeinden umfassen, wohin die geflüchtete Bevölkerung nun zurückströmen soll. Binnen drei Wochen dürften annähernd 30,000 bis 40,000 Flüchtlinge, nach fast einjährigem Aufenthalt in Wien, wieder in ihre Heimat zurückkehren.

Fast ein Jahr ist seit dem Ausbruch des Krieges verflossen, und gleich am Beginn der Feindseligkeiten mußten die Bewohner Ostgaliziens fluchtartig ihre Heimat verlassen, um sich vor dem Feinde, der in der brutalsten Weise gegen die Angehörigen der Monarchie vorging, zu schützen. Mit den geringsten Habseligkeiten, oft nur in dürftigster Kleidung flüchteten die Bewohner der galizischen Dörfer und Städte, eilten zur Bahn und wußten zumeist selbst nicht, wohin sie der Zug, den sie in aller Eile bestiegen hatten, bringen werde. Es ist begreiflich, daß sich der größte Teil des Flüchtlingsstromes Wien, der Zentrale des Reiches, zuwandte. Die meisten der Flüchtlinge hatten Wien nie gesehen und waren in größter Kümmernis und in bangster Sorge über ihr ferneres Schicksal.

Sie fanden hier die gastlichste Aufnahme. Nachdem die Bezirksvertretung Leopoldstadt die ersten Arbeiten zur Unterbringung der Flüchtlingsmassen getroffen hatte und der Bürgermeister in bereitwilligster Weise die Mittel für ihre erste Versorgung zur Verfügung gestellt hatte, wurde die Zentralstelle für Flüchtlinge geschaffen, die unter der Leitung des Gemeinderates Dr. Schwarz-Hiller sowohl in organisatorischer wie in charitativer Weise mustergültige Einrichtungen für die Flüchtlinge ins Leben gerufen hat. In der wohltätigsten Weise machten sich die Hilfsaktionen geltend, die von Frau Anitta Müller auf dem Gebiete der Säuglings- und Wöchnerinnenfürsorge geschaffen wurden. Außerdem bildeten sich zahlreiche Komitees, welche sich die Aufgabe stellten, den Flüchtlingen, die von Haus und Hof vertrieben waren, den Aufenthalt in der Großstadt zu ermöglichen und zu verbessern.

Wie erwähnt, wurden von der Rückkehrsverfügung ungefähr 30,000 bis 40,000 Flüchtlinge betroffen. Es wird eine strenge Kontrolle geübt werden, ob die seinerzeit nach Wien gekommenen Flüchtlinge nach den nunmehr freigegebenen Gegenden innerhalb der angeordneten Frist abgereist sind. Personen, die nicht transportfähig sind oder bei denen besondere Gründe geltend gemacht werden können, die ihr weiteres Verbleiben in Wien rechtfertigen, müssen rechtzeitig diesbezügliche Gesuche einbringen.

Neues Wiener Tagblatt
22./III. 1915

116

* **(Ein Aufruf der Kantoren.)** Wir erhalten einen vom Oberkantor der Israelitischen Kultusgemeinde in Wien Don Fuchs sowie von den Oberkantoren S. Löwy und L. Müller und den Kantoren Isidor Löwit, Z. Smotritzky, B. Ilmer, M. Harendorf, W. Weißmann, M. Matyas, M. B. Kaufmann, J. Schleifer und G. Margulies unterzeichneten Aufruf, in welchem um Beiträge zur Linderung der großen Not der aus Galizien und der Bukowina geflüchteten Kantoren, Tempelsänger und Chordirigenten gebeten wird, die durch den Krieg am härtesten geschädigt wurden. „Ihnen droht" — so heißt es in dem uns zugegangenen Schreiben — „neben dem Verlust ihrer Habe, der Zerstörung ihres Wohnsitzes der Verlust ihres teuersten Gutes, des einzigen Besitzes, auf den sie ihren Familienstand gründeten — der Verlust ihrer Stimme. Das Elend des Exils, die Unbilden des Wetters stürmen immer aufs neue auf sie ein, und jede Erkrankung, jede Gefährdung ihrer Gesundheit raubt ihnen Stück für Stück die Hoffnung auf eine bessere Zukunft. Die öffentliche Unterstützung reicht bei den stetig steigenden Nahrungsmittelpreisen fast nicht mehr zur Erhaltung des nackten Lebens hin. In die freudige Hoffnung, in absehbarer Zeit wieder in die alte Heimat zurückkehren zu können, mischt sich leider nur allzu begründete Angst, ihre geliebte Heimstätte verwüstet, von vandalischen Horden ausgeraubt, unbewohnbar zu finden und, mangels jeglicher Habe und entblößt von allen Mitteln, einer vielleicht noch traurigeren Zukunft entgegenzugehen. Die Folgen solcher Not und solchen Elends zu mildern und zu mindern hielten wir, Kollegen dieser Exilierten, für eine hohe Gewissenspflicht, und richten hiemit vertrauensvoll an die Oeffentlichkeit die Bitte, aus den bestehenden Unterstützungsfonds einen Teil diesen armen Unglücklichen zu widmen, ihrer Frauen und Kinder zu gedenken, die in Not zu verkommen drohen." Jede Spende wird in der „Oesterreichischen Wochenschrift" ausgewiesen.

Neues Wiener Tagblatt
28/VII. 1915

118

Unterstützungskomitee für notleidende Kantoren aus Galizien.

Bekanntlich hat sich unter dem Präsidium des Oberkantors Don Fuchs ein Komitee zur Unterstützung der notleidenden flüchtigen Kantoren, Chordirigenten und Tempelsänger aus Galizien und der Bukowina gebildet, dessen werktätige Hilfsaktion noch nicht als abgeschlossen betrachtet werden darf. Die unterstützungsbedürftigen Familien befinden sich fast alle noch am Ort ihres Exils und sind zum Teil konfiniert oder interniert, so daß das Komitee (das mit dem Oesterreichisch-ungarischen Kantorverein nicht identisch ist) noch in letzter Zeit namhafte Beträge, zum Beispiel im Monat Juli allein 2500 K., diesen Familien zuwenden mußte. Tag für Tag laufen neue Gesuche um Unterstützungen ein, die das Komitee nach dem Maße seiner Mittel so rasch als möglich erledigt. Aber obgleich im Laufe der letzten Monate nahezu 15,000 K. an Unterstützungen dieser Art verteilt wurden, genügt das kaum, um die allernotwendigsten Bedürfnisse zu befriedigen, denn die Zahl der vom Komitee bedachten Notleidenden umfaßt fast 400 Personen. Die gegenwärtig durch die hochherzige Aktion unterstützten Kantorenfamilien befinden sich derzeit alle in Wien oder in den ihnen zugewiesenen Konfinierungs- und Internierungsorten, wo sie noch, wie wir, unter den herrschenden Teuerungsverhältnissen bittere Entbehrungen erdulden. Bei dem siegreichen Vorgehen unsrer heldenmütigen Truppen ist aber die Rückkehr in ihre Heimat in nahe Aussicht gestellt, so daß das Komitee aufs neue mit der dringenden Bitte an die Oeffentlichkeit appelliert, der flüchtigen Kantoren, Chordirigenten und Tempelsänger zu gedenken, ihnen bei der Rückkehr in ihre verarmten Gemeinden, in ihre ausgeraubten und verwüsteten Heimstätten zur Wiederaufrichtung derselben beizustehen und sie über die erste und schwerste Zeit hinwegzubringen. Das Komitee, dessen Obmann Oberkantor Don Fuchs ist, enthält noch die Namen: Erster Kantor Matthias Matyas, Erster Kantor M. B. Kaufmann, Erster Kantor J. Schleifer, Erster Kantor G. Margulies, Oberkantor S. Löwy, Oberkantor L. Müller, Kantor und Chordirigent Isidor Löwit, Kantor B. Smotritzky, Kantor B. Ilmer, Kantor M. Harendorf und Kantor M. Weißmann.

Spenden sind an den Obmann Don Fuchs, Wien, 1. Bezirk, Postgasse Nr. 16 (Postsparkassenkonto Nr. 28127), zu senden.

Neue Freie Presse Abendbl
11./VIII. 1915.

114

Der Wiederaufbau der durch den Krieg zerstörten Gebiete.

Wien, 11. August.

Unter dem Vorsitze des Oberbaurates Ferdinand Fellner fand heute abend im Festsaale des Industriegebäudes eine Versammlung von Vertretern der an dem Wiederaufbau der durch den Krieg zerstörten Gebiete interessierten Berufskreise statt, zu welcher auch Vertreter sämtlicher Ministerien erschienen waren.

In den ersten Bänken bemerkte man Sektionschef Simonelli und Sektionsrat Kretschmer vom Ministerium des Innern, Sektionschef v. Schauer vom Justizministerium, Oberst Egger vom Kriegsministerium, Hofrat Ritter v. Förster-Streffleur vom Unterrichtsministerium, Oberfinanzrat Dr. v. Bärnklau vom Finanzministerium, Hofrat Föltz vom Ministerium für öffentliche Arbeiten, die Ministerialsekretäre Dr. Baron Mersi vom Eisenbahnministerium, Dr. Sachsel vom Ackerbauministerium und Dr. Sirowatka vom Handelsministerium, dann den Leiter des Gewerbeförderungsamtes Hofrat Vetter, den Präsidenten des Technologischen Versuchsamtes Oberbaurat Hanisch, Hofrat Maresch, die Abgeordneten Dr. Bodirsky, Doktor Freißler, Friedmann, Jedek und Dr. Waber, den Stellvertreter des Magistratsdirektors Obermagistratsrat Pawelka, Maler Ranzoni u. a. Vertreten waren der Bund Oesterreichischer Industrieller, der Zentralverband der Industriellen, Industriellenklub, Handels- und Gewerbekammer, Ingenieur- und Architektenverein, Niederösterreichischer Gewerbeverein, niederösterreichische Ingenieurkammer, Zentralverband der österreichischen Kaufleute, Verein der österreichischen Zivilgeometer, Delegation der Baumeister Oesterreichs, Oesterreichischer Betonbauverein, Wiener Baugesellschaft, Allgemeine Oesterreichische Baugesellschaft, Aktiengesellschaft für Bauunternehmen, Zentralverband der Baugewerbetreibenden Niederösterreichs, Aktiengesellschaft der Wiener Ziegelwerke, Zentralstelle für Wohnungsreform, Heimatschutzverband.

Nachdem Oberbaurat Fellner die Versammlung begrüßt hatte, erstattete Oberbaurat Professor Theodor Bach das Referat. Er besprach die in Galizien und in der Bukowina verursachten Schäden und berechnete den Aufwand für die Wiederherstellung sämtlicher zerstörten und beschädigten Baulichkeiten mit anderthalb bis zwei Milliarden. Die Schadenerhebungen müßten so vorgenommen werden, daß sie den berechtigten Anforderungen der Beschädigten und der Leistungsfähigkeit des Reiches entsprechen. Bei Wiederherstellung der Baulichkeiten müssen die Anforderungen der Hygiene und auch des künstlerischen Motivs berücksichtigt werden. Redner bezeichnete es als eine sehr wichtige Aufgabe, zu verhindern, daß nach dem Kriege eine allgemeine Steigerung der Kosten der Lebenshaltung eintrete, weil die Zahl der auf ein festes Einkommen angewiesenen Personen nach dem Kriege durch die als Rentner auftretenden Invaliden wesentlich vermehrt sein werde und bei einer allgemeinen Teuerung Erscheinungen auftreten müßten, welche die Segnungen eines Friedens zunichte machen würden. Der Vortragende stellte hernach folgende Forderungen auf: Förderung der gemeinnützigen Bautätigkeit zur Hebung des Heimatsgefühles der Bevölkerung, namentlich des Bauernstandes; Schaffung einer Stelle, welche die Bevölkerung in allen technischen und finanziellen Baufragen zu beraten hätte; Anlegung von Stadterweiterungs- und Besiedlungsplänen; Revision der bestehenden Bauordnungen; Gründung von Baustoffeinkaufsgesellschaften auf gemeinnütziger Grundlage; Errichtung einer Kreditstelle mit Zweigstellen nach dem Muster des Wohnungsfürsorgefonds; Schaffung einer Geländeübernahmsstelle behufs Einflußnahme auf die Bodenbewertung; Förderung der Baugesellschaften und -genossenschaften zwecks Einflußnahme auf den Bodenpreis. Der Redner betonte zum Schlusse seiner Ausführungen unter dem stürmischen Beifall der Anwesenden, daß in der wichtigen Frage der Wiedererstehung der zerstörten Gebiete die Mitwirkung der Faktoren des Wirtschaftslebens und der Vertreter der Bevölkerung des ganzen Reiches von der Regierung in Anspruch genommen werden.

Als Referent des Niederösterreichischen Gewerbevereines berichtete Architekt Goldberger über die von diesem Vereine bereits unternommenen Schritte und eine Eingabe an die Regierung, die denselben Gedankengang habe wie die Ausführungen des Vorredners. Er erörterte die Notwendigkeit der Wiederbelebung des Baugewerbes, besprach die veralteten Bauordnungen Galiziens und verlangte deren Modernisierung.

Der Vorsitzende teilte mit, daß eine Eingabe an die Regierung vorbereitet werde, in der die von den beiden Referenten dargelegten Auffassungen niedergelegt und die Mitwirkung der beteiligten Faktoren schon bei den Vorarbeiten verlangt werden. Er schlage eine in diesem Sinne gehaltene Resolution vor, durch welche der Ausschuß ermächtigt werde, die nötigen Schritte zu tun.

Der Obmann der Zentralstelle für Wohnungsreform Hofrat Dr. Maresch sagte, die Zentralstelle sei der Ansicht, daß der Wiederaufbau nicht eine reine Landesangelegenheit, sondern Reichsaufgabe ist, und daß die Ziele der Wohnungsreform nur dann erreicht werden können, wenn bei der Vorbereitung und Durchführung des Wiederaufbaues zerstörter Gebiete die Kräfte des ganzen Reiches zusammengefaßt und organisiert werden.

Präsident des Bundes Oesterreichischer Industrieller Vetter verlangt, daß die Industrie des ganzen Reiches bei den zu leistenden Arbeiten herangezogen und beschäftigt werde. Wenn in diesen Zeiten von der Gemeinsamkeit der Interessen gesprochen wird, so dürfe sich diese nicht bloß auf die dadurch erwachsenden Lasten erstrecken, sondern müsse auch die gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen anerkennen.

Oberbaurat Engelmann beantragt, daß bei den Arbeiten, die durch die heute besprochenen Aktionen zur Vergebung gelangen werden, die Erwerbskreise der einzelnen Kronländer in dem Ausmaße der Steuerleistungen dieser Länder beschäftigt werden.

Abgeordneter Friedmann erörterte die Haltung Ungarns zu der gegenständlichen Frage und verlangte, daß die österreichische Regierung sich auf den Standpunkt stelle, daß es in dieser Angelegenheit keine zwei Reichshälften, sondern nur ein gemeinsames Reich gebe, wie es auch in der Rekruteneinstellung, in der Witwen- und Waisenfrage und in der Invalidenversorgung der Fall sei.

Als Vertreter der galizischen Industriellen wies kaiserlicher Rat W. F. Schmidt darauf hin, daß die Errichtung von hygienisch einwandfreien Arbeiterwohnhäusern in Galizien durch die bestehenden Landessteuergesetze sehr erschwert sei.

Nach einem kurzen Resümee des Vorsitzenden wurde die von den Veranstaltern der Versammlung angeregte Resolution im Prinzip mit einem den Anregungen des Oberbaurates Engelmann entsprechenden Zusatze angenommen. Oberbaurat Fellner betonte in seiner Schlußrede, daß das Komitee bestrebt sein werde, die Wünsche der Versammlung bei der Regierung durchzusetzen.

Die Zeit
12./VIII. 1915.

120

Behebung der Kriegschäden.

Von Oberbaurat Eduard Engelmann.

Die unendlich schweren Zeiten, die manche unserer Grenzgebiete infolge des Krieges durchmachen, sollen uns bei der Behebung von Schäden in keiner Weise eine Ueberraschung bringen oder unvorbereitet treffen. „Regieren" heißt nicht nur „herrschen", sondern auch „führen", und dieser Führung bedarf es nunmehr in hervorragendem Maße, um aus den Kriegsschäden auch wirtschaftlichen und dadurch ideellen „Nutzen" zu ziehen und neues Leben aus den Ruinen erstehen zu lassen.

Der moderne Idealismus ruht auf realer wirtschaftlicher Grundlage. Unfruchtbarkeit und die Unfähigkeit längeren Bestandes würde allen noch so idealen Bestrebungen beschieden sein, die nicht in der Wirklichkeit, im wirtschaftlichen Leben fußen. Der moderne Sozialismus, dessen Bestrebungen in erster Linie die Staatsidee beinhalten: „Einer für alle und alle für einen", das gilt es jetzt in einträchtigem Zusammenwirken dies- und jenseits der Leitha in Wirklichkeit umzusetzen.

Für diese scheinbare Riesenarbeit wird noch außerdem ein mächtiger Helfer in unserem treuen Verbündeten erstehen, der gleichen Aufgaben gegenübersteht. Es gilt: Notstandsarbeiten — zur ehemöglichsten Unterbringung und Versorgung der wirtschaftlich Schwächsten und Obdachlosen —, den Wiederaufbau ganzer Siedlungen — hier greift Heimatschutz und Verwertung der modernsten Errungenschaften des Siedlungswesens ein —, Verwaltungsreform — zur Vermeidung jener Schäden und wirtschaftlichen Hemmungen, die zu so vielfachen Opfern geführt haben —, endlich (und dies kann im Rahmen der Verwaltungsreform vor sich gehen) die Schaffung eines Grenzwalles durch Besiedelung verlassener oder im Kaufwege erstandener Güter mit erprobten oder durch ihr Heldentum ausgezeichneten treuen Söhnen unseres Vaterlandes, durch Kriegerkolonien und Invalidengüter.

Daß eine derartig umfassende Aktion bei voller Anerkennung der Schaffenskraft österreichischer Beamten durch Verwaltungskörper allein nicht durchgeführt werden kann, wurde während des Krieges oftmals in fühlbarer Weise wahrgenommen. Man denke nur an das galizische und auch polnische Straßennetz und Verkehrswesen. Es bedarf der Beihilfe aller opferbereiten, arbeitsfreudigen und durch ihre Vorbildung sowie Erfahrung dazu befähigten Elemente aller Interessentenkreise. Der freischaffende Baukünstler und Techniker wird ebenso wie der Kaufmann, der Industrielle und der Gewerbetreibende in der Lage sein, dem Staate zu nützen, jene Maßnahmen in Vorschlag zu bringen und bei deren Durchführung tatkräftig helfen zu können. Staat und Gemeinde einerseits und die vorgenannte freiwillige Helferschar andererseits werden aus dem Vollen heraus schaffen, unter Bedachtnahme auf die Mittel, die die Allgemeinheit aufzubringen hat, vorgehen und die Zweckmäßigkeit und Sparsamkeit bei der Arbeitsdurchführung gewährleisten.

Nicht ungesunder Eigennutz treibt jene Kreise an, die sich am 10. d. im Festsaale des Industriehauses zusammenfanden, um Kriegsschäden beheben zu helfen. Es ist das staatsbürgerliche Pflichtbewußtsein, es ist Liebe zur Heimat und nicht zuletzt der Stolz auf die Erfolge ihrer Söhne in der Front, die sie ihre Stimmen erheben läßt, zum Rufe: Caveant consules! Diese Interessentenkreise, sie wollen hinter ihren Söhnen, die sie gern gegen den Feind ziehen ließen, nicht zurückstehen, sie wollen mitschaffen Schäden heilen und das Zusammenwirken aller zum Nutzen einer Minderheit, zum Wohle des gesamten Reiches, helfen zustandezubringen.

Die betroffenen Gebiete sind außerstande, selbst unter Verwendung aller ihnen zur Verfügung stehenden eigenen Kräfte und Mittel sowie Baustoffe, in wünschenswert rascher und rationeller Weise eine verbesserte Wiederherstellung ihrer Heimstätten und Güter zu vollziehen. Die Heranziehung fremder Hilfskräfte, Mittel, Baustoffe dagegen muß naturgemäß nicht allein nach der Leistungsfähigkeit der gebietsfremden Kräfte erfolgen, sondern gerechterweise auch durch Heranziehung der künstlerischen, industriellen und gewerblichen Kräfte des Reiches.

Die Baustoffe müssen unter öffentlicher Kontrolle beschafft werden; dadurch wird jede Preistreiberei vermieden. Ein Rat erfahrener Künstler, Techniker, Kaufleute, Industrieller, Gewerbetreibender und Vertreter der Arbeiterschaft soll jene Richtlinien festsetzen, nach denen der Wiederaufbau erfolgen, dem Heimatschutz gedient und den baulichen Fortschritten in ökonomischer Weise Rechnung getragen werden kann. Dieselbe Körperschaft soll zur Verfügung stehen bei der Ueberwachung der Baudurchführung und Abrechnung. Jenes Schlagwort, das im Ausland zur Bezeichnung der besonderen Wirtschaft der zerstörten nördlichen Gebiete geprägt wurde, es muß endgültig der Vergangenheit angehören. Das Erbbaurecht bietet für die Schaffung wirtschaftlich unabhängiger Siedlungen und Bauerngüter die Grundlage für jene Krieger- und Invalidenheime, die, wie bereits erwähnt, nicht nur die stets bereite Grenzwacht schafft, sondern auch jenen Helden Unterhalt und Arbeitsgelegenheit bietet, die, durch erlittene Verletzungen aus ihren Berufen gedrängt, umzulernen gezwungen waren.

Im Rate jener Männer, die der Regierung zur Seite stehen und die aus allen Kreisen der Intelligenz hervorgegangen sind, wird jenes Heil ersprießen, das nicht nur den Unglücklichen und Heimatlosen ihr Leid vergessen machen, sondern ihnen und auch weiteren Kreisen durch Schaffung verbesserter wirtschaftlicher Verhältnisse erhöhte Liebe zu ihrem Vaterland einflößen wird, das in der Stunde der größten Not mit der Hilfe nicht gezögert, sondern diese gerecht und reichlich gegeben hat nach dem Grundsatz: Viribus unitis!

Fremdenblatt
12/VIII. 1915

Der Wiederaufbau in den im Kriege verwüsteten Ländern.

Am 10. d. M. fand im Industriehause eine Versammlung statt, die über die Schritte beriet, die bei den maßgebenden Faktoren in Angelegenheit des Wiederaufbaues der im Krieg zerstörten Gebiete unternommen werden sollen. Die Versammlung war von zahlreichen Vertretern der Technik, der Industrie, des Handels und der Finanzwelt besucht.

Insbesonders waren vertreten: der Kriegsminister durch den Oberst Eckart, der Minister des Innern durch den Sektionschef von Simonelli und den Sektionsrat Dr. v. Kretschmer, der Justizminister durch den Sektionschef Dr. Ritter v. Schauer, der Arbeitsminister durch den Hofrat Foltz, der Unterrichtsminister durch den Hofrat v. Förster-Streffleur, der Finanzminister durch den Oberfinanzrat Dr. v. Bärnklau, der Eisenbahnminister durch den Ministerialsekretär Baron Mersi, der Ackerbauminister durch den Ministerialsekretär Dr. Sachsel, der Handelsminister durch den Ministerialsekretär Dr. Syrovatka-Pan. Ferner waren anwesend: die Abgeordneten Dr. v. Bodirsky, Freißler, Friedmann, Jedek, Reumann und Waba, die Hofräte Dr. Maresch und Vetter, die Oberbauräte Bach, Koch, Engelmann, Deininger, Hanisch, Obermagistratsrat Pawelka, Magistratsrat Dr. Sagmeister, Regierungsrat Schima, die Bauräte Breßler, v. Gotthilf, Willfort, Seidl (für die Künstlergenossenschaft), Bergrat Kießlinger, Professor Schmidt, die Bankdirektoren Dr. Reisch und Weiner (Bodenkreditanstalt), Direktor Baumfeldt (Oesterr. Immobiliarbank), Direktor Eichner (Galizische Volksbank für Landwirtschaft und Handel), Präsident Patzak (Baugewerbe- und Industrialbank in Prag), Richard Pollak (Prokurist des Hauses S. M. v. Rothschild), Präsident Heinrich Vetter (Bund Oesterreichischer Industrieller), in Vertretung der niederösterreichischen Handels- und Gewerbekammer Vizepräsident kaiserl. Rat Kitschelt, die Kammerräte Kandl und Winds und Herr Dr. Becker, für den Niederösterreichischen Gewerbeverein Vizepräsident Stoll und Regierungsrat Fritz, für den Reichsverband der deutschen Gewerbevereine Oesterreichs Prof. Dr. Kobatsch, der Präsident des Wirtschaftsverbandes der bildenden Künstler Oesterreichs Ranzoni, der Präsident der Sezession Prof. Schmutzer, Dozent Dr. Schmied für den Dürerbund, Landesregierungsrat v. Emilowicz, für den Zentralverband der Industriellen Oesterreichs Dr. Schneider, für den Industriellenklub Direktor Felix Sulger, für den Verein der Bautischler Kramlinger, für den galizischen Industriellenverband Sekretär Elters, für den Verband der keramischen Industriellen Oesterreichs Leopold Reich, für die Vereinigung der Tischler Niederösterreichs Thiel, für den Bauführerverband Löschner, für die Sektion Brüx des Bundes Oesterreichischer Industrieller Dr. Weiß, für die Baumeistergenossenschaft in Böhmen Präsident Paronkel, für die kaufmännischen und gewerblichen Vereine in der Bukowina Sekretär Mittelmann, für den Verein der österreichischen Zementfabrikanten Ing. Heller, für den Verband des österreichischen Heimatsschutzes in Graz Leutnant Oberndorfer, für den Montanverein Sekretär Dr. Husserl, für den Verband der Stukkateure Srilack, für die Delegation der Baumeister Oesterreichs Architekt Schmidt, für die Delegation der Zimmermeister Neubauer, für die Gesellschaft österreichischer Architekten Poppovits, für den Zentralverband österreichischer Kaufleute kaiserl. Rat Vinzel, für den Ingenieur- und Architektenverein Ing. Brausewetter, die Industriellen Ing. Janesch, Ing. Scheibl, Ob.-Ing. v. Onciul, Komm.-Rat Max Fischer, kais. Rat Freudenberg, Dr. Richard Faber, Eduard Ast, Erwin Mayer, Max Ehrenzweig, Gerhard Thies, kais. Rat v. Engel, Thonet, Arch. Göbel, Baudirektor Schüb, Baudirektor Stern, Komm.-Rat Ehrenfeld-Egger, Ing. Okonierski, Theodor Pirus, Direktor Schwarz Wahliß, Dr. Ludwig Schüller, Generaldirektor Cassinone, Architekt Nawrath, Regierungsrat Dr. Drägr, kais. Rat Schmidt, Max v. Thury, Direktor Karplus, Direktor Thomas, Generaldirektor Pajjani, Diektor Firetz, Ing. Saligr, Prof. Pribram, Dozent Dr. Frey, Professor Hoffmann, Arch. Kastner, Walter Bockmayr, Ing. Schrey, Rudolf Hofherr, Generaldirektor Neureiter, Direktor Recsei, Direktor Heller, Rudolf Stummer, Dr. v. Hornberg, kais. Rat Buchwald, Ing. Horn, Dr. Frey, Komm.-Rat Klöpfer, Ing. Lob, Ing. Ulm und viele andere.

Schriftlich hatten ihre Sympathie für die Bestrebungen der Versammlung Ausdruck gegeben der Präsident des Patentamtes Geheimer Rat Baron Beck, die Abgeordneten Jukel, Pernerstorfer, Hofrat Freiherr v. Hock, Dr. Heilinger, Reichsritter v. Pantz, Dr. Ofner sowie der Präsident der Sektion Prag des Bundes Oesterreichischer Industrieller Baron Kubinzky.

Der Vorsitzende Oberbaurat Ferdinand Fellner eröffnete als Präsident der Zentralvereinigung der Architekten und Obmann des Aktionskomitees die Versammlung.

Nunmehr erstattet der erste Referent Oberbaurat Professor Theodor Bach aus Prag sein Referat.

Das Referat des Oberbaurates Professors Bach.

Die Arbeit des Wiederaufbaues unserer zerstörten Gebiete, führt Oberbaurat Professor Bach aus, werde den wichtigsten Markstein in der inneren Gestaltung Oesterreichs darstellen. Das Ausmaß der zerstörten Gebiete und die Tatsache, daß die Bereitstellung der Kosten für ihre Wiederaufnahme zweifellos zum größten Teil den Völkern der österreichischen Reichshälfte obliegen wird, verleihe dieser Aufgabe den Charakter einer Reichsangelegenheit. Indem der Vortragende sich im Rahmen der Wiederaufbauarbeit besonders den Aufgaben des Bau und Siedlungswesens vornehmlich mit Berücksichtigung Galiziens und der Bukowina zuwendet, behandelt er die wichtigsten Teilgebiete dieser Arbeit. Wir können die Schäden schätzen nach der uns jüngst gemachten Mitteilung, daß in Ungarn von 440 Siedlungen des Zempliner Komitats 190 gänzlich zerstört worden sind; wir können sie auch schätzen nach den in Ostpreußen gemachten Erhebungen. Nach amtlichen Feststellungen soll die Zahl der ganz vernichteten oder stark beschädigten Gebäude in Ostpreußen 33.533 betragen. Andere Nachrichten sprechen sogar von 50.000. Wird in Betracht gezogen, daß die Fläche Ostpreußens sich zu jener von Galizien verhält wie 37:78, daß die Einwohnerzahlen sich verhalten wie 1:4 und daß der relativen Besiedlungsziffer in Ostpreußen von 56 Einwohnern auf einen Quadratkilometer eine solche von 102,3 in Galizien gegenübersteht; wird des weiteren beachtet, daß ein Teil Galiziens der feindlichen Besetzung entzogen war, dagegen aber angenommen, daß der Feind das Land nicht schonungsvoller behandelt hat, als die Gebiete Ostpreußens, so müßte sich schätzungsweise eine Zahl der vernichteten oder stark beschädigten Gebäude in Galizien ergeben von rund 100.000. Werden die Wiederherstellungskosten eines Gebäudes — sei es nun eine Scheune oder Bauernhaus oder auch ein Herrschaftssitz oder eine Kirche — nur angenommen mit durchschnittlich 5000 Kronen, so ergibt sich ein Aufwand für die Wiedererrichtung vernichteter oder stark beschädigter Häuser von mindestens einer halben Milliarde. Rechnen wir dazu die Ersatzkosten für minder stark beschädigte Objekte, sowie jene für zerstörte Inneneinrichtungen, und erinnern wir uns, daß bei der Berechnung von Bauschäden erfahrungsgemäß nicht hoch genug gegriffen werden kann, so werden sich die für die Wiederaufrichtung zerstörter Gebäude erforderlichen Geldmittel auf eineinhalb bis zwei Milliarden belaufen. Ein Hinweis auf die Bestimmung des Kriegsdienstleistungsgesetzes kann bei dieser Schätzung nicht in Frage kommen, weil die Kosten für den Ersatz aller zerstörten Güter in irgend einer Weise volkswirtschaftlich zum Ausdruck kommen müssen. Diese Ziffer, in der die Wiederherstellung von zerstörten Brücken — deren Zahl allein mit mindestens 500 eingeschätzt wird — Eisenbahnen, Straßen und anderen Verkehrswegen nicht enthalten ist, und die sich durch die Kosten von unmittelbar notwendig werdenden vorläufigen Heimstätten noch bedeutend erhöhen wird, läßt uns die Höhe der Mittel ahnen, die wir werden bereitstellen müssen, um die Wiederkehr geordneter Verhältnisse in den vom Feinde belegt gewesenen Gebieten vorzubereiten.

Fremdenblatt
12. VIII. 1915

11

122

Der Wiederaufbau in den im Kriege verwüsteten Ländern.

Die Höhe dieser Mittel aber berechtigt und verpflichtet uns auch, den Gang, den die Arbeit des Wiederaufbaues nehmen wird, zu betrachten. Er wird sich gliedern in folgende Teilarbeiten: 1. Notstandsarbeiten: Den zurückströmenden oder ihres Wohnsitzes beraubten Einwohnern werden einstweilen Heimstätten bereitet werden müssen. 2. Die Schadenserhebung: Sie setzt die Mitwirkung erfahrener und rechtschaffener Fachmänner voraus, deren Tätigkeit, nach möglichst einheitlich aufgestellten Grundsätzen geregelt, den Ansprüchen der Geschädigten wie auch der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Reiches in gleicher Weise Rechnung zu tragen sucht. 3. Die Schadensvergütung: Es wird zu erwägen sein, ob und in welchen Fällen sich eine Vergütung der erhobenen Schäden durch Barzahlung oder durch Beistellung fertiger Ersatzbauten oder endlich eine solche durch teilweise Barzahlung und teilweise Beistellung von Bauleistungen empfiehlt. 4. Die Baustoffbeschaffung: Die Bereitstellung der notwendigen Baustoffe aller Art wird so schnell als möglich sicherzustellen sein, wobei jeder das Wohl der Allgemeinheit belastenden Preistreiberei mit allem Nachdruck zu begegnen sein wird. 5. Die Bauwiederstellung: Bei allen Wiederaufbauten werden die Gebote der Zweckmäßigkeit, der Gesundheit, der Dauerhaftigkeit und der Wirtschaftlichkeit in sinngemäßer Art zu befolgen sein. Bei allen Hochbauten — seien es Einzelbauten, Siedlungen oder Siedlungsteile — werden — in Erkenntnis ihres volkswirtschaftlichen und erzieherischen Wertes — in besonderer Weise die Forderungen der Schönheit, die Lehren des neuzeitlichen Städtebaues und die berechtigten Wünsche des Heimatschutzes volle Rücksichtnahme finden müssen. 6. Die Beschaffung der Baugelder: Die Frage der Hypothekarbelastung oder der Geltendmachung von Hypothekarrechten bei den durch Staatsmittel wiedererrichteten Gebäude, die Fragen des Erbbaurechtes und des Wohnungsfürsorgefonds werden eingehender Erwägung bedürfen.

Im Anschluß daran erörtert Redner die Folgeerscheinungen, die durch den Wiederaufbau gezeitigt werden könnten, unter Hinweis auf die gegebenen Beispiele. Er verweist auf die Gefahr des Eintretens einer begründeten Höherstellung der allgemeinen Lebenshaltung. Eine solche kann eintreten durch Emporschnellen der Bodenpreise, die durch eine unbedachte und voreilige Abgabe von Gütern zu billigen Preisen eingeleitet werden kann. Es wird Sorge zu tragen sein, daß Bogenwertsteigerungen, die sich durch die Arbeit der Allgemeinheit ergeben, nicht als müheloser Gewinn in den Schoß einzelner fallen, die hiezu nichts oder nur wenig beizutragen haben. Unberechtigte Bodensteigerungen müßten im Verein mit dem Eintreten vermeidbarer Baukostenerhöhungen zu höheren Mietpreisen und damit zu höheren Arbeitslöhnen und zu einer allgemein teueren Lebenshaltung führen. Richtig erwogene Maßnahmen können auch zur Lösung des für Galizien besonders bedeutungsvollen Problems der Innenkolonisation führen, das wegen der starken Auswanderung und der Möglichkeit der Ansiedlung von Kriegsinvaliden — etwa in Gartenstädten — besonders ins Auge zu fassen sein wird. In diesem Sinne wären der Entwicklung eines vaterlandstreuen Bauernstandes, der Errichtung von Kriegerheimstätten und der Förderung einer umfassenden gemeinnützigen Bautätigkeit die Wege zu weisen, Maßnahmen, die auch geeignet wären, uns vor dem Wiederauftreten unliebsamer Erscheinungen zu bewahren, die besonders in Grenzländern von bedenklichen Folgewirkungen sein müssen.

Zur Erreichung der in gedrängter Kürze geschilderten Erfordernisse einer gedeihlichen Wiederaufrichtung der zerstörten Gebiete bedarf es einer Reihe von Einrichtungen und Voraussetzungen:

Diese werden sein:

1. Die Errichtung von Bauberatungsstellen, die durch Beschaffung und Ueberprüfung von Bauplänen, durch Ueberwachung der Bauausführung und durch Beratung bei Erlangung von Bau- und Hypothekardarlehen eine umfassende Tätigkeit zu entwickeln hätten. 2. Zur Erlangung von Stadterweiterungs- und Verbauungsplänen müßten geeignete Kräfte, etwa durch Ausschreibung von Wettbewerben, gewonnen werden. 3. Die bestehenden Bauordnungen, die in ihrer ursprünglichen Fassung aus den Jahren 1882 bis 1899 stammen, müßten überprüft und erforderlichenfalls durch Notverordnungen ergänzt werden. 4. Der Sicherung von Baustoffen aller Art hätte die Errichtung einer Baustoff-Einkaufsgesellschaft auf gemeinnütziger Grundlage zu dienen. 5. Die Gründung einer Kreditstelle mit Zweiganstalten zur Beschaffung billiger Baugelder etwa im Sinne des staatlichen Wohnungsfürsorgefonds würde nicht zu umgehen sein. 6. Auch die Errichtung einer Gelände-Uebernahmsstelle, die auf eine günstige Entwicklung der Bodenwerte einen vortrefflichen Einfluß üben könnte, wird zweckmäßig erscheinen. 7. Eine reichliche Entfaltung gemeinnütziger Bautätigkeit wird durch Gründung und Förderung von Baugenossenschaften eingeleitet und unterstützt werden müssen. 8. Alle Aufgaben einer ersprießlichen Bau- und Bodenpolitik werden die Anwendung schon bestehender oder noch zu erlassender gesetzlicher Bestimmungen erfordern. — Das Erbbaurecht, ein zugunsten öffentlicher Gewalten zu schaffendes Vorkaufsrecht, geeignete Enteignungs- und Umlegungsverfahren, die Regelung des Hypothekarkredits, Gewährung von Steuerbegünstigungen in besonderen Fällen und die Frage der Wertzuwachssteuer werden eingehender Erwägung bedürfen. 9. Eine Belehrung aller Kräfte, die zur Mitwirkung an der Arbeit des Wiederaufbaues herangezogen werden, wäre ebenso zu empfehlen, wie eine Beratung der Bevölkerung, besonders zur Verhütung von unbedachten Besitzabstoßungen, dringend notwendig sein wird.

Der Vortragende schließt seine wertvollen Ausführungen mit dem Hinweise auf die schwere Verantwortlichkeit, die allen zu treffenden Maßnahmen für die Wohlfahrt des ganzen Reiches innewohnt, und mit der Forderung, eine Bevölkerung, welche die schwersten Opfer an Gut und Blut mit Tapferkeit getragen hat, von der ferneren Mitarbeit nicht auszuschließen, wenn es gilt, aus den gebrachten Opfern die erhofften segensreichen Folgerungen zu ziehen.

Architekt Goldberger wies auf die vielmonatlichen Bestrebungen des Niederösterreichischen Gewerbevereines hin. Die Verwaltung in den vom Krieg zumeist betroffenen Gebieten habe vollständig versagt und es sei zu befürchten, daß der Wiederaufbau nur eine Kronlandsangelegenheit betrachtet werde. Ein Beirat aus Vertretern der Industrie, des Handels, des Gewerbes, der Technik und der Banken müsse der Regierung zur Seite gestellt, der Ankauf der Baumaterialien in umfassender Weise sichergestellt und die Gewähr geschaffen werden, daß mit möglichster Schonung der öffentlichen Mittel diese Reichsangelegenheit zu einem wirtschaftlich einwandfreien Ende geführt werde.

Der Vorsitzende läßt dann die nachstehende Entschließung verlesen:

„Die heute im Festsaale des Industriehauses versammelten Vertreter der berufenen künstlerischen, technischen, gewerblichen und industriellen Organisationen haben die Frage des Wiederaufbaues der durch den Krieg zerstörten und beschädigten Ortschaften, Stadtteile, Städte und Baulichkeiten einer eingehenden Beratung unterzogen und verlangen als Ergebnis derselben, daß diese große Wiederaufbau-Arbeit nicht als eine Angelegenheit der Kronländer behandelt, sondern unbedingt sichergestellt werde, daß die gesamten geistigen und materiellen Kräfte des Reiches zur Durchführung dieser Aktion herangezogen werden. Die Versammlung beauftragt somit den vereinigten Ausschuß der heute hier vertretenen zentralen Organisationen, in diesem Sinne maßgebendenorts vorstellig zu werden und zu verlangen, daß die Regierung in ständiger Fühlung mit dem beauftragten Ausschusse die einschlägigen Vorbereitungs- und Durchführungsarbeiten übernehme."

Fremdenblatt
12. Juli 1915

111

123

Der Wiederaufbau in den im Kriege verwüsteten Ländern.

Der Obmann der Zentralstelle für Wohnungsreform in Oesterreich Hofrat Dr. Maresch gab eine Erklärung ab, in der er den von der heutigen Versammlung verfolgten Tendenzen zustimmte und darauf hinwies, daß es eine hohe sozialpolitische Aufgabe bedeute, gesundheitlich, sittlich und ökonomisch wirksame Wohngelegenheiten zu schaffen. Der Wiederaufbau zerstörter Gebiete gibt Gelegenheit, die von Wissenschaft und Praxis als richtig erkannten Grundsätze der Wohnungsreform zur Geltung zu bringen. Hofrat Maresch betont, daß die Ziele der Wohnungsreform nur dann erreicht werden können, wenn bei der Vorbereitung und Durchführung des Aufbaues zerstörter Gebiete die Kräfte des ganzen Reiches zusammengefaßt und organisiert werden.

Der Präsident des Bundes österreichischer Industrieller Kommerzialrat Vetter betont, daß der Bund österreichischer Industrieller bereit sei, auch in Hinkunft an allen weiteren Arbeiten nach Kräften mitzuwirken. Er finde es selbstverständlich, daß die Wiederherstellung der durch den Krieg zerstörten Orte als Pflicht der Gesamtheit aufgefaßt werde. Namens der österreichischen Industrie müsse er verlangen, daß der Gedanke der Solidarität nicht bloß bei der Entschädigung und den Wiederaufbauarbeiten zur Geltung komme, sondern daß auch die gesamte Industrie Oesterreichs hiezu herangezogen werde. Die österreichische Industrie habe einen Anspruch darauf, daß ihr in ihrer Gesamtheit der ihr gebührende Anteil an den Wiederherstellungsarbeiten gesichert werde.

Oberbaurat Engelmann bedauert es, daß die bisherige Aktion des Gewerbevereines bei der Regierung bloß theoretisches Wohlwollen gefunden habe. Die hier vertretenen Faktoren, die das gesamte wirtschaftliche Leben verkörpern, haben ein Recht, zu fordern, daß die vorgebrachten Wünsche gehört werden. Die ganze Frage muß als Reichsangelegenheit behandelt werden. Er beantragt, die Versammlung wolle beschließen, die Vertreter in dem Aktionskomitee dahin zu verpflichten, daß sie mit allem Nachdruck darauf hinwirken, daß der Wiederaufbau der durch den Krieg betroffenen Gebiete als Angelegenheit des ganzen Reiches aufgefaßt und derart behandelt werde, daß die Vertreter der Technik, der Industrie, des Handels und Gewerbes in den einzelnen Kronländern bei Durchführung der bezüglichen Arbeiten in entsprechender Weise volle Berücksichtigung erfahren und die Aktion selbst vor der breitesten Oeffentlichkeit durchgeführt werde.

Der Konsulent für Heimatsschutz im Arbeitsministerium Dr. Giovanni begrüßt die vorliegende Aktion auf das wärmste.

Reichsrats-Abgeordneter Max Friedmann betont, daß die Regierung sich bei Durchführung der in Angriff genommenen Aktion unbedingt der Mitwirkung aller erwerbenden Stände bedienen müsse. Die Regierung allein könne mit der großen Frage ohne Mithilfe aller an dem Wiederaufbau interessierten Faktoren keine für die Gesamtheit ersprießliche Lösung finden.

Kaiserl. Rat Schmidt (Brody) begrüßt die vorliegende Aktion namens Galiziens auf das wärmste und weist auf die Notwendigkeit hin, das Gesetz über die Arbeiterwohnungen zu reformieren und in Galizien das kleine Ziegelformat einzuführen.

Die vorgeschlagene Resolution wurde mit allen gegen eine Stimme angenommen.

Beratung des Polenklubs.

Nachdem die aus Anlaß der Befreiung von Warschau einberufene Festsitzung am 10. August geschlossen wurde, wurde vom Obmann Ritter v. Bilinski für die Fragen des Wiederaufbaues des Landes eine besondere Sitzung des Polenklubs anberaumt. Die Beratungen dauerten am 10. August von 6 bis 9 Uhr abends und hierauf den 11. August den ganzen Tag über. Der Obmann Ritter v. Bilinski teilte mit, daß der Minister für Galizien wegen der Rekonvaleszenz, in der er sich befindet, an der Sitzung nicht teilnehmen könne. Auf die Kunde von dem Ableben des polnischen Dichters Jerzy Zulawski widmet der Obmann dem Verstorbenen einen warmen Nachruf.

Beim Uebergang zur Tagesordnung erstattete der Obmann den Bericht über die Tätigkeit des Klubpräsidiums in der Zeit von der letzten, am 20. Februar d. J. abgehaltenen Sitzung und legte die bei der Regierung wegen der Wiederherstellung der Landwirtschaften unter Einleitung einer Aktion zum Wiederaufbau des Landes unternommenen Schritte dar. An der nun folgenden Debatte nahmen fast alle anwesenden Mitglieder des Polenklubs teil. Die eingebrachten zahlreichen, auf den Wiederaufbau des Landes bezugnehmenden Anträge wurden am Schlusse der Sitzung angenommen.

* * *

Wie aus Krakau gemeldet wird, hat der Polenklub beschlossen, in einer an die Regierung gerichteten Denkschrift zu fordern:

1. Daß den städtischen Gemeinden aus Staatsmitteln Beiträge zur Deckung der Ausgaben für sanitäre Vorkehrungen, für die Herstellung vernichteter öffentlicher Gebäude, Wasserleitungen usw. zur Verfügung gestellt werden.

2. Daß der Staat auch für die Okkupationszeit Mietzinse bezahle.

3. Daß die Versicherungsgesellschaften bestimmt werden, auch für im Kriege entstandene Feuerschäden aufzukommen. Die Gegenleistung hiefür an die Gesellschaften wäre aus Staatsmitteln zu decken.

4. Daß bewegliche Approvisionierungs- und Sanitätsstationen eingerichtet werden.

Fremdenblatt
12./VIII. 1915

124

Hausindustrie-Unterricht für die Flüchtlinge des Küstenlandes und Tirols.

Die Direktion der hiesigen Anstalt für Frauen-Hausindustrie hat, wie wir dem „L'eco del Litorale" entnehmen, die Aufmerksamkeit des für die Flüchtlinge aus dem Süden errichteten Fürsorgekomitees auf die Möglichkeit gelenkt, den in den verschiedenen Konzentrationslagern untergebrachten Flüchtlingen, den Frauen und Mädchen, eine lohnende Beschäftigung durch Unterweisung in der Netztechnik zu verschaffen. Die Anstalt für Frauen-Hausindustrie wäre bereit, eine sprachenkundige Lehrkraft in die verschiedenen Orte, in denen Flüchtlinge untergebracht sind, zu entsenden, sofern sich dort wenigstens je dreißig zum Unterricht melden. Es handelt sich hiebei um eine Technik, die weder kostspieliges Material, noch besondere Handfertigkeit voraussetzt und dabei eine Tageseinnahme von 1 Krone bis 1½ Kronen verspricht. Die Netztechnik wird in Chioggia als Hausindustrie überaus rege betrieben. Da die Einfuhr, speziell aus Italien, jetzt unmöglich ist, sind diese Erzeugnisse noch mehr als früher gesucht. Den Flüchtlingen würde sich also dabei eine neue, übrigens auch für die Zukunft Dauer versprechende Erwerbsgelegenheit eröffnen.

Fremdenblatt
13./VIII. 1915

125

Die Rückkehr der Flüchtlinge nach Galizien.

Außer den im Aufrufe vom 20. Juli 1915 für die Rückkehr der Flüchtlinge freigegebenen Bezirken Galiziens werden noch folgende Bezirke freigegeben: Lancut, Risko, Tarnobrzeg Die Flüchtlinge, die bei Kriegsausbruch in einem dieser Bezirke ihren ständigen Wohnsitz hatten und nicht arbeitsunfähig und gleichzeitig erwerbs-, beziehungsweise subsistenzlos sind, werden aufgefordert, dahin zurückzukehren.

Für die Rückkehr in diese Bezirke gelten folgende Grundsätze:

1. Jeder Flüchtling, der in einem der vorerwähnten Bezirke seinen ständigen Wohnsitz hatte, erhält, wenn kein Hindernis bezüglich seiner Person in der oberwähnten oder in staatspolizeilicher Hinsicht vorliegt, über seinen Antrag von der Wiener Polizeidirektion die für die Heimreise in das Etappengebiet erforderliche Legitimation zur Benützung kriegsfahrplanmäßiger Züge.

2. Jene Personen, die im Genusse der staatlichen Flüchtlingsunterstützung stehen, erhalten von jener Stelle, welche bisher die Unterstützung ausgezahlt hat, somit entweder von der Zentralstelle für Kriegsflüchtlinge, 2. Bezirk, Zirkusgasse 5, oder dem Wiener Hilfskomitee für Kriegsflüchtlinge oder vom ukrainischen Hilfskomitee Freifahrtsempfehlungen und die Empfehlungen zur begünstigten Rückbeförderung von Effekten vollständig mittelloser Flüchtlinge. Die nicht in staatlicher Unterstützung stehenden, jedoch vollständig mittellosen Flüchtlinge erhalten diese Empfehlungen von der Polizeidirektion in Wien. Die Freifahrtsempfehlungen für die Strecken der königlich ungarischen Staatsbahnen werden für die seitens der Zentralstelle für Kriegsflüchtlinge Unterstützten von dieser, für alle anderen in Wien weilenden Flüchtlinge von der Polizeidirektion ausgestellt.

3. Die in staatlicher Flüchtlingsunterstützung stehenden Flüchtlinge erhalten nach ihrer Rückkehr in ihren vor der Abreise aus Galizien daselbst innegehabten Wohnsitz durch vier Wochen im Wege der dortigen politischen Bezirks-, bezw. landesfürstlichen Polizeibehörde die staatliche Flüchtlingsunterstützung gegen Vorweisung einer von der Wiener Polizeidirektion ausgestellten speziellen Bestätigung des Bezuges dieser Unterstützung fortbezahlt.

Der Begünstigung der freien Rückfahrt, der gebührenfreien Effektenbeförderung und des Fortbezuges der staatlichen Flüchtlingsunterstützung in Galizien werden die Flüchtlinge nur unter der Voraussetzung teilhaftig, daß alle im gemeinsamen Familienverbande lebenden reisefähigen Angehörigen der betreffenden Familien, soweit sie aus den angegebenen Bezirken stammen und gemeinsam untergebracht waren, gleichzeitig und gemeinsam in ihre engere Heimat zurückkehren und daß sie bis längstens 4. September 1915 die Heimreise antreten, bezw. sich bis längstens 11. September 1915 bei der zuständigen k. k. Bezirkshauptmannschaft, bezw. landesfürstlichen Polizeibehörde ihres Wohnortes in Galizien als zurückgekehrt melden. Weiters haben sie den Nachweis zu erbringen, daß sie innerhalb der letzten 12 Monate gegen Blattern geimpft worden sind. Die näheren Aufklärungen über die Fahrt- und Frachtbegünstigungen werden die Flüchtlinge seitens der Wiener Polizeidirektion erhalten. Jene Flüchtlinge, die vor Kriegsausbruch ihren Wohnsitz in einem der eingangs genannten Bezirke innehatten und dieser Aufforderung zur Rückkehr nicht innerhalb der angegebenen Frist Folge leisten, verlieren einerseits für die spätere Rückkehr die Begünstigung der freien Fahrt und der gebührenfreien Effektenbeförderung, anderseits die weiters staatliche Flüchtlingsunterstützung, die längstens drei Wochen vom Tage dieser Kundmachung eingestellt wird.

Die Freigabe weiterer Bezirke Galiziens sowie der Bukowina für die Rückkehr wird fallweise kundgemacht werden.

Für die außerhalb Wiens im Kronlande Niederösterreich sich aufhaltenden Flüchtlinge sind analoge Bestimmungen ergangen, mit deren Durchführung die politischen Bezirksbehörden, bezw. die Barackenverwaltungen betraut sind.

Neue Freie Presse
14./VIII.1915

116

Die Rückkehr nach Galizien.

Außer den im Aufrufe vom 20. Juli 1915 für die Rückkehr der Flüchtlinge freigegebenen Bezirke Galiziens, werden noch folgende Bezirke freigegeben: Lancut, Nisko, Tarnobrzeg.

Die Flüchtlinge, die bei Kriegsausbruch in einem dieser Bezirke ihren ständigen Wohnsitz hatten, und nicht arbeitsunfähig und gleichzeitig erwerbs-, beziehungsweise subsistenzlos sind, werden aufgefordert, dahin zurückzukehren.

Für die Rückkehr in diese Bezirke gelten folgende Grundsätze:

1. Jeder Flüchtling, der in einem der vorerwähnten Bezirke seinen ständigen Wohnsitz hatte, erhält, wenn kein Hindernis bezüglich seiner Person in der oberwähnten oder in staatspolizeilicher Hinsicht vorliegt, über seinen Antrag von der Wiener Polizeidirektion die für die Heimreise in das Etappengebiet erforderliche Legitimation zur Benützung kriegsfahrplanmäßiger Züge.

2. Jene Personen, die im Genusse der staatlichen Flüchtlingsunterstützung stehen, erhalten von jener Stelle, welche bisher die Unterstützung ausgezahlt hat, somit entweder von der Zentralstelle für Kriegsflüchtlinge, 2. Bezirk, Zirkusgasse Nr. 5, oder dem Wiener Hilfskomitee für Kriegsflüchtlinge oder vom ukrainischen Hilfskomitee Freifahrtsempfehlungen und die Empfehlungen zur begünstigten Rückbeförderung von Effekten vollständig mittelloser Flüchtlinge. Die nicht in staatlicher Unterstützung stehenden, jedoch vollständig mittellosen Flüchtlinge erhalten diese Empfehlungen von der Polizeidirektion in Wien. Die Freifahrtsempfehlungen für die Strecken der königlich ungarischen Staatsbahnen werden für die seitens der Zentralstelle für Kriegsflüchtlinge Unterstützten von dieser, für alle anderen in Wien weilenden Flüchtlinge von der Polizeidirektion ausgestellt.

3. Die in staatlicher Flüchtlingsunterstützung stehenden Flüchtlinge erhalten nach ihrer Rückkehr in ihren vor der Abreise aus Galizien daselbst innegehabten Wohnsitz durch vier Wochen im Wege der dortigen politischen Bezirks-, beziehungsweise landesfürstlichen Polizeibehörde die staatliche Flüchtlingsunterstützung gegen Vorweisung einer von der Wiener Polizeidirektion ausgestellten speziellen Bestätigung des Bezuges dieser Unterstützung fortbezahlt.

Der Begünstigung der freien Rückfahrt, der gebührenfreien Effektenbeförderung und des Fortbezuges der staatlichen Flüchtlingsunterstützung in Galizien werden die Flüchtlinge nur unter der Voraussetzung teilhaftig, daß alle im gemeinsamen Familienverbande lebenden reisefähigen Angehörigen der betreffenden Familien, soweit sie aus den angegebenen Bezirken stammen und gemeinsam untergebracht waren, gleichzeitig und gemeinsam in ihre engere Heimat zurückkehren, und daß sie bis längstens 4. September 1915 die Heimreise antreten, beziehungsweise sich bis längstens 11. September 1915 bei der zuständigen k. k. Bezirkshauptmannschaft, beziehungsweise landesfürstlichen Polizeibehörde ihres Wohnortes in Galizien als zurückgekehrt melden. Weiter haben sie den Nachweis zu erbringen, daß sie innerhalb der letzten zwölf Monate gegen Blattern geimpft worden sind. Die näheren Aufklärungen über die Fahrt- und Frachtbegünstigungen werden die Flüchtlinge seitens der Wiener Polizeidirektion erhalten. Jene Flüchtlinge, die vor Kriegsausbruch ihren Wohnsitz in einem der eingangs genannten Bezirke innehatten und dieser Aufforderung zur Rückkehr nicht innerhalb der angegebenen Frist Folge leisten, verlieren einerseits für die spätere Rückkehr die Begünstigung der freien Fahrt und der gebührenfreien Effektenbeförderung, anderseits die weitere staatliche Flüchtlingsunterstützung, die längstens drei Wochen vom Tage dieser Kundmachung eingestellt wird.

Die Freigabe weiterer Bezirke Galiziens sowie der Bukowina für die Rückkehr wird fallweise kundgemacht werden.

Für die außerhalb Wiens im Kronlande Niederösterreich sich aufhaltenden Flüchtlinge sind analoge Bestimmungen ergangen, mit deren Durchführung die politischen Bezirksbehörden, beziehungsweise die k. k. Barackenverwaltungen betraut sind.

Fremdenblatt
21./VIII. 1915

127

Hilfsaktion für Galizien.

Die von der Regierung eingeleitete wirtschaftliche Hilfsaktion für Galizien, die bisher in der Hauptsache die Versorgung der notleidenden Bevölkerung mit Lebensmitteln, die Beschaffung landwirtschaftlicher Bedürfnisse und die Herstellung von Notunterkünften für die durch die Kriegsereignisse obdachlos Gewordenen umfaßte, hat in jüngster Zeit eine wesentliche Erweiterung erfahren. Auf Grund eingehender Beratungen im ständigen Komitee für die wirtschaftliche Wiederaufrichtung Galiziens wurden Direktiven für die Durchführung einer auf breiter Basis angelegten finanziellen Hilfsaktion erlassen, durch welche allen in ihrem wirtschaftlichen Leben schwer geschädigten Einwohnern Galiziens ohne Unterschied der Person und des Berufes die Möglichkeit geboten werden soll, ihre wirtschaftliche Tätigkeit wieder aufzunehmen.

Diese umfassende Hilfsaktion ist in der Weise organisiert, daß als Hauptträger derselben die galizische Kriegskreditanstalt fungiert. Kreditfähige Unterstützungswerber erhalten beim Zutreffen der statutarischen Voraussetzungen Darlehen seitens der Kriegskreditanstalt unter den in deren Statut festgesetzten Bedingungen, wobei im Falle rücksichtswürdiger Verhältnisse weitgehende Zinsenerleichterungen ermöglicht werden. In jenen Fällen, in denen Kreditbedürftige die erforderlichen statutarischen Sicherheiten nicht bieten oder mangels der sonstigen statutarischen Voraussetzungen ein Darlehen nicht erlangen könnten, gewährt die genannte Anstalt Darlehen unter staatlicher Ausfallsgarantie, die mäßig zu verzinsen sind, in Fällen besonderer Rücksichtswürdigkeit aber auch ganz zinsenfrei gegeben werden können.

Ist ein Hilfsbedürftiger mit Rücksicht auf seine wirtschaftliche Notlage voraussichtlich überhaupt nicht imstande, ein Darlehen aufzunehmen, dann können ihm nichtrückzahlbare Notstandsunterstützungen seitens der politischen Behörden gewährt werden.

Angesichts des hervorragenden Interesses, welches die gesamte Oeffentlichkeit an der baldigsten Wiederaufrichtung der galizischen Landwirtschaft und speziell an der möglichst intensiven Feldbebauung besitzt, ist ferner eine Hilfsaktion besonderer Art für jene Landwirte vorgesehen, deren Grundflächen infolge der feindlichen Invasion bisher unangebaut geblieben sind und nunmehr dem Anbau mit Wintergetreide zugeführt werden sollen. Diese Landwirte können beim Zutreffen der statutarischen Voraussetzungen von der Kriegskreditanstalt besondere Anbauvorschüsse erhalten, die nach dem Schlüssel von höchstens 80 Kronen pro Hektar der anzubauenden Fläche bemessen werden; auch hier können nach Maßgabe der wirtschaftlichen Verhältnisse des Vorschußnehmers wesentliche Zinsenerleichterungen eintreten. Treffen die statutarischen Voraussetzungen für die Gewährung eines solchen Vorschusses nicht zu, dann kann durch die Anstalt eine in fünf Jahresraten rückzahlbare Anbausubvention nach dem gleichen Schlüssel von höchstens 80 Kronen pro Hektar der anzubauenden Fläche unter staatlicher Ausfallsgarantie gegeben werden.

Jenen Vorschuß-, beziehungsweise Subventionsempfängern, die bis Ende Oktober d. J. den ordnungsmäßig durchgeführten Anbau nachweisen, wird durch die Kriegskreditanstalt der Betrag von 25 Kronen pro volles Hektar der bebauten Fläche als nicht rückzahlbare Anbauprämie aus staatlichen Notstandsmitteln ausgezahlt.

Da diese finanzielle Hilfsaktion den angestrebten Erfolg nur dann voll und ganz erreichen kann, wenn sie mit der allergrößten Raschheit durchgeführt wird, wurde die galizische Statthalterei beauftragt, für die möglichste Publizität dieser Hilfsmaßnahmen der Regierung zu sorgen und insbesondere auch Vorkehrung zu treffen, daß die unterstehenden Behörden die Bevölkerung sofort über die ihnen dargebotene staatliche Hilfe und über die Art, wie sie dieselbe in Anspruch nehmen können, belehren.

Die Galizische Kriegskreditanstalt, mit deren Vertretern die Art und Weise der Durchführung der Aktion in mündlichen Verhandlungen eingehend besprochen wurde, wird ihre Tätigkeit auf weitester Basis entwickeln und alle notwendigen Maßnahmen treffen, welche eine Gewähr für die rascheste und zweckmäßigste Durchführung einer Aktion bieten.

Die Zeit Abendbl.
24./VIII. 1915

128

Die Rückkehr der Flüchtlinge.

Am 20. Juli d. J. erließ das Ministerium des Innern bekanntlich eine Aufforderung, worin die Flüchtlinge aus 23 Bezirken West- und Mittelgaliziens zur Rückkehr in ihre Heimatsorte aufgefordert wurden. Am 13. d. wurden außerdem noch die Bezirke Lancut, Nisko und Tarnobrzeg für die Rückkehr freigegeben. Am 10. d. ist nun die Frist abgelaufen, innerhalb der die Flüchtlinge in die erwähnten 23 Bezirke Galiziens zurückkehren mußten, wenn sie sich nicht der Gefahr aussetzen wollten, der staatlichen Unterstützungsbeiträge verlustig zu werden.

Die Repatriierung der in Wien weilenden galizischen Flüchtlinge hat bisher aus dem Grunde keinen übermäßigen Umfang angenommen, weil sich hier meist Flüchtlinge aus Ost- und Mittelgalizien befinden, während die Rückkehr gegenwärtig nur nach Westgalizien und einzelnen Bezirken Mittelgaliziens gestattet ist. Nach Ausbruch der Feindseligkeiten mit Rußland begann eine allgemeine Flucht aus den Grenzgebieten Ostgaliziens und der Strom dieser Flüchtlinge ergoß sich direkt nach Wien. Erst nachdem hier bereits mehr als 200.000 Personen Zuflucht gefunden hatten, wurden bei weiteren Evakuierungen aus Mittel- und Westgalizien die Flüchtlinge auf die Kronländer verteilt.

Immerhin sind im Laufe der letzten Wochen zirka 8000 Personen in Befolgung der behördlichen Aufforderung aus Wien nach Galizien zurückgekehrt. Wesentlich höher ist natürlich die Zahl jener Flüchtlinge, die aus den übrigen Kronländern nach ihren Heimatbezirken in Galizien abgingen. Aus Böhmen sind bisher etwa 30.000 Personen nach Galizien zurückgekehrt. Das Leibnitzer Flüchtlingslager, das fast 25.000 Personen beherbergte, ist bis auf einen kleinen nach Chotzen überführten Rest von Flüchtlingen vollkommen geleert. Die Barackenstadt in Leibnitz wird nun zur Unterbringung jener österreichischen Italiener verwendet, die nach der Evakuierung der Grenzbevölkerung vorübergehend in Ungarn untergebracht worden waren. Aus den Lagern in Krain sind die polnischen Flüchtlinge — 6000 bis 7000 Personen — durchweg nach Galizien zurückgekehrt.

In Wien wird sich das Abströmen der Flüchtlinge erst dann stärker fühlbar machen, wenn weitere Gebiete Galiziens für die Rückkehr freigegeben werden. Es dürften sich nunmehr in Wien selbst noch ungefähr 35.000 bis 40.000 Personen aus Mittelgalizien befinden, während der Rest der hier untergebrachten Flüchtlinge aus Ostgalizien stammt.

Wie wir an kompetenter Stelle erfahren, ist zu hoffen, daß in der nächsten Zeit eine Reihe weiterer Bezirke in Galizien für die Rückkehr freigegeben wird.

Reichspost
27./VIII. 1915

29

Aufruf an die Wiener ungarischen Patrioten.

Ein Ungarisch-Wien in den Karpathen.

Der Einbruch der russischen Feindesscharen über die Karpathen hat auch die ungarländische Bevölkerung auf harte Proben gestellt. 50 Gemeinden sind gänzlich, und eine ungemein große Zahl von Gemeinden teilweise zerstört worden; zirka 6000 Wohnhäuser fielen dem russischen Frevel zum Opfer. Sie plünderten, raubten, und vernichteten die Wohnstätten friedlicher Menschen. Was nicht zerbrochen, zerschlagen und zersprengt werden konnte, gaben sie den Flammen preis. So sind tausende Familien wackerer Staatsbürger ungarischer, slovakischer, ruthenischer, rumänischer und auch deutscher Nationalität in den Karpathen um ihr Hab, Gut und zugleich um ihr Obdach gekommen, während ihre Ernährer mit den Waffen in der Hand dem Vordringen der Russen wehrten. Alles, was Staatshilfe und Fürsorge Einzelner und bestehender Hilfsvereine vermögen, wird redlich aufgeboten, um dem ungeheuren Elend der heimlos gewordenen Familien zu steuern und ihnen über die schwere Zeit der Not hinwegzuhelfen. Bei dem bestgemeinten Wohltun liegt jedoch die Gefahr nahe, daß man eine seit jeher arbeitsame, bodenständige ländliche Bevölkerung teilweise an das vielfach demütigende, das Ehrgefühl abstumpfende Almosennehmen gewöhnt, vielen wieder mit dem bruchstückweise gewährten Gaben wenig aushilft. Eine wirkliche Hilfe besteht nur in einer Wiederherstellung des wirtschaftlichen Zustandes der von der russischen Zerstörungswut getroffenen Familien. Der unterzeichnete Verein erachtet es für seine Pflicht, sich dieser in Ungarn namentlich durch das publizistische Organ „Az Est" eingeleiteten patriotischen Aktion anzuschließen und beabsichtigt, ein dauerndes, vom hoffnungsfreudigen Leben erfülltes Denkmal ungarischer Dankbarkeit den Helden der Wahlstatt zu errichten, indem er in den Karpathen zum Baue eines neuen Dorfes für heimatlos gewordene unter dem Namen Magyarbécs (Ungarisch-Wien) verhelfen will. Die zu errichtenden neuen Heimstätten sollen für lange, lange Zeiten Zeugnis von unserer Vaterlands- und Volksliebe wie für unsere Opferwilligkeit der Gegenwart und späteren Geschlechtern ablegen. Wir eröffnen zu diesem Zwecke eine Spendensammlung und bitten inständig unsere Mitglieder sowie jeden ungarischen Patrioten in Wien, so Mann als Frau nach besten Kräften zum Aufbau des Magyarbécs ihr Scherflein beizutragen.

Spenden werden sowohl von der Verwaltung der „Reichspost", als auch vom Wiener Ungarnvereine, 9. Bez., Währingerstraße 22, entgegengenommen und jeweilig der sich für diesen patriotischen Zweck gebildeten Kommission, an deren Spitze der ungarische Ministerpräsident a. D. Graf Karl Khuen-Hedervary steht, mit der Namensliste der Spender übermittelt. Wien, im August 1915. Im Namen der Vereinsleitung: Franz Regenhart Ritter v. Zapory, Präsident; Doktor Josef v. Chrenoczy-Nagy, k. u. k. Sektionschef, geschäftsführender Vizepräsident; Dr. Albert Mittler, königlicher Rat, Arzt, Vizepräsident; Kasimir Rißner, k. u. k. Sektionsrat, Sekretär.

Neues Wiener Tagblatt
1/IX. 1915

130

* **(Der Wiederaufbau der durch den Krieg zerstörten Gebiete.)** Mit Rücksicht auf die große Bedeutung, welche der Wiederaufbau der durch den Krieg zerstörten Gebiete für die Entwicklung der Wohnungsverhältnisse und damit für die Volksgesundheit und Volkskraft besitzt, hat die Zentralstelle für Wohnungsreform dem Ministerpräsidenten und den beteiligten Ministerien eine Denkschrift überreicht, in welcher sie jene Forderungen zusammenfaßt, die vom Standpunkt einer gesunden Wohnungs- und Bodenpolitik Beachtung erheischen. Die Zentralstelle verlangt vor allem ein positives Eingreifen des Staates in jenen Fällen, in denen eine Verschleuderung von Grundstücken an gewinnsüchtige Erwerber zu befürchten ist. Für diesen Zweck wird die Errichtung einer besonderen Geländeübernahmsanstalt vorgeschlagen, die planmäßig die zur Verbauung gelangenden Grundstücke aufzukaufen hätte. Um die erforderlichen Mittel bereitzustellen, wird die Schaffung einer besonderen Kreditorganisation gefordert; als ergänzende Maßregeln die Einrichtung von Bauberatungsstellen und die Gründung von Baustoffeinkaufsgesellschaften empfohlen.

Die Zeit Abendbl.
3/IX. 1915

131

Die Sanierung Galiziens.

KB **Biala**, 3. September. Die amtliche Gazeta Lwowska veröffentlicht an leitender Stelle eine Verlautbarung über eine staatliche Aktion zur Erhebung der Kriegsschäden, worin es unter anderem heißt: Wiewohl in Ermanglung gesetzlicher Vorschriften über Kriegsschäden eine Ersatzpflicht des Staates nicht besteht, ergibt sich die Notwendigkeit, schon jetzt in einwandfreier Weise das Maß des am Privateigentum angerichteten Schadens zu bestimmen, da in einem späteren Zeitpunkt die Erforschung desselben auf bedeutende Schwierigkeiten stoßen könnte. Es hat daher das Landesverteidigungsministerium der galizischen Statthalterei den Auftrag erteilt, Erhebungen, denen zunächst nur ein informativer Charakter innewohnt, einzuleiten. Nach Lage der Dinge wird sich die Untersuchung fürs erste auf den Bereich des Korpskommandos Krakau und den größeren Teil des Bereiches des Korpskommandos Przemysl erstrecken. Die Prüfung erfolgt auf Grund schriftlicher oder mündlicher Anmeldung der Betroffenen. Es folgen sodann nähere Bestimmungen über die Art der Anmeldung. Anmeldbar sind: 1. Sämtliche materiellen Leistungen zugunsten des Feindes und vom Feinde verursachte Schäden, soweit keine Vergütung erfolgt war. 2. Die aus den Kriegshandlungen der eigenen oder der verbündeten Truppen erwachsenen Schäden. 3. Die Schäden, die auf Ausschreitungen oder Räubereien zurückzuführen sind. — Mit der Erhebung sind die auf Grund des Kriegsleistungsgesetzes gebildeten Bezirkskommissionen betraut. Die Ueberprüfung liegt der auf Grund desselben Gesetzes eingesetzten Landeskommission ob.

Neues Wiener Tagblatt
4/IX. 1915

122

Kinderausspeisung in der Leopoldstadt.

Seit Kriegsbeginn findet im zweiten Bezirk eine Ausspeisung von Kindern armer Familien statt. Für diese Kinderausspeisung wurden seit mehr als einem Jahre monatlich gespendet: von der k. k. Sicherheitswachabteilung Leopoldstadt 100 K., von Dr. R. 63 K., Großgrundbesitzer Gustav Figdor 42 K., den Direktoren Rudolf Ludwig und Richard Neumann je 30 K., Frau Rosa S. 25 K., Sekretär Emil Zerner, Frau Apotheker Raditz, Dr. Arnold Klauber sowie den Herren A. Milhofer, Heinrich Stahl und Franz Krojanker je 20 K., von den Herren Oberkommissär Baczynski, Josef Dub, Medizinalrat Dr. Waldmann und Hotelier F. Kazner je 15 K. und schließlich von den Herren Dr. Julius Stricker, J. Böhm, Kapeller, W. Thau, Dr. Anton Steiner, Dr. Ignaz Weis, Georg Steiner und Frau kais. Rat Marie Glück je 10 K. Außer diesen monatlichen Spenden flossen ein von Herrn Johann Koest 51 K., von den Herren Dr. Berliner und Vortrefflich je 40 K., von Herrn Hotelier Dungl 30 K., von den Herren K. Werner, Kapeller, Direktor Neumann je 20 K., von den Herren Former, Sekretär Zerner, Johann Sonnenschein, Dr. Philipp Elias, Dr. Anton Steiner, Seif, W. Plau, Dr. J. Kohn und den Frauen Kominik und Kunerth je 10 K., von Kommissär Dr. Adler 27 K., Heinrich Stahl 24 K., Dr. R. K. 24 K., A. Flaum 50 K., Max Sonnenschein 30 K., B. Trieger 15 K., S. Steiner 20 K., Bozenbaum und Kurzweil je 6 K., Professor Dr. Wachtl 4 K. und Frau Therese Klein 30 K. an Spenden.

Neue Freie Presse
16. IX. 1915

133

Aufruf für die „Kriegslandspende".

Bald werden unsere braven Truppen auch das letzte Stück Galiziens von der russischen Invasion befreit haben. Wir alle sind überzeugt, daß die hohe Regierung die Zusage unseres geliebten Kaisers einlösen und den Bewohnern der verheerten Provinzen beistehen wird.

Und doch ist zu befürchten, daß eine große Zahl Familien vor die harte Frage gestellt sein wird, wie ihre durch den Weltkrieg zerstörte Existenz neu aufgebaut und für die Zukunft dauernd gesichert werden soll. Schon in Friedenszeiten konnten ja Galizien und die Bukowina nicht alle Landeskinder ernähren, und von Jahr zu Jahr wuchs die Auswanderung, besonders der Juden, nach den westlichen Provinzen und übers Meer nach Amerika. Gewiß wird dieser Drang nach den Verwüstungen des Krieges nicht nur andauern, sondern sich noch erheblich steigern.

Da nun die Vereinigten Staaten die Einwanderung immer mehr erschweren, richtet sich die Hoffnung vieler hierlands entwurzelter Juden naturgemäß nach Palästina, um dort im Gebiete der Oesterreich verbündeten Türkei ein neues, auf gesunder Landarbeit begründetes Leben zu beginnen.

Um diesem Streben entgegenzukommen, hat der gefertigte Verein, der unter dem Namen Jüdischer Nationalfonds durch sein erfolgreiches Kolonisationswerk in Palästina populär geworden ist, eine Hilfsaktion eingeleitet. Er sammelt die „Kriegslandspende", deren Zweck es ist: in Palästina Grund und Boden zu erwerben und ihn jüdischen Kriegsopfern aus dem Osten zum Anbau in Erbpacht zu überlassen.

Ein Dunam (ein Fünfteljoch) Palästinaland kostet 50 K. Wer auch nur einen Dunam spendet, trägt etwas bei, eine wirtschaftliche Grundlage zur Ansiedlung jener ärmsten Kriegsopfer aus dem Osten zu schaffen.

Die Verwaltung dieses Blattes wird Kriegslandspenden entgegennehmen und sie hier täglich ausweisen.

Mit vereinter Kraft wollen wir ein Werk aufrichten, welches der österreichischen Judenschaft zur Ehre und unseren unglücklichen Brüdern, den jüdischen Kriegsopfern aus dem Osten, zum Heil und Segen gereichen soll!

Für den Verein Kerem Kajemeth Lejisroel, Wien, 2. Bezirk, Zirkusgasse 33, Clearing 100.208:

Dr. Egon Zweig, Obmann; Dr. Wilhelm Beigel, Schriftführer; Ernst Pollak.

Neue Freie Presse
16./IX. 1915

134

Aufruf.

Schweres Unheil hat die Kriegserklärung Italiens über weite Kreise der loyalen kaisertreuen Bevölkerung unseres gottgesegneten Küstenlandes gebracht.

Das eiserne Gebot des Krieges hat Frauen, Kinder und Greise aus unseren schönen südwestlichen Grenzländern der angestammten Scholle entrissen. Haus und Hof, Hab und Gut mußten diese bedauernswerten Opfer eines unerhörten Treubruches verlassen; nur das nackte Leben haben sie in sichere Gegenden des geliebten gemeinsamen Vaterlandes gerettet.

Diese Frauen, Kinder und Greise haben im Schweiße ihres Angesichts statt ihrer Männer gearbeitet, die auf fernen Schlachtfeldern für den Bestand und die ungeschmälerte Erhaltung des Reiches kämpfen und fallen; sie haben für die engere Heimat und für das ganze Reich der Gunst ihres sonnigen Himmels, dem Schoße ihrer heimatlichen Erde die nährende Frucht abringen wollen, die nun ihre Bestimmung nicht erreicht.

Schmerz und Entbehrungen begleiten sie auf der beschwerlichen Fahrt in unbekanntes Land. Zerstreut in fern voneinander liegenden Bezirken und Komitaten, haben sie nur in beschränktem Maße den Trost gemeinsamen Leidens.

Der Staat gewährt den Flüchtlingen Wohnung und Kleidung und eine bescheidene Staatsunterstützung für den Lebensunterhalt. Dies ist aber bei weitem nicht genug, um dem Unglück zu steuern, das die Flucht mit sich bringt.

Mitbürger aller Länder und Sprachen Oesterreichs!

Bietet eure helfende Hand auch diesen bangenden und leidenden Flüchtlingen aus dem Süden! Sie wollen und werden treue Bürger Oesterreichs, treue Untertanen unseres geliebten Kaisers bis zum letzten Hauch ihres Lebens bleiben.

Eure Spenden mögen reichlich fließen zur Linderung von so viel Kummer und Not; die Gabe der Besitzenden, denen Gott ein gleiches Schicksal erspart, ist eine Dankesschuld, der sich niemand entziehen sollte.

Beiträge werden vom Landesausschusse von Görz und Gradiska, derzeit in Wien, 1. Bezirk, Franzensring, Reichsratsgebäude, entgegengenommen.

Wien im September 1915.

Hilfskomitee für die Flüchtlinge aus dem Süden.

Frankfurter Zeitung
20./IX. 1915

135

Das befreite Galizien.

≋ **Wien**, 19. Septbr. (Priv.-Tel., zens. Frkft.) Während des Aufenthaltes des Statthalters General v. Collard in Lemberg betonten die Erzbischöfe Bilczewski und Teodorowicz, daß die Verhältnisse des Landes ein energisches und planmäßiges Vorgehen im Interesse der Gutmachung erlittener Schäden dringend erheischen. Als höchst beunruhigende Erscheinung führten die Bischöfe die bei gewissen Elementen auftretende hämische Denunzierungssucht an. Sogar verdiente Persönlichkeiten werden davon nicht verschont. Wenn sich die Seuche bis jetzt nicht übermäßig verbreitet habe, so sei dies der Einsicht und der Hochherzigkeit des Kommandanten der Armee zu verdanken. Die Ursachen der unbegründeten Verdächtigungen haben gewiß mit den Staatsinteressen nichts gemein; sie entspringen meistens den niedrigsten Instinkten und sind besonders als Ausgeburt einer ungesunden geschäftlichen sogar politischen Konkurrenz zu betrachten. Beide Erzbischöfe erachteten es als Pflicht, dem Statthalter zu versichern, daß dem Verhalten der Bevölkerung, und zwar in allen ihren Schichten, nur volle Anerkennung gebühre, um so mehr, da die Ereignisse sie unvorbereitet fanden und speziell die Beamtenschaft ohne Subsistenzmittel gelassen wurde. Schon das Ausbleiben einer Anerkennung gliche einer unverdienten Kränkung. General v. Collard dankte den Kirchenfürsten für ihr Vertrauen und versicherte, er werde nichts unterlassen, um die schwierigen Aufgaben einer befriedigenden Lösung zuzuführen.

Kölnische Zeitung
22./IX. 1915

136

Der Kriegsflüchtling.

Von Bucephalus, Berlin.

g Ich will mich der Beschreibung alles dessen, was meiner Reise nach Deutschland vorausgegangen, enthalten und mit Hassum beginnen, wo wir, aus England kommend, der deutschen Militärbehörde übergeben wurden. Als der Zug einfuhr und ich den ersten deutschen Helm aufblitzen sah, empfand ich etwas wie heiße Freude. Ein deutscher Offizier erschien in unsern Wagenabteilen, erteilte uns Weisungen und mahnte, die Papiere in Bereitschaft zu halten. Die Kinder, deren eine Menge mitgekommen waren, freuten sich unbändig über alle die neuen Dinge, und ich hörte, wie ein kleines sechsjähriges Bürschchen seinem Kameraden auf englisch begeistert zuraunte, daß er eben den ersten deutschen Soldaten gesehen habe! Unter militärischem Geleit wurden wir nach dem Verzollungsraum gebracht, wo, ebenfalls durch Militär, unser Handgepäck untersucht wurde, während das große Gepäck zur Untersuchung auf dem Bahnsteig blieb. Alsdann wurden wir verschiedenen Wachen, deren jede ihren besondern Zweck hatte, überwiesen. An den verschiedenen Stellen erhielten wir nach erfolgter Prüfung Papiere, die wir bei der nächsten gegen neue einzutauschen hatten. Die Wachsamkeit der Beamten war sehr scharf, aber verbunden mit dem Bemühen, den oft verwirrten und erschöpften Flüchtlingen jede zulässige Erleichterung zu schaffen. Man ahnt im deutschen Vaterlande kaum, wieviel von dem Scharfsinn dieser Beamten abhängt, die sich mit übermenschlicher Geduld durch das Labyrinth der verquicktesten Verhältnisse finden, um den an die deutsche Pforte Pochenden entweder hereinzulassen oder abzuweisen. Bevor wir wieder den Bahnsteig zur Weiterfahrt betraten, labte uns eine Dame mit einem Glas trefflicher Milch und Kleingebäck — eine wohltuende Gabe des Roten Kreuzes.

Mit einem Gefühl der Erlösung verließen wir Hassum und steuerten Goch, der Grenzüberwachungsstation, zu, um dort wieder ähnlicher Prüfung unterzogen zu werden. Ich habe wohl noch auf keiner Strecke, die ich je in meinem reisereichen Leben befahren, mit einer solchen Bewunderung über den deutschen Organisationsgeist nachgedacht wie hier. Das Zentralkomitee des Roten Kreuzes in Berlin, und zwar die Abteilung XI für Flüchtlingsfürsorge, hat im Einvernehmen mit den zuständigen Behörden durch die Wohlfahrtseinrichtungen, die es in Goch traf, der Grenzüberwachungsstelle einen besondern Charakter verliehen. Als „Übernahmestelle des Roten Kreuzes für deutsche Rückwanderer aus England" hat es an der Seite der Grenzüberwachungsstelle, die militärische Prägung hat, sich die Verpflegung, Unterbringung, sachgemäße Weiterleitung der Ziellosen, sowie überhaupt die Versorgung der aus dem Auslande rückwandernden Deutschen zur Aufgabe gemacht. Das Zentralkomitee des Roten Kreuzes ist somit der finanzielle Träger der Flüchtlingsfürsorge an der Grenzübernahmestation. Ausgeübt wird diese Fürsorge durch das lokale Rote Kreuz und durch die Gemeinde unter lebhafter Mitwirkung der Bevölkerung, die sich durch reiche Spenden aller Art an dem Liebeswerk beteiligt. Militärischer Grenzüberwachungsdienst und Rote-Kreuz-Tätigkeit gehen hier wirklich so Hand in Hand, daß der heimkehrende Deutsche, der lange Monate hindurch oft nur die gefärbten und falschen Berichte des Auslandes zu lesen bekam, schon gleich beim Betreten deutschen Bodens von dem gewaltigen einheitlichen Zusammenwirken aller Kräfte in der Heimat einen Hauch verspürt, ein deutsches Bild dessen, was man in England „Militarismus" nennt.

Zunächst wurden wir in Goch wieder militärisch „begrüßt" und nach dem Verzollungsraum gebracht, der in seiner jetzigen Umgestaltung, dank dem Verein vom Roten Kreuz und dem guten Geschmack der Soldaten der Grenzüberwachungsstelle, ein eigenes anziehendes Bild bot. Ich habe mich noch nie in meinem Leben so gern zu meinem Wohlsein kommandieren lassen, wie in jener Nacht. Als einige Förmlichkeiten erledigt waren, versammelten wir uns bei den eisenbeschlagenen Gepäckbänken, auf denen große Kaffeetassen freundlich winkten und sogleich von geschäftiger Hand mit duftendem Kaffee gefüllt wurden. Butterbrote wurden herumgereicht und als man mir sagte, „das ist unser deutsches Kriegsbrot —" da kamen mir die Worte

Die Neutralen.

Björn Björnson über Deutschland.

WTB **Christiania**, 21. Sept. (Telegr.) (Von unserm Sonderberichterstatter.) Björn Björnson hielt gestern abend in der Aula der Universität vor ausverkauftem Hause seinen seit Wochen mit großer Spannung erwarteten Vortrag: „Der Krieg. Eindrücke und Stimmungen von drei Fronten." Der Vortrag hatte durchschlagenden großen Erfolg, trotz der verschiedenen offenen und versteckten Versuche gewisser deutschfeindlicher Blätter in Christiania, Björnson als im Dienst der deutschen Stimmungsmache stehend zu verdächtigen. Der meisterhaft aufgebaute, künstlerisch vollendete und zu mächtiger Wirkung gesteigerte Vortrag fesselte die nach vielen Hunderten zählende Zuhörerschaft volle zwei Stunden lang und erweckte schließlich bei allen Zuhörern begeisterten Beifall. Es war das erste Mal, daß in Christiania ein Redner nach [illegible]

uns einige Verhaltungsmaßregeln. Hierbei wurde auch das Gebiet der Beschwerde berührt, indem im Feindeslande erlittene Unbill zur spätern großen internationalen Abrechnung vorgemerkt wurde. Alle Rückwanderer wurden sodann vernommen und auf ihre Unverdächtigkeit geprüft. Durch telegraphische Anfragen bei den verschiedensten Behörden wurden Zweifel aufgeklärt. Da einem jeden Flüchtling nur eine begrenzte Summe Geldes mitzunehmen gestattet war und manch einer nicht mal über die erlaubten 10 Pfund (200 ℳ) verfügte, wurde den Mittellosen Fahrscheine und Gepäckscheine kostenlos überlassen. Unter uns waren einige — und ich danke der Vorsehung, daß ich zu ihnen zählte — denen die Aufregung vorangegangener Tage so mitgespielt hatte, daß eine Fortsetzung der Reise für sie nur ein völliges Zusammenbrechen bedeutet haben würde. Der Oberleutnant verordnete diesen einen, oder wenn nötig, mehrere Rasttage im Kronprinz-Wilhelm-Zelt des Roten Kreuzes. Einzelne Flüchtlinge, bei denen die Rückkehrerlaubnis nach bestimmten Städten, namentlich nach Festungen wie Straßburg, erst eingeholt werden mußte, mußten ebenfalls, bis bestimmte Förmlichkeiten erfüllt waren, ihre Zeit im Kronprinz-Wilhelm-Zelt abwarten. Es wurde überhaupt darauf geachtet, die Flüchtlinge einem einigermaßen gesicherten Dasein zuzuführen oder, wo dies nicht möglich war, sie an besondere Zufluchtsstätten oder Heime zu empfehlen, bis sie einen Unterhalt aus eigener Kraft gefunden haben würden. So leitet die Übernahmestelle des Roten Kreuzes in Goch diejenigen Rückwanderer, die völlig ziel- und heimatlos nach Deutschland kommen, die nirgend mehr Bekannte oder Verwandte haben, die sie aufnehmen könnten, an die vom Zentralkomitee des Roten Kreuzes eingerichteie „Sammelstelle für deutsche Rückwanderer aus England in Dortmund", wo sie vorläufige Aufnahme und Versorgung finden. Von dort aus werden sie dann, zumeist in der Provinz Westfalen, endgültig untergebracht. Das Zentralkomitee des Roten Kreuzes hat die gesamte Fürsorge für alle diese Leute übernommen; es verschafft ihnen Stellungen, es bringt die Gebrechlichen, Siechen, Kranken und Alten in Rote-Kreuz-Heime, und es vermittelt ihnen Bürgerquartiere, in denen die Flüchtlinge auf Kosten des Roten Kreuzes für die Kriegsdauer in Pension genommen werden.

In dem genannten Zelte bot sich uns eine neue Überraschung. Die Kreisschwester Alice hat aus einem Tanzlokale ein Erholungszelt erstehen lassen, das mit Feldbetten ausgestattet, einer Sommerfrische nicht unähnlich war. In der Mitte dieses Raumes lief ein langer Tisch mit blühenden Topfpflanzen, und durch die Fenster blickte man auf grüne Wiesen. Wachen und Ordonnanzen gingen aus und ein und sahen hilfsbereit nach dem Rechten. Es befanden sich auch einige unbezogene Betten im Saal, um die Stelle der Ruhebetten zu vertreten, bestimmt für solche, die die Übermüdung zu einem Tagesschlummer zwang; wer sich frisch genug fühlte, der erbat sich wohl auch bei der Wache einen einstündigen Ausgang, um das interessante Städtchen zu durchforschen. Auch an freundlicher Aufmerksamkeiten fehlte es nicht. Der Kommandeur des Grenzschutzes und seine Frau erschienen, um die Einrichtungen in Augenschein zu nehmen. Der liebenswürdigen An-

Neue Freie Presse 22./IX. 1915

I

137

Die Barackenstadt in Gmünd.

Wien, 21. September.

Außerhalb der niederösterreichischen Grenzstadt Gmünd, von der Stadt selbst etwa eine halbe Stunde entfernt, hat die niederösterreichische Statthalterei auf einer großen Wiesenfläche ein Barackenlager errichtet, in dem die aus ihrer Heimat geflüchteten österreichischen Staatsangehörigen während des Krieges Unterkunft und Verpflegung finden. Die ungeheure Arbeit, welche die Verwaltung und Versorgung der durch den Krieg heimatlos gewordenen Männer, Frauen und Kinder verursacht, wird unter der Oberleitung von Beamten des Staates durch Personen besorgt, die zumeist aus den Kreisen der Flüchtlinge entnommen sind, deren Sprache und Gewohnheiten genau kennen und in der Lage sind, das Bindeglied zwischen der Bevölkerung und der Verwaltung des Lagers herzustellen. So hat sich denn aus dem Barackenlager, das fast nur landwirtschaftliche Bevölkerung birgt, eine Stadt mit gegen 30.000 Bewohnern herausgebildet, in der eine musterhafte Ordnung herrscht, die von Staats wegen erhalten wird und dabei doch in der Lage ist, für eine Reihe ihrer Bedürfnisse selbst aufzukommen. Auf einer Wiesen- und Ackerbodenfläche sind feste Wege, ein ausgedehntes Kanalisationsnetz, Holzhäuser und Steinbauten entstanden, die berufen sind, den Flüchtlingen, wenn auch nur vorübergehend, ein Heim zu bieten.

Am 15. Dezember vorigen Jahres erteilte die niederösterreichische Statthalterei den Auftrag zur Erbauung des Barackenlagers. Trotz großer technischer Schwierigkeiten, die nicht nur in der Beschaffenheit der Gegend und des Bodens gelegen waren, sondern auch durch die für Bauarbeiten ungünstige Jahreszeit hervorgerufen wurden, konnten bereits am 11. Januar 72 Personen aufgenommen werden, am 5. Februar zählte das Barackenlager schon 10.700 Insassen, und am 24. Mai wies die Bevölkerung der ruthenischen Barackenstadt die Ziffer von 29.000 auf. Bis zum 15. September waren 53.000 Flüchtlinge in Gmünd bequartiert, davon 600 Slowenen, die übrigen Ukrainer. In die Heimat wurden bisher 13.000 entlassen, über 20.000 gingen aus dem Lager als Arbeiter in die ihnen durch das im Lager befindliche Arbeitsvermittlungsamt besorgten Posten, davon etwas über 2000 nach Deutschland. Die anderen Abgänge entfallen auf Urlaubs- und Uebersiedlungsbewilligungen, Musterungen, Einberufungen zu militärischen Dienstleistungen und Todesfälle. Der derzeitige Stand beträgt rund 16.000 Personen.

Das Barackenlager konnte naturgemäß nur nach und nach zu seiner jetzigen Ausdehnung ausgestaltet werden und die Bautätigkeit daselbst kommt nie ganz zur Ruhe. Verbesserungen in den Einrichtungen und Baulichkeiten erfordern ein ständiges Personal für diesen Zweck. Auch wird fortwährend an der Ausgestaltung des Lagers und seiner technischen Einrichtungen gearbeitet. Schon das bietet der Lagerbevölkerung Gelegenheit zu Verdienst; solche Möglichkeiten werden ihr aber auch durch den Grundsatz geboten, daß alle im Lager durchzuführenden Arbeiten und Hilfsdienste nur durch Lagerinsassen besorgt werden, weil anderseits die Flüchtlinge auch im Orte nicht eine die Erwerbstätigkeit der bodenständigen Bevölkerung beeinträchtigende Tätigkeit entfalten sollen. Das Lager ist in 18 Sektionen geteilt. Jede Sektion besteht aus acht Wohnbaracken und einer Küchenbaracke, in der auch noch ein Raum für den Sektionsleiter vorgesehen ist. Zur Unterbringung von Flüchtlingen stehen 126 Baracken mit einem Belagraum von je 200 bis 250 Plätzen zur Verfügung, die übrigen Baracken dienen als Aufnahmestation und als Quarantänebaracken für infektionsverdächtige Ankömmlinge. Außer den normalen Wohnbaracken ist noch eine Gruppe von acht Baracken mit je zehn Wohnungen, bestehend aus Zimmer und Küche, und zwei Baracken mit einzelnen Zimmern zur Unterbringung von Lehrern, Geistlichen und Angestellten vorhanden. Jede Baracke hat einen Barackenaufseher aus den Kreisen der Flüchtlinge, der für die Verteilung der Mahlzeiten in der Baracke, für die Aufrechterhaltung der Ordnung, für Reinlichkeit usw. zu sorgen hat. Er untersteht einem Sektionsleiter, der die Aufsicht über die seine Sektion bildenden acht Baracken hat und täglich von der Verwaltung seine Instruktionen für den laufenden Tag erhält. Diese beiden Kategorien von Amtspersonen werden aus dem Stande der Flüchtlinge genommen. Sie unterstehen direkt dem Lagerinspektor und seinen Stellvertretern, die wiederum den Organen der staatlichen Verwaltung untergeordnet sind.

Neue Freie Presse 22./IX. 1915

II

die Lemberg Transport in Gmünd.

138

Der Statthalter von Niederösterreich Richard Freiherr v. Bienerth hatte für die ersten Tage dieser Woche die Vertreter der Presse zur Besichtigung des Gmünder Barackenlagers eingeladen, um der Oeffentlichkeit über das Wesen der hier getroffenen Einrichtungen Einblick zu geben. An dem Ausfluge nahm auch der Referent im Präsidialbureau der Statthalterei Bezirkskommissär Doktor Hallama teil und als Abordnung des Ukrainischen Verbandes im Reichsrate hatten sich eingefunden der Vizepräsident des ukrainischen Nationalrates Nikolaj Ritter v. Wassilko, Oberlandesgerichtsrat Elias Ritter v. Semaka und Wlaczeslaw Budzynowski. In Gmünd besorgten die Führung durch das Lager und die erforderlichen Erklärungen der Vorstand der Barackenverwaltung Ministerialsekretär August Freiherr Czapka v. Winstetten, die der Verwaltung zugeteilten Statthaltereikonzipisten Dr. Oskar Buchner und Dr. Josef Bilinski, die Ingenieure des niederösterreichischen Staatsbaudienstes Michael Hofer und Fritz Schmidkunz sowie Rechnungspraktikant Josef Schwarz. Ueber die hygienischen und sanitären Einrichtungen gaben der Chefarzt Dr. Josef Reder und die Abteilungsvorstände der Spitäler die Erläuterungen, im Arbeitsvermittlungsamt der Vorstand Dr. Basil v. Jelita-Makowski, im Evidenzbureau der Stryjer Advokat Dr. Hilar Ritter v. Pukszyn-Baczynski, der hier als Leiter fungiert, im Kriegswaisen- und Kinderheim und bei der weiblichen Hausindustrie dessen Gemahlin, in der Schule Pfarrer Nikolaj Romanjuk und Schuldirektor Kabarowski, bezüglich der Verpflegung der Vorstand der Verpflegsgesellschaft Hans Grohe, bei den Vorratskammern Herr Krawani. Auch der Kommandant der Lagerwache Landsturmoberleutnant Professor Doktor Grohmann beteiligte sich an den Erklärungen. Beim Mittagessen erbat sich Abgeordneter Ritter v. Wassilko das Wort, um dem Statthalter Freiherrn v. Bienerth und seiner hier wirkenden Beamtenschaft für die Leistungen zu danken, die in dem Barackenlager, das Redner als einen Mittelpunkt für die Ukrainer in dieser schweren Zeit bezeichnete, veranschaulicht werden.

Die Einrichtungen des Lagers.

Der ganze Lagerkomplex, der eine Ausdehnung von 900 × 600 Meter hat, ist mit Stacheldraht eingezäunt und hat für die Lagerbevölkerung nur einen Eingang. Neben diesem Tor ist die Hauptwache untergebracht, in deren Baracke sich auch der Arrest befindet. Anstoßend ist ein größerer Raum als Kaffeehaus eingerichtet, wo sich die Beamten und Lagerangestellten treffen und unterhalten können. Ein zweiter Treffpunkt für die Intelligenz der Barackenstadt ist die neben dem Verwaltungsgebäude gelegene Kantine, die neben einem allgemeinen Raum für die Bediensteten und Insassen einen Saal und ein kleines Klubzimmer für die Herren birgt. Hier werden auch die Mahlzeiten für die Verwaltungsbeamten und die ledigen Angestellten hergestellt. Neben der Hauptwache befinden sich die Kasernen für die Lagerwache und die Gendarmerie. Vom Haupteingange führt eine 30 Meter breite geteerte Straße von 500 Meter Länge zum oberen Teile der Wohnbarackensektionen, in deren Mitte eine kleine Bahn läuft, die sich am Ende der Straße gabelt und nach beiden Seiten der dort angelegten Hauptstraße zum Transport von Lebensmitteln, Heiz- und Kochmaterial und sonstigen Bedarfsartikeln dient. Im unteren Teile dieser sanft geneigten Straße befinden sich links ein Postamt und die Verwaltungsgebäude, rechts Depots und die Spitalseinrichtungen. Hinter den Verwaltungsgebäuden liegen die Wirtschaftsräume, langgestreckte Baracken, zum Teile unterkellert, in denen sich die immensen Vorräte der Verpflegsgesellschaft befinden. Hier gibt es Lebensmittelmagazine, Lagerhäuser für technische und andere Bedarfsartikel, einen Kartoffelkeller mit dazugehöriger Kartoffelschäleinrichtung, Pferde-, Rinder- und Schweineställe samt Nebengebäuden, eine Schlagbrücke mit allen für die Verarbeitung des Fleisches und der Nebenprodukte erforderlichen Einrichtungen, eine Kühlanlage, Lagerstellen für Kohle und Holz, eine große, mit den modernsten Einrichtungen versehene Bäckerei, in der täglich bis zu 9000 Kilogramm Brot gebacken werden können. In diesem Trakt ist auch die elektrische Zentrale untergebracht, die sowohl die Beleuchtung des ganzen Lagers wie auch den Betrieb aller daselbst befindlichen maschinellen Einrichtungen speist. Hier stehen zwei Dampfmaschinen mit zusammen 150 Pferdekräften und eine Akkumulatorenbatterie sowie eine sinnreiche Kühlvorrichtung, um das für den Maschinenbetrieb verwendete Wasser nicht zu vergeuden und immer wieder verwenden zu können. Das Elektrizitätswerk betreibt auch die Wasserpumpe. Das Trinkwasser wird aus der Wasserleitung der Gemeinde Gmünd in ein Tiefreservoir geleitet und durch eine hydropneumatische Anlage in das Verteilungsnetz des Lagers mit einem Drucke von sechs Atmosphären gepreßt. Außerdem besteht eine Nutzwasserleitung, die aus einem nahegelegenen Teiche gespeist wird. Das ganze Lager ist kanalisiert, die aus dem Spitalstrakte kommenden Abwässer werden durch eine Desinfektionsanlage, die anderen direkt in eine Kläranstalt geleitet; zur Verbrennung des Mistes und anderer Rückstände bestehen eigene Anlagen.

Kultus und Unterricht.

Auf einem großen freien Platze, der sich nach den Gebäuden der Lagerverwaltung links von der Hauptstraße erstreckt, steht eine aus Holz erbaute Kirche in dem einfachen Stil, den man sehr häufig in ärmeren slawischen Gemeinden findet. Die Kirche hat einen Fassungsraum von 2500 Personen und ist vom Architekten Jolly erbaut und ausgestattet. Die Ikonostasis hat nach Originalmotiven, modern stilisiert, Professor Löffler gemalt, auch zwei über den Seitenaltären hängende Bilder rühren von der Hand Löfflers her. Vor der Kirche ist ein hochragendes Holzkreuz aufgestellt, das von ruthenischen Bauern am Sterbetage des Erzherzogs Franz Ferdinand errichtet wurde. Gegen die Wohnbaracken wird der Kirchenplatz von einer aus drei großen miteinander verbundenen Baracken bestehenden Schule abgeschlossen. Hier sind außer der Direktorswohnung und Kanzlei sowie einem Konferenzzimmer 14 Schulzimmer und ein Turnsaal untergebracht, in denen die Kinder den normalen Volksschulunterricht genießen, aber auch die deutsche Sprache lernen. Für erwachsene Analphabeten sind sowohl Lehrstunden in den Elementargegenständen wie in der deutschen Sprache vorgesehen. Zwei Baracken sind für Ruthenen, die dritte für die in der letzten Zeit hinzugekommenen Slowenen bestimmt. Auch gewerbliche Vorbildungskurse, Handelskurse und Näh- und Handarbeitskurse, ein Landwirtschaftskurs werden hier abgehalten.

Außer den vier Priestern, von denen Herr Romaniuk als Pfarrer, die drei anderen als Katecheten wirken, sind für die kulturellen Bedürfnisse der Bevölkerung in der Schule tätig Schuldirektor Kabarowskyj mit 24 Lehrpersonen beiderlei Geschlechts. Seit 1. April wurden 915 Knaben und 713 Mädchen, in den Kursen 917 Personen aller Altersstufen unterrichtet. Die Teilnehmer bekamen alle Lehrmittel kostenlos, die Kinder teilweise auch die Bekleidung von der Schule. Das zweite Schuljahr begann am 6. September, es sind derzeit eingeschrieben 470 Knaben, 480 Mädchen und 390 Erwachsene.

Neue Freie Presse 22./IX. 1915

III

die Lagerstadt in Jenins. 139

Die sanitären Vorkehrungen.

Gegenüber dem Verwaltungsgebäude ist schon in der Spitalsbarackenabteilung die Aufnahmestation, denn jeder in das Lager kommende Insasse muß zuerst untersucht werden, um die Einschleppung von Krankheiten tunlichst zu verhüten. Zuerst passiert er die Entlausungsanstalt, die im Stil der Militärspitäler eingerichtet und mit dem Desinfektionsraum für die Kleider verbunden ist. Um die Pelze der ländlichen Bevölkerung im Heißdampfverfahren nicht zu schädigen, sind für diese eigene Schwefelkammern errichtet. Nach der Reinigung gelangt der zukünftige Lagerbewohner in eine durch besondere Bewachung abgeschlossene Beobachtungssektion, in der er bleibt, bis seine Ansteckungsgefährlichkeit geschwunden ist. Für die an infektiösen Krankheiten leidenden Personen besteht eine Anzahl von Injektionsbaracken, für besonders kontagiöser Krankheiten Verdächtige eine Exspektanzbaracke nach dem Muster der Cholerabaracken. Für die übrigen Patienten ist ein Ambulatorium eingerichtet, eine Anzahl von Baracken dienen zur Aufnahme von intern erkrankten und tuberkulösen, andere für septische, dann wieder für chirurgische antiseptische Behandlung. Ein geradezu ideal eingerichteter Operationssaal mit Sterilisierraum, die Aerztewohnungen, eigene Spitalsküche und Wäscherei, zwei Kinderspitalbaracken mit einer Sonnenliegehalle und eine gynäkologische und Gebärabteilung ergänzen diese mustergültig angeordnete und mit großem Erfolge geführte Sektion, in welcher Chefarzt Dr. Reder, von 13 unermüdlichen Aerzten, 21 Medizinern und 40 Pflegerinnen unterstützt, seines Amtes waltet. Auch eine zweckmäßig eingerichtete Apotheke, in der drei Magister und eine Tironin arbeiten, gehört hieher.

An der Peripherie des Lagers, nicht unweit des Spitalsrayons, befindet sich der Friedhof, an dessen Eingang eine Prosektur, Leichenkammer und ein Sargdepot erbaut sind.

Das Leben in der Barackenstadt.

In den Wohnbaracken sind die Geschlechter nach Sektionen getrennt, für Familien sind eigene Sektionen errichtet, in denen die Baracken durch Seitenwände Boxes erhalten haben, von denen eine Abteilung einer aus vier oder fünf Personen bestehenden Familie bequem Unterkunft bietet. Die Ernährung besorgt die Verpflegsgesellschaft in der Weise, daß in jeder Sektion die Küche das vorgeschriebene Essen bereitet und den Barackenleitern in Gegenwart des Sektionsleiters verabreicht. Die Speisen müssen dem Geschmacke der Bevölkerung entsprechend sein, so daß für die slowenischen Sektionen anders gekocht werden muß als für die ukrainischen. Die Mahlzeiten sind einfach, aber reichlich: früh Kaffee oder dicke Suppe, mittags Gemüse, Suppe und Brot sowie Kartoffeln, abends Suppe oder Kaffee. Sonntags gibt es Fleisch, und zwar 20 Dekagramm per Kopf, einmal in der Woche Reisfleisch. Für Kinder und stillende Mütter wird Milch verabreicht.

Der Bevölkerung ist aber auch Gelegenheit geboten, sich durch Arbeit einen entsprechenden Verdienst im Lager zu schaffen und sich damit in den sehr billigen Kantinen und Verkaufsstellen die Bedarfsartikel für eine bessere Lebensweise zu verschaffen. Vor allem bieten die zur Deckung der Lagerbedürfnisse geschaffenen Werkstätten, in denen zugleich Handwerkslehrlinge herangebildet werden, hiezu Gelegenheit. In den einzelnen Werkstätten sind beschäftigt: 78 Arbeiter und 25 Lehrjungen in der Schuhmacherei, 18 Arbeiter und 6 Lehrjungen in der Schneiderei, 20 Mädchen in der Nähstube, 32 Arbeiter und 4 Lehrjungen in der Tischlerei, 7 Arbeiter und 4 Lehrjungen in der Schlosserei, 3 Maler und 1 Glaser. Da jeder verfügbare Raum im Lager zu Anbauzwecken verwendet wurde und der von dem Inspektor der Wiener Gartenbaugesellschaft, Herrn Frolik, angelegte Schulgarten der Pflege bedarf, können sich manche Lagerinsassen auch auf diesem Gebiete betätigen. Den Frauen und Mädchen ergeben sich Verdienstquellen in den Küchen und Wäschereien, in häuslichen Verwendungen und durch Bedienungen in den Spitälern und bei den Beamten und Angestellten. Eine Anzahl von tüchtigen Leuten hat bei der Lagerfeuerwehr, die auf das modernste eingerichtet ist und unter dem Kommando eines im Ruhestande befindlichen Löschmeisters der Wiener Feuerwehr steht, Posten gefunden. Die Feuerwehrzentrale ist mit allen Teilen des Lagers durch automatische Feuermelder verbunden, außerdem sind noch in den Wohnbarackensektionen und an wichtigen Punkten Feuernebenwachen errichtet. Bei einem Probealarm konnte man die Exaktheit und die Promptheit der Feuerbereitschaft bewundern, zugleich aber auch die Feuerschulung der Lagerwache und der Schulkinder anerkennend feststellen. Das vollbesetzte Schulhaus war in nicht ganz zwei Minuten ohne jede Ueberstürzung geleert, vom Moment des Feueralarmes bis zum Augenblick, in dem die Wasserstrahlen den Schläuchen entströmten, waren knappe drei Minuten vergangen. In derselben Zeit war auch der Brandplatz militärisch abgesperrt.

Für die Lagerbevölkerung ist eine Freilichtbühne und ein Kinotheater zur Verfügung. In das letztere haben Kinder bei belehrenden Vorführungen kostenlos Zutritt, aber auch sonst kostet der Eintritt nur wenige Heller. Auf den freien Plätzen sind Jugendspielplätze angelegt, wo die Kinder unter Aufsicht ihrer Lehrer sich vergnügen. Für die Erwachsenen, die in dem Lager beruflich oder als freiwillige Helfer tätig sind, bietet ein gemischter Chor, in dem ein Lehrer und ein geistlicher Kandidat die Stimmführer und Kapellmeister sind, durch häufige Vorträge Unterhaltung, auch sonstige musikalische Vorträge ergänzen das meist improvisierte Programm, das sich abends im Kaffeehaus abrollt.

Ein besonders hervorzuhebendes Werk ist das von Frau Dr. v. Baczynski gegründete und geleitete Kriegswaisen- und Kinderheim, in dem ein halbes Hundert elternloser Kinder verpflegt und erzogen wird.

Neues Wiener Tagblatt
22./IX. 1915

22
140

Arbeitsschule für Frauen und Mädchen aus Galizien und der Bukowina.

Arbeitsschule — das klingt einfach und bescheiden. Die Arbeitsschule, die Frau Anita Müller im ersten Stock des Hauses Nr. 8 in der Taborstraße in neun hellen, freundlichen Räumen errichtet hat, macht auch beim ersten Anblick den Eindruck einer einfachen und bescheidenen Wohlfahrtseinrichtung für weibliche Flüchtlinge aus Galizien und der Bukowina. Aber wenn man die Ziele dieser Anstalt kennt, ihre bisherigen Ergebnisse überschaut, dann erscheint diese einfache Arbeitsschule als eine Institution, die über den Rahmen einer bloß zeitweiligen Wohlfahrtseinrichtung weit hinausreicht; sie offenbart sich als eine Institution sozialer Erziehung zur Arbeit von dauerndem moralischem und wirtschaftlichem Gewinn.

Durch die Kriegsnot waren hunderte Mädchen aus Galizien und der Bukowina nach Wien geraten. Es waren darunter Universitätshörerinnen, Gymnasiastinnen, Lehrerinnen, Kontoristinnen, aber auch viele, die früher in einem wohlgeborgenen Heim in behaglichen Verhältnissen lebten und es daher nicht nötig hatten, in irgendeinem Erwerbszweig die Ellenbogen zu rühren. Diese Mädchen hatten auf einmal die wirtschaftliche oder auch die familiäre Grundlage ihrer Existenz verloren. Gegen krasse Not waren sie in Wien allerdings durch staatliche und private Fürsorge geschützt, sie hatten aber doch nur das Allernotwendigste und fühlten sich in der großen fremden Stadt entwurzelt. Viele dieser Mädchen machten die Qualen der gebildeten Proletarierin durch, die vergebens eine ihren Kenntnissen entsprechende Beschäftigung sucht, andre waren überhaupt für keine Arbeit vorgebildet — und so drohte ihnen allen die Gefahr physischer Verkümmerung und mancher auch die Gefahr sittlicher Entgleisung. Frau Anita Müller erkannte rechtzeitig diese Gefahr, und so reifte in ihr der Entschluß, durch Gründung einer Arbeitsschule diese Mädchen zu kunstgewerblichen Arbeiterinnen zu erziehen und sie nicht bloß erwerbsfähig zu machen, sondern durch sie auch das Kunsthandwerk nach Galizien zu propagieren. Es war dies eine schwierige Aufgabe. Es handelte sich hiebei nicht bloß um die Aufbringung bedeutender Geldmittel, sondern auch darum, das Vorurteil gegen manuelle Arbeit zu zerstreuen, das diesen Mädchen in ihrer Heimat eingeflößt wurde.

Wie erfolgreich sich die Tätigkeit der Frau Anita Müller gestaltet hat, beweist nur die Tatsache, daß seit dem Monat Febuar in ihrer Anstalt 850 Mädchen zu kunstgewerblichen Arbeiterinnen ausgebildet wurden, und zwar 600 Schülerinnen in der Handarbeitsschule und 250 in der Korbflechtschule. Da diese Mädchen eine erstaunliche künstlerische Begabung offenbaren, so genügen wenige Wochen für ihre Ausbildung. Ein Ausstellungsraum in der Anstalt bietet einen Ueberblick über die Erzeugnisse der Handarbeitsschule. Tischdecken, Vorhänge, Perlenbeutel, Taschentücher, Lampenschirme, Polster, Taschentuchbehälter, Servietten hängen an den Wänden oder sind auf Tischen ausgebreitet. Jeder Gegenstand bekundet neben technischer Gediegenheit in der Ausarbeitung einen vornehmen Geschmack. Die Motive sind durchweg originell, zumeist antiken Mustern nachgebildet. Die handgearbeiteten sind von einer entzückenden Feinheit und die Farben, wo sie zur Verwendung kommen, zu harmonischer Wirkung abgestimmt. Man hat nirgends das Gefühl eines für den Massenabsatz berechneten Produktes. Jedes Erzeugnis ist liebevoll gearbeitet und von einem feinen Kunstgeschmack beseelt. Eine Hausfrau könnte in diesem Raum stundenlang in verweilender Betrachtung verharren. Einen ähnlichen Eindruck empfängt man im Ausstellungsraum der Korbflechtschule. Die Gebrauchsgegenstände, die man hier sieht, sind gediegen gearbeitet, weisen reine, zierliche Formen auf, die bei kleineren Gegenständen auch farbig belebt sind. Die geflochtenen Sachen namentlich, die mit Seide, Samt oder Stoff gefüttert und mit Perlen verziert sind, sind reizend. Frau Anita Müller hat bei der Leitung der Anstalt zwei Assistentinnen, Frau Martha Cerf und Fräulein Stella Münz, die sich dem edlen Werke hingebungsvoll widmen. Die Erzeugnisse der Anstalt haben bereits ihre Abnehmer und werden zweifellos in Bälde einen ehrenvollen Platz neben den besten Erzeugnissen des Wiener Kunstgewerbes erringen. Aber nicht minder hoch als diesen künstlerischen Erfolg schätzen wir die wirtschaftliche und moralische Bedeutung dieser mustergültigen Pflanzstätte kunstgewerblicher Arbeiterinnen, die Hunderte von Mädchen zur Arbeit erzogen hat, die vorbildlich und nacheifernd auf ihre Mitschwestern in ihrer Heimat wirken werden. Das ist die weitgreifende soziale Bedeutung dieser Anstalt.

Neues Wiener Tagblatt
28./IX. 1915

Die Rückkehr der Flüchtlinge.

Wieder acht galizische Bezirke freigegeben.

Die k. k. Polizeidirektion in Wien hat folgenden Aufruf erlassen: „Außer den im Aufrufe vom 20. Juli und 14. August 1915 für die Rückkehr der Flüchtlinge freigegebenen Bezirken Galiziens werden noch folgende Bezirke freigegeben:

Tarnow, Rzeszow, Brzozow, Sanok, Dobromil, Przemorsk, Jaroslau und Gorlice, mit Ausnahme der Stadt Gorlice und mit Ausnahme der Gemeinden Strozowka, Luzna, Nieznajowa und Mszanka.

Die Flüchtlinge, die bei Kriegsausbruch in einem dieser Bezirke ihren ständigen Wohnsitz hatten und nicht arbeitsunfähig und gleichzeitig erwerbs-, beziehungsweise subsistenzlos sind, werden aufgefordert, dahin zurückzukehren. Für die Rückkehr in diese Bezirke gelten folgende Grundsätze:

1. Flüchtlinge, die in einem der vorerwähnten Bezirke ihren ständigen Wohnsitz hatten, erhalten, wenn kein Hindernis bezüglich ihrer Person in der oberwähnten oder in staatspolizeilicher Hinsicht vorliegt, auf ihren Antrag von der Wiener Polizeidirektion den für die Heimreise in den amtlich freigegebenen Bezirk erforderlichen Reisepaß.

2. Jene Personen, die im Genusse der staatlichen Flüchtlingsunterstützung stehen, erhalten von jener Stelle, welche bisher die Unterstützung ausgezahlt hat, somit entweder von der Zentralstelle für Kriegsflüchtlinge, 2. Bezirk, Zirkusgasse Nr. 5, oder dem Wiener Hilfskomitee für Kriegsflüchtlinge oder vom ukrainischen Hilfskomitee Freifahrtempfehlungen und die Empfehlungen zur begünstigten Rückbeförderung von Effekten vollständig mittelloser Flüchtlinge. Die nicht in staatlicher Unterstützung stehenden, jedoch vollständig mittellosen Flüchtlinge erhalten diese Empfehlungen von der Polizeidirektion in Wien. Die Freifahrtempfehlungen für die Strecken der königlich ungarischen Staatsbahnen werden für die seitens der Zentralstelle für Kriegsflüchtlinge unterstützten von dieser, für alle andern in Wien weilenden Flüchtlinge von der Polizeidirektion ausgestellt.

3. Die in staatlicher Flüchtlingsunterstützung stehenden Flüchtlinge erhalten nach der Rückkehr in ihren vor der Abreise aus Galizien daselbst innegehabten Wohnsitz durch vier Wochen im Wege der dortigen politischen Bezirks-, beziehungsweise landesfürstlichen Polizeibehörde die staatliche Flüchtlingsunterstützung gegen Vorweisung einer von der Wiener Polizeidirektion ausgestellten speziellen Bestätigung des Bezuges dieser Unterstützung fortbezahlt. Der Begünstigung der freien Rückfahrt, der gebührenfreien Effektenbeförderung und des Fortbezuges der staatlichen Flüchtlingsunterstützung in Galizien werden die Flüchtlinge nur unter der Voraussetzung teilhaftig, daß alle im gemeinsamen Familienverband lebenden reisefähigen Angehörigen der betreffenden Familien, soweit sie aus den angegebenen Bezirken stammen und gemeinsam untergebracht waren, gleichzeitig und gemeinsam in ihre engere Heimat zurückkehren und daß sie bis längstens 19. Oktober 1915 die Heimreise antreten, beziehungsweise sich längstens bis 26. Oktober 1915 bei der zuständigen k. k. Bezirkshauptmannschaft, beziehungsweise landesfürstlichen Polizeibehörde ihres Wohnortes in Galizien als zurückgekehrt melden. Weiter haben sie den Nachweis zu erbringen, daß sie innerhalb der letzten zwölf Monate gegen Blattern geimpft worden sind. Die näheren Aufklärungen über die Fahrt- und Frachtbegünstigungen werden die Flüchtlinge seitens der Wiener Polizeidirektion erhalten.

Jene Flüchtlinge, die vor Kriegsausbruch ihren Wohnsitz in einem der eingangs erwähnten Bezirke innehatten und dieser Aufforderung zur Rückkehr nicht innerhalb der angegebenen Frist Folge leisten, verlieren einerseits für die spätere Rückkehr die Begünstigung der freien Fahrt und der gebührenfreien Effektenbeförderung, anderseits die weitere staatliche Flüchtlingsunterstützung, die längstens drei Wochen vom Tage dieser Kundmachung eingestellt wird.

Die Freigabe weiterer Bezirke Galiziens sowie der Bukowina für die Rückkehr wird fallweise kundgemacht werden.

Wien, am 28. September 1915.

Ueber Auftrag des k. k. Ministeriums des Innern:
Der Präsident der k. k. Polizeidirektion
Gorup m. p."

Neues Wiener Tagblatt
29/IX. 1915

142

Die Flüchtlingsfürsorge in Wien.

In der letzten Sitzung der Zentralstelle der Fürsorge für die Angehörigen der Einberufenen und die durch den Krieg in Not Geratenen in Wien und Niederösterreich, erstattete Gemeinderat Doktor Schwarz-Hiller einen eingehenden Bericht über die Tätigkeit der von ihm geleiteten Flüchtlingsfürsorgestelle. Demselben ist folgendes zu entnehmen: Der Höchststand der Flüchtlinge, der in Wien erreicht wurde, betrug 125,000. Die Zahl aller in der Zeit vom 15. Mai bis 1. September abgereisten Flüchtlinge bezifferte sich mit 50,000. Heute seien noch ungefähr 80,000 Menschen in der Versorgung der Flüchtlingsfürsorgestelle. Die Heimreise der Flüchtlinge lasse sie in drei Gruppen gliedern: in jene, welche die Reisekarten von der Fürsorgestelle bezahlt bekommen, in solche, welche die Reisekarte aus eigener Tasche bezahlen und schließlich öffentliche Beamte und Lehrer, welche die Karte von der öffentlichen Verwaltung zugestellt erhalten. Der Zuwachs von Flüchtlingen aus dem Süden sei für Wien nicht von Bedeutung; bisher stünden ungefähr 60 Fälle bei der Fürsorgestelle in Behandlung. Um für ein eventuelles stärkeres Zuströmen von Flüchtlingen aus dem Süden gerüstet zu sein, habe die Zentralstelle einen Häuserblock in der Quellenstraße im 10. Bezirk reserviert, in welchem im Notfalle 15,200 Personen Aufnahme finden können. Derzeit befinden sich in diesem Häuserblock ungefähr 180 Kinder aus Polen, welche von sechs Nonnen betraut werden. Insgesamt wurden bis Ende August 21,000,000 K. von der Flüchtlingszentralstelle ausgegeben und zirka 100,000 K. aus privaten Spenden. Ferner wurden noch 20,000 K. zur Anschaffung von Kleidern und Wäsche verwendet. Im allgemeinen könne gesagt werden, daß die Leute gern nach Galizien zurückfahren. Die von der Zentralstelle getroffenen Einrichtungen, wie das Studentenheim, fünf Mädchenheime für 420 alleinstehende Mädchen, der Kinderhort für 1000 Kinder und zwei Kinderheime mit einem Fassungsraum von 170 Kindern werden vorläufig noch im vollen Umfang beibehalten. Außerordentliche Schwierigkeiten mache die Versorgung der Flüchtlinge mit Kleidern und besonders mit Schuhen. Das vom Bürgermeister eingesetzte gemeinderätliche Komitee für die Schaffung der notwendigen Kleidungsartikel habe außerordentlich verdienstvoll gewirkt.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner dankte dem Berichterstatter für seine außerordentliche Mühewaltung in der Frage der Flüchtlingsfürsorge.

Die Zeit
1/X. 1915

143

Schließung des polnischen Flüchtlingsheims.

Mit den rasch fortschreitenden Siegen der verbündeten Armeen in Galizien hat auch der Abbau der Flüchtlingseinrichtungen in Wien und den westlichen Kronländern begonnen. Das unter dem Protektorat der Erzherzogin Zita stehende, in der Wallnerstraße Nr. 1 und 1a unterhaltene „Flüchtlingsheim" des unter der Obmannschaft Dr. v. Bilinskis fungierenden „Wiener Hilfskomitee für Flüchtlinge aus Galizien und der Bukowina" konnte bereits seine Aufgabe für erfüllt erachten und seine Tätigkeit einstellen. Während die fortlaufenden Unterstützungen an Flüchtlinge sozial höherer Stände vom Wiener Hilfskomitee — nach Erschöpfung seiner hierfür gesammelten eigenen Mittel von 450.000 Kronen — aus Staatsmitteln geleistet werden, sind die Auslagen für die Wohlfahrtseinrichtungen dieses Komitees ausschließlich aus Spenden und anderen Privatmitteln bestritten worden, welch letztere auch die Auszahlung von Barunterstützungen von zusammen mehr als 50.000 Kronen, vornehmlich in Form von Repatriierungsaushilfen, ermöglichten. Während der achtmonatigen Tätigkeit des Flüchlingsheims in der Wallnerstraße hat der Kassenumsatz rund 530.000 Kronen betragen. Für die Inanspruchnahme der Anstalten sprechen folgende Ziffern: In den Speiseanstalten wurden ausgefolgt 3156 Frühstücke und 28.533 Jausen gegen Bezahlung; 36.300 Frühstücke und eben so viele Jausen unentgeltlich, zumeist an die Schulkinder des Hauses; ferner 91.182 Mittagsessen gegen Bezahlung, 39.062 unentgeltlich. Der Kindergarten war durchschnittlich von 50 Kindern besucht, die Beschäftigungskurse von 162 Kindern. Ueberdies frequentierten die Handelskurse 42 Schülerinnen, den Ferienhandelskurs 26, den Handelskurs für Erwachsene 16, den Korrepetitionskurs für Juristen 52 Hörer. Im medizinischen und zahnärztlichen Ambulatorium wurden zusammen mehr als 8000 Personen behandelt.

Neue Freie Presse
4./X. 1915.

Verwendung der Entschädigungen wegen Zerstörung unbeweglicher Sachen.

Wien, 4. Oktober.

Mit der kaiserlichen Verordnung vom 10. Oktober 1914 wurde die Regierung ermächtigt, im Verordnungswege die Verfügungen aus Anlaß der durch den Kriegszustand verursachten außerordentlichen Verhältnisse auf wirtschaftlichem Gebiete zu treffen. Das Reichsgesetzblatt veröffentlicht nun eine Verordnung des Ministers des Innern im Einvernehmen mit den beteiligten Ministerien vom 30. September 1915, mit welcher Verfügungen über die Verwendung der wegen Zerstörung oder Beschädigung von unbeweglichen Sachen geleisteten Entschädigungen getroffen werden. Die Verordnung verfügt im wesentlichen:

Wird wegen Zerstörung oder Beschädigung eines unbeweglichen Gutes oder einer Anlage an unbeweglichem Gute eine Entschädigung nach dem Kriegsleistungsgesetze geleistet, ohne daß eine Enteignung stattgefunden hat, so ist der flüssig gemachte Betrag in der Regel zur Wiederherstellung der zerstörten oder beschädigten Sache zu verwenden.

Ob von dieser Regel bei sorgfältiger Berücksichtigung der Interessen der Volkswirtschaft eine Ausnahme zu gestatten sei, entscheidet die politische Behörde erster Instanz nach Anhörung der Partei nach freiem Ermessen.

Die fälligen Beträge sind auf das Scheckkonto der Finanzlandeskasse jenes Verwaltungsgebietes zu überweisen, in dem das zerstörte oder beschädigte Gut liegt. Diese Ueberweisung hat die Wirkung der Zahlung an den Empfangsberechtigten.

Die politische Behörde wird angewiesen, die Verwendung der überwiesenen Beträge durch den Liegenschaftsbesitzer zu überwachen und bei grundbücherlicher Eintragung der Rechte dritter Personen oder beim Zweifel an der Rechtmäßigkeit des Besitzes den Erlag des Betrages bei Gericht zu veranlassen; die Ansprüche des Liegenschaftsbesitzers sind der Exekution entzogen. Im Falle des Erlages der Entschädigung bei Gerichte unterliegt der Betrag der Exekution zugunsten anderer als bücherlich eingetragener Rechte nur insoweit, als er nicht zur Befriedigung der eingetragenen Rechte zu dienen hat. Jede diesen Bestimmungen widersprechende Verfügung durch Zession, Anweisung, Verpfändung oder durch ein anderes Geschäft ist ohne rechtliche Wirkung.

Die Bestimmungen der Verordnung beziehen sich auch auf die Wiederaufforstung zerstörter Wälder.

Die Entscheidungen der politischen Bezirksbehörde sind endgültig. Bei der Vorfrage, ob der Betrag zur Wiederherstellung zu verwenden ist, kann der Rekurs an die politische Landesbehörde ohne aufschiebende Wirkung ergriffen werden.

Die Gemeinden sind zur Mitwirkung bei der Durchführung der Verordnung verpflichtet.

Zuwiderhandlungen gegen die Aufträge der politischen Behörde werden mit Geld bis zu 5000 K. oder Arrest bis zu einem Monat bestraft.

Die Verordnung tritt mit dem Tage der Kundmachung in Wirksamkeit. Vor diesem Tage bei Gericht erlegte Beträge sind gemäß den Bestimmungen dieser Verordnung von Amts wegen auf das Konto der zuständigen Finanzlandeskasse zu überweisen. Zwangsvollstreckungen, die entgegen den Bestimmungen dieser Verordnung vor deren Wirksamkeit bewilligt wurden, sind von Amts wegen einzustellen.

Reichspost
5./X. 1915

145

Kriegsfürsorge.

Die Heimatlosen aus dem Süden.

Aufruf.

Blühende Provinzen im Süden unserer Monarchie sind durch den Verrat Italiens bedroht. In Südtirol und am Isonzo wie an der Kärntner-Front tobt der Kampf, den unsere Landeskinder heldenmütig gegen eine vielfache Ueberzahl des heimtückischen Feindes aufgenommen haben und mit ungeschwächter Kraft bis zu zu einem für uns siegreichen Ende fortführen werden. Gilt es doch nicht nur einen unerhörten Treubruch, wie ihn die Annalen der Geschichte bisher noch nicht verzeichneten, zu ahnden, als auch der Mitwelt zu bezeugen, daß wir nicht gewillt sind, selbst nur einen Fußbreit heimatlichen Bodens preiszugeben. In den Bewohnern der bedrohten Gebiete wollen wir uns auch weiterhin und für alle Zeiten treue Mitbürger unseres Reiches erhalten. Doch trennen uns von diesem glücklichen Ende einer schweren Zeit noch viele Stunden der Sorge um das Schicksal aller jener erbarmungswürdigen Bewohner der jetzigen Kriegszone, die als erste Opfer eines schnöden Verrates, vertrieben von ihrer Scholle, auf die Hilfsbereitschaft unser aller im höchsten Maße angewiesen sind. Vertrieben von Haus und Hof, von der Stätte ihrer Kindheit, sind sie unserer die staatliche Unterstützung ergänzenden Fürsorge überwiesen. Ausgiebige und rasche Hilfe ist dringend geboten. Darum wenden sich die Unterzeichneten vertrauensvoll an die Völker beider Staaten der Monarchie mit der herzlichen Bitte, sich des Elends der evakuierten Bewohner unserer herrlichen Gebiete Südtirols und der Adrialänder zu erbarmen, beizutragen zur Linderung der Not unserer Flüchtlinge aus dem Süden, die sich mit Eintritt der kalten Jahreszeit besonders fühlbar macht. Für Tausende und Abertausende von Touristen und Besuchern dieser schönen Länder knüpfen sich an den Aufenthalt im Hochgebirge Tirols und Kärntens, wie an die Gestade der Adria viele schöne Stunden des dankbaren Erinnerns an dortselbst wieder erlangte Gesundheit und Kraft, an herrliche Tage hohen Genusses und köstlicher Erquickung, wie sie nur unter dem ewig blauen Himmel unserer Südprovinzen gefunden werden können. Um so mehr muß sich das menschliche Mitgefühl den armen, aus ihrer Heimat verdrängten Mitbürgern zuwenden und weitreichende Hilfe die überaus triste Lage unserer Schützlinge aus dem Süden erträglich gestalten. Spenden aller Art beliebe man an das Zentralbureau, Wien, 4. Bezirk, Favoritenstraße 5, zu übersenden. Barbeträge übernimmt auch die Administration dieses Blattes.

Wien, im September 1915. Das Präsidium des Hilfskomitees für die Flüchtlinge aus dem Süden. Doktor Max Wladimir Freiherr v. Beck, k. u. k. Geheimer Rat, Ministerpräsident a. D.; Dr. Alois Faidutti, Landeshauptmann der gefürsteten Grafschaft Görz und Gradiska; Max Freiherr v. Mersi, Präsident der Sektion Trient des Landeskulturrates für Tirol; Doktor Josef Bugatto, Reichsratsabgeordneter; Gustav Graf Sizzo-Noris, k. u. k. Konsul

Fremdenblatt Abendbl.
5./X. 1915

Der Wiederaufbau Galiziens.

Ergebnisse der Konferenz der Polen mit der Regierung.

Von führender polnischer Seite wird den „Polnischen Nachrichten" über die, in der Konferenz der Regierung mit den Vertretern Galiziens, zum Wiederaufbaue des Landes erörterten Maßnahmen und gewonnenen Richtlinien nachstehendes mitgeteilt:

Bezüglich des Wiederaufbaues vernichteter Baulichkeiten wurde nach der prinzipiellen Seite hin die Notwendigkeit dargelegt, daß die bäuerlichen Wohn- und Wirtschaftsgebäude in den Dörfern ausschließlich aus den Notstandsgeldern, die Städte aus dem Notstandsfonds und mit Darlehen, die Gutsgebiete im Wege der Darlehen und in Ausnahmsfällen aus dem Notstandsfonds wiederaufzurichten seien. Der Rückzahlungstermin ist auf einen Zeitraum von 10 Jahren nach dem Friedensschluß zu erstrecken, der 5½-prozentige Zinsfuß ist herabzusetzen.

Das Arbeitsprogramm umfaßt zunächst jene Aufgaben, die noch im Laufe dieses Jahres vollzogen werden sollen. Bezüglich der Notstandsbauten wurde als dringend erkannt: Unentbehrliche Herstellung der Kirchen und sonstigen Gotteshäuser; die Gewährung eines Vorschusses an den Landesausschuß zur Vornahme von Reparaturen an Schulen und Kinderbewahranstalten; unentgeltliche Beförderung von Baumaterialien; staatliche Subventionen zur Herstellung von beschädigten Ziegeleien und Brettmühlen.

Die landwirtschaftliche Hilfe umfaßt: Zugeständnis der Prämien für den heurigen Herbstanbau auch ohne Gewährung des Kredites; Sicherung des nächsten Sommeranbaues durch Ankauf von staatlichen Motorpflügen zum turnusmäßigen Gebrauch zwecks sofortigen Ackerns für den nächsten Sommeranbau; Sicherung von Gerste und Hafer aus der beschlagnahmten galizischen Ernte für den Sommeranbau; Requisitionsnormierung.

Die Hilfeleistung an die Städte umfaßt die Gewährung von Subventionen zu Approvisionierungs- und Assanierungszwecken; Regelung der Mietzinsfrage, insbesondere vom Standpunkt des Staates als Mieters; Gewährung von Subventionen an die Staatsbeamten, deren Habseligkeiten vernichtet worden sind; Verkehrserleichterung für Materialzufuhren; Steuerregulierung; Liquidierung und Bezahlung von Kriegsleistungen.

Für das nächste Jahr, 1916, ist dann die weitere Aktion vorgesehen. Sie mfaßt: die Gewährung von Subventionen an landwirtschaftliche Korporationen zum Ankauf von totem und lebendem Inventar und von Zuchttieren; die Schaffung von Organisationen der Interessenten und deren Unterstützung durch Darlehen und drgl. zwecks Wiederaufrichtung von Handel und Gewerbe; systematische Sanierung der Kreditverhältnisse im Wege der Kriegs-Kreditanstalt; Schaffung einer staatlichen Zentralstelle zum Zwecke der kaufmännischen Durchführung des Wiederaufbaues der Dörfer, Städte und Gutsgebiete.

Die Feststellung aller obigen Anforderungen begegnete vollem Verständnisse bei der Regierung und gab Anlaß zu der Versicherung, daß die vorgebrachten Wünsche berücksichtigt, die Hilfsaktion nunmehr nach allen Richtungen energisch in Angriff genommen wird.

Samstag fand eine Sitzung des Präsidiums des Polenklubs unter Vorsitz des Obmannes Dr. Ritter von Bilinski statt. Es wurde beschlossen, die Vollversammlung des Polenklubs für Montag den 25. Oktober d. J. einzuberufen.

Neues Wiener Tagblatt
14/X. 1915

147

Die Rückkehr der Bevölkerung nach Polen.

Warschau, 13. Oktober. Die von dem Oberbefehlshaber im Osten für das frühere Verwaltungsgebiet von Polen links der Weichsel erlassene Verordnung vom 3. Juli betreffend die Rückkehr der Einwohner in die unter der deutschen Zivilverwaltung stehenden Gebiete Polens links der Weichsel, die, wie alle bisher im Gebiete Polens links der Weichsel gültigen Verordnungen, bei Errichtung des Generalgouvernements Warschau auf das ganze Gebiet des Generalgouvernements Warschau ausgedehnt worden war, ist nunmehr vom Generalgouverneur aufgehoben worden. Nach Inhalt der Verordnung waren alle Einwohner Polens, die in dem betreffenden Gebiet ihren Wohnsitz hatten, verpflichtet, nach erfolgter öffentlicher Aufforderung binnen einer bestimmten Frist an ihren Wohnsitz zurückzukehren. Wer diesem Befehl zur Rückkehr nicht rechtzeitig nachkam, konnte hiezu durch Geldbußen angehalten werden. Die Aufhebung dieser Verordnung bedeutet somit ein großes Entgegenkommen des Generalgouverneurs gegenüber der im Gebiete des Generalgouvernements beheimateten Bevölkerung.

Fremdenblatt 22/X. 1915

148

Die Notstandsaktion für Galizien.

Die Wiedereroberung der von den Russen besetzt gewesenen Gebiete Galiziens stellte die Regierung vor die Aufgabe, der schwer heimgesuchten Bevölkerung die Fortfristung ihrer physischen Existenz und die Wiederaufnahme ihrer durch den Krieg jäh unterbrochenen wirtschaftlichen Tätigkeit zu ermöglichen.

Schon im Herbst 1914, als einige westliche Bezirke von der Invasion befreit wurden, setzte eine von der Zentralregierung organisierte Approvisionierungsaktion ein, die sich dann im Sommer 1915 mit der fortschreitenden Verdrängung der feindlichen Truppen auch auf Mittel- und Ostgalizien ausdehnte. Trotz aller Hemmnisse wurden bedeutende Mengen der notwendigsten Lebensmittel, hauptsächlich Mehl und Speck, in die aller Vorräte entblößten Gebiete befördert und dort zum größten Teil unentgeltlich oder zu bedeutend ermäßigten Preisen verteilt.

Eine weitere Sorge der Regierung galt der Reaktivierung der landwirtschaftlichen Betriebe. Bei Einleitung dieser Aktion handelte es sich vor allem darum, das für den Anbau notwendige Saatgut aller Art sowie die erforderlichen landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte und endlich auch das notwendige Zugvieh zu beschaffen und den in Betracht kommenden Betrieben zu überlassen. Hiebei wurde im wesentlichen so vorgegangen, daß die im Lande selbst mögliche Beschaffung des erforderlichen Bedarfes unter Inanspruchnahme der Mitwirkung der landwirtschaftlichen Hauptkorporationen Galiziens, dann der galizischen und der Allgemeinen österreichischen Viehverwertungsgesellschaft sowie der Kriegs-Getreideverkehrsanstalt besorgt wurde. Im Zuge dieser Aktion wurden außer Saatgut noch Futtermittel, landwirtschaftliche Maschinen, und zwar Motor- und Dampfpflüge samt den notwendigen Betriebsmitteln, gewöhnliche Pflüge, Eggen, Säe- und Drillmaschinen, Gras- und Getreidemäher, Dreschmaschinen, Wirtschaftswagen ꝛc., und endlich auch Pferde und Zugochsen besorgt und an die einzelnen landwirtschaftlichen Betriebe unter gewissen, mitunter sehr weitgehenden Preis- und Zahlungsbegünstigungen abgegeben.

Die Zerstörungen von Baulichkeiten, insbesondere in jenen Gegenden, in denen militärische Operationen größeren Stils stattfanden, machten noch eine besondere Hilfsaktion notwendig. Wenn nämlich dank den vorerwähnten landwirtschaftlichen Hilfsmaßnahmen der Frühjahrsanbau durchgeführt werden konnte, so galt es nun, den Landwirten in den verwüsteten Gebieten auch rechtzeitig Aufbewahrungsstätten für die einzubringende Ernte beizustellen. Auch mußte daran gedacht werden, der obdachlos gewordenen Bevölkerung in Stadt und Land noch vor dem Eintritt des Winters ein schützendes Obdach zu verschaffen. Der definitive Wiederaufbau der zahlreichen zerstörten ländlichen und städtischen Gebäude konnte mit Rücksicht auf die durch die militärischen Vorkehrungen bedingten Erschwerungen, insbesondere hinsichtlich der Transportverhältnisse, sowie im Hinblick auf den Mangel an den notwendigen Baumaterialien, Bespannungen und qualifizierten Arbeitskräften wie nicht minder wegen der schon weit vorgeschrittenen Bausaison nicht in Erwägung gezogen werden; man mußte sich daher dermalen auf Vorkehrungen in der Richtung beschränken, daß für jenen Teil der ländlichen und städtischen Bevölkerung, der sich nicht aus eigenen Kräften helfen konnte, provisorische Notunterkünfte für den Winter geschaffen werden. Zur Bestreitung des Aufwandes wurden den politischen Behörden Galiziens bedeutende Mittel zur Verfügung gestellt. Es ist zu hoffen, daß es bei tätiger Mitwirkung der Bevölkerung gelingen wird, der großen Zahl von Obdachlosen noch vor Eintritt des Winters ein schützendes Obdach zu bieten.

Selbstverständlich ergab sich auch die Notwendigkeit, auf verschiedenen anderen Gebieten helfend einzugreifen, so zum Beispiel durch Gewährung von Steuernachlässen, Einräumung von Tarifbegünstigungen für Baumaterialien, Erteilung von Vorschüssen an Bezirke und Gemeinden zur Bestreitung der notwendigen Verwaltungsauslagen, Einleitung einer Aktion zur Versorgung des Landes mit Kohle ꝛc. Ueber die finanzielle Hilfsaktion berichten wir an anderer Stelle.

Fremdenblatt
22./X. 1915

144

Die finanzielle Hilfsaktion in Galizien.

Wie amtlich mitgeteilt wird, erfolgt die finanzielle Hilfeleistung in Galizien in zweierlei Form: Jenen durch den Krieg in Notlage geratenen Personen, welche infolge ihrer voraussichtlichen Erwerbsverhältnisse überhaupt nie in der Lage sein würden, ein etwaiges Darlehen zurückzuzahlen, können durch die politischen Behörden nicht rückzahlbare Notstandsunterstützungen zur Wiederaufrichtung ihrer wirtschaftlichen Existenz, d. i. also für die unbedingt notwendige Wiedereinrichtung der Wirtschaft, für den Ankauf von Werkzeugen, Hausgeräten u. dgl., gewährt werden. In allen übrigen Fällen, also überall dort, wo die Hoffnung besteht, daß die momentan benötigte finanzielle Beihilfe seinerzeit wieder zurückerstattet werden kann, erfolgt die Hilfeleistung in der Form der Kreditgewährung, und zwar durch die aus staatlichen Mitteln dotierte Galizische Kriegskreditanstalt. Kann einem Kreditbedürftigen, der infolge der Kriegsereignisse durch die Zerstörung oder Beschädigung des beweglichen oder unbeweglichen Besitzes in seiner wirtschaftlichen Existenz gefährdet ist, seitens der Kriegskreditanstalt nach ihren statutarischen Bestimmungen ein Darlehen nicht gewährt werden oder ist der Geschädigte mit Rücksicht auf seine wirtschaftlichen Verhältnisse nicht in der Lage, ein solches Darlehen unter den statutarischen Bedingungen in Anspruch zu nehmen, dann kann ihm durch die genannte Anstalt das Darlehen unter staatlicher Ausfallsgarantie gegen eine dreiprozentige Verzinsung, in besonders rücksichtswürdigen Fällen, wo die Notlage des Betreffenden es unbedingt erfordert, auch zu noch niedrigeren Zinsen oder gar zinsenfrei gegeben werden. Die Rückzahlung solcher Darlehen hat je nach der wirtschaftlichen Lage des Schuldners, längstens aber innerhalb zehn Jahren vom Zeitpunkte des Empfanges, zu erfolgen. Besondere Begünstigungen erfährt die Landwirtschaft.

Neues Wiener Tagblatt
23./X. 1915

150

Eine Deputation Lemberger Hausbesitzer in Wien.

Gestern ist eine aus den Herren Dr. Wlodzimierz Krzeczunowicz, Boleslaw Lewicki und Dr. Alexander Mayer bestehende Abordnung hier eingetroffen, um der Regierung eine Denkschrift über die dringendsten Maßnahmen für die Sanierung des Realitätenbesitzes in Lemberg zu überreichen.

Die Denkschrift enthält die nachstehenden Forderungen: Aktivierung einer Kommission zur Feststellung von Kriegsschäden. Abschreibung der Hauszins- und der fünfprozentigen Steuer. Weitere Befreiung von den Realsteuern in dem der Höhe der während des Krieges fälligen Amortisationsraten entsprechenden Ausmaße. Ermächtigung der Kriegskreditanstalt zur Erteilung von Darlehen zur Tilgung von fälligen Hypothekarraten. Anpassung der Steuerbemessungen an die tatsächlichen Einnahmen der Jahre 1914, 1915 und 1916. Nichteinrechnung der Kriegsjahre in die Steuerfreiheit. Befreiung von im Laufe von drei Jahren nach Friedensschluß zur Begleichung von rückständigen Hypothekarschulden erhaltenen Darlehen und Vorschüsse von den Fiskalgebühren. Verfügung, daß während des Krieges und bis zu fünf Jahren nach Friedensschluß die exekutiven Verkäufe nicht unter dem Schätzungspreis erfolgen können.

Die Abordnung wird ihre Denkschrift unter Beteiligung der Abgeordneten des Polenklubs dem Ministerpräsidenten und dem Finanzminister vorlegen.

Neue Freie Presse
24./X. 1915

Aufbau eines zerstörten Karpathendorfes.

Die vom Wiener Ungarnvereine eingeleitete Aktion zum Aufbaue eines in den Karpathen zerstörten Dorfes (Magyarbecs-Ungarisch-Wien) hat bisher eine Sammlung von ungefähr 11.000 K. ergeben. Unter anderm sind Spenden eingelaufen von: Fabrikant Bernhard Goldstein 6000 K., königlicher Rat Ignaz Schreiber 300 K., Nikolaus Baron Döry 500 K., Ministerpräsident Graf Stürgkh 100 K., Bürgermeister Dr. Weiskirchner 100 K., Bela Strasser v. Györvar 200 K., Fabrikant Ernst Regenhart 300 K., Kommerzialrat Robert Kern 300 K. usw.

Neues Wiener Tagblatt
26./X. 1915

152

Krakau und der Festungsbereich für Flüchtlinge frei.

Die Polizeidirektion Wien hat folgenden Aufruf erlassen:

Außer den in den Aufrufen vom 20. Juli, 14. August und 28. September 1915 für die Rückkehr der Flüchtlinge freigegebenen Bezirken Galiziens werden noch folgende Bezirke freigegeben:

Die Städte Krakau, Podgorze sowie die zum Festungsbereiche gehörigen Gemeinden der politischen Bezirke Krakau, Podgorze und Wieliczka.

Die Flüchtlinge, die vor Kriegsausbruch im Festungsbereiche ihren ständigen Wohnsitz hatten und nicht arbeitsunfähig und gleichzeitig erwerbs-, beziehungsweise subsistenzlos sind, werden aufgefordert, sich binnen acht Tagen behufs Erwirkung der Bewilligung zur Aufenthaltsnahme im Festungsbereiche zu melden. Diese Anmeldung hat seitens der in staatlicher Flüchtlingsunterstützung stehenden Personen bei jener Stelle zu erfolgen, von welcher ihnen die Unterstützung ausgezahlt wurde, also bei der Zentralstelle der Fürsorge für Kriegsflüchtlinge, beim Wiener Hilfskomitee oder beim ukrainischen Hilfskomitee, seitens der nicht in staatlicher Unterstützung stehenden Personen beim Polizeikommissariat ihres Wohnbezirkes. Die vom Festungskommando erteilte Zustimmung zur Heimreise wird den Flüchtlingen amtlich mit der Aufforderung bekannt gegeben werden, binnen drei Wochen nach erfolgter Verständigung die Heimreise anzutreten. Für die Rückkehr gelten folgende Grundsätze: 1. Die Flüchtlinge erhalten, wenn kein Hindernis bezüglich ihrer Person in der obenerwähnten oder in staatspolizeilicher Hinsicht vorliegt und das Festungskommando ihrer Rückkehr zugestimmt hat, auf ihren Antrag von der Wiener Polizeidirektion den für die Heimreise in den amtlich freigegebenen Bezirk erforderlichen Reisepaß. 2. Jene Personen, die im Genuß der staatlichen Flüchtlingsunterstützung stehen, erhalten von jener Stelle, welche bisher die Unterstützung ausgezahlt hat, somit entweder von der Zentralstelle für Kriegsflüchtlinge, 2. Bezirk, Zirkusgasse Nr. 5, oder dem Wiener Hilfskomitee für Kriegsflüchtlinge oder vom ukrainischen Hilfskomitee Freifahrtempfehlungen und die Empfehlungen zur begünstigten Rückbeförderung von Effekten vollständig mittelloser Flüchtlinge. Die Freifahrtempfehlungen für die Strecken der ungarischen Staatsbahnen werden für die seitens der Zentralstelle für Kriegsflüchtlinge unterstützten von dieser, für alle andern in Wien weilenden Flüchtlinge von der Polizeidirektion ausgestellt. 3. Die in staatlicher Flüchtlingsunterstützung stehenden Flüchtlinge erhalten nach Rückkehr in ihren vor der Abreise aus Galizien dort innegehabten Wohnsitz durch vier Wochen im Wege der dortigen politischen Bezirks-, beziehungsweise landesfürstlichen Polizeibehörde, die staatliche Flüchtlingsunterstützung gegen Vorweisung einer von der Wiener Polizeidirektion ausgestellten speziellen Bestätigung des Bezuges dieser Unterstützung fortbezahlt. Die Begünstigung der freien Rückfahrt und der gebührenfreien Effektenbeförderung und des Fortbezuges der staatlichen Flüchtlingsunterstützung in Galizien werden die Flüchtlinge, die sich binnen acht Tagen nach der Verlautbarung dieses Aufrufes, das ist bis einschließlich 4. November 1915, zur Rückkehr gemeldet haben, nur unter der Voraussetzung teilhaftig, daß alle im gemeinsamen Familienverbande lebenden reisefähigen Angehörigen der betreffenden Familien, soweit sie aus den angegebenen Gebieten stammen und gemeinsam untergebracht waren, gleichzeitig und gemeinsam zurückkehren, binnen drei Wochen nach Verständigung von der Zulässigkeit der Heimreise diese tatsächlich antreten und binnen vier Wochen sich bei der Polizeidirektion in Krakau, beziehungsweise bei der zuständigen k. k. Bezirkshauptmannschaft als zurückgekehrt melden. Weiter haben sie den Nachweis zu erbringen, daß sie innerhalb der letzten zwölf Monate gegen Blattern geimpft worden sind. Die näheren Aufklärungen über die Fahrt- und Frachtbegünstigungen werden die Flüchtlinge seitens der Wiener Polizeidirektion erhalten. Jenen Personen, die die obenerwähnte achttägige Anmeldungsfrist versäumen, können bei Vorhandensein der persönlichen Voraussetzungen die erforderlichen Pässe zur Heimreise nach Krakau gleichfalls ausgestellt werden; doch haben sich dieselben die Bewilligung des Festungskommandos zur Aufenthaltnahme in Krakau nach der Rückkehr selbst zu beschaffen. Solchen Personen wird, insofern sie in staatlicher Unterstützung standen und nicht längstens binnen drei Wochen nach Verlautbarung dieses Aufrufes, das ist bis längstens 17. November 1915, zurückkehren, spätestens mit diesem Zeitpunkte die Flüchtlingsunterstützung eingestellt. In Unterstützung stehenden Personen, welche sich binnen acht Tagen zwar melden, aber nicht binnen drei Wochen nach Intimierung der Zulässigkeit ihrer Heimkehr tatsächlich heimreisen, wird längstens mit Ablauf dieses Zeitraumes die Flüchtlingsunterstützung eingestellt.

Die Freigabe weiterer Bezirke Galiziens sowie der Bukowina für die Rückkehr wird fallweise kundgemacht.

Vossische Zeitung

3./XI. 1915.

Die Erstattung der Kriegsschäden in Frankreich.

In Frankreich ist soeben seitens einer parlamentarischen Kommission ein Gesetzentwurf ausgearbeitet worden, der die Frage der Erstattung der durch den Krieg verursachten Schäden regeln soll.

Der Entwurf stellt in seinem ersten Artikel die Gleichheit aller Franzosen und die Solidarität der Nation gegenüber den Kriegslasten fest. In zweiter Reihe wird der Begriff „Kriegsschäden" wie folgt erklärt: Kriegsschäden sind alle Schäden, die seitens der feindlichen Behörden und Truppen verursacht worden sind, einschließlich aller Steuern, Requisitionen, Kriegskontributionen, Geldstrafen, die dem Einzelnen wie den Gemeinden auferlegt worden sind, gleichgültig, ob diese Maßregeln mit den Bestimmungen der Haager Konvention vom 18. Oktober 1907 im Einklang stehen oder nicht. Kriegsschäden sind ferner alle diejenigen Schäden, die seitens der französischen oder verbündeten Heere verursacht worden sind, einschließlich aller Requisitionen, Einquartierungen und Schäden, die in den geräumten Kommunen entstanden sind. Zur Geltendmachung von Ansprüchen sind berechtigt: Privatleute, Gesellschaften, Genossenschaften, öffentliche Anstalten oder solche von öffentlicher Nützlichkeit, Kommunen und Departements. Was das Recht auf Entschädigung für in Frankreich wohnende oder sonst interessierte Fremde anbelangt, so sollen hierfür die Verträge mit der Nation, welcher jene Fremden angehören, maßgebend sein. Ausgeschlossen von dem Recht auf Entschädigung sind auf alle Fälle diejenigen Naturalisierten, denen die Naturalisation auf Grund des Gesetzes vom 7. April 1915 wieder entzogen worden ist. Für die Feststellung der Schädigungen und ihre Bewertung werden besondere Ausschüsse gebildet werden.

Die den Immobilien verursachten Schäden sollen im Werte des entstandenen Verlustes wieder gutgemacht werden. Für die Schätzung ist der Wert am Tage vor der Mobilisation zugrunde zu legen. Wird die Entschädigung zum Wiederaufbau beschädigter oder zerstörter Immobilien verwandt, so soll der Ueberschuß der durch den Neubau benötigten Ausgabe wie folgt geregelt werden: Ist der Betrag der überschießenden Kosten höher als Fr. 20000 oder höher als der zehnte Teil des entstandenen Verlustes, so wird der Ueberschuß im Wege von Vorschüssen entrichtet werden, die dem Staate innerhalb von fünfzig Jahren, vom Datum der letzten Zahlung ab gerechnet, zuzüglich 3 pCt. Zinsen zu Gunsten des Staates zurückzuzahlen sind. Die Rückzahlung dieser Vorschüsse ist durch erststellige Hypothek auf die betreffenden Immobilien zu Gunsten des Staates zu gewährleisten. In gewissen Fällen kann, nach Beendigung des Neubaues, ein Teil der rückzahlbaren Vorschüsse, bis zu höchstens 25 pCt. jeder noch laufenden Annuität nachgelassen werden.

Es folgt sodann eine Reihe von Bestimmungen für den Fall der Erbfolge. Das Recht auf Entschädigung steht den Kindern, der Frau oder den Verwandten bis zum vierten Grade ausschließlich zu. Besondere Verfügungen sind vorgesehen für Schäden in Bergwerken, für künstlerische Denkmäler, für landwirtschaftliche Betriebe usw.

Was die seitens des Staates zu leistenden Zahlungen anbetrifft, so kann er sich, wenn die Beteiligten damit einverstanden sind, „mit allen Mitteln" seiner Verpflichtungen entledigen, z. B. für beschädigte Immobilien können andere Immobilien in gleichem Werte in derselben Gemeinde oder in benachbarten Gemeinden in Zahlung gegeben werden. Auch sonst können Immobilien, die kommerziellen, industriellen, landwirtschaftlichen oder anderen berufsmäßigen Zwecken gedient haben, mit ähnlichen Objekten gleichen Wertes getauscht werden. Der Staat kann ferner die Wiederherstellungsarbeiten beschädigter Mobilien oder Immobilien auf eigene Rechnung ausführen lassen. Es steht ihm frei, Immobilien zu erwerben, wobei der Kaufpreis, dem der Wert am Tage vor der Mobilisation zugrunde gelegt wird, an die Stelle der Entschädigung tritt.

Bei den Zahlungen und deren Staffelungen sollen in erster Reihe die Beteiligten bevorzugt werden, die landwirtschaftliche, industrielle, kommerzielle und sonstige berufsmäßige Betriebe haben, ferner Mietshäuser. Die Höhe der Zahlungsstaffelungen schwankt zwischen 1000, 5000 und 10000 Francs, je nachdem der Betroffene ledig, kinderlos verheiratet, verheiratet ist und Kinder hat oder sonst mit Personen, deren Unterhalt er ganz oder teilweise bestreitet, zusammenlebt. Die seitens des Staates geschuldeten Beträge sind von demjenigen 1. Januar ab, der der endgültigen Entscheidung der Entschädigungskommission folgt, mit 5 pCt. p. a. zu verzinsen. Die Zahlung der Zinsen an den Empfangsberechtigten erfolgt gleichzeitig mit jeder späteren Entschädigungszahlung. Alle mit den Zahlungen zusammenhängenden Operationen werden seitens des Finanzministers geregelt.

Das Anrecht auf Entschädigung kann nur mit Genehmigung der Gerichte zediert werden. Eine Reihe von Bestimmungen sieht den Fall vor, daß das Recht auf Entschädigung „jeden Augenblick, ganz oder teilweise" verwirkt werden kann.

Soweit der Gesetzentwurf in seinen großen Linien. Bei der Ausdehnung der von unseren Truppen besetzten Gebiete, die die reichsten Frankreichs sind, bei den ungeheuren Schäden, die in der sogenannten Kriegszone allein seitens der französischen, englischen und englischen Truppen verursacht worden sind, kann man sich ungefähr ein Bild von dem Umfange der Lasten machen, die dem französischen Staate aus der Erstattung der Kriegsschäden erwachsen werden. Man wird wohl in der Annahme nicht fehlgehen, daß es sich da um Milliarden handeln kann. Unter diesen Umständen klingt es beinahe wie ein Hohn, daß dem Finanzministerium „für die dringendsten Bedürfnisse" ein erster Kredit von 5 Millionen Francs (!) eröffnet worden ist! Die Zuwendung von 5 Millionen als erste Abschlagszahlung auf eine auf Milliarden zu beziffernde Gesamtsumme beleuchtet mit bengalischem Lichte den wahren Zustand der französischen Finanzen . . .

Kölnische Zeitung
5./XI. 1915

154

Entschädigungsamt in Belgien.

⊟ **Berlin**, 4. Nov. **(Telegr.)** Die bisherige Vorschußkasse beim Generalgouverneur in Belgien hat jetzt durch eine Verfügung des Generalgouverneurs die Amtsbezeichnung Entschädigungsamt beim Generalgouverneur in Belgien erhalten. Das Amt hat Anträge auf Entschädigung für die Massengüter entgegenzunehmen, die in Belgien beschlagnahmt werden. Es bereitet die Entscheidung der Reichsentschädigungskommission durch Aufstellung der erforderlichen Ermittlungen vor. Es setzt ferner Teilentschädigungen für beschlagnahmte Massengüter fest. Die Endentschädigung der Reichsentschädigungskommission bleibt vorbehalten. Es vermittelt die Auszahlung der Entschädigungsbeträge, die von ihr, der Reichsentschädigungskommission oder andern deutschen Entschädigungsbehörden festgesetzt worden sind. Die Auszahlung erfolgt durch die Société de Belgique in Brüssel, sofern der bewilligte Entschädigungsbetrag in einem Guthaben bei deutschen Banken gewährt wird. Das Entschädigungsamt besteht aus mindestens drei ständigen Mitgliedern, die Mitglieder der Reichsentschädigungskommission sein müssen; den übrigen vom Reichskanzler berufenen Mitgliedern der Reichsentschädigungskommission ist vom Generalgouverneur für die Dauer einer dienstlichen Betätigung im Gebiete des Generalgouvernements die Befugnis als nicht ständige Mitglieder beigelegt worden. Die Geschäftsaufsicht wird durch ein Kuratorium von drei Mitgliedern ausgeübt, zu dem der kaiserliche Generalkommissar für die Banken in Belgien, der Präsident der Reichsentschädigungskommission und ein vom Generalgouverneur bestimmtes Mitglied der Bankabteilung gehören. Den Vorsitz führt der kaiserliche Generalkommissar für die Banken.

Fremdenblatt Abendbl.
9/XI. 1915

155

* (Flüchtlingsfahrnisse aus dem südwestlichen Kriegsgebiete.) Ueber Auftrag des Eisenbahnministeriums wurden die im Bereiche der österreichischen und ungarischen Staats- und Privatbahnen noch unbezogen lagernden Flüchtlingsfahrnisse aus dem südwestlichen Kriegsgebiete im Bereiche der Staatsbahndirektion Wien zentralisiert und dieser Stelle auch die Behandlung aller derartigen Reklamationen übertragen. Auf die Ausfindigmachung solcher Effekten bezughabende Eingaben sind unter Anführung der Aufgabedaten, der äußeren Merkmale der Kollis, sowie des Inhaltes an die k. k. Staatsbahndirektion Wien, Bergungskommission, Wien, 15. Bezirk, Westbahnhof, Kopfgebäude, zu richten.

Reichspost Abendbl. 13./XI. 1915 156

Die Rückkehr von Offiziers- und Unteroffiziersfamilien in evakuierte Gebiete.

Den Weisungen des Kriegsministeriums in betreff der Rückkehr der Familien von Gagisten, Gagistenaspiranten und freiwillig weiterdienenden Unteroffizieren in evakuiert gewesene Gebiete ist folgendes zu entnehmen:

1. Bezüglich der Familiengebühren und Reisevergütungen für die Familien der nicht in Felddienstleistung stehenden Gagisten, Gagistenaspiranten und freiwillig weiterdienenden Unteroffiziere, deren Rechnungskörper in die ständige Friedensgarnison rückverlegt worden sind, gelten die Bestimmungen des Erlasses Abt. 11, Nr. 36.549 von 1915.

2. Den übrigen Familien, die aus dem Friedensaufenthaltsort evakuiert worden sind oder diesen Ort infolge der feindlichen Invasion verlassen mußten, wird die Aufrechnung der Reiseauslagen aus dem gewählten Domizil in den ständigen Aufenthaltsort, abweichend von den Bestimmungen des Punktes 2 des § 77 der Gebührenvorschrift, 2. Teil, schon dermalen bewilligt, sobald die Rückkehr nach den Verfügungen der militärischen und der politischen Behörden gestattet wird und tatsächlich durchgeführt wurde. Anspruch auf die Reisevergütung haben nur jene Familien, denen Familiengebühren zukommen. Den Familien der Hofbediensteten, Zivilstaatsbediensteten, Bediensteten der österreichischen und der ungarischen Staatsbahnen, der ungarischen staatlichen Eisenwerke, dann der bosnisch-herzegovinischen Landesbediensteten, die einen Anspruch auf Familiengebühren nicht besitzen, gebührt daher auch die Vergütung der Reiseauslagen nicht. Auf die einmalige Sustentation besteht für die Rückreise ein Anspruch in keinem Falle.

3. Die Ausstellung der Marschrouten für die Rückreise in das ständige Domizil obliegt den Intendanzen der Militärkommandos für jene Familien, die sich im Standort der Intendanz vorübergehend aufhalten. In den übrigen Orten obliegt die Marschroutenausstellung den Ersatzkörpern oder den Lokalbehörden. Für Familien, in deren Aufenthaltsort sich weder eine Intendanz noch eine Lokalbehörde oder ein Ersatzkörper befinden, hat der nächstgelegene Ersatzkörper die Marschrouten auszustellen. Hiebei wird ausdrücklich bemerkt, daß die Ausstellung von Marschrouten ausnahmslos nur in jenen Fällen statthaft ist, in denen die Reiseauslagen aus dem Heeresetat getragen werden. Die Verabfolgung von Marschrouten für Reisen, deren Auslagen aus eigenen Mitteln zu bestreiten sind, ist vollkommen unzulässig, und ein Dawiderhandeln gegen diese Bestimmungen wird geahndet werden. Die Ausstellung der Marschrouten ist mündlich oder schriftlich zu erbitten.

4. Die Fahr- und Frachtauslagen sind bar zu bezahlen; eine Kreditierungsanweisung ist unzulässig. In die Marschrouten dürfen nur jene Personen eingetragen werden, für die die Reiseauslagen gebürlich aufgerechnet werden dürfen (Gattin, Kinder und gebührsmäßige Anzahl von Dienstpersonen).

5. Die Erfolgung von Reisevorschüssen ist in der Regel unstatthaft. Die Militärkommandos werden jedoch ermächtigt, in besonderen Ausnahmsfällen an Familien von freiwillig weiterdienenden Unteroffizieren und von Gagisten ohne Rangsklasse auf ihre Bitte Vorschüsse zu bewilligen, die die Höhe der Fahrauslagen nicht überschreiten dürfen.

6. Die Reiseauslagen gebühren nur für die direkte Reise aus dem gewählten vorübergehenden Domizil in den ständigen Aufenthaltsort auf der kürzesten, beziehungsweise auf der nach den operativen oder sonstigen Verhältnissen benützbaren, zur Erreichung des Reisezieles geeignetsten Reiseroute.

Verantwortlicher Redakteur Heinrich Ambros. Wien. — Druck von

Die Zeit
25./XI. 1915

157

Die galizischen Flüchtlinge.

Die Repatriierten und die Seßhaften.

Zu Beginn des Monats Mai 1915 zählte Wien die größte Zahl von Flüchtlingen, die sich aus dem galizischen Kriegsgebiet nach der Reichshauptstadt gerettet hatten. Um diese Zeit beherbergten wir rund 250.000 Kriegsflüchtlinge aus dem Norden. Damals war Galizien fast ganz vom Feinde besetzt, und auch ein Teil seines freien Westens hatte vorher russische Truppen gesehen, so daß auch die Bewohner dieser Gegenden flüchteten. Nach der Vertreibung der Russen begann im Juli die Repatriierung. Die Bewohner durften zurückkehren. Erst nach Westgalizien, dann in einen Teil Mittelgaliziens und jetzt auch in einzelne Städte Ostgaliziens. Von den 83 Bezirkshauptmannschaften Galiziens ist aber kaum die Hälfte frei, und wenn sich auch die Flüchtlinge allgemein zur Rückkehr förmlich drängen, so ist bei den geschilderten Verhältnissen doch einleuchtend, daß die Mehrzahl sich noch in Wien befindet. Von den 250.000, die anfangs Mai gezählt wurden, sind rund 70.000, die die staatliche Unterstützung bezogen, von der Unterstützungszentrale in der Zirkusgasse heimbefördert worden, weitere 30.000, die keine öffentliche Unterstützung in Anspruch nahmen, dürften ebenfalls heimgekehrt sein, so daß sich heute in Wien vielleicht noch 150.000 galizische Flüchtlinge aufhalten.

Personen, die infolge ihrer amtlichen Stellung oder auf Grund persönlicher oder verwandtschaftlicher Beziehungen viel mit Flüchtlingen in Berührung kommen, sind der Ansicht, daß die Zahl von 150.000 noch Verbliebenen dem Stand der amtlichen Repatriierungsbewegung entspricht. Es ist richtig, daß sowohl mittellose wie wohlhabende Flüchtlinge, die in den bereits „freien" Gebieten ansässig sind, sich noch in Wien befinden. Ihr Bleiben hat aber anerkennenswerte Motive. Soweit sie zu den Mittellosen gehören, hält sie meist berechtigte Furcht vor der Heimkehr ab, berechtigt insofern, als ihnen von Bekannten bestimmte Nachrichten über den unwohnlichen Zustand ihrer Heimatgemeinden übermittelt wurden. Meist handelt es sich um Nachrichten von zerstörten Ortschaften und Obdachlosigkeit der Heimatsangehörigen. Da die mittellosen Flüchtlinge nahezu ausnahmslos sehr fleißig sind und sich, Männer und Frauen, ihr Brot durch Arbeit in den verschiedenen Kriegsindustrien in Wien ganz gut verdienen können, verzichten sie auf den Unterstützungsbeitrag und bleiben zurück. So gibt es denn auch in Wien schon seit längerem große Werkstätten, die überwiegend galizische Arbeiter und besonders Arbeiterinnen beschäftigen. Nähstuben, in denen ausschließlich galizische Mädchen arbeiten, sind nicht selten. Und da nach Arbeitskräften jeder Art heute in Wien starke Nachfrage herrscht, ist ihre Anwesenheit überaus nützlich. Wenn dagegen wohlhabende Flüchtlinge, die in „freien" Gebieten ansässig waren, sich heute noch in Wien befinden, so hat ihre Anwesenheit ähnliche Gründe. Meist ist der Familienvater bereits in die Heimat zurückgekehrt und hat Frau und Kinder in Wien zurückgelassen. Der Mann bestellt sein Haus, geht seinem Geschäft nach und will die Familie erst dann heimberufen, bis die Verhältnisse in der Heimat in jeder Hinsicht gastlicher geworden sind. Bei einer dritten Gruppe der Zurückgebliebenen liegen aber die Verhältnisse ganz anders. Zu ihr gehören die Leute, die nicht mehr zurückwollen. Es sind ausnahmslos Professionsbettler, die ihr Gewerbe unter den verschiedensten Vorspiegelungen betreiben. Diese Gruppe ist erfreulicherweise recht klein und wird übrigens immer kleiner, da alle mögliche sanfte Gewalt angewendet wird, um sie loszuwerden.

Es wird mit dem Fortschreiten der Repatriierung die Frage besprochen, ob nach Friedensschluß und nach der Wiederkehr normaler Verhältnisse der Stadt Wien aus dem Reservoir der heutigen Flüchtlinge ein dauernder Bevölkerungszuwachs erwachsen wird. Personen, die die Flüchtlingsbewegung und die Stimmung unter den Flüchtlingen genau beobachtet haben, glauben die Frage verneinen zu können. Sie führen für ihre Meinung an, daß erstens die bisherige Bewegung genau der erteilten Erlaubnis zur Heimkehr entspreche, zweitens, daß die Flüchtlinge im allgemeinen auf Wien nicht besonders gut zu sprechen sind. Sie fühlen sich hier nicht so gut behandelt, wie sie es erwartet hatten. Darüber ist ja bereits viel geschrieben und gesprochen worden. Als dritter Grund wird geltend gemacht, daß der Magistrat den Flüchtlingen keine Gewerbeberechtigungen erteilt, der Flüchtlingsmittelstand also gar keine Möglichkeit hat, in Wien seßhaft zu werden. Bleiben noch die Wohlhabenden und die Arbeiter. Aus beiden Schichten dürfte ein ganz kleiner Prozentsatz in Wien dauernd zurückbleiben. Das wäre aber nicht weiter auffällig und wäre auch im Rahmen der Bevölkerungsbewegung Wiens, die im Frieden alljährlich einen Zuzug aus Galizien hatte.

Pester Lloyd
26/XI. 1915

158

Wiederaufbau der im Kriege verheerten Heimstätten.

Die Landeskommission für den Wiederaufbau der im Kriege verheerten Heimstätten hat heute eine Sitzung gehalten, der Graf Karl Khuen-Héderváry präsidierte und der zahlreiche Mitglieder beiwohnten.

Der Vorsitzende erstattete Bericht über die bisherige Tätigkeit des Vollzugsausschusses und skizzierte die fürderhin notwendigen Agenden. In fünf Komitaten erstreckt sich die Verwüstung auf 91 Ortschaften. Am schwersten heimgesucht sind die Komitate Sáros und Zemplén, dann Ung, Máramaros und Bereg. Im Komitat Sáros gibt es 15 Ortschaften, in denen nicht ein einziges Haus stehen geblieben ist. In runder Summe wurden 2700 Wohnhäuser in Schutt gelegt, außerdem zahlreiche Wirtschaftsgebäude. Beschädigt wurden mehr als fünftausend Wohnhäuser und Nebengebäude. Verwüstet wurden ferner 47 Schulen, 32 Kirchen und 37 öffentliche Gebäude. Für die Herstellung dieser Bauten werden die Regierung und die Kirchenbehörden in vollem Maße sorgen. Es ist von kulturellem Standpunkte sowohl als auch im Interesse des Ungartums allgemeiner Wunsch, daß in jeder Ortschaft eine Kleinkinderbewahranstalt eröffnet werde. Der Staat läßt in den verwüsteten Ortschaften sogenannte Normalhäuser bauen, die aus Zimmer und Küche bestehen; ein solches Haus kommt auf 1500 Kronen zu stehen. Die gleiche Summe ist indes erforderlich, um die Häuser auch für größere Familien zu erweitern, Nebengebäude zu errichten und die Bevölkerung mit landwirtschaftlichen Geräten zu versehen. Es bedarf ferner häuslicher Einrichtungen und für die Bevölkerung muß auch Vieh beschafft werden. All dies zusammen dürfte etwa 7,750.000 Kronen kosten. Dieses ist also der Betrag, dessen die Landeskommission bedarf. Obwohl die eigentliche Sammelaktion erst jetzt, da der Rahmen der Erfordernisse bekannt ist, einsetzen kann, ist doch bisher annähernd die Hälfte des erforderlichen Betrages, 3,500.000 Kronen, eingeflossen. Die patriotische Opferwilligkeit der ungarischen Gesellschaft wird auch die noch notwendige Geldmenge sicherlich aufbringen. Repräsentiert auch die Endsumme einen sehr hohen Betrag, so muß doch in Betracht gezogen werden, daß sämtliche Anforderungen den bescheidensten Ansprüchen angepaßt sind. Durch den Wiederaufbau werden die Ansprüche der Bevölkerung keineswegs erhöht werden; man wird nur Sorge tragen, daß die Leute in gesündere Verhältnisse als bisher geraten und gegen Feuer und sonstige Elementarschäden besser geschützt seien. Außer den bisherigen Barspenden ist auch jene Unterstützung sehr bedeutend, die besonders Gewerbetreibende in der Form gewähren, daß sie Fenster, Türen und sonstige Hauseinrichtungsgegenstände unentgeltlich oder zu sehr ermäßigtem Preise beistellen. Die Sammelaktion wird in der Presse eigentlich erst jetzt einsetzen und der überwiegende Teil der Munizipien wird erst jetzt seine Unterstützung anbieten können, insofern es bisher keine Kongregationen und Generalversammlungen gab, in denen diese Frage hätte erledigt werden können. Besondere Anerkennung gebührt dem Komitat Borsod, das lediglich im Wege von Sammlungen und ohne jeden Zuschlag den Betrag von 300.000 Kronen aufgebracht hat, vorwiegend im Kreise der ackerbautreibenden Bauernbevölkerung. Dank gebührt auch der Gesellschaft für Geflügelzucht, die es übernommen hat, die notwendigen Quantitäten Eier im Frühjahr 1916 zu liefern, damit die Geflügelzucht wieder aufgenommen werden könne.

Behufs Beruhigung des Publikums erwähnt der Vorsitzende, daß die administrativen Kosten der Kommission bisher insgesamt 1300 Kronen betragen. Die gesammelten Gelder werden daher fast vollständig ungeschmälert ihrer Bestimmung zugeführt. Die Arbeit des Wiederaufbaues besorgt teilweise die Ortseinwohnerschaft, teilweise geschieht dies unter Inanspruchnahme russischer Kriegsgefangener, so daß auch in diesem Belang die Kosten minimal sind. Die Gewährung des Wunsches, den einzelne ihren Spenden beifügten, daß die neuerbauten Ortschaften andere als die bisherigen Namen erhalten, stößt auf Schwierigkeiten. Auch wäre es unangebracht, die Namen von Ortschaften, an die sich geschichtliche Reminiszenzen knüpfen, nun abzuändern. Allenfalls wäre es angebracht, wenigstens ein Dorf auf die Benennung Honvédfalu umzutaufen, zur Erinnerung daran, daß es während der Landesverteidigung zugrunde gegangen und daß auch sein Wiederaufbau ein Akt von Landesverteidigung war.

Der Vorsitzende berichtet ferner, daß die Berliner und die Wiener Ungarvereine ihr Scherflein zu den Wiederaufbauungskosten der Karpathendörfer beitragen, ja daß nicht nur in Berlin, sondern in ganz Deutschland eine Bewegung im Zuge ist, Spenden für den Wiederaufbau der verwüsteten oberungarischen Ortschaften zu sammeln.

Zu den Detailfragen äußerten sich hierauf der Erzbischof von Eger Ludwig v. Szmrecsányi, Roland v. Hegedüs, k. u. k. Sektionschef Josef v. Chrenóczy-Nagy als Delegierter des Wiener Ungarnvereins, Graf Josef Mailáth, Pivány, Redakteur des Blattes Amerikas werde die Wiederaufbauaktion fördern und unter- und Hofrat Andreas Márk, Bürgermeister von Debreczen. Redakteur v. Pivány gab die Zusage, die Ungarschaft Amerikas werde die Wiederaufbauaktion fördern und unterstützen, worauf der Vorsitzende Graf Khuen-Héderváry unter lebhafter Zustimmung der Versammelten äußerte, viel lieber als materielle Opfer wäre es jedem, wenn die nach Amerika ausgewanderten Ungarn nach dem Kriege in ihre Heimat zurückkehrten.

Die Kommission nahm den Bericht über die bisherige Tätigkeit des Vollzugsausschusses beistimmend zur Kenntnis und erteilte dem Vorsitzenden Ermächtigung, mit jenen Spendern, die ihre Beiträge an die Benennung gewisser Ortschaften knüpfen, hinsichtlich einer Abänderung ihres Entschlusses in Verhandlungen einzutreten.

Sodann wurde die Sitzung durch den Vorsitzenden geschlossen.

Fremdenblatt
26./XI. 1915

159

* (**Der Wiederaufbau Ober-Ungarns.**) Aus Budapest 25. d. M., wird telegraphiert: Die Landeskommission für den Wiederaufbau der im Kriege zerstörten Wohnstätten hielt heute unter Vorsitz des Grafen Karl Khuen-Hedervary eine Sitzung ab, in welcher der Vorsitzende einen Bericht über die Wirksamkeit der Kommission erstattete, aus dem hervorgeht, daß vierundneunzig Ortschaften, und zwar in den Komitaten Saros, Zemplin, Ung, Maramaros und Bereg, verwüstet wurden. Insgesamt sind mehr als fünftausend Häuser und Nebengebäude durch den Einbruch des Feindes zerstört worden. Die Kosten der Herstellung der Wohnstätten werden auf 7,7 Millionen Kronen veranschlagt. Bisher sind 3,5 Millionen Kronen eingeflossen, jedoch hat die Sammelaktion erst begonnen. Es ist zu erwarten, daß die erforderliche Summe aufgebracht werden wird. Der Präsident erwähnte schließlich, daß die Wiener und Berliner Ungarnvereine an der Hilfsaktion für die zerstörten Karpathendörfer teilgenommen haben und daß sich auch in Deutschland für die Aktion reges Interesse kundgibt.

Fremdenblatt
27/XI. 1915

160.

Der Wiederaufbau von Görz.

Das Präsidium des Landesverbandes zur Hebung des Fremdenverkehrs für das österreichische Küstenland erläßt folgenden

Aufruf!

Nach den letzten Nachrichten von der Isonzofront kann wohl kein Zweifel mehr obwalten, daß die Erkenntnis des Unvermögens, Görz unseren Helden zu entreißen, die Italiener veranlaßt, die Stadt zu zerstören.

Damit schwindet eine der schönsten Landeshauptstädte aus Oesterreichs Gauen, sinkt eine uralte Stätte deutscher Kultur, die seit einem halben Jahrtausend Oesterreichs Krone schmückte, werden Tausende ihres Obdaches beraubt, die im Glauben an einen ehrlichen Krieg, der zwischen Männern geführt, Schutzlose schont, Heim und Herd nicht verlassen wollten.

Seit einem halben Jahre halten unsere Helden im blutigen Ringen eherne Wacht über den geheiligten Boden, der Daheimgebliebenen Pflicht aber ist es, hilfreich der Stadt zu gedenken, die heute unter dem Grusse der „Erlöser" stirbt.

An allen Grenzen Oesterreich-Ungarns und Deutschlands, die Feindesfuß zertrat, räumt die staatliche Obsorge die rauchenden Trümmer beiseite, um Platz zu schaffen für neues, blühendes Leben.

Görz aber sollte, wenn der Tag der Befreiung der Grenzen, der Tag der Vergeltung anbricht, zu neuer Schöne wiedererstehen durch die Mitarbeit aller, die im Kreise ihrer Lieben, im ungestörten Besitze des eigenen Heims, im Vollgenusse ihres Vermögens, in heißer Dankbarkeit unserer heldenhaften Wacht im Süden gedenken, in heißer Barmherzigkeit der unglücklichen Heimatlosen am Isonzo.

Der Landesverband für Fremdenverkehr im österreichischen Küstenlande, dem im Frieden die Pflicht oblag, die Schönheit des heimischen Küstenbesitzes in den Dienst volkswirtschaftlicher Bestrebungen zu stellen, widmet dem Wiederaufbaue der Gartenstadt am Isonzo aus den Mitteln, die ihm warmherzige Gönner für Kriegsfürsorgezwecke in seinem Verkehrsgebiete zur Verfügung stellten, tausend Kronen und wendet sich mit seiner Bitte an die Gesamtheit, mitzuarbeiten an der Errichtung eines Denkmales vaterländischer Treue gegen die unglücklichen Opfer welschen Verrates.

Neues Wiener Tagblatt Abendbl.
27./XI. 1915

161

Kriegsschäden in Galizien und in der Bukowina.

Die „Korr. Wilhelm" verlautbart:

Durch die Kriegsereignisse wurden in Galizien und in der Bukowina zahlreiche Schäden verursacht. Wenn auch bei dem Fehlen jedweder Rechtsnorm eine Verbindlichkeit des Staates zum Ersatz der Kriegsschäden nicht besteht, so erscheint es doch erforderlich, schon jetzt den Umfang der an Privateigentum angerichteten Schäden festzustellen, da zu besorgen ist, daß die Schäden sich verwischen und deren Konstatierung später nur mit großen Schwierigkeiten durchgeführt werden könnte. Demzufolge wurden die k. k. galizische Statthalterei und die k. k. Bukowinaer Landesregierung beauftragt, in allen Gebieten dieser Kronländer, die vom Feinde frei sind, erforderliche Erhebungen einzuleiten, welche vorläufig nur zu informativen Zwecken dienen werden und eine möglichst vollständige Uebersicht der im Lande angerichteten Schäden und der daraus resultierenden Wirtschaftslage zu liefern haben.

Die Ermittlung der Kriegsschäden wird grundsätzlich nur über Anmeldung der Geschädigten erfolgen, welche entweder schriftlich oder protokollarisch bei der zuständigen politischen Behörde einzureichen ist. Zur Anmeldung sind nur die amtlichen, von dem k. k. Ministerium für Landesverteidigung vorgeschriebenen Vordrucke zu verwenden, welche von den politischen Bezirksbehörden in Galizien und in der Bukowina unentgeltlich verabfolgt werden, und zwar sind dies: Vordruck A für landwirtschaftliche Betriebe, B und C für gewerbliche und Bergbaubetriebe. Diese Vordrucke sind nach Maßgabe der in denselben gegebenen Anleitung von allen übrigen Geschädigten andrer Berufskategorien und Erwerbszweige mit Ausnahme der Landwirte zu benützen. Vordruck D dient für geringe Schäden, welche insgesamt den Betrag von 1000 K. nicht übersteigen. Uebrigens ist zur Anmeldung von Schäden, deren Gesamtsumme den Betrag von 1000 K. nicht übersteigt, die Ausfüllung eines Vordruckes nicht erforderlich. Solche Schäden sind bei dem Gemeinde- (Gutsgebietes-) Vorsteher derjenigen Gemeinde (Gutsgebietes), in welcher die unbewegliche Sache liegt, und die bewegliche Sache ihren gewöhnlichen Standort hatte, mündlich anzumelden, welcher dieselben in den Vordruck für Gesamtanmeldungen (Vordruck D) eintragen und an die zuständige politische Bezirksbehörde einsenden wird. Die Vordrucke sind in den landesüblichen Sprachen aufgelegt.

Die Frist für die Anmeldung ist bis Ende Dezember 1915 festgesetzt worden. Diese Frist hat jedoch nicht die Rechtswirkung einer Fallfrist, insbesondere nicht für die im Felde stehenden Personen, welchen es derzeit nicht möglich ist, ihre Schäden anzumelden.

Als Kriegsschäden gelten alle durch die unmittelbare Einwirkung des Krieges an beweglichem und unbeweglichem Eigentum im Inlande (Binnengewässern) entstandenen wirklichen Sachschäden, insoweit sie nicht offenbar unter das Kriegsleistungsgesetz vom 26. Dezember 1912, RGB. Nr. 236, beziehungsweise die kaiserliche Verordnung vom 9. Jänner 1915, RGB. Nr. 7, fallen. In diesem Sinne werden als Kriegsschäden angegeben: 1. alle sachlichen Leistungen an den Feind und alle durch den Feind verursachten Schäden, in beiden Fällen, sofern sie nicht etwa schon vergütet worden sind; 2. durch eigene oder verbündete Truppen verursachte Operationsschäden. Insbesondere die durch Beschießung hervorgerufene Beschädigung, Vernichtung oder Niederbrennung einzelner Gebäude oder Ortschaftsteile durch die Kampftruppen aus militärischen Rücksichten (zum Beispiel um einen Ausschuß zu gewinnen oder um die Benützung der Objekte durch den Feind zu verhindern). Der Schaden an Privatobjekten, der durch das Uebergreifen des Feuers von einem in Brand gesteckten Objekt entstand, ist jedenfalls Kriegsschaden.

3. Schäden durch Exzesse und Plünderungen.

Nicht anzumelden sind die durch den Kriegszustand im allgemeinen oder die durch denselben hervorgerufene Wirtschaftslage verursachten indirekten Schädigungen, wie zum Beispiel entgangener Gewinn infolge Behinderung oder Erschwerung des Anbaues, der Ausübung eines Gewerbes, Entfall von Miet- oder Pachtzins usw., Schädigungen bloßer Vermögensinteressen, Erwerbsmöglichkeiten und dergleichen.

Schäden, für welche der Geschädigte schon eine Vergütung auf Grund des Kriegsleistungsgesetzes erhalten hat, sind nicht neuerdings als Kriegsschäden anzumelden.

Die Ermittlung der angemeldeten Schäden erfolgt durch die nach § 33 des Kriegsleistungsgesetzes vom 26. Dezember 1912, RGB. Nr. 236, eingesetzten für den zuständigen politischen Bezirk bestehenden Bezirkskommissionen, welche bei diesen Erhebungen für die Abschätzung der Kriegsschäden jedenfalls beeidete Sachverständige beizuziehen haben.

Die Kriegsschadenbezirkskommissionen haben in der Regel an Ort und Stelle, womöglich unter Zuziehung der Geschädigten und glaubwürdigen Zeugen, die Schäden zu erheben und abzuschätzen. Die Ueberprüfung der von den Bezirkskommissionen einlangenden Schadenermittlungsoperate obliegt den bei der galizischen Statthalterei, beziehungsweise der Bukowinaer Landesregierung bestehenden Landeskommissionen.

Fremdenblatt Abendbl.
30./VI. 1915

16/2

Die Rückkehr nach Galizien.

Zwölf neue Bezirke und die Stadt Lemberg freigegeben.

Die Polizeidirektion hat bezüglich der Freigabe weiterer Bezirke Galiziens für die Rückkehr der Flüchtlinge drei Kundmachungen erlassen womit im „weiteren" Kriegsgebiete folgende Bezirke für die Rückkehr der Flüchtlinge freigegeben werden: Jaslo, Cieszanow, Jaworow, Rudki, Sambor, Drohobycz und Skole.

Die zweite Kundmachung publiziert die Freigabe der Rückkehr in folgende Bezirke des „engeren" Kriegsgebietes: Przemyslany, Bohorodczyny mit Ausnahme der Gemeinde Solotwina, Bobrka, Stryj, Kalusz und die Stadt Lemberg.

Die dritte Kundmachung lautet: Dermalen sind folgende Bezirke Galiziens für die Rückkehr der Flüchtlinge freigegeben: 1. Biala, Oswiecim, Chrzanow, Zywiec, Nowy Targ, Wadowice, Bochnia, Myslenice, Limacnowa, Nowy Sacz, Brzesko, Dabrowa, Mielec, Kolhuszowa, Pilzno, Ropczyce, Gryhow, Strzyzow, Krosno, Stary Sambor. 2. Lancut, Nisko, Tarnobrzeg. 3. Tarnow, Rzeszow, Brzozow, Sanok, Dobromil, Przeworsk, Jaroslau und Gorlice mit Ausnahme der Stadt Gorlice und mit Ausnahme der Gemeinden Strozowka, Luzna, Nieznajowa und Pszanka. 4. Die Städte Krakau und Podgorze sowie die politischen Bezirke Krakau, Podgorze und Wieliczka. 5. Jasloas, Cieszanow, Jaworow, Rudki, Sambor, Drohobycz und Skole (weiteres Kriegsgebiet). 6. Przemyslany, Bohorodczany mit Ausnahme der Gemeinden Solotwina, Bobrka, Stryj, Kalusz und die Stadt Lemberg.

Die Kundmachungen enthalten dann die bereits bekannt gegebenen Bestimmungen für die Rückkehr der Flüchtlinge.

Die Zeit
5./XII. 1915

I

163

Kriegsverluste.

Schon jetzt bildet die Frage der Kriegsgewinne, das sind die aus Anlaß und während des Krieges erzielten außerordentlichen Einkommens- und Vermögensmehrungen, den Gegenstand eingehender Beratungen und selbst gesetzgeberischer Vorarbeiten. Dasselbe gilt in noch höherem Maße hinsichtlich des Ersatzes der Kriegsschäden, ein Begriff, der zwar derzeit noch nicht feststeht, jedenfalls aber jene Beschädigungen umfaßt, die in dem vom Feinde vorübergehend besetzten Gebiete an beweglichem und unbeweglichem Eigentum entstanden sind. Ueber der Erörterung von Kriegsgewinnen, an denen der Staat teil hat, und von Kriegsschäden, die er wieder gutmachen soll, wird aber vollständig übersehen, daß es noch ein drittes gibt: daß, ganz abgesehen von den erwähnten besonderen Kriegsschäden, unzähligen Staatsbürgern aus Anlaß und während des Krieges größere oder geringere wirtschaftliche Nachteile entstanden sind, die, im Gegensatz zum Kriegsgewinn, sehr gut als Kriegsverlust bezeichnet werden können. Es wäre ein vergebliches Bemühen, sie aufzuzählen oder durch umfassende Bezeichnungen der in Betracht kommenden Betriebe, wie zum Beispiel Baugewerbe, Exportindustrie, Glasfabrikation usw., irgendwie spezifizieren zu wollen; dazu ist die Art der Verluste allzu mannigfaltig. Auch ist ihre Ursache sehr verschieden und bald auf das Aufhören oder Nachlassen der Nachfrage, bald auf die Unterbindung der Einfuhr der Rohstoffe oder Halbmanufakte, auf die Unmöglichkeit der Ausfuhr, auf die Stilllegung besonders kleinerer gewerblicher Betriebe infolge Einrückens des Gewerbe-Inhabers zum Heeresdienst usw., zurückzuführen. Nur das eine ist den Kriegsverlusten gemeinsam, daß sie ohne Ausbruch des Krieges im gewöhnlichen Verlauf der Dinge nicht entstanden wären oder beiweitem nicht ihre jetzige Ausdehnung gewonnen hätten. Die solcherart zahlreichen Wirtschaftsobjekten durch die höhere Gewalt des Krieges zugefügten Nachteile müssen unserem Empfinden nach, entsprechend unseren jetzigen Anschauungen über die Notwendigkeit einer „ausgleichenden Gerechtigkeit", von der Gesamtheit der Staatsbürger teilweise übernommen werden. Sie ausschließlich den Betroffenen aufzubürden, wäre ebenso ungerecht, wie wenn der Staat die infolge des Krieges dem menschlichen Körper zugefügten Verletzungen oder die Vernichtung des Menschenlebens als einen bloß die Person, in der „er sich ereignet hat", betreffenden unglücklichen Zufall ansehen und sich jeglicher Ersatz- oder Restitutionspflicht ledig halten wollte unter Berufung auf den alten Rechtsgrundsatz: Casus nocet domino. Nur in dem Grade der Anteilnahme des Staates an den vielen Kategorien der Vernichtungen und Verwüstungen des Krieges kann es Unterschiede geben, und deshalb sei es gleich gesagt: In barem Gelde werden die Kriegsverluste von der Allgemeinheit auch nicht zum Teil gedeckt werden können, denn erstens werden sich diese Verluste zum Unterschied von Sachschäden ziffermäßig in den seltensten Fällen erfassen lassen und zweitens würden die Finanzen selbst des siegreichen Staates nicht hinreichen, um nebst den ungeheuren Lasten der Zukunft auch noch diese Ausgaben auf sich zu nehmen.

Die staatliche Partizipation an den Kriegsverlusten kann daher nur auf mittelbarem Wege erfolgen; einen Fingerzeig hierzu gibt das während des Krieges entstandene Gesetz über die neuen Erbgebühren, das für Nachlässe von Militärpersonen Begünstigungen vorsieht. Den in dieser Bestimmung, wenn auch bloß im Keime, enthaltenen Gedanken braucht man nur zu verallgemeinern, um eine Milderung der Kriegsverluste für die einzelnen herbeizuführen. Denn nicht nur Todesfälle und Verlassenschaftsabhandlungen zieht der Krieg nach sich, er wird zu einer Unzahl von geschäftlichen Transaktionen Anlaß geben, die in irgendeiner Form der Mitwirkung der Gerichte bedürfen.

Es werden zahlreiche Verträge errichtet, neue Firmen begründet, alte gelöscht, neue Gesellschafter und Prokuristen ins Handelsregister eingetragen, alte gestrichen werden; die verschiedenartigen Grundbücher — das allgemeine Grundbuch, das Bergbuch, das Eisenbahnbuch, das Naphthabuch und, ihnen teilweise nahekommend, das Wasserbuch — werden vielerlei Aenderungen erfahren, und ein großer Teil solcher und zahlloser anderer für die Kriegsteilnehmer sich ergebender Kriegswirkungen wird erst nach vielen vor verschiedenartigen Gerichten sich abspielenden Rechtsstreitigkeiten seinen Abschluß finden. Es ist nur recht und billig, daß auch für diese Fälle eine Ermäßigung der zu entrichtenden Stempel und Gebühren, oder, was noch richtiger wäre, die vollkommene Stempel- und Gebührenfreiheit statuiert wird. Es wäre überdies, wenn wir den Fall von einem anderen Gesichtswinkel aus betrachten, geradezu unmoralisch, daß dem Fiskus nach dem Kriege infolge der ungeheuren Menschenverluste wegen der hieraus hervorgehenden Zunahme von Rechtsgeschäften unvergleichlich mehr Gebühren zufließen als in Friedenszeiten, denn das hieße nichts anderes, als sich an den Kriegsopfern bereichern. Was von den Gebühren im weitesten Sinne gilt, gilt auch von den Steuern, die während des Feldzuges für einzelne Bevölkerungsteile und für einzelne Kronländer gewährten Steuernachlässe, und Steuererleichterungen müssen in systematischer Anwendung nach Eintritt des Krieges auf alle Wirtschaftssubjekte erstreckt werden, die Kriegsverluste erlitten haben, und zwar in dem Maße und insolange, als sich diese Verluste geltend machen. Der Steuergesetzgeber wird bei Erlassung der bezüglichen Normen nicht ganz

Die Zeit
5./XII. 1915
Kriegsverluste.
II
164

neues Gebiet betreten; er kann sich jene Nachlässe zum Muster nehmen, die bei Elementarereignissen von der Grundsteuer gewährt werden und vorwiegend dem Großgrundbesitz zugute kommen.

Des weiteren wird der Staat in seiner Zollgesetzgebung die Kriegsverluste nicht übersehen dürfen. Er wird bei den zukünftigen Vertragsverhandlungen den schwer bedrängten Export berücksichtigen müssen, der neuartige Schwierigkeiten zu überwinden haben, ja vor einer völligen Neuorientierung stehen wird, er wird im Vereine mit anderen Maßnahmen durch entsprechende Einfuhr- und Ausfuhrzölle zu unterstützen sein. Haben diese nur eine generelle Bedeutung, so können Eisenbahntarife als Mittel zur Wiedergutmachung von Kriegsverlusten auch auf ein gewisses individuelles Maß zugeschnitten werden. Von den Staatsbahnen wurden, wie dies aus der „Denkschrift über die von der k. k. Regierung aus Anlaß des Krieges getroffenen Maßnahmen" hervorgeht, während des Feldzuges im Personen- und im Güterverkehr allgemeine und besondere Frachtzugeständnisse vorgesehen, die sich als sehr zweckmäßig erwiesen haben. Dieser Weg dürfte nach Eintritt des Friedens nicht verlassen und, ebenso wie während des Krieges, auch von den meisten Privatpersonen zurückgelegt werden.

Doch dies alles stellt nur einige Fälle, nur einzelne Beispiele dar. Die Mitwirkung der Allgemeinheit, sei es im weiten Gefüge des Staates, sei es im engeren Verbande der Selbstverwaltungskörper, läßt sich nicht erschöpfen. So wie die einzelne physische Person, von der Wiege bis zum Grabe im Bannkreise der verschiedenen Behörden und Aemter stehend, deren Wirken erst bei wichtigen Lebensabschnitten deutlich erkennt, ebenso wird dem Wirtschaftssubjekt erst bei Eintritt neuer Ereignisse, bei Aenderung des gewöhnlichen Geschäftsverlaufes, die Tätigkeit der öffentlichen Verwaltung am meisten fühlbar. Sie schafft unzählige Berührungspunkte, äußert sich an unzähligen Stellen. Wer ein neues Unternehmen eröffnet, wer ein neues Haus bauen, ein altes verbessern oder, um fachtechnisch zu sprechen, „Neu-, Zu-, Auf- und Umbauten" ausführen will, wer in seinen Fabriksanlagen Kessel aufzustellen, Turbinen anzubringen, an dem Wehr Aenderungen vorzunehmen hat, durch die vielleicht der Wasserbezug des gegenüberliegenden oder nachfolgenden Anrainers irgendwie berührt werden könnte usw., das gibt zu zahlreichen „Amtsveranlassungen" und „Amtshandlungen" Anlaß. Es kann tausenderlei Förderungen oder Hemmungen erfahren. Letztere müssen bei dem gewaltigen Regenerationsprozeß, der nach dem Kriege zu erwarten ist, durchaus vermieden werden. Auch dadurch, daß von allen überflüssigen und kostspieligen Tatbestandsaufnahmen, Kommissionen, Verhandlungen usw. abgesehen wird, die entstandenen notwendigen Kosten aber jedenfalls von der Allgemeinheit getragen und nicht jenen zur Last gelegt werden, die Kriegsverluste erlitten haben. Diese sollten bei aller und jeglicher Verwaltungstätigkeit, die sie veranlassen, der größten Bereitwilligkeit und tätigen Mitwirkung begegnen, nicht etwa als einem Zeichen herablassenden Wohlwollens, sondern lediglich als einer der Formen, in der sich die Partizipation der Allgemeinheit an ihren Kriegsverlusten äußert.

Fremdenblatt

6./XII. 1915

165

* (**Sammeltransporte für die Rückkehr der galizischen Flüchtlinge.**) Um eine tunlichst rasche und geordnete Rückkehr der galizischen mittellosen Flüchtlinge in die freigegebenen galizischen Bezirke und in die Stadt Lemberg zu ermöglichen, werden geschlossene Sammeltransporte eingerichtet werden. Die Zentraltransportleitung hat die Zusammenstellung großer Sammelzüge zugesagt. Jenen mittellosen Flüchtlingen, welche solche Sammelzüge benützen, wird nebst freier Fahrt auch freie Gepäcksbeförderung gewährt. Flüchtlinge, die in staatlicher Unterstützung stehen, haben sich bei jener Fürsorgestelle, von welcher sie die Unterstützung erhalten, nicht unterstützte mittellose Flüchtlinge bei den Bezirkspolizeikommissariaten ihres Wohnungsbezirkes zu melden. Sie bedürfen, solange sie den geschlossenen Sammelzüge nicht verlassen, weder eines Reisepasses, noch einer militärischen Bewilligung zum Ueberschreiten der Grenzen des engeren Kriegsgebietes, sondern nur einer Legitimation und einer Anweisung, welche ihnen bei den Bezirkspolizeikommissariaten ihres Wohnungsbezirkes eingehändigt werden. Vom Abgange eines Sammelzuges werden die Teilnehmen einzeln rechtzeitig verständigt werden und es wird überdies eine kurze Verlautbarung in der Presse erfolgen. Die nach Lemberg zurückkehrenden Flüchtlinge müssen einen Nachweis über ihre innerhalb der letzten zwölf Monate erfolgte Impfung gegen Blattern beibringen. Auskünfte über die unentgeltliche Vornahme von Impfungen werden erteilt beim Hilfskomitee Am Heumarkt Nr. 12 und in der Fürsorgezentrale, 2. Bezirk, Zirkusgasse. Im Hinblicke auf die große Zahl von Flüchtlingen erscheint es geboten, daß sich die Rückkehrenden in ihrem Interesse möglichst rasch und rechtzeitig zur Abreise melden.

Neue Freie Presse 15./XII. 1915

I

166

Eine Ausstellung der staatlichen Flüchtlingsfürsorge im Kriege 1914/15.

Wien, 14. Dezember.

Heute wurde im neuen Gebäude der Niederösterreichischen Eskomptegesellschaft in der Seitzergasse eine ganz eigenartige Ausstellung eröffnet werden. Dieselbe hat den Zweck, ein umfassendes Bild der staatlichen Flüchtlingsfürsorge im Kriege 1914/15 zu bieten. Eigenartig wie die Ausstellung selbst ist auch die Aktion, die hier in anschaulichen Bildern, statistischen Tabellen und Erzeugnissen der Flüchtlinge dargestellt wird.

Der Weltkrieg hat nicht bloß der Heeresleitung gigantische neue Aufgaben gestellt, die in den Kriegen der Vergangenheit auch nicht annähernd ihresgleichen gefunden haben. Die Zivilverwaltung desgleichen stand vor ganz unerwarteten Sorgen. Die Ereignisse, die sich gleich zu Beginn des Weltkrieges mit überraschender Plötzlichkeit förmlich überstürzten, drängten zu einer wahren Völkerwanderung. Die ziffermäßig vielfach überlegene russische Heeresmacht wälzte sich über die nordöstlichen Grenzen unserer Monarchie gegen den Karpathenwall heran, Häuser und Ortschaften sanken in Trümmer, blühende Städte wurden der Schauplatz rücksichtsloser feindlichen Wütens und die Bevölkerung in diesen vom feindlichen Einfall heimgesuchten Gebieten flüchtete, oft nur das nackte Leben rettend. Dazu kam noch, daß die österreichische Heeresverwaltung selbst zur Unterstützung ihrer militärischen Ziele gezwungen war, weite Gebiete von der ortsansässigen Bevölkerung zu evakuieren. So stand die Verwaltung urplötzlich vor der Aufgabe, für diese Opfer des Krieges Unterkunft zu finden und weiter für deren Unterhalt zu sorgen, wobei aber auch sofort weitere große kulturelle Aufgaben auftauchten. Denn es genügte nicht, den von Haus und Hof vertriebenen, meist subsistenzlosen Opfern Wohnstätten anzuweisen und für ihre Ernährung zu sorgen. Man mußte von vornherein daran denken, daß die Flüchtlinge denn doch nur vorübergehend aus ihrer Heimat vertrieben waren. Wir besaßen doch alle das unerschütterliche Vertrauen, daß es unseren tapferen Kämpfern gelingen werde, den grausamen Feind wiederum von den heimischen Fluren zu verdrängen, so daß der Zeitpunkt kommen würde, in welchem eine Repatriierung der Bevölkerung Galiziens und der Bukowina in ihre alte Heimat möglich sein werde. Die kulturellen und religiösen Zusammenhänge der Flüchtlinge durften nicht zerstört werden. Die von Haus und Hof Vertriebenen durften nicht daran gewöhnt werden, einfach unterstützungsbedürftige Proletarier zu bleiben.

Eine große kulturelle Aufgabe war zu erfüllen, damit die Opfer dieser Völkerwanderung wieder als werktätige Mitglieder des heimischen Wirtschaftslebens in ihre alten Wohnstätten zurückgeführt werden, ja vielleicht sogar das kulturelle Niveau dieser Bevölkerungsschichten gehoben wird. Daneben befanden sich unter diesen Flüchtlingen zahlreiche Angehörige höherer Berufsstände, Mitglieder der freien Berufe, die durch ausgiebige Unterstützung vor der Gefahr der Proletarisierung bewahrt werden mußten, um später wieder die ihrer Vorbildung und Intelligenz entsprechenden Berufe ausüben zu können. Es mußte durch sanitäre Einrichtungen dafür gesorgt werden, daß Greise, Frauen und Kinder, die einen großen Teil dieser Flüchtlinge ausmachten, vor der Gefahr der Seuchen bewahrt werden. Endlich vermehrte sich die Schar dieser modernen Völkerwanderer noch dadurch, daß aus diesen Gebieten alljährlich Hunderttausende von Wanderarbeitern nach Deutschland und Skandinavien zogen, um nach getaner Feldarbeit in diesen Ländern wieder in die Heimat zurückzukehren. Wenn auch manche dieser Saisonarbeiter länger als sonst in diesen Ländern Beschäftigung gefunden haben, trat doch der Augenblick ein, in welchem sie in die Heimat zurückwandern mußten, und nun mußte dafür gesorgt werden, da die Rückkehr derselben in ihre eigene Heimat infolge der Kriegsverhältnisse unmöglich war, daß auch diese Wanderarbeiter durch Staatsfürsorge in ihrem Vaterlande wieder untergebracht würden. Eine gigantische Aufgabe. Nicht bloß mit Rücksicht auf die Zahl der Flüchtlinge, sondern auch die Vielfältigkeit der kulturellen und sozialpolitischen Anforderungen, die jedem modernen Staate obliegen und denen er sich um so weniger entziehen konnte, als es sich um Bevölkerungsschichten handelte, welchen schwere Opfer im gesamtstaatlichen Interesse auferlegt wurden.

Es muß rückhaltlos anerkannt werden, daß die staatliche Verwaltung sich in diesem Falle der großen Aufgabe gewachsen zeigte. Es ist nicht zu leugnen, daß zunächst sich große Schwierigkeiten ergaben, die im ersten Ansturm nicht überall mit Glück gelöst wurden. War doch schon die Rückbeförderung der Flüchtlinge ins Hinterland dadurch besonders schwierig, daß die Bahnverwaltungen gleichzeitig den militärischen Aufmarsch zu bewältigen hatten und infolge der Ueberstürzung der kriegerischen Ereignisse diese Völkerwanderung schon in dem Augenblick einsetzte, als der militärische Aufmarsch noch nicht vollendet war. Aber auch hier muß anerkannt werden, daß diese Anfangsschwierigkeiten rasch überwunden waren und das Ministerium des Innern sofort den gesamten Verwaltungsapparat in Bewegung setzte, um dieser Schwierigkeiten Herr zu werden. Es ist weiter hervorzuheben, daß die Staatsverwaltung in ihrer rasch und glücklich ergriffenen Initiative sofort die opferwillige Unterstützung der Länder und Gemeinden fand, welche verständnisvoll mitarbeiteten, sowie daß auch die gesamte Bevölkerung, alle politischen, nationalen und religiösen Gegensätze beiseite lassend, hiebei in werktätiger Weise die staatliche Verwaltung unterstützte und ergänzte. Ein schönes Bild einträchtigen Zusammenwirkens von Staat, Land, Gemeinden und Bevölkerung, durch welches allein die Erfüllung der großen schwierigen Aufgaben möglich wurde.

So sehen wir nunmehr in der Ausstellung in Bildern, Reliefs und Tabellen den heutigen Stand der Flüchtlingsfürsorge. Eine Denkschrift des Ministeriums des Innern schildert in einer kurzen Einleitung die Entwicklung dieser Flüchtlingsfürsorge, der Organe, welche mit dieser schwierigen Verwaltungsaufgabe betraut waren. Sie erzählt uns, wie diese Flüchtlinge in die Unterbringungsgebiete gebracht wurden, wir sehen auch aus dem Berichte, wie sofort nach den ersten größeren Flüchtlingstransporten die Unterbringung und Unterstützung der Flüchtlinge in ein System gebracht wurde und hiemit die sanitäre, religiöse, sozialpolitische Fürsorge Hand in Hand ging. Wir erfahren weiter, wie die Aktion zur Heimkehr der galizischen Flüchtlinge einsetzte, wie die Fürsorge auch auf die Flüchtlinge aus dem Südwesten der Monarchie, die durch die Treulosigkeit unseres ehemaligen Bundesgenossen gezwungen waren, Haus und Hof zu verlassen, ausgedehnt wurde.

Im großen und ganzen herrschten zwei Prinzipien bei der Unterbringung der Flüchtlinge vor. Der größere Teil derselben fand in einzelnen Gemeinden der vom Krieg nicht berührten Kronländer Unterkunft, wobei wieder erfreulicherweise konstatiert werden mußte, daß die Gemeinden sämtlicher Kronländer gleich werktätig mitwirkten. Hiebei fiel der Gemeinde Wien die Hauptlast zu, die bis zu 150.000 Flüchtlinge unterbringen mußte. Auch hier wurde bald unter der Führung des Gemeinderates Doktor Schwarz-Hiller ein System in diese Fürsorgeaktion gebracht. Die zweitgrößte Zahl der Flüchtlinge fand in den böhmischen Gemeinden Unterkunft, aber auch Oberösterreich, Salzburg, Steiermark, Kärnten, Krain und Mähren unterzogen sich der Aufgabe der gemeindeweisen Unterbringung der Flüchtlinge, wobei Schulen, Häuser charitativer Vereine, leerstehende Fabriken und zahlreiche Vereinsstätten, welche sonst Vergnügungszwecken dienten, für dieses sozialpolitische Ziel in Anspruch genommen wurden. Daneben aber wurden rasch Flüchtlingslager gebaut von Staats wegen, deren größte in Gmünd (Niederösterreich) und Leibnitz (Steiermark) angelegt wurden.

Wir sehen nun in der Ausstellung in zahlreichen Bildern, in welcher Weise die Flüchtlinge in den Gemeinden untergebracht wurden. Wir erhalten namentlich in einem vortrefflichen Relief eine genaue Darstellung des Flüchtlingslagers in Leibnitz. Wir sehen, in welcher Weise die Flüchtlinge zu Arbeiten herangezogen wurden, teilweise ihre alte Handfertigkeit ausnützend, sich teilweise auch in gewerblichen Unterrichtsschulen an neue Arbeiten und Arbeitsmethoden gewöhnend. Wir sehen, daß namentlich die Handfertigkeit der Ruthenen und Ruthenin[illegible] zu zahlreichen

Neue Freie Presse 15/III. 1915

II

167

Eine Ausstellung der staatlichen Fürsorge im Kriege 1914/15.

Nadelarbeiten herangezogen wurde, wobei man aber immer darauf hinwirkte, an die Muster einer alten Heimatskunst anzuknüpfen. Wir sehen herrliche Nadelarbeiten der geschickten Istrianerinnen. Wir erfahren aber auch, wie tüchtig der gewerbliche Unterricht gepflegt wurde, sehen Tischlerarbeiten, Produkte der Holzbearbeitungskunst. Die Flüchtlinge stellen famose Wagen für die Feldarbeit her, an denen es in Galizien besonders mangelt, sie erzeugen das Schuhwerk zum eigenen Bedarf in vorzüglicher Qualität, sie erzeugen Holzkoffer für die Wanderarbeiter, aber auch Werke des Kunsthandwerks und sogar der Kunst. Hiebei dienen die gewerblichen Erzeugnisse für die Bedürfnisse der Flüchtlingslager und Flüchtlinge selbst, weiter aber auch für Ausgestaltung staatlicher oder militärischer Anstalten. Ein sorgfältig ausgedachtes System von Entlohnung regt auch den Erwerbssinn der Bevölkerung an und so werden die armen, vorübergehend Heimatlosen nicht bloß vom Staate untergebracht und erhalten, für die geistige Ausbildung der Kinder gesorgt, sondern auch die hohe kulturelle Mission erfüllt, daß dieselben in ihre alte Heimat mit einer Erweiterung ihres Gesichtskreises, ihrer Bildung und der Steigerung ihrer Erwerbsfähigkeit zurückkehren. Wir wollen nur hoffen und wünschen, daß der Ausblick, welcher den Schluß der Denkschrift bildet, daß die Flüchtlinge im Laufe des Frühjahrs 1916 alle wiederum zu den heimatlichen Herden zurückkehren können, zur Wahrheit wird.

Der Besuch dieser neuartigen Ausstellung ist wirklich jedermann anzuraten. Nicht bloß, weil hiedurch dem Kriegsfürsorgefonds Geldmittel zufließen, sondern auch, weil jedermann, der die Räume durchschreitet, die Ueberzeugung gewinnen wird, daß Staat, Land, Gemeinde und Bevölkerung sich in diesem Falle auf der Höhe ihrer Aufgaben gezeigt haben. Es ist erfreulich, konstatieren zu können, daß auf einem großen, wichtigen Gebiete die staatliche Fürsorge nicht versagt und sich den Anforderungen einer großen schweren Zeit gewachsen gezeigt hat. Auch wird die Ueberzeugung, daß Staat, Land und Gemeinde hier einträchtig und erfolgreich miteinander arbeiteten, sicher auch noch die charitative Ergänzung dieser öffentlichen Fürsorgeaktion fördern, welche denn doch auch in diesem Falle unbedingt notwendig war und insbesondere dann, wenn endlich die armen Flüchtlinge wiederum in ihre Heimat zurückkehren werden, vielleicht noch notwendiger sein wird.

Die Eröffnung der Ausstellung.

Die vom Ministerium des Innern veranstaltete Ausstellung „Die Kriegshilfe" wurde heute nachmittag in feierlicher Weise durch den Protektor der Kriegsfürsorge Erzherzog Karl Stephan und die Gemahlin des Feldmarschalls, Erzherzogin Isabella, eröffnet. Die Ausstellungsräume waren dicht gefüllt mit einem aus allen Kreisen der Gesellschaft, Aristokratie, Beamtenschaft und Bürgertum bestehenden Publikum, eine Verbildlichung des gemeinsamen Zusammenwirkens aller dieser Kreise im Dienste der Kriegsfürsorge. In den ebenerdigen Räumen erwarteten Minister des Innern Konrad Prinz Hohenlohe und Prinzessin Hohenlohe, der Leiter des Kriegshilfsbureaus Eduard Prinz von und zu Liechtenstein und Prinzessin Liechtenstein, Ministerialsekretär Dr. Kobald, Bezirkskommissär Lukas, die Sektionsräte v. Marquet und Miller die Gäste.

Es hatten sich eingefunden: Ministerpräsident Graf Stürgkh, Minister a latere Baron Rosznер mit Gemahlin, Präsident des Obersten Rechnungshofes Freiherr v. Beck und Vizepräsident Dr. Paul Schulz, Minister Dr. v. Morawski, die Geheimen Räte Dr. Baernreither, Dr. Freiherr v. Engel, Dr. Mataja, Bürgermeister Dr. Weiskirchner, die Generale der Infanterie Edler v. Seibt und v. Zednik, FML. Löbl, Baronin Burian, Gräfin Berchtold, die Prinzessinnen Croy, Lubomirska, Gräfin Seefen, Dr. Graf Larisch, Gräfin Wydenbruck, Gräfin Wallersкirchen, Frau v. Derschatta, Baronin Clarisse Rothschild, Baronin Friebeis, Frau Jarzebecka, Baronin Skoda, Frau Lisa de Benaudes, Frau v. Medinger, die beiden Vorsitzenden der Rohö Frau Helene Granitsch und Frau Fanny Freund-Markus, von der Kriegspatenschaft die Damen Frankl-Scheiber, Melanie Wolf, Stella Jerusalem, Gottlieb, Rochel, Redlich, Leiner und Chaudoir, vom Kuratorium der Berufsberatung der Kriegerwitwen Frau Grete Postel, Frau Professor Fronz, Frau Amelie Ofer, Frau Anitta Müller, Frau Martye Beyer, Frau Mathilde Krauß, ferner die Reichsratsabgeordneten Monsignore Faidutti, Don Della gan, Graf Lajecki, Ritter v. Wassilko, Vizepräsident Romanczuk, Ritter v. Semaka, Ritter v. Singalewicz, Ritter v. Lukasiewicz, Lew Lewicki, Oberkurator Steiner, die Hofräte Gayer, Stuckart, Dr. Löwner, die Sektionsräte Graf Attems und Karminski, Bezirkshauptmann Dr. Montel, Präsident der Kultusgemeinde Dr. Stern, Regierungsrat Fleischner, die Direktoren der Eskomptegesellschaft Maxime v. Kraßny und Stransky, Generaldirektor Kestranek, Magistratsdirektor Doktor Nüchtern, die Industriellen Leon v. Wernburg, Lurie, die Leiter des Schwarz-gelben Kreuzes Schriftsteller Siegfried Löwy und Alice Schalek, die Maler Rauchinger und Max Lenz, Baurat Seidl, Bildhauer Kautsch, Kommerzialrat Polacco, Gemeinderat Dr. Schwarz-Hiller, Polizeikommissär Dr. Weinberger u. v. a.

Um 4 Uhr fuhren Erzherzogin Isabella, begleitet von Obersthofmeisterin Gräfin Wimpffen und Kammervorsteher Grafen Cappy, und Erzherzog Karl Stephan mit dem zugeteilten Major Slusarz vor. Sie wurden von Prinz Eduard Liechtenstein empfangen und in den Bilderausstellungssaal geleitet. Hier richtete Prinz Liechtenstein an den Erzherzog die Bitte, die Ausstellung zu eröffnen. Erzherzog Karl Stephan erwiderte, es freue ihn, der Eröffnung dieser so schönen und interessanten Ausstellung beiwohnen zu können. Der Erzherzog sprach hierauf den FML. Löbl an, worauf ihm Prinz Liechtenstein den Generaldirektor Rosenbaum und Professor Witzmann vorstellte, welche sich um die Durchführung der Ausstellung verdient gemacht haben. Nachdem der Erzherzog und die Erzherzogin noch einige der anwesenden Würdenträger angesprochen hatten, traten sie den Rundgang an, wobei Prinz Liechtenstein der Erzherzogin, Minister Prinz Hohenlohe dem Erzherzog die nötigen Erklärungen gab. Zuerst wurde die Verkaufsausstellung besichtigt, wo die Erzherzogin zahlreiche der am Verkaufe beteiligten Damen ansprach. Auch der Erzherzog zog mehrere Persönlichkeiten, insbesondere die Vertreter der verschiedenen Kriegsfürsorgeaktionen, die er zumeist bereits persönlich kannte, an.

Dann wurden die im ersten Stockwerke gelegenen Räume der Flüchtlingsfürsorge besucht. Hier empfing der Statthalter von Niederösterreich Dr. Freiherr v. Bleyleben den Erzherzog und erklärte die reichhaltigen Darbietungen, die ein Bild der Unterbringung, Versorgung und Beschäftigung der infolge des Krieges aus ihren Wohnsitzen geflüchteten Staatsangehörigen geben. Der Erzherzog sprach hier Freiherrn v. Beck und Gemahlin, Frau Anitta Müller, Frau Gutmann, Frau Rübner, Landeshauptmann Faidutti, Baron Merffy und andere an. Besonderes Interesse erweckten die Darstellungen der Flüchtlingslager bei Wolfsberg und Leibnitz und insbesondere des Gmünder Barackenlagers. In dieser Abteilung wurden die verdienten Beamten der Statthalterei Baron Czopka, Bezirkskommissär Hallama, Buchner sowie die Abgeordneten Ritter v. Wassilko und Romanczuk vom Erzherzog angesprochen.

Den Abschluß bildete die Besichtigung der Ausstellung für Säuglings- und Mutterschutz, wo Hofrat Dr. Baernreither und Gräfin Nadine Berchtold die Gäste begrüßten und Oberinspektor Gerenyi, Doktor Hainisch sowie die Damen Martha Bayer, Hofrat Wolf, Baronin Rochel-Aichelburg, v. Gotthilf, Oberbaurat v. Redlich, Leixner, Vera Gottlieb, Baronin Georgine Dirsztay, Stella Jerusalem, Baronin Hede Skoda, Gräfin Wallerskirchen, Baronin Friebeiß und andere ins Gespräch gezogen wurden. Auch die Vertreterinnen der Rohö Frau Granitsch und Frau Freund-Markus wurden vorgestellt.

Nach mehr als zweistündigem Rundgange verließen Erzherzog Karl Stephan und Erzherzogin Isabella mit dem Ausdrucke der vollsten Befriedigung über das Gesehene und dem Wunsche, daß der Erfolg der Ausstellung ihrer Anlage gleichen möge, die Ausstellung.

Die Zeit Abendbl.
24./XII. 1915

168

Der Kaiser für Görz.

Eine Deputation in Schönbrunn.

Der Kaiser hat gestern den Fürsterzbischof von Görz Geheimen Rat Dr. Franz Norgias Sedej und den Landeshauptmann der gefürsteten Grafschaft Görz und Gradiska Msgr. Dr. Alois Faidutti in Schönbrunn in besonderer Audienz empfangen.

Die beiden Würdenträger haben als Repräsentanten der gesamten Bevölkerung der Erzdiözese Görz und des Landes Görz-Gradiska den Dank für die vom Kaiser im Handschreiben vom 3. d. kundgegebene Anerkennung der Opferwilligkeit, Standhaftigkeit und Treue der Landesbewohner und für die beglückende, eine bessere Zukunft kündende kaiserliche Teilnahme an dem harten Lose der Stadt Görz und des schönen Görzer Kronlandes zum Ausdruck gebracht und gleichzeitig die Versicherung der unversiegbaren Liebe, der unverbrüchlichen Treue zur glorreichen Dynastie der Habsburger im Namen der Bevölkerung erneut.

Der Kaiser erwiderte, die Deputation gern empfangen zu haben, sprach nochmals seine liebevolle Teilnahme für das schwerbetroffene Land aus und stellte in Aussicht, daß alles geschehen werde, um die dort geschlagenen Wunden nach Möglichkeit zu heilen.

Der Kaiser erkundigte sich sodann über die Einzelheiten der in der Stadt Görz verursachten Schäden, worüber Fürsterzbischof Dr. Sedej, der am 12. d. Görz besucht hat, eingehende Auskunft erteilen konnte, und befragte dann mit besonderem Interesse den Landeshauptmann Faidutti über das Los der evakuierten Bevölkerung und über die Verhältnisse in der Flüchtlingsfürsorge.

Monsignore Faidutti, der sowohl mit den Flüchtlingslagern als auch mit den gemeindeweisen verteilten Flüchtlingen in ständigem Kontakt steht, hat dem Kaiser über seine Wahrnehmungen eingehend berichtet. Besondere Teilnahme bekundete der Kaiser für das Los der neunundvierzig in Italien internierten Priester der Görzer Erzdiözese und der wenigen daheimgebliebenen, derzeit unmittelbar dem apostolischen Stuhle unterstehenden Seelsorger.

Zum Schlusse erkannte der Kaiser die brave loyale Haltung beider Nationalitäten des Landes neuerlich an und versicherte dieselben seiner väterlichen Fürsorge und Hilfe. Die Audienz währte ungefähr eine halbe Stunde.

Fremdenblatt
7. I. 1916

169

Kriegsschadenanmeldung in der Bukowina.

Das Ministerium für Landesverteidigung hat die Aufnahme aller Kriegsschäden in der Bukowina angeordnet.

Diese Aktion hat lediglich den Zweck, den Umfang der an Privateigentum angerichteten Schäden in zuverlässiger Weise festzustellen und begründet durchaus nicht irgendwelchen Anspruch auf Ersatz dieser Schäden aus Staatsmitteln. Erhoben werden: 1. Sachliche Leistungen an den Feind und die durch den Feind verursachten Sachschäden, soferne sie nicht bereits vergütet wurden; 2. durch eigene oder verbündete Truppen verursachte Operationsschäden; 3. Schäden durch Exzesse und Plünderungen. Indirekte Schäden, wie entgangener Gewinn, Schädigung bloßer Vermögensinteressen, Erwerbsmöglichkeiten und dergleichen können nicht angemeldet werden. Die Anmeldung kann einzig und allein nur unter Benützung der amtlich ausgegebenen Vordrucke erfolgen, welche bei der Gemeindevorstehung des Aufenthaltsortes (für Flüchtlinge, welche sich außerhalb der Bukowina aufhalten, bei der politischen Landesbehörde ihres Aufenthaltsortes oder bei der k. k. Bukowinaer Landesregierung in Dornawatra kostenlos erhältlich sind. Anmeldungen ohne Einhaltung der vorgeschriebenen Form werden nicht berücksichtigt und den Parteien zurückgestellt.

Die Anmeldung der Kriegsschäden hat bis 15. Februar 1916 zu erfolgen.

Für die Anmeldungen dienen viererlei Vordrucke: A, B, C, D. Vordruck A ist bei landwirtschaftlichen Betrieben zu verwenden. Vordruck B und C dient zur Anmeldung von Schäden in gewerblichen und Bergbaubetrieben. Diese beiden Vordrucke sind nach Maßgabe der in ihnen gegebenen Anleitung von allen übrigen Geschädigten anderer Berufskategorien und Erwerbszweige mit Ausnahme der Landwirte zu benützen. Vordruck D ist für einfache Schadenanmeldungen bis 1000 Kronen zu verwenden.

Zur Schadensanmeldung ist bei beweglichen Sachen der Eigentümer oder auch der Besitzer, bei unbeweglichen außer dem Eigentümer und Besitzer auch der Pächter, wenn der Schaden sich in seinem Vermögen ereignet hat, berufen. Die Anmeldung hat die Schäden an unbeweglichen und beweglichen Sachen bei der politischen Bezirksbehörde, in deren Gebiet die Sache ihren gewöhnlichen Standort hatte, zu erfolgen.

Bei Schäden in Handels-, Gewerbe- und Bergbaubetrieben ist die Gesamtschadenanmeldung (Vordruck B) bei der politischen Bezirksbehörde einzureichen, in deren Gebiet die Betriebs-(Schadens-)stelle, bezw. die Hauptniederlassung sich befindet. Die für die in den Zweigniederlassungen entstandenen Kriegsschäden ausgefüllten Sonderanmeldungen nach Vordruck C sind bei der politischen Bezirksbehörde einzubringen, die für die betreffende Schadensstelle zuständig ist. Befindet sich die Hauptbetriebsstelle außerhalb der Bukowina, so hat die Anmeldung bei der Bukowinaer Landesregierung zu erfolgen. Flüchtlinge aus der Bukowina haben die ausgefüllten Vordrucke bei der Gemeindevorstehung ihres derzeitigen Aufenthaltsortes mit dem Ersuchen zu überreichen, sie an die zuständige politische Verwaltungsbehörde weiterzuleiten.

Es ist verboten, wissentlich unwahre oder unvollständige Angaben zu machen. Dawiderhandelnde werden nach der kaiserlichen Verordnung vom 20. April 1854 bestraft.

Fremdenblatt
9/I 1916

170

(Unterhaltsbeitrag für Kriegsflüchtlinge.) Von Montag den 10. Jänner angefangen haben alle aus Galizien oder der Bukowina oder aus dem Süden der Monarchie geflüchteten Angehörigen von Mobilisierten neue Anmeldungen, betreffend den staatlichen Unterhaltsbeitrag und die staatlichen Unterstützungen ausschließlich bei der Unterhaltslandeskommission in Wien, Nebenstelle, 9. Bezirk, Türkenstraße Nr. 3, einzubringen.

Die Zeit
12./I. 1916

171

— (Zur Wiederherstellung Galiziens und Ostpreußens.) Die Galizische Kriegskreditanstalt hat unter Mitwirkung des galizischen Landesausschusses eine sehr praktische Einrichtung getroffen, um den Darlehenswerbern die Erlangung eines Kredites zum Zwecke der Wiederherstellung der durch den Feind beschädigten oder vernichteten Realitäten zu erleichtern. Es werden nämlich die technischen Kräfte des Landesausschusses den Parteien bei Feststellung der Art und der Höhe der Beschädigung sowie bei Beurteilung des Investitionsplanes werktätig an die Hand gehen. Da die bezüglichen Daten die Grundlage für das Ausmaß des — nach Maßgabe des Baufortschritts in Raten fälligen — Darlehens bilden, so wird durch diese Einrichtung die Inangriffnahme und die Fortsetzung des Baues sehr beschleunigt, zumal die erwähnten Ingenieure die betreffenden Arbeiten bis zur Bauvollendung überwachen werden. Bisher sind in 78 Ortschaften derartige technische Exposituren errichtet worden; ihre weitere Vermehrung ist im Zuge. — In Ostpreußen wird eine andere Methode zur Förderung des Wiederaufbaues angewendet werden. Der Oberpräsident und die ostpreußische Landwirtschaftskammer in Königsberg richten in den nächsten Tagen versuchsweise Ausbildungskurse zur Anmeldung von Kriegsschäden ein, da erfahrungsgemäß die mittleren und kleineren Besitzer der von den Russeneinfällen betroffenen Provinzteile Schwierigkeiten bei der richtigen Aufstellung der Anmeldung des erlittenen Schadens haben. Teilweise sind ihnen die vorliegenden Verordnungen in ihrer Wirkung nicht hinreichend bekannt, zum Teil sind die betreffenden Formulare zu schwierig. Zu diesen Kursen soll vorläufig aus jedem Kreise der Provinz eine geeignete Person, etwa aus den Kreisen der Geistlichkeit oder Lehrerschaft, Beamte der Landschaft oder Landesversicherungsanstalt, Vorsitzende landwirtschaftlicher Vereine, Rechner von Darlehenskassen usw., ausgewählt werden, die in einem Kursus in Königsberg in allen einschlägigen Fragen der Kriegsschadenanmeldung und Kriegsschadenaufstellung unterwiesen werden. Die Unterweisung soll von dem zuständigen Dezernenten des Königsberger Oberpräsidiums und einigen Vertrauensleuten der Landwirtschaftskammer erteilt werden. Die Teilnehmer des Kursus sollen so ausgebildet werden, daß sie ihrerseits nötigenfalls Unterkurse für Interessenten zur Kriegsschadenaufstellung abhalten können.

Fremdenblatt
18./I. 1916

17/2

* **(Die Rückkehr der Flüchtlinge nach Lemberg.)** Seit Freitag weilt hier eine Deputation des in Lemberg gebildeten Hilfskomitees für heimkehrende Flüchtlinge, bestehend aus dem Direktor der Lemberger Vorschußbank Władysław Terenkoczy und dem Redakteur Zygmunt Fryling, welche in Gesellschaft des Lemberger Reichsrats-Abgeordneten Śliwiński bei dem Präses des Polenklubs R. v. Bilinski und dem Minister für Galizien v. Morawski vorgesprochen hat. Die Deputation wurde mit großem Wohlwollen und Teilnahme empfangen und es wurden die Postulate eingehend besprochen und als vollkommen begründet bezeichnet. Das Lemberger Hilfskomitee ist aus zirka 180 Mitgliedern gebildet und hat sich zur Aufgabe gestellt, die triste und verzweiflungsvolle Lage der Flüchtlinge, welche nach Lemberg bereits zurückgekehrt sind und in nächster Zeit nach Lemberg zurückkehren werden müssen, zu lindern. Es wurde berechnet, daß nach Lemberg wenigstens 10.000 solcher Flüchtlinge in kurzer Zeit zurückkehren werden, welche außer dem Unterstützungsbeitrage von 70 Heller täglich — für längstens vier Wochen — gar keinen Lebensunterhalt haben werden. Unter den heutigen Umständen ist es beinahe unmöglich für diese Flüchtlinge Arbeit und Beschäftigung zu finden. Wovon werden also diese Flüchtlinge leben? Dr. v. Bilinski und Minister von Morawski haben versprochen, das Gesuch um eine vom Hilfskomitee beanspruchte Subvention nach Möglichkeit zu unterstützen und in diesen Tagen eine Konferenz mit dem Minister des Innern Prinzen Hohenlohe abzuhalten, welcher dem grenzenlosen Elend der galizischen Flüchtlinge die größte Teilnahme entgegenbringt. Die Teilnehmer der Deputation werden bis Ende der Woche in Wien das Resultat ihrer Bemühungen abwarten.

Reichspost

18. I. 1916

173

Eine Papstspende für die österreichischen Ukrainer.

Papst Benedikt XV. hat, wie wir von unterrichteter Stelle erfahren, 10.000 Kronen für die durch den Krieg so arg leidenden Ruthenen Oesterreichs gespendet. Der Apostolische Pronunzius am Wiener Hofe, Kardinal Raffael Graf Scapinelli di Leguigno, hat diesen Betrag an den Bischof des ruthenischen Ritus von Stanislau, Msgre. Gregor Chomyszyn, überweisen lassen. Diese Spende für die österreichischen Ukrainer entsprinat einer persönlichen Initiative des Heiligen Vaters, welcher von den gräßlichen Kriegsleiden der Ukrainer Galiziens unterrichtet, auch sein Scherflein diesen Notleidenden zuwenden wollte, unbekümmert darum, daß gerade jetzt die italienische Presse in allen Tonarten Papst und Vatikan der Parteinahme für die Mittelstaaten schuldig erklärt.

Fremdenblatt
21. L. 1916

174

* **(Fürsorgeaktion für aus dem Feindesland ausgewiesene Oesterreicher.)** In den letzten Tagen hat sich in Wien ein Komitee gebildet, welches es sich zur Aufgabe gestellt hat, unter Mitwirkung der Regierung jene hilfsbedürftigen Oesterreicher, welche sich zur Zeit des Kriegsausbruches im feindlichen Auslande befanden und von dort vertrieben worden sind, zu unterstützen. Das Komitee, an dessen Spitze der Minister des Innern Konrad Prinz zu Hohenlohe steht und welchem unter anderem die Herren Albert Frankfurter, Generaldirektor des OesterreichischenLloyd, Wilhelm Kestranek, Generaldirektor der Prager Eisen-Industriegesellschaft, Paul Ritter v. Schoeller, Präsident der niederösterreichischen Handels- und Gewerbekammer, und Prinz Alexander von Thurn und Taxis, Mitglied des Herrenhauses, angehören, wird seine Tätigkeit in der allernächsten Zeit aufnehmen und sich zunächst mit einem Aufruf an die Oeffentlichkeit wenden.

Neue Freie Presse
23./I. 1916

175

Wir erhalten folgenden beherzigenswerten Aufruf:

Aufruf zur Unterstützung vergessener Oesterreicher.

In erhebender Weise wendet sich das allgemeine Mitgefühl werktätig allen jenen zu, die durch die Schrecknisse dieses Krieges unverschuldet in Not und Elend geraten sind. Nun gilt es, im besonderen auch derjenigen unter ihnen zu gedenken, welche sich zur Zeit des Kriegsausbruches im feindlichen Auslande befanden und von dort ausgewiesen wurden. Diese Bedauernswerten sind nicht weniger hilfsbedürftig als jene Flüchtlinge des Inlandes, die, vor den hereinbrechenden Feinden flüchtend, Haus und Hof verlassen mußten. Während diese meist noch rasch wenigstens das Wertvollste zusammenraffen und mit sich nehmen konnten, ist es den vom harten Feinde bedrängten Ausgewiesenen gerade nur erlaubt, ihren Leib zu decken und die kärglichsten Barmittel mit sich zu nehmen, die kaum genügen, sie die Heimat erreichen zu lassen. So gelangen unsere Landsleute oder deren vom Ernährer losgerissenen Familien, gewaltsam aller Mittel entblößt, in das Vaterland — soeben kehren wieder Hunderte von Ausgewiesenen in die Heimat zurück — und erwarten mit Recht, daß sie als schuldlose Opfer des grausamen Kampfes hier vor Elend und Hunger geschützt sein werden. Viele von ihnen, die durch lange Jahre Beruf und Arbeit von der Heimat fernehielten, kommen, noch erfüllt von Liebe und Anhänglichkeit zur alten Heimat, doch als Entfremdete zurück, denen weder Freunde noch Verwandte ein schützendes Obdach bieten, und sind deshalb mehr als alle anderen auf hilfreiche Unterstützung angewiesen.

Eine große Zahl dieser in fernen Ländern lebenden Landsleute ist dort im Dienste unserer Volkswirtschaft tätig. Sie dürfen es nicht an sich erfahren, daß man ihrer und ihrer Familien im Vaterlande vergißt und sie hilflos dem Elend und der Not preisgegeben werden. Es soll nicht geschehen, daß dadurch ihre Anhänglichkeit an das Vaterland gelockert wird und sie sich später von ihm lossagen, in dem Glauben, im Dienste anderer wirksameren Schutz zu finden.

Dieser bemitleidenswerten Verlassenen ist bisnun im besonderen nicht gedacht worden und es gilt Versäumtes nachzuholen.

Wir sind überzeugt, daß es nur des Hinweises auf diese Hilfsbedürftigen bedarf, um die nie erlahmende Hilfsbereitschaft und nie versiegende allgemeine Opferfreudigkeit auch ihnen zuzuwenden.

Das unterzeichnete „Hilfskomitee für aus dem Feindesland ausgewiesene Oesterreicher" will diesen unter Mitwirkung der Regierung mit Rat und Tat beistehen. Es will den Bedürftigsten die Mittel für den Lebensunterhalt bieten, Arbeitsfähigen zur Erlangung eines Erwerbes behilflich sein und solchen, die sonst nicht hilfsbedürftig, vorübergehende Beihilfe gewähren.

Wir erbitten uns die mildtätige Unterstützung aller unserer Mitbürger und ersuchen, gefälligst Geldbeiträge entweder an das „Hilfskomitee für aus dem Feindesland ausgewiesene Oesterreicher", Wien, 3. Bezirk, Heumarkt 10, oder an die Niederösterreichische Eskomptegesellschaft, Wien, 1. Bezirk, Am Hof 2, durch Erlag auf Postsparkassenkonto Nr. 104.888 gelangen zu lassen. Auch die Administration der „Neuen Freien Presse" nimmt Spenden für den gedachten Zweck gern entgegen.

Wien, am 22. Januar 1916.

Hilfskomitee für aus dem Feindesland ausgewiesene Oesterreicher.

Konrad Prinz zu Hohenlohe, k. k. Minister des Innern, Präsident.

Wilhelm Kestranek, Generaldirektor der Prager Eisenindustriegesellschaft, Vizepräsident.

Dr. Karl Schreyer, Sektionschef im k. k. Ministerium des Innern, Vizepräsident.

Kaiserlicher Rat Max Duschnitz, Handelskammerrat; kaiserlicher Rat Friedrich Elsinger, Präsident der Exportsektion des k. k. Oesterreichischen Handelsmuseums; Hofrat Albert Frankfurter, Generaldirektor des Oesterreichischen Lloyd; Dr. Josef Ritter v. Hempel, k. u. k. Generalkonsul im k. u. k. Ministerium des Aeußern; Dr. Alois Edler v. Marquet, Sektionsrat im k. k. Ministerium des Innern; Dr. Oskar Freiherr v. Mitis, Sektionsrat im k. u. k. Haus-, Hof- und Staatsarchiv; Paul Ritter v. Schoeller, Präsident der Handels- und Gewerbekammer für Oesterreich unter der Enns; Prinz Alexander von Thurn und Taxis, Mitglied des Herrenhauses.

* * *

Neue Freie Presse
26./I. 1916

176

Dank der Flüchtlinge an die Zentralstelle für Flüchtlingsfürsorge.

Wir erhalten eine Zuschrift, der wir folgendes entnehmen: Aus Anlaß der Rückkehr so vieler Flüchtlinge in die wieder freigegebenen Ortschaften ihrer Heimat, erlauben wir uns im Namen vieler Tausender, unserem Nothelfer, Beschützer und Wohltäter, dem unübertrefflichen Leiter des großen Hilfswerkes der Fürsorge für Kriegsflüchtlinge, Gemeinderat Dr. Rudolf Schwarz-Hiller, für seine menschenfreundliche, selbstlose, aufopferungsvolle Tätigkeit zugunsten der Flüchtlinge unseren herzlichsten Dank auszusprechen.

Gleich beim ersten Ansturm der unglücklichen Ankömmlinge war er der erste, dem die Not und unser Elend so sehr ans Herz ging, daß er ungeachtet der fast unüberwindlichen Schwierigkeiten, die sich ihm infolge der Massenzuströmung entgegenstellten, in unermüdlicher Hingebung bemüht war, uns aus der großen Verzweiflung zu reißen, seelisch aufzurichten, unser Elend und unsere Not überall zu lindern und unser schweres Los nicht nur erträglicher zu machen, sondern einem jeden einzelnen von uns verhalf, ein menschenwürdiges Dasein fristen zu können.

Sein ernstliches Mitfühlen, verständnisvolles und freundliches Entgegenkommen, sein rasches Eingreifen, hat in den weiten Kreisen dieser vielsprachigen Riesenmenge von Flüchtlingen, ohne Unterschied der Nationalität und Konfession, das Bewußtsein wachgerufen, daß die von ihnen unmittelbar gebrachten schweren Opfer allseits gewürdigt werden. Als Fremdlinge plötzlich in eine ihnen ganz unbekannte Welt, deren Sitten und Gebräuche sie nicht kannten, hineingerissen, in die sie nicht hineinpaßten, weil sie vorher unter ganz anderen Verhältnissen und Umständen gelebt haben, empfanden sie seine Nachsicht doppelt wohltuend. Für all das Dank zu sagen, sind wir wirklich nicht imstande, denn das Wort „Dank" ist viel zu winzig, um dem Begriffe, der damit verbunden ist, zu entsprechen. Der Name Dr. Rudolf Schwarz-Hiller bleibt in unserer Erinnerung für immer mit der Flüchtlingsfürsorge eng verknüpft.

R. & S. R.....ger.

Fremdenblatt Abendbl.
5. IV. 1916

177

* (Lesehalle für Kriegsflüchtlinge.) Die unter der Leitung des Gemeinderates Dr. Rudolf Schwarz-Hiller stehende Zentralstelle der Fürsorge für Kriegsflüchtlinge eröffnet am 10. d. ihre Sektion 35 Flüchtlingsbibliothek und -Lesehalle im Mezzanin des Hauses 2. Bez., Praterstraße 9. Die Lesehalle ist an Wochentagen wie an Sonn- und Feiertagen von 8 Uhr morgens bis 9 Uhr abends ununterbrochen geöffnet. Flüchtlinge erhalten Monatskarten gegen Zahlung von 30 Heller in der Zentralstelle der Fürsorge für Kriegsflüchtlinge, 2. Bez., Zirkusgasse 5. Der Lesehalle ist eine Bibliothek von derzeit 2500 Bänden angeschlossen, welche Bibliothek in kürzester Zeit außerordentlich vermehrt werden wird. Bücherspenden werden mit größtem Danke angenommen.

Neues Wiener Tagblatt Abendbl
5. II. 1916

778

Kriegsschadenerhebung in der Bukowina.

Die mit der Kundmachung der Bukowinaer k. k. Landesregierung vom 19. Dezember 1915, Zahl 42467/15 festgesetzte Anmeldungsfrist für Kriegsschäden in der Bukowina wurde bis 15. März 1916 erstreckt.

Nach Ablauf dieser Frist einlangende Kriegsschadenanmeldungen finden keine Berücksichtigung.

Ausgenommen hievon sind Schäden, welche erst nach Ablauf der obbezeichneten Frist entstanden sind, ferner solche Schäden, die wegen der Abwesenheit der zur Schadenanmeldung berufenen Person von der Schadenstelle binnen der obigen Frist nicht zur Anmeldung gelangen konnten.

Erstere Kriegsschäden sind binnen vierzehn Tagen nach dem Entstehen, letztere binnen vierzehn Tagen nach der Rückkehr der zur Schadenanmeldung berufenen Personen zur Schadenstelle anzumelden.

Neues Wiener Tagblatt
7. III. 1916

178

* **(Münchner Ostpreußenhilfe.)** Die reiche, kunstsinnige und herzensgute Isarstadt hat neuerdings wieder ihren guten Ruf vollauf bewährt. Zugunsten der Ostpreußenhilfe sind in München nahezu eine halbe Million Mark gesammelt worden, die eine kluge, gute und schöne Verwendung finden sollen. Man ist davon abgekommen, die Summe als solche dem Zentralkomitee zu überweisen und hat beschlossen, sie in eine „Naturalspende" umzuwandeln, wie sie schöner und praktischer kaum gedacht werden kann, nämlich in mehrere hundert Zimmereinrichtungen! Da Münchner Kunstgewerbler dabei Beschäftigung finden, Münchner Künstler die Entwürfe liefern, Münchner Gewerbetreibenden die Ausführung übergeben wurde, so dient diese Summe einem doppelten guten Zwecke. Während viele Bauernhäuser in den kampfdurchtobten Gebieten Ostpreußens den Kriegsgreueln standhielten oder nur beschädigt wurden, die Herbeischaffung der Mittel zum Wiederaufbaue auch keine großen Schwierigkeiten macht, ist der Ersatz des ruinierten, verbrannten, zerstörten oder verschleppten Mobiliars nicht leicht zu bewerkstelligen. Hier also will die Münchner Ostpreußenhilfe einsetzen. In den Räumen der ehemaligen Augustinerkirche in der bayerischen Hauptstadt gelangen jetzt fünfundzwanzig von den Zimmereinrichtungen zur Ausstellung. Es sind Bauernzimmer selbstverständlich, derb und einfach in Stil und Ausführung, der Lebensart, den Gewohnheiten, der Geschmacksrichtung ihrer zukünftigen Bewohner angepaßt, aber von größter Gediegenheit des Materials, sowie Noblesse der Zeichnung und Farbenzusammenstellung, dabei sinngemäß, praktisch und schön in jedem Detail. Es ist der Bauernstil, aber veredelt und verfeinert, der zeigt, wie es in einer Hütte aussehen soll. Es sind verschiedene Wohnräume vorgesehen, Wohnzimmer, Schlafzimmer und Wohnküche. Sie zeigen die schweren festen Tische, die breitspurigen Bauernstühle, die großen tiefen Betten. Der bunte Türvorhang ist nicht vergessen, der geknüpfte Bodenbelag, das Heiligenbild über den Betten, das Kruzifix am Wandbord. — Dieses Münchner Hilfswerk für die, welche der Krieg ihrer Heimstätten beraubte, ist eine unendlich gütige und erzieherische Tat. Sie verdient die allgemeine Anerkennung und Bewunderung, und verdient auch, in größtem Maßstabe nachgeahmt zu werden!

Fremdenblatt 11. II. 1916

180

Der Wiederaufbau zerstörter Städte.

Gegenseitige Hilfsaktionen Oesterreich-Ungarns und Deutschlands.

In der gestrigen Sitzung des Stadtrates berichtete Bürgermeister Dr. Weiskirchner über die Förderung der Hilfsmaßnahmen für den Wiederaufbau der durch den Krieg teilweise zerstörten Stadt Ortelsburg in Ostpreußen und führte an: In unserer an werktätiger Nächstenliebe so reichen Zeit hat ein Gedanke feste Gestaltung angenommen, der die weitestgehende Verbreitung und Förderung verdient: es sollen im Wege privater Fürsorge die staatlichen Hilfsmaßnahmen für den Wiederaufbau von Ortschaften, die durch den Krieg zerstört worden sind, ergänzt und die gedeihliche Neuentwicklung der solcher Art in Schutz genommenen Städte in einer dem örtlichen Bedürfnisse entsprechenden Weise gefördert werden. Mit dieser aus edlem vaterländischen Empfinden entsprungenen Absicht hat sich sofort ein anderer Gedanke, ebenso hochsinnig und großzügig, verbunden: die Blutsgenossenschaft der verbündeten Völker des deutschen Reiches und unseres Vaterlandes soll auch bei diesem Unternehmen, und zwar dadurch beredten Ausdruck finden, daß die Hilfsaktion gegenseitig über die politischen Grenzen der beiden Länder hinaus reicht und Deutschland die Kriegspatenschaft über eine österreichische und eine ungarische Stadt, Wien und Budapest dagegen die Kriegspatenschaft über je eine reichsdeutsche Stadt übernimmt. In Deutschland wird eine gemeinsame über das ganze Reich ausgedehnte Hilfsaktion in die Wege geleitet und die aufgebrachten Fürsorgemittel werden an Oesterreich und Ungarn zu gleichen Teilen und zwar für die am schwersten durch den Krieg beschädigten Landesteile, für die Stadt Görz und eine von Budapest aus noch anzugebende ungarische Stadt überwiesen. Auf österreichisch-ungarischer Seite werden die die gleichen Bestrebungen verfolgenden Unternehmungen getrennt in beiden Reichshälften ins Leben gerufen, wobei von österreichischer Seite die ostpreußische Stadt Ortelsburg, von Ungarn die Stadt Gerdauen ins Auge zu fassen ist.

Die Aktion ist am besten in der Weise durchzuführen, daß zu diesem Zweck ein Verein ins Leben gerufen wird. Die Statuten eines solchen „Kriegshilfsvereins Wien" wurden von der Statthalterei genehmigt. Der Vereinsbeitrag für jedes Mitglied beträgt 20 Kronen jährlich, Stifter werden Personen oder Körperschaften, die einen einmaligen Mindestbeitrag von 1000 Kronen erlegen. Mit Rücksicht auf den patriotischen und wohltätigen Zweck des Unternehmens wäre dem Vereine ein namhafter Beitrag seitens der Gemeinde zu leisten.

Der Bürgermeister kommt schließlich zu folgenden Anträgen: 1. Der Gründung eines Kriegshilfsvereines Wien für Ortelsburg (Ostpreußen), welcher sich die Aufgabe stellt, die staatlichen Hilfsmaßnahmen für den Wiederaufbau der durch den Krieg teilweise zerstörten Stadt im Wege privater Fürsorge zu ergänzen und die gedeihliche Neuentwicklung derselben in einer dem örtlichen Bedürfnisse entsprechenden Weise zu fördern, wird nach Maßgabe der vorgelegten Satzungen zugestimmt. Es ist zur Erzielung eines einheitlichen, zweckentsprechenden Vorganges dafür Sorge zu tragen, daß das Arbeitsgebiet der dem Kriegshilfsvereine Wien überlassenen Fürsorgetätigkeit von gleichartigen Fürsorgeaktionen in derselben Stadt möglichst abgegrenzt werde.

2. Die k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien beteiligt sich an dem Vereinszwecke mit einem Stifter-Beitrag von 50.000 Kronen.

3. Die in den Vereinsvorstand durch die Stadt Wien zu entsendenden 5 Mitglieder werden durch den Bürgermeister bestimmt.

Die Anträge wurden vom Stadtrate einhellig genehmigt.

Vossische Zeitung

13./II. 1916.

181.

Deutschland für Ungarn, Ungarn für Deutschland. Die Verhandlungen wegen gegenseitiger Unterstützung deutschen und ungarischen Vorgehens zum Wiederaufbau der durch die russischen Einbrüche verwüsteten ostpreußischen und der Karpathengegenden sind zwischen dem Präsidenten des geschäftsführenden Ausschusses der Ostpreußenhilfe, Freiherrn v. Luedinghausen, und dem Präsidenten der ungarischen Landeskommission zum Wiederaufbau der verwüsteten Karpathenortschaften, Grafen Khuen Hedervary, abgeschlossen worden. Getreu dem auf den gemeinsamen Kriegsschauplätzen geheiligten Bündnis übernimmt Ungarn die Kriegspatenschaft über die ostpreußische Stadt Gerdauen, während im Deutschen Reiche eine Hilfstätigkeit für die verwüsteten Karpathenortschaften eingeleitet wird.

Neues Wiener Tagblatt
13./II. 1916

183

Die Kriegspatenschaft der Stadt Wien über Ortelsburg.

Wie in unserm vorgestrigen Blatte gemeldet wurde, hat der Stadtrat den Antrag des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner angenommen, die Hilfsmaßnahmen für den Wiederaufbau der durch den Krieg teilweise zerstörten Stadt Ortelsburg in Ostpreußen durch Gründung eines Kriegshilfsvereines Wien tatkräftigst zu fördern. Der Bürgermeister führte aus, es möge im Wege privater Fürsorge die staatlichen Hilfsmaßnahmen für den Wiederaufbau von Ortschaften, die durch den Krieg zerstört worden sind, ergänzt und die gedeihliche Neuentwicklung der schutzbedürftigen Städte unterstützt werden. Die Blutsgenossenschaft der verbündeten Völker soll auch bei diesem Unternehmen, und zwar dadurch Ausdruck finden, daß die Hilfsaktion gegenseitig über die politische Grenze beider Länder hinausreiche. Von Deutschland aus werden die Fürsorgemittel einer über das ganze Reich ausgedehnten Hilfsaktion zu gleichen Teilen der schwer beschädigten Stadt Görz und einer von Budapest anzugebenden ungarischen Stadt überwiesen werden, während von österreichischer Seite die ostpreußische Stadt Ortelsburg, von Ungarn aus die Stadt Gerdauen mit Hilfsmitteln bedacht werden soll. An den Zwecken des Kriegshilfsvereines Wien für Ortelsburg beteiligt sich die Stadt Wien mit einem Stifterbeitrag von 50,000 K.

Wir haben Anlaß genommen, den erfreulichen Inhalt des Stadtratsbeschlusses dem Bürgermeisteramt der Stadt Ortelsburg mitzuteilen, und erhielten gestern folgende Depesche als Antwort:

„Geehrte Redaktion
des „Neuen Wiener Tagblatt"
Wien.

Ortelsburg, 12. Februar.

Die Nachricht von der Uebernahme der Kriegspatenschaft seitens der Kaiserstadt Wien über das so schwer heimgesuchte Ortelsburg ist hier mittiefgefühltem Dank und größter Begeisterung aufgenommen worden. Die Stadt ist beflaggt.

Der Bürgermeister der Stadt Ortelsburg."

Neues Wiener Tagblatt Abendbl. 184
15. II. 1916

Der Wiederaufbau der zerstörten ungarischen Orte.

Budapest, 15. Februar. Der Präsident der Landeskommission für den Wiederaufbau von im Kriege zerstörten Heimstätten Graf Khuen-Hedervary äußerte sich einem Mitarbeiter des „Pester Lloyd" gegenüber über das bisherige Ergebnis der Aktion sowie über ihre Aussichten und Aufgaben in der Zukunft folgendermaßen:

Dank der beispiellosen Opferbereitschaft des ungarischen Publikums sind für die Zwecke unsrer Aktion bereits mehr als 5 Millionen Kronen gesammelt worden. Da jedoch für die Erreichung des Erfolges 7½ Millionen notwendig sind, ist das Bestreben der Kommission dahin gerichtet, auch die noch fehlenden 2½ Millionen Kronen zusammenzubringen.

Es darf nicht vergessen werden, daß durch den Einbruch der Russen hundert Gemeinden betroffen worden sind. Dreitausend Häuser wurden vollständig vernichtet, fünftausend Gebäude beschädigt. Die Zahl der vernichteten Nebengebäude ist ebenso groß. Zum Wiederaufbau gehört daher vor allem Geld. Unsre Tätigkeit ist vollkommen unabhängig von derjenigen Entschädigung, die der Staat nach Friedensschluß den durch den Krieg Betroffenen in jenen Gebieten gewähren wird.

Unsre Aktion geht parallel mit der staatlichen Hilfstätigkeit, sie besteht darin, den Obdachlosen ein Dach zu gewähren und sie mit den notwendigen Geräten und mit Zugtieren zu versehen. Das nötige Baumaterial (Holz, Ziegel usw.) liefert der Staat. Die Bauten werden von staatlichen Organen geleitet, und die Arbeitskräfte — zum großen Teil Kriegsgefangene — werden vom Staat zur Verfügung gestellt, so daß der Wert der staatlichen Hilfe auf sieben bis acht Millionen Kronen zu veranschlagen ist.

Nach dem Berichte und Antrage des **Bürgermeisters Dr. Weiskirchner** wird einstimmig beschlossen:

(P. Z. 1131.) Der Gründung eines Kriegshilfsvereines, welcher sich die Aufgabe stellt, die staatlichen Hilfsmaßnahmen für den Wiederaufbau der durch den Krieg teilweise zerstörten Stadt Ortelsburg (Ostpreußen) im Wege privater Fürsorge zu ergänzen und die gedeihliche Neuentwicklung derselben in einer dem örtlichen Bedürfnisse entsprechenden Weise zu fördern, wird nach Maßgabe der vorgelegten Satzungen zugestimmt.

Es ist zur Erzielung eines einheitlichen, zweckentsprechenden Vorganges dafür Sorge zu tragen, daß das Arbeitsgebiet der dem Kriegshilfsvereine Wien überlassenen Fürsorgetätigkeit von gleichartigen Fürsorgeaktionen in derselben Stadt möglichst abgegrenzt werde.

Die k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien beteiligt sich an dem Vereinszwecke mit einem Stifterbeitrag von 50.000 K.

Die in den Vereinsvorstand durch die Stadt Wien zu entsendenden fünf Mitglieder werden durch den Bürgermeister bestimmt.

(An den Gemeinderat.)

Fremdenblatt

15./II. 1916

186

(Ortelsburg und Wien.) Aus Ortelsburg ist nachstehendes Telegramm an die Stadt Wien eingelangt: „Kreis und Stadt Ortelsburg sprechen der Stadt Wien für die in bundesbrüderlicher Gesinnung beschlossene Uebernahme der Kriegspatenschaft über die so schwer heimgesuchte Stadt Ortelsburg tiefstgefühlten Dank aus und erhoffen dauernde herzlichste Beziehungen. Die freudige Nachricht ist hier voll Begeisterung und aufrichtiger Dankbarkeit aufgenommen worden. In bundesbrüderlicher Treue Landrat v. Poser, Bürgermeister Mey, Stadtverordnetenvorsteher Sender." — Bürgermeister Dr. Weiskirchner erwiderte: „Die Reichshaupt- und Residenzstadt Wien freut sich vom Herzen, durch die von ihr übernommene Kriegshilfsaktion für Ortelsburg in so nahe Beziehungen zu Ihrer Stadt getreten zu sein. Das Bewußtsein unserer gemeinsamen hehren Sache und der Drang unseres Herzens, das den Bruder auf deutscher Erde zum Bruder ruft, schlingen ein heiliges Band um unsere beiden Städte. Ortelsburg soll auferstehen zu hellerem Glanze wie vordem und ein Wahrzeichen sein deutscher Kunst und Kraft und des herrlichen, in Not und Tod bewährten Gemeinsinnes unserer Länder, des ehernen Bundes von der Ostsee bis zur Adria. Ich entbiete Ihnen, Herr Bürgermeister, dem Kreis und der Stadt Ortelsburg im Namen der Stadt Wien und ihrer Bevölkerung die herzlichsten Grüße!"

Neues Wiener Tagblatt
17. II. 1916

187

Die Kriegspatenschaft für Ortelsburg.

Ein Dankschreiben des Bürgermeisters.

Dem Chefredakteur des „Neuen Wiener Tagblatt" ist gestern das nachstehende Schreiben des Bürgermeisters Geheimen Rates Dr. Weiskirchner zugegangen:

Wien, 12. Februar 1916.

Euer Hochwohlgeboren!

Das „Neue Wiener Tagblatt" hat durch seinen Leitartikel vom 11. d. und die Mitteilungen in der Rubrik „Wiener Angelegenheiten" sein schätzenswertes Interesse für die Aktion der Stadt Wien betreffend die Uebernahme der Kriegspatenschaft für die ostpreußische Stadt Ortelsburg bewiesen und dadurch auch der breiten Oeffentlichkeit den Wert und die Größe dieses Unternehmens vor Augen geführt.

Ich gebe mir die Ehre, Ihnen, hochverehrter Herr Chefredakteur, für diesen Dienst, den sie dem Projekt erwiesen haben, meinen verbindlichsten Dank zu übermitteln und Sie bei dieser Gelegenheit gleichzeitig um Ihre weitere Unterstützung im Gegenstand zu bitten.

Mit dem Ausdruck der vorzüglichsten Hochachtung Ihr aufrichtig ergebener

Weiskirchner.

Hochwohlgeboren
Herrn Wilhelm Singer,
Herausgeber und Chefredakteur des
„Neuen Wiener Tagblatt".

* * *

Fremdenblatt
17. IV. 1916

Der Wiederaufbau der zerstörten Städte.

Der Budapester Magistrat beschloß in seiner gestrigen Sitzung den Beitritt zu der von dem Berliner Bürgermeister eingeleiteten Aktion, gegenseitig je eine vom Feinde verwüstete Stadt wieder aufzubauen. Außerdem wurde beschlossen, daß der städtischen Generalversammlung der Antrag unterbreitet werde, zum Beweise der Bündnistreue 50.000 Kronen zum Wiederaufbau der ostpreußischen Stadt Gerdauen zu votieren und diesen Betrag der Landes-Kriegsfürsorgekommission mit dem Ersuchen zu übermitteln, für den genannten Zweck eine Sammlung einzuleiten.

Neues Wiener Tagblatt
18/II. 1916

Das Patenkind der Stadt Wien.

Vom königlichen Landrat des Kreises Ortelsburg v. Poser.

Die Stadt Wien hat für die ostpreußische Stadt Ortelsburg die Kriegspatenschaft übernommen; in sinniger Weise soll hiedurch, wie Bürgermeister Dr. Weiskirchner erklärte, „das Bewußtsein gemeinsamer hehrer Sache und der Drang des Herzens, das den Bruder auf deutscher Erde zum Bruder ruft," zum Ausdruck kommen. Auf unsre Bitte sendete uns der königliche Landrat des Kreises Ortelsburg Herr v. Poser die folgenden Mitteilungen. Diese mögen denn unsern Wiener Mitbürgern die eindringlichste Vorstellung der Leiden, die die russische Okkupation über Ortelsburg gebracht, geben.

Die Stadt Ortelsburg war vor dem Krieg eine aufblühende Stadt von etwa 10,000 Einwohnern. Sie liegt idyllisch am kleinen und großen Haussee angelehnt. In der Nähe befinden sich große staatliche Forste sowie der Stadtwald mit schönen Spaziergängen.

In den ersten Wochen nach der Mobilmachung glaubte niemand an einen feindlichen Einfall der Russen, so daß deren plötzlicher Vormarsch am 21. August die Bevölkerung völlig unvorbereitet traf. Mit Ausnahme von etwa 500 Einwohnern flüchtete die ganze Bevölkerung unter Zurücklassung ihrer sämtlichen Habe. Am 22. August wurde die Stadt von den Russen besetzt, die zunächst friedlich gegen die Bevölkerung verfuhren. Anders wurde die Lage, als der rechte russische Flügel der Narewarmee, der über Ortelsburg nach Bischofsburg und Sauerbaum vorgerückt war, von unsern Truppen geschlagen, nach Ortelsburg zurückflutete. So wurde denn am 27. August die Stadt mutwillig an verschiedenen Stellen in Brand gesteckt, so daß der Feuerschein weithin in die Lande leuchtete. Gleichzeitig begannen die Russen nach der Grenze zu flüchten, während die russische Hauptarmee zwischen Ortelsburg, Passenheim, Hohenstein, Gilgenburg, Neidenburg und Willenberg in der Schlacht von Tannenberg den Untergang fand. Die Reste der geschlagenen Hauptarmee flüchteten gleichfalls über Ortelsburg auf den nach Friedrichshof und Fürstenwalde führenden Chausseen über die Grenze. Bei Ortelsburg kam es dann am 30. August zu einem Rückzugsgefecht, bei dem der letzte noch verschont gebliebene Teil der inneren Stadt durch russische Granaten völlig in Trümmer geschossen wurde. Der ganze sich lang hinstreckende Markt sowie die Hauptgeschäftsstraße wurden ein Raub der Flammen, so daß Ortelsburg nächst Schirwindt die am meisten zerstörte Stadt in Ostpreußen ist. 160 Wohnhäuser und 321 Wirtschaftsgebäude lagen in Trümmern.

In einem Hause der Stadt wurde unter anderm eine Taubstummenfamilie von mehreren Köpfen von den Russen lebendig dem Feuertode überliefert, nachdem die Leute dort hineingetrieben und das Haus umstellt worden war. Auch russische Daumfesseln wurden als Zeichen russischer Kultur in Ortelsburg gefunden.

Kaum war ein Teil der Bevölkerung wieder zurückgekehrt, als am 10. September wiederum bei dem Herannahen der Russen die ganze Bevölkerung flüchten mußte. Die Russen kamen aber diesmal nicht in die Stadt hinein. Schon begann das geschäftliche Leben wieder aufzublühen, als am 11. November die Russen zum drittenmal in den Kreis einbrachen und den ganzen südlichen Teil des Kreises bis zur sogenannten Blockhauslinie, die zwei Kilometer von der Stadt vorbeiführt, besetzten. Außer dem Bürgermeister und dem Landrat sowie drei Beamten waren nur etwa 15 Einwohner in der ganzen Stadt zurückgeblieben, deren Bahnhofsanlagen von unsern Truppen zur Vorsicht am 14. November gesprengt wurden, nachdem die Russen am 11. November, etwa acht Kilometer von Ortelsburg, bei Groß-Jerutten, einen fahrplanmäßigen Zug überfallen und vierzehn Zivilpersonen und sieben Militärpersonen niedergemetzelt sowie eine große Anzahl von Personen schwer verwundet hatten. Am 6. Dezember wurde der Kreis wiederum von den Russen gesäubert, die glücklicherweise auch diesmal nicht wieder in die Stadt gekommen waren. Am 13. Mai wurde dann noch die Stadt durch einen russischen Flieger mit Bomben beworfen, die aber keinen Schaden anrichteten.

Zurzeit ist man noch mit den Aufräumungsarbeiten beschäftigt und der Wiederaufbau soll bereits in diesem Frühjahr eingeleitet werden. Der Bebauungsplan ist von dem Bezirksarchitekten Roßwog bereits aufgestellt worden.

* * *

Erlebnisse einer Dame während der Russenzeit in Ortelsburg.

Bei unserm Bürgermeisteramt machte eine Dame, Fräulein Rozinski, über das Verhalten der Russen während der Invasionszeit, die sie mitgemacht hat, unter anderm folgende Mitteilungen:

Als am 21. August 1914 die Flüchtlinge in besonders großen Mengen ankamen, packten wir unsre Sachen und fuhren die Chaussee nach Eichtal hinunter, wo wir die Nacht im Walde blieben. Am 22. August gegen 11 Uhr vormittags überraschten uns die ersten Russen; sie lachten uns wegen unsrer Flucht aus und forderten uns auf, nach Hause zurückzukehren. Am nächsten Tag wollten wir zurück. Vor der Stadt lagen mehrere russische Munitionskolonnen und auf der Bismarckstraße von dem Bahnübergang bis zur Mettschen Ziegelei das 4. Kosakenregiment. In unserm Hause waren der russische Oberst und einige Stabsoffiziere dieses Regiments einquartiert, die sich freundlich zu uns benahmen. Der Oberst sprach fließend Deutsch und meinte, der Krieg würde in vier Wochen zu Ende sein, zumal auch Königsberg (!) bereits von den Russen besetzt sei. In unsrer Wohnung in der Jägerstraße hatten dazu drei Aerzte aus Warschau Quartier; auch sie sprachen fließend Deutsch, und einer erzählte, daß bereits drei Monate vor Ausbruch des Krieges alle jungen Leute eingezogen und ausgebildet wurden, auch diejenigen, welche nach dem russischen Gesetz zum Beispiel als einzige Söhne frei von der Militärpflicht waren.

Am 27. August früh, etwa um 10 Uhr, fiel plötzlich ein Gewehrschuß, worauf ein Russe sagte: „Jetzt kommen die Deutschen!" Um 2 Uhr fing der Brand der Stadt an. Zuerst stiegen bei der Brauerei die Rauchwolken in die Höhe, ebenso in der Rastenburgerstraße. Die Russen benützten Zündstreifen zum Anzünden der Häuser. Gegen 4 Uhr wurde der Markt angezündet, angeblich, weil die Einwohner geschossen hätten. Nachdem der erste Schuß von der Brauerei her gefallen war, fingen aber auch die Russen an zu flüchten und in die Fenster zu schießen. Die Flucht ging die Chaussee nach Friedrichshof herunter, alles durcheinander. Die Kavallerie im Chausseegraben, die Wagen, Geschütze und Infanterie auf der Chaussee in mehreren Reihen nebeneinander.

Neues Wiener Tagblatt 18. 10. 1916

II

Das Patenkind der Stadt Wien. 190

Am 28. August kam das erwähnte Kosakenregiment, ein Grauschimmelregiment — das nachher bei Neidenburg von den Ortelsburger Jägern vernichtet wurde — von der Gegend um Bischofsburg zurück und rückte, nach mehrstündigem Aufenthalt, durch die Wiesen nach dem Stadtwalde zu. Der Brand der Stadt griff immer weiter um sich. Am Nachmittag war ich auf den Wiesen, als ein Kosake und ein Pole, beide beritten, auf mich zukamen. Der Kosake wollte mich niederreiten. Ich sprang schnell zur Seite, und der Pole stellte sich mit seinem Pferde dazwischen und sagte zu mir: „Schon gut, schon gut!" worauf sie weiterritten. Gegen 7 Uhr abends ging ich nach der Stadt und traf den Apotheker Brzezinski, der mit andern Einwohnern damit beschäftigt war, die brennenden Häuser am Markt zu löschen. Von verschiedenen Leuten hörte ich, daß die Stadt von den Russen wieder frei sei und die ersten deutschen Patrouillen bereits in Beutnerdorf eingetroffen seien. Ueber den Markt zu gehen, war wegen Lebensgefahr unmöglich. Die Kaiserstraße und Kirchenstraße aber waren unversehrt, ebenso das Pfarrhaus und das Hotel Kopkow sowie die Häuser von Wittek, Mendel, Neumann, Markowski, Alexander; und auf der Rastenburgerstraße waren vom Markt aus auf der rechten Seite etwa drei bis vier Häuser niedergebrannt. Auch die Apotheke war abgebrannt. Später hörte ich dann von einem Unteroffizier, daß eine ganze Reihe von Personen in das Haus vom Czichy hineingetrieben worden und dort lebendig verbrannt sei.

Wie ich später erfahren habe, sind am 24. August eine große Reihe von jungen Leuten von den Russen ermordet worden. Ich habe auf dem Wege von der Ziegelei Klatt nach dem Schützenplatz zu verschiedene Leichen liegen gesehen, mit Säbelhieben furchtbar zugerichtet, darunter drei junge Leute aus Neu-Schiemanen. Der eine hatte zwölf Hiebe.

Am 30. August morgens begannen die Russen plötzlich die Stadt mit Granaten zu beschießen. Als ich den ersten Knall hörte, stürzte ich an das Fenster und sah, wie ein Feuerball auf das Seminargebäude fiel. Es entstand ein furchtbarer Knall und eine dunkle Rauchwolke stieg aus dem Gebäude empor, worauf die Flammen emporloderten. Die Beschießung dauerte etwa bis 4 Uhr nachmittags, wenn auch später nicht mehr so heftig wie zu Anfang. Ein Teil unserer Artillerie — sechs Geschütze vom Feldartillerie-Regiment Nr. 71 — fuhr um 10 Uhr morgens an der Mettschen Ziegelei auf, ein Offizier kletterte mittels Leiter auf den Schornstein der Ziegelei hinauf. Ich folgte ihm, worüber der Offizier ärgerlich war, zumal, als die erste Granate in das Dach des Hauses einschlug. Auch auf den Holzhof fiel eine große Menge von Blindgängern.

Gegen 4 Uhr hörte das Geschützfeuer auf, und die ersten 4000 Gefangenen kamen aus der Gegend von Willenberg, wo Generalmajor v. Hahn 12,000 Gefangene gemacht hatte. Abends kam der Stab der 35. Division und quartierte sich im landrätlichen Wohngebäude ein. Als ich am Abend in die Stadt ging, sah ich zu meinem Entsetzen, daß die ganze Kirchenstraße vom Landratsamt aus, das Pfarrhaus, der Rest vom Markt, die Rastenburgerstraße sowie die Kaiserstraße in Trümmer geschossen worden waren.

* * *

Der Bericht des preußischen Abgeordnetenhauses.

Diesen Berichten über die der Stadt Ortelsburg zugefügten Schäden fügte Herr Landrat von Poser noch eine Anzahl von Beilagen an, die gewiß gleichfalls großes Interesse hervorrufen werden.

Zunächst sei der vom Abg. Fuhrmann verfaßte Bericht über die Besichtigungsreise von Mitgliedern des preußischen Abgeordnetenhauses durch Ostpreußen erwähnt. Vom 25. bis 30. August 1915 besichtigten die Herren die am schwersten geschädigten Kreise. Angehörige aller Parteien gehörten dieser Kommission an, die nach einem Beschlusse des preußischen Abgeordnetenhauses von dem Vorsitzenden der verstärkten Haushaltskommission, Abgeordneten Winkler, geführt wurde und die von Vertretern der preußischen Ministerien des Innern, der Finanzen und für die Landwirtschaft begleitet war.

Im Kreise Ortelsburg, der 33 Quadratmeilen groß ist und etwa 69,000 Einwohner zählt, so heißt es in dem Referat, wurden ganz besonders namhafte Schäden festgestellt. Der Kreis Ortelsburg ist der größte, zugleich aber auch der ärmste Teil Ostpreußens. Er litt unter einem dreimaligen russischen Einbruch, und die Stadt Ortelsburg selbst ist die am meisten zerstörte Stadt der ganzen Provinz. Für den Wiederaufbau des Kreises wurden bisher bereits 6,300,000 Mark an Vorentschädigungen ausbezahlt. Für die Stadt ist bereits der Bebauungsplan fertiggestellt und zwar von dem Bezirksarchitekten Roßwog. Mit dem Wiederaufbau der Stadt wird vorläufig noch nicht begonnen, da noch verschiedene Vorarbeiten, insbesondere auch die Zusammenlegung der Grundstücke, zu bewirken sind. Die Kaufleute haben sich mit einfachen Notbauten geholfen. Trotzdem ist das wirtschaftliche Leben bereits wieder aufgeblüht. Die Bewohner haben sich im Winter selbst durchgeholfen und sich gegenseitig unterstützt. Es sind hiebei möglichst wenig Anordnungen von amtlicher Stelle getroffen worden, um das Selbständigkeitsgefühl und die eigene Verantwortlichkeit bei den Bewohnern zu stärken und aufrechtzuerhalten. Tatsächlich gelang es vielen Einwohnern, sich viel besser und billiger zu behelfen, sodaß dem Staate auf diese Weise große Ausgaben erspart worden sind. Wenn die Bevölkerung nicht so anspruchslos gewesen wäre, hätte sich beispielsweise die ganze Wohnungsfrage nicht so leicht lösen lassen!

Der Bericht schlägt auf Grund der bisher gemachten Erfahrungen vor, den Wiederaufbau nicht zu überstürzen, da doch im ganzen ein großer Mangel an Arbeitskräften besteht und auch das Material infolge der Transportschwierigkeiten nicht immer schnell herbeigeschafft werden kann. Einstweilen werden einfache Notbauten aufgeführt.

Neues Wiener Tagblatt 18/II. 1916
Das Patenkind der Stadt Wien. 191

III

zu deren Herstellung die geschädigten Bewohner auf Grund der von ihnen beigebrachten Holzberechnungen vom Kriegshilfsausschußbureau die notwendigen Bescheinungen über die Bezahlung des Holzes aus der Vorentschädigung erhalten. Mit diesen Bescheinigungen können sie sich an jede beliebige Schneidemühle, die an die Baustoffgesellschaft angeschlossen ist, wenden. Die Schneidemühlen erhalten dann vom Bureau aus die Bezahlung. Auch Maschinen, Vieh, Pferde und Geflügel sind den Bewohnern durch Vermittlung des Landratsamtes und der Landwirtschaftskammer beschafft worden.

Trotz der schweren Not hat die Bevölkerung auch ihrerseits zur Linderung der allgemeinen Lage beigetragen. Insbesondere sind in verschiedenen Ortschaften und in der Stadt Ortelsburg ohne amtliche Anregung Sammlungen für die Truppen und Kriegsblinden mit gutem Erfolg vorgenommen worden. Die Bevölkerung ist bis auf wenige Ausnahmen vollständig zurückgekehrt. Schon am 1. Dezember 1914, also kaum vier Monate nach der Vertreibung der Russen aus dem Norden des Kreises, konnte die Arbeit der Behörden bis in alle Einzelheiten ordnungsgemäß stattfinden, während der ganze südliche Teil des Kreises sich noch in russischer Hand befand und die ersten russischen Patrouillen sich nur etwa drei Kilometer von Ortelsburg befanden. Interessant ist auch noch, daß am 7. Februar 1915 vom Generalkommando des 20. Armeekorps der Befehl erging, innerhalb zwölf Stunden die Chaussee von Ortelsburg nach Friedrichshofen-Fürstenwalde wegen Glatteises in voller Ausdehnung mit Sand und Erde zu bestreuen. Wider alles Erwarten und trotz des hohen Schnees gelang es, die 60 Kilometer lange Strecke pünktlich in der befohlenen Weise gangbar zu machen.

Der Hindenburgforst bei Ortelsburg.

Für die Belebung und den Wiederaufbau der östlichen Marken erscheint seit mehreren Monaten in Berlin eine Zeitschrift, „Ostpreußenhilfe" betitelt. Derselben entnehmen wir, daß in der Nähe von Ortelsburg ein Kreiswald „Hindenburgforst" genannt wurde, der vom Kreistag unter der Leitung des Landrates v. Poser angekauft und durch Arrondierungen vergrößert wurde, um allen Bewohnern des Kreises Ortelsburg einen Versammlungsplatz zu bieten, an dem gemeinsame patriotische Feiern abgehalten werden, um so das Gefühl der Zusammengehörigkeit, das sich in der Not so glänzend bewährte, zu erhalten und zu fördern. Der „Hindenburgforst" wird mehr als jeder Denkstein aus Granit oder Erz ein dauerndes Erinnerungsmal bilden und schon durch seinen Namen in spätesten Zeiten an die Ereignisse des Jahres 1914 erinnern.

Die Größe der Zerstörung der Stadt Ortelsburg veranschaulicht ein Album von zwölf Lichtbildern, welche Herr Landrat v. Poser seinen Berichten anschloß.

Wien und Berlin.

Die Patenstadt für den Kreis Ortelsburg ist Berlin, die Patenstadt für die Stadt Ortelsburg ist Wien. Die beiden Hauptstädte der verbündeten Reiche werden ihren Teil dazu beitragen, daß Kreis und Stadt Ortelsburg bald wieder zu neuer Blüte erwachsen werden.

* *

Neues Wiener Tagblatt
18./II. 1916

192

Budapest für Gerdauen.

Budapest, 17. Februar. (Privattelegramm.) Wie die „Bud. Korr." erfährt, erhielt der Präsident der Landeskommission für den Wiederaufbau kriegszerstörter Heimstätten Graf Khuen-Hedervary heute folgende Telegramme:

„Tief gerührt durch die hochherzige Entschließung der ungarischen Landeskommission, für den Wiederaufbau kriegszerstörter Heimstatten die Patenschaft über die Stadt Gerdauen zu übernehmen, sprechen wir Euer Exzellenz als Präsidenten der Landeskommission unsern innigsten und begeistertsten Dank aus. Wir wissen es wohl zu würdigen und sind besonders stolz darauf, daß gerade die ungarische Ostpreußenhilfe unsrer Stadt zuteil werden wird. Euer Exzellenz ganz ergebenst

Landrat Freiherr v. Braun,
Bürgermeister Plevka,
Stadtverordnetenvorsteher Justizrat Leidreiter."

Ein nicht minder herzliches Telegramm sandte Freiherr v. Lüdinghausen als geschäftsführender Vorsitzender der Ostpreußenhilfe und Vorsitzender des Kriegshilfevereines Berlin-Wilmersdorf für Gerdauen.

Fremdenblatt
19. II. 1916

193

Die Patenschaft Berlins für das zerstörte Görz.

Wie bekannt, hat die Stadt Berlin die Patenschaft für den Wiederaufbau der von den treulosen italienischen „Bundesgenossen" zerstörten Stadt Görz übernommen. Aus diesem Anlasse wurden folgende Depeschen gewechselt:

Oberbürgermeister Dr. v. Wermuth telegraphierte an den Landesausschuß der gefürsteten Grafschaft Görz, Gradiska, zuhanden des Landeshauptmannes Doktor Faidutti:

„Wie unsere beiden Völker gegen den gemeinsamen Feind treu Seite an Seite stehen in der Wehr, so sollten sie sich nun auch brüderlich die Hand reichen für das neue Ziel, die tiefen Kriegswunden zu lindern und zu heilen, aus innigem Mitgefühl die betroffenen Landesteile mit zuversichtlichem Trost erfüllen und die tausendfachen Bande unserer Völker nur noch enger schlingen. Wir deutscherseits werden unserem Anteil an den Geschicken der österreichisch-ungarischen Grenzlande, insbesondere des am schwersten geschlagenen Görz, in warmherziger Weise durch ein besonderes Liebeswerk Ausdruck verleihen.

Oberbürgermeister Wermuth."

Die Depesche beantwortete Landeshauptmann Doktor Faidutti mit folgendem Telegramm an Exzellenz Oberbürgermeister Dr. v. Wermuth, Berlin:

„Der Landesausschuß der gefürsteten Grafschaft Görz-Gradiska erlaubt sich, Eurer Exzellenz für die bundesbrüderlicher Gesinnung entspringende, hochedle Anregung der Kriegspatenschaft der Stadt Berlin zum Wiederaufbau der durch den treubrüchigen Feind zerstörten Stadt Görz den tiefgefühltesten Dank auszusprechen. Die Nachricht hievon wird nicht nur von den unglücklichen Einwohnern der Stadt Görz, sondern von der Bevölkerung der ganzen Provinz Görz-Gradiska mit größter Freude und aufrichtigster Dankbarkeit aufgenommen werden.

Dr. Faidutti, Landeshauptmann."

Neues Wiener Tagblatt
21. II. 1916

194

Budapester Kriegspatenschaft von Gerdauen.

Budapest, 20. Februar. (Meldung des Ungarischen Telegraphen-Korrespondenzbureaus.) An die Hauptstadt ist heute aus Gerdauen folgendes Telegramm eingetroffen: „An den hauptstädtischen Magistrat der Stadt Budapest. Durch Zeitungsnachrichten darüber unterrichtet, daß der hauptstädtische Magistrat der Stadt Budapest beschlossen hat, der städtischen Generalversammlung den Antrag zu unterbreiten, 50.000 K zum Wiederaufbau unsrer schwer zerstörten Stadt Gerdauen zu bewilligen, gestatten wir uns, für diesen Beweis hochherziger bundestreuer Gesinnung dem Magistrat der herrlichen Haupt- und Residenzstadt von Ungarn unsern tiefstgefühlten Dank zum Ausdruck zu bringen. Mit treuem bundesbrüderlichem Gruß namens des Magistrates und der Stadtverordneten von Gerdauen Bürgermeister Plewka."

Reichspost

23. II. 1916

145

Der Dank Ortelsburgs an Wien.

(Eigenbericht der „Reichspost".)

Ortelsburg, 22. Februar.

An Bürgermeister Dr. Weisskirchner ging heute folgende künstlerisch ausgestattete Adresse ab:

Die Kunde, daß in der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien sich auf Anregung Euerer Exzellenz ein Kriegshilfsverein gebildet hat, der Mitpatenschaft für unsere von den Russen besonders schwer heimgesuchte Stadt übernehmen will, hat in der hiesigen Bevölkerung hohe Begeisterung und herzliche Freude hervorgerufen. Euerer Exzellenz verfehlen wir nicht, für diesen Beweis treuer Bundesbruderschaft tief empfundenen Dank zum Ausdruck zu bringen. Wir sind stolz und dankbar zugleich, daß die Hilfsbereitschaft der österreichischen Reichshaupt- und Residenzstadt gerade unserer Stadt zugute kommen soll und werden dafür Sorge tragen, daß der Dank für die edelmütige Hilfe in schwerer Zeit in den Herzen unserer Kinder und Enkel unvergängliche Wurzeln schlägt.

Magistrat und Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt Ortelsburg.

Fremdenblatt
25. II. 1916

Die Kriegspatenschaft Berlins zum Wiederaufbau von Görz.

Landeshauptmann Dr. Faibutti hat an den Bürgermeister Dr. Weiskirchner nachstehendes Schreiben gerichtet: „Im eigenen Namen wie auch im Namen der Landesvertretung der gefürsteten Grafschaft Görz-Gradiska beehre ich mich, Euerer Exzellenz für die bei dem Oberbürgermeister der Reichshauptstadt Berlin Exzellenz Dr. v. Wermuth angeregte Aktion der Kriegspatenschaft der Stadt Berlin zum Wiederaufbaue der durch den treubrüchigen Feind zerstörten Stadt Görz den wärmsten Dank auszusprechen. Euere Exzellenz können versichert sein, daß nicht nur die unglücklichen Bewohner der Stadt Görz, sondern auch die ganze Bevölkerung unserer Provinz Euerer Exzellenz hiefür zum aufrichtigen Danke sich verpflichtet fühlen wird und daß diese Aktion die schon bestehenden freundschaftlichen Bande zwischen der ges. Grafschaft Görz-Gradiska und der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien noch inniger verknüpfen wird."

Vize-Bürgermeister Hierhammer eröffnet die Sitzung und bringt folgende Zuschrift zur Kenntnis:

Euere Exzellenz!

Im eigenen Namen wie auch im Namen der Landesvertretung der gefürsteten Grafschaft Görz-Gradisca beehre ich mich, Euerer Exzellenz für die bei dem Ober-Bürgermeister der Reichshauptstadt Berlin Exzellenz Dr. v. Wermuth angeregte Aktion der Kriegspatenschaft der Stadt Berlin zum Wiederaufbaue der durch den treubrüchigen Feind zerstörten Stadt Görz den wärmsten Dank auszusprechen.

Euere Exzellenz können versichert sein, daß sich nicht nur die unglücklichen Bewohner der Stadt Görz, sondern auch die ganze Bevölkerung unserer Provinz Euerer Exzellenz hiefür zum aufrichtigsten Dank verpflichtet fühlen wird, und daß diese Aktion die schon bestehenden freundschaftlichen Bande zwischen der gefürsteten Grafschaft Görz-Gradisca und der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien noch inniger verknüpfen wird.

Genehmigen Euere Exzellenz den Ausdruck der vorzüglichsten Hochachtung

Von Euerer Exzellenz
ergebenstem
Dr. Faidutti m. p.,
Landeshauptmann.

Reichspost

8. III. 1916

198

In Wiens ostpreußischer Patenstadt.

(Eigenbericht der „Reichspost".)

Ortelsburg, Februar 1916.

Am frühen Morgen brachte mich ein Bummelzug — bessere gibt es auf den ostpreußischen Nebenstrecken nun einmal nicht — aus der Regierungshauptstadt Allenstein nach Ortelsburg. Die Fahrt ging zunächst durch den südlichen Zipfel des katholischen Ermlandes, um dann ein gutes Stück durch Masuren zu führen, durch jene bisher so sehr verkannten Landstriche des südlichen Ostpreußens, deren heuriges Schicksal erst jene allgemeine Aufmerksamkeit auf diesen Erdenwinkel lenken mußte, die er auch schon früher verdient hätte. Fürwahr, Masuren ist eine landschaftlich überaus anziehende Gegend in ihrem lebendigen Wechsel von Feld und Wasser und Wald. Aus der leichten Schneedecke, die sich heute über die Landschaft breitet, treten die leicht geschwungenen Umrisse der flachen Hügel hervor, die das Land in mannigfacher, immer wechselnder Folge durchziehen.

Ortelsburg! Wenn man mit den wenigen Reisenden die Bahnhofsstraße entlang schreitet, ist man zunächst angenehm enttäuscht: statt der erwarteten Trümmerreihen von Vorgärten eingeschlossene Häuser, die keine Beschädigung erkennen lassen.

Eine Straßenecke und nach wenigen Schritten das erste Anzeichen von den Schreckensbildern, die sich mir noch bieten sollten: Das Lehrerseminar, ein stattlicher, weitläufiger Bau, völlig ausgebrannt. Nur die kahlen, rauchgeschwärzten Mauern ragen als ein mahnendes Menetekel empor. Durch die leeren Fenster blickt man in die trostlose Leere des Gebäudes. Im weiten Vorgarten ist ein blitzsauberes „Soldatenheim" aus Holz erbaut. Mit seinen blanken Fenstern mit den hübschen Gardinen liegt es wie eine Idylle inmitten der allgemeinen Zerstörung. Nach wenigen Schritten steht man vor dem großen Zerstörungsgebiet in der Mitte der vordem so aufblühenden Stadt. Ein weites, weites Trümmerfeld, in dem sich die Querstraßen deutlich abzeichnen. Alle Gebäude sind vernichtet. Nur die nackten Wände, die meist kaum das obere Stockwerk erreichen. In den Trümmern, deren Grauen durch den sie einhüllenden Schnee gemildert, wenn auch nicht aufgehoben wird, arbeiten überall russische Gefangene. Sie müssen helfen, die von ihren Kameraden angerichteten Greuel wieder gut zu machen. An beiden Seiten der Straßen sind in langen hohen Reihen die aus den Trümmerstätten ausgelesenen Ziegelsteine aufgestapelt. Sie werden von hölzernen Notbauten abgelöst, die auf den Trümmern der Heimstätten erbaut sind und dem notdürftigsten Geschäftsverkehre dienen.

Heute ist Wochenmarkt. Zwischen den Reihen von Mauersteinen stehen die Verkäufer. Drängen sich die masurischen Bauern, deren dem Polnischen nahestehende Sprache allenthalben an mein Ohr dringt. Unbekümmert um das Schreckensbild, in dem sie sich bewegen, gehen sie ihren Geschäften nach. Die struppigen masurischen Pferdchen stehen in der Winterkälte stundenlang neben den niedrigen leichten Kastenwagen mit den kleinen Rädern, denen man in Ostpreußen häufig begegnet. Mögen auch die Einwohner durch die Gewohnheit abgestumpft sein, so glaube ich doch den Eindruck gewonnen zu haben, als ob das Leben in Ortelsburg sich doch etwas gedämpfter, ruhiger abwickle, als in anderen ostpreußischen Kleinstädten. Die Last der Sorgen, die oft äußerst einfachen Unterkunftsstätten, der quälende Eindruck der Zerstörung haben doch den zähen masurischen Menschenschlag etwas niederzustimmen, aber nicht niederzubrechen vermocht.

An dem zerstörten Stadtkern reihen sich die durch das Artilleriefeuer stark mitgenommenen Straßenzüge, in denen aber wenigstens das eine oder andere Haus der Vernichtung entgangen ist.

Diese ersten Eindrücke wurden durch die Angaben, die mir sodann der Landrat des Kreises Ortelsburg, Herr von Poser, und später der Bürgermeister seiner Kreisstadt, Herr Mey, in liebenswürdiger Weise machten, in das richtige Licht gerückt. Herr von Poser, der mich in dem zum Teil mit den neuen geschmackvollen Möbeln der Münchener Ostpreußenhilfe ausgestatteten Landratsamt empfing, gab mir einen Ueberblick über die Lage des wirtschaftlichen Hinterlandes der Stadt Ortelsburg, das sich im wesentlichen mit dem von ihm verwalteten Kreise deckt, der mit seinen 170.000 Hektar dem Flächeninhalt nach in Ostpreußen an erster und in Preußen an elfter Stelle steht, dabei aber nur 70.000 Einwohner, einschließlich der 10.000 Bürger von Ortelsburg zählt. Der Kreis ist einer der ärmsten Kreise Preußens. Der Großgrundbesitz ist in ihm überhaupt nicht lebensfähig. Im Süden des Kreises, an der ehemaligen Grenze gegen Rußland, ziehen sich weite unbebaute Wiesenflächen (ungefähr 20.000 Hektar) hin, deren Melioration vordem zwecklos war, weil die Vorflut nach Rußland zum Narewfluß geht und Rußland seinerseits nichts zur Entwässerung des russischen Grenzstreifens unternahm. Bei der zu einem intensiven Ackerbau weniger geeigneten sandigen Bodenbeschaffenheit verspricht man sich durch die Urbarmachung jenes Wiesengebietes eine bedeutende Hebung der Viehzucht.

Die Bevölkerung des Kreises besteht zum überwiegenden Teile aus Masuren, die ihrer Sprache nach Polen sind, von diesen aber durch ihre Konfession sich unterscheiden: sie sind Protestanten. Nur der Norden des Kreises greift noch in das katholische Ermland hinein. Mit besonderem Stolze betonte Herr von Poser, daß sich die Bevölkerung ausgezeichnet gehalten habe. Trotz der überaus schwierigen Lage, in der das Land sich befand, ist die Ackerbestellung für 1915 vollständig vorgenommen worden. Zur Erinnerung an die Kriegszeiten des Kreises ist ein großes Forstgelände angekauft, um als „Hindenburgforst" kommenden Geschlechtern eine Erinnerung zu sein an die Kriegszeit. Das hochherzige Angebot der Stadt Wien, das ganz überraschend wirkte, hat naturgemäß allenthalben große Freude und aufrichtigen Dank ausgelöst. Man erhofft von der hilfsbereiten Unterstützung durch die schöne Donaustadt dauernde, in bessere Zeiten führende freundschaftliche Verbindungen. Und das Schwarz-Gelb der österreichischen Fahnen, die Landrat von Poser für das Kreishaus beschafft hat, sollen das Symbol für die treue Bundesbruderschaft von Wien und Ortelsburg sein.

Im Gegensatz zu dem flachen Lande, auf dem der Wiederaufbau bereits sehr weit fortgeschritten ist — das völlig zerstörte Dorf Plohsen in Ortelsburgs Nähe ist zum größten Teil wieder aufgebaut — sind in der Stadt Ortelsburg die Arbeiten nur an einzelnen Stellen aufgenommen.

Das Rathaus der Stadt Ortelsburg sieht eher einem behäbigen Bürgerhause aus der Barockzeit ähnlich als einem Verwaltungsgebäude. Es liegt hinter den hohen Bäumen einer Gartenanlage halb verborgen, die den Hintergrund für das seltsamerweise erhaltene Kriegerdenkmal abgeben. Wie mir Herr Bürgermeister Mey, der seit langen Jahren an der Spitze des städtischen Gemeinwesens steht, erzählte, war das jetzige Rathaus ursprünglich als Wohnhaus gedacht und wurde erst später seiner jetzigen Bestimmung zugeführt. Natürlich sind die Räume für die Verwaltung der aufblühenden Stadt viel zu klein, so daß schon früher einzelne Dienstzweige anderwärts untergebracht werden mußten. Hier böte sich — wenn Wiens Hilfe nun einmal ein monumentales Bauwerk erstehen lassen will — eine dankbare Aufgabe in der Schaffung eines neuen Rathauses.

In der Nähe des Rathauses liegt abseits die ehemalige Ordensburg, heute ein simpler Wirtschaftshof. Im Innenraume findet eben für die darin untergebrachten russischen Gefangenen Löhnungsappell statt. Der Kommandant des Gefangenenlagers, der sich als ein mitteldeutscher Kollege von der Feder entpuppt, gibt mir einen deutschen Wolgakolonisten als Führer mit und so schreiten wir durch die wenigen Säle, deren zwei Meter dicke Mauern und mächtiges Gebälk die einzigen Reste an verschwundener Pracht darstellen. Im Abenddämmern schleppte mich mein Führer noch an den einstigen Wallgraben, der die Burg von drei Seiten umgab. Es ist sehr wenig von der Burg übrig geblieben, die der Ordenskomtur Ortolf von Trier (der von 1349 bis 1372 in Elbing residierte) erbaut hat. Im polnischen Kriege mit dem Ritterorden wurde das feste Schloß von den Polen eingenommen und niedergebrannt, dann wieder aufgebaut. Architektonisch bietet sie kaum Bemerkenswertes. Aber die alten Mauern haben auch glänzendere Zeiten gesehen. So, als der letzte Hochmeister des Ordens, Albrecht von Hohenzollern, mit seinem ganzen Hofstaat von Königsberg nach Ortelsburg übersiedelte, weil in der Pregelstadt die „kalte Krankheit" herrschte. Sogar sein Theater hatte der Fürst mitgebracht. Alle preußischen Könige, mit Ausnahme Friedrichs des Großen, Friedrichs III. und des jetzigen Kaisers, haben in Ortelsburg geweilt, das auch im Unglücksjahr 1806 der Königin Luise auf der Flucht nach Memel für einige Wochen Obdach bot.

Bürgermeister Mey drückte seine große Freude über das Angebot der Stadt Wien aus und bezeichnete es als große Ehre für ihn, daß gerade die Reichshauptstädte der verbündeten Mittelmächte seiner Stadt helfen wollten. In den letzten Jahrzehnten vor dem Kriege hatte Ortelsburg einen für eine masurische Landstadt recht bedeutenden Aufschwung genommen. Die Einwohnerzahl, die im Jahre 1850 noch 1600 betragen hatten, stieg auf rund 10.000. Und die städtischen Wirtschaftsanstalten, Gasanstalt, Wasserwerk, Schlachthof und Kühlanlagen, durch die mich der Bürgermeister mit berechtigtem Stolze führte, machten durchaus nicht den Eindruck, daß man es mit einem stagnierenden Kleinstädtchen zu tun hätte. Durch eine umfassende kommunale Bodenpolitik hat die Stadt auch Einfluß auf den Bebauungsplan gewonnen und „Ortelsburg-West" wird in absehbarer Zeit eine anziehende, von dem Grün des Stadtparks eingefaßte Villenkolonie werden. In der Nähe der Stadt hat die Ostpreußische Landgesellschaft ein 800 Morgen großes Gut angekauft, um es in 60 Kleinsiedlungen aufzuteilen, von denen bereits 20 fertiggestellt sind.

Daß diese Arbeiten, die durch den Krieg und dann durch die Zerstörung des größten Teils der Stadt naturgemäß in Stockung geraten sind, auch weiter fortgeführt werden, dafür bürgt neben der masurischen Zähigkeit die edle Hilfsbereitschaft von Berlin und Wien.

Reinhold Heiner.

Fremdenblatt 9. III. 1916

1099

Der Wiederaufbau der durch den Krieg zerstörten Gebiete.

Im Festsaale des Industriehauses am Schwarzenbergplatz versammelten sich gestern die Vertreter der industriellen, gewerblichen, technischen und künstlerischen Korporationen Wiens, um die neuerdings über die bei den maßgebenden Faktoren in Angelegenheit des Wiederaufbaues der durch den Krieg zerstörten Gebiete zu unternehmenden Schritte zu beraten. Die Versammlung, bei welcher der Vorsitzende Oberbaurat Fellner Herrn Erzherzog Leopold Salvator sowie Vertreter der Ministerien und der Statthalterei begrüßen konnte, war außerordentlich zahlreich besucht. Der Vorsitzende erstattete zunächst einen kurzen Bericht über die erste Versammlung sowie über die seither unternommenen Schritte und bat sodann die beiden in die zerstörten Gebiete Galiziens entsandten Delegierten Oberbaurat Professor Bach und Oberbaurat Engelmann, ihre Referate zu erstatten.

Professor Bach berichtete zunächst über den Umfang der in den bereisten Gebieten angerichteten Zerstörungen und teilte mit, daß der Schaden — soweit sich ein solcher feststellen ließ — in 110 Städten und 1267 Dörfern rund 200.000 zerstörte Gebäude betrage, wobei namentlich der Großgrundbesitz in hervorragendem Maße betroffen wurde. Er bezifferte die für den Wiederaufbau notwendigen Aufwendungen auf 1½ bis 2 Milliarden Kronen. Er wies auf die Notwendigkeit hin, das darniederliegende Baugewerbe und andere Erwerbszweige des Gesamtstaates bei den Wiederaufbauarbeiten zu berücksichtigen und gab der Hoffnung Ausdruck, daß auch die privaten künstlerischen Kräfte zu diesen großen Arbeiten des Staates herangezogen werden möchten.

Oberbaurat Engelmann gab sodann einen ausführlichen, durch zahlreiche interessante Lichtbilder unterstützten Bericht über die Beobachtungen der Delegierten auf ihrer Reise und würdigte besonders die außerordentlichen Leistungen der Heeresverwaltung in bezug auf den Straßen- und Brückenbau sowie bei Wiederherstellung beschädigter Wohngebäude und Errichtung von provisorischen Unterkünften für die obdachlos gewordene Bevölkerung.

Oberbaurat Fellner dankte den beiden Referenten, betonte die Notwendigkeit einer Organisation schon bei den Vorarbeiten für die beim Wiederaufbau zu leistende gewaltige Arbeit und stellte sodann nachfolgende Resolution zur Diskussion:

„Die vereinigten unterzeichneten Korporationen haben durch die Berichte ihrer Delegierten von dem Umfange der großen Zerstörung auf den Kriegsgebieten Kenntnis erhalten und sind unter Berücksichtigung dieser Feststellungen erneut zur Erkenntnis gekommen:

Daß die einheimischen Kräfte der zerstörten Gebiete die umfangreichen Wiederaufbauarbeiten allein überhaupt nicht, gewiß aber nicht einwandfrei durchführen können, sondern daß hiezu die Mitwirkung der gesamten technischen, industriellen und gewerblichen Kreise des Reiches unbedingt erforderlich ist;

daß diese Mitwirkung auch aus künstlerischen, hygienischen und ökonomischen Rücksichten unbedingt nötig erscheint, um ein der Neuzeit entsprechendes befriedigendes Resultat zu erzielen;

daß es unbedingt nötig sei, den verschiedenvölklichen Siedelungen des Landes in besonderer Weise die Fürsorge angedeihen zu lassen, damit diesen die charakteristische Eigenart bewahrt bleibe.

Um all das Vorgeschilderte zu erreichen, stellen die hier versammelten Korporationen an die hohe Regierung die ergebene Bitte, die von Seite des hohen Arbeitsministeriums in Aussicht gestellte Enquête sofort einzuberufen, damit den Vertretern der gefertigten Korporationen Gelegenheit geboten werde, ihre Wünsche und Ratschläge in künstlerischer, praktischer und ökonomischer Beziehung noch rechtzeitig vorbringen zu können."

Nachdem Oberbaurat Helmer namens der Künstlerschaft und Architekt Baumeister Schmidt im Sinne der Resolution gesprochen hatten, wurde diese einstimmig angenommen. Der Vorsitzende dankte zum Schlusse dem Herrn Erzherzog für das Interesse, das er durch seine Teilnahme an der Versammlung für die von derselben vertretenen Bestrebungen bewiesen habe und ebenso den erschienenen Vertretern der Ministerien.

Fremdenblatt

10. VIII. 1916

200

(Die Kriegspatenschaft Wiens zum Wiederaufbau von Ortelsburg.) Namens des Magistrates und der Stadtverordnetenversammlung von Ortelsburg hat Bürgermeister Mey an Bürgermeister Dr. Weiskirchner nachstehendes Telegramm gerichtet: „Die nach Uebernahme der Kriegspatenschaft zum ersten Male tagende Stadtverordnetenversammlung übermittelt Eurer Exzellenz und den hochverehrten Mitgliedern des städtischen Parlaments von Wien in wärmster Dankbarkeit bundesbrüderlichen Gruß."

Fremdenblatt
12. III. 1916

201

Der Wiederaufbau Ostpreußens.

Telegramme Kaiser Wilhelms und Hindenburgs.

K. Königsberg i. P., 11. März. Auf die vom 14. Provinzial-Landtag der Provinz Ostpreußen an Kaiser Wilhelm und den General-Feldmarschall v. Hindenburg gerichteten Telegramme sind zu Händen des Vorsitzenden Fürsten Dohna-Schlobitten nachstehende Drahtantworten eingegangen:

„Großes Hauptquartier Oberost, 8. März. Dem Provinzial-Landtag Ostpreußens meinen herzlichen Dank für den treuen Gruß und meine wärmsten Wünsche für den guten Fortgang des Wiederaufbaues der feindlicher Zerstörungswut zum Opfer gefallenen Städte und Dörfer.

Wilhelm R."

„Hauptquartier Oberost, 8. März. Eurer Durchlaucht und dem Provinzial-Landtag Ostpreußens danke ich herzlichst für gütiges Meingedenken. Wir werden hier draußen weiter unsere Schuldigkeit tun, damit die schwergeprüfte Heimatsprovinz in rastloser Arbeit ihrer wetterharten, sturmerprobten Bewohner unter Gottes Segen neu aufblühen und sich eines ehrenvollen Friedens erfreuen kann.

Feldmarschall v. Hindenburg."

Neue Freie Presse

Abendbl. 15. Mai 1916

204

Die Kriegspatenschaft der Stadt Wien für die ostpreußische Stadt Ortelsburg.

Konstituierung des Kriegshilfevereines Wien für Ortelsburg.

Wien, 15. März.

Unter sehr zahlreicher Beteiligung aus allen Gesellschaftskreisen fand gestern im Gemeinderatssitzungssaale die konstituierende Generalversammlung des Kriegshilfevereines Wien für Ortelsburg statt.

Die Versammlungsteilnehmer.

Unter den Erschienenen bemerkte man den deutschen Botschafter v. Tschirschky, Minister des Innern Prinzen Hohenlohe, Statthalter Freiherrn v. Bleyleben, die Ehrenbürger Johann Graf Wilczek und Minister a. D. Dr. v. Wittek, Minister a. D. Dr. Klein, Landeshauptmann von Görz und Gradiska Monsignore Dr. Faidutti, Polizeipräsidenten Freiherrn v. Gorup, Lloydpräsidenten Dr. v. Derschatta, Schottenabt Opitz, Grafen Kuefstein, Sektionschef Müller vom Ministerium für öffentliche Arbeiten, Präsidenten des evangelischen Oberkirchenrates Dr. Haase, die Vizebürgermeister Hierhammer, Hoß und Rain, Oberkurator Steiner, zahlreiche Gemeinderäte und Bezirksvorsteher, die Rektoren Dr. Menzel (Universität), Dr. Jaeger (Technische Hochschule), Dr. Hecke (Hochschule für Bodenkultur), Dr. Günther (Tierärztliche Hochschule), Hofrat Professor Dr. Horst Meyer, Obmann des Deutschen Nationalverbandes Dr. Groß, Präsidenten des Gewerbeförderungsamtes Dr. Adolf Vetter mit dem Hofrat Kunze, Präsidenten des Triester Gewerbeförderungsinstituts Brunner, Präsidenten des Kuratoriums des Gewerbeförderungsinstituts in Görz Bisiach, Ministerialrat Wilhelm Haas, ferner Rektor der Akademie der bildenden Künste Professor Bacher, Präsidenten der Genossenschaft der bildenden Künstler Darnaut mit Vorstandstellvertreter Ranzoni, Präsidenten des Kunstgewerbevereines Kommerzialrat Ermer, Obmann Keller des Künstlerbundes „Hagen", Präsidenten der Gesellschaft österreichischer Architekten Oerley, Vorstand des Dürer-Bundes Götzinger, Präsidenten des Wiener Konzertvereines Thonet, Präsidenten des Wiener Sängerhausvereines Freiherrn v. Eger, Präsidenten des Journalisten- und Schriftstellervereines „Concordia" Dr. Ehrlich, Präsidenten der Schriftstellergenossenschaft Chefredakteur Puchstein, Herausgeber des „Neuen Wiener Tagblattes" Wilhelm Singer, Schriftsteller Kalbeck, Baron Friebeiß, Präsidenten des Bundes der Industriellen Kommerzialrat Vetter, Direktor Hochstetter (Soda-Werke), Prokurist Dr. Miesler (Siemens & Halske), Prokurist Swoboda (Siemens-Schuckert-Werke), Direktor Köbel (Nesselsdorfer Waggonfabrik), kaiserlichen Rat Oskar Berl; aus Finanzkreisen Vizepräsidenten Otto v. Seybel (Länderbank), Direktor Kuranda (Wiener Bankverein), Präsidenten Doktor Landesberger (Anglo-Oesterreichische Bank), Präsidenten Doktor Brettauer („Mercur"), kaiserlichen Rat Stiebitz (Erste österreichische Sparkasse), Großindustriellen Theodor v. Auspitz, Hugo v. Noot, Präsidenten des Gewerbevereines Schiel, Hoflieferanten kaiserlichen Rat Julius Neumann, Juwelier Köchert, die Konsuln Dr. Vivenot und Kraus, Dr. Schneider Ritter v. Ernstheim, Präsidenten der israelitischen Kultusgemeinde Dr. Stern, Generalsekretär Dr. Giannoni, Magistratsdirektor Dr. Nüchtern, Obermagistratsrat Dr. Doni, Baudirektor Goldemund, Oberbaurat Trnka, in Vertretung des Verbandes der Wiener Gesangvereine Magistratsrat Schaufler und verschiedene andere.

Auf der Galerie hatten sich zahlreiche Damen eingefunden.

Der Bericht des Bürgermeisters.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner eröffnete die Versammlung mit einer Ansprache, in der er zunächst die Entstehungsgeschichte der Aktion und die Maßnahmen zur Durchführung der Idee darlegte und dann fortfuhr: Es wurden die Statuten für einen Kriegshilfeverein entworfen, von der Landesstelle bescheinigt, ich verständigte von meinen Absichten meine Kollegen in Berlin und Budapest, und in wenigen Wochen war ein neuer schwesterlicher Städtebund beschlossen, dessen Inhalt durch die drei Worte Ortelsburg, Gerdauen und Görz gekennzeichnet ist. Heute können wir bereits zur Konstituierung des Wiener Kriegshilfevereines für Ortelsburg schreiten. Eine Symphonie der Nächstenliebe, des Mitleides und deutscher Treue, der Gleichklang der Herzen hat eine hochansehnliche Versammlung in den Saal des Rathauses geleitet, hohe Paten und gütige Gönner stehen an der Wiege des neuen Vereines.

Die Blicke unserer Liebe und unseres Mitleides schauen heute auf die kampfdurchwühlten Gefilde Ostpreußens und zur zerstörten Kreisstadt Ortelsburg. Ein wunderbarer und erhebender Gedanke ist es, daß wir der unbekannten Stadt unsere Herzen öffnen, daß wir ihre Bewohner in unsere Arme schließen möchten, als wären sie die geretteten Söhne unseres eigenen Vaterlandes. Die geheimnisvolle Macht gleichen Stammes und gleichen Blutes zwingt uns zueinander, aber es zwingt uns auch deutsche Art und deutsches Wesen und vor allem die im heldemütigen Kampfe tausendfältig bewährte Treue zweier Reiche und ihrer erhabenen Monarchen. Die Herzensgemeinschaft von der Nordsee bis zur Adria kann nur gefestigt und inniger, sie darf aber niemals gelockert werden, darum ist Wien die Kriegspatin von Ortelsburg geworden.

Hochverehrte Damen und Herren! Das Angebinde, welches ich und die Wiener dem neuen Kinde in die Wiege legen können, ist groß. Vor der Konstituierung sind bereits dem Kriegshilfevereine Wien für Ortelsburg 42 Stifter mit zusammen 58.000 K., 92 Mitglieder mit 2805 K. und acht Spender mit 1320 K., die Gemeinde Wien zufolge Stadtratsbeschlusses mit 50.000 K. beigetreten. Das Kind besitzt bereits über 100.000 K., es mögen die weiteren Tausende folgen. Ich erkläre die erste konstituierende Versammlung unseres Kriegshilfevereines für eröffnet.

Ansprache des Polizeipräsidenten von Berlin-Schöneberg.

Polizeipräsident von Berlin-Schöneberg Freiherr v. Lüdinghausen, mit stürmischem Beifall begrüßt, erklärte, er sei sehr gerne dem Rufe, in Wien einen Vortrag über Ostpreußenhilfe zu halten, gefolgt, gelte doch allen Reichsdeutschen die Kaiserstadt an der Donau als die schönste, die lebensfroheste und die liebenswürdigste aller deutschen Städte. Durch den Krieg sind die engen Bande des Volkstums und der gegenseitigen herzlichen Sympathie noch fester gekettet worden durch die Schulter an Schulter erkämpften Siege und durch das gemeinsam vergossene Blut für die hehre Sache.

Es sei ein erhebender Gedanke, daß der Verbrüderung auf dem Schlachtfelde nicht bloß eine Fortsetzung des engen politischen Bündnisses — das so Gott will, für ewige Zeiten unlöslich sein wird — und einer engeren Wirtschaftsgemeinschaft folgen wird, sondern daß damit auch eine spezielle Aufgabe, die weit in die Zeit des Friedens hinein zu reichen bestimmt ist, zusammenhängt, der Wiederaufbau der durch den Krieg zerstörten Ortschaften Ostpreußens, indem die Stadt Wien die Kriegspatenschaft über Ortelsburg übernimmt, während in Deutschland zugunsten d schwergeprüften österreichischen Stadt Görz Hilfsmaßnahmen vorbereitet werden. Der Redner schloß mit den Worten, daß sich die Stadt Wien mit dem Wiederaufbau von Ortelsburg ein dauerndes und unvergängliches Denkmal nicht nur in dieser Stadt, sondern in Ostpreußen und im ganzen Deutschen Reiche setze.

Der Dank der Stadt Görz.

Landeshauptmann von Görz Monsignore Dr. Faidutti führte aus: Es wird heute jene großzügige Hilfsaktion ins Leben gerufen und in die Wege geleitet, die gleichsam als vergeltende Gegenaktion die Uebernahme der Patenschaft zum Wiederaufbau unserer von dem treulosen Feinde in ohnmächtiger Wut zerstörten Stadt Görz durch die großmütige Verwaltung Berlins, der herrlichen Hauptstadt unseres mächtigen Verbündeten, zur Folge haben wird. Als Landeshauptmann von Görz und Gradiska fühle ich das dringende Bedürfnis, Eurer Exzellenz und allen hochverehrten Anwesenden im Namen der ganzen schwergeprüften gefürsteten Grafschaft Görz-Gradiska für diese in ihren Folgen auch für uns wohltätige Initiative den innigsten Dank zum Ausdruck zu bringen. Wir wollen die Staatszugehörigkeit wärmstens pflegen, wir wollen die eherne Mauer, die jetzt am Isonzo den treulosen Feind zurückdrängt, durch eine Mauer vaterlandsliebender Männer und Frauen ersetzen, die jede Unterwühlung dieser Gemeinsamkeit unmöglich machen wird. Wir wollen unseren nationalen Traditionen unentwegt treu bleiben, aber auch treu bleiben bis zum letzten Atemzuge unserem angestammten Herrscherhause, treu bleiben dem lieben geeinten Vaterlande, treu und dankbar unserer herrlichen Haupt- und Residenzstadt Wien, seinem Bürgermeister, seinen Bewohnern. Möge Habsburgs glorreicher Aar seine mächtigen Schwingen bald wieder über unsere ganze gefürstete Grafschaft breiten, möge uns bald die günstige Gelegenheit geboten werden, zu beweisen, daß wir willens sind, wie im Kriege auch nach dem Kriege Oesterreichs würdige Söhne zu sein und zu bleiben.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner dankt dem Redner für seine so patriotisch bedeutungsvollen Worte und schreitet sodann zur Wahl des Vereinsvorstandes, welcher im Sinne der Statuten aus 9 Mitgliedern zu bestehen habe, und zwar dem jeweiligen Bürgermeister als Ehrenvorsitzenden, 5 von der Gemeinde Wien entsendeten und 4 gewählten Mitgliedern. Als von der Gemeinde Wien entsendete Mitglieder nominiere er: Vizebürgermeister Hoß, Hofrat Dr. Adolf Vetter, Oberkurator Leopold Steiner, Stadtrat Schwer und Baudirektor Goldemund; als von der Versammlung zu wählende Mitglieder schlage er vor: Minister a. D. Doktor Klein, Professor Dr. Horst Meyer, welcher aus Ostpreußen stamme, den Präsidenten des Bundes österreichischer Industrieller Kommerzialrat Heinrich Vetter und den Generalsekretär des Verbandes österreichischer Heimatschutzvereine Dr. Giannoni. Nach dem Besuche und Verlaufe der heutigen glänzenden Versammlung müsse jedoch angenommen werden, daß die Größe des Vorstandes zu gering bemessen sei und es werde sich eine Erweiterung desselben als notwendig erweisen. Die heute vorgeschlagenen Mitglieder des Ausschusses wurden sodann einstimmig genehmigt.

Von der vollzogenen Konstituierung wurden die Gemeindevorstehungen von Ortelsburg und Berlin verständigt und hierauf unter Hochrufen auf den Kaiser die Versammlung geschlossen.

Frankfurter Zeitung
16./III.1916

16
205

Die Wiener Kriegshilfe für Ortelsburg.

Wien, 14. März. Bei der heutigen Begründung des Wiener Kriegshilfevereins für Ortelsburg führte Bürgermeister Weiskirchner in der Eröffnungssprache u. a. aus: Die Herzensgemeinschaft von der Nordsee bis zur Adria kann nur gefestigt und inniger, sie darf aber niemals geleckert werden. Darum ist Wien die Kriegspatin Ortelsburgs geworden. Das Kind besitzt bereits über 100 000 Kronen, mögen weitere Tausende folgen. Wir grüßen in diesem historischen Augenblick die nordische Stadt zum Zeichen, daß sich der Süden des Bundes für immer zum Norden geselle.

Der Polizeipräsident von Berlin-Schöneberg, Freiherr von Luedinghausen, von stürmischem Beifall begrüßt, erörterte die Organisation, die sich mit der Ostpreußenhilfe befaßt und besprach hierbei die Verbesserungen im Neuaufbau in hygienischer und ästhetischer Hinsicht. Er schloß mit den Worten, daß sich die Stadt Wien mit dem Wiederaufbau der Stadt Ortelsburg ein dauerndes unvergängliches Denkmal nicht nur in dieser Stadt, sondern auch in Ostpreußen und im ganzen Deutschen Reiche setze.

Der Landeshauptmann von Görz Monsignore Faidutti dankte im Namen der ganzen schwergeprüften gefürsteten Grafschaft Görz-Gradiska für diese in ihren Folgen auch für die Görzer wohltätige Initiative. Die Kriegsfurie hat in unserem Lande furchtbar gewütet, allein das teilnehmende Gefühl der übrigen Volksstämme Oesterreichs, das Bewußtsein, daß es ein Wiener Herz gibt, gereicht ihnen allen zum beglückenden Trost. Wir wollen und werden allen jenen, die sich unser in der Stunde der Not angenommen, ewig Dank wissen. Wir wollen unsere Staatszugehörigkeit wärmstens pflegen, wir wollen die eherne Mauer, die jetzt am Isonzo den treulosen Feind zurückdrängt durch eine Mauer vaterlandsliebender Männer und Frauen ersetzen, die jede Unterwühlung dieser Gemeinsamkeit unmöglich machen wird.

Nach der Wahl des Vorstandes wurden Telegramme an Bürgermeister Mey (Ortelsburg) und Oberbürgermeister Wermuth (Berlin) abgesandt. Hierauf wurde die Versammlung mit Hochrufen auf Kaiser Wilhelm und Kaiser Franz Josef geschlossen.

*

Der Berliner Oberbürgermeister Wermuth richtete folgendes Telegramm an den Wiener Bürgermeister Weißkirchner:

Rüstig ist die Stadt Wien auf dem Wege eines wechselseitigen Hilfsunternehmens für die zerstörten Grenzprovinzen vorangegangen. Mit großer Freude haben wir die Botschaft vernommen. Der neue warmherzige Beweis bundesbrüderlicher Liebe und Treue, wie er sich in dem jungen Kriegshilfsverein Wien für Ortelsburg darbietet, verbindet uns zu innigstem Danke. Wir sind den Spuren gefolgt. Die Gründung der Schwesterunternehmung für Görz steht vor dem Abschluß. Möge dem Liebeswerk in dem Geiste, in dem es unternommen ist, ein schönes Gelingen beschieden sein. Lebhaft bewegt sendet der schwesterlichen Freundin an der Donau die Reichshauptstadt Berlin ihre Grüße.

Fremdenblatt 16. III. 1916

(**Wiens Kriegshilfe für Ostpreußen.**) Oberbürgermeister von Berlin Dr. Wermuth richtete folgendes Telegramm an den Bürgermeister Dr. Weiskirchner: „Rüstig ist die Stadt Wien auf dem Wege eines wechselseitigen Hilfsunternehmens für die zerstörten Grenzprovinzen vorangegangen. Mit großer Freude haben wir die Botschaft vernommen. Der neue warmherzige Beweis bundesbrüderlicher Liebe und Treue, wie er sich in dem jungen Kriegshilfsverein Wien für Ortelsburg darbietet, verbindet uns zu innigstem Dank. Wir sind den Spuren gefolgt; die Gründung der Schwesterunternehmung für Görz steht vor dem Abschlusse. Möge dem Liebeswerk in dem Geiste, in dem es unternommen ist, ein schönes Gelingen beschieden sein. Lebhaft bewegt, sendet der schwesterlichen Freundin an der Donau die Reichshauptstadt Berlin ihre Grüße."

Wien — Ortelsburg.

214

Den Ausschuß bitte ich, sich nach Schluß der Sitzung in mein Bureau zu bemühen, damit sofort die Konstituierung eingeleitet und die Beratung des Programmes begonnen werden kann.

Ich glaube, daß wir noch die Pflicht zu erfüllen haben, von der Tatsache unserer Konstituierung sowohl die Gemeindevorstehung von Ortelsburg als auch die Vorstehung der Stadt Berlin zu verständigen. Ich habe zwei Telegramme vorbereitet und bitte, dieselben zu verlesen."

Die vom Präsidial-Vorstand Magistratsrat Formanek verlesenen Telegramme haben folgenden Wortlaut:

„Bürgermeister May, Ortelsburg.

In dem Augenblick, da der Kriegshilfsverein Wien für Ortelsburg seine Tätigkeit beginnt, sind alle unsere Gedanken an unser Patenkind gerichtet, dem wir nach unseren besten Kräften beistehen wollen; ihm soll von den reifenden Knospen und Blüten des Wiener Lenzes der schönsten eine gewidmet sein. Möge Ortelsburg dann in neuer Frühlingspracht auferstehen und des rauhen Winters vergessen, mit all seinen Fährnissen und den unholden Gesellen, die ihn begleiteten. In Treuem grüßen wir Ortelsburg und seine Bewohner, unsere Blutsbrüder und Bundesfreunde!"

„Ober-Bürgermeister Dr. Wermuth, Berlin.

Der Kriegshilfeverein Wien für Ortelsburg hat soeben seine konstituierende Sitzung abgehalten und ist glücklich, mitteilen zu können, daß seinem Ziele von den weitesten Kreisen der Bevölkerung die herzlichste Sympathie und werktätige Mithilfe zuteil wird. So dürfen wir mit Berechtigung hoffen, für die Wiederaufrichtung unseres Patenkindes Ortelsburg in entsprechender Weise beitragen und daran mitwirken zu können, daß die Stadt zu neuer Blüte erstehe. Gott schütze Ostpreußen und führe weiter zu Ruhm und Macht des Deutschen Reiches herrliche Hauptstadt Berlin und den Herzensbund unserer beiden Reiche!" (Lebhafter Beifall.)

Bürgermeister Dr. Richard Weiskirchner schritt hierauf mit folgenden Worten zum Schlusse der Sitzung:

„Ich danke nochmals verbindlichst den Vertretern der hohen Regierung, welche in unserer Mitte erschienen sind, ich danke den Vertretern der Wissenschaft, den Vertretern der Finanzwelt und Industrie, den Vertretern der Presse und ich hoffe, das diese Versammlung beitragen wird, ein Werk zu schaffen, daß dem deutschen Volk zu Nutz und Frommen gereicht.

Ich glaube auch, daß wir nicht anders schließen können, als indem wir der Monarchen der beiden verbündeten Reiche gedenken (Die Versammlung erhebt sich), indem Sie mit mir einstimmen in den Ruf: Seine Majestät Kaiser Wilhelm der II. und unser allgeliebter Kaiser Franz Josef I., sie leben hoch!" (Die Versammlung bringt ein dreimal begeistertes Hoch aus.)

* * *

Die Konstituierung des Vorstandes.

Anschließend an die General-Versammlung fand im Empfangssalon des Bürgermeisters die Konstituierung des neu gewählten Vorstandes statt, an welcher auf Einladung des Ehrenvorsitzenden Dr. Weiskirchner auch Botschafter v. Tschirschky und Freiherr v. Lüdinghausen teilnahmen. In die Vereinsleitung wurden gewählt: Zum Vorsitzenden Vize-Bürgermeister Hoß, zu dessen Stellvertreter Hofrat Dr. Hans Horst-Meyer, zum Schriftführer Ministerialrat Dr. Adolf Vetter und zum Schatzmeister Kommerzialrat Heinrich Vetter.

Neue Freie Presse
19/III. 1916

215

Die wirtschaftliche Wiederaufrichtung Galiziens.

Schaffung einer Landeszentrale bei der galizischen Statthalterei.

Wien, 18. März.

In einer morgen in der „Wiener Zeitung" veröffentlichten Mitteilung gibt die Regierung die Schaffung einer Behördenorganisation zur wirtschaftlichen Wiederaufrichtung Galiziens bekannt. Die besondere Organisation, die deshalb eingerichtet wird, weil die mit der Heilung der Kriegsschäden des Landes verbundenen neuartigen Aufgaben im Rahmen der normalen Tätigkeit der Behörden nicht mitgelöst werden können, beruht auf zwei Gedanken: Zentralisation der Gesamtleitung und Heranziehung von Vertretern der Bevölkerung. Zentralbehörde wird eine bei der galizischen Statthalterei eingerichtete Behörde sein, die in drei Abteilungen, Bau-, land- und forstwirtschaftliche und gewerbliche Abteilung, die Durchführung aller Agenden des Wiederaufbaues leiten wird.

Die Landeszentrale wird eine staatliche Behörde sein, jedoch wird — unbeschadet der auf den gesetzlichen Vorschriften beruhenden Zuständigkeiten der autonomen Behörden — eine Zersplitterung der Arbeit dadurch vermieden werden, daß in das Personal der Zentrale auch Beamte der autonomen Landesverwaltung, besonders technisch gebildete, aufgenommen werden sollen. Zur Vertretung der Bevölkerung wird ein Beirat eingesetzt, in den der Landesausschuß sechs, der Statthalter achtzehn Mitglieder aus den beteiligten Berufs- und Interessentenkreisen entsendet. In den Bezirken wird die Arbeit des Wiederaufbaues von den politischen Behörden geleitet. Die gesamte Oeffentlichkeit Oesterreichs wird den Beginn des Wiederaufbaues der vom Feinde zerstörten Gebiete Galiziens mit aufrichtiger Sympathie begrüßen.

Die Mitteilung in der „Wiener Zeitung" lautet:

Durch den Gang der Kriegsereignisse ist Galizien, das der Schauplatz der heldenmütigen Kämpfe unserer Truppen gegen feindliche Uebermacht im Herbst und Winter 1914 und des beispiellosen Siegeszuges der verbündeten Armeen im Frühjahr und Sommer 1915 gewesen ist, schwer geschädigt und seine wirtschaftliche Entwicklung, die gerade in der letzten Zeit vor dem Krieg erfreuliche Ansätze zu einem gedeihlichen Aufschwunge gezeigt hatte, unterbunden worden. Nachdem also der größte Teil des Landes vom Feinde befreit worden war, ergab sich alsbald auch die Notwendigkeit, der militärischen Rückeroberung seine wirtschaftliche Wiederaufrichtung folgen zu lassen, damit die Wunden, welche durch die langen, blutigen Kämpfe und durch die feindliche Invasion dem Lande geschlagen worden sind, wieder geheilt, die Grundlagen der wirtschaftlichen Existenz der Bevölkerung wieder hergestellt und ihr die Bahnen zu erneuertem Wohlstande freigemacht werden.

Die Regierung hat es daher auch als ihre Pflicht ansehen müssen, alles vorzukehren, um die Regenerierung des Landes zu ermöglichen und nach Kräften zu fördern.

Es sind gewiß gewaltige Aufgaben, die hieraus insbesondere auch den staatlichen Behörden im Lande erwachsen — Arbeiten, die den normalen Rahmen ihrer Tätigkeit weit überschreiten. Wenn es sonst im wesentlichen nur Pflicht des Staates und seiner Organe ist, das Bestehende zu verwalten und zu erhalten, das Spiel der sozialen und wirtschaftlichen Kräfte zu regeln und Hemmungen und Störungen der natürlichen Entwicklung hintanzuhalten, so gilt es hier, initiativ einzugreifen und der Bevölkerung mit Rat und Tat an die Hand zu gehen, Zerstörtes wieder aufzubauen, aus dem Schutt und Staube der vernichteten Kulturen neues Leben zu erwecken, Gewerbe, Industrie und Handel in die verlassenen Geleise produktiven Schaffens und Verkehres zurückzuleiten.

Um die Behörden in die Lage zu versetzen, diesen außerordentlichen Anforderungen besser zu genügen, hat die Regierung eine eigene Organisation zur wirtschaftlichen Wiederaufrichtung Galiziens ins Leben gerufen, welche eine einheitliche Leitung und zweckmäßige Durchführung sämtlicher mit der Wiederaufrichtung Galiziens zusammenhängender Agenden gewährleisten soll. Alle diese Agenden werden nämlich in einer eigenen Abteilung der galizischen Statthalterei zusammengefaßt, welche die Bezeichnung „K. k. Statthalterei, Landeszentrale für die wirtschaftliche Wiederaufrichtung Galiziens" führt. Sie gliedert sich nach den drei wichtigsten Zweigen der Wiederaufrichtungsaktion — dem Wiederaufbau zerstörter Städte, Gemeinden und Ortschaften, Kommunikationen, Wasserleitungen usw., der land- und forstwirtschaftlichen Rekultivierung und der Reaktivierung von Gewerbe, Industrie und Handel im Lande — in eine Bau-, eine land- und forstwirtschaftliche und eine gewerbliche, industrielle und kommerzielle Abteilung.

Neben der Durchführung der die Aktion regelnden allgemeinen und organisatorischen Maßnahmen obliegt dieser Landeszentrale auch die Oberleitung und Aufsicht über alle einschlägigen Einzelmaßnahmen, selbstverständlich aber unbeschadet der durch gesetzliche Vorschriften geregelten Zuständigkeit der staatlichen und autonomen Behörden.

Auch in den Bezirken sind zweckmäßige Einrichtungen zur Durchführung der wirtschaftlichen Wiederaufrichtung Galiziens getroffen. Zur Besorgung der den Wiederaufbau der zerstörten Städte, Gemeinden und Ortschaften, Kommunikationen, Wasserleitungen usw. betreffenden Angelegenheiten werden eigene Bauexpposituren geschaffen, deren Sprengel nach Bedarf einen oder mehrere politische Bezirke umfassen. Die Agenden der land- und forstwirtschaftlichen Rekultivierung und der Wiederaufrichtung von Gewerbe, Industrie und Handel in den Bezirken sind Sache der Vorstände der politischen Bezirksbehörden, denen zu diesem Zwecke eigene land- und forstwirtschaftliche, gewerbliche und andere Fachmänner als Hilfsorgane zur Seite gestellt werden. Die Geschäftsführung dieser verschiedenen Einrichtungen und Organe wird durch besondere Instruktionen geregelt werden, die auch ermöglichen sollen, daß sich der Geschäftsgang in allen die Wiederaufrichtungsaktion betreffenden Angelegenheiten auf das einfachste, zweckmäßigste und rascheste abwickeln.

Ebenso wichtig für den angestrebten Erfolg wie diese organisatorischen Bestimmungen ist die Wahl tüchtiger, ihren Aufgaben in jeder Hinsicht gewachsener Personen.

Das erforderliche Personal ist zunächst dem Stande der politischen Behörden, dann der sonstigen staatlichen Behörden Galiziens zu entnehmen; es ist aber auch die Möglichkeit vorgesehen, es durch entsprechend qualifizierte, insbesondere technische Funktionäre der autonomen Landesverwaltung, in den Bezirken überdies auch durch fachlich qualifizierte, gegen Dienstvertrag zu bestellende Privatpersonen zu ergänzen. Insbesondere die Heranziehung von Landesbeamten entspricht der Absicht, den Verkehr mit der autonomen Landesverwaltung möglichst zu erleichtern und zu beschleunigen.

Als beratende Körperschaft steht der Landeszentrale für die wirtschaftliche Wiederaufrichtung Galiziens ein Beirat zur Seite, der sich aus 24 Mitgliedern zusammensetzt; sechs von diesen Mitgliedern delegiert der Landesausschuß, 18 sind vom Statthalter unter Berücksichtigung der beteiligten Berufs- und Interessentenkreise und der nationalen Verhältnisse im Lande zu ernennen. Auch dieser Beirat gliedert sich, wie die Landeszentrale, in drei Sektionen, die eine zur Beratung in den auf den Wiederaufbau zerstörter Städte usw., die zweite in den auf die Wiederaufrichtung der Land- und Forstwirtschaft, die dritte in den auf die Wiederaufrichtung von Gewerbe, Industrie und Handel bezüglichen Angelegenheiten. Der Beirat ist vom Statthalter in den Bedürfnissen angemessenen Zeiträumen einzuberufen. Aus seiner Mitte können noch ständige Ratgeber (beratende Fachorgane) bestellt und den einzelnen Abteilungen der Landeszentrale — und zwar in der Anzahl von höchstens zwei für jede Abteilung — beigegeben werden. Das Organisationsstatut sieht schließlich auch noch die Möglichkeit vor, auch in den Bezirken eigene Beiräte zu bestellen, wenn sich bei Durchführung der Aktion ein unabweisliches Bedürfnis hienach ergeben sollte.

Diese hier nur in aller Kürze dargestellten Verfügungen lassen erkennen, welches Gewicht die Regierung darauf legt, daß die Bestrebungen nach der Rekultivierung Galiziens so rasch und in so weitem Umfang als möglich realisiert werden. Da der neugeschaffenen Organisation alle Grundlagen für ein befriedigendes Funktionieren geboten sind, darf wohl die Hoffnung gehegt werden, daß es ihr gelingen werde, ihren großen Aufgaben zum Wohle des Landes selbst wie auch des gesamten Staates in vollem Umfange gerecht zu werden."

Fremdenblatt
22./III. 1916

2/16

* **(Wiens Kriegshilfe für Ortelsburg.)** An den Bürgermeister Dr. Weiskirchner ist nachstehendes Telegramm eingelangt: „Die Mitgliederversammlung des Kriegshilfevereines Berlin für den Kreis Ortelsburg sendet dem Kriegshilfeverein Wien für Ortelsburg die herzlichsten Grüße. Mit aufrichtigem Dank anerkennen wir die hochherzige Hilfsbereitschaft, durch welche die schweren Wunden geheilt werden sollen, die der Krieg unserem gemeinsamen Patenkinde geschlagen hat und die es in neuer Schönheit und Kraft aus der Asche erstehen lassen wird. Wir erblicken in diesem Vorgehen einen neuen Beweis der unzerstörbaren Bundestreue und des ehernen Bandes, das unsere Länder von der Adria bis zur Ostsee in Not und Tod umschlingt. Kriegshilfeverein Berlin für den Kreis Ortelsburg. v. Klitzing, Vorsitzender. Mosse, stellvertretender Vorsitzender."

Reichspost 22./III. 1916 217

Aus Wiens Patenstadt.

Ortelsburgs Wiederaufbau.

(Eigenbericht der „Reichspost".)

Heilsberg (Ostpreußen), März 1916.

Sofort nach der Vertreibung der Russen, während das Feuer in den niedergebrannten Mauern noch schwelte begannen die Einwohner der unglücklichen Stadt sich mit dem Gedanken des Wiederaufbaues vertraut zu machen. In diesen Tagen nach der Katastrophe erschienen Vertreter des Ministeriums in Begleitung des bekannten Oberpräsidenten von Ostpreußen v. Batocki-Bledau und des Allensteiner Regierungspräsidenten in Ortelsburg und versprachen wirksamste Unterstützung. Das gab der Bürgerschaft den Mut, am 30. September 1914 durch die städtischen Körperschaften den Beschluß zu fassen, den städtischen Bebauungsplan durch einen Spezialisten prüfen und entsprechend den Ergebnissen der Untersuchung umarbeiten zu lassen. Während noch die deutschen Kanonen vor dem heißumstrittenen Prasnysz herüberdröhnten, verhandelten im Februar die Vertreter der Stadt mit dem Berliner Städtebauer Prof. Möhring über diese Frage, der aber von den vom Staate eigens für den Wiederaufbau eingesetzten Behörden zur Vermeidung einer schädlichen Zersplitterung zurücktrat. Mit dem Leiter der gesamten Wiederaufbauarbeiten, Geheimen Baurat Fischer in Königsberg, war bald eine Verständigung über den einzuschlagenden Weg erzielt.

Inmitten der Häuserzeilen der Stadt liegt der „Kleine Haussee", den früher die dicht an ihn herangerückten Bauten fast völlig verdeckten, so daß er auf die Gestaltung des Stadtbildes ohne jeden Einfluß war. In dem neuen Bebauungsplan, den der staatliche Bezirksarchitekt Diplomingenieur Roßwog aufgestellt hat, wird er das Rückgrat des Stadtbildes werden. Durch die Vernichtung seitens der Russen ist der See freigelegt. Zwischen dem Rathaus und dem Haussee wird ein kleiner Platz geschaffen werden, den rings Bogengänge, „Lauben" einschließen. Dieser als Marktplatz für Lebensmittel gedachte Platz öffnet sich gegen den See hin; da aber der Ausblick auf das gegenüberliegende Seeufer etwas zu wenig Abwechslung bietet, wird der Platz an der Seeseite durch eine Pergola abgeschlossen werden, deren breite Bogen das etwas farblose Seebild gliedern und eine Reihe stets wechselnder Durchblicke schaffen. Das Ufer fällt hinter der Pergola steil zum See ab. Dazu wird durch die Anschüttung des leider nun einmal massenhaft vorhandenen Schutts ein rings um den See laufender Weg geschaffen, der später durch gärtnerischen Schmuck in eine Promenade umgewandelt werden soll. Wie die im Rathause hängenden Schaubilder des neuen Uferbildes, die in bezug auf die gleichmäßige Durchführung des zur Anwendung gebrachten Baustiles wohl nicht in allen Einzelheiten ein richtiges Bild ergeben dürften, vorsehen, sollen am Ufer villenartige Bauten mit Gärten sich hinziehen. Aber das sind Pläne, deren Ausführung noch in der Ferne liegt; vorerst warten dringendere Aufgaben auf ihre Lösung.

Hat die Zerstörung der Stadt schon für die Ausgestaltung eines besseren Stadtbildes eine — ich möchte fast sagen: günstigere Wirkung gehabt, so hat sie weiter den Anstoß gegeben zur Beseitigung eines alten Uebelstandes, den man in Ortelsburg kaum gesucht hätte: Die städtischen Grundstücke waren bisher weder vermessen noch kartiert worden. Die dadurch veranlaßte Rechtsunsicherheit mußte naturgemäß viele Nachteile im Gefolge haben. Dem ist jetzt mit einem Schlage abgeholfen: bereits heute ist auf Kosten des Staates die Vermessung des Stadtgebietes beendet. In nicht weniger als 350 Fällen konnte dabei eine im Interesse des Ganzen liegende Verbesserung der Grundstückslage herbeigeführt werden. Das eigentliche Umlegungsverfahren nach der Lex Adickes, die — ursprünglich für Frankfurt am Main bestimmt — durch ein eigenes Gesetz auf Ostpreußen ausgedehnt worden ist, wird in etwa vierzig Fällen am Markt, in der übrigen Stadt ungefähr ebenso oft in Anwendung kommen. Dadurch werden vor allem einzelne Grundstücke am Markt und in der Rastenburgerstraße, die eine Straßenbreite von weniger als vier Metern hatten, auf eine gesunde Frontbreite gebracht. Am Markt und an der Kaiserstraße (Hauptstraße) dürfen dreigeschossige Geschäfts- und Wohnhäuser errichtet werden, in der ganzen übrigen Stadt nur höchstens zweigeschossige Bauten. Der Markt wird an der Nordostseite um rund zehn Meter verlängert werden, um dadurch neben der erforderlichen Vergrößerung ihm mehr die Form eines Quadrates zu verleihen.

Wie der Leiter des Aufbaus, Bezirksarchitekt Roßwog, mir mitteilte, wird beim Wiederaufbau die Unterscheidung von Geschäftsstraßen und reinen Wohnstraßen sowie von Magazinstraßen, die zu den beiden ersteren parallel laufen, nach Möglichkeit durchgeführt. Die gegebenen Verhältnisse sind derart, daß sich diese Absicht fast durchwegs verwirklichen läßt. Herr Roßwog glaubt, daß der größte Teil der Stadt in ein bis zwei Jahren bereits wieder aufgebaut sein wird.

*

In der Nähe einer von den Russen seltsamerweise verschonten Gruppe niedriger, strohbedachter Holzhäuschen, die die charakteristische masurische Bohlenverschränkung zeigen, liegt etwas erhöht die katholische Kirche. Ortelsburg ist eine Pfarrei der Diaspora der ganz Ostpreußen umfassenden Diözese Ermland, deren Bischof im lieblichen Frauenburg am Frischen Haff residiert. Die Pfarrei zählt 1200 Seelen, von denen 1000 allein auf die Stadt Ortelsburg entfallen. Die Katholiken bilden also den zehnten Teil der Bevölkerung.

Noch heute weist die katholische Kirche, trotzdem die Wiederherstellungsarbeiten längst im Gange sind, noch die Spuren des Krieges auf: Das Dach des Kirchenschiffes ist wie ein Sieb durchlöchert, die Kirchturmspitze heruntergeschossen, das Mauerwerk am Fuße beschädigt. Noch heute ragen die Stümpfe der Balken, die ehedem das Kirchturmdach trugen, empor. Nach der Schußrichtung zu urteilen, ist die Kirche von der deutschen Artillerie beschossen worden, vermutlich, weil die Russen auf dem Kirchturm einen Beobachtungsposten hatten. Der durch die Beschießung angerichtete Gesamtschaden beträgt ungefähr 22.000 bis 23.000 Mark. Dazu ist das Pfarrhaus mit sämtlichen Wirtschaftsgebäuden verbrannt.

Dem katholischen Pfarrer, Herrn Heller, der vorläufig in einem Hofgebäude haust, das vor zwei Jahren noch ein Stall war, ist bis auf das Wenige, das er mit auf die Flucht nehmen konnte, alles verbrannt. Mit gutem Humor erzählte er mir, daß ihn nachts im Schlafe das Klirren der Ketten störe, wenn sich die durch eine dünne Wand von seinem Bett getrennten Pferde bewegen.

Im Innern der Kirche hat die Orgel und die Orgelbrüstung gelitten; in der Orgel lag ein großer Granatsplitter.

Der der katholischen Pfarrgemeinde durch die Beschädigung der Kirche und die Vernichtung des Pfarrgehöftes entstandene Gesamtschaden beträgt über 60.000 Mark, wozu noch der persönliche Schaden des Pfarrers kommt. Von den Katholiken der Gemeinde ist niemand durch die Russen verschleppt oder getötet worden. Die katholische Kirche, ein für eine Diasporagemeinde sehr stattlicher Bau, ist erst im Jahre 1899 in Benützung genommen worden. Die erforderlichen Mittel hat ohne jede Staatshilfe die Opferwilligkeit der Katholiken aufgebracht.

Während der Russenzeit waren die Schlüssel der Kirche einem alten Hirten übergeben worden, dem sie die Russen sofort abnahmen. In der Kirche selbst haben sie sich anständig benommen. Zur Linderung der Not sind dem Pfarrer von allen Seiten zahlreiche Liebesgaben zugesandt worden, vor allem Kleidungsstücke.

Die Erfüllung eines großen Wunsches ist durch den Krieg in noch weitere Ferne gerückt: die Errichtung eines katholischen Gemeindehauses, das als Mittelpunkt der Diasporagemeinde gedacht ist und ihr einen festeren Zusammenhalt nach Außen hin geben soll. Vor allem aber war geplant, es als Heim für die katholischen sozialen und Berufsvereine zu benützen — kurz eine in einer Diasporagemeinde doppelt notwendige Ergänzung des Gotteshauses zu bilden. Wenn die Katholiken Wiens — wenn auch mit einem verhältnismäßig geringen Betrage — den Katholiken ihrer Patenstadt zu Hilfe kommen wollten, dann wäre der Plan seiner Verwirklichung ein gutes Stück nähergerückt.

Reinhold Heinen.

*

An Bürgermeister Dr. Weiskirchner ist nachstehendes Telegramm eingelangt: „Die heute tagende Mitgliederversammlung des Kriegshilfevereines Berlin für den Kreis Ortelsburg sendet dem Kriegshilfeverein Wien für Ortelsburg die herzlichsten Grüße. Mit aufrichtigem Dank anerkennen wir die hochherzige Hilfsbereitschaft, durch welche die schweren Wunden geheilt werden sollen, die der Krieg unserem gemeinsamen Patenkinde geschlagen hat und die es in neuer Schönheit und Kraft aus der Asche erstehen lassen wird. Wir erblicken in diesem Vorgehen einen neuen Beweis der unzerstörbaren Bundestreue und des ehernen Bandes, das unsere Länder von der Adria bis zur Ostsee in Not und Tod umschlingt. Kriegshilfeverein Berlin für den Kreis Ortelsburg. Von Klitzing, Vorsitzender; Mosse, stellvertretender Vorsitzender."

Fremdenblatt
23. III. 2916

*(Ungarns Kriegspatenschaft für Gerdauen.) Die städtischen Körperschaften von Gerdauen, für das bekanntlich Ungarn die Kriegspatenschaft übernommen hat, richteten an den Präsidenten der Ungarischen Landeskommission für den Wiederaufbau zerstörter Heimstätten ein herzliches Dankschreiben, das in prunkvoller Form ausgeführt worden ist. Die Titelseite des mit Silber beschlagenen Prachtbandes ist mit den deutschen Reichsfarben umgeben, während die Innenseiten durch ein rot-weiß-grünes Band zusammengehalten werden. Das Dankschreiben hat folgenden Wortlaut: „Sr. Exzellenz dem Präsidenten der Landeskommission für den Wiederaufbau zerstörter Heimstätten Herrn Grafen Khuen-Hedervary! Durch den geschäftsführenden Vorsitzenden der „Ostpreußenhilfe" Verband deutscher Kriegshilfsvereine für Ostpreußen, Polizeipräsidenten Freiherrn v. Lüdinghausen, davon in Kenntnis gesetzt, daß die unter dem Präsidium Eurer Exzellenz stehende Landeskommission für den Wiederaufbau zerstörter Heimstätten den hochherzigen Entschluß gefaßt hat, die Mitpatenschaft für unsere von den Russen besonders schwer heimgesuchte Stadt Gerdauen zu übernehmen, verfehlen wir nicht, Eurer Exzellenz für diesen Beweis treuer Bundesbrüderschaft unseren ehrerbietigsten, tiefempfundenen Dank zum Ausdruck zu bringen. Nicht minder als die gemeinschaftlich errungenen Siege werden die Wunden, die der Weltkrieg Ungarn und Deutschland geschlagen hat, dazu beitragen, die gegenseitigen Sympathien zu erhöhen und unzerreißbare Bande von Volk zu Volk zu knüpfen. Die schon im Frieden bewährte und durch den Krieg gefestigte Bundesbrüderschaft kann keinen höheren symbolischen Ausdruck finden, als durch die gegenseitige Unterstützung bei der Wiederaufrichtung der durch den Feind zerstörten Heimstätten der friedlichen Einwohner. Wir sind stolz und dankbar zugleich, daß die Hilfsbereitschaft des ungarischen Volkes gerade unserer Stadt zugute kommen soll, und werden dafür Sorge tragen, daß der Dank für diese edelmütige Hilfe in schwerer Zeit in den Herzen unserer Kinder und Enkel unvergängliche Wurzeln schlägt. Die städtischen Körperschaften von Gerdauen. Der Magistrat: Plewka, Bürgermeister; Schlunk, Liedtke, Tiefensee, Pahlke. Die Stadtverordneten: Leireiter, Vorsteher und Justizrat, Gemmel, H. Malettke, Sanitätsrat Dr. Haagen, Hahn, Schirrmacher, E. Liedke, Gronau, Will, Till, Engel, Robbe."

Frankfurter Zeitung
23./III. 1916

214

Staatliche Flüchtlingsfürsorge.

In Ergänzung unserer Mitteilung über die „Staatliche Flüchtlingsfürsorge in Elsaß-Lothringen" (I. Mgbl. Nr. 38 vom 8. März) schreibt man uns aus Lothringen:

In Lothringen hat eine Räumung von Ortschaften nur im Kreise Château-Salins stattgefunden. Die Bewohner sind zur Hälfte in anderen Gemeinden des Kreises und im übrigen in den Kreisen Forbach, Saarburg, Saargemünd, Bolchen und Metz-Land untergebracht. Im allgemeinen ist dort dafür gesorgt worden, daß die Bewohner wieder in landwirtschaftlicher Gegend mit landwirtschaftlicher Beschäftigung, sei es, daß sie Felder pachten, sei es, daß sie landwirtschaftliche Arbeit fanden. unterkamen. Ihr Vieh haben sie größtenteils mitnehmen können. Infolgedessen sind auch die staatlichen Unterstützungen, die für sie erforderlich und gezahlt werden, verhältnismäßig gering. Sie betragen für das Oberhaupt einer Familie 20—60 Mk. monatlich. Eine Kontrolle findet durch die Ortspfarrer und Bürgermeister der geräumten Gemeinden statt. Die Aufenthaltsgemeinden schießen die Unterstützungsbeträge vor und liquidieren sie durch Vermittelung des Kreisdirektors beim Bezirkspräsidenten, der dann die Zahlungsanweisung erläßt. Die Zahl der aus dem Kreise Château-Salins abtransportierten Personen beträgt etwa 3000.

Kölnische Zeitung 23./III. 1916.

220

Die Vergütung von Kriegsschäden.

♀ **Berlin**, 22. März. (Telegr.) Der Haushaltsausschuß des preußischen Abgeordnetenhauses nahm eine Mitteilung des Ministers des Innern entgegen, daß dem Landtag jetzt eine Denkschrift über den Wiederaufbau Ostpreußens und die Vergütung von Kriegsschäden noch nicht unterbreitet werden könne. Die Vorarbeiten der Kriegshilfskommission in Königsberg haben bis in die zweite Januarhälfte gedauert, und die Verhandlungen innerhalb der Regierung mußten infolge dringender kriegswirtschaftlicher Arbeiten der Zentralbehörden öfter unterbrochen werden. Von allen Seiten werde jedoch anerkannt, daß möglichst bald die endgültige Feststellung der Kriegsschäden erfolgen müsse. Da es sich auch um Kriegsschäden in Elsaß-Lothringen und um Fliegerschäden in andern Bundesstaaten handle, so sei nicht nur Preußen an dieser Frage beteiligt. Dem Reichstage werde ein Gesetzentwurf unterbreitet werden, um ein einheitliches Verfahren bei der endlichen Feststellung der Kriegsschäden in sämtlichen Bundesstaaten zu sichern. Für das nächste Zusammentreten des Landtags kündigt die Regierung eine Denkschrift über das Vorentschädigungsverfahren, die Arbeiten der Kriegshilfskommission in Königsberg und die weitern Maßnahmen an. In der zweiten Hälfte des Monats Mai beabsichtigt der Ausschuß, die besetzten Gebiete Russisch-Polens zu besichtigen.

Neues Wiener Tagblatt 31. III. 1916

I

222

In Ortelsburg am Haussee.

Ein Besuch bei dem Patenkind Wiens.

Von unserm Sonderberichterstatter.

Ortelsburg in Ostpreußen, Ende März.

Die Kriegspatenschaft, den Herzen gütiger Wiener Frauen entsprungen, hat an den Wiegen vaterloser Säuglinge nicht haltgemacht. In diesem gewaltigen Kriege muß jeder Gedanke ins Unermeßliche greifen; durch unsre Hände sollen Millionen rinnen, und die Patenkinder, die wir an unser Herz nehmen, dürfen manchmal auch Riesenkinder sein. Menschen beugen sich kosend zu kleinen Erdenwürmern, die von den Leiden dieser Welt noch nichts ahnen, Städte suchen andre, die der wilde Krieg zerstampfte, wieder aus Staub und Asche zu erheben. Ein starker Engel der Güte fliegt über Land; und wenn unsereins, der in diesen Kriegstagen nur herumzog, um Greuel und Schrecken aus Belgien und Frankreich, vom Balkan und der Küste Asiens zu melden, die Stätten betreten darf, denen wieder das Wort winkt: „Es werde!", so ist das ein herzerfreuendes und fröhliches Geschäft.

Unser steinernes Patenkind liegt weitab von jedem Schnellzugsverkehr; es streckt sich todwund an den niedrigen Ufern des Haussees im südlichen Ostpreußen. Kaum fünfundzwanzig Kilometer ist die ehemalige russische Grenze davon entfernt. Von Rotfließ oder Allenstein hüpft der Bummelzug von der Hauptstrecke her, immer durch ebenes Ackerland, die echte Heimat ostpreußischer Junker. Ich nahm die Route von Rotfließ. Ein Gläschen helles Bischofsburger und ein Stückchen Tilsiter Käse entschädigt einen für die stundenlange Zeit des Wartens auf der einsamen Bahnstation. Ein Landsturmsoldat, der das Glück hat, im Heimatdorf Dienst zu machen, ist mein einziger Mitreisender. Endlich zieht das Züglein an. Unbekannte Ortsnamen — Apodden, Jablunden — tönen an das Ohr. In Mensguth hält der Zug ein paar Minuten. Was könnte dieses Oertchen nicht alles erzählen von grauser Russenzeit. Und dabei lag in diesem Kirchspiel bis hinauf nach Rotfließ und hinunter nach Bischofsburg zumeist die Elite der russischen Soldateska, die Garde. Pfaffendorf und Rudzisken haben nicht minder gelitten.

Endlich fährt der Zug in Ortelsburg ein! Man ist schon recht neugierig auf das Patenkind. Der Bahnhof ist jedenfalls sehr imposant; auf mehreren Geleisen fahren die Züge von Neidenburg, Allenstein, Bischofsburg, Johannisburg und Lyck ein. Das läßt auf einen regen Verkehr zwischen diesen Orten in den Tagen des Friedens schließen. Magazine und große Speicher liegen jenseits der Geleise, und draußen außerhalb des Bahnhofes inmitten wohlgepflegter Gärten ist schon ein großer Platz für das Gymnasium reserviert.

Vor dem Bahnhof stehen gerade Yorkische Jäger zum Einrücken in die Stadt. Junges Blut, frischer Ersatz, der hier ausgebildet werden soll, um es denen gleichzumachen, die in den schweren Tagen des Russeneinbruches sich unsterblichen Ruhm holten, den Helden von Orlau und Lahna. Sind lauter schmucke junge Bursche; die roten Backen passen so gut zu der grünen Bluse, und die Hand im rotbraunen Handschuh hält den Karton fest, den Mutter noch rasch zugesteckt, in dem Liebesgaben aus dem Elternhaus die Kost der ersten Tage versüßen sollen.

Der erste orientierende Blick, der über die in die Stadt führende Bahnhofstraße schweift, empfängt schon den Gruß der Zerstörung: Ueber alle Häuser hinweg lugt die Ruine des Lehrerseminars, eines dreistöckigen Gebäudes mit sechzehn Fenstern in der Front, das im Artilleriekampf am 30. August 1914 gleich der ersten Granate zum Opfer fiel. Dann prasselten die Granaten in die Kirchenstraße und auf die Häuser des Marktes, und halb Ortelsburg war in Flammen. Ein großes Privathaus in der Bahnhofstraße wird zum Hotel Kopkow umgewandelt; das alte liegt, ein Häuflein Asche, in der Kaiserstraße. Ein großer eiserner Herd zeigt die Stelle an, an der ehemals für den großen Restaurationsbetrieb gekocht wurde. In dem neuen Hotel wird nun gezimmert und gehämmert; Kellner sind aus Königsberg schon eingerückt, und auf der Passagiertafel liest man schon, daß die Müller, Schulze und Golde das Hotel mit ihrem Besuch beehrt haben. Sind eben strebsame Leute!

In der Marktstraße sind zwischen den ein- und zweistöckigen Häusern, innerhalb der kleinen Vorgärten, die den Straßen etwas Freundliches verleihen, Baracken errichtet, in denen sich Geschäftsleute aus zerstörten Häusern eingemietet haben. Auch der Friseur empfängt seine Kunden in einer solchen hölzernen, weißgetünchten Baracke. Der sonst redselige Herr konnte aus der schwersten Zeit des Städtchens nichts erzählen; er war geflüchtet wie die andern. In den schlimmen Augusttagen waren nur der Apotheker, der Provisor, ein Heilgehilfe und die Schwestern des Krankenhauses sowie der evangelische Pfarrer mit seiner alten Mutter dageblieben. Später, als Ortelsburg in den Novembertagen, von den Deutschen verteidigt, hinter der Blockhauslinie lag und die Russen nur ihre Geschosse in die schon früher halbzerstörte Stadt warfen, ließen es sich auch der neuernannte Landrat von Posen und der umsichtige Bürgermeister Mey nicht nehmen, bei den wenigen Bürgern zu verbleiben, die in dem Städtchen ausgeharrt hatten. Den jungen Bürgermeister, der schon vor dem Kriege auf die Russen ein strenges Auge hatte, hätten die Kosaken zweifellos mitgeschleppt, wenn sie ihn damals zu Kriegsbeginn in Ortelsburg erwischt hätten.

Ich wandere langsam an den kleinen, verstreut liegenden Baracken vorbei. Weiterhin dehnt sich ein Feld von Brandstätten vor mir — natürlich nicht mehr mit den Schrecken des Zerstörungstages. Die verbrannten Straßen sind aufgeräumt; und wo es noch nicht der Fall, sind braune Gestalten, gefangene Russen, eben dabei. Vor meinen Augen reißen sie die drei Seitenmauern eines großen Hauses ein. Ziegelstaub qualmt auf; über der Vorderfassade ragt ein sechseckiger Stern aus Eisen. Das war hier die Synagoge. Daneben sieht man nichts mehr als Mauerstümpfe. Auf einem kaum einen halben Meter breiten liest man, daß hier einst die „Ortelsburger Zeitung" gedruckt wurde. Das Tageslicht blickt in die

Neues Wiener Tagblatt
31. III. 1916

II

223

In Ortelsburg um Ostern.

Kellerlöcher. Ein kleines Pompeji dehnt sich vor mir aus bis hinunter zu dem grauen Haussee, an dessen Ufern jetzt die russischen Arbeiter Ziegelstaub und Mörtelmassen in das Wasser stürzen. In kleinen Huntewägelchen führen sie den Schutt hinunter; in einiger Zeit mag da schon eine schöne Promenade angeschüttet sein. Dann werden die guten Ortelsburger Mädchen am See spazieren gehen und fesche Jägeroffiziere vielleicht schon wieder an ihrer Seite, auf Wegen, die ihnen die Russen zurechtgestampft haben.

Zwischen den Brandstätten liegen verschmolzene Eisenstücke, Röhren von Wasserleitungen und Luftheizungen, zerschmetterte Kandelaber und Kanalgitter. Eine Anschlagsäule steht allein inmitten dieser Ruinenfelder; die Verordnungen des Bürgermeisters sind die einzigen Bekanntmachungen darauf. Auf dem Schutt eines verbrannten Hauses steigt ein kleiner, dicker Herr hin und her; neben ihm ein Hund, immer mit der Schnauze auf dem Boden. Hier war das Heim der beiden; nun ist es schon einundeinhalb Jahr zerstört, und sie wandern noch immer hier auf und ab. Mitten aus einem Wust von Ziegeln und Steinen ragt eine Tafel: „Mein Schuh- und Stiefelgeschäft befindet sich rückwärts im Hofe. W. Kossek." Wo ist der Hof?

Auf dem Marktplatz ist die ganze Seite, die seewärts liegt, verbrannt. Gegenüber liegt nur unversehrt ein Gasthaus und das Rathaus — wenn man das ebenerdige, mehr einem Landhaus gleichende Gebäude, hinter dem die massigen Mauern des ehemaligen Deutschritterschlosses wuchtig emporsehen, so nennen darf. Zwischen den beiden erhaltenen Häusern aber erschrecken die verkohlten Mauerreste des Eckhauses der Passenheimerstraße. Die Eisentraversen winden und krümmen sich; man fühlt förmlich noch die Flammen jener Tage. Wie ein Gerippe eines vorsintflutlichen Tieres ragen sie über die Straße hinaus. Dieses Haus hier wurde mit mehreren in Brand gesteckt, als die Russenherrschaft hier zu Ende ging. Unter dem Verdacht, auf russische Soldaten aus diesem Hause geschossen zu haben, wurde hier ein armer Schuhmachermeister mit Frau und Sohn — doppelt arm, da sie auch taubstumm waren und sich nicht verteidigen konnten — von der wütenden Soldateska verbrannt. Das brennende Haus war von russischen Soldaten umstellt, und wie wahnsinnige Tiere stürzten drinnen die armen Opfer eines herzlosen Mordgesindels durch die brennenden Stuben. Eine Tochter der Schustersleute, die aus einem andern Hause herbeigelaufen kam und unter Jammern und Schreien in den Flammenherd dringen wollte, um ihre Eltern zu retten, wurde mit einem russischen Gewehrkolben niedergeschlagen. Zwei Tage blieb das tote Mädchen auf der Straße liegen, obwohl die Fenster des Speisezimmers im benachbarten Gasthaus, in dem die russischen Offiziere einlogiert waren, gerade auf diese Mordstätte gingen.

Von dem erhöhten Rathaus aus überblickt man so recht die Brandstätten von Ortelsburg. Soll ich die Straßen nennen, die in Brand aufgegangen sind? Soll ich noch einmal das Elend zitieren, das durch diese Gassen schleicht? In Ortelsburg denkt man bereits wieder an das Werdende. Das nette Kriegerdenkmal vor dem Rathause steht blitzblank; im Rathaus werden eben an Frauen eingerückter Soldaten Unterstützungen ausgezahlt; in einem andern Zimmer werden Zeichnungen für die Kriegsanleihe entgegengenommen. Unter dem Drahtgitter für Aufgebote liest man, daß ein Magistratsbureauhilfsarbeiter und der Herr Steuersupernumerar in den heiligen Stand der Ehe zu treten beabsichtigen. Man sieht, die hohen Behörden gehen in Ortelsburg mit gutem Beispiel voran. Die Tage des Schreckens werden vergessen, es wird gezeichnet und vermessen, man heiratet und denkt bereits darüber nach, wie man die Ehren unter die beiden Paten Wien und Berlin verteilen, wo der „Berliner Platz" angelegt werden soll und wo die „Wiener Ringstraße". Die neuen schwarzgelben Fahnen zur Einweihung der Straße — vielleicht wird es auch ein Platz werden — liegen bereits im Landrathause. Ortelsburg sehnt sich nach den Tagen der Freude!

Julius Hirsch

Neue Freie Presse 31. III. 1916

„Dank des Südens an den Norden."

Konzert der Flüchtlingskinder aus dem k. k. Barackenlager in Wagna.

Aus Wagna bei Leibnitz, der neugegründeten italienischen Stadt in Steiermark, die zahlreichen Flüchtlingen aus den küstenländischen Gebieten Wohnstatt und Lebensmöglichkeit gewährt, sind viele hundert Kinder nach Wien gekommen und die gelben und braunen Buben und Mädels aus Monfalcone, aus Monfi und Rovigno haben heute im großen Konzerthaussaale zugunsten der Kriegswaisenkinder Wiens gesungen. Das ist das Rührendste, daß diese armen Bauernkinder, deren Eltern, von der heimatlichen Scholle vertrieben, vielleicht nur das nackte Leben retten konnten, für die noch ärmeren Kinder musizierten, die durch den Krieg Waisen geworden sind. Das Konzert fand unter dem Protektorat der Erzherzogin Maria Josefa statt. In der Hofloge wohnte Erzherzogin Marie Valerie der Veranstaltung bei. Ein erlesenes Publikum füllte den Saal, und die Abzeichen und sonstigen Andenken an den heutigen Abend, die von jungen Mädchen verkauft wurden, fanden reißenden Absatz.

Das Podium mit den in guter Ordnung aufgestellten Kindern bot ein ungemein farbenfrohes, anziehendes Bild. In der Mitte waren die erwachsenen Mädchen als Damenchor placiert. Sie nahmen sich in ihren schwarzen Samtmiedern, den feuerroten Schürzen und Strümpfen und den schlicht geknüpften weißen Kopftüchern recht schmuck aus. Links und rechts standen die kleinen und kleinsten Buben und Mäderln, alle in nationaler Bauerntracht; eine besondere Abteilung bildeten Jungen in einer Art Marineuniform mit Mützen, die die Inschrift „Wagna" trugen. Das Programm war reichhaltig und das viele Singen und lange Stehen stellte an die Ausdauer der Kinder keine geringen Anforderungen. Aber sie hielten alle wacker durch. Der starke Beifall machte ihnen merkliches Vergnügen. Immer heller und freudiger leuchteten die lieben Kinderaugen, immer eifriger und jubelnder klangen die überraschend kräftigen Kinderstimmen. Diesen an Zahl der Mitglieder so enormen Kindergesangsverein gegründet und organisiert zu haben, ist das große, unter den gegebenen Umständen nicht hoch genug einzuschätzende Verdienst des Görzer Domkapellmeisters Seghizzi. Unglaublich, wie viel Talent und musikalische Begabung in der Bevölkerung der südlichsten österreichischen Kronländer steckt. Von allen Kleinen, die heute sangen, dürften die wenigsten Noten lesen können, geschweige denn eine musikalische Ausbildung genossen haben. Und nun mußte man den gesunden und exakten Rhythmus spüren, von dem dieser Kinderchor getragen war, mußte die tadellos reine Intonation, die musterhafte Deklamation hören, um zu begreifen, welche Arbeit Maestro Seghizzi geleistet hat, aber auch, auf welch bildsames Material er gestoßen ist. Die Kinder sangen zumeist deutsch. Natürlich ein gebrochenes Deutsch, abhängig von der Artikulation ihrer Muttersprache. Aber man verstand jedes Wort, nahm jeden einzelnen Konsonanten wahr.

Am interessantesten waren naturgemäß die friaulischen Volkslieder. Frische, klangfrohe Weisen wechseln hier mit schwermütigen und gemütvollen auf einfacher und natürlicher harmonischer Grundlage. Im Melodischen setzten sich bald italienische, bald deutsche Einflüsse durch. Eine notengetreue „Carmen"-Wendung im „Friaulischen Liederstrauß" kam recht überraschend. Dieser Liederstrauß muß übrigens sehr populär sein, denn mitten in das Lied brauste, von den Galerien kommend und unverkennbar von den Landsleuten der Sänger herrührend, donnernder Applaus und am Schlusse ertönten solange „Bis"- und „Da capo"-Rufe, bis das ganze Lied wiederholt wurde. Reizend war, von den kleinsten Kindern gesungen, ein Zyklus von Kornelius Schmitt und das lustige „Froschkonzert" von Kienzl. Auch der „Damenchor" hatte Gelegenheit, seine Sicherheit und Präzision zu erweisen. Aber den Sieg trugen in klanglicher Hinsicht doch die Herren Buben davon.

Einen Prolog „Flüchtlingsdank" von Ottokar Kernstock sprach Herr Viktor Kutschera mit Wärme und tönendem Pathos. Eine hochbegabte Geigerin lernte man in Fräulein Nives Luzatto kennen, die im Adagio aus dem Bruchschen Violinkonzert mit ihrem beseelten, namentlich im Piano reizvollen Ton tiefe Wirkung übte. Sie durfte für stürmischen Beifall danken. An dem sich zu immer vollerer Blüte entwickelnden Talent des kleinen Emanuel Feuermann konnte man sich wieder herzlich erfreuen. Er spielte, von Otto Schulhof feinfühlig begleitet, mit erstaunlicher Empfindung ein Nocturno und mit noch erstaunlicherer Finger- und Bogentechnik „Elfentanz" von Popper.

Am Schluß vereinigten sich alle Sänger mit Orchester und Orgel zum Vortrage der Volkshymne. Und dann schwenkten alle Kinder in ihrer südlich temperamentvollen Art weiße Tücher; eine rührende Szene, die verdient hätte, im Bilde festgehalten zu werden. Man hat die eifrigen Künstler aus Wagna hier mit aller Sympathie empfangen; das werden sie gefühlt haben und vielleicht von ihrer Wiener Reise Eindrücke, die haften bleiben, in ihre provisorische Barackenheimat mitnehmen. Aber auch in Wien wird man den lieben und vortrefflichen kleinen Sängern ein gutes Andenken bewahren.

dieser Fürsorge für Witwen und Waisen mit anhaltendem Erfolg gewidmet, wenn auch natürlich für den angeführten hohen Zweck nicht genug geschehen kann. Ein großer Teil der Werbetätigkeit fällt in den Rahmen der gesamten Aufgabe der Sektion Wien und Niederösterreich, an deren Spitze Fürstin Hanna Liechtenstein mit den Vizepräsidentinnen Helene Löbl und Martha Beyer mit einem großen Stab fleißig ihr Bestes tut. Um nun weitere Mittel zu beschaffen, hat die Sektion beschlossen, an den vier nächsten Sonntagen das gesellschaftliche und künstlerische Leben Wiens für die Witwen und Waisen der Feldsoldaten auszunützen.

Zu diesem Zweck werden am 4., 11., 18. und 25. d. im großen Prunksaal des Militärkasinos, 1. Bezirk, Schwarzenbergplatz Nr. 1, patriotische Vorträge unter Mitwirkung hervorragender künstlerischer Kräfte stattfinden. Für den Namenstag des Kaisers, den 4. Oktober, gilt folgendes Programm: 1. Prolog von Mathilde Gräfin Stubenberg, gesprochen vom k. k. Hofburgschauspieler Gerasch; 2. „Wirken und Weben der Frauen", patriotisches Gedicht von Else Ehrlich-Fränkel, gesprochen von Frau Claire Wallentin vom Deutschen Volkstheater; 3. Vortrag des k. k. Universitätsprofessors Dr. Heinrich Kretschmayer: „Eugen von Savoyen." Dieser Vortrag ist im Stil der historisch-philosophischen Vorlesungen gehalten, die jetzt in Berlin großen Anklang finden. In den Pausen konzertiert die Kapelle des Wiener Bürger-Scharfschützenkorps, und wird eine Jause serviert. Die Gesamtkosten sind 3 K. Die Karten für die Nachmittage, die wegen ihres Zweckes und Inhaltes großen Anklang finden, sind bei den Komiteedamen und an der Kasse zu haben. Der Beginn der Vorträge und der gesellschaftlichen Veranstaltung ist auf 4 Uhr festgesetzt.

* * *

Der Gemeinderat gegen die „Kränzeablösung".

Die gestern vormittag unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner abgehaltene Obmännerkonferenz des Wiener Gemeinderates hat unter anderm auch zu der gewiß gut gemeinten Anregung, in diesem Jahre zu Allerheiligen den üblichen Gräberschmuck zu unterlassen und die hiefür entfallenden Beträge dem Roten Kreuz zu widmen, Stellung genommen und der Meinung Ausdruck gegeben, der Bevölkerung die Befolgung dieser Anregung nicht zu empfehlen, weil dadurch den ohnehin schwer bedrängten einschlägigen Gewerben ein unermeßlicher Schaden zugefügt und vielen Tausenden von Arbeitskräften, insbesondere erwerbslosen Frauen und Mädchen, eine Verdienstmöglichkeit entzogen würde.

* * *

Baron Sigismund Springer und Baronin Valentine Springer-Rothschild haben dem Ministerium des Innern für die Hilfsaktion zugunsten der Arbeitslosen die Summe von 25,000 K. zur Verfügung gestellt und den Fürsorgezwecken der ukrainischen Freiwilligen und für die in Nikolsburg untergebrachten Flüchtlinge aus Galizien je 2000 K. gespendet.

Die Flüchtlinge.

Von der Organisation und Tätigkeit des Hilfskomitees.

Als sich die ersten größeren Gruppen von Flüchtlingen aus Galizien und der Bukowina in den Straßen Wiens zeigten, ergriff der gemeinsame Finanzminister Dr. Ritter v. Bilinski die Initiative zur Bildung eines Hilfkomitees, welches sich der Fürsorge für die armen, dem bittersten Elend preisgegebenen Vertriebenen ohne Unterschied der Nation und Konfession widmet. Eine sofort eingeleitete Spendensammlung hatte den Erfolg, daß das Komitee seine Tätigkeit beginnen konnte. Der Andrang, sogleich ein starker, nahm mit jedem Tag einen größeren Umfang an und wächst bereits ins Riesenhafte. Immer neue Wogen von Flüchtlingen wälzten sich ja heran, und dem Komitee erwuchs die Aufgabe gleichen Schritt mit der frei diktierten Notwendigkeit zu halten und seine Organisation in raschestem Tempo auszubauen. Heute sind bereits fünf Geschäftsstellen des Komitees im vollsten Betrieb, im Ministerium für Galizien, im Industriehaus, in der Schauflergasse, in der Advokatenkammer und in der Elisabethstraße. Im Gemeindehause Leopoldstadt in der Karmelitergasse sowie in der Fürsorgestelle in der Sperlgasse fungieren die Wiener magistratischen Stellen.

Aber nicht nur die Menge der in Not Geratenen allein ist es, die dem Komitee so schwere Sorge macht. Die Tausende von Haus aus gänzlich Mittelloser sind verhältnismäßig leichter zu befriedigen als die vielen, vielen, welche sonst in guten, ja glänzenden Vermögensverhältnissen lebten und

102

Die Zeit
25./11. 1914.

Das Flüchtlingsproblem in Wien.

Eine polnische Stimme.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

„Sehr geehrte Redaktion! Seit Jahren gewohnt, in der „Zeit" die wirklich unabhängige und aufrichtige Vertreterin der Gerechtigkeit und Billigkeit zu schätzen, erwartete ich jeden Tag, in Ihrem werten Blatt einen Beitrag zu finden, der das Flüchtlingsproblem, wie es speziell in Wien sich gestaltet hat, in offener, von jeder Liebedienerei freien Art anpacken würde.

Endlich las ich gestern in den Wiener Neuigkeiten die Schilderung der Szene, die sich in der Halle eines Hotels abgespielt hatte — dann wieder heute im Leitartikel eine ernste Mahnung an die Bevölkerung der westlichen Provinzen Oesterreich-Ungarns. Nun ging mir das ohnehin volle Herz über, und ich komme zu Ihnen mit der herzlichen Bitte, noch einige Zeilen dieser traurigen und zugleich empörenden Tatsache widmen zu wollen, daß wir Flüchtlinge hier wie Fremde, als eine Art Fremdenindustrie zweiten Ranges behandelt werden.

Wir kamen vor sechs Wochen aus Zakopane, wo wir seit Beginn des Krieges weilten, nach Wien. Wir standen noch unter dem frischen Eindruck der plötzlichen Invasion von unzähligen Flüchtlingen, die anfangs September aus Lemberg und ganz Ostgalizien nach Zakopane strömten. Aber auch den Empfang, den die einheimische Bevölkerung, die noblen polnischen Goralen, den Flüchtlingen zuteil werden ließen, werden wir nicht so bald vergessen. Drei Bäuerinnen, wenig bemittelte Inhaberinnen von kleinen Häuschen, gingen — ohne jemals Sozialökonomie studiert zu haben — von Haus zu Haus und forderten die anderen Hauseigentümer auf, einen Einheitspreis von höchstens 20 Kronen pro Monat für Zimmer mit Küche zu bestimmen. Der Antrag wurde überall ohne weiteres angenommen, obwohl die Hausbesitzer in Zakopane gerade durch die glän-

Wiener Neuigkeiten.

Das Flüchtlingsproblem in Wien.

Antworten von Wiener Seite.

Die galizischen Flüchtlinge, die wohlhabenden und die unbemittelten, fühlen sich in Wien vielfach zurückgesetzt. Sie betrachten sich als diejenigen österreichischen Staatsbürger, von denen der Krieg die größten Opfer gefordert hat. Sie fühlen sich härter betroffen als die anderen, und weil sie für die Allgemeinheit leiden, stellen sie an die Allgemeinheit Forderungen. Die Armen sowohl wie die Besitzenden. Die einen, indem sie Achtung und vom Herzen kommende Gastfreundschaft verlangen, die Armen, indem sie sagen, daß der Staat für sie nicht genug tue, wenn er sie mit trockenem Brot bedenkt. In unserem Blatt hat sich am Mittwoch eine galizische Dame zur Sprecherin ihrer Leidensgenossen gemacht. Wie tief das Problem sitzt und wie nahe es allen geht, das zeigt eine Menge von Zuschriften, die uns jetzt von Wienern zugeht. Während die Galizianer sich ungastlich behandelt fühlen, meinen die Wiener, daß sie das Ihrige tun. Und wenn die Galizianer dies nicht empfinden, so sei die Schuld auf ihrer Seite. Der Grund liege im Unterschied der Temperamente und der Gewohnheiten. Zu der materiellen Frage kommt also noch ein Streit der Auffassungen und Charaktere. Nachdem wir den Galizianern in unserem Blatt publizistische Gastfreundschaft gewährt haben, geben wir nun den Wiener Zuschriften Raum.

Einer der Einsender schreibt:

„Eine Polemik über Wohltätigkeit oder Gastfreundschaft ist immer eine unerquickliche Sache, aber in Kriegszeiten mehr denn je. Und doch möchte ich auf die in Ihrem Blatte von Frau Cand. Phil. Ottilie Buchstab gemachten Vorwürfe, die übrigens auch von anderer Seite erhoben wurden, antworten.

Wien — das Herz Oesterreichs — ist nicht umsonst in der ganzen Welt wegen der Gutherzigkeit, der Freundlichkeit und der Gastfreundschaft seiner Bewohner bekannt. Wir haben uns stets bemüht, alle, die zu uns gekommen sind, gut aufzunehmen, und haben immer ein offenes Herz und eine offene Hand für die Armen und Bedrückten gehabt.

Man kann nie genug geben, aber immer nur im Rahmen der eigenen Mittel. Wir Wiener haben in den letzten Jahren durch die krisenhaften Verhältnisse sehr viel Geld verloren, nicht zum wenigsten in Galizien und der Bukowina. Auch unsere Männer, Brüder, Väter, Söhne stehen im Felde, die Verdienstmöglichkeit ist äußerst gering, und wir haben naturgemäß für die Soldaten im Feld, für das Rote Kreuz, ‚Gold gab ich für Eisen', für die Familien der Einberufenen, Witwen- und Waisenfonds, Ausspeisung der Arbeitslosen, für warme Kleidung der Soldaten und für die unzähligen Wohltätigkeitsaktionen, die ebenso weiter bestehen wie früher, reichlich beizusteuern, und vielleicht in größerem Ausmaß beizusteuern als die Provinz, weil in der Großstadt alle diese Aktionen ihre Agitation intensiver entfalten können. Wir haben in den Spitälern die meisten Verwundeten, für deren Komfort wir nach Möglichkeit beisteuern, und wir haben uns gewiß auch nach Kräften bemüht, Geld und Kleidungsstücke für die armen Flüchtlinge zu geben.

Es wurde der Gemeinde und uns Wienern der Vorwurf gemacht, daß die Flüchtlinge nicht liebevoll genug empfangen wurden, daß für ihre Unterkunft nicht vorgesorgt war. Ja, waren wir denn darauf gefaßt, daß in wenigen Tagen hunderttausend Menschen herkommen? Wenn man weiß, welche Arbeit ein Kongreß beansprucht, wie schwer es ist, für die wenigen hundert Teilnehmer Unterkunft zu finden, wenn man bedenkt, daß die Arbeiten des Eucharistischen Kongresses, um Massenunterkünfte möglich zu machen, Monate beanspruchten, welche große Organisation notwendig war, um den Labedienst für die Verwundeten und deren Unterkunft einzubringen, so müssen die Mängel, die bei Unterbringung der hunderttausend Flüchtlinge hervorgetreten sind, entschuldigt werden. Im übrigen war es gewiß nicht notwendig, daß das Gros hergekommen oder hergebracht worden ist; speziell für die Minderbemittelten — ich spreche nicht von den ganz Unbemittelten — wäre es gewiß passender und vorteilhafter gewesen, nicht nach Wien zu kommen, sondern in einer kleineren Stadt — ich denke dabei an die Unmassen unbewohnter Sommerfrischen — Aufenthalt zu nehmen, wo das Leben doch billiger als hier ist. Wir glauben gern, daß die Wiener Preise selbst in normalen Zeiten bedeutend höher sind als jene in galizischen Städten und Landgemeinden, und daß sich die Flüchtlinge übervorteilt vorkommen. Aber dem können wir nicht abhelfen. Auch uns fällt es schwer, die jetzigen Preise für Lebensmittel zu bezahlen, auch wir müssen auf vieles verzichten oder können uns selbst vieles mit Geld nicht beschaffen — seit einigen Tagen sind Kohlen kaum zu erhalten —, aber wir machen nicht unsere Mitmenschen für die Unbillen verantwortlich, die der Krieg mit sich bringt.

Wie kann man ein so unberechtigtes Verlangen stellen, daß all die kleinen Kaufleute und Greisler, die kaum selbst genug verdienen, um zu leben, und die doch fast ausnahmslos je nach ihrem Können den Fürsorgezwecken Geld oder Lebensmittel usw. spenden, den großen Massen Flüchtlingen besondere Preise machen! Unsere kleinen Kaufleute können solche Opfer nicht bringen; die müssen ihre Waren selbst teuer bezahlen und leben und sterben in kleinen, sehr beschränkten Verhältnissen. Deren Nutzen macht sie nie zu Millionären.

Bei aller unserer Gutmütigkeit werden wir auch ungehalten, wenn uns immer unser Mangel an Gastfreundschaft und unsere Engherzigkeit vorgeworfen wird, und wir sehen, daß, während unsere Frauen und Mädchen in den Spitälern, beim Labedienst und bei anderen Fürsorgeaktionen arbeiten, Scharen elegant an-

40

1914.

34

W. allgemeine Zeitung

30./XI. 1914.

43

rung aufgewendet wird, darf man auf ein Maß von Güte schließen. Denn es sind dies Taten der Freudigkeit. Nach einem Werk der Abneigung ist die Kraft der Hingabe zu bemessen. Da aber reicht die Liebe nicht aus. Sie reicht nicht für die zermarterte, entsetzte, dü'ere Menge, die wie eine bleischwere Wolke von Trauer unsere Stadt verfinstert. Was einzelne hier opfernd leisten, reicht nicht aus, die Schlaffheit der übrigen wettzumachen. Der übrigen, die von dem namenlosen Elend nur fühlen, daß es importiertes Elend ist. Wo es die Flüchtlinge gilt (Holland allein soll eine Ausnahme sein), ist von den Schätzen nichts zu merken, die dieser Krieg in den Seelen hob. Ungut hat er hier die Menschen gezeigt.

Liebe kann nicht erzwungen werden. Aber Toleranz ist allgemeine Pflicht. Ich weiß, daß gerade dieses Wort jetzt schlechten Kurs besitzt. Eine Sekte der Untoleranzler predigt, daß Haß Kraft ist. Wenn eine Zeitung, statt von abgeschnittenen Ohren zu

877/78 und bis zum Balkankrieg selbst hat Rußland stets as gleiche Ziel verfolgt. Nur mit Widerstreben hat es auch n Jahre 1909 bei der Einverleibung von Bosnien und der erzegowina und 1913 bei seiner Drohung mit dem Einarsch in Türkisch-Armenien auf dem Wege nach dem strebten Ziel notgedrungen Halt gemacht. In gewissem Sinne war ja der Balkankrieg selbst nur ein russisch-türkischer rieg, aber ein solcher, der zugleich die ganze Perfidie der ussischen Politik und die niederträchtige Lüge, die in dem rotektorat über die slawischen Balkanvölker lag, der Welt ffenbarte. Denn im Verlauf dieses Krieges, in dem es die alkannationen auf die Türkei hetzte, arbeitete es uf den Niederbruch gerade jenes slawischen Staates hin, en es angeblich unter seinen besonderen Schutz genommen atte.

Wie man also sieht, mußte die Türkei den Krieg gegen ußland unternehmen; zunächst weil er ihr aufgedrungen ar, dann aber, weil sie in ein Bündnis mit Mächten treten onnte, die unter den gleichen Angriffen wie sie zu leiden aben. An Rußland muß sich diesmal das Verhängnis der eschichte erfüllen. Rußland hat seine Expansionspläne gegen en Bestand der österreichisch-ungarischen Monarchie gerichtet. Und die Folge dieser seiner verbrecherischen Pläne ist es nun, daß die Türken heute vor Batum stehen und drohen, das russische Reich von jener Seite her zu erdrücken, die die Richtung seiner ältesten, historischen Expansion gewesen ist. Die Schlagkraft, die Besonnenheit und die Raschheit, mit der die Unternehmungen der ottomanischen Truppen bisher verlaufen sind, lassen die besten Hoffnungen für den Ausgang dieses neuen Feldzuges zu.

Tagesbericht.

Wien, 30. November.

Flüchtlinge.

Es gibt solche, die, aus Armut kommend, in die Armut eingehen. Es gibt andere, die aus Wohlhabenheit aufgeschreckt, ins Elend tappen. Und es gibt welche, deren Reichtum einer vorübergehenden Verminderung unterworfen ist, und für die „Flucht" nichts weiter bedeutet als der überstürzte Wechsel eines Aufenthaltsortes. Diese letzteren erfreuen sich der Sympathie aller Städter.

Die „Arbeiter-Zeitung" veröffentlicht eine Schilderung der Zustände, welche die Stadtverwaltung in Karlsbad für die armen galizischen Flüchtlinge geschaffen hat. Es ist ein trauriges Dokument. Dieser der Oeffentlichkeit angezeigte Fall sollte wohl zu einer ernsten Nachprüfung aller Obsorgevorkehrungen führen. Denn je anständiger die Flüchtlinge untergebracht sind, desto weniger werden sie dem Publikum sich lästig erweisen. Weil satte Menschen, gewärmte Menschen angenehmer sind als gequälte Menschen. Wenn solche zarte Rücksicht auf die gereizten Nerven des Publikums genommen wurde, dann könnte daraus den Flüchtlingen mancher Vorteil erwachsen.

Denn es scheint, daß diese Belästigung durch wenig gut situierte Mitbürger, die den geschmacklosen Einfall hatten, in

Amtsblatt der Stadt Wien
27./VII. 1915
117

Freigabe von Bezirken Galiziens für die Rückkehr der Kriegsflüchtlinge.

Der k. k. Minister des Innern hat unterm 20. Juli 1915 nachstehenden Aufruf erlassen:

Dermalen sind folgende Bezirke Galiziens für die Rückkehr der Flüchtlinge freigegeben:

Biala, Oswiecim, Chrzanów, Zywiec, Nowy Targ, Wadowice, Bochnia, Myslenice, Limanowa, Nowy Sacz, Brzesko, Dabrowa, Mielec, Kolbuszowa, Pilzno, Ropczyce, Grybow, Strzyzów, Krosno, Stary Sambor und die nicht zum Festungsbereiche gehörigen Gebiete der Bezirke Krakau, Wieliczka und Podgórze.

Die Flüchtlinge, die bei Kriegsausbruch in einem dieser Bezirke ihren ständigen Wohnsitz hatten und nicht arbeitsunfähig und gleichzeitig erwerbs-, beziehungsweise subsistenzlos sind, werden aufgefordert, dahin zurückzukehren.

Für die Rückkehr in diese Bezirke gelten folgende Grundsätze:

1. Jeder Flüchtling, der in einem der vorerwähnten Bezirke seinen ständigen Wohnsitz hatte, erhält, wenn kein Hindernis bezüglich seiner Person in der oberwähnten oder in staatspolizeilicher Hinsicht vorliegt, über seinen Antrag von der Wiener Polizei-Direktion die für die Heimreise in das Etappengebiet er-

forderliche Legitimation zur Benützung Kriegsfahrzeugen Züge.

2. Jene Personen, die im Genusse der staatlichen Flüchtlingsunterstützung stehen, erhalten von jener Stelle, welche bisher die Unterstützung ausgefolgt hat, somit entweder von der Zentral-

Frankfurter Zeitung
13. II. 1916

Die Flüchtlinge.

K. Wien, Ende Januar.

Annähernd eine Million betrug die Zahl derer, die in Oesterreich der Krieg zu Zeiten von ihrer heimatlichen Scholle vertrieben hat. Bei weitem die meisten von ihnen kamen aus Galizien, wo der Russeneinbruch vom Herbst 1914 viele Hunderttausende von Menschen vor sich herjagte. In sehr verkleinertem Maßstab wiederholte sich der Vorgang im folgenden Frühjahr, als eben die Rückeroberung Galiziens begonnen hatte, im Süden des Reichs; es war aber diesmal nur ein schmaler Grenzstreifen, der seine Bewohner hergab; denn dem neuen Feind gelang es nicht, anders als auf der Stelle zu marschieren.

Aus dem Wunderwerk einer so komplizierten Organisation, wie es die moderne soziale Ordnung selbst in relativ zurückgebliebenen Ländern ist, waren diese Menschen jäh herausgerissen, und alle Lebensverhältnisse waren für sie chaotisch durcheinander gewirbelt worden. Plötzlich in die Maschinerie einer unbekannten Welt versetzt, hätten sie unfehlbar zermalmt werden müssen, wenn ihnen nicht ebenso plötzlich ein neuer Notbau der Existenz errichtet, ihr Leben nicht sofort in eine neue Organisation hineingestellt worden wäre, eine Organisation, die gewiß sehr primitiv und sehr streng sein mußte und doch in all ihrer Unvollkommenheit gleich wieder sehr kunstvoll war. Hilfsaktionen im üblichen Stil, mochten sie von Privaten oder selbst vom Staat ausgehen, wären angesichts der Massenhaftigkeit des Elends völlig machtlos gewesen; hier mußte ein Stück höchster und ungewöhnlichster Sozialpolitik geleistet werden, ganz aus dem Stegreif und mit radikalen finanziellen und technischen Mitteln. Fast 300 Millionen Kronen hat dies Unternehmen in wenig mehr als Jahresfrist verschlungen, aber trotz solcher Dimensionen wurde es von der Oeffentlichkeit wenig beachtet, bis jetzt eine sehr wertvolle Ausstellung des Ministeriums des Innern, die die Arbeit der Flüchtlingsfürsorge veranschaulicht, den Blick auf diese Dinge lenkte.

Auch Deutschland hat, zur Zeit der Heimsuchung Ostpreußens durch die Russen, das Problem der Flüchtlingsfürsorge kennen gelernt. Hier in Oesterreich aber war die Aufgabe ungleich verwickelter. Sie war nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ anders; denn zu allem übrigen traten hier noch die Schwierigkeiten, die aus der nationalen und kulturellen Buntscheckigkeit der Flüchtlinge hervorgingen. Juden, Ruthenen, Polen, Italiener und Südslawen strömten hier zusammen und mischten sich unter Deutsche, Tschechen und zeitweise Magyaren. Alle diese Völkerschaften sind seit mindestens einem Jahrhundert zu einem gemeinsamen Staatswesen vereinigt und diese Tatsache hat sich ihnen allen tief eingegraben, aber ein wirkliches menschliches Nahekommen hat unter manchen von ihnen doch nicht stattgefunden. Gewiß, auch der ostpreußische Bauer und der Berliner werden viel Fremdes zwischen sich finden, die Tatsache der gemeinsamen Sprache und Nationalität aber wird sich, zumal in einer Zeit gesteigerten Empfindens, trotz alles Trennenden mächtig geltend machen. Wieviel größer ist die Entfernung zwischen einem ruthenischen Bauer und einem Wiener Kleinbürger oder auch einem Tiroler Berufsgenossen! Selbst das Erleben des gemeinsamen Krieges konnte die eigenartige Komplizierung, die hier der Aufgabe der Flüchtlingsfürsorge aus der Vielgespaltigkeit des Flüchtlingsheeres erwuchs, nicht aufheben.

Für die Art, wie in Oesterreich die Arbeit angepackt wurde, ist zweierlei charakteristisch. Zunächst die straffe Zentralisierung der Leitung in einer einzigen Spitze, dem Ministerium des Innern, das die gesamte Aktion vom Augenblick des ersten Transports der Flüchtlinge bis zu ihrer Rückkehr in die Heimat dirigierte und mit Hilfe der Verwaltungsbehörden durchführte. Das war wichtig, denn es ging daraus eine außerordentliche Vereinfachung des Apparats hervor. Es gab keine Kompetenzstreitigkeiten und Unzuständigkeitserklärungen; es fehlte das lähmende Nebeneinanderregieren der Ressorts, das Zeitvergeuden in entschlußschwachen Kommissionen. Nur so konnte die Aufgabe mit der militärischen Schnelligkeit erledigt werden, die sonst dem staatlichen Verwaltungsapparat so vollkommen zu mangeln pflegt. Hierzu trat dann als zweites Charakteristikum die Ausdehnung dieser Zentralisation auch auf das Verhältnis von staatlicher und privater Fürsorgetätigkeit. Trotz aller Maßnahmen der Behörden blieb natürlich für die private Arbeit ein unermeßlich weites Feld, und es ist in der Tat auf vielfache Weise versucht worden, dem Lebensminimum, über das der Staat naturgemäß nicht hinausgehen konnte, ein Plus zuzufügen. Aber wenn die Mittel, die hier aufgebracht wurden, und die Kräfte, die sich zur Verfügung stellten, das Maximum des möglichen Nutzens stiften sollten, so mußte auch die private Fürsorge in enge Verbindung mit der staatlichen gebracht werden. Es wurde dabei nicht schematisch verfahren; das Maß der Zentralisation konnte auf den verschiedenen Arbeitsgebieten verschieden weit gesteckt werden, aber die organische Einheitlichkeit des Ganzen wurde gewahrt. Dies System hatte gewiß seine Gefahren; zum Glück aber lag die Oberleitung in den Händen von Männern, die ein lebendiges Gefühl von der Größe ihrer Aufgabe hatten.

Die beiden elementarsten Bedürfnisse, die befriedigt werden mußten, waren: ein Lager zum Schlafen und das tägliche Brot. Zunächst wurden die Hilfesuchenden auf möglichst zahlreiche Gemeinden des Reiches verteilt, und in diesen Gemeinden — die die amtliche Terminologie Flüchtlingsgemeinden getauft hat — brachte man sie unter, so gut es ging, zum großen Teil in Familien, zum Teil in sonstigen Räumen, die irgendwie entbehrlich waren. Zur Bestreitung des notwendigsten Unterhalts gewährte ihnen der Staat eine tägliche Unterstützung von 90 Hellern, die in möglichst zahlreichen Fällen aus Privatmitteln ergänzt wurde. Ungefähr vier Fünftel der Flüchtlinge fanden so ein Unterkommen; als indes der Winter näher kam und immer neue Nachschübe eintrafen, entschloß man sich zu einem radikaleren Mittel, nämlich zum Bau eigener Barackenstädte, in denen man den Aermsten der Vertriebenen Obdach und Wohnung sicherte. Ein Dutzend solcher Barackenlager sind seit dem Herbst 1914 entstanden; von ihrer Einrichtung und dem Leben in ihnen soll ein besonderer Artikel erzählen.

Wäre der Krieg kurz gewesen, so hätte man es bei diesen Maßnahmen zur rein körperlichen Erhaltung der Leute bewenden lassen können. Sowie sich aber die Beendigung des Kriegs in die Länge zog, mußte ein solches Dasein für nicht ganz stumpfe Naturen unerträglich werden. Es tat sich das schwere Problem auf, die Langeweile mit allen ihren demoralisierenden Folgen zu bekämpfen, doppelt schwer angesichts einer Menschenmasse, die infolge ihres Schicksals unter einem tiefen psychischen Druck stand und nun sich widerstandslos in ihre Verzweiflung einzugraben drohte. Um diesen Gefahren zu begegnen, schritt man dazu, vor allem den Barackenbewohnern Unterhaltungen verschiedener Art zu verschaffen; auch das Kino ist bis in diese aus dem Boden gestampften Städte eingedrungen. Es ist aber ein besonderes Verdienst der Fürsorgeaktion, daß sie sich mit solcher bloßen Unterhaltung nicht begnügte und sich mit dem alten Rezept „Brot und Spiele" nicht zufrieden gab. Man machte vielmehr aus der Not eine Tugend und bemühte sich alsbald mit großem Eifer, die Zeit des Exils den Leuten fruchtbar zu machen. Zwei Worte bezeichnen die Richtung, die man hierbei einschlug: Arbeit und Erziehung.

Anfangs hatte die Verwaltung gezögert, dem Arbeitsbedürfnis der Flüchtlinge durch die Einrichtung einer Arbeitsvermittelung zu entsprechen. Man wollte nichts tun, was an den Lebensnerv der eingesessenen Bevölkerung gerührt hätte; die Galizianer sollten daher nicht als Lohndrücker auftreten. In dem Maße jedoch, wie die Zunahme der militärischen Einberufungen an die Stelle der Arbeitslosigkeit einen wachsenden Arbeitermangel setzte, wurden diese Bedenken hinfällig, und nun entschloß man sich zu einem planmäßigen Arbeitsnachweis. Rund 135 000 Stellen wurden vermittelt, ganz überwiegend für landwirtschaftliche Arbeit in Oesterreich-Ungarn und Deutschland; die Arbeitsverträge wurden dabei nach sozialpolitischen Gesichtspunkten geprüft, und es wurde z. B. die in manchen Feldarbeiterverträgen beliebte Klausel, die den Rechtsweg ausschließt, unbedingt abgelehnt. Weitere Arbeitsgelegenheiten kamen hinzu: in den Barackenlagern erforderten der Betrieb der Bäckereien und Schlächtereien, sowie die Bau- und Reparaturarbeiten, fortgesetzt zahlreiche Hände; schließlich aber wurden sowohl in den Lagern wie in den Flüchtlingsgemeinden Werkstätten der mannigfachsten Art eingerichtet.

Neben der Schaffung von Arbeitsgelegenheit stand die Erziehungstätigkeit. Vor allem sorgte man für Schulen. Jedes Barackenlager erhielt seine Volksschule, und in einzelnen Lagern betrug die Zahl der Schüler mehr als 1500. Für erwachsene Analphabeten gab es besondere Kurse, die zum Teil überaus eifrigen Zuspruch fanden. Mit den Arbeitswerkstätten wurden Lehrwerkstätten für Ungelernte verbunden. Eine spezielle Förderung wurde kunstgewerblichen Arbeiten zu teil, vor allem der hausindustriellen Betätigung; man war dabei immer bestrebt, an irgend eine autochthone Industrie des jeweiligen Volkes anzuknüpfen. Ein eigenartiges Interesse verdienen hierbei die ukrainischen Stickereien. Nach der Wiedereroberung Galiziens stellte man fest, daß die Russen planmäßig die Vorlagen für diese Stickereien vernichtet hatten, gleich wie wenn ihnen diese Zeichen einer speziellen ukrainischen, von der großrussischen unterschiedenen Kultur verhaßt gewesen wären. Um den Schaden gut zu machen, veranlaßte man im Lager von Gmünd die ruthenischen Frauen, die Muster aus dem Gedächtnis wiederherzustellen, und der Erfolg war, wie die Ausstellung zeigt, außerordentlich. — Sanitäre und religiöse Einrichtungen vervollständigen das Bild dieser improvisierten Kulturpolitik.

Als die Russen aus Galizien vertrieben waren, galt es, die Rückkehr der Flüchtlinge zu organisieren. Die Sehnsucht der Leute, ihre Heimat wiederzusehen, war stark, aber die Verwaltung mußte bremsen; denn es waren nicht nur die militärischen Gesichtspunkte zu berücksichtigen, sondern auch die Versorgungsverhältnisse der einzelnen Bezirke des verwüsteten Landes. Am 11. Juli vorigen Jahres begann die Rückbeförderung; sie nahm dann schrittweise immer größeren Umfang an, mit besonderer Freude wurde die Freigabe Lembergs begrüßt, die am 11. November erfolgte. Bis Anfang November waren ungefähr 250 000 Personen heimgekehrt; die Zahl stieg bis zum Jahresende schätzungsweise auf eine halbe Million; den letzten Rest denkt man im Frühjahr folgen zu lassen.

Das Schicksal dieser Hunderttausende beleuchtet grell den Charakter des modernen Krieges. Es gab Menschenfreunde, die von einer Humanisierung des Krieges träumten, die dem Krieg seine schlimmsten Schrecken nehmen sollte. Wie das Völkerrecht auf der einen Seite den Kriegsfall eindämmen, den Krieg mehr und mehr illegalisieren und so schließlich rechtlich aufheben sollte, so würde es gleichzeitig den Kriegsinhalt durch immer weitere Vermenschlichung der Methoden des Krieges abschwächen. Es kam sogar vor, daß überkluge Köpfe in solchen Humanisierungstendenzen ein Haar fanden, weil durch eine allzu gründliche Milderung der Kriegssitten der Abscheu der Völker vor dem Kriege Schaden leiden könnte, — gleich wie etwa die Gegnerschaft gegen die Todesstrafe zum Teil dadurch Einbuße erlitten hat, daß man sanftere Formen der Exekution an die Stelle des Räderns und Vierteilens setzte. Die Flucht eines ganzen Volkes vor den entfesselten Leidenschaften des einbrechenden Feindes hat — neben vielem andern — auf solche Hirngespinste eine hohnvolle Antwort erteilt.

Neues Wiener Tagblatt
15./IV. 1916

Der Kriegshilfeverein Wien für Ortelsburg.

Unter ungemein zahlreicher Beteiligung aus allen Gesellschaftskreisen fand gestern im Gemeinderatssitzungssaal die konstituierende Generalversammlung des Kriegshilfevereines Wien für Ortelsburg statt. Unter den Erschienenen bemerkte man: den deutschen Botschafter v. Tschirschky, Minister des Innern Prinzen Hohenlohe, Statthalter Freiherrn v. Bleyleben, die Ehrenbürger Johann Grafen Wilczek und Minister a. D. Doktor v. Wittek, Minister a. D. Dr. Klein, Landeshauptmann von Görz und Gradiska Monsignore Dr. Faidutti, Polizeipräsidenten Freiherr von Gorup, Lloydpräsidenten Dr. v. Derschatta, Schottenabt Opitz, Grafen Kuefstein, Sektionschef Müller vom Ministerium für öffentliche Arbeiten, Präsidenten des evangelischen Oberkirchenrates Dr. Haase, die Vizebürgermeister Hierhammer, Hoß und Rain, Oberkurator Steiner, zahlreiche Gemeinderäte und Bezirksvorsteher, die Rektoren Dr. Menzel (Universität), Dr. Jäger (Technische Hochschule), Dr. Hecke (Hochschule für Bodenkultur), Dr. Günther (Tierärztliche Hochschule), Hofrat Professor Horst-Meyer, Obmann des Deutschen Nationalverbandes Dr. Groß, Präsidenten des Gewerbeförderungsamtes Dr. Adolf Vetter mit dem Hofrat Kunze, Präsidenten des Triester Gewerbeförderungsinstituts Brunner, Präsidenten des Kuratoriums des Gewerbeförderungsinstituts in Görz Bisiach, Ministerialrat Wilhelm Haas; ferner waren anwesend: Rektor der Akademie der bildenden Künste Professor Bacher, Präsident der Genossenschaft der bildenden Künstler Darnaut mit Vorstandstellvertreter Ranzoni, Präsident des Kunstgewerbevereines Kommerzialrat Ermer, Obmann Keller des Künstlerbundes „Hagen", Präsident der Gesellschaft österreichischer Architekten Oerley, Vorstand des Dürerbundes Götzinger, Präsident des Wiener Konzertvereines Thonet, Präsident des Wiener Sängerhausvereines Freiherr v. Eger, Präsident der Schriftstellergenossenschaft Chefredakteur Puchstein, Präsident des Journalisten- und Schriftstellervereines „Concordia" Dr. Ehrlich, Chefredakteur des „Neuen Wiener Tagblatt" Wilhelm Singer, Schriftsteller Max Kalbeck, Baron Friebeis, Präsident des Bundes der Industriellen Kommerzialrat Vetter, Direktor Hochstetter (Skodawerke), Prokurist Dr. Miesler (Siemens u. Halske), Prokurist Swoboda (Siemens-Schuckert-Werke), Direktor Köbel (Nesselsdorfer Waggonfabrik), kaiserlicher Rat Oskar Berl; aus Finanzkreisen: Vizepräsident Otto v. Seybel (Länderbank), Direktor Kuranda (Wiener Bankverein), Präsident Dr. Landesberger (Anglo-österreichische Bank), Präsident Dr. Brettauer (Mercur), kaiserlicher Rat Stiebitz (Erste österreichische Sparkasse), Großindustrieller Theodor v. Auspitz, Hugo v. Noot, Präsident des Gewerbevereines Schiel, Hoflieferant kaiserlicher Rat Julius Neumann, Juwelier Köchert, die Konsuln Dr. Vivenot und Kraus, Doktor Schneider Ritter v. Ernstheim, Präsident der israelitischen Kultusgemeinde Dr. Stern, Generalsekretär Dr. Gianoni, Magistratsdirektor Doktor Nüchtern, Obermagistratsrat Dr. Dont, Baudirektor Goldemund, Oberbaurat Trnka, in Vertretung des Verbandes der Wiener Gesangvereine Magistratsrat Schaufler und viele andre.

Auf der Galerie hatten sich zahlreiche Damen und Vertreter der Presse eingefunden.

Die Begrüßungsrede des Bürgermeisters.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner eröffnete die Versammlung mit folgender Ansprache:

Vor einigen Wochen war es, als Herr Hofrat Vetter zu mir kam, um mir von seiner Reise durch die Gefilde Ostpreußens zu erzählen und mitzuteilen, welch großzügige Aktion in den deutschen Städten wegen Fürsorge für den Wiederaufbau der zerstörten Ortschaften Ostpreußens eingeleitet wurde. Mich erfaßte sofort der große Gedanke, im Wege privater Fürsorge die staatlichen Hilfsmaßnahmen für den Wiederaufbau durch den Krieg zerstörter Ortschaften zu ergänzen und eine gedeihliche Neuentwicklung der in Schutz genommenen Städte zweckmäßig zu fördern. Ich erinnerte mich dabei an eine Einrichtung aus der deutschen Rechtsgeschichte, an die Bewidmung einer Stadt durch die andre mit dem Städterecht. Es gab damals Mutterstädte, welche bewidmete, und Tochterstädte, welche das Recht der Mutterstadt annahmen, und wenn wir heute die Idee der städtischen Patenschaft aufgreifen, so greifen wir zu einer Bewidmung allerdings nicht rechtlicher, aber materieller und kultureller Art. Es entspricht meinem Wesen, was ich erfaßt habe, auch rasch und energisch durchzuführen. Es wurden die Statuten für einen Kriegshilfeverein entworfen, von der Landesstelle bescheinigt, ich verständigte von meinen Absichten meine Kollegen in Berlin und Budapest, und in wenigen Wochen war ein neuer schwesterlicher Städtebund beschlossen, dessen Inhalt durch die drei Worte Ortelsburg, Gerdauen und Görz gekennzeichnet ist. Heute können wir bereits zur Konstituierung des Wiener Kriegshilfevereines für Ortelsburg schreiten. Eine Symphonie der Nächstenliebe, des Mitleides und deutscher Treue, der Gleichklang der Herzen hat eine hochansehnliche Versammlung in den Saal des Rathauses geleitet, hohe Paten und gütige Gönner stehen an der Wiege des neuen Vereines. Ich habe die Auszeichnung, Seine Exzellenz den deutschen Botschafter v. Tschirschky, den Herrn Polizeipräsidenten Dr. Freiherrn v. Lüdinghausen, den Schöpfer der Kriegspatenschaft für Ostpreußen (Heilrufe), Seine Durchlaucht Minister des Innern Konrad Prinzen zu Hohenlohe-Schillingsfürst sowie Seine Exzellenz den Statthalter Dr. v. Bleyleben ehrerbietigst zu begrüßen. Ich freue mich aber auch, zwei Ehrenbürger der Stadt Wien begrüßen zu können: Exzellenz Graf Wilczek und Exzellenz Dr. v. Wittek, welche im wahrsten Sinne des Wortes die Bürgerpflichten als Ehrenbürger stets unentwegt erfüllen. (Lebhafter Beifall.) Ich begrüße Seine Erlaucht Grafen Kuefstein, den warmen Gönner unsrer Stadt, ich begrüße die Vertreter der deutschen Wissenschaft in Wien, die Rektoren der Hochschulen Dr. Menzel, Dr. Jäger, Professor Dr. Hecke und Dr. Günther. (Beifall.) Ich begrüße die Vertreter der Presse, welche sich hier eingefunden haben, insbesondere Herrn Präsidenten Dr. Ehrlich der „Concordia" und den Präsidenten Puchstein der Deutschösterreichischen Schriftstellergenossenschaft. Ich darf wohl an dieser Stelle der Wiener Presse den Dank dafür zum Ausdruck bringen, wie sympathisch sie den Gedanken der deutschen Kriegspatenschaft erfaßt und mit welcher Liebe und hohem Verständnis sie meine Bestrebungen unterstützt hat. Ich kann nur die Bitte an die Vertreter der Presse richten, auch weiterhin dem Kriegshilfeverein Wien für Ortelsburg treu zur Seite zu stehen und den Gedanken durch ihre Publikationen in weiteste Kreise zu tragen. Ich begrüße auch alle Damen und Herren, die sich dem großen Gedanken so bereitwillig angeschlossen haben.

Draußen an den Grenzen des Reiches und im weit erstürmten Feindesland schlagen die lodernden Flammen des Weltkrieges zum blutroten Himmel empor, haßerfüllte Gegner ruhen nicht, um Freiheit und Recht zu knechten. Die Menschenliebe hat sich zu uns geflüchtet und wir wollen sie hegen und pflegen, damit sie nicht verloren gehe auf Erden. (Beifall.) Der Bruder will dem Bruder helfen. Wir kennen Ortelsburg nicht, aber eine Stadt unsrer Waffenbrüder, vom Feind zerstört und verwüstet. Die Blicke unsrer Liebe und unsres Mitleides schauen heute auf die kampfdurchwühlten Gefilde Ostpreußens und zur zerstörten Kreisstadt Ortelsburg. Ein wunderbarer und erhebender Gedanke ist es, daß wir der unbekannten Stadt unsre Herzen öffnen, daß wir ihre Bewohner in unsre Arme schließen möchten, als wären sie die geretteten Söhne unsres eigenen Vaterlandes. (Beifall.) Die geheimnisvolle Macht gleichen Stammes und gleichen Blutes zwingt uns zu einander, aber es zwingt uns auch deutsche Art und deutsches Wesen und vor allem die im heldenmütigen Kampfe tausendfältig bewährte Treue zweier Reiche und ihrer erhabenen Monarchen. Die Herzensgemeinschaft von der Nordsee bis zur Adria kann nur gefestigt und inniger, sie darf aber niemals gelockert werden, darum ist Wien die Kriegspatin von Ortelsburg geworden.

Hochverehrte Damen und Herren! Das Angebinde, welches ich und die Wiener dem neuen Kinde in die Wiege legen können, ist groß. Vor der Konstituierung sind bereits dem Kriegshilfsverein Wien für Ortelsburg 42 Stifter mit zusammen 58,000 K., 92 Mitglieder mit 2805 K. und 8 Spender mit 1320 K., die Gemeinde Wien zufolge Stadtratsbeschlusses mit 50,000 K. beigetreten. Das Kind besitzt bereits über 100,000 K., es mögen die weiteren Tausende folgen.

Das eine möchte ich dem kommenden Ausschusse ans Herz legen. Das, was im Namen Wiens in Ortelsburg geschaffen wird, soll der großen Zeit, in der wir leben, es soll der alten Kaiserstadt an der Donau würdig sein, soll dem deutschen Volke zum ewigen Ruhm und zur dauernden Ehre gereichen. Wir grüßen in diesem historischen Augenblick die nordische Stadt, zum Zeichen, daß sich der Süden des Bundes für immer zum Norden geselle. Ortelsburg mit seinen Seen und seiner nordischen Kultur vermählt sich heute mit der Donaustadt am Fuße der Alpen, die vom Lenzhauch des Südens umschmeichelt wird. In diesem

Neues Wiener Tagblatt 15./III. 1916

Der Kriegshilfsverein Wien für Ortelsburg.

Gedenken grüße ich die hochansehnliche Versammlung, die sich zur Kriegshilfe für Ortelsburg eingefunden hat, und erkläre die erste konstituierende Versammlung unsres Kriegshilfevereines für eröffnet. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Der Vortrag des Polizeipräsidenten Freiherrn v. Lüdinghausen.

Polizeipräsident von Berlin-Schöneberg Freiherr v. Lüdinghausen, mit stürmischen Beifall begrüßt, erklärte, er sei sehr gern dem Rufe, in Wien einen Vortrag über Ostpreußenhilfe zu halten, gefolgt, gelte doch allen Reichsdeutschen die Kaiserstadt an der Donau als die schönste, die lebensfroheste und die liebenswürdigste aller deutschen Städte. Durch den Krieg sind die engen Bande des Volkstums und der gegenseitigen herzlichen Sympathie noch fester gekettet worden durch die Schulter an Schulter erkämpften Siege und durch das gemeinsam vergossene Blut für die hehre Sache. Es sei ein erhebender Gedanke, daß der Verbrüderung auf dem Schlachtfelde nicht bloß eine Fortsetzung des engen politischen Bündnisses — das, so Gott will, für ewige Zeiten unlöslich sein wird — und einer engeren Wirtschaftsgemeinschaft folgen wird, sondern daß damit auch eine spezielle Aufgabe, die weit in die Zeit des Friedens hineinzureichen bestimmt ist, zusammenhängt, der Wiederaufbau der durch den Krieg zerstörten Ortschaften Ostpreußens, indem die Stadt Wien die Kriegspatenschaft über Ortelsburg übernimmt, während in Deutschland zugunsten der schwergeprüften österreichischen Stadt Görz Hilfsmaßnahmen vorbereitet werden.

Eine Depesche Kaiser Wilhelms.

Der Polizeipräsident verliest sodann ein Telegramm des Kaisers Wilhelm über die Zustände in Ostpreußen, nachdem die Russen wieder vertrieben wurden, welches lautet: „Meine Freude über den herrlichen Erfolg wird beeinträchtigt durch den Anblick des einst so blühenden Striches, der lange Wochen in der Hand des Feindes war; bar jedes menschlichen Fühlens, hat er auf der Flucht das letzte Haus verbrannt oder sonst zerstört. Ich weiß mich mit jedem Deutschen eins, wenn ich gelobe, daß das, was Menschenkraft vermag, geschehen wird, um neues, frisches Leben aus den Ruinen erstehen zu lassen."

Der Redner bemerkt sodann, daß er sich deshalb berufen gefühlt habe, die Ostpreußenhilfe ins Leben zu rufen, weil er als Landrat des ostpreußischen Kreises Gumbinen längere Zeit wirkte und dort Grundbesitz besaß. Er erörterte dann die Organisation, die Ziele und die Wirksamkeit der Vereine, welche sich mit der Ostpreußenhilfe befassen, besprach hiebei die Verbesserungen im Neuaufbau in hygienischer und ästhetischer Hinsicht und schloß mit den Worten, daß sich die Stadt Wien mit dem Wiederaufbau von Ortelsburg ein dauerndes und unvergängliches Denkmal nicht nur in dieser Stadt, sondern in Ostpreußen und im ganzen deutschen Reich setze.

Der Redner erntete für seine Ausführungen stürmischen, allgemeinen Beifall.

Die Ausführungen des Monsignore Dr. Faidutti.

Landeshauptmann von Görz Monsignore Dr. Faidutti führte aus: Dank der liebenswürdigen Einladung Seiner Exzellenz, des hochverdienten Bürgermeisters der Stadt Wien, ist mir heute die große Ehre zuteil geworden, an der konstituierenden Versammlung des Kriegshilfevereines Wien für Ortelsburg teilnehmen zu dürfen. Es wird heute jene großzügige Hilfsaktion ins Leben gerufen und in die Wege geleitet, die gleichsam als vergeltende Gegenaktion die Uebernahme der Patenschaft zum Wiederaufbau unsrer von dem treulosen Feinde in ohnmächtiger Wut zerstörten Stadt Görz durch die großmütige Verwaltung Berlins, der herrlichen Hauptstadt unsres mächtigen Verbündeten, zur Folge haben wird. Als Landeshauptmann von Görz und Gradiska fühle ich das dringende Bedürfnis Euer Exzellenz und allen hochverehrten Anwesenden im Namen der ganzen schwer geprüften gefürsteten Grafschaft Görz-Gradiska für diese in ihren Folgen auch für uns wohltätige Initiative den innigsten Dank zum Ausdruck zu bringen. Die Kriegsfurien haben in unserm Lande furchtbar gewütet; die geflüchteten Bewohner, sei es, daß sie in den verschiedenen Barackenlagern, sei es, daß sie in den verschiedenen Niederlassungen weilen oder trotz Kanonendonner und Granaten in den Kellerräumen von Görz wohnen, sie alle müssen Kummer und Trübsal dulden; allein das teilnehmende Gefühl der übrigen Volksstämme Oesterreichs, das Bewußtsein, daß es ein Wiener Herz gibt, in dem ihre Leiden einen Widerhall finden, das Bewußtsein, daß Seine Exzellenz der Bürgermeister der

Ungarischer Ministerrat.

Budapest, 14. März. Heute um 5 Uhr nachmittags fand im Palais des Ministerpräsidiums unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Grafen Tisza ein Ministerrat statt, an dem sämtliche in Budapest weilenden Mitglieder des Kabinetts teilnahmen. Als Protokollführer fungierte Ministerialrat v. Drasche-Lazar.

Sitzung des Verbandes der deutschböhmischen Reichsratsabgeordneten.

Der Verband deutschböhmischer Reichsratsabgeordneter hielt gestern eine Sitzung ab, an der außer zahlreichen Mitgliedern des Verbandes auch die Abgeordneten Ferzabek, Iro, Jäger und Wirt teilnahmen. Vor der Tagesordnung [illegible] halten, uns erinnern, daß wir in Wien wohlwollende Gönner haben. Ja wir wollen diese Staatszugehörigkeit wärmstens pflegen, wir wollen die eherne Mauer, die jetzt am Isonzo den treulosen Feind zurückdrängt, durch eine Mauer vaterlandsliebender Männer und Frauen ersetzen, die jede Unterwühlung dieser Gemeinsamkeit unmöglich machen wird. Wir wollen unsern nationalen Traditionen unentwegt treu bleiben, aber auch treu bleiben bis zum letzten Atemzuge unsrem angestammten Herrscherhause, treu bleiben dem lieben geeinten Vaterlande, treu und dankbar unsrer herrlichen Haupt- und Residenzstadt Wien, seinem Bürgermeister, seinen Bewohnern. Möge Habsburgs glorreicher Aar seine mächtigen Schwingen bald wieder über unsre ganze gefürstete Grafschaft breiten, möge uns bald die günstige Gelegenheit geboten werden, zu beweisen, daß wir willens sind, wie im Kriege auch nach dem Kriege Oesterreichs würdige Söhne zu sein und zu bleiben.

Die Konstituierung des Vereinsvorstandes.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner dankt dem Redner für seine so patriotisch bedeutungsvollen Worte und schreitet sodann zur Wahl des Vereinsvorstandes, welcher im Sinne der Statuten aus neun Mitgliedern zu bestehen habe, und zwar dem jeweiligen Bürgermeister als Ehrenvorsitzenden, fünf von der Gemeinde Wien entsendeten und vier gewählten Mitglieder nominiere er: Vizebürgermeister Hoß, Hofrat Dr. Adolf Vetter, Oberkurator Leopold Steiner, Stadtrat Schwer und Baudirektor Goldemund; als von der Versammlung zu wählende Mitglieder schlage er vor: Minister a. D. Dr. Klein, Professor Dr. Horst-Meyer, welcher aus Ostpreußen stamme, den Präsidenten des Bundes österreichischer Industrieller Kommerzialrat Heinrich Vetter und den Generalsekretär des Verbandes österreichischer Heimatschutzvereine Dr. Gianoni. Nach dem Besuch und Verlauf der heutigen glänzenden Versammlung müsse jedoch angenommen werden, daß die Größe des Vorstandes zu gering bemessen sei, und es werde sich eine Erweiterung desselben als notwendig erweisen. Die heute vorgeschlagenen Mitglieder des Ausschusses wurden sodann einstimmig genehmigt.

Wir haben, fährt der Bürgermeister fort, noch eine Pflicht zu erfüllen, und zwar von der Tatsache unsrer Konstituierung die Gemeindevorstehungen von Ortelsburg und Berlin zu verständigen. Zu diesem Zweck schlage ich Ihnen vor, folgende Telegramme abzuschicken:

Depeschen nach Ortelsburg und Berlin.

An Bürgermeister Mey, Ortelsburg: „In dem Augenblicke, da der Kriegshilfsverein Wien für Ortelsburg seine Tätigkeit beginnt, sind alle unsre Gedanken an unser Patenkind gerichtet, dem wir nach unsern besten Kräften beistehen wollen; ihm soll von den reifenden Knospen und Blüten des Wiener Lenzes der schönsten eine gewidmet sein. Möge Ortelsburg dann in neuer Frühlingspracht auferstehen und des rauhen Winters vergessen mit all seinen Fährnissen und den unholden Gesellen, die ihn begleiteten. In Treuem grüßen wir Ortelsburg und seine Bewohner, unsre Blutsbrüder und Bundesfreunde!"

An Oberbürgermeister Dr. Wermuth, Berlin: „Der Kriegshilfsverein Wien für Ortelsburg hat soeben seine konstituierende Sitzung abgehalten und ist glücklich, mitteilen zu können, daß seinem Ziele von den weitesten Kreisen der Bevölkerung die herzlichste Sympathie und werktätige Mithilfe zuteil wird. So dürfen wir mit Berechtigung hoffen, für die Wiederaufrichtung unsres Patenkindes Ortelsburg in entsprechender Weise beitragen und daran mitwirken zu können, daß die Stadt zu neuer Blüte erstehe. Gott schütze Ostpreußen und führe weiter zu Ruhm und Macht des deutschen Reiches herrliche Hauptstadt Berlin und den Herzensbund unsrer beiden Reiche!"

Schließen aber kann ich diese Versammlung

Amtsblatt der Stadt Wien
17. III. 1916
1
207

Wien — Ortelsburg.

Unter ungemein zahlreicher Beteiligung aus allen Gesellschaftskreisen fand am Dienstag den 14. März 1916 um 11 Uhr vormittags im Gemeinderats-Sitzungssaale die konstituierende Versammlung des Kriegshilfsvereines Wien für Ortelsburg statt.

Bürgermeister Dr. Richard Weiskirchner eröffnete die Versammlung mit folgender Ansprache:

„Euere Exzellenzen!

Hochverehrte Damen und Herren!

Vor einigen Wochen war es, als Herr Hofrat Dr. Vetter zu mir kam, um mir von seiner Reise durch die Gefilde Ostpreußens zu erzählen und mitzuteilen, welch großzügige Aktion in den deutschen Städten wegen Fürsorge für den Wiederaufbau der zerstörten Ortschaften Ostpreußens eingeleitet wurde. Mich erfaßte sofort der große Gedanke, im Wege privater Fürsorge die staatlichen Hilfsmaßnahmen für den Wiederaufbau durch den Krieg zerstörter Ortschaften zu ergänzen und eine gedeihliche Neuentwicklung der in Schutz genommenen Städte zweckmäßig zu fördern. Ich erinnerte mich dabei an eine Einrichtung aus der deutschen Rechtsgeschichte, an die Bewidmung einer Stadt durch die andere mit dem Stadtrecht. Es gab damals Mutterstädte, welche bewidmeten, und Tochterstädte, welche das Recht der Mutterstadt annahmen, und wenn wir heute die Idee der städtischen Patenschaft aufgreifen, so greifen wir zu einer Bewidmung allerdings nicht rechtlicher, aber materieller und kultureller Art. Es entspricht meinem Wesen, was ich erfaßt habe, auch rasch und energisch durchzuführen. Es wurden die Statuten für einen Kriegshilfeverein entworfen und von der Landesstelle bescheinigt, ich verständigte von meinen Absichten meine Kollegen in Berlin und Budapest und in wenigen Wochen war ein neuer schwesterlicher Städtebund beschlossen, dessen Inhalt durch die drei Worte: Ortelsburg, Gerdauen und Görz gekennzeichnet ist. Heute können wir bereits zur Konstituierung des Wiener Kriegshilfevereines für Ortelsburg schreiten. Eine Symphonie der Nächstenliebe, des Mitleides und deutscher Treue, der Gleichklang der Herzen hat eine hochansehnliche Versammlung in den Saal des Rathauses geleitet. Hohe Paten und gütige Gönner stehen an der Wiege des neuen Vereines. Ich habe die Auszeichnung Seine Exzellenz den deutschen Botschafter v. Tschirschky, den Herrn Polizeipräsidenten von Berlin-Schöneberg Dr. Freiherrn v. Lüdinghausen, den Schöpfer der Kriegspatenschaft für Ostpreußen (Heil-Rufe), Seine Durchlaucht Minister des Innern Konrad Prinz zu Hohenlohe-Schillingsfürst, sowie Seine Exzellenz den Statthalter Dr. v. Bleyleben ehrerbietigst zu begrüßen. Ich freue mich aber auch zwei Ehrenbürger der Stadt Wien begrüßen zu können: Exzellenz Graf Wilczek und Exzellenz Dr. v. Wittek, welche im wahrsten Sinne des Wortes die Bürgerpflichten als Ehrenbürger stets unentwegt erfüllen. (Lebhafter Beifall.) Ich begrüße Seine Erlaucht Grafen Kuefstein, den warmen Gönner unserer Stadt, ich begrüße die Vertreter der deutschen Wissenschaft in Wien, die Rektoren der Hochschulen Dr. Menzel, Dr. Jäger, Professor Dr. Hecke und Dr. Günther. (Beifall.) Ich begrüße die Vertreter der Presse, welche sich hier eingefunden haben, insbesondere Herrn Präsidenden Dr. Ehrlich der „Concordia" und den Präsidenten Puchstein der Deutsch-österreichischen

Amtsblatt der Stadt Wien 17. VIII. 1916

II

Wien – Ortelsburg

208

Schriftsteller-Genossenschaft. Ich darf wohl an dieser Stelle der Wiener Presse den Dank dafür zum Ausdruck bringen, wie sympathisch sie den Gedanken der deutschen Kriegspatenschaft erfaßt und mit welcher Liebe und hohem Verständnis sie meine Bestrebungen unterstützt hat. Ich kann nur die Bitte an die Vertreter der Presse richten, auch weiterhin dem Kriegshilfsverein Wien für Ortelsburg treu zur Seite zu stehen und den Gedanken durch ihre Publikationen in weiteste Kreise zu tragen. Ich begrüße auch alle Damen und Herren, die sich dem großen Gedanken so bereitwillig angeschlossen haben.

Draußen an den Grenzen des Reiches und im weit erstürmten Feindesland schlagen die lodernden Flammen des Weltkrieges zum blutroten Himmel empor. Haßerfüllte Gegner ruhen nicht, um Freiheit und Recht zu knechten. Die Menschenliebe hat sich zu uns geflüchtet und wir wollen sie hegen und pflegen, damit sie nicht verloren gehe auf Erden. (Beifall.) Der Bruder will dem Bruder helfen.

Wir kennen Ortelsburg nicht, es ist aber eine Stadt unserer Waffenbrüder, vom Feinde zerstört und verwüstet. Die Blicke unserer Liebe und unseres Mitleides schauen heute auf die kampfdurchwühlten Gefilde Ostpreußens und zur zerstörten Kreisstadt Ortelsburg.

Ein wunderbarer und erhebender Gedanke ist es, daß wir der unbekannten Stadt unsere Herzen öffnen, daß wir ihre Bewohner in unsere Arme schließen möchten, als wären sie die geretteten Söhne unseres eigenen Vaterlandes. (Beifall.)

Die geheimnisvolle Macht gleichen Stammes und gleichen Blutes zwingt uns zu einander, aber es zwingt uns auch deutsche Art und deutsches Wesen und vor allem die im heldenmütigen Kampfe tausendfältig bewährte Treue der zwei Reiche und ihrer erhabenen Monarchen. Die Herzensgemeinschaft von der Nordsee bis zur Adria kann nur gefestigt und inniger werden, sie darf aber niemals gelockert werden, darum ist Wien die Kriegspatin von Ortelsburg geworden.

Hochverehrte Damen und Herren! Das Angebinde, welches ich und die Wiener dem neuen Kinde in die Wiege legen können, ist groß. Vor der Konstituierung sind bereits dem Kriegshilfsvereine Wien für Ortelsburg 42 Stifter mit zusammen 58.000 K, 92 Mitglieder mit 2805 K und 8 Spender mit 1320 K und die Gemeinde Wien zufolge Stadtrats-Beschlusses vom 10. Februar 1916 mit 50.000 K beigetreten. Das Kind besitzt bereits über 100.000 K! Es mögen die weiteren Tausende folgen!

Das eine möchte ich dem kommenden Ausschusse ans Herz legen. Das, was im Namen Wiens in Ortelsburg geschaffen wird, soll der großen Zeit, in der wir leben, es soll der alten Kaiserstadt an der Donau würdig sein, soll dem deutschen Volke zum ewigen Ruhm und zur dauernden Ehre gereichen. Wir grüßen in diesem historischen Augenblick die nordische Stadt, zum Zeichen, daß sich der Süden des Bundes für immer zum Norden gesellt. Ortelsburg mit seinen Seen und seiner nordischen Kultur vermählt sich heute mit der Donaustadt am Fuße der Alpen, die vom Lenzhauch des Südens umschmeichelt wird. In diesem Gedenken grüße ich die hochansehnliche Versammlung, die sich zur Kriegshilfe für Ortelsburg eingefunden hat, und erkläre die erste konstituierende Versammlung unseres Kriegshilfevereines für eröffnet. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Herr Polizeipräsident Dr. Freiherr v. Lüdinghausen hat sich bereit erklärt, uns einen Vortrag über die Kriegshilfe in Ostpreußen zu halten.

Ich bitte ihn, das Wort zu ergreifen."

Dr. Freiherr v. Lüdinghausen (mit lebhaftem Beifall begrüßt) hielt nun folgenden Vortrag:

„Euere Exzellenzen! Hochansehnliche Versammlung!

Ich bedanke mich zunächst bei Seiner Exzellenz dem Herrn Bürgermeister für die freundlichen an mich gerichteten Begrüßungsworte. Ich bin der Einladung zur heutigen Sitzung mit größter Freude gefolgt, denn wer sollte nicht gern nach Wien kommen? Gilt doch uns Reichsdeutschen die herrliche Kaiserstadt an den Donau als eine der schönsten deutschen Städte und vielen von uns, die wie ich selbst, hier öfter geweilt haben, gilt Wien als die schönste, die lebensfroheste und liebenswürdigste von allen deutschen Städten. Die Bande, die uns verknüpfen, wurden noch fester durch diesen Krieg, durch den gemeinschaftlichen Kampf Schulter an Schulter gegen denselben Feind, für dieselbe hehre und erhabene Sache. Ein schöner und erhebender Gedanke ist durch die hochherzige Initiative des Bürgermeisters der Stadt Wien der Verwirklichung nähergerückt, die engere Gemeinschaft zwischen den zwei Kaiserreichen und den Reichshauptstädten zu übertragen über die Dauer des Krieges hinaus auf d. Friedenszeit; eine Gemeinschaft, die, will es Gott, für ewige Zeiten unauflöslich bestehen bleiben wird (Beifall), die sich nicht beschränkt auf die eigentliche wirtschaftliche Gemeinschaft, sondern auch auf eine spezielle Aufgabe erstreckt, die aus dem Krieg hervorgegangen ist, mit ihm zusammenhängt, aber doch so eigentlich ein Werk des Friedens ist, den Wiederaufbau der durch den Krieg zerstörten Ortschaften. Die Stadt Wien hat die Patenschaft über Ortelsburg in Ostpreußen übernommen, dagegen wird von Deutschland wieder eine Hilfstätigkeit entfaltet zugunsten der schwergeprüften Stadt Görz. (Heil-Rufe.)

Welche Zustände in Ostpreußen herrschen, brauche ich Ihnen wohl nicht erst eingehend auseinanderzusetzen. Sie alle wissen, wie die Russen gehaust haben in Galizien und in Ungarn und können sich ein Bild machen, wie es nach der Russeninvasion in Ostpreußen ausgesehen hat.

Nicht treffender kann ich die Zustände in Ostpreußen schildern als durch die Wiedergabe des Telegrammes, das Se. Majestät der deutsche Kaiser an den Reichskanzler am 16. Februar 1915 gerichtet hat, unmittelbar nach der großen Schlacht bei den Masurischen Seen, nachdem durch Hindenburg Ostpreußen von den Russen endgiltig befreit war. Das Telegramm lautet:

„Meine Freude über den herrlichen Erfolg wird beeinträchtigt durch den Anblick des einst so blühenden Striches, der lange Wochen in der Hand des Feindes war; bar jedes menschlichen Fühlens hat er auf der Flucht fast das letzte Haus verbrannt oder sonst zerstört. Ich weiß mich mit jedem Deutschen eins, wenn Ich gelobe, daß das, was Menschenkraft vermag, geschehen wird, um neues frisches Leben aus den Ruinen erstehen zu lassen."

Meine verehrten Herren, dieses Wort ist auch der Leitstern der ganzen Bewegung der Ostpreußenhilfe geworden. Sie werden vielleicht fragen, inwieferne ich dazu gekommen bin, mich der Begründung und Organisation dieser großen Aktion anzunehmen. Diese Frage kann ich dahin beantworten, daß ich den inneren

Amtsblatt der Stadt Wien 17./III. 1916 III
Wien Ortelsburg 209

Beruf und die innere Legitimation zu der Aufgabe, an deren Durchführung ich arbeite, aus dem Umstande geschöpft habe, daß ich das Land genau kenne, daß ich in Ostpreußen im Kreise Gumbinnen dem Großgrundbesitze angehöre und daher alle Verhältnisse dort genau kenne.

Da war es für mich natürlich, daß ich, als die Russen in Ostpreußen einfielen, was ich selbst noch leicht dort hätte erleben können, mich mit meinen Gedanken lebhaft mit dem Schicksale der der Verheerung preisgegebenen Provinz beschäftigte und auf Mittel sann, beizutragen, die Kriegsnot zu lindern. Als mir der Gedanke der Kriegspatenschaft für die zerstörten ostpreußischen Städte gekommen ist, habe ich diesen Gedanken zunächst im Bereiche meines Wirkungskreises durch Begründung von Kriegshilfevereinen ausgeführt. Die Möglichkeit, diesen Gedanken in die Tat umzusetzen, war dadurch gegeben, daß zwei bestehende Vereine die „Roten Kreuz"-Vereine in Berlin-Schöneberg und Berlin-Wilmersdorf, für die Sache gewonnen wurden. Ich gründete ferner die beiden Kriegshilfevereine Berlin-Wilmersdorf für Gerdauen und Berlin-Schöneberg für Domnau mit je 50.000 Mark Grundkapital aus den Mitteln des „Roten Kreuzes" und es ist uns gelungen, das Vermögen dieser beiden Vereine auf je 150.000 Mark zu bringen.

Dann gründete ich weiter den Verein Berlin für Gumbinnen Stadt und Kreis. Die Gründung wurde dadurch erleichtert, daß ich der Vorsitzende des bestehenden Vereines „Metallsammlung gegen Kriegsnot" war. Dieser Verein hatte Metall in ganz Deutschland gesammelt und an die Heeresverwaltung abgegeben. Der Erlös für das Metall betrug damals, als ich an den Verein wegen Ostpreußen herantrat, über 400.000 Mark. Es ist mir gelungen, die Mitglieder dafür zu begeistern, daß sie dieses Vermögen zur Begründung des Kriegshilfevereines Berlin für Gumbinnen Stadt und Kreis hergegeben haben. Das alles ist in kurzer Zeit geschehen. Diese vorzüglichen Erfolge ermutigten mich, dadurch weiter hervorzutreten, daß ich eine Denkschrift verfaßte, in der ich die Ziele der Kriegspatenschaft auseinandersetzte und einen Aufruf an die Bürgermeister aller großen Städte, an die Bewohner der großen Gemeinden des Deutschen Reiches richtete, ihrerseits überall in Deutschland Kriegshilfevereine für die ostpreußischen Städte zu begründen, in welchen zugleich nähere Richtlinien für die mir vorschwebenden Hilfsaktionen angegeben waren. Dieser Aufruf ist nicht nur von der Presse überaus günstig beurteilt worden, sondern er hat auch überall in deutschen Volkskreisen sehr viel Anklang gefunden. Mit der von mir vorgeschlagenen Form der Hilfeleistung, durch welche denselben ein individueller Charakter gegeben werden soll, bezweckte ich nicht nur die Möglichkeit, große Summen für Ostpreußen flüssig zu machen, mir lag auch daran, daß durch Begründung zahlreicher Vereine mit Satzungen, mit einem Vereinsvorstand, durch Mitgliederversammlungen, in denen die Kriegsereignisse besprochen wurden, die Aufmerksamkeit auf Ostpreußen gelenkt werde, durch welche auch das Interesse lebendig erhalten werden konnte und durch welche es auch gelingen sollte, die Anknüpfung enger Wechselbeziehungen zwischen den Städten im Reiche und den ostpreußischen Städten, die bisher ziemlich geringe waren, die letzteren dem Herzen Deutschlands näher zu bringen. Die Hoffnung auf das Gelingen meiner Bestrebungen, mit denen ich vor mehr als Jahresfrist hervortrat, ist erfreulicherweise in ihrem vollen Umfange in Erfüllung gegangen.

Sehr bald haben sich an die ersten Vereine andere angeschlossen, so sind solche Vereine in Leipzig, in Dresden, in Frankfurt a. M. und in vielen anderen Städten gegründet worden. Und nun sagte ich mir: Was den Städten für die Städte möglich gewesen ist, muß auch für das flache Land möglich sein, welches selbst nicht weniger gelitten hat, als die Städte. Dieses erweiterte Programm wurde nun auf sämtliche von den Russen heimgesuchten ostpreußischen Kreise einschließlich der Städte und ländlichen Ortschaften ausgedehnt, nur war die Organisation etwas schwieriger, denn es kam darauf an, einmal möglichst sämtliche bedürftige Kreise im richtigen Verhältnisse zu einander zu versorgen, anderseits aber auch möglichst alle deutschen Landesteile zur Beteiligung daran zu gewinnen. Es mußte also die Sache so geleitet werden, daß es wie bei einem richtigen Rechenexempel aufging, indem kein Kreis übrig blieb und anderseits alle Landesteile an den Zuschüssen partizipierten. Es mußte daher ein genauer Voranschlag gemacht werden nach der Bedürftigkeit der einzelnen Kreise, die mir bekannt waren. Es mußten erst Erfahrungen gesammelt werden, mit wieviel Geld der Zweck zu erreichen sein würde, denn es fehlte uns eben bei den ersten Vereinsgründungen ein absoluter Maßstab dafür, womit wir rechnen könnten. In demselben Maße, als Gründungen erfolgten, sind aber auch die Ansprüche gestiegen, aber schließlich sind wir doch durchgekommen.

Die Beteiligung an der Kriegshilfe ist aber nicht überall in der Form von freien Vereinigungen, bestehend aus einzelnen Personen erfolgt. Es ist schwierig, in ganz Deutschland überall eine Vereinstätigkeit zu gründen, welcher nur Einzelpersonen beitreten können; das wäre eine Organisation, die man in Jahresfrist nicht zustandebringen könnte.

Doch mich beschäftigte etwas anderes. Ich legte mir und befreundeten Regierungspräsidenten die Frage vor, ob nicht innerhalb der einzelnen Regierungsbezirke Vereinigungen zustande gebracht werden könnten, welchen kommunale Verbände eines Regierungbezirkes als Mitglieder beitreten können mit einem einmaligen Eintrittsgelde und jährlichen Beiträgen. Dieser Antrag, den ich an verschiedene Regierungspräsidenten gerichtet habe, wurde von denselben gut aufgenommen und der erste derartige Verein war der Kriegshilfeverein des Regierungsbezirkes Oppeln für den Kreis Lyk. Der Herr Regierungspräsident von Schwerin hat den Verein zustandegebracht, dem sämtliche Gemeinden, die ländlichen Kreise und die städtischen Kreise beigetreten sind. Es war im Anfang ein Vereinsvermögen von 500.000 Mark vorgesehen. Nachdem sich nun einmal die einzelnen Kommunalverbände der bedeutenden Kreisstädte einverstanden erklärt hatten, einen solchen Verein zu begründen, mußten noch viele Formalitäten erfüllt werden, überall mußten die Vertretungen angehört werden, welche die Gelder zu bewilligen hatten, aber dann war der Verein nach kurzer Zeit schon im Vorjahre im Besitze eines Vermögens von 550.000 Mark, außer den jährlichen Beiträgen, welche mit dem Betrage von 30.000 bis 40.000 Mark für zehn Jahre hinaus gesichert waren. Es ist also in diesem Kreise eine schöne Hilfstätigkeit entfaltet worden, er besitzt für eine ganze Reihe von Jahren nicht nur ein Vermögen, sondern auch daneben jährlich laufende Einnahmen. In ähnlicher Weise ist auch an anderen Orten vorgegangen worden, beispielsweise in Düsseldorf, wohl in dem reichsten Regierungsbezirke in Preußen. Dort ist allerdings Krupp, aber Krupp ist daran nicht besonders beteiligt, man hat ihn nur

Amtsblatt der Stadt Wien 17./III. 1916 IV.

Wien – Ortelsburg 210

als Bürger der Stadt Essen, welche auch eine Kriegsaktion eingeleitet hat, herangezogen. Aber Krupp hat in Aussicht genommen eine Widmung in der Höhe von 2 Millionen Mark, über deren Verwendung noch keine Bestimmung getroffen ist. Düsseldorf hat aber immerhin einen Betrag von $1^1/_2$ Millionen Mark für Ostpreußen zur Verfügung gestellt, welche wieder auf sämtliche Kreise und Städte verteilt worden ist. Das sind also die auf kommunaler Grundlage ruhenden Vereine. Dabei soll es nicht bei einer einmaligen Spende verbleiben, sondern es soll für eine gewisse Reihe von Jahren ein Schutzverhältnis, ein Fürsorgeverhältnis über die ostpreußischen Patenkinder bestehen.

Es ist erreicht werden, daß von 35 ostpreußischen Kreisen 31 entweder schon versorgt sind oder doch Aussicht haben, in der nächsten Zeit eine Patenschaft zu bekommen. Auszuscheiden aus diesen ostpreußischen Kreisen sind Königsberg und drei andere Städte über 30.000 Einwohner in Ostpreußen und vier ländliche Kreise, wohin die Russen überhaupt nicht gekommen sind, sämtliche übrigen Kreise sind in die Hilfsaktion einbezogen. Die Beträge, die ihnen zufließen werden, schwanken zwischen 200.000 Mark und 1,000.000 Mark, je nachdem die einzelnen Kreise mehr oder weniger bedürftig sind.

Auch die größeren Bundesstaaten haben da ohne Ausnahme mitgewirkt. Bayern hat den Anfang gemacht, indem in München der Ostpreußische Hilfsverein begründet wurde, welcher das Ziel verfolgt, den abgebrannten Bewohnern durch Überlassung von Möbeln, Kleidern ꝛc. zu helfen. Eine namhafte Aktion wurde auf Veranlassung des Herrn Ministers des Innern in großzügiger Weise in Bayern eingeleitet, welche bezweckt, für zwei ostpreußische Kreise die Kriegspatenschaft zu übernehmen. Auch in Baden wurde die Sache sehr früh in die Hand genommen und wir sehen, daß es überall Persönlichkeiten gab, die sich für die Sache begeistert haben. Es ist hiebei in keiner Weise nach einem Schema vorgegangen worden; überall wo sich Interesse und Liebe zur Sache zeigten, werden Persönlichkeiten gewonnen, und an die Spitze stellt sich einmal ein Minister, dann ein Ober-Bürgermeister, ein Handelskammerpräsident, je nachdem die Verhältnisse gelegen waren. Aber auch die kleinen Bundesstaaten sind sehr rührig gewesen. Braunschweig mit seinen 400.000 Einwohnern hat 200.000 Mark aufgebracht. Sehr schön ist auch in Bremen gearbeitet worden. Bremen leidet außerordentlich durch den Krieg, Handel und Schiffahrt stehen still, und trotzdem haben die Bremer Privatvereine bei 250.000 Einwohnern bereits ein Vereinsvermögen von 300.000 Mark aufgebracht. Den größten Rekord hat aber Berlin-Schönwald aufgestellt, welches 600.000 Mark für Ostpreußen aufgebracht hat. Für den, der Schönwald kennt, wird das freilich nicht überraschend erscheinen.

Ich habe das alles der geehrten Versammlung so ausführlich mitgeteilt, um einen kleinen Überblick zu geben über die Organisation, wie sie sich in Deutschland gestaltet hat. Wir haben ja das „Rote Kreuz" und die Nationalstiftung schon vor dem Kriege gehabt, aber die Ostpreußenhilfe ist jedenfalls sowohl dem Umfang als auch dem finanziellen Effekte nach die größte private Hilfsaktion, welche überhaupt in Deutschland geschaffen wurde. Der Dank dafür, daß die Aktion in so glänzender Weise zustande gekommen ist, gebührt allen Männern, die sich überall in deutschen Landen so bereitwillig an die Spitze gestellt haben und denen von Sr. Majestät dem Kaiser in der Thronrede bei Eröffnung des preußischen Landtages ausdrücklich der Dank ausgesprochen wurde. Es heißt dort: „Weit über die Grenzen der Monarchie, ja über die Grenzen Deutschlands hinaus, sind Helfer und Spender erstanden. Ihnen allen sagt der König Dank in der frohen Erwartung, daß es in nicht ferner Zeit gelingen werde, die schöne Ostprovinz der Monarchie in alter Blüte wieder herzustellen."

Dabei fällt mir ein, daß ich über Ostpreußen selbst noch wenig gesagt habe. Ich will nur etwas bemerken, was vielleicht noch nicht genug bekannt ist. Tatsächlich ist die Provinz sehr reich an landschaftlichen Schönheiten wie an historischen Erinnerungen, sie ist auch außerordentlich fruchtbar, so daß sie als Kornkammer des Deutschen Reiches bezeichnet werden kann. Hervorragend ist die Viehzucht Ostpreußens, noch mehr die Pferdezucht, die in der ganzen Welt berühmt ist. Es ist ja bekannt, daß die weitaus größte Zahl aller Remonten des deutschen Heeres aus Ostpreußen stammt. Die Fruchtbarkeit ist groß mit Ausnahme des südlichen masurischen Teiles, zu dem auch Ortelsburg gehört, das also umsomehr der Hilfe bedarf.

Nun darf ich mich vielleicht noch etwas über die Aufgaben verbreiten, welche die einzelnen Hilfsvereine sich gesetzt haben. Die Aufgaben sind für alle Vereine durch Satzungen festgelegt. Die Satzungen, wie ich sie bei dem ersten von mir gegründeten Verein formuliert habe, sind mit ganz geringen Veränderungen überall sonst angenommen worden, so daß es sich tatsächlich um eine durchaus einheitliche Aktion handelt und jede Zersplitterung vermieden wird. Ich darf vielleicht aus den Statuten des ersten von mir gegründeten Vereines verlesen. (Liest:)

„Der Verein bezweckt, die staatlichen Hilfsmaßnahmen für den Wiederaufbau der durch den Krieg teilweise zerstörten ostpreußischen Stadt Domnau im Wege privater Fürsorge zu ergänzen und die gedeihliche Neuentwicklung der Stadt in einer dem örtlichen Bedürfnis entsprechenden Weise zu fördern, und zwar in Fühlung mit den einheimischen Behörden und der Einwohnerschaft.

In den Rahmen der Vereinstätigkeit fallen vornehmlich Maßnahmen zur besseren Gestaltung des Wohnungswesens, der Stadtanlage und des Stadtbildes, unter Berücksichtigung der Bestrebungen des Heimatschutzes. Seine nächstliegende größere Aufgabe sieht der Verein in einer Stadterweiterung durch Errichtung wohnlicher Eigenheime mit größeren Gartengrundstücken als Ersatz für unhygienische und unsoziale Mietswohnungen in der Stadt selbst. Insbesondere soll diese Siedlung der Seßhaftmachung von Kriegsinvaliden und Kriegerwitwen dienen, wodurch der Verein richtunggebend der drohenden Entvölkerung Ostpreußens an seinem bescheidenen Teile entgegenzuwirken beabsichtigt; bei der Ansiedlung sollen kinderreiche Familien bevorzugt werden.

In zweiter Linie sind Maßnahmen zur Hebung eines bodenständigen Kleingewerbes, zum Beispiel durch Gewährung wohlfeiler Energie, namentlich Elektrizität, durch Beihilfe zur Herstellung von Installationen, zur Beschaffung von Motoren u. s. w. in Aussicht genommen."

In analoger Anwendung auf das platte Land lautet die Zweckbestimmung des ersten, für einen ganzen Kreis begründeten Kriegshilfsvereines (Berlin für Gumbinnen):

„Der Verein bezweckt, in Ergänzung der staatlichen Hilfsmaßnahmen für den Wiederaufbau der durch den Krieg teilweise

Amtsblatt der Stadt Wien 17/III. 1916 V.
Wien - Ortelsburg 211

zerstörten ostpreußischen Regierungs- und Kreisstadt Gumbinnen sowie der geschädigten ländlichen Ortschaften dieses Kreises, im Wege privater Fürsorge die gedeihliche Neuentwicklung der wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse der Stadt und des Kreises in einer dem örtlichen Bedürfnis entsprechenden Weise zu fördern, und zwar in Fühlung mit den einheimischen Behörden und der Einwohnerschaft.

In den Rahmen der Vereinstätigkeit fallen vornehmlich Maßnahmen zur besseren Gestaltung des Wohnungswesens, der Stadt- und Dorfanlage und des Ortsbildes in Stadt und Dorf, unter Berücksichtigung der Bestrebungen des Heimatschutzes. Als besonders dankbare Aufgabe betrachtet der Verein die Errichtung von Eigenheimen mit Gartengrundstücken in oder bei größeren Ortschaften, insbesondere für anzusiedelnde Kriegsinvaliden und Kriegerwitwen; hierbei sollen kinderreiche Familien bevorzugt werden.

Auch Maßnahmen zur Hebung des Kleingewerbes und landwirtschaftlicher Kleinbetriebe, zum Beispiel durch Gewährung wohlfeiler Energie, durch Beihilfe zur Anschaffung maschineller Einrichtungen u. dgl., durch Hergabe von Darlehen zu billigem Zinsfuße für kleinere Bauten u. s. w., sowie zur Förderung kommunaler Aufgaben in Stadt und Land sind in Aussicht genommen."

Um jedes Mißverständnis auszuschließen, bemerke ich, daß der Wiederaufbau an sich Sache des Staates ist. Der Preußische Staat und das Deutsche Reich werden sich der Verpflichtung nicht entziehen, in vollem Umfange den durch die Russen in Ostpreußen angerichteten Schaden zu ersetzen. Jeder, dessen Haus abgebrannt ist, bekommt also den vollen Wert erstattet, jeder, der wirtschaftlich Nachteile erlitten hat, dem Vieh abhanden gekommen ist ꝛc, bekommt das auf Heller und Pfennig, sogar reichlich ersetzt. Aber trotz alledem wolle man bedenken, daß diese Staatshilfe doch nicht genügt, alle die vielen indirekten Schäden auszugleichen, die durch den Russeneinfall entstanden sind. Auf viele Jahre, wenn nicht auf Dezennien ist die Provinz in ihrer wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung durch diesen Krieg zurückgeworfen und deshalb muß neben der Staatshilfe auch die private einsetzen. Aus unseren Statuten, die ich soeben verlesen habe, können Sie entnehmen, daß gewisse Gesichtspunkte dabei leitend sind. Der vornehmste Gesichtspunkt ist, daß man Maßnahmen treffen will gegen die Abwanderung und Verminderung der Bevölkerung in Ostpreußen. Es ist die größte Gefahr, daß Ostpreußen einen Rückgang in der Bevölkerung erleidet, da schon früher nach Jahrzehnten eine Bevölkerungszunahme dort kaum zu verzeichnen war, trotz des außerordentlichen Geburtenüberschusses. Es liegt das an der starken Abwanderung der Landbevölkerung nach Westen, die dort seit langer Zeit üblich ist, hervorgerufen dadurch, daß die Leute glauben, im Westen höhere Löhne, bessere Lebensbedingungen, mehr Vergnügen ꝛc. zu finden, kurz und gut, die Landbevölkerung, deren Erziehung die Gemeinden Ostpreußens mit vielen Kosten getragen haben, hat die Neigung, schon in jungen Jahren nach Erledigung des Militärdienstes in die westlichen Industriegebiete zu gehen, und das ist natürlich für Ostpreußen ein schwerer Nachteil. Wieviel größer wird sich diese Gefahr fühlbar machen nach dem Kriege. Bedenken Sie, daß dort vom ersten Tage der Mobilmachung an der gesamte gediente Landsturm aufgeboten wurde, während dies im übrigen Preußen erst nach und nach geschah, daher auch die Verluste der ostpreußischen Regimenter besonders stark sind, da doch mehr Leute im Kriege gefallen sind, daß ferner viele von den Russen verschleppt wurden, und nun denke man auch an die unendlich große Zahl der Flüchtlinge, die viele Monate ihre Heimatprovinz verlassen haben und von denen erst jetzt ein Teil in die alte Heimat zurückkehrt. Viele haben anderwo ein Unterkommen gefunden und kehren nicht mehr zurück, so daß eine Entvölkerung zu befürchten ist. Wenn man da dauernd helfen will, ist es die erste Aufgabe, die allgemeinen Lebensbedingungen in Ostpreußen zu verbessern, so daß die Leute einen Anreiz haben, sich dort niederzulassen und nicht abzuwandern. Aus diesem Grunde habe ich in den Statuten die Verbesserung des Wohnungswesens in die erste Linie gestellt. Das Wohnungswesen hat in Ostpreußen seit jeher darniedergelegen. Es war ein Mangel an kleinen Wohnungen und die vorhanden waren, haben den gesundheitlichen Anforderungen nicht entsprochen, so daß dies mit ein Grund für die zahlreichen Abwanderungen war. Nun wird es nach dem Krieg in den Städten, die zum großen Teil abgebrannt sind, bei vielen Wohnungen nicht möglich sein, sie an derselben Stelle wieder aufzubauen, weil dies gesundheitliche und baupolizeiliche Gründe verbieten.

Es findet also eine Veränderung der ganzen Stadtanlage statt. Häßliche, winkelige Straßen werden verschwinden, größere, freie Flächen entstehen. Den Bürgern, deren Häuser an der alten Stelle nicht wieder aufgebaut werden, will man vor den Toren der Stadt neue Wohnungen anweisen, dort Heimkolonien und Einfamilienhäuser errichten mit Gärten und Grundstücken, und diese Wohnungen werden natürlich alle Fehler und Mängel, welche die alten hatten, vermeiden. Dadurch wird sich eine Verbesserung des Wohnungswesens ganz von selbst ergeben, indem die Besitzer ungesunder Mietwohnungen gezwungen sein werden, allmählich Verbesserungen zu treffen, wenn sie ihre Mieter nicht verlieren wollen. Die Ansiedlung von Kriegsinvaliden und -Witwen, mit Bevorzugung kinderreicher Familien, wird ebenfalls eine bedeutsame Aufgabe sein, um der Provinz frisches Blut zuzuführen. Wir hoffen, nicht nur solche Kriegsteilnehmer ansiedeln zu können, die von dort in den Krieg gezogen sind, sondern auch solche, die schon früher abgewandert waren, aber nachdem sie ihrem Berufe in der Industrie wegen ihrer Verstümmlungen nicht mehr nachgehen können, gerne bereit sein werden, in die alte Heimat zurückzukehren. Um diesen die Rückkehr zu erleichtern, wird es natürlich notwendig sein, ihnen noch viel günstigere Bedingungen zu bieten, als ohnehin durch die Reichsgesetzgebung für Niederlassungen von Kriegsinvaliden zu erwarten sind. Es müssen die Kriegsteilnehmer, die sich in Ostpreußen auf eigener Scholle niederlassen wollen, besser gestellt sein als jene, die sich wo anders im Deutschen Reiche ansiedeln wollen. Es ist auch da eine dankbare Aufgabe der Kriegshilfsvereine, die Mittel zu beschaffen, in welcher Weise diese Kriegsteilnehmer bevorzugt werden können, zum Beispiel, daß ein Verein Geld hergibt, damit die Stadt Grund und Boden für die Besiedlung erwerben kann. Es ist auch so möglich, daß Bau-Genossenschaften gegründet werden, die von den Vereinen finanziert werden, dann ist die Bau-Gesellschaft in der Lage, den Kriegsteilnehmern die zweite Hypothek zu billigem Zinsfuß, aber mit entsprechend höherer Amortisation zu geben, damit der Besitzer durch Abstoßung der zweiten Hypothek bald in den festen Besitz seines Anwesens kommt. Vorsichtig wird man natürlich vorgehen müssen,

Amtsblatt der Stadt Wien 17./III. 1916

VI.

Wien – Ortelsburg.

212

aber daß die Sache sehr probat ist, erhellt daraus, daß, wie ich sagen kann, schon in zehn verschiedenen Städten der Wunsch nach derartigen Siedelungen geäußert wurde, und daß eine ganze Reihe Vereine derartiges plant. Über die näheren Modalitäten finden derzeit Verhandlungen in Königsberg statt, damit einheitliche Gesichtspunkte gewonnen werden. Er wird also zweifellos die Ansiedlungspolitik in Ostpreußen im großen Stile betrieben werden, was auch notwendig ist, um es ferner als starken Grenzwall gegen russische Einfälle aufrecht halten zu können.

Eine fernere Aufgabe wird, wie ich erwähnte, die Verbesserung der Stadtanlagen und Stadtbilder sein. Es ist ganz klar, daß, wenn jetzt viele Städte neu aufgebaut werden, diese Gelegenheit nicht unbenützt bleiben darf, um die Stadtanlagen zu verbessern. Viele ostpreußische Städte stammen noch aus der Ordenszeit und haben von Haus aus eine gute mustergiltige Anlage, aber durch Zutaten aus späterer Zeit wurde viel verdorben. Die Städtebilder wurden auch verschandelt durch die häßlichen geschmacklosen Bauwerke, die in den letzten Jahrzehnten in der Gründerzeit errichtet wurden.

Jetzt ist die Gelegenheit gekommen, den Städten ein besseres, freundlicheres und schöneres Ansehen zu verleihen, die Stadtanlage wird vielfach umgeändert, neue Pläne für verschiedene Städte wurden vorgesehen, die von Ämtern vorgelegt wurden, die sich für solche Neugestaltung interessieren. Diese Änderungen in den Plänen erfordern aber Änderungen der Fluchtlinien, sie erfordern Straßenverlegungen, Durchbrüche und Verbreiterungen u. s. w. und für alle diese Zwecke müssen die Städte Geld selbst aufbringen, aus den staatlichen Fonds können sie ihnen nicht zur Verfügung gestellt werden.

Nun sind aber die Städte schon vor dem Kriege enorm mit Steuern überlastet gewesen, ich kann Ihnen Städte nennen, die 400 Prozent Zuschläge erhoben, wie Pilau, eine Stadt, die nichts geboten hat, die keine Wasserleitung, kein elektrisches Licht hat und diese Stadt mußte 400 Prozent Umlagen erheben. Die Folge davon ist, daß kein Mensch in einer solchen Stadt wohnen bleibt, sondern daß jeder, so früh er kann, nach Berlin zieht, wo er bloß 100 Prozent Zuschläge zahlt.

Sollen nun Stadtanlagen verändert werden, so muß Grundbesitz erworben werden; das können aber die Städte nicht leisten und es wird eine dankenswerte Aufgabe der Kriegshilfsvereine sein, wenn sie dort helfen. Mir sind mehrere Fälle bekannt, wo es geschehen ist, daß an den Verein, der das für den Landerwerb erforderliche Geld zinsenfrei vorgestreckt hat, die Rückzahlung erfolgt von den Anrainern der Straße, so daß der Verein sein Geld wieder bekommt, wenn die Verbauung erfolgt. So kann bei sparsamer Wirtschaft eine Verbesserung des Stadtbildes durch die Gelder der Kriegshilfe erfolgen, indem durch größere und schönere Straßen und Gewinnung von freien Aussichten die Schönheiten der Stadt hervorgehoben und dadurch oft Gelegenheit geboten wird, die versteckte Schönheit bestehender Gebäude mehr zur Geltung zu bringen.

Wir haben in Ostpreußen eine alte Baukultur, aber sie ist vielfach überwuchert worden durch schlechte Zutaten der neuen Zeit. Fast überall finden wir Sachen und Werke, die einfach, schlicht, sachlich und einwandfrei künstlerischen Anschauungen entsprechend hergestellt sind, Bauten, die vor 100 bis 120 Jahren errichtet worden sind, außerordentlich schön sind und in künstlerischer Beziehung allen Anforderungen genügen. Wir wollen den Heimatschutz pflegen und dafür sorgen, daß unsere bodenständige Bauweise erhalten bleibt. Wir wollen die Hauspläne bei Neubauten ansehen, und wenn wir sehen, es liegt ein Plan vor, der nicht schön ist, so werden wir sagen, das Haus könnte viel besser, anständiger gebaut werden, und wenn der Erbauer sagt, ja dann wird das Haus teuerer, dannn sagen wir ihm, gut, du bekommst eine Bauprämie von 500 Mark oder 1000 Mark ausbezahlt, wenn du dich den Anforderungen unterwirst, die unser Architekt stellt. Dadurch baut er wohl etwas teuerer, aber wenn er Geld bekommt, so tut er es mit Freuden und es steht ein schönes Haus dort, wo sonst ein geschmackloses Haus entstanden wäre. So kann man für das Stadtbild außerordentlich viel Gutes erreichen.

Ein Beispiel aus Ortelsburg: Die Stadt liegt an einem sehr schönen malerischen See, aber der See ist von der Stadt aus nicht zu sehen, weil er überall durch die Häuser verdeckt wird. Nun hat sich dadurch, daß gerade gegenüber dem Rathause mehrere Häuser heruntergebrannt sind, der freie Blick auf den See eröffnet, jetzt sieht man den See liegen. Es wäre nun schade, wenn dieser Ausblick verloren ginge, er muß erhalten bleiben, und es kann die Sache so gemacht werden, daß der Hilfsverein Grund und Boden erwirbt, damit nicht wieder Häuser hingebaut werden, sondern daß dort schöne Anlagen entstehen, die sich würdig in das Ganze einfügen, so daß der schöne Blick vom Rathause aus erhalten bleibt.

Ich könnte noch viele Beispiele anführen, will aber Ihre Aufmerksamkeit nicht allzulange in Anspruch nehmen und nur noch anführen, daß sich auch zur Hebung und Förderung des Kleingewerbes noch viele Vereine werden heranziehen lassen, so wie z. B. der Hilfsverein in Eberfeld-Barmen Vorsorge getroffen hat. Es sind dort 50.000 Mark zur Verfügung gestellt worden.

Wenn anderswo ähnlich verfahren wird, so wird es möglich sein, in Ostpreußen das Handwerk, welches schon vor dem Kriege ein kümmerliches Dasein fristete, allmählich zu heben. Wünschenswert ist, daß eine Elektrisierung der Provinz stattfinde. Der Beschluß, wonach eine Elektrisierung stattfinden soll, ist bereits gefaßt und wir erhoffen ein staatliches unverzinsliches Darlehen von 50 Millionen Mark für diese Zwecke. Dadurch wird viel Gutes getan, indem dem Handwerke Gelegenheit gegeben wird, seinen Betrieb zu verbessern.

Ich könnte noch eine ganze Reihe solcher Dinge anführen, aber ich will nicht unbescheiden sein und will meine Ausführungen zu Ende bringen. Viel werden die Hilfsvereine leisten können nach Maßgabe ihrer Mittel, sehr viele Aufgaben werden sie aber nicht leisten können, weil die Mittel nicht ausreichen werden. Immerhin aber wird sehr viel gewonnen sein, wenn hier und dort, in dieser oder jener Stadt mustergiltige Einrichtungen geschaffen werden, welche ihrerseits wieder vorbildlich wirken werden, welche zur Nachahmung anreizen und fruchtbringend sein werden. Wenn einzelne Vereine derartige Musterbeispiele haben, setzen sie zugleich dadurch Denkmäler richtiger Erinnerung an die große, aber schwere Zeit, in der wir leben, an das einmütige Eintreten für das besonders schwer geprüfte Ostpreußen. Nach den Worten Sr. Exzellenz des Herrn Bürgermeisters Dr. Weiskirchner will die Stadt Wien die Patenschaft über Ortelsburg übernehmen. Wenn vielleicht einmal dort

Wien – Ortelsburg.

ein neues Rathaus erstehen wird, erbaut von einem Wiener Architekten, gelegen am „Wiener Platz", soll dadurch der Stadt Wien und ihren Bewohnern ein dauerndes und unvergängliches Denkmal in Ortelsburg gesetzt sein, aber nicht nur ein sichtbares, sondern auch ein unsichtbares Denkmal für diese hochherzige Unterstützung und Förderung in schwerer Zeit, ein Denkmal der Dankbarkeit in den Herzen aller Bewohner von Ortelsburg, aller Bewohner Ostpreußens und im Herzen des ganzen deutschen Volkes." (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Vorsitzender Bürgermeister Dr. Weiskirchner dankte dem Vortragenden für seine außerordentlich bedeutungsvollen Ausführungen und erteilte hierauf dem Landeshauptmanne von Görz und Gradiska Monsignore Dr. Alois Fajdutti das Wort.

Derselbe sagte:

„Euere Exzellenzen!

Hochverehrte Anwesende!

Dank der liebenswürdigen Einladung Seiner Exzellenz, des hochverdienten Bürgermeisters der Stadt Wien, ist mir heute die große Ehre zu teil geworden, an der konstituierenden Versammlung des Kriegshilfevereines Wien für Ortelsburg teilnehmen zu dürfen.

Es wird heute jene großzügige Hilfsaktion ins Leben gerufen und in die Wege geleitet, die gleichsam als vergeltende Gegenaktion die Übernahme der Patenschaft zum Wiederaufbau unserer von dem treulosen Feinde in ohnmächtiger Wut zerstörten Stadt Görz durch die großmütige Verwaltung Berlins, der herrlichen Hauptstadt unseres mächtigen Verbündeten zur Folge haben wird.

Als Landeshauptmann von Görz und Gradiska fühle ich das dringende Bedürfnis, Euer Exzellenz und allen hochverehrten Anwesenden im Namen der ganzen schwergeprüften gefürsteten Grafschaft Görz und Gradiska für diese in ihren Folgen auch für uns wohltätige Initiative den innigsten Dank zum Ausdrucke zu bringen.

Die Kriegsfurien haben in unserem Lande furchtbar gewütet; die geflüchteten Bewohner, sei es, daß sie in den Barackenlagern, sei es daß sie in den verschiedenen Niederlassungen weilen oder trotz Kanonendonner und Granaten, in den Kellerräumen von Görz wohnen, sie alle müssen Kummer und Trübsal dulden; allein das teilnehmende Gefühl der übrigen Volksstämme Österreichs, das Bewußtsein, daß es ein Wiener Herz gibt, in dem ihre Leiden einen Widerhall finden; das Bewußtsein, daß Se. Exzellenz, der Bürgermeister der Haupt- und Residenzstadt Wien, wie er ihnen schon durch die gewährte Gastfreundschaft, durch wohlwollende Fürsorge bewiesen, sie lieb hat, gereicht ihnen allen zum beglückenden Troste.

Das Edelste, was wir haben, wir, die Hab und Gut in der engeren Heimat verlassen mußten, unsere Flüchtlingskinder, sie werden in dem am 30. März zugunsten des Wiener Witwen- und Waisenfonds in Wien zu veranstaltenden Konzerte den hiefür gebührenden Dank zum Teile abstatten, aber bei dem wird es nicht bleiben, wir wollen und werden alle jenen, die sich unserer in der Stunde der Not angenommen, ewig Dank wissen.

Die Staatszugehörigkeit, kraft welcher heute die Söhne Wiens und Niederösterreichs mit ihrer traditionellen Tapferkeit Schulter an Schulter mit den Söhnen unseres und anderer Kronländer kämpfen und das Land verteidigen, diese Staatszugehörigkeit wird uns stets vorleuchtend sein und in uns das Feuer der Dankbarkeit wach halten, uns erinnern, daß wir in Wien wohlwollende Gönner haben. Ja, wir wollen diese Staatszugehörigkeit wärmstens pflegen, wir wollen die eherne Mauer, die jetzt am Isonzo den treulosen Feind zurückdrängt, durch eine Mauer vaterlandsliebender Männer und Frauen ersetzen, die jede Unterwühlung dieser Gemeinsamkeit unmöglich machen wird.

Wir wollen unseren nationalen Traditionen unentwegt treu bleiben, aber auch treu bleiben bis zum letzten Atemzuge unserem angestammten Herrscherhause, treu bleiben dem geeinten Vaterlande, treu und dankbar unserer herrlichen Haupt- und Residenzstadt Wien, seinem Bürgermeister, seinen Bewohnern.

Möge Habsburgs glorreicher Aar seine mächtigen Schwingen bald wieder über unsere ganze gefürstete Grafschaft breiten, möge uns bald die günstige Gelegenheit geboten werden, zu beweisen, daß wir willens sind, wie im Kriege auch nach dem Kriege Österreichs würdige Söhne zu sein und zu bleiben." (Beifall und Händeklatschen.)

Bürgermeister Dr. Richard Weiskirchner dankte dem Redner mit folgenden Worten:

„Ich danke dem hochwürdigen Herrn Landeshauptmann für seine hochpatriotischen und bedeutsamen Worte. Er kann versichert sein, daß die Wiener alles tun werden, um die armen Flüchtlinge zu unterstützen, die der tückische Feind von der heimatlichen Scholle vertrieben hat."

Er fuhr dann fort:

„Wir schreiten nun zur Konstituierung im Sinne des § 9 der Satzungen. Nach der vom verehrten Herrn Baron v. Lüdinghausen gewünschten einheitlichen Form besteht der Vorstand aus neun Mitgliedern, und zwar fungiert als Ehrenvorsitzender der jeweilige Bürgermeister von Wien, der auch fünf Delegierte in den Ausschuß entsendet. Ich erlaube mir zu entsenden den Finanz-Referenten unserer Stadt, der im Ausschusse eine wichtige Funktion zu erfüllen hat, Vize-Bürgermeister Franz Hoß, den Initiator der Idee Hofrat Dr. Adolf Vetter, Ober-Kurator Leopold Steiner und St.-R. Hans Arnold Schwer und den Bau-Direktor der Stadt Wien Ing. Heinrich Goldemund. Es sollen noch vier Herren aus der heutigen Versammlung gewählt werden.

Ein Blick auf die Versammlung hat mich aber schon zu Beginn überzeugt, daß der Vorstand mit neun Mitgliedern klein bemessen ist, so daß, wenn es der Ausschuß für notwendig findet, in der nächsten Generalversammlung eine Vermehrung der Mitglieder vorgeschlagen werden wird.

Heute erlaube ich mir vorzuschlagen: Exzellenz Minister Dr. Franz Klein, den ich recht sehr bitte, uns seine hochgeschätzte Kraft zur Verfügung zu stellen (Beifall), dann weil der Vorstand auch gezwungen sein wird, in der Seele von Ostpreußen zu lesen, den von dort gebürtigen Univ.-Prof. Hofrat Dr. Hans Horst-Meyer, der uns den Hauch seiner Heimat übermitteln wird, ferner den Präsidenten des Bundes der österreichischen Industriellen Kommerzialrat Heinrich Vetter und den General-Sekretär des Verbandes österreichischer Heimatschutzvereine Dr. Karl Giannoni.

Stimmzettel sind nicht nötig, nachdem keine Einwendung erfolgte, betrachte ich diese Herren als gewählt. (Allgemeine Zustimmung.)

Unsere belletristische Beilage

Die Sonntags-Zeit

(Seite 15 bis 18)

enthält folgende Beiträge:

Wunsch. Von **Hans Beihge.**
Kleine Fabeln. Von **Max Hayek.**
Don Juan und die Freundin. Von **Käthe Braun.**
„Und sie werden." Von **J. Lazar-Pfeiffer.**
Intermezzo. Von **P. Friedrich.**
Das Madonnenbild. Von **Anni v. Stillmark.**
Antonia. Von **Ladislaus Lokatos.**
Eine Heldentat. Von **Dorothea Longard v. Longgarde.**
Zeit-Strophen. Von **Florian.**

Feuilleton.

Täglich' Leben im Flüchtlingslager.

Von **Karin Michaëlis-Stangeland.***)

Die Order des Ministeriums lautete so: „Innerhalb dreier Monate ist Unterkunft für 30.000 Flüchtlinge zu schaffen!"

Es war dies mitten im Winter, im Februar 1915. Die Gegend, wo das Lager entstehen sollte, war zwar schon bestimmt, noch aber die Bauplätze nicht ausgewählt, geschweige denn erworben.

Aus Rücksicht auf die Transportverhältnisse mußte das Lager in der Nähe einer Stadt und einer Eisenbahnlinie sein — aus Rücksicht auf die Ansteckungsgefahr doch in einem gewissen Abstand. Die Bevölkerung war nicht begeistert durch die Aussicht auf eine Kolonie unbemittelter Heimatloser. Aber der Platz wurde erworben und die Ingenieure fingen an, die Pläne auszuarbeiten. Man hatte ja drei Monate Zeit. Gerade hat man angefangen, den gefrorenen Boden zu bearbeiten, die ersten Wasserrohre einzulegen, als folgende Botschaft kam: „Dreitausend Flüchtlinge müssen sofort beherbergt werden."

Da stand man nun. Keine Baracke war unter Dach, weder Wasser- noch Lichtanlagen waren in Ordnung.

Am gleichen Abend glitt der Zug durch die Schneelandschaft, und als er hielt, enttaumelten ihm dreitausend verwilderte, halb verrückte, verhungerte, todmüde Menschen.

Wie viele Tage waren sie wohl unterwegs gewesen? Wie oft hatte der Zug auf offenem Feld gehalten, um Platz zu machen für Militärtransporte? Wie viele waren während der Fahrt gestorben? Welchen Krankheiten waren sie unterlegen? Was fehlte denen, die in Fieberdelirien ankamen?

Es war keine Zeit, das zu untersuchen. Die Aufgabe hieß: diesen Unbehausten ein Dach über den Kopf zu verschaffen, diesen nagenden Hunger zu stillen.

Ein paar Zeltpflöcke wurden in die gefrorene Erde eingerammt. Was man in Eile von Stroh auftreiben konnte, wurde ins Zelt hineingeworfen. Kein Platz nebeneinander zu liegen. In Klumpen verkrampft mußten sie schlafen, Männer, Frauen und Kinder, Gesunde, Kranke, Sterbende. In dieser Nacht, unter diesen Zelten kamen Kinder zur Welt.

Wenige Wochen nachher standen die ersten Baracken, jede für vierhundert Personen. Als die drei Monate um waren, beherbergte das Lager etwa 40.000 Menschen, und dieses Lager war nur eines von vielen.

Im Anfang mußte man das Wasser aus der benachbarten Stadt herbeischleppen und alles Essen wurde unter freiem Himmel gekocht. Es war ein großer Augenblick, als das erste eigene Brot aus dem Ofen kam. Jetzt wird in zwei Oefen Tag und Nacht gebacken. Das Kneten geschieht elektrisch und die tägliche Ration für 30.000 Menschen wird von nur elf Männern hergestellt.

Das Lager ist in mehrere Sektionen geteilt, so daß jede Küche nur für eine gewisse Anzahl von Baracken kocht. Das Essen der Flüchtlinge ist noch primitiver als das der Gefangenen, und in den meisten Lagern gibt es nur einmal wöchentlich Fleisch. Dann aber müssen für diese einzige Mahlzeit 80 Ochsen ihr Leben lassen.

Von den Tonnenkesseln, deren es in jeder Küche etwa ein Dutzend gibt, hat jeder seine eigene Feuerstelle, die ein Heizer versieht. Das Umrühren besorgen junge Mädchen, die, um hinaufzureichen, mit ihren langen Stangen auf kleinen Treppen stehen müssen.

Hier das Kochrezept einer beliebten ukrainischen Mittagssuppe: 20 Kilo Bohnen, 20 Kilo Kohl, 50 Kilo Kartoffeln, 2 Kilo Fett, Salz, Pfeffer, Lorbeerblätter, Majoran und Zwiebel.

Das Essen der Kinder ist etwas anders, wird aber in der gleichen Küche zubereitet. Die ganz Kleinen dagegen werden aus einer eigenen Küche verpflegt. Die meisten Lager haben eigene Viehzucht, an der sich die Flüchtlinge eifrig beteiligen, und eigene Schlachthäuser.

* * *

In den ungeheuren Lagerräumen riecht es stark, süß und streng. Man ist darauf eingerichtet, sechs Monate ohne jegliche Zufuhr zu bestehen.

Die Schmierseifentonnen bringen mir ein lustiges Episödchen in Erinnerung. Nicht alle Flüchtlinge sind Freunde der Reinlichkeit. Es genügt durchaus nicht, sie in die Badeanstalt hineinzubugsieren, den Dampf ausströmen zu lassen und sie, mit einem Stück Seife in der Hand, ihrem eigenen Schicksal zu überlassen. Sie hielten die Seife krampfhaft fest, wurden aber nicht reiner davon. Da kam jemand auf die ingeniöse Idee, jedem Badenden eine Handvoll grüner Schmierseife zwischen die Schulterblätter mitzugeben. Diese loszuwerden, war nicht einfach und forderte intensives Reiben. So sind die Flüchtlinge mindestens auf dem Rücken zweifellos sauber.

Aus dem Lebensmittellager begebe ich mich in dasjenige, in dem Stoffe für 50.000 Menschen aufgestapelt liegen. Auf einem Berg von Tuchrollen klettern wie Gemsen junge Mädchen herum, entzückt von dieser Art von Zinnenbesteigung. Ich muß hastig zur Seite springen, um nicht unter einer Tuchlawine begraben zu werden.

In den Nähstuben kann man sein eigenes Wort nicht verstehen vor dem Meeresrauschen, bestehend aus dem Fliegensummen der Maschinen und dem kichernden Murmeln der Frauen. Der Wollstaub wirbelt, die Baumwolle stinkt, die Scheren schneiden in Stoff und in Luft. Plötzlich spielt die Sonne über das Gemenge von braunen Runzelbündeln und apfelglatten Jungfernwangen und aller Augen blinzeln schwarz und blank.

Die ukrainischen Frauen nähen mit Leidenschaft. Stehend am Herd, das bunte Garn um den Hals geschlungen, bei den Kühen sitzend, im Bett liegend. Meine Führerin ist offenbar Vermittler für das ganze Lager. Sie ist die Heilige, die man anruft aus Furcht, sich dem lieben Gott selbst zu nähern. Auf ihre Schultern ladet man alle Beschwerden, Besorgungen, Wünsche. Man umdrängt sie, zupft an ihrem Kleide, sucht ihren Blick zu fangen. Bald verteilt sie Geld, bald besichtigt sie eine halbfertige Stickerei, bald gibt sie Erlaubnisscheine zum Ausgehen aus.

Die Ukrainer, die früher zum Nationalkleid schwuren, werden hier in den ersten Hinterhalt der Pariser Mode gelockt. Man lockt sie mit Stoff, man lockt sie mit Zwirn, man lockt sie

*) Vgl. die „Zeit" vom 16. d.

Die Zeit 27. III. 1916